Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. M/15/3305-01	Termin 10.03.2014	Rat der Stadt
Bericht / Mitteilung			öffentlich

Termin	Gremium	Vorlage zur*	Ergebnis	Beschluss-kontrolle*
24.02.2014	Haupt- und Finanzausschuss	K		
10.03.2014	Rat der Stadt	K		

Berichtsgegenstand

Gesamtabschluss 2012 der Stadt Oberhausen

Kenntnisnahme des Gesamtabschlusses 2012 der Stadt Oberhausen durch den Rat der Stadt Oberhausen sowie Überweisung an den zuständigen Rechnungsprüfungsausschuss zur Prüfung und Erstellung des Schlussberichtes gemäß §§ 59 Abs. 3, 116 Abs. 6 GO NRW in Verbindung mit § 101 GO NRW.

Sachdarstellung

Die Gemeinde hat gemäß § 116 Abs. 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in jedem Haushaltsjahr für den Abschlussstichtag 31. Dezember einen Gesamtabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung aufzustellen.

Er besteht nach § 116 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit 49 Abs. 1 der Gemeindehaushaltsverordnung des Landes Nordrhein-Westfalen (GemHVO NRW) aus

- der Gesamtergebnisrechnung,
- der Gesamtbilanz und
- dem Gesamtanhang und ist um
- einen Gesamtlagebericht zu ergänzen.

Bereichsleiter Bereich 1-1	Dezernent	Kämmerer	Oberbürgermeister
Renzing 11.02.14	Datum	Tsalastras Datum 12.02.14	Wehling Datum 13.02.14

* Vorlage zur:	* Ergebnis :	Beteiligung:	
Kenntnisnahme (K)	Kenntnisnahme (K)	Personalrat	[ ]
		Gleichstellungsstelle	[ ]

Am Schluss des Gesamtlageberichtes sind für die Mitglieder des Verwaltungsvorstands nach § 70 GO NRW, sowie für die Ratsmitglieder, auch wenn die Personen im Haushaltsjahr ausgeschieden sind, anzugeben:

- der Familienname mit mindestens einem ausgeschriebenen Vornamen,
- der ausgeübte Beruf,
- die Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i. S. d. § 125 Abs. 1 Satz 3 des Aktiengesetzes,
- die Mitgliedschaft in Organen von verselbstständigten Aufgabenbereichen der Gemeinde in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form,
- die Mitgliedschaft in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen.

Nach § 117 Abs. 1 GO NRW sowie § 49 Abs. 2 GemHVO NRW ist dem Gesamtabschluss ein Beteiligungsbericht beizufügen.

Zu dem Gesamtabschluss hat die Gemeinde ihren Jahresabschluss nach § 95 GO NRW und die Jahresabschlüsse des gleichen Geschäftsjahres aller verselbstständigten Aufgabenbereiche in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form zu konsolidieren. In den Gesamtabschluss müssen verselbstständigte Aufgabenbereiche nach § 116 Abs. 2 nicht einbezogen werden, wenn sie für die Verpflichtung, ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Gemeinde zu vermitteln, von untergeordneter Bedeutung sind. Dies ist im Gesamtanhang darzustellen.

Gemäß § 116 Abs. 5 GO NRW in Verbindung mit § 95 Abs. 3 GO NRW wurde der Entwurf des Gesamtabschlusses vom Stadtkämmerer aufgestellt und vom Oberbürgermeister bestätigt.

Der Gesamtabschluss ist anschließend gemäß § 116 Abs. 6 GO NRW vom Rechnungsprüfungsausschuss dahingehend zu prüfen, ob er ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Gemeinde unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ergibt. Die Prüfung des Gesamtabschlusses erstreckt sich darauf, ob die gesetzlichen Vorschriften und die sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen beachtet worden sind. Der Gesamtlagebericht ist darauf zu prüfen, ob er mit dem Gesamtabschluss in Einklang steht und ob seine sonstigen Angaben nicht eine falsche Vorstellung von der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Gemeinde erwecken. § 101 Abs. 2 bis 8. gilt entsprechend. In die Prüfung nach Abs. 6 müssen die Jahrsabschlüsse der verselbstständigten Aufgabenbereiche nicht einbezogen werden, wenn diese nach gesetzlichen Vorschriften geprüft worden sind.

Nach § 116 Abs. 1 Satz 3 GO NRW bestätigt der Rat den geprüften Gesamtabschluss durch Beschluss.

Die wesentlichen Eckpunkte des Entwurfes des Gesamtabschlusses sind:

- Gesamtergebnis

  Der Gesamtabschluss 2012 der Stadt Oberhausen schließt im Ergebnis mit einem Fehlbetrag von 74.623 TEUR (zum Vergleich: Jahresabschluss 2012 Kernhaushalt: 52.701 TEUR).

  Das Gesamtjahresergebnis ergibt sich aus dem Saldo des „Ordentlichen Gesamtergebnisses“ und des „Gesamtfinanzergebnisses“ unter Berücksichtigung des „Außerordentlichen Gesamtergebnisses“ wie folgt:

	in TEUR
Ordentliche Gesamterträge	721.754
Ordentliche Gesamtaufwendungen	762.398
Ordentliches Gesamtergebnis	- 40.644
Gesamtfinanzergebnis	- 33.979
Gesamtergebnis der lfd. Geschäftstätigkeit	- 74.623
Außerordentliches Gesamtergebnis	- 0
Gesamtjahresergebnis	- 74.623

- Gesamtbilanz

  Die Gesamtbilanz 2012 der Stadt Oberhausen schließt mit einem Bilanzvolumen von 2.908.147 TEUR in Aktiva und Passiva.

  Die Schulden auf der Passivseite übersteigen das Vermögen auf der Aktivseite um 835.091 TEUR und werden dementsprechend als „Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“ ausgewiesen (zum Vergleich: „Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“ im Jahresabschluss 2012 Kernhaushalt: 807.173 TEUR).

  Erstmalig wird der Gesamtabschluss aus Gründen der Kostenersparnis im Rahmen der Haushaltskonsolidierung in digitalisierter Form als CD zur Verfügung gestellt bzw. ist innerhalb des Ratsinformationssystems bereitgestellt. Jede Fraktion erhält darüber hinaus eine Fassung in Papierform.

Anlage

Gesamtabschluss der Stadt Oberhausen für das Haushaltsjahr 2012

Gesamtabschluss der Stadt Oberhausen
für das Haushaltsjahr 2012

Der Gesamtabschluss 2012 wurde von mir gemäß § 116 Abs. 5 in Verbindung mit § 95 Abs. 3 GO NRW aufgestellt.

Oberhausen, den 04. FEB. 2014

Stadtkämmerer

Der Gesamtabschluss 2012 wurde von mir gemäß § 116 Abs. 5 in Verbindung mit § 95 Abs. 3 GO NRW bestätigt.

Oberhausen, den 06. Feb. 2014

Der Oberbürgermeister

Inhaltsverzeichnis Gesamtabschluss der Stadt Oberhausen zum 31.12.2012

Seite

1. Gesamtergebnis 5

2. Gesamtbilanz

Aktiva 6

Passiva 8

3. Gesamtanhang 10

3.1 Allgemeine Angaben 10

3.2 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden 12

3.3 Erläuterungen zur Bilanz 13

3.4 Erläuterungen zu den einzelnen Posten der Gesamtergebnisrechnung 23

3.5 Sonstige Gesamtanhangsangaben 27

4. Gesamtlagebericht 29

4.1 Allgemeine Angaben 29

4.2 Erläuterungen im Einzelnen 29

4.3 Rahmenbedingungen 37

4.4 Analyse der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage 37

4.5 Örtliche Besonderheiten 39

4.6 Wesentliche Chancen und Risiken des „Konzerns Stadt Oberhausen“ 42

4.7 Erläuterungen der Kennzahlen 51

4.8 Wichtige Vorgänge und Nachträge 56

4.9 Mitglieder des Verwaltungsvorstandes und des Rates 56

5. Beteiligungsbericht 89

1. Gesamtergebnis

Gesamtergebnis	31.12.2012 EUR	31.12.2011 EUR
01 Steuern und ähnliche Abgaben	241.595.495,56	205.205.095,09
02 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	271.686.234,68	263.841.988,68
03 Sonstige Transfererträge	4.210.967,30	4.044.681,51
04 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	94.994.646,49	96.898.965,94
05 Privatrechtliche Leistungsentgelte	41.148.018,39	40.453.564,29
06 Kostenerstattung und Kostenumlagen	37.775.539,26	31.890.742,14
07 Sonstige ordentliche Erträge	28.810.768,95	29.464.240,25
08 Aktivierte Eigenleistungen	2.076.034,41	676.675,86
09 Bestandsveränderungen (-/+)	-543.383,34	-716.007,78
10 = Ordentliche Gesamterträge (01 bis 09)	**721.754.321,70**	**671.759.945,98**
11 Personalaufwendungen	167.611.872,50	171.096.879,65
12 Versorgungsaufwendungen	28.574.659,33	19.133.715,90
13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	158.543.695,39	143.670.323,30
14 Bilanzielle Abschreibungen	86.473.660,36	71.934.813,73
15 Transferaufwendungen	205.516.921,78	191.285.598,47
16 Sonstige ordentliche Aufwendungen	115.677.475,91	113.594.078,92
17 = Ordentliche Gesamtaufwendungen (11 bis 16)	**762.398.285,27**	**710.715.409,97**
18 = Ordentliches Gesamtergebnis (10+17)	**-40.643.963,57**	**-38.955.463,99**
19 Finanzerträge	12.949.708,21	15.585.084,59
20 Finanzaufwendungen	46.928.944,93	48.870.412,65
21 = Gesamtfinanzergebnis (19 + 20)	**-33.979.236,72**	**-33.285.328,06**
22 = Gesamtergebnis der laufenden Geschäftstätigkeit (18 + 21)	**-74.623.200,29**	**-72.240.792,05**
23 Außerordentliche Erträge	0,00	0,00
24 Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00
25 = Außerordentliches Gesamtergebnis (23 + 24)	**0,00**	**0,00**
26 = Gesamtjahresergebnis (22 + 25)	**-74.623.200,29**	**-72.240.792,05**

2. Gesamtbilanz

A K T I V A			31.12.2012	31.12.2011
	EUR	EUR	EUR	EUR
1. Anlagevermögen			**1.986.502.471,07**	**2.051.974.246,15**
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände			**9.396.614,00**	**11.320.530,13**
1.1.1 Geschäfts- oder Firmenwerte aus der Vollkonsolidierung		**8.214.679,99**		**9.606.187,22**
1.1.2 Sonstige erworbene immaterielle Vermögensgegenstände		**1.181.934,01**		**1.714.342,91**
1.2 Sachanlagen			**1.786.891.056,55**	**1.837.333.854,69**
1.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte		**185.401.693,65**		**191.215.155,88**
1.2.1.1 Grünflächen	112.926.589,56			116.417.087,16
1.2.1.2 Ackerland	2.475.080,49			2.475.223,96
1.2.1.3 Wald, Forsten	4.834.263,63			4.834.263,63
1.2.1.4 Sonstige unbebaute Grundstücke	65.165.759,97			67.488.581,13
1.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte		**530.227.529,99**		**547.707.492,73**
1.2.2.1 Kinder- und Jugendeinrichtungen	15.553.086,00			15.859.604,00
1.2.2.2 Schulen	256.830.701,35			264.580.458,83
1.2.2.3 Wohnbauten	30.431.109,15			33.182.242,15
1.2.2.4 Soziale Einrichtungen	25.740.205,74			26.617.135,00
1.2.2.5 Sportstätten	27.671.534,24			28.683.121,24
1.2.2.6 Sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude	174.000.893,51			178.784.931,51
1.2.3 Infrastrukturvermögen		**976.991.556,02**		**1.001.377.889,68**
1.2.3.1 Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	164.788.372,64			164.787.383,21
1.2.3.2 Brücken und Tunnel	52.218.339,00			52.971.745,00
1.2.3.3 Gleisanlagen mit Streckenausr. und Sicherungsanlagen	28.440.785,50			31.100.232,72
1.2.3.4 Entwässerungs- und Abwasserbeseitungsanlagen	313.301.409,87			319.509.226,87
1.2.3.5 Straßennetz mit Wegen, Plätzen, Verkehrslenkungsanl.	369.109.765,44			380.356.012,13
1.2.3.6 Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	49.132.883,57			52.653.289,75
1.2.4 Bauten auf fremdem Grund und Boden		**1.195.006,00**		**458.938,00**
1.2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler		**6.864.493,32**		**6.859.748,01**

1.2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	**36.933.989,84**		**45.026.655,47**
1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung	**19.502.196,27**		**20.735.708,53**
1.2.8 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	**29.774.591,46**		**23.952.266,39**
1.3 Finanzanlagen		**190.214.800,52**	**203.319.861,33**
1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	**4.017.154,98**		**4.017.155,98**
1.3.2 Anteile an assoziierten Unternehmen	**67.882.385,44**		**80.739.409,56**
davon Unterschiedsbetrag aus Equity-Konsolidierung	51.168.508,57		50.405,37
1.3.3 Übrige Beteiligungen	**25.266.994,63**		**25.266.993,63**
1.3.4 Wertpapiere des Anlagevermögens	**91.633.185,57**		**91.632.758,70**
1.3.5 Ausleihungen	**1.415.079,90**		**1.663.543,46**
2. Umlaufvermögen		**74.197.818,49**	**85.141.340,69**
2.1 Vorräte		**12.497.962,98**	**12.015.284,38**
2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		**49.933.640,36**	**55.920.036,03**
2.3 Liquide Mittel		**11.766.215,15**	**17.206.020,28**
3. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten		**12.355.718,62**	**12.286.560,73**
4. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag		**835.090.779,99**	**761.160.182,72**
4.1 Fehlbetrag Vorjahre		**284.837.591,80**	**285.508.549,52**
4.2 Ergebnisvorträge		**475.629.987,90**	**403.410.841,15**
4.3 Gesamtjahresüberschuss/-fehlbetrag		**74.623.200,29**	**72.240.792,05**
		2.908.146.788,17	**2.910.562.330,29**

P A S S I V A	EUR	31.12.2012 EUR	31.12.2011 EUR
1. Eigenkapital		**0,00**	**0,00**
2. Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung		**1.976,38**	**53.612,56**
3. Sonderposten		**517.569.288,75**	**531.087.854,68**
3.1 Sonderposten für Zuwendungen	442.810.951,90		454.746.732,92
3.2 Sonderposten für Beiträge	68.708.124,78		70.392.459,83
3.3 Sonderposten für den Gebührenausgleich	3.919.373,79		3.749.013,32
3.4 Sonstige Sonderposten	2.130.838,28		2.199.648,61
4. Rückstellungen		**450.208.376,09**	**411.985.331,71**
4.1 Pensionsrückstellungen	379.430.457,11		372.395.442,11
4.2 Rückstellungen für Deponien und Altlasten	600.000,00		600.000,00
4.3 Instandhaltungsrückstellungen	4.405.547,00		4.252.475,00
4.4 Steuerrückstellungen	207.200,00		0,00
4.5 Sonstige Rückstellungen	65.565.171,98		34.737.414,60
5. Verbindlichkeiten		**1.922.102.142,34**	**1.948.501.751,58**
5.1 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	416.683.905,56		439.941.672,58
5.2 Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	1.466.500.000,00		1.461.400.000,00
5.3 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	13.674.589,83		19.785.714,56
5.4 Sonstige Verbindlichkeiten	25.243.646,95		27.374.364,44
6. Passive Rechnungsabgrenzungsposten		**18.265.004,61**	**18.933.779,76**
		2.908.146.788,17	**2.910.562.330,29**

3. Gesamtanhang

3.1 Allgemeine Angaben

Die Gemeinden sind nach § 116 der Gemeindeordnung NRW verpflichtet, in jedem Haushaltsjahr für den Abschlussstichtag 31. Dezember einen Gesamtabschluss aufzustellen. Dieser besteht aus einer Gesamtbilanz, einer Gesamtergebnisrechnung sowie dem Gesamtanhang und ist um einen Gesamtlagebericht und einen Beteiligungsbericht zu ergänzen. Für den Gesamtabschluss ist der Jahresabschluss nach § 95 GO NRW der Gemeinde und die Jahresabschlüsse des gleichen Geschäftsjahres aller verselbständigten Aufgabenbereiche in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form zu konsolidieren (§116 Abs. 2 Satz 1 GO NRW i.V.m. § 50 Abs. 1 und 2 GemHVO NRW). Die Stadt Oberhausen hat ihren ersten Gesamtabschluss zum 31.12.2010 aufgestellt. Dazu wurde zum 01.01.2010 eine Kapitalkonsolidierung der im Folgenden aufgeführten verbundenen und assoziierten Unternehmen durchgeführt.

Unternehmen und Einrichtungen des privaten Rechts sowie Sondervermögen und Eigenbetriebe unter der einheitlichen Leitung der Gemeinde werden entsprechend der §§ 300 bis 309 HGB in die Vollkonsolidierung einbezogen. Dies bedeutet, dass die Abschlüsse der Einheiten mit ihren gesamten Vermögensgegenständen und Schulden in den Gesamtabschluss übernommen werden. Für diese Einheiten wird eine Kapitalkonsolidierung nach § 301 HGB durchgeführt. Diese erfolgt grundsätzlich nach der Neubewertungsmethode. Abweichend davon wurde gemäß den Vereinfachungsregelungen des Innenministeriums für Sondervermögen auf eine Neubewertung verzichtet und der Wertansatz aus der Eröffnungsbilanz beibehalten. Bei der Vollkonsolidierung wird der Beteiligungsbuchwert der Muttergesellschaft mit dem anteiligen Eigenkapital der Tochtergesellschaft verrechnet. Aktive Unterschiedsbeträge werden in den Folgejahren abgeschrieben. Passive Unterschiedsbeträge werden als gesonderter Posten „Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung“ zwischen Eigen- und Fremdkapital ausgewiesen. Weiterhin erfolgt eine Schulden- sowie Aufwands- und Ertragskonsolidierung entsprechend der §§ 303 ff HGB. Hierbei werden die wechselseitigen Forderungen und Verbindlichkeiten bzw. Aufwendungen und Erträge miteinander verrechnet. Der daraus entstandene Gesamtabschluss stellt den „Konzern Stadt“ so dar, als handle es sich um ein einzelnes Unternehmen und gibt einen Überblick über die gesamte Vermögens- und Ertragslage der Stadt Oberhausen. Die durch die Ausgliederung von Aufgaben aus der Kernverwaltung auf selbständig bilanzierende Organisationseinheiten verlorengegangene Transparenz wird dadurch wieder hergestellt. Der Vollkonsolidierungskreis bei der Stadt Oberhausen setzt sich neben der Stadt Oberhausen wie folgt zusammen:

Verbundene Unternehmen	**Beteiligungsanteil**
Stadtwerke Oberhausen AG Max-Eyth-Straße 62 46149 Oberhausen	100%
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH Bahnhofstraße 66 46145 Oberhausen	100%
Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen (Eigenbetriebsähnliche Einrichtung) Elly-Heuss-Knapp Straße 3, 46145 Oberhausen	100%
Theater Oberhausen Ebertstraße 82 46045 Oberhausen	100%

Verbundene Unternehmen, die wegen untergeordneter Bedeutung nicht vollkonsolidiert sind, werden im Gesamtabschluss mit ihrem Wertansatz aus der Bilanz der jeweiligen Muttergesellschaft fortgeführt.

WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH
ENO Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen GmbH
LAH Luise-Albertz-Halle GmbH
TMO Tourismus & Marketing Oberhausen GmbH
VZS Verwaltungszentrum Sterkrade mbH

Die assoziierten Unternehmen werden entsprechend der §§ 311 und 312 HGB nach der Equity-Konsolidierung in den Gesamtabschluss einbezogen. Hierbei handelt es sich um Unternehmen, die unter maßgeblichem Einfluss der Gemeinde stehen. Bei der Stadt Oberhausen erfolgt die Equity-Konsolidierung nach der Buchwertmethode. Hierbei wird der Buchwert des anteiligen Eigenkapitals an dem assoziierten Unternehmen im Gesamtabschluss ausgewiesen. Dieser wird dem anteiligen Eigenkapital des assoziierten Unternehmens gegenübergestellt. Auch hier wird ein eventuell entstehender aktiver oder passiver Unterschiedsbetrag gesondert ausgewiesen. In den Folgejahren erfolgt ein um die anteiligen Jahresergebnisse fortgeschriebener Beteiligungsansatz. Nach der Equity-Methode werden in den Gesamtabschluss folgende Unternehmen einbezogen:

assoziierte Unternehmen	**Beteiligungsanteil**
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH Buschhausener Straße 149 46049 Oberhausen	51%
FSO GmbH & Co. KG Danziger Straße 31 46045 Oberhausen	50%
FSO Verwaltungs GmbH Danziger Straße 31 46045 Oberhausen	50%
EVO Energieversorgung Oberhausen AG Danziger Straße 31 46045 Oberhausen	10%

Hinsichtlich der Beteiligung an der WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH liegt keine einheitliche Leitung sowie keine Mehrheit der Stimmrechte vor, so dass die Voraussetzungen des § 50 Abs. 2 GemHVO NRW nicht gegeben sind. Sie wird im Rahmen einer Equity-Konsolidierung in den Gesamtabschluss einbezogen.
Sonstige Beteiligungen werden im Gesamtabschluss mit ihrem Wertansatz aus der Bilanz der jeweiligen Muttergesellschaft fortgeführt. Im Einzelnen sind dieses:

Revierpark Vonderort GmbH
Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft
Antenne Ruhr
CVUA AöR
Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Ruhr
Digitales NRW (Public Konsortium GbR)

Detailinformationen sind dem beiliegenden Beteiligungsbericht zu entnehmen.

3.2 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Sowohl für die Erstellung des Einzelabschlusses als auch für die Erstellung des Gesamtabschlusses der Stadt Oberhausen gelten die Regelungen der Gemeindeordnung NRW (GO NRW), der Gemeindehaushaltsverordnung NRW (GemHVO NRW) sowie des Handelgesetzbuches (HGB). Für die Tochtergesellschaften fanden bei der Erstellung der Einzelabschlüsse lediglich die Regelungen des Handelsgesetzbuches Anwendung. Sofern sich hieraus unterschiedliche Bilanzierungs- und Bewertungsunterschiede ergaben wurden diese auf ihre Wesentlichkeit für den Gesamtabschluss hin untersucht. Notwendige Anpassungen von Einzelabschlüssen der Tochtergesellschaften an die Regelungen der Gemeindeordnung bzw. Gemeindehaushaltsverordnung wurden bei der Überleitung in die Kommunalbilanz II durchgeführt. Gemäß den vom Innenministerium NRW herausgegebenen Praxisempfehlungen zu Vereinfachungsregelungen im Gesamtabschluss, wurden aufgrund der untergeordneten Bedeutung Abweichungen die sich durch Anwendung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) in den Einzelabschlüssen von Tochtergesellschaften ergaben, nicht angepasst. Dieses betrifft u.a. latente Steuern sowie die Bewertung von Rückstellungen.

Die Zugänge des Anlagevermögens wurden mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet. Gegenstände des Anlagevermögens werden entsprechend ihrer betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer linear abgeschrieben. Grundlage für die jeweilige Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände der Stadt Oberhausen sind die Vorgaben der NKF-Abschreibungstabelle. In Anlehnung an die NKF-Rahmentabelle wurde eine örtliche Abschreibungstabelle für Oberhausen erstellt. Die Vermögensgegenstände der Tochtergesellschaften wurden entsprechend der amtlichen Afa-Tabellen unter Berücksichtigung der betriebsspezifischen Nutzungsdauern abgeschrieben. Anpassungen für den Gesamtabschluss waren mangels Wesentlichkeit nicht erforderlich.

Geringwertige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens der Stadt Oberhausen wurden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben. Für abweichende GWG-Regelungen nach HGB bei den Tochtergesellschaften (Poolbildung) wurden keine Anpassungen vorgenommen.

Sofern bilanzierte Vermögensgegenstände mit Hilfe von Zuwendungen finanziert worden sind, wurden aus dem Einzelabschluss der Stadt Oberhausen entsprechende Sonderposten übernommen. Lediglich für den Einzelabschluss der Stadtwerke Oberhausen AG wurde eine Anpassung der Daten des Einzelabschlusses durchgeführt indem die Meldedaten im Bereich des Anlagevermögens um erhaltene Zuwendungen erhöht wurden und ebenfalls auf der Passiva korrespondierende Sonderposten gebildet wurden. Die Auflösung der Sonderposten erfolgte analog zu dem jährlichen Werteverzehr des betreffenden Vermögensgegenstandes.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind zum Nominalwert bilanziert. Risiken im Forderungsbestand wurden durch Wertberichtigungen abgedeckt. Der Wertansatz der Verbindlichkeiten erfolgte zum jeweiligen Rückzahlungsbetrag.

Konkret zuzuordnende Ausfallrisiken für Forderungen wurden durch Einzelwertberichtigungen berücksichtigt. Auf den restlichen Forderungsbestand wurden statistisch Pauschalwertberichtigungen aufgrund von Erfahrungswerten für Forderungsausfälle vorgenommen.

Für die zum Bilanzstichtag erkennbaren Verpflichtungen und Risiken wurden Rückstellungen gebildet. Vorhandene Rückstellungen wurden aufgelöst sofern der Rückstellungsgrund entfallen war, bzw. mit einer Inanspruchnahme nicht mehr zu rechnen ist.

Die Gliederung der Gesamtbilanz erfolgt entsprechend § 49 Abs. 3 GemHVO NRW. Die Meldedaten aus den Einzelabschlüssen der Tochterunternehmen, deren Bilanzgliederung nach § 266 HGB erfolgt, wurden auf die Positionen entsprechend der vorgeschriebenen Gliederung der kommunalen Bilanz übergeleitet.

3.3 Erläuterungen zur Bilanz

3.3.1 Aktiva

3.3.1.1 Anlagevermögen

Die Zusammensetzung des Anlagevermögens ist aus dem beigefügten Gesamtanlagenspiegel ersichtlich. Das Konzernanlagevermögen befindet sich zu rd. 79 % (Vorjahr 78 %) im Kernhaushalt der Stadt Oberhausen. Dies resultiert im Wesentlichen aus dem städtischen Infrastrukturvermögen sowie dem Bestand an Grundstücken und Gebäuden.
.

Gesamtanlagespiegel der Stadt Oberhausen zum 31.12.2012

	Anschaffungkosten					Abschreibungen						Buchwerte	
in EUR	AHK Stand 01.01.2012	AHK Zugänge	AHK Umb.	AHK Abgänge	AHK Stand 31.12.2012	AfA Stand 01.01.2012	AfA Zugänge	AfA Abgänge	AfA Umb.	AfA Zuschreib.	AfA Stand 31.12.2012	Buchwert 31.12.2012	Buchwert 31.12.2011
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	**20.625.577,55**	**217.851,57**		**2.066.067,98**	**18.777.361,14**	**9.305.047,42**	**2.141.767,70**	**2.066.067,98**			**9.380.747,14**	**9.396.614,00**	**11.320.530,13**
II. Sachanlagen	**2.200.190.865,18**	**31.426.910,82**	**0,00**	**16.637.833,96**	**2.214.979.942,04**	**362.856.981,63**	**71.553.050,35**	**6.321.146,49**			**428.088.885,49**	**1.786.891.056,55**	**1.837.333.854,69**
1. Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	**196.209.235,52**	**300.080,38**	**57.294,22**	**5.073.069,26**	**191.493.540,86**	**4.994.079,64**	**1.444.151,68**	**346.384,11**			**6.091.847,21**	**185.401.693,65**	**191.215.155,88**
1.1. Grünflächen	121.411.166,80	300.080,38	57.294,22	2.750.104,63	119.018.436,77	4.994.079,64	1.444.151,68	346.384,11			6.091.847,21	112.926.589,56	116.417.087,16
1.2. Ackerland	2.475.223,96			143,47	2.475.080,49							2.475.080,49	2.475.223,96
1.3. Wald, Forsten	4.834.263,63				4.834.263,63							4.834.263,63	4.834.263,63
1.4. Sonstige unbebaute Grundstücke	67.488.581,13			2.322.821,16	65.165.759,97							65.165.759,97	67.488.581,13
2. Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	**635.284.718,40**	**1.491.632,95**	**2.703.426,63**	**2.591.179,99**	**636.888.597,99**	**87.577.225,67**	**19.513.464,06**	**429.621,73**			**106.661.068,00**	**530.227.529,99**	**547.707.492,73**
2.1. Kinder- und Jugendeinrichtungen	17.397.469,51	308.972,61	338.542,17	480.997,51	17.563.986,78	1.537.865,51	500.518,78	27.483,51			2.010.900,78	15.553.086,00	15.859.604,00
2.2. Schulen	297.581.979,98	239.799,89	95.090,48		297.916.870,35	33.001.521,15	8.084.647,85				41.086.169,00	256.830.701,35	264.580.458,83
2.3. Wohnbauten	37.249.592,02	0,00	-346.181,65	1.931.388,71	34.972.021,66	4.067.349,87	867.589,00	337.891,71	56.134,65		4.540.912,51	30.431.109,15	33.182.242,15
2.4. Sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude	283.055.676,89	942.860,45	2.615.975,63	178.793,77	286.435.719,20	48.970.489,14	10.060.708,43	64.246,51	-56.134,65		59.023.085,71	227.412.633,49	234.085.187,75
3. Infrastrukturvermögen	**1.205.589.711,85**	**4.876.709,91**	**10.279.256,03**	**4.787.595,72**	**1.215.958.082,07**	**204.211.822,17**	**36.201.210,60**	**1.446.506,72**			**238.966.526,05**	**976.991.556,02**	**1.001.377.889,68**
3.1. Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	164.809.893,86	42.035,51	7.316,17	48.362,25	164.810.883,29	22.510,65					22.510,65	164.788.372,64	164.787.383,21
3.2. Brücken und Tunnel	56.136.803,68	103.547,93			56.240.351,61	3.165.058,68	856.953,93				4.022.012,61	52.218.339,00	52.971.745,00
3.3. Gleisanlagen mit Streckenausrüst. u. Sicherheitsanl.	55.539.135,98	18.130,32			55.557.266,30	24.438.903,26	2.677.577,54				27.116.480,80	28.440.785,50	31.100.232,72
3.4. Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen	363.768.508,07	417.312,18	4.373.142,00	466.249,00	368.092.713,25	44.259.281,20	10.652.538,18	120.516,00			54.791.303,38	313.301.409,87	319.509.226,87
3.5. Straßennetz m. Wegen, Plätzen u. Verkehrslenkungsanl	461.314.660,25	4.286.496,33	5.898.797,86	4.272.984,47	467.226.969,97	80.958.648,12	18.484.547,13	1.325.990,72			98.117.204,53	369.109.765,44	380.356.012,13
3.6. Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	104.020.710,01	9.187,64			104.029.897,65	51.367.420,26	3.529.593,82				54.897.014,08	49.132.883,57	52.653.289,75
4. Bauten auf fremden Grund und Boden	**463.573,47**	**751.367,65**	**10.866,10**		**1.225.807,22**	**4.635,47**	**26.165,75**				**30.801,22**	**1.195.006,00**	**458.938,00**
5. Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	**6.981.955,82**	**36.819,31**		**42,00**	**7.018.733,13**	**122.207,81**	**32.032,00**				**154.239,81**	**6.864.493,32**	**6.859.748,01**
6. Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	**75.929.002,47**	**486.940,40**	**510.000,00**	**799.657,88**	**76.126.284,99**	**30.902.318,14**	**9.077.916,21**	**787.939,20**			**39.192.295,15**	**36.933.989,84**	**45.026.655,47**
7. Betriebs- und Geschäftsausstattung	**55.780.401,26**	**3.984.295,77**	**67.276,69**	**3.337.669,40**	**56.494.304,32**	**35.044.692,73**	**5.258.110,05**	**3.310.694,73**			**36.992.108,05**	**19.502.196,27**	**20.735.708,53**
8. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	**23.952.266,39**	**19.499.064,45**	**-13.628.119,67**	**48.619,71**	**29.774.591,46**							**29.774.591,46**	**23.952.266,39**
III. Finanzanlagen	**201.236.809,91**	**426,87**		**257.655,56**	**200.979.581,22**	**2.083.051,42**	**14.954.461,45**	**26.516,00**		**2.080.113,33**	**10.764.780,70**	**190.214.800,52**	**203.319.861,33**
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	4.017.154,98				4.017.154,98							4.017.154,98	4.017.155,98
2. Anteile an assoziierten Unternehmen	78.629.842,14				78.629.842,14	-2.109.567,42	14.937.137,45			2.080.113,33	10.747.456,70	67.882.385,44	80.739.409,56
3. Beteiligungen	25.266.994,63				25.266.994,63							25.266.994,63	25.266.993,63
4. Sondervermögen												0,00	0,00
5. Wertpapiere des Anlagevermögens	91.632.758,70	426,87			91.633.185,57							91.633.185,57	91.632.758,70
6. Ausleihungen	1.690.059,46			257.655,56	1.432.403,90	26.516,00	17.324,00	26.516,00			17.324,00	1.415.079,90	1.663.543,46
6.1. an verbundene Unternehmen													
6.2. an Beteiligungen													
6.3. an Sondervermögen												0,00	0,00
6.4. Sonstige Ausleihungen	1.690.059,46			257.655,56	1.432.403,90	26.516,00	17.324,00	26.516,00			17.324,00	1.415.079,90	1.663.543,46
Anlagevermögen insgesamt	**2.422.053.252,64**	**31.645.189,26**	**0,00**	**18.961.557,50**	**2.434.736.884,40**	**370.078.977,63**	**88.649.279,50**	**8.413.730,47**	**0,00**	**2.080.113,33**	**448.234.413,33**	**1.986.502.471,07**	**2.051.974.246,15**

3.3.1.1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände

Bei den immateriellen Vermögensgegenständen in Höhe von 9.397 TEUR (Vorjahr 11.321 TEUR) handelt es sich im Wesentlichen (8.215 TEUR) um Geschäfts- oder Firmenwerte, die durch die Kapitalkonsolidierung entstanden sind. Weiterhin sind 1.182 TEUR bei den Tochterunternehmen bilanzierte EDV-Software und Lizenzen enthalten.

3.3.1.1.2 Sachanlagevermögen

Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

Die unbebauten Grundstücke und grundstücksgleichen Rechte in Höhe von 185.402 TEUR (Vorjahr 191.215 TEUR) betreffen überwiegend die städtischen Grün- und Parkanlagen, Friedhöfe, Ackerland, Kleingartenanlagen, Wald und Forsten sowie Grundstücke mit Erbbaurecht. Weiterhin sind in dieser Position aus der Neubewertung aufgedeckte stille Reserven in Höhe von 18.426 TEUR enthalten.

Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

Die bebauten Grundstücke und grundstücksgleichen Rechte in Höhe von 530.228 TEUR (Vorjahr 547.707 TEUR) betreffen sowohl den Wert des Grund und Bodens als auch die darauf befindlichen Gebäude. Hierzu zählen insbesondere Kindertageseinrichtungen, Schulen, Wohnbauten sowie Dienst- und Geschäftsgebäude. Diese Position betrifft zu 80 % das Vermögen der Kernverwaltung, zu 12 % das Vermögen der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH, mit 5 % den ASO Eigenbetrieb sowie zu 3 % das Vermögen der STOAG. Es handelt sich bei den Töchtern im Wesentlichen um Dienst- oder Betriebsgebäude, ein Betrag von 15.649 TEUR aus der Aufdeckung von stillen Reserven ist darin enthalten.

Infrastrukturvermögen

Das Infrastrukturvermögen in Höhe von 976.992 TEUR (Vorjahr 1.001.378 TEUR) betrifft zu rund 93 % Anlagevermögen der Kernverwaltung. Die wesentlichen Positionen des Infrastrukturvermögens sind das Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen mit 369.110 TEUR, die städtischen Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen mit 313.302 TEUR, der Grund und Boden des Infrastrukturvermögens mit 164.788 TEUR und mit 129.792 TEUR Brücken und Tunnel, Gleisanlagen sowie sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens. Aus der Aufdeckung von stillen Reserven ist in der Position Gleisanlagen ein Betrag von 8.719 TEUR enthalten.

Der Bilanzwert des Infrastrukturvermögens hat sich im Wesentlichen dadurch vermindert, dass die Abschreibungen und Abgänge deutlich höher als die Zugänge und die Umbuchungen aus den Anlagen im Bau ausfielen.

Bauten auf fremdem Grund und Boden

Die Bauten auf fremdem Grund und Boden in Höhe von 1.195 TEUR (Vorjahr 459 TEUR) betreffen vollständig Anlagevermögen der OGM GmbH.

Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler

Die Kunstgegenstände und Ausstellungsstücke wie Gemälde, Zeichnungen, Grafiken, Kunstgegenstände im öffentlichen Raum, Skulpturen und Plastiken sowie Brunnenanlagen in Höhe von 6.864 TEUR (Vorjahr 6.860 TEUR) betreffen komplett das Anlagevermögen der Kernverwaltung.

Maschinen und technische Anlagen

Die Maschinen und technischen Anlagen in Höhe von 36.934 TEUR (Vorjahr 45.027 TEUR) betreffen nur zu 17 % das Anlagevermögen der Kernverwaltung, da das von der Stadt Oberhausen genutzte bewegliche Anlagevermögen sich weitgehend im Eigentum der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH befindet. Diese stellt der Stadt Oberhausen die Vermögensgegenstände gegen ein Nutzungsentgelt zur Verfügung. Bei den im Eigentum der Stadt Oberhausen befindlichen Maschinen und technischen Anlagen handelt es sich im Wesentlichen um den Fuhrpark und die Maschinen- und Geräteausstattung der Feuerwehr. Die weiteren Bestände an Maschinen und technischen Anlagen betreffen die operativ tätigen Firmen STOAG mit 70 % und die Bestände der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH mit 13 %. Aus stillen Reserven resultieren 7.276 TEUR. Diese sind im Wesentlichen in den Fahrzeugen des ÖPNV enthalten.

Betriebs- und Geschäftsausstattung

Das Gesamtvermögen an Betriebs- und Geschäftsausstattung zum 31.12.2012 beläuft sich auf 19.502 TEUR (Vorjahr 20.736 TEUR). Hiervon entfallen 9.693 EUR auf Ausstattungsgegenstände der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH. Enthalten hierin ist die von der Stadt Oberhausen genutzte Betriebs- und Geschäftsausstattung, die sich im Eigentum der OGM GmbH befindet und der Stadt Oberhausen unter Berechnung von Nutzungsentgelten zur Verfügung gestellt wird. Bei der im Eigentum der Stadt Oberhausen befindlichen Betriebs- und Geschäftsausstattung in Höhe von 5.608 TEUR handelt es sich um Bücher- und Medienbestände der Bibliotheken, um das Mobiliar in öffentlichen Bibliotheken und Schulbibliotheken, um die städtischen Musikinstrumente, um den Bestand an Lernmitteln sowie um Gegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung der Feuerwehr und der Volkshochschule. Weiterhin handelt es sich in Höhe von 4.104 TEUR um Vermögensgegenstände der STOAG und in Höhe von 97 TEUR um Vermögensgegenstände des Eigenbetriebs Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen.

Anlagen im Bau / Geleistete Anzahlungen auf Anlagen im Bau

Bei den Anlagen im Bau/Geleisteten Anzahlungen auf Anlagen im Bau in Höhe von 29.775 TEUR (Vorjahr 23.952 TEUR) handelt es sich überwiegend um Maßnahmen der Kernverwaltung. Sie betreffen im Wesentlichen mit 20.041 TEUR Kanalbaumaßnahmen der Stadt Oberhausen, mit 6.977 TEUR Straßenbaumaßnahmen und Infrastruktur sowie mit 2.713 TEUR Baumaßnahmen zu Gebäuden und sonstigen Einrichtungen.

3.3.1.1.3 Finanzanlagen

Die Finanzanlagen in Höhe von 190.215 TEUR (Vorjahr 203.320 TEUR) werden zu 95 % bei der STOAG gehalten, der Kernhaushalt bilanziert lediglich 5 % der gesamten Finanzanlagen. Die Finanzanlagen setzten sich zusammen aus:

Anteile an verbundenen Unternehmen

Unter dieser Rubrik werden Anteile an Gesellschaften mit Mehrheitlicher Beteiligung oder beherrschendem Einfluss der Gemeinde ausgewiesen, die i.d.R. zum Vollkonsolidierungskreis gehören. Der Einbezug ist für diese Anteile nach § 116 Abs. 3 GO NRW unterblieben, da sie von untergeordneter Bedeutung sind. Die Anteile von 4.017 TEUR (Vorjahr 4.017 TEUR) werden zu 100 % im Kernhaushalt gehalten.

Anteile an assoziierten Unternehmen

Bei den assoziierten Unternehmen handelt es sich um die in § 50 Abs. 3 GemHVO NRW genannten Betriebe unter maßgeblichem Einfluss der Gemeinde, an denen die Gemeinde

eine Beteiligung im Sinne von § 281 Abs. 1 HGB hält. Die Anteile in Höhe von 67.882 TEUR (Vorjahr 80.739 TEUR) werden zu 100 % von der STOAG gehalten. Darin enthalten ist ein Unterschiedsbetrag in Höhe von 51.169 TEUR aus der Gegenüberstellung zwischen dem Buchwert und dem anteiligen Eigenkapital der Equity-Einheiten. Dieser Wert wird als Geschäfts- oder Firmenwert planmäßig über insgesamt 15 Jahre abgeschrieben.

Beteiligungen

Beteiligungen sind Anteile an verselbstständigten Aufgabenbereichen, die bestimmt sind, dem eigenen Geschäftsbetrieb durch Herstellung einer dauerhaften Verbindung zu diesen verselbstständigten Aufgabenbereichen zu dienen. Beteiligungen in Höhe von 25.267 TEUR (Vorjahr 25.267 TEUR) werden überwiegend bei der STOAG (93 %) gehalten. Die übrigen 7 % halten Kernhaushalt und die OGM GmbH.

Sondervermögen

Die Anteile an Sondervermögen sind im Rahmen der Kapitalkonsolidierung vollständig eliminiert worden.

Wertpapiere des Anlagevermögens

Die im Gesamtabschluss ausgewiesenen Wertpapiere in Höhe von 91.633 TEUR (Vorjahr 91.633 TEUR) werden zu 97 % bei der STOAG gehalten und betreffen überwiegend Aktien der RWE AG (Anteil aus stillen Reserven: 69.156 TEUR). Die übrigen Wertpapiere (2.817 TEUR) sind Pensionsfonds die vom Kernhaushalt gehalten werden.

Sonstige Ausleihungen

Sonstige Ausleihungen in Höhe von 1.415 TEUR (Vorjahr 1.664 TEUR) sind im Wesentlichen beim Kernhaushalt bilanziert und betreffen kleinere Darlehen.

3.3.1.2 Umlaufvermögen

Vorräte

Die Vorräte in Höhe von 12.498 TEUR (Vorjahr 12.015 TEUR) betreffen zu 65 % Vermögen der Kernverwaltung, mit 30 % Vermögen der OGM GmbH sowie mit 5 % Vermögen der STOAG. Im Wesentlichen handelt es sich bei den Werten um zur Veräußerung vorgesehene Grundstücke (7.425 TEUR), nicht abgerechnete Mietnebenkosten und Baumaßnahmen (2.117 TEUR), geleistete Anzahlungen für noch nicht abgerechnete Sanierungsmaßnahmen im Bereich der Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen (2.059 TEUR) sowie um Roh- Hilfs- und Betriebsstoffe (897 TEUR).

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Der Gesamtbetrag der offenen Forderungen in Höhe von 49.934 TEUR (Vorjahr 55.920 TEUR) stammt zu 73 % aus Forderungen der Kernverwaltung, zu 20 % aus Forderungen der STOAG, zu 6 % aus Forderungen der OGM GmbH und zu 1 % aus Forderungen des Theaters Oberhausen.

Liquide Mittel

Im Gesamtabschluss zum 31.12.2012 waren liquide Mittel in Höhe von 11.766 TEUR (Vorjahr 17.206 TEUR) vorhanden. Sie betrafen mit 5.519 TEUR Guthaben der Kernverwaltung, mit 2.980 TEUR Guthaben des ASO Eigenbetriebs, mit 2.537 TEUR

Guthaben der STOAG, mit 385 TEUR Guthaben der OGM GmbH sowie mit 345 TEUR Guthaben des Theaters Oberhausen.

3.3.1.3 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von 12.356 TEUR (Vorjahr 12.287 TEUR) betreffen zu 98 % die Kernverwaltung. Hierin enthalten sind im Wesentlichen in Höhe von 3.250 TEUR die Zahlung der Beamtenbezüge für den Januar 2013, in Höhe von 4.365 TEUR geleistete Investitionskostenzuschüsse mit Gegenleistungsverpflichtung sowie in Höhe von 4.468 TEUR Zahlungen für Aufwendungen des Haushaltsjahres 2013.

3.3.1.4 Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag

Die Ermittlung des Eigenkapitals erfolgt als rechnerische Größe aus der Differenz der bewerteten Aktivposten zu den bewerteten Passivposten. Da die Passivposten in der Bilanz die Aktivposten überstiegen, wurde der ermittelte Saldo in Höhe von 835.091 TEUR auf der Aktivseite der Bilanz unter den Rechnungsabgrenzungsposten als „Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“ ausgewiesen und es konnten dementsprechend keine Rücklagen gebildet werden.

Das negative Eigenkapital resultiert aus der Bilanz des Kernhaushaltes, auch nach der Konsolidierung mit den anderen verselbständigten Aufgabenbereichen verbleibt der Ausweis des Eigenkapitals negativ.

3.3.2 Passiva

3.3.2.1 Eigenkapital

Erläuterungen zum Eigenkapital siehe Punkt 3.1.4 „Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“.

3.3.2.2 Unterschiedsbetrag aus Kapitalkonsolidierung.

Ein negativer Unterschiedsbetrag aus Kapitalkonsolidierung in Höhe von 2 TEUR ist durch den Überhang von Eigenkapital bei Tochterunternehmen gegenüber dem Beteiligungsbuchwert von Mutterunternehmen entstanden. Bisher ausgewiesene Unterschiedsbeträge, die bei Tochtergesellschaften aus BilMoG-Effekten des Geschäftsjahres 2010 resultierten, wurden nach Abstimmung mit der Gemeindeprüfungsanstalt NRW mit bestehenden Geschäfts- oder Firmenwerten verrechnet.

3.3.2.3 Sonderposten

Der Gesamtbetrag der Sonderposten in Höhe von 517.569 TEUR (Vorjahr 531.088 TEUR) setzt sich zusammen aus:

Sonderposten für Zuwendungen

Sonderposten für Zuwendungen wurden für Geldleistungen von Dritten gebildet, die der Konzern Stadt Oberhausen für die Durchführung von Investitionen erhalten hat. Analog zur Abschreibung des Anlagevermögens werden die zugehörigen Sonderposten in Abhängigkeit von der Nutzungsdauer ertragswirksam aufgelöst. Die Sonderposten für Zuwendungen in Höhe von 442.811 TEUR (Vorjahr 454.747 TEUR) setzten sich zusammen aus 392.332 TEUR die an die Kernverwaltung geleistet wurden, aus 49.112 TEUR die an die STOAG geleistet wurden sowie aus 1.367 TEUR die die OGM GmbH erhalten hat.

Sonderposten für Beiträge

Unter den Sonderposten für Beiträge in Höhe von 68.708 TEUR (Vorjahr 70.392 TEUR) werden die nach dem Kommunalabgabengesetz und Baugesetzbuch erhobenen Erschließungsbeiträge im Rahmen von Straßenbaumaßnahmen sowie die erhobenen Kanalanschlussbeiträge ausgewiesen. Der Gesamtbetrag betrifft Beiträge die von der Kernverwaltung erhoben wurden.

Sonderposten für den Gebührenausgleich

Die Sonderposten für den Gebührenausgleich in Höhe von 3.919 TEUR (Vorjahr 3.749 TEUR) betreffen Kostenüberdeckungen innerhalb der Gebührenbereiche Straßenreinigung, Friedhöfe, Abfallbeseitigung sowie Märkte. Die Kommunen sind verpflichtet, diese Beträge in der Bilanz als Sonderposten auszuweisen. Gemäß § 6 Kommunalabgabengesetz sind diese Überschüsse in der Gebührenkalkulation der drei Folgejahre gebührenmindernd zu berücksichtigen. Analog dazu erfolgt eine Auflösung der gebildeten Sonderposten. Auch dieser Sonderposten im Gesamtabschluss wurde komplett durch die Kernverwaltung eingebracht.

Sonstige Sonderposten

Die sonstigen Sonderposten in Höhe von 2.131 TEUR (Vorjahr 2.200 TEUR) betreffen in Höhe von 1.579 TEUR die Kernverwaltung und in Höhe von 552 TEUR den ASO Eigenbetrieb.

3.3.2.4 Rückstellungen

Pensionsrückstellungen

Die gebildete Pensionsrückstellung in Höhe von 379.430 TEUR (Vorjahr 372.395 TEUR) wurde für die Erfüllung künftiger, wahrscheinlicher Pensionszahlungen für die aktiven Beamten sowie für die Versorgungsempfänger gebildet und betrifft mit 98 % die Kernverwaltung. Die Berechnung erfolgte mit Hilfe zertifizierter Software unter Verwendung der Richttafeln von Heubeck bzw. in den Tochtergesellschaften anhand von Gutachten.

Rückstellung für Deponien und Altlasten

Die Rückstellung für Deponien und Altlasten in Höhe von 600 TEUR (Vorjahr 600 TEUR) betrifft ausschließlich die Stadt Oberhausen (Kernverwaltung) für notwendige zu erwartende Aufwendungen für die beiden ehemaligen Deponien auf der Bromberger Straße und in Vonderort.

Instandhaltungsrückstellungen

Instandhaltungsrückstellungen in Höhe von 4.406 TEUR (Vorjahr 4.252 TEUR) wurden überwiegend für notwendige Sanierungsarbeiten an den Hausanschlüssen städtischer Immobilien gebildet. Hierbei wurden nur die Maßnahmen berücksichtigt, für die in den nächsten Jahren eine konkrete Durchführungsabsicht vorliegt. Diese sind angelehnt an das Abwasserbeseitigungskonzept der Stadt Oberhausen. Über den Planungszeitraum hinaus liegen keine konkreten Kostenermittlungen für die Sanierung weiterer Hausanschlüsse vor. Nach statistischer und überschlägiger Berechnung ohne Bezug zu Einzelobjekten können über die gebildete Rückstellung hinaus weitere Aufwendungen in Höhe von ca. 12 Mio. EURO entstehen. Weiterhin sind in den gebildeten Rückstellungen 299 TEUR für Rekultivierungsverpflichtungen von Verbandsgrünflächen sowie 246 TEUR für die Instandhaltung von Einrichtungen des Theaters enthalten.

Steuerrückstellungen

Die Steuerrückstellungen betreffen Körperschaftssteuerverpflichtungen der OGM GmbH in Höhe von 207 TEUR.

Sonstige Rückstellungen

Der Gesamtbetrag der sonstigen Rückstellungen beträgt 65.565 TEUR (Vorjahr 34.737 TEUR) und betrifft mit rund 76 % den Kernhaushalt, mit 18 % die STOAG, und mit 6 % die OGM GmbH.

Darin sind in Höhe von 26.084 TEUR Drohverlustrückstellungen enthalten.

Für Verpflichtungen aus Altersteilzeit wurden Rückstellungen in Höhe von 18.009 TEUR gebildet. Die Berechnung erfolgte durch versicherungsmathematische Gutachten. Der Anteil des Kernhaushaltes beträgt rund 69 %.

In Höhe von 8.440 TEUR wurden Rückstellungen für übrige Personalkosten (noch nicht genommener Urlaub, Überhang Überstunden/Mehrarbeit, Beihilfeabrechnungen, Reisekosten etc.) gebildet.

Für Abrechnungsverhalte aus Kontrakten des öffentlichen Personennahverkehrs wurden Rückstellungen in Höhe von 4.350 TEUR gebildet.

Die Risiken für mögliche Rückzahlungen von Fördermitteln und Zuwendungen wurden mit weiteren 3.355 TEUR abgebildet.

Rückstellungen für fehlende Eingangsrechnungen, die Lieferungen oder Leistungen des Jahres 2012 betreffen, wurden in Höhe von 2.720 TEUR gebildet.

Ferner wurden für weitere Einzelrisiken und Verpflichtungen sonstige Rückstellungen in Höhe von 2.607 TEUR gebildet.

3.3.2.5 Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten gliedern sich nach Fristigkeiten gemäß dem beigefügten Verbindlichkeitenspiegel auf.

G e s a m t v e r b i n d l i c h k e i t e n s p i e g e l

	Gesamtbetrag	davon mit einer Restlaufzeit von			Gesamtbetrag
	am 31.12.2012	bis zu 1 Jahr	1 - 5 Jahren	mehr als 5 Jahren	am 31.12.2011
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
1. Anleihen	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
2. Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	**416.683.905,56**	**15.613.985,00**	**43.734.926,57**	**357.334.993,99**	**439.941.672,58**
3. Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	**1.466.500.000,00**	**731.500.000,00**	**735.000.000,00**	**0,00**	**1.461.400.000,00**
4. Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleich kommen	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
5. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	**13.674.589,83**	**13.674.589,83**	**0,00**	**0,00**	**19.785.714,56**
6. Sonstige Verbindlichkeiten	**25.243.646,95**	**25.166.953,17**	**76.693,78**	**0,00**	**27.374.364,44**
Summe	**1.922.102.142,34**	**785.955.528,00**	**778.811.620,35**	**357.334.993,99**	**1.948.501.751,58**

Nachrichtliche Angaben:	TEUR
Haftungsverhältnisse aus der Bestellung von Bürgschaften	75.355
Sicherheitsverpflichtung zu Forderungsabtretung GMVA	37.121
Verlustausgleichsverpflichtungen LAH/TMO (p.a.)	1.480
Haftungsverhältnisse aus Patronatsvereinbarung mit der OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH	8.225

Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen

Die Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen in Höhe von 416.684 TEUR (Vorjahr 439.942 TEUR) betreffen zu 75 % Verbindlichkeiten der Kernverwaltung, zu 16 % Verbindlichkeiten der OGM GmbH sowie zu 9 % Verbindlichkeiten der STOAG.

Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung

Sofern die Gemeinde nicht über ausreichende liquide Mittel verfügt um ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen, kann die Gemeinde Kredite zur Liquiditätssicherung aufnehmen. Der Bestand dieser Kreditaufnahmen zum 31.12.2012 in Höhe von 1.466.500 TEUR (Vorjahr 1.461.400 TEUR) betrifft komplett Geldaufnahmen der Kernverwaltung.

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 13.675 TEUR (Vorjahr 19.786 TEUR) betreffen Rechnungen für den Leistungszeitraum 2012 die erst im Folgejahr bezahlt werden. Der Gesamtbetrag der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 13.675 TEUR betrifft mit 45 % Verbindlichkeiten der OGM GmbH, mit 31 % Verbindlichkeiten der STOAG, mit 22 % Verbindlichkeiten der Kernverwaltung und mit 2 % Verbindlichkeiten des Theaters Oberhausen.

Übrige sonstige Verbindlichkeiten

Die übrigen sonstigen Verbindlichkeiten in Höhe von 25.244 TEUR (Vorjahr 27.374 TEUR) betreffen zu 78 % Verbindlichkeiten der Kernverwaltung, zu 20 % Verbindlichkeiten der OGM GmbH sowie zu 2 % Verbindlichkeiten der STOAG. Im Wesentlichen handelt es sich hierbei um Zinsaufwendungen die den Zeitraum bis zum 31.12.2012 betreffen und zum Bilanzstichtag noch nicht gezahlt waren, um erhaltene Anzahlungen, um erhaltene Zuwendungen für Investitionen die noch nicht den damit geförderten Anlagegegenständen zugeordnet werden konnten sowie um Steuerverbindlichkeiten.

3.3.2.6 Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Die Passiven Rechnungsabgrenzungen zum 31.12.2012 in Höhe von 18.265 TEUR (Vorjahr 18.934 TEUR) betreffen in Höhe von 18.258 Rechnungsabgrenzungsposten der Kernverwaltung und in Höhe von 7 TEUR Rechnungsabgrenzungsposten der OGM GmbH.

Sie beinhalten mit 11.415 TEUR Nutzungsentgelte von Grabstätten und mit 2.102 TEUR bereits vereinnahmte Grabpflegegebühren. Die Auflösung der Posten erfolgt zeitanteilig.

Für 4.364 TEUR sind erhaltene Investitionskostenzuschüsse passiviert, die an Dritte weitergeleitet wurden. Für die Gegenleistungsverpflichtung der Dritten wurde ein korrespondierender Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten gebildet.

333 TEUR der passiven RAP betreffen kreditorische Debitoren und mit 44 TEUR sind Zuwendungen an die Stadt Oberhausen bilanziert, deren Verwendung erst ab dem Haushaltsjahr 2013 erfolgt.

3.4. Erläuterungen zu den einzelnen Posten der Gesamtergebnisrechnung

3.4.1 Ordentliche Gesamterträge

Steuern und ähnliche Abgaben

Zu den Steuern und ähnlichen Abgaben zählen die Realsteuern des § 3 Abs. 2 AO (Gewerbesteuer, Grundsteuer A und B) sowie die Gemeindeanteile an Gemeinschaftssteuern (Einkommensteuer, Umsatzsteuer) und sonstige Gemeindesteuern wie z.B. Vergnügungssteuer, Hundesteuer, Jagdsteuer etc.. Ferner werden hier steuerähnliche Erträge, wie z.B. Fremdenverkehrsabgaben und Abgaben von Spielbanken erfasst. Die Gesamteinnahmen hierzu in Höhe von 241.595 TEUR (Vorjahr 205.205 TEUR) wurden durch die Kernverwaltung erzielt.

Zuwendungen und allgemeine Umlagen

Zuwendungen sind Zuweisungen und Zuschüsse, die dem Empfänger als Finanzhilfen zur Erfüllung seiner Aufgaben zufließen. Bei den Zuweisungen erhalten die Gemeinden Geldmittel von einem öffentlich-rechtlichen Aufgabenträger, wie beispielsweise Schlüsselzuweisungen und Bedarfszuweisungen vom Land während die Gemeinden bei den Zuschüssen Mittel vom unternehmerischen und übrigen Bereich für laufende Zwecke, wie z. B. Spenden erhalten. Das Gesamtaufkommen an Zuwendungen in Höhe von 271.686 TEUR (Vorjahr 263.842 TEUR) betrifft zu über 98 % die Kernverwaltung. Neben den genannten Erträgen ist in der Gesamtsumme ein Betrag in Höhe von 23.813 TEUR aus der ertragswirksamen Auflösung von Sonderposten aus passivierten Zuwendungen für Investitionen enthalten.

Sonstige Transfererträge

Die sonstigen Transfererträge betreffen Übertragungen von Finanzmitteln, denen keine konkrete Gegenleistung der Gemeinde gegenübersteht, soweit es sich nicht um Zuwendungen handelt. Hierunter fällt ebenso der Ersatz für Sozialhilfeleistungen wie Schuldendiensthilfen zur Erleichterung des Schuldendienstes für Kredite. Das Ertragsaufkommen aus Transferleistungen in Höhe von 4.211 TEUR (Vorjahr 4.045 TEUR) wurde zu 74 % durch die Kernverwaltung und zu 26 % durch das Theater Oberhausen erzielt.

Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte sind alle öffentlichen Abgaben, denen eine konkrete Leistung gegenübersteht, wie z. B. Genehmigungsgebühren, Passgebühren etc.. Weiterhin werden hier die Beiträge ausgewiesen, die dem Ersatz des Aufwands für die Herstellung, Anschaffung und Erweiterung öffentlicher Einrichtungen dienen. Die gesamten öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte in Höhe von 94.995 TEUR (Vorjahr 96.899 TEUR) entfallen auf die Kernverwaltung.

Privatrechtliche Leistungsentgelte

Unter den privatrechtlichen Leistungsentgelten werden diejenigen Entgelte erfasst, für die konkrete Gegenleistungen der Gemeinde und deren Beteiligungsunternehmen des Vollkonsolidierungskreises erbracht werden, ohne dass es hierfür eine öffentlich-rechtliche Grundlage (Satzung) gibt. Dies betrifft beispielsweise Verkaufserlöse, Mieten, Pachten sowie Entgelte für die Teilnahme an Kursen oder Veranstaltungen der Kommune. Der Gesamtbetrag in Höhe von 41.148 TEUR (Vorjahr 40.454 TEUR) wurde in Höhe von 23.846 TEUR durch die STOAG, in Höhe von 10.012 durch die OGM GmbH, in Höhe von

6.070 TEUR durch die Kernverwaltung und in Höhe von 1.220 TEUR durch das Theater erzielt.

Kostenerstattungen und Kostenumlagen

Zu den Kostenerstattungen und Kostenumlagen gehören die Erträge, die die Gemeinde für Aufwendungen erhält, die sie für andere Stellen erbracht hat. Die Kommune handelt in diesen Fällen im Auftrag eines Dritten, der die entstandenen Aufwendungen vollständig oder anteilig erstattet. Beispielsweise liegen Kostenerstattungen vor, wenn auf die Kommune Aufgaben von überörtlichen Sozialhilfeträgern delegiert werden. Wenn die Aufwendungen der Gemeinde, die im Auftrag eines Dritten geleistet wurden, nicht exakt berechnet, sondern nur pauschal in Rechnung gestellt werden, handelt es sich um eine Kostenumlage. Die Kostenerstattungen und Kostenumlagen in Höhe von 37.776 TEUR (Vorjahr 31.891) TEUR betreffen ausschließlich Einnahmen der Kernverwaltung.

Sonstige ordentliche Erträge

Die sonstigen ordentlichen Erträge stellen eine Auffangposition für alle Erträge der Gemeinde dar, die nicht anderen Ertragspositionen zuzuordnen sind. Hierunter fallen sowohl Konzessionsabgaben, Erträge aus Anlageverkäufen (bei Erlösen über dem Buchwert), Bußgelder, Säumniszuschläge als auch Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen etc.. Die sonstigen ordentlichen Erträge in Höhe von 28.811 TEUR (Vorjahr 29.464 TEUR) entfallen im Wesentlichen mit 24.022 TEUR auf die Kernverwaltung, mit 2.374 TEUR auf den Eigenbetrieb Alteneinrichtungen, mit 1.946 TEUR auf die STOAG und mit 469 TEUR auf die OGM GmbH.

Aktivierte Eigenleistungen

Aktivierte Eigenleistungen stehen als Ertragsposition den Aufwendungen gegenüber, die zur Herstellung von Anlagevermögen eingesetzt wurden. Mit dem Ansatz aktivierter Eigenleistungen wird das Anlagevermögen erhöht. Die ertragswirksame Verbuchung der aktivierten Eigenleistung bewirkt, dass Erfolgsneutralität hergestellt wird. Herstellungskosten und Eigenleistungen weisen fallbezogen den gleichen Betrag auf. Die aktivierten Eigenleistungen in Höhe von 2.076 TEUR (Vorjahr 677 TEUR) betreffen in Höhe von 2.070 TEUR die OGM GmbH und in Höhe von 6 TEUR die Kernverwaltung.

Bestandsveränderungen

Bei den Bestandsveränderungen werden Erhöhungen bzw. Verminderungen des Bestands an fertigen oder unfertigen Erzeugnissen im Vergleich zum Vorjahr ausgewiesen. Die Bestandsveränderungen von -543 TEUR (Vorjahr – 716 TEUR) betreffen in voller Höhe die OGM GmbH.

3.4.2 Ordentliche Gesamtaufwendungen

Personalaufwendungen

Personalaufwendungen sind alle Aufwendungen, die unmittelbar mit der Beschäftigung von Beamten, Angestellten, Arbeitern und sonstigen Beschäftigten in der Verwaltung zusammenhängen. Die Personalaufwendungen werden brutto erfasst, d. h. inklusive Lohnnebenkosten, wie beispielsweise Sozialversicherungsbeiträgen. Die Zuführungen zu Personalrückstellungen, z. B. Pensionsrückstellungen, Rückstellungen für Urlaub und Altersteilzeit, etc. werden ebenfalls hier erfasst. Die Personalaufwendungen des Jahres 2012 belaufen sich auf 167.612 TEUR (Vorjahr 171.097 TEUR). Sie betreffen mit 111.034 TEUR

die Kernverwaltung, mit 27.436 TEUR die OGM GmbH, mit 22.549 TEUR die STOAG sowie mit 6.593 TEUR das Theater Oberhausen.

Versorgungsaufwendungen

Unter die Versorgungsaufwendungen fallen alle Aufwendungen für die aus dem Dienst ausgeschiedenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und deren Angehörige sofern die Aufwendungen nicht bereits in Vorjahren durch die Bildung von Rückstellungen berücksichtigt wurden. Von den gesamten Versorgungsaufwendungen in Höhe von 28.575 TEUR (Vorjahr 19.134 TEUR) entfallen 28.370 TEUR auf die Kernverwaltung sowie 205 TEUR auf die STOAG.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen betreffen Aufwendungen die mit dem gemeindlichen Verwaltungshandeln (Betriebszweck) bzw. Umsatz- oder Verwaltungserlösen wirtschaftlich zusammenhängen. Unter anderem werden hier die Aufwendungen für die Unterhaltung und Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen sowie des sonstigen Sachanlagevermögens erfasst. Weiterhin fallen unter diese Position sonstige Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen, wie beispielsweise der Erwerb von Waren und die Aufwendungen für Dienstleistungen. Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 158.544 TEUR (Vorjahr 143.670 TEUR) betreffen mit 93.893 TEUR die Kernverwaltung, mit 43.849 TEUR die OGM GmbH, mit 19.493 TEUR die STOAG, mit 1.263 TEUR das Theater Oberhausen und mit 46 TEUR die Alteneinrichtungen.

Bilanzielle Abschreibungen

Der anteilige Ressourcenverbrauch, der durch die Nutzung des Anlagevermögens über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer entsteht, wird hier anteilig in Höhe der jeweiligen jährlichen Abschreibungsbeträge erfasst. Diese Beträge mindern den Wert des Anlagermögens ergebniswirksam. Die Gesamtabschreibungen in Höhe von 86.474 TEUR (Vorjahr 71.935 TEUR) erfolgten in Höhe von 49.350 TEUR auf Vermögensgegenstände der Kernverwaltung, in Höhe von 26.916 TEUR auf Vermögensgegenstände der STOAG, in Höhe von 9.249 TEUR auf Vermögensgegenstände der OGM GmbH sowie in Höhe von 959 TEUR auf Vermögensgegenstände der Alteneinrichtungen. Die deutliche Erhöhung gegenüber dem Vorjahr resultiert u. A. aus der Abschreibung von Geschäfts- oder Firmenwerten. Weiterhin wurden nach Abstimmung mit der Gemeindeprüfungsanstalt NRW Abschreibungen stiller Reserven des Erstkonsolidierungsjahres 2010 nachgeholt.

Transferaufwendungen

Als Transferleistung werden die Leistungen der Gemeinde an Dritte erfasst, ohne dass diesen eine konkrete Gegenleistung gegenübersteht. Es handelt sich um einseitige Geschäftsvorfälle, denen kein Leistungsaustausch zu Grunde liegt. Grundlage hierfür können Rechtsnormen, Ratsbeschlüsse oder Verwaltungsentscheidungen sein. Unter die Transferleistungen fallen insbesondere Zuweisungen und Zuschüsse, Schuldendiensthilfen, Sozialtransfers und allgemeine Umlagen. Die Aufwendungen für Sozialtransfers ergeben sich aus der Sozialgesetzgebung, insbesondere sind dies Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch XII, dem Jugendwohlfahrtsgesetz, dem Unterhaltssicherungsgesetz, dem Asylbewerberleistungsgesetz, dem Wohngeldgesetz etc.. Unter die Transferaufwendungen fallen auch die Gewerbesteuerumlage und die Finanzierungsbeteiligung am Fonds Deutsche Einheit. Die Transferaufwendungen in Höhe von 205.517 TEUR (Vorjahr 191.286 TEUR) betreffen ausschließlich die Kernverwaltung.

Sonstige ordentliche Aufwendungen

Die sonstigen ordentlichen Aufwendungen sind eine Sammelposition für die Aufwendungen, die nicht anderen Aufwandspositionen zuzuordnen sind. Hierunter fallen beispielsweise Kosten für Aus- und Fortbildung, Reisekosten, Versicherungsbeiträge, Telefonkosten sowie Beiträge an Berufsverbände. Der Gesamtbetrag der sonstigen ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 115.677 TEUR (Vorjahr 113.594) TEUR betrifft mit 85.478 TEUR die Kernverwaltung, mit 28.256 die OGM GmbH, mit 1.770 TEUR das Theater Oberhausen und mit 173 TEUR die STOAG. Im besonderen Fall der Konsolidierung mit einer Kommune ergibt sich aus der Umsatzsteuerrelevanz, dass Netto-Umsätze der umsatzsteuerpflichtigen Betriebe den bei der Stadt Oberhausen brutto erfassten Aufwendungen gegenüberstehen, so dass nach durchgeführter Aufwandskonsolidierung zwangsläufig der bestehende Saldo als Aufwand verbleibt. Hierdurch wird der Vorteil des Vorsteuerabzugs, den die Tochterunternehmen bei bezogenen Waren und Leistungen erzielen, eliminiert. Diese Aufwendungen hätte die Kommune ansonsten direkt gegenüber Dritten. Im Gesamtbetrag der sonstigen ordentlichen Aufwendungen sind solche Soll-Differenzen durch Umsatzsteuer aus der Aufwands-/Ertragseliminierung in Höhe von 15.010 TEUR enthalten.

3.4.3 Ordentliches Gesamtergebnis

Das ordentliche Gesamtergebnis stellt dar, welche Ertragskraft sich aus der laufenden Tätigkeit der Gemeinde und deren Beteiligungsunternehmen des Vollkonsolidierungskreises ergibt. Es wird aus dem Saldo der ordentlichen Gesamterträge und der ordentlichen Gesamtaufwendungen ermittelt. Für das Jahr 2012 ergibt sich hier eine Unterdeckung in Höhe von 40.644 TEUR (Vorjahr 38.955 TEUR).

3.4.4 Finanzerträge

Zu den Finanzerträgen zählen für die Kommune Zinserträge, z. B. aus ausgegebenen Darlehen sowie Dividenden und andere Gewinnanteile von Beteiligungen, Ausleihungen und Wertpapieren des Anlagevermögens. Weiterhin werden hier die Zinserträge des Umlaufvermögens, wie Tagesgeld- bzw. Festgeldzinsen ausgewiesen. Die Finanzerträge in Höhe von 12.950 TEUR (Vorjahr 15.585 TEUR) wurden zu 99 % durch die STOAG erzielt.

3.4.5 Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen

Die Zinsen und sonstigen Finanzaufwendungen betreffen sämtliche Zinsaufwendungen und Kreditbeschaffungskosten aus der Inanspruchnahme von Fremdkapital. Von den gesamten Zinsen und sonstigen Finanzaufwendungen in Höhe von 46.929 TEUR (Vorjahr 48.870 TEUR) betreffen 41.140 TEUR die Kernverwaltung, 3.570 TEUR die OGM GmbH sowie 2.219 TEUR die STOAG.

3.4.6 Gesamtfinanzergebnis

Das Finanzergebnis ergibt sich aus dem Saldo zwischen den Finanzerträgen und den Zinsen und sonstigen Finanzaufwendungen. Es verdeutlicht, wie sehr das Fremdkapital durch Zinsaufwendungen das Jahresergebnis beeinflusst. Im Gesamtfinanzergebnis ergibt sich eine Unterdeckung in Höhe von 33.979 TEUR (Vorjahr 33.285 TEUR).

3.4.7 Gesamtergebnis der laufenden Geschäftstätigkeit

Das Gesamtergebnis der laufenden Geschäftstätigkeit wird aus dem Ergebnis des ordentlichen Gesamtergebnisses und dem Gesamtfinanzergebnis gebildet. Die Unterdeckungen beider Einzelergebnisse summieren sich zu einem negativen

Gesamtergebnis der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von 74.623 TEUR (Vorjahr 72.241 TEUR).

3.4.8 Außerordentliches Gesamtergebnis

Hierunter fallen Aufwendungen und Erträge, die außerhalb des ordentlichen Verwaltungsverlaufes anfallen, aber durch die Aufgabenerfüllung der Gemeinde verursacht wurden. Sie beruhen auf seltenen und ungewöhnlichen Vorgängen von wesentlicher Bedeutung. Die Abgrenzung von den ordentlichen Aufwendungen und Erträgen soll vermeiden, dass ein falsches Bild von der Ertragslage der Kommune entsteht. Im Haushaltsjahr 2012 waren hierzu keine Vorgänge zu verzeichnen.

3.4.9 Gesamtjahresergebnis

Das negative Gesamtjahresergebnis in Höhe von 74.623 TEUR (Vorjahr 72.241 TEUR) ergibt sich aus der Hinzurechnung des außerordentlichen Gesamtergebnisses zum Gesamtergebnis der laufenden Geschäftstätigkeit.

3.5. Sonstige Gesamtanhangsangaben

3.5.1 Haftungsverhältnisse

Zum 31.12.2012 bestanden ausschließlich bei der Kernverwaltung Bürgschaften in Höhe von 75.355 TEUR (Vorjahr 81.232 TEUR), Sicherheitsverpflichtungen zu Forderungsabtretungen der GMVA in Höhe von 37.121 TEUR (Vorjahr 42.669 TEUR), Haftungsverhältnisse aus einer Patronatsvereinbarung mit der OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH in Höhe von 8.225 TEUR sowie Verlustausgleichsverpflichtungen in Höhe von 1.480 TEUR (Vorjahr 1.480 TEUR) p.a..

3.5.2 Sonstige Verpflichtungen

Aus Miet-, Leasing-, Pacht-, Service- und Wartungsverträgen bestehen zum 31.12.2012 Verpflichtungen bei den Tochterunternehmen des Vollkonsolidierungskreises in Höhe von 9.691 TEUR (Vorjahr 19.735 TEUR) jährlich, davon 181 TEUR innerhalb des Vollkonsolidierungskreises. Weiterhin bestand ein Bestellobligo für Investitionen in Höhe von 175 TEUR.

3.5.3 Gesonderte Gesamtanhangsangaben

Besondere Umstände, die dazu führen, dass der Jahresabschluss nicht ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde vermittelt

Zum Zeitpunkt der Erstellung des Gesamtabschlusses zum 31.12.2012 befand sich der Gesamtabschluss zum 31.12.2011, sowie der Einzelabschluss zum 31.12.2012 der Stadt Oberhausen noch in der Prüfung durch die örtliche Rechnungsprüfung. Ergebnisse, die ggf. noch zu Veränderungen der Vermögens- und Schuldenpositionen sowie des „Nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrages“ führen könnten sind zu diesem Zeitpunkt nicht bekannt.

Zinssicherungsgeschäfte

Zur Sicherung von Zinskonditionen für aufgenommene Darlehen hat die Stadt Oberhausen (Kernverwaltung) für acht Darlehen und die OGM GmbH für ein Darlehen SWAP-Geschäfte abgeschlossen, bei denen die Entwicklung des variablen Zinssatzes sich eliminiert. Die

Grundgeschäfte der Darlehensaufnahmen und die zugehörigen SWAP-Abschlüsse bilden eine Bewertungseinheit aus der keine bilanzierungspflichtigen Vorgänge entstehen.

Beiträge aus Erschließungsmaßnahmen

Grundsätzlich sind die Forderungen für Beiträge aus fertig gestellten Erschließungsmaßnahmen mit der Entstehung des Anspruches zu bilanzieren. Sofern noch keine Erhebung erfolgt ist, sind die Beträge für diese Maßnahmen gem. § 44 Absatz 2 Nr. 6 Gemeindehaushaltsverordnung im Anhang nachrichtlich zu erwähnen. Aus dem Anhang des Kernhaushaltes wurde übernommen, dass zum Bilanzstichtag 31.12.2012 für alle abrechnungsfähigen Erschließungsmaßnahmen die Rechnungsstellung erfolgt war.

Kapitalflussrechnung (Cash-Flow-Rechnung)

Die Entwicklung des Finanzmittelfonds, welcher den Liquiden Mitteln aus der Bilanz entspricht, ist nachfolgend anhand der Kapitalflussrechnung nach dem DRS 2 Standard dargestellt:

Gesamtkapitalflussrechnung Stadt Oberhausen

		2012 EUR	2011 EUR
1.	Ordentliches Gesamtergebnis	-74.623.200,29	-72.240.792,05
2.	+/- Abschreibungen /Zuschreibungen auf das Anlagevermögen	85.401.205,97	70.714.162,70
3.	+/- Zunahme / Abnahme der Rückstellungen	38.223.044,38	4.524.694,47
4.	+/- Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen / Erträge	-27.541.918,90	-29.448.642,01
5.	+/- Verlust / Gewinn aus dem Abgang von Anlagevermögen	3.449.097,01	17.603.127,37
6.	+/- Abnahme / Zunahme der Vorräte, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, sowie anderen Aktiva die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	5.434.559,18	-5.344.780,15
7.	+/- Zunahme / Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-8.015.083,49	2.662.664,91
8.	+/- Ein- und Auszahlungen aus außerordentlichen Posten	0,00	0,00
9.	**= Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit**	**22.327.703,86**	**-11.529.564,76**
10.	Einzahlungen aus Abgängen des Sachanlagevermögens	7.139.987,92	6.325.773,48
11.	- Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-31.426.910,82	-46.588.787,72
12.	+ Einzahlungen aus Abgängen des immateriellen Anlagevermögens	0,00	0,00
13.	- Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-217.851,57	-1.590.781,56
14.	+ Einzahlungen aus Abgängen des Finanzanlagevermögens	1.126.673,44	1.062.260,63
15.	- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-426,87	-346.490,01
16.	+ Einzahlungen aus dem Verkauf von konsolidierten Unternehmen und sonstigen Geschäftseinheiten	0,00	0,00
17.	- Auszahlungen aus dem Erwerb von konsolidierten Unternehmen und sonstigen Geschäftseinheiten	0,00	0,00
18.	+ Einzahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	0,00	0,00
19.	- Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	0,00	0,00
20.	**= Cashflow aus Investitionstätigkeit**	**-23.378.527,90**	**-41.138.025,18**
21.	Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	640.966,84	-6.814.520,24
22.	- Auszahlungen an Unternehmenseigener und Minderheitsgesellschafter	0,00	0,00
23.	+ Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von (Finanz-) Krediten	1.364.467.301,68	778.500.000,00
24.	- Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und (Finanz-) Krediten	-1.383.520.602,58	-742.769.107,55
25.	+ Einzahlungen aus Sonderposten aus Zuwendungen und Beiträgen sowie sonstigen Sonderposten	14.023.352,97	26.826.554,29
26.	**= Cashflow aus Finanzierungstätigkeit**	**-4.388.981,09**	**55.742.926,50**
27.	**Zahlungswirksame Veränderung des Zahlungsmittelfonds**	**-5.439.805,13**	**3.075.336,56**
28.	**+/- Wechselkurs-, konsolidierungskreis- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds**	0,00	0,00
29.	**Finanzmittelfonds am Anfang der Periode**	**17.206.020,28**	**14.130.683,72**
30.	**Finanzmittelfonds am Ende der Periode**	**11.766.215,15**	**17.206.020,28**

4. Gesamtlagebericht

4.1 Allgemeine Angaben

Der vorliegende Gesamtabschluss ist gem. § 116 Abs. 1 GO NRW, sowie gem. § 49 Abs. 2 GemHVO NRW um einen Gesamtlagebericht zu ergänzen. Der einem handelsrechtlichem Konzernlagebericht nachempfundene Gesamtlagebericht der Gemeinde soll dem Informationsbedürfnis der Bürgerinnen und Bürger, des Rates und der Aufsichtsbehörde nachkommen und ein zusammenfassendes Bild über die Vermögens-, Schulden-, Aufwands-, Ertrags und Finanzgesamtlage vermitteln. Zu diesem Zweck werden in diesem Gesamtlagebericht die wesentlichen Informationen zum „Konzern Stadt Oberhausen“ zusammengefasst. Darüber hinausgehende Detailinformationen können dem beigefügten Beteiligungsbericht, sowie den Einzeljahresabschlüssen der beteiligten Einheiten entnommen werden.

4.2 Erläuterungen im Einzelnen

Die Untersuchung der einzelnen Gesamtabschlussbestandteile vermittelt zusammengefasst die gesamtwirtschaftliche Situation der Stadt Oberhausen, diese stellt sich wie folgt dar:

4.2.1 Vermögens- und Schuldenlage

Die Gesamtbilanzsumme beläuft sich zum 31.12.2012 auf 2.908.147 TEUR und hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 2.415 TEUR (0,08%) verringert.

Das Gesamtanlagevermögen hat sich um 65.472 TEUR (3,19 %) auf 1.986.503 TEUR verringert. Dieses liegt daran, dass Neuinvestitionen nicht in ausreichendem Umfang getätigt werden konnten um den Werteverzehr der Ressourcen zu kompensieren.
Die Abnahme der Finanzanlagen auf 190.215 TEUR (2011: 203.320 TEUR) stammt überwiegend aus der Abschreibung des ermittelten Geschäfts- o. Firmenwertes aus den Equity-Einheiten.

Im Bereich des Umlaufvermögens haben sich die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände um 10,70 % auf 49.934 TEUR verringert. Dabei haben zur Reduzierung im Wesentlichen der Rückgang der Gebührenforderungen gegenüber Gemeinden (- 1.132 TEUR), der Steuerforderungen gegenüber dem Privatsektor (- 1.182 TEUR) sowie der Steuerforderungen gegenüber dem Land (- 1.081 TEUR) beigetragen.
Der Bestand an Liquiden Mitteln ist um 31,62 % auf 11.766 TEUR gesunken. Der Anstieg der Aktiven Rechnungsabgrenzungsposten um 69 TEUR (0,56 %) auf 12.355 TEUR ist im Vergleich zum Vorjahr nur sehr gering.

Die Reduzierung der Sonderposten von 531.088 TEUR auf 517.569 TEUR (- 2,55 %) ist darin begründet, das der jährlichen ertragswirksamen Auflösung keine entsprechenden Zuführungen des Jahres 2012 gegenüberstehen.

Die Erhöhung der Rückstellungen von 411.984 TEUR auf 450.208 TEUR (9,28 %) betrifft überwiegend Pensionsrückstellungen und ist auf steigende Anwartschaften im Kernhaushalt zurückzuführen. Ferner ist ein Anstieg der Instandhaltungsrückstellungen beim Theater um 155 TEUR auf 246 TEUR zu verzeichnen (2011: 92 TEUR).

Die Gesamtverbindlichkeiten haben sich gegenüber dem Vorjahr von 1.948.502 TEUR um 26.399 TEUR auf 1.922.103 TEUR reduziert.

Gesamtbilanz zum 31.12. in TEUR	2012	2011	Veränd.	in %
A K T I V A	**2.908.147**	**2.910.562**	**-2.415**	**-0,08**
1. Anlagevermögen	1.986.503	2.051.975	-65.472	-3,19
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	9.397	11.321	-1.924	-16,99
1.2 Sachanlagen	1.786.891	1.837.334	-50.443	-2,75
1.3 Finanzanlagen	190.215	203.320	-13.105	-6,45
2. Umlaufvermögen	74.198	85.141	-10.943	-12,85
2.1 Vorräte	12.498	12.015	483	4,02
2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	49.934	55.920	-5.986	-10,70
2.4 Liquide Mittel	11.766	17.206	-5.440	-31,62
3. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	12.355	12.286	69	0,56
4. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	835.091	761.160	73.931	9,71
P A S S I V A	**2.908.147**	**2.910.562**	**-2.415**	**-0,08**
1. Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung	2	54	-52	-96,30
2. Sonderposten	517.569	531.088	-13.519	-2,55
2.1 Sonderposten für Zuwendungen	442.811	454.747	-11.936	-2,62
2.2 Sonderposten für Beiträge	68.708	70.392	-1.684	-2,39
2.3 Sonderposten für den Gebührenausgleich	3.919	3.749	170	4,53
2.4 Sonstige Sonderposten	2.131	2.200	-69	-3,14
3. Rückstellungen	450.208	411.984	38.224	9,28
3.1 Pensionsrückstellungen	379.430	372.395	7.035	1,89
3.2 Rückstellungen für Deponien und Altlasten	600	600	0	0,00
3.3 Instandhaltungsrückstellungen	4.406	4.252	154	3,62
3.4 Steuerrückstellungen	207	0	207	
3.5 Sonstige Rückstellungen	65.565	34.737	30.828	88,75
4. Verbindlichkeiten	1.922.103	1.948.502	-26.399	-1,35
4.1 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	416.684	439.942	-23.258	-5,29
4.2 Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	1.466.500	1.461.400	5.100	0,35
4.3 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	13.675	19.786	-6.111	-30,89
4.4 Sonstige Verbindlichkeiten	25.244	27.374	-2.130	-7,78
5. Passive Rechnungsabgrenzungsposten	18.265	18.934	-669	-3,53

4.2.2 Ertrags- und Aufwandssituation

Das Gesamtjahresergebnis 2012 weist einen Fehlbetrag von 74.623 TEUR aus. Dies ist gegenüber dem Jahresfehlbetrag des Jahres 2011 in Höhe von 72.240 TEUR eine Verschlechterung von 2.383 TEUR.

Die ordentlichen Gesamtaufwendungen sind gegenüber dem Vorjahr auf 762.398 TEUR (Vorjahr: 710.716 TEUR) um 7 % angestiegen.

Die Gesamterträge von 721.754 TEUR (Vorjahr 671.761 TEUR) haben sich um 7% erhöht. Wesentlichen Anteil daran haben die Zuwächse bei den Steuern und Abgaben (+17,7%) und bei den Kostenerstattungen und Kostenumlagen (+18,5%).

Die Zuwendungen und allgemeinen Umlagen haben sich um 7.843 TEUR erhöht, wohingegen die sonstigen ordentlichen Erträge um 653 TEUR zurückgegangen sind.

Der deutliche Anstieg der aktivierten Eigenleistungen auf 2.076 TEUR um 1.399 TEUR zum Vorjahr betrifft fast ausschließlich die OGM GmbH.

Negativ haben sich ausgewirkt die Steigerung von Versorgungsaufwendungen um 9.441 TEUR (49,3%) und die Erhöhung des Sach- und Dienstleistungsaufwandes um

14.874 TEUR (10,4%). Die Transferaufwendungen sind ebenfalls um 14.231 TEUR (7,4%) gestiegen.

Die Verschlechterung des Finanzergebnisses in Höhe von - 33.979 TEUR gegenüber 2011 (33.285 TEUR) beruht im Wesentlichen auf der Reduzierung von Dividendenerträgen bei der STOAG.

Gesamtergebnisrechnung der Stadt Oberhausen zum 31.12.2012

	31.12.2012	31.12.2011		
Gesamtergebnis	**TEUR**	**TEUR**	**Abw**	**in %**
01 Steuern und ähnliche Abgaben	241.595	205.205	36.390	17,7
02 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	271.685	263.842	7.843	3,0
03 Sonstige Transfererträge	4.211	4.045	166	4,1
04 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	94.995	96.899	-1.904	-2,0
05 Privatrechtliche Leistungsentgelte	41.148	40.454	694	1,7
06 Kostenerstattung und Kostenumlagen	37.776	31.891	5.885	18,5
07 Sonstige ordentliche Erträge	28.811	29.464	-653	-2,2
08 Aktivierte Eigenleistungen	2.076	677	1.399	206,6
09 Bestandsveränderungen (-/+)	-543	-716	173	-24,2
10 = Ordentliche Gesamterträge (01 bis 09)	**721.754**	**671.761**	**49.993**	**7,4**
11 Personalaufwendungen	167.612	171.097	-3.485	-2,0
12 Versorgungsaufwendungen	28.575	19.134	9.441	49,3
13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	158.544	143.670	14.874	10,4
14 Bilanzielle Abschreibungen	86.474	71.935	14.539	20,2
15 Transferaufwendungen	205.517	191.286	14.231	7,4
16 Sonstige ordentliche Aufwendungen	115.676	113.594	2.082	1,8
17 = Ordentliche Gesamtaufwendungen (11 bis 16)	**762.398**	**710.716**	**51.682**	**7,3**
18 = Ordentliches Gesamtergebnis (10+17)	**-40.644**	**-38.955**	**-1.689**	**4,3**
19 Finanzerträge	12.950	15.585	-2.635	-16,9
20 Finanzaufwendungen	46.929	48.870	-1.941	-4,0
21 = Gesamtfinanzergebnis (19 + 20)	**-33.979**	**-33.285**	**-694**	**2,1**
22 = Gesamtergebnis der laufenden Geschäftstätigkeit (18 + 21)	**-74.623**	**-72.240**	**-2.383**	**3,3**
23 Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0	0,0
24 Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0	0,0
25 = Außerordentliches Gesamtergebnis (23 + 24)	**0**	**0**	**0**	**0,0**
26 = Gesamtjahresergebnis (22 + 25)	**-74.623**	**-72.240**	**-2.383**	**3,3**

Steuern und ähnliche Abgaben

Die Steuern und ähnlichen Abgaben stiegen gegenüber dem Vorjahreswert um 17,7 % (+ 36.390 TEUR) an.

Die Steigerung ist im Wesentlichen auf Mehrerträge der Kernverwaltung im Bereich der Gewerbesteuer (+ 24.038 TEUR EUR), der Grundsteuer B (+ 4.442 TEUR), dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer (+ 3.658 TEUR) sowie der sonstigen Vergnügungssteuern (+ 1.748 TEUR) zurück zu führen. Wesentliche Mindererträge im Vergleichszeitraum 2012 / 2011 sind nicht zu verzeichnen.

Zuwendungen und allgemeine Umlagen

Die Zuwendungen und allgemeinen Umlagen stiegen gegenüber dem Vorjahreswert um 3,0 % (+ 7.844 TEUR) an.

Die Steigerung ist im Wesentlichen auf Mehrerträge der Kernverwaltung im Bereich der Schlüsselzuweisungen vom Land (+ 15.244 TEUR), der Zuweisungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden (+ 3.925; z.B. für die Betriebsführung von Kindertageseinrichtungen) zurückzuführen. Dem gegenüber stehen Mindererträge im Bereich der Allgemeinen Zuweisungen vom Land (- 9.928 TEUR; u.a. Stärkungspakt Stadtfinanzen gegenüber dem Geschäftsjahr 2011, auf Grund geänderten Berechnungsgrundlagen reduziert, Auslaufen der energetischen Förderung).

Darüber hinaus sind im Bereich der STOAG Mindererträge in Höhe von 1.362 TEUR zu verzeichnen. Ursächlich hierfür ist die geringere Auflösung von Sonderposten gegenüber dem Vorjahr.

Sonstige Transfererträge

Die Steigerung der sonstigen Transfererträge von 4,1 % macht einen Mehrertrag von rd. 166 TEUR gegenüber dem Vorjahr aus. Auf Grund der marginalen Auswirkungen wird auf eine nähere Betrachtung verzichtet.

Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

Die Mindererträge belaufen sich auf – 2,0 % (- 1.904 TEUR) und resultieren zum größten Teil aus folgenden Sachverhalten der Kernverwaltung.

(in TEUR)	*2011*	*2012*	*Abweichung*
Abfallbeseitigung:			
Benutzungsgebühren	29.357	28.827	- 530
Abwasserbeseitigung:			
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten, Gebührenausgleich	452	0	- 452
Gemeindestr., sonst. öffentl.Verkehrsflächen:			
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	3.720	2.650	- 1.070

Privatrechtliche Leistungsentgelte

Die Steigerung der privatrechtlichen Leistungsentgelte von 1,7 % macht einen Mehrertrag von rd. 694 TEUR gegenüber dem Vorjahr aus. Auf Grund der marginalen Auswirkungen wird auf eine nähere Betrachtung verzichtet.

Kostenerstattungen und Kostenumlagen

Hierunter fallen ausschließlich Erträge der Kernverwaltung. Die Steigerung der Erträge im Vergleichszeitraum 2012 / 2011 (+ 5.885 TEUR, + 18,5%) resultiert aus erhöhten Erträgen der Erstattung „Hilfe zur Grundsicherung im Alter“ (+ 3.870 TEUR) sowie „Kosten der Unterkunft“ (+ 1.878 TEUR) seitens des Bundes.

Sonstige ordentliche Erträge

Die sonstigen ordentlichen Erträge sind gegenüber dem Vorjahreswert um 2,2 % (- 653 TEUR) geringer ausgefallen.

Während die Kernverwaltung die Erträge steigern konnte (+ 1.157 TEUR; u.a. Verzinsung der Gewerbesteuer + 2.464 TEUR, Bußgelder – 1.030 TEUR), sind sie bei der STOAG auf Grund von geringeren Erträgen aus Anlageabgängen, geringeren Auflösungen von Rückstellungen sowie von reduzierten Erträgen aus ausgebuchten Forderungen um 983 TEUR gesunken. Bei der OGM GmbH erfolgte eine Reduzierung um 686 TEUR aufgrund geringerer Erträge aus Anlageabgängen.

Aktivierte Eigenleistungen

Diese spielen eine untergeordnete Rolle im Gesamtergebnis der Stadt Oberhausen. Auf den Gesamtanhang wird verwiesen.

Bestandsveränderungen

Sie spielen eine untergeordnete Rolle im Gesamtergebnis der Stadt Oberhausen. Hier wird auf die Ausführungen im Gesamtanhang verwiesen.

Personalaufwendungen

Die Personalaufwendungen sanken gegenüber dem Vorjahreswert um 2,0 % (- 3.485 TEUR).

Die Aufwendungen lassen sich für die Kernverwaltung (- 3.289 TEUR) im Wesentlichen wie folgt zusammenfassen:

- Reduzierung diverser Rückstellungen *(Pensions-, Beihilferückstellungen u.a.)* auf Basis bestehender Gutachten — - 9.111 TEUR
- Beamtenbezüge, Tariflich Beschäftigte — + 4.213 TEUR
- Beteiligungs- und Teilhabepaket — + 1.395 TEUR

Innerhalb der weiteren Einheiten des Vollkonsolidierungskreises sind keine wesentlichen Abweichungen zu verzeichnen.

Versorgungsaufwendungen

Die Versorgungsaufwendungen erhöhten sich gegenüber dem Vorjahreswert um 49,3 % (+ 9.441 TEUR).

Die Aufwandssteigerungen lassen sich für die Kernverwaltung (Anteil am Ergebnis 99%) im Wesentlichen auf die um 9.206 TEUR erhöhte Zuführung zu Pensionsrückstellungen / Beihilferückstellungen für Versorgungsempfänger zurückführen.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sind konzernweit um 10,4 % gestiegen (+ 14.873 TEUR).

Bezogen auf die Kernverwaltung beziehen sich die Steigerungen der IST – Aufwendungen der Geschäftsjahre 2011 / 2012 im hauptsächlich auf folgende Sachverhalte:

- Erstattungen an übrige Bereiche + 17.410 TEUR
  (Rückstellung Gebühren)
- Erstattungen an das Land + 6.103 TEUR
  (Rückstellung OVP Zuschuss Baureifmachung Stahlwerksgelände)
- Unterhaltung Kanalvermögen WBO + 2.135 TEUR
- Erstattungen an den Bund + 1.814 TEUR
  (Rückstellung Rückforderung des Bundes BuT Leistungen)
- Aufwendungen Straßenbauprogramm - 1.813 TEUR
- Aufwendungen für Hochbaumaßnahmen - 7.572 TEUR
  OGM-KP II

Die Aufwandsreduzierungen bei der OGM GmbH (- 2.892 TEUR) beruhen auf dem Rückgang der Durchführung von Baumaßnahmen gegenüber dem Vorjahr.

Die Abweichungen bei der STOAG bzw. ASO sind nur marginal und daher nicht weiter zu betrachten.

Bilanzielle Abschreibungen

Diese spielen eine untergeordnete Rolle im Gesamtergebnis der Stadt Oberhausen. Auf den Gesamtanhang wird verwiesen. Die Steigerung beträgt + 20,2 % (+ 14.539 TEUR).

Zusammenfassend bleibt im Jahresvergleich 2012/2011 festzuhalten:

Kernverwaltung	- 633 TEUR
STOAG	+ 13.741 TEUR
OGM GmbH	+ 1.392 TEUR
Eigenbetrieb Alteneinrichtung der Stadt Oberhausen	+ 39 TEUR
	+ 14.539 TEUR

Transferaufwendungen

Die Transferaufwendungen stiegen gegenüber dem Vorjahreswert um 7,4 % (+ 14.231 TEUR) an.

Die maßgeblichen Abweichungen, der Rechnungsergebnisse 2012 / 2011, welche im Bereich der Kernverwaltung zu finden sind, werden nachfolgend tabellarisch dargestellt. Dabei ist es möglich, dass zu den einzelnen Maßnahmen diverse Auftraggeber innerhalb der Kernverwaltung zu finden sind.

Kostenart	Bezeichnung	2012 *(in TEUR - gerundet)*	2011 *(in TEUR - gerundet)*	Abweichung
537201	Allgemeine Umlagen an Gemeinden (GV)-LVR	50.010	45.614	4.396
534100	Gewerbesteuerumlage	7.608	6.063	1.544
531800	Aufwendungen für Zuschüsse an übrige Bereiche	21.971	20.483	1.488
534200	Finanzierungsbeteiligung Fonds Deutsche Einheit	7.390	6.063	1.328
531300	Aufwendungen für Zuweisungen an Zweckverbände	16.779	16.064	714
533128	Jugendhilfe außerhalb von Einrichtungen - Kinder in Tagespflege	3.148	2.440	708
533134	Jugendhilfe außerhalb von Einrichtungen - sozialpädagogische Einzelbetreuung	1.182	477	705
531500	Aufwendungen für Zuschüsse an verbunden Unternehmen, Beteiligungen, Sonstiges Vermögen	4.402	3.730	672
533943	Grundleistung §3 AsylbLG in Einrichtungen	890	306	584
533136	Jugendhilfe außerhalb von Einrichtungen – ambulante + flexible Hilfe zur Erziehung	6.676	6.140	536
533169	Eingliederungshilfe - Frühförderung IFF	500	0	500
533991	Sonstige soziale Leistungen - GSIG (Grundsicherungsgesetz) Personen + 65	6.360	5.944	416
533170	Pflegestufe 0 (Hilfe zur Pflege)	376	0	375
531705	Zuschuss an private Unternehmen - Pflegewohngeld	7.616	7.263	354
533120	Leistungen der Jugendhilfe an natürliche Personen außerhalb von Einrichtungen	4.702	4.352	350
533133	Jugendhilfe außerhalb von Einrichtungen – Unterbringung in Tagesgruppen	3.169	2.824	344
533942	Grundleistung §3 AsylbLG außerhalb von Einrichtungen	899	563	336
533938	Asylbewerberleistungen G - Krankenhilfe	-3	344	-347
533110	Leistungen der Sozialhilfe an natürliche Personen außerhalb von Einrichtungen	2.460	2.884	-424
533166	Jugendhilfe außerhalb von Einrichtungen -präventive Hilfen	890	1.401	-512
533226	Jugendhilfe in Einrichtungen - soz.-päd. Einzelbetreuung	0	522	-522
533141	Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen -Fremdpflegekosten	355	1.400	-1.045

Sonstige ordentliche Aufwendungen

Die sonstigen ordentlichen Aufwendungen stiegen gegenüber dem Vorjahreswert um 1,8 % (+ 2.083 TEUR) an.

Auf Grund der geringen Veränderung wird auf eine weitergehende Betrachtung verzichtet.

Gesamtergebnis der laufenden Geschäftstätigkeit

	31.12.2012	31.12.2011
Gesamtergebnis	**EUR**	**EUR**
01 Steuern und ähnliche Abgaben	241.595.495,56	205.205.095,09
02 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	271.686.234,68	263.841.988,68
03 Sonstige Transfererträge	4.210.967,30	4.044.681,51
04 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	94.994.646,49	96.898.965,94
05 Privatrechtliche Leistungsentgelte	41.148.018,39	40.453.564,29
06 Kostenerstattung und Kostenumlagen	37.775.539,26	31.890.742,14
07 Sonstige ordentliche Erträge	28.810.768,95	29.464.240,25
08 Aktivierte Eigenleistungen	2.076.034,41	676.675,86
09 Bestandsveränderungen (-/+)	-543.383,34	-716.007,78
10 = Ordentliche Gesamterträge (01 bis 09)	**721.754.321,70**	**671.759.945,98**
11 Personalaufwendungen	167.611.872,50	171.096.879,65
12 Versorgungsaufwendungen	28.574.659,33	19.133.715,90
13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	158.543.695,39	143.670.323,30
14 Bilanzielle Abschreibungen	86.473.660,36	71.934.813,73
15 Transferaufwendungen	205.516.921,78	191.285.598,47
16 Sonstige ordentliche Aufwendungen	115.677.475,91	113.594.078,92
17 = Ordentliche Gesamtaufwendungen (11 bis 16)	**762.398.285,27**	**710.715.409,97**
18 = Ordentliches Gesamtergebnis (10+17)	**-40.643.963,57**	**-38.955.463,99**
19 Finanzerträge	12.949.708,21	15.585.084,59
20 Finanzaufwendungen	46.928.944,93	48.870.412,65
21 = Gesamtfinanzergebnis (19 + 20)	**-33.979.236,72**	**-33.285.328,06**
22 = Gesamtergebnis der laufenden Geschäftstätigkeit (18 + 21)	**-74.623.200,29**	**-72.240.792,05**
23 Außerordentliche Erträge	0,00	0,00
24 Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00
25 = Außerordentliches Gesamtergebnis (23 + 24)	**0,00**	**0,00**
26 = Gesamtjahresergebnis (22 + 25)	**-74.623.200,29**	**-72.240.792,05**

4.2.3 Finanzlage

Der vorliegende dritte konsolidierte Gesamtabschluss zum 31.12.2012 enthält eine konsolidierte Gesamtfinanzrechnung, aus der die Herkunft und Verwendung der liquiden Mittel sichtbar wird.

Aus der laufenden Geschäftstätigkeit ergibt sich ein Geldzufluss in Höhe von 22.328 TEUR (Im Vorjahr Mittelabfluss von 11.530 TEUR). Ursächlich hierfür ist das negative Ordentliche Gesamtergebnis, welches wesentlich um zahlungsunwirksame Veränderungen (erhebliche Rückstellungssachverhalte) und um die Ab- und Zunahme von Aktiv- und Passivposten, sofern diese nicht dem Cashflow aus Investitionstätigkeit oder aus der Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind, bereinigt wurde.

Die Höhe der vorgenommenen Investitionen in das Anlagevermögen führt insgesamt dazu, dass sich ein negativer Cashflow aus der Investitionstätigkeit, also ein Mittelabfluss, in Höhe von – 23.379 TEUR (Vorjahr -41.138 TEUR) ergibt.

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit in Höhe von - 4.389 TEUR (Vorjahr 55.743 TEUR) ergibt sich unter anderem durch die Verringerung von der Neuaufnahme von Finanzkrediten und der Erhöhung der getätigten Tilgungszahlungen.

Insgesamt übersteigen die Mittelabflüsse aus der Investitionstätigkeit (-23.379 TEUR) und der Finanzierungstätigkeit (-4.389 TEUR) die Mittelzuflüsse aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von 22.328 TEUR um 5.440 TEUR, so dass der Bestand der liquiden Mittel sich gegenüber dem Vorjahr von 17.206 TEUR auf 11.766 TEUR verringert hat.

4.3 Rahmenbedingungen

Wie dem Beteiligungsbericht in aller Detailliertheit entnommen werden kann, hat die Stadt Oberhausen ein breites Spektrum kommunaler Aufgaben aus der Kernverwaltung ausgegliedert.

Dazu zählen Aufgabenbereiche wie die Vermögensverwaltung von Gebäudekomplexen der Alteneinrichtungen (durch die Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen) genauso wie Dienstleistungen im Bereich des gesamten kommunalen Gebäudemanagements (durch die OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH), der Betrieb des öffentlichen Personennahverkehrs (durch die StOAG), Beteiligungen an Energieversorgungs- und sonstigen Ver- und Entsorgungsunternehmen (wie z.B. die WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH, die evo Energieversorgung Oberhausen AG, die GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH, die RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH) sowie der Kulturbetrieb des Stadttheaters (durch die Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Theater Oberhausen).

4.4 Analyse der Vermögens-, Schulden-, Aufwands-, Ertrags- und Finanzlage

4.4.1 Analyse der Gesamtschuldenlage

Die Eigenkapitalquote 1 beträgt - 28,7 % (Vorjahr – 26,2 %). Die Quote ist negativ, da die Stadt Oberhausen kein Eigenkapital mehr besitzt und für die Berechnung der „Nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag“ herangezogen wurde. Die negative Eigenkapitalquote zeigt deutlich die Überschuldung des „Konzerns Stadt Oberhausen“ auf.

Auch eine Hinzurechnung der Sonderposten aus Zuwendungen und Beiträgen zur Ermittlung der Eigenkapitalquote 2 von -11,1 % (Vorjahr - 8,1 %) stellt keine positive Kennzahl dar.

Eine übliche Berechnung der Reichweite des Eigenkapitals erübrigt sich hier.

Geht man bei der Berechnung der Pro-Kopf-Verschuldung von dem Gesamtbestand aller Verbindlichkeiten des Konzerns Stadt Oberhausen aus (= 1.922.102 TEUR) so beträgt der rechnerische Anteil eines jeden Einwohners der Stadt Oberhausen (EW Stand 31.12.2012: 211.173) an der Gesamtverschuldung des Konzerns Stadt Oberhausen 9.102 EUR.

4.4.2 Analyse der Gesamtvermögenslage

Die Anlagenintensität des „Konzerns Stadt Oberhausen“ hat sich im Vergleich zum Vorjahr von 70 % auf 68,3 % verändert. Der Anteil des Gesamtanlagevermögens an der Gesamtbilanzsumme hat sich damit verringert.

Eingeschränkt auf die Betrachtung des Infrastrukturvermögens hat sich die Infrastrukturquote von 34,4 % im Jahr 2011 auf 33,6 % nur geringfügig geändert.

Das Gesamtanlagevermögen wird im Verhältnis zu den ordentlichen Gesamtaufwendungen mit einer Abschreibungsintensität von 11,3 % (Vorjahr 10,1%) belastet. Die in diesem Zusammenhang zu betrachtende Quote der Drittfinanzierung (Erträge aus der Auflösung von Sonderposten im Verhältnis zu den Abschreibungen) beträgt 33,6 %.

Die Investitionsquote mit 32 % gibt Auskunft darüber, inwieweit die Abschreibungen durch Neuinvestitionen abgedeckt sind und somit Sachanlagevermögen erhalten bleibt. Da hier keine Deckung zu 100 % stattfindet, wird ein Rückgang bzw. eine Überalterung des Sachanlagevermögens signalisiert.

4.4.3 Analyse der Gesamtfinanzlage

Da die Stadt Oberhausen einen nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag ausweist, findet faktisch keine Finanzierung des Anlagevermögens durch Eigenkapital statt.

Der Anlagendeckungsgrad 2 mit 20,8 % gibt Aufschluss über die Verwendung des langfristigen Kapitals und deutet in diesem Fall darauf hin, dass große Teile des Anlagevermögens durch kurz- oder mittelfristiges Fremdkapital finanziert sind. Selbst unter Berücksichtigung der Sonderposten und der langfristigen Rückstellungen und langfristigen Verbindlichkeiten werden die 100 % nicht erreicht. Nach den 24,8 % im Vorjahr ist die langfristige Finanzierung des i.d.R. langfristig zu nutzenden Anlagevermögens weiter gesunken.

Ebenso bedenklich stellt sich korrespondierend dazu die Möglichkeit der Kommune dar, ihren kurzfristigen Verbindlichkeiten aus Liquiden Mitteln nachzukommen. Die Liquidität 1. Grades beträgt gerade einmal 1,5 % (Vorjahr 1,7 %).

Berechnungen über die Schuldentilgungsfähigkeit der Stadt Oberhausen, wie etwa der Dynamische Verschuldungsgrad erübrigen sich, da sich aus der laufenden Verwaltungstätigkeit kein positiver Saldo ergibt, der zur Tilgung beitragen könnte.

4.4.4 Analyse der Gesamtertrags- und Aufwandssituation

Im Bereich der Einnahmen der Gemeinde hat sich die Steuerquote, trotz einer Erhöhung der Steuereinnahmen um 36.390 TEUR, nur auf 32,1 % erhöht (Vorjahr 29,3 %). Die Zuwendungsquote hat sich gegenüber dem Vorjahr (39,3 %) geringfügig auf 37,6 % reduziert.

Durch die Minderung der Personalaufwendungen um 3.485 TEUR hat sich der Anteil an den Gesamtaufwendungen von 24,1 % im Vorjahr auf 22 % verringert. (Personalintensität).

Der Anstieg der Inanspruchnahme von Leistungen Dritter in Höhe von 14.873 TEUR hat die Sach- u. Dienstleistungsintensität nur marginal auf 20,8 % erhöht (Vorjahr 20,2 %).

Die Transferaufwandsquote mit 27 % (Vorjahr 26,9 %) und die Zinslastquote mit 6,2 % (Vorjahr: 6,9 %) blieben auf annähernd gleichem Niveau.

Setzt man das ordentliche Gesamtergebnis ins Verhältnis zum Gesamtjahresfehlbetrag, stellt man fest, dass 54,5 % (Vorjahr 53,9 %) aus der originären Aufgabenerfüllung der Gemeinde zum Jahresfehlbetrag führen.

4.5 Örtliche Besonderheiten

Bereits im Jahre 1986 wurde in Oberhausen, bei einem Fehlbetrag von 25,9 Mio. EURO ein erstes Haushaltssicherungskonzept aufgestellt. In den Jahren 1991 und 1992 konnte als Konsequenz wiederum ein ausgeglichener Haushalt erreicht werden. Allerdings folgte 1993 ein erneuter Fehlbetrag von 14 Mio. EUR und seit dem Jahr 1997 befand sich die Stadt Oberhausen im Nothaushaltsrecht mit jährlich steigenden Fehlbeträgen.

Die Stadt Oberhausen hat in der Vergangenheit eine Vielzahl von kommunalen Aufgaben auf eigenbetriebsähnliche Einrichtungen und rechtlich und wirtschaftlich selbstständige Unternehmen übertragen, an denen sie unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist. Diese Ausgliederungen wurden aufgrund der Anforderungen des Strukturwandels sowie zur Optimierung der Aufgabenerfüllung und zur Ermöglichung eines Handlungsrahmens in Zeiten knapper finanzieller Ressourcen vorgenommen. Aufgrund erheblicher finanzieller Auswirkungen auf den städtischen Haushalt sind die Beteiligungen permanent in den Haushaltssicherungsprozess der Stadt Oberhausen eingebunden.

Mit dem Gesetz zur Änderung des § 76 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (Haushaltssicherungskonzept) am 18. Mai 2011 hat das Land in einem ersten Schritt den Konsolidierungszeitraum im Rahmen von Haushaltssicherungskonzepten von 4 auf 10 Jahre verlängert und damit Kommunen mehr Spielraum zur Aufstellung eines individuellen Sanierungskonzeptes gegeben. Die Änderungen im Gemeindefinanzierungsgesetz GFG 2012 durch die Landesregierung - mit der stärkeren Betonung des Soziallastenansatzes - bedeuten für Oberhausen eine Erhöhung der Schlüsselzuweisungen von 18 Mio. € im Haushalt 2012 - nachdem bereits im Jahre 2011 eine Erhöhung der Schlüsselzuweisungen in Höhe von über 22 Mio. € erfolgte.

Mit Hilfe des Stärkungspaktes Stadtfinanzen sollen überschuldete Städte in Nordrhein-Westfalen wieder handlungsfähig werden. Das von der Landesregierung dazu eingebrachte Stärkungspaktgesetz wurde am 08.12.2011 vom Landtag Nordrhein-Westfalen beschlossen und am 16.12.2011 im Gesetz- und Verordnungsblatt Nordrhein-Westfalen (GV. NRW. 2011 S. 662) veröffentlicht. Für überschuldete oder von Überschuldung bedrohte Kommunen stehen Konsolidierungshilfen in einem Gesamtumfang von 5,85 Milliarden Euro zur Verfügung (Stufe 1 und Stufe 2).Das Land NRW stellt der Stadt Oberhausen in 2011 66,6 Mio. €, von 2012 bis 2015 jährlich 65,5 Mio. €. als Konsolidierungshilfe zur Verfügung. Das sind 328,6 Mio. € bis 2015. In den Folgejahren werden die Unterstützungsleistungen degressiv abgeschmolzen und bilden einen Gesamtbetrag von 196,5 Mio. €. Letztes Jahr der Unterstützungsleistungen ist das Jahr 2020. Dafür war es notwendig, bis zum 30.06.2012 einen Haus-haltssanierungsplan aufzustellen, der spätestens nach 5 Jahren den Haushaltsaus-gleich mit Konsolidierungshilfe, spätestens im Jahr 2021 einen Haushaltsausgleich aus eigener Kraft, d.h. ohne Konsolidierungshilfe, ausweist. § 75 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes NRW (GO NRW) führt hierzu aus, dass der Haushalt

dann ausgeglichen ist, wenn der Gesamtbetrag der Erträge die Höhe des Gesamtbetrages der Aufwendungen erreicht oder übersteigt.

Die Bezirksregierung überwacht die Einhaltung des Sanierungsplans laufend, verbunden mit einer regelmäßigen Berichtspflicht ihr gegenüber. Sollte eine Pflichtverletzung bei der Umsetzung des Haushaltssanierungsplans festgestellt werden, so ist die Landesregierung verpflichtet einen Berater nach § 124 GO, den sogenannten Sparkommissar, zu berufen.

Für Oberhausen mit einem jährlichen Defizit um die 150 Mio. € bedeutet dies, dass selbst mit den Mitteln des Stärkungspaktes ein Haushaltsausgleich nur mit einem erheblichen Kraftaufwand zu erreichen ist. Insbesondere aus dieser Einsicht heraus haben die Diskussionen auf der Landesebene dazu geführt, die 5-Jahresregelung auszuweiten und den Städten die Chance zu eröffnen, bei einer objektiven Unmöglichkeit dieser Zielerreichung, individuelle Vereinbarungen mit der Landesregierung zu treffen.

Mit Berichtsvorlage am 12.12.2011 wurde der Rat der Stadt Oberhausen über die Erstellung des Haushaltssanierungsplanes bis zum 30.06.2012 informiert. In einem umfangreichen Prozess mit breiter Bürgerbeteiligung wurde der Haushaltssanierungsplan 2012 im Rat der Stadt am 25.06.2012 verabschiedet. Im Rahmen des Beratungsverfahrens wurden insgesamt 265 Einzelmaßnahmen beschlossen, die eine Gesamtkonsolidierungssumme von 2012 – 2021 in Höhe von 1.359,1 Mio. EUR ausmachen. Das Gesamtpaket setzt sich aus den Steuerbeschlüssen, dem Personalkonsolidierungs-, dem Sachkostenkonsolidierungs- und dem Beteiligungskonsolidierungskonzept zusammen.

Insgesamt sind folgende Konsolidierungsbeiträge vorgesehen:

- Stärkungspaktmittel in Höhe von 525,1 Mio. EUR zzgl. Zinseffekte in Höhe von rd. 115 Mio. EUR
- Mehrerträge aus Steuererhöhungen bei der Grundsteuer B, der Gewerbesteuer und der Vergnügungssteuer in Höhe von 218,2 Mio. EUR zzgl. Zinseffekte in Höhe von 34,5 Mio. EUR
- weitere Maßnahmen des Haushaltssanierungsplans in Höhe von 403,1 Mio. EUR zzgl. Zinseffekte in Höhe von 63,2 Mio. EUR
  Ziel im Rahmen des HSP 2012 ist die deutliche Reduzierung der Personalkosten ohne die Aussprache betriebsbedingter Kündigungen. Stattdessen soll die natürliche Fluktuation ausgenutzt werden. Es ist geplant 50% der Verwaltungskräfte und 10% der Spezialberufe bis 2021 nicht wiederzubesetzen. Dies macht eine Stelleneinsparung von ca. 200 Vollzeitäquivalenten aus. Dabei gilt es eine Balance herzustellen zwischen dauerhafter Sicherstellung der notwendigen Aufgabenerfüllung, fachlicher Qualität, sozialer Verantwortung, Motivation der Beschäftigten und den verstärkten Einsparerfordernissen. Unabdingbare Voraussetzung ist jedoch ein weiterer konsequenter Stellenabbau; dieser soll erreicht werden durch: Aufgabenverzicht, Aufgabenreduzierung, Standardabsenkung, Identifizierung und Abbau von Parallelstrukturen, Zentralisierung, Anpassung von Leitungsspannen, Optimierung von Dezernats- und Bereichsstrukturen, Interkommunale Zusammenarbeit.

Die Reduzierung der Sachkosten ist ein weiterer entscheidender Schritt zur Sanierung des Haushalts. Insbesondere durch die Verlagerung vieler Leistungen in städtische Unternehmen oder die Beauftragung Dritter sind in der Vergangenheit Personal- in Sachkosten umgewandelt worden. Die Erfahrung der Vergangenheit zeigt, dass Kosten für die Stadt reduziert werden konnten, aber es dringend erforderlich ist in regelmäßigen Abständen die Leistung selbst, aber auch Art und Umfang der Leistungserbringung zu überprüfen.

Für den Haushaltssanierungsplan sind zwei externe Gutachten in enger Zusammenarbeit mit der Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) in Auftrag gegeben worden. Darüber hinaus wurden alle Produktgruppen auf die Notwendigkeit vorhandener Sachkosten überprüft. Alle Beteiligungen der Stadt sind in den Konsolidierungsprozess einbezogen worden. Besondere

Herausforderungen wurden im Rahmen des HSP an die Oberhausener Gebäudemanagement GmbH (OGM) und Stadtwerke Oberhausen AG (STOAG) gestellt. Die OGM GmbH ist als Immobiliendienstleisterin der Stadt, zu der vielfältige Leistungsbeziehungen bestehen, zu betrachten. Die OGM GmbH wurde in Abstimmung zwischen der Stadt und der Gemeindeprüfungsanstalt NRW (GPA NRW) einer gesonderten Untersuchung im Hinblick auf Konsolidierungspotenziale unterzogen.

Mit dem Haushaltssanierungsplan 2012 wird ein ausgeglichener Haushalt im Jahre 2016 angestrebt. Ab 2021 ist ein ausgeglichener Haushalt ohne Zuschüsse aus dem Stärkungspaktgesetz erreichbar. Die im Stärkungspaktgesetz genannten Vorgaben werden dadurch erreicht. Dies ist jedoch nur durch eine im Vergleich mit vielen anderen Städten höhere steuerliche Belastung und durch stärker reduzierte Leistungen möglich. Es ist dringend erforderlich, dass die Bundesregierung eine Entlastung bei den hohen Soziallasten der Stadt vornimmt. Sollte dies geschehen, soll in entsprechender Größenordnung auf einen Teil der Belastungen der Oberhausener Bürgerinnen und Bürger verzichtet werden.

Mit Verfügung der Bezirksregierung vom 21. November 2012 wurde der Haushaltssanierungsplan 2012 ff. gem. § 6 Abs. 2 Stärkungspaktgesetz genehmigt. Der genehmigte Haushaltssanierungsplan tritt gemäß § 6 Abs. 4 Stärkungspaktgesetz an die Stelle des Haushaltssicherungskonzepts nach § 76 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW). Die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2012 durfte somit gemäß § 80 Abs. 5 Satz 5 GO NRW öffentlich bekannt gemacht werden. Mit gleichem Datum wurde per Bescheid der Bezirksregierung der Stadt Oberhausen für das Jahr 2012 die zu gewährende Konsolidierungshilfe auf 65.475.848,89 EUR festgesetzt.

Darüber hinaus erfolgte durch das Innenministerium des Landes NRW am 4. Dezember eine Veröffentlichung hinsichtlich der Neuverteilung der Stärkungspaktmittel aus dem Stärkungspakt sowie deren Umsetzung durch ein neues Stärkungspaktgesetz. Gegenüber der ursprünglichen Berechnung steht der Stadt Oberhausen ab 2013 nur noch eine um ca. 13 Mio. EUR reduzierte Konsolidierungshilfe zur Verfügung.

Durch den Haushaltssanierungsplan wird die Neuverschuldung im Vergleich zu den Jahren vor Beschluss des Stärkungspaktgesetzes abgebremst. War in den Planungen der Vorjahre davon auszugehen, dass die Gesamtverschuldung gegen Ende 2012 auf über 2 Mrd. EUR anwachsen würde, so sieht die Planung im Rahmen des HSP 2012 ein Überschreiten dieser Marke nicht mehr vor. Zum ersten Mal konnte in 2012 der stetige Anstieg der Gesamtverschuldung gestoppt und um 27 Mio. EUR zurückgefahren werden. Dies ist in Anbetracht der verbleibenden 1.922 Mio. EUR nur ein kleiner Schritt aber ein hoffnungsvolles Zeichen für die Zukunft. Vergleicht man die Gesamtverschuldungssituation, so konnte Oberhausen eine Stabilisierung der Verschuldungssituation erreichen. Konsequenz ist, dass Kommunen wie Kaiserslautern, Pirmasens und Mainz mittlerweile eine höhere Pro-Kopf-Gesamtverschuldung ausweisen als Oberhausen (Quelle: Rechnungshof Rheinland-Pfalz, Kommunalbericht 2012, Juni 2012).

4.6 Wesentliche Chancen und Risiken des „Konzerns Stadt Oberhausen“

Der Aufstellung des HSP kommt eine große Bedeutung für die zukünftige Entwicklung des städtischen Haushalts und seiner Finanzierung zu. Zum einen bildet er die Basis für einen zukünftigen Haushaltsausgleich und einen möglichen Schuldenabbau, zum anderen kann ein genehmigter HSP eine Vertrauensbasis bei den Kreditinstituten schaffen, die für die zukünftige Liquiditätsversorgung notwendig ist. Der HSP 2012, der im laufe des Jahres 2012 aufgestellt wurde, muss einen Haushaltsaus-gleich mit Landeshilfe ab 2016 und ohne Landeshilfe ab 2021 ausweisen. Es galt also ein Sparkonzept zusammenzustellen, dass nachhaltig einen ausgeglichenen Haushaltsausgleich ermöglicht. Damit ist gewährleistet, dass der Anstieg der Neuverschuldung gestoppt wird und spätestens ab 2016 ein Abbau der Kassenkredite erfolgen kann. Langfristiges Ziel ist der Aufbau von Eigenkapital. Gleichzeitig sieht sich die Stadt mit einem sich verändernden Kreditmarkt konfrontiert, der perspektivisch die Finanzierung des Haushalts immer schwieriger werden lässt. Hier ist es unbedingt erforderlich, ausreichend finanzielle Mittel akquirieren zu können. Die Stadt Oberhausen hat die Hoffnung, mittels eines genehmigten HSP positiven Einfluss auf die Kreditvergaben der am Markt für Kommunalkredite agierenden Banken nehmen zu können, ohne zu verkennen, dass es im Wesentlichen oftmals geschäftspolitische Entscheidungen der Kreditinstitute sind, die die Kreditvergabepolitik beeinflussen.

Aufgrund der hohen Verschuldung bleibt das Zinsrisiko eine der großen Unwägbarkeiten bei der Aufstellung eines Haushaltsanierungsplanes. Bei einer Gesamtverschuldung von 1.922.102 TEUR sind Zinssteigerungen nur schwer aufzufangen. Augenblicklich geht die Stadt Oberhausen ebenso wie die aktuellen Wirtschaftsprognosen von einem stabilen Finanzmarkt mit weiterhin niedrigen Zinsen aus. Angesichts des zurzeit außerordentlich niedrigen Zinsniveaus kann mittelfristig jedoch nur mit steigenden Zinsen gerechnet werden. In der Kalkulation des HSP gilt es, diese mittelfristige Entwicklung zu berücksichtigen, um eine realistische Umsetzung zu ermöglichen. Neben dem Zinsrisiko sehen sich viele Kommunen mit dem Liquiditätsrisiko konfrontiert, denn Kommunen im Nothaushalt erleben in jüngster Zeit auch eine all-gemeine Zurückhaltung von einzelnen Banken bei der Gewährung von Krediten. Ei-ne Entwicklung in diese Richtung könnte zu Liquiditätsschwierigkeiten führen, wenn sich Banken aus dem Kommunalkreditgeschäft zurückziehen oder aber auch ihre Kreditvolumen stark zurückfahren würden. Im Interesse einer wirksamen Liquiditäts- und Zinssicherung hat die Stadt Oberhausen ihre Liquiditätsbeschaffung mit einer Vielzahl an Kreditgebern breit gefächert und Zinsen und Liquidität durch den Abschluss entsprechender Geschäfte (Termingelder mit mehrjähriger Laufzeit) in großem Umfange gesichert. Neben dieser Strategie eröffnen sich Perspektiven in der Aufnahme von Schuldscheindarlehen bei Anlegern, die an einer mittel- bis langfristigen sicheren Anlage interessiert sind. Die Reduzierung des Liquiditätsrisikos ist eng verbunden mit einer erfolgreichen Sanierung des kommunalen Haushalts. Ein genehmigtes HSP ist ein starkes Signal an die Banken.

Ein besonderes Risiko hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung besteht für alle Stärkungspaktkommunen. Durch die steigende Steuerbelastung und den Abbau von Leistungen kann die Attraktivität der betroffenen Städte in Mitleidenschaft gezogen werden. Eine wirtschaftliche Stabilisierung und die Überwindung der negativen Folgen des Strukturwandels werden dadurch erheblich erschwert. Insbesondere weil diese Entwicklung eine regionale ist und das gesamte Ruhrgebiet und das bergische Städtedreieck betrifft.

Für die kommunale Ertragsseite ist die wirtschaftliche Entwicklung aber von großer Bedeutung. Ist sie doch Garant für hohe Steuereinnahmen und ausreichende Mittel in der Verbundmasse für die Schlüsselzuweisungen des Landes. Die in 2012 relativ konstanten Schlüsselzuweisungen und die hohen Steuereinnahmen zeugen von einer stabilen Wirtschaftsentwicklung, die sich in 2013 zumindest in Teilen des Ruhrgebiets und insbesondere in Oberhausen abgeschwächt hat. Insofern lässt sich das gute Ergebnis und der leichte Schuldenabbau in 2013 nicht wiederholen. Alle Prognosen deuten für die Zukunft

auf konstante bzw. stärkere wirtschaftliche Impulse hin. Ob dies so eintritt wird die zukünftige Entwicklung erweisen. Vorsichtshalber wird ein Risikomanagement entwickelt, das alternative Szenarien berücksichtigen soll.

Von der wirtschaftlichen Entwicklung ist in der Regel neben der Ertragsseite auch die Aufwandsseite stark abhängig. Eine sich verschlechternde Wirtschaftslage hat auch steigende Sozialkosten zur Folge. Insbesondere die Kosten der Unterkunft für Arbeitslose im SGB II belasten den Haushalt unverändert. Besonders besorgniserregend ist der Umstand, dass trotz der guten konjunkturellen Lage die Arbeitslosenzahl im Ruhrgebiet stabil bleibt und die Zahl der SGB-II-Bezieher nahezu konstant ist.

Nach wie vor bleibt der Aufwand im Rahmen des Kinderförderungsgesetzes (KiföG) und der gesetzlichen Vorgaben des Tagesbetreuungsausbaugesetzes (TAG) zum Ausbau der Kindertagesbetreuung schwer kalkulierbar. Insbesondere die Personalkosten sind vom Anmeldeverhalten der Eltern und ihres Betreuungsbedarfs abhängig. Auch die Ausgaben im Rahmen der erzieherischen Jugendhilfe, der Jugendsozialarbeit und der Prävention weisen steigende Tendenzen auf. Mit der Vergabe einer Organisationsuntersuchung zum gesamten Jugend- und Sozialbereich an die Firma Consens ist die Hoffnung einer effizienteren Organisation und effektiveren Aufgabenwahrnehmung verknüpft. Die Ergebnisse des Gutachtens sind in 2013 vorgelegt worden und werden zurzeit umgesetzt.

Die Beteiligungen der Stadt Oberhausen werden intensiv im Beteiligungsbericht 2012 behandelt, der unter dem Gliederungspunkt 5 des Gesamtabschlusses zu finden ist. An dieser Stelle werden nur Themen aufgegriffen, die von einem „besonderen“ gesamtstädtischen Interesse sind. So werden im Folgenden auch nicht alle Gesellschaften angesprochen sondern nur die, in denen solche Themen eine Rolle gespielt haben. Für alle Gesellschaften gilt, dass die Umsetzung des HSP im Rahmen des Stärkungspaktgesetzes auch Konsolidierungsbeiträge der Gesellschaften vorsieht.

Im Auftrag der Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen (GPA NRW) hat die Ernst & Young GmbH im 1. Halbjahr 2012 die Oberhausener Gebäudemanagement GmbH (OGM GmbH) im Hinblick auf Konsolidierungspotentiale in allen Leistungsfeldern - schwerpunktmäßig im Bereich der Gebäudeinfrastruktur und der damit zusammenhängenden Dienstleistungen sowie im Bereich der IT-Dienstleistungen - analysiert und ein entsprechendes Gutachten erstellt. Dieses Gutachten war Basis für den Beschluss des Rates der Stadt Oberhausen vom 25.06.2012, mit dem jährliche Sanierungsbeiträge der OGM GmbH in Höhe von 8,1 Mio. € im Jahr 2014 bis zu 11,5 Mio. € ab dem Jahr 2016 festgelegt wurden.

Die Realisierung der Einsparpotentiale bedingte eine grundlegende Überarbeitung und Neufassung der zwischen der OGM GmbH und der Stadt bestehenden Verträge und eine Neudefinition der Leistungsfelder sowie eine Aktualisierung der Aufgabenkataloge. Entsprechende Verhandlungen mit der Stadt wurden aufgenommen und sind im 2. Quartal 2013 zum Abschluss gebracht worden.

Die OGM GmbH wird in diesem umfassenden Umstrukturierungsprozess von der Ernst & Young GmbH begleitet werden, um u.a. sicherstellen, dass die Stadt die von der OGM GmbH zu erbringenden Sanierungsbeiträge in der von der Bezirksregierung geforderten Form nachweisen kann. Mit der Bezirksregierung ist ein entsprechendes umfassendes Controlling-Verfahren vereinbart worden.

Der HSP sieht für die Stadtwerke Oberhausen AG (STOAG) eine jährliche Einsparung in Höhe von 3,5 Mio. EUR vor, die durch Veränderungen im Fahrplan und innerbetriebliche Anpassungen erfolgen sollen. Neben den positiven Effekten für den städtischen Haushalt können die beschlossenen Maßnahmen negative Auswirkungen auf die Attraktivität der STOAG und damit auf das Kundenverhalten haben. In welcher Form sich dies auf das

Betriebsergebnis der STOAG auswirkt, bleibt abzuwarten. Die STOAG geht trotz allem für die Jahre 2013 und 2014 von einer stabilen Entwicklung der Verkaufserlöse aus. Die im Vergleich zu anderen Verkehrsunternehmen im VRR geringeren Mehreinnahmen waren Anlass eines Gesprächsaustausches mit dem VRR. Geplant sind im Rahmen der Tarifstrukturreform 2014 Untersuchungen zum aktuellen Kurzstreckennetz unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten. Darüber hinaus werden die spezifischen und ortsbezogenen Marketingmaßnahmen analysiert sowie Kundenbindungsmaßnahmen stärker in den Fokus gestellt.

Die Kürzungen öffentlicher Mittel für den ÖPNV bleiben auch aus einem anderen Aspekt ein Risiko bei der künftigen Entwicklung. So führen Änderungen in den Rahmenbedingungen des ÖPNV-Gesetzes langfristig dazu, dass sich die Ausgleichsbeträge reduzieren. Für die STOAG birgt das zum 1. Mai 2012 in Kraft getretene Tarif-treue- und Vergabegesetz des Landes Nordrhein-Westfalen (TVgG-NRW) erhebliche Risiken. Es ist davon auszugehen, dass auf Veranlassung des Verbandes Nordrhein-Westfälischer Omnibusunternehmen e.V. (NWO) die grundsätzliche rechtliche Zulässigkeit des TVgG geprüft wird. Die Entscheidungen hierüber können in Zukunft erhebliche finanzielle Folgen für die kommunalen Verkehrsunternehmen und damit auch für die STOAG haben.

Die Stadt Oberhausen hat eine Preisprüfung durch die Bezirksregierung Düsseldorf bei der Beteiligungsgesellschaft Gemeinschafts-Müllverbrennungsanlage Niederrhein GmbH (GMVA) beauftragt. Eine aus Sicht der GMVA negative Entscheidung der Preisprüfung bzw. der Klageverfahren hätte Auswirkung auf zukünftige Gewinnausschüttungen an die STOAG und auf die Werthaltigkeit der Beteiligung an der GMVA.
Der Anstieg der Rohstoffpreise im Energiebereich wird auch zukünftig zu Mehrbelastungen für die STOAG führen. Als energieintensives Unternehmen, für das im Rahmen des Steuerrechtes nur unzureichende Ausnahmeregelungen vom Gesetzgeber zugelassen wurden, ist die STOAG davon wie alle Nahverkehrsunternehmen gleichermaßen betroffen.

Als besondere Zukunftschance erweist sich die Offenheit der STOAG gegenüber innovativen Verkehrskonzepten und Technologien. Hier bestehen auch zukünftig gute Chancen für die Weiterentwicklung des ÖPNV in Oberhausen. Der Einsatz von Hybridbussen im Oberhausener Linienverkehr und die Beteiligung an Projekten zur Ermittlung von Innovationspotenzialen der Elektromobilität im ÖPNV dokumentieren diese Unternehmensstrategie. Aktuell wird gemeinsam mit dem VRR eine Machbarkeitsstudie über den Ausbau der vorhandenen Straßenbahninfrastruktur zum Aufladen von Elektrobussen am Beispiel der Oberhausener ÖPNV-Trasse auf den Weg gebracht.

In der Abwendung eines auf dem Auto basierenden Mobilitätsmodells hin zu einer multimodalen Verkehrsnutzung sieht die STOAG gute Entwicklungsmöglichkeiten. Plattformen zum Ticketteilen und Mitfahrerzentralen, Carsharing- und Leihradstationen erleben eine steigende Nachfrage, sowohl im kommerziellen als auch im privaten Bereich. Der weitere Ausbau der metropolradruhr-Stationen in Oberhausen und die vergünstigte Nutzung für VRR-Abonnenten sind wichtige Schritte vor Ort, die Entwicklung von Mobilitätskarten für die vernetzte Nutzung von Verkehrsmitteln wird auch im VRR zurzeit erprobt. Durch die Betrauung der STOAG seitens der Stadt Oberhausen mit der Erbringung von gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen bis zum Dezember 2019 besteht für das Unternehmen Planungssicherheit, gerade auch für nachhaltige und innovative Projekte.

Die Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH (WBO GmbH) agiert auf der Grundlage langfristiger Verträge mit der Stadt Oberhausen und ihren Gesellschaften sowie aufgrund von mehrjährigen Verträgen mit Remondis relativ unabhängig von Marktentwicklungen. Der HSP der Stadt Oberhausen sieht für die WBO GmbH mittelfristig eine höhere Gewinnausschüttung in Höhe von ca. 250 TEUR vor, die in den Folgejahren erwirtschaftet werden muss. Die WBO erhielt den Zuschlag im Rahmen des Ausschreibungsverfahrens der Dualen Systeme bei der Glas-Erfassung im Stadtgebiet Oberhausen der Jahre 2013 bis

2015. Zur Umsetzung der landesrechtlichen Vorgaben (Dichtheitsprüfung von Grundstücksentwässerungsanlagen) gemäß § 61a Absatz I des Landeswassergesetztes NRW hat die Stadt Oberhausen die Entwässerungssatzung zum 12.12.2011 geändert. Aus der Änderung der Entwässerungssatzung der Stadt Oberhausen haben sich für die WBO GmbH wirtschaftliche Nachteile ergeben. Aufgrund der öffentlich geführten Diskussionen in Nordrhein-Westfalen zu den Ausführungsbestimmungen des LWG NRW sind viele Eigenheimbesitzer verunsichert und nehmen eine abwartende Haltung hinsichtlich einer Beauftragung dieser Dienstleistung ein. Dieses ist durch einen deutlichen Auftragsrückgang spürbar.

Die Energieversorgung Oberhausen AG (evo) ist wie alle Energieversorger außerordentlich von den politischen Rahmenbedingungen betroffen, denen die Energiewirtschaft unterliegt. Nachdem in Folge der Havarie des Atomkraftwerkes im japanischen Fukushima in 2011 binnen kürzester Zeit ein gravierender Umbau der deutschen Energiewirtschaft politisch beschlossen wurde, zeichnen sich derzeit eine Reihe von Problemen bei der Umsetzung der ehrgeizigen Planungen ab. So wirken sich die Probleme beim Netzausbau, bei der Preisgestaltung durch die EEG-Umlage und die durch den Ausbau der erneuerbaren Energien erzeugten Netzinfrastrukturprobleme auf die Perspektiven der evo aus.

Aufgrund der erheblichen Ertüchtigungsbedarfe bei der Netzinfrastruktur und auch wegen der Preisentwicklung für die Endverbraucher mehren sich Stimmen, die die Schaffung eines so genannten Kapazitätsmarktes fordern. Dies meint, dass dringend notwendige Investitionen in moderne Kohle- und Gas-Kraftwerke durch ein verändertes Marktmodell stimuliert werden sollen. Ist für die Amortisation einer Kraftwerksinvestition bislang allein entscheidend, mit wie vielen Volllaststunden ein Kraftwerk pro Jahr am Netz ist, sollte zukünftig allein die Investition und das Vorhalten einer bestimmten Kraftwerkskapazität als Backup für sonnenarme und windstille Tage entsprechend vergütet werden. Geschieht dies nicht, drohen mittelfristig für eine sichere Energieversorgung dringend benötigte Kraftwerkskapazitäten wegzubrechen bzw. nicht in notwendigem Umfang errichtet zu werden. So ergeben sich für lokal bzw. regional operierende Energieversorger zukünftig zahlreiche technische und unter-nehmerische Herausforderungen, um den sich wandelnden Rahmenbedingungen bestmöglich gerecht zu werden.

Die geänderten Rahmenbedingungen in der Energiewirtschaft stellen alle Versorger vor große wirtschaftliche Herausforderungen. In den regulierten Netzgeschäften Strom und Erdgas lassen sich nur noch verminderte zugestandene Gewinne realisieren; im Bereich Energievertrieb herrscht ein deutlich zunehmender Wettbewerb. Aus diesen Umständen resultiert ein steigender Erlös- und Kostendruck. Alle Bereiche der evo und auch der evo-netz wurden involviert, zusätzliche Effizienzpotenziale zu identifizieren und umzusetzen. Zudem wurde die bestehende Personal-Solldimensionierung unter dem Gesichtspunkt der innerbetrieblichen Kooperation erneut analysiert und optimiert.

Die evo ist im Besitz der Konzession, die Strom-, Gas- und Fernwärmenetze in Oberhausen zu betreiben. Im Rahmen eines Pachtmodells hat die evo die Betriebsführung der Netze an die evo-netz vergeben. Die Konzession läuft am 31. Dezember 2014 aus. Daher hat der Rat der Stadt Oberhausen 2011 entschieden, ein Konzessionsvergabeverfahren einzuleiten. Hierbei handelt es sich um ein zweistufiges Verfahren, bestehend aus Interessenbekundung und Angebotsabgabe.

Seitens der evo wurde entschieden, dass sich das Unternehmen wiederum um die Konzession bewirbt und im Erfolgsfall das Pachtmodell mit der evo-netz fortsetzt. An beiden Verfahrensstufen hat die evo engagiert teilgenommen, mit dem Ziel, erneut die Konzession zum Betrieb der Strom-, Gas- und Fernwärmenetze zu erhalten. Im Rahmen der Verhandlungen mit der Stadt Oberhausen hat die evo ihr Angebot mehrfach überarbeitet und im Sinne der Kommune nachgebessert. Ein Aspekt war dabei z.B. eine deutliche Steigerung der Konzessionsabgabe Fernwärme. Eine Aufstockung der Konzessionsabgabe in den

regulierten Bereichen Strom und Erdgas war nicht möglich, da dort Konzessionsabgaben und Gemeinderabatte auch bisher schon bei den zulässigen Höchstgrenzen lagen.

Eine Entscheidung durch die Stadt Oberhausen wurde im Frühjahr 2013 getroffen.

Für die Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG (KSBG), die als Konsortium im Rahmen des STEAG-Anteile Kaufs durch sieben Stadtwerke-Gesellschaften in der Rhein-Ruhr-Region gegründet worden ist, lassen sich strategische, operative, finanzwirtschaftliche und sonstige Risiken identifizieren, die aber keine bestandsgefährdenden Auswirkungen auf den Konzern haben.

Aus heutiger Sicht wird das geänderte Marktumfeld in Deutschland zu einem wirtschaftlich begründeten Rückgang der inländischen Kraftwerkskapazitäten führen. Hierzu tragen insbesondere auch die nachfrageunabhängige Förderung und der Einspeisevorrang der erneuerbaren Energien bei. Durch den Einspeisevorrang werden nicht nur die systemstabilisierenden Kraftwerke verdrängt, sondern auch hocheffiziente KWK-Anlagen. Die Markt- und Systemintegration von erneuerbaren Energien wird verhindert. Ohne strukturelle Anpassungen der derzeitigen energiepolitischen Rahmenbedingungen wird KSBG mittelfristig die vorhandenen inländischen Kraftwerkskapazitäten verringern müssen und keine Investitionen in konventionelle Erzeugungsanlagen in Deutschland tätigen können, da das aktuelle Marktmodell hierfür keine Anreize bietet.

Die Preisentwicklung an den Brennstoffmärkten und deren Auswirkungen auf die Strompreise sowie der veränderte Erzeugungsmix in Deutschland haben großen Einfluss auf das Ergebnis von KSBG. Deshalb wurden neue Regelwerke und Steuerungssysteme für den Umgang mit Marktpreis- und Kreditausfallrisiken entwickelt, damit die Kraftwerksleistung innerhalb klar definierter Wertgrenzen vermarktet werden kann.

Risiken für den Konzern ergeben sich auch aus dem regulatorischen Umfeld zum Betrieb der Kraftwerke. Die an den Kraftwerksbetrieb gestellten Umweltschutzanforderungen werden in vollem Umfang erfüllt. Weitere Risiken ergeben sich aus den energiepolitischen Rahmenbedingungen, die Einfluss auf den Geschäftserfolg von KSBG haben. Zu nennen sind hier insbesondere zukünftige regulatorische Maßnahmen zur weiteren CO2-Reduzierung. Daher sind die Anstrengungen des Konzerns auf die Verringerung der spezifischen CO2-Emissionen in den Kraftwerken durch Umsetzung weiterer Effizienzsteigerungen und innovative Technologien ausgerichtet. Hinzu kommt die Vollversteigerung von CO2-Zertifikaten ab dem Jahr 2013 auch für neue Kraftwerke, die die Realisierung neuer fossil gefeuerter Kraftwerksanlagen in Deutschland zu wirtschaftlichen und wettbewerbskonformen Bedingungen erschweren wird.

Im Rahmen eines 5-Punkte-Programms des Konzerns wurden Projekte zur Kosten-einsparung, Optimierung von Prozessen und Strukturen, Verbreiterung der Vermarktung sowie zur Entwicklung neuer Geschäftsaktivitäten abgeschlossen. Die erfolgreiche und zügige Umsetzung der mit den Projekten verbundenen Maßnahmen kann zu einer Verbesserung des Ergebnisniveaus führen. In den für den Konzern relevanten Märkten und Wachstumssegmenten gibt es gute Chancen, das Geschäft erfolgreich weiterzuentwickeln. In Deutschland hat KSBG eine sehr gute Positionierung im Be-reich der erneuerbaren Energien, die weiter ausgebaut werden soll. Die internationale Ausrichtung macht es möglich, Marktchancen zu nutzen. Dabei zahlt sich aus, dass sich die Konzerngesellschaften schon in den vergangenen Jahren auf wachstumsstarke Märkte und attraktive Regionen fokussiert haben.

KSBG unterstützt kommunale Partner mit Know-how im Bereich der Energieerzeugung. Die kommunale Verbundenheit wird seit 2011 durch die Eigentümerstruktur vertieft. Die neue Anteilseignerstruktur bietet zum Beispiel Chancen, im Bereich der erneuerbaren Energien zu wachsen. In Deutschland wird mehr als die Hälfte des abgesetzten Stroms über Stadtwerke

vertrieben, gleichzeitig haben sie nur wenige eigene Erzeugungsanlagen. Der Konzern bietet zum einen den Zugriff auf bestehende Erzeugungsanlagen an und plant zum anderen zusammen mit Stadtwerken Erzeugungsprojekte zu realisieren.

In den nächsten Jahren ist KSBG mit besonderen Herausforderungen konfrontiert. Durch die energiepolitische Neuausrichtung in Deutschland haben sich die Rahmenbedingungen für Kraftwerksbetreiber substantiell geändert. Die Vorrangbehandlung der erneuerbaren Energien setzen die Betreiber von fossilen Kraftwerken unter Ergebnisdruck. Infolge der veränderten Beschäftigung von Steinkohlekraftwerken in Deutschland optimiert der Konzern die Kosten- und Erlösstruktur ihrer eigenen Kraftwerke. Darüber hinaus werden die Verwaltungsstrukturen und -prozesse überprüft und, wo notwendig, angepasst. In den kommenden Jahren sollen durch diese Maßnahmen erhebliche Einsparungen erreicht werden.

Bei der strategischen Ausrichtung für den Konzern wird ein Schwerpunkt des geplanten Wachstums im Bereich der erneuerbaren Energien liegen und zu einer stärkeren Diversifikation des Erzeugungsportfolios im Konzern beitragen. Die strategische Ausrichtung sowie die mögliche Nutzung von Synergien zwischen KSBG und dem neuen Mehrheitsgesellschafter bietet die Chance eines verbesserten Marktauftritts. Auch in den Aktivitäten Fernwärme und Energy Services werden positive Impulse aus dieser Zusammenarbeit erwartet.

KSBG geht davon aus, dass die sich aus der strategischen Ausrichtung ergebenden Chancen und insbesondere die geplanten Investitionen in Wachstumsfelder zukünftig dazu beitragen werden, dass KSBG auch in Zukunft ihre gute Position im Energiemarkt halten und in wichtigen Segmenten ausbauen wird.

Durch die Erweiterung von Müllverbrennungsanlagen und die Inbetriebnahme neuer EBS-Anlagen, z. B. Infraserv in Frankfurt-Höchst, haben sich die vorhandenen Überkapazitäten im Abfallentsorgungsbereich in Deutschland erwartungsgemäß bis einschließlich 2012 verstärkt. Da in den Niederlanden, in Österreich und in der Schweiz ebenfalls Überkapazitäten bei den thermischen Abfallbehandlungsanlagen vorhanden sind, bleibt der Druck auf die Abfallpreise bestehen. Derzeit bestehen keine Anzeichen dafür, dass die von den Marktbeobachtern empfohlene Reduzierung der Überkapazitäten in Angriff genommen wird. Dies hat entsprechende Auswirkungen auf die Ergebniserwartungen der Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH (GMVA) und damit entsprechende Auswirkungen auf die Gewinnausschüttung für die STOAG.

Der Strompreis hat sich in 2012 zwar nach oben entwickelt; Preisentwicklungen sind vor dem Hintergrund der Energiewende jedoch schwer abschätzbar. Es ist eher von einem deutlichen Abwärtstrend auszugehen. Aufgrund des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes und der daraus resultierenden flächendeckenden Einführung der Biotonne und der Wertstofftonne wird die Restabfallmenge, die die Müllverbrennungsanlagen verwerten, weiter sinken. Auch durch die verstärkte Förderung der erneuerbaren Energien und der Biomassenutzung wird der Markt für Restabfälle beeinträchtigt.
Unternehmensstrategische Risiken können sich aus dem Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz ergeben, indem der kommunale Abfallanfall weiter reduziert wird. In diesem Zusammenhang bleibt auch die Neufassung des Abfallwirtschaftsplans NRW abzuwarten. Im Übrigen können sich Risiken aus gebührenrechtlichen Entscheidungen, dem Ergebnis der Preisprüfung, aus niedrigen Abfallpreisen, steigenden Kosten und sinkenden Energieerlösen ergeben. Des Weiteren sind leistungswirtschaftliche Risiken aus der Heterogenität der Abfälle durch die verstärkte Akquisition neuer Abfallfraktionen denkbar. Das deutlich erhöhte Recycling und die verstärkte Biomassenutzung in Deutschland verschlechtern die Qualität der thermisch zu behandelnden Abfälle. Die GMVA wird diesem Risiko weiterhin durch eine konsequente Kontrolle der Abfallströme begegnen.

Die Kalkulation der Entgelte und damit die Preise zur Beseitigung kommunaler Abfälle für Duisburg, Oberhausen und den Kreis Kleve ist vor dem Hintergrund der Überprüfung der Preise durch die Bezirksregierung und der Gebührenklageverfahren gegen die Städte weiterhin mit Unwägbarkeiten behaftet. Bezüglich der Urteile des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf vom 14.11.2012 haben sowohl die Stadt Duisburg als auch die Wirtschaftsbetriebe Duisburg AöR einen Antrag auf Zulassung zur Berufung beim OVG gestellt. Der Ausgang der entsprechenden Verfahren und die Auswirkungen auf die Preise für kommunale Abfälle zur Beseitigung durch die GMVA bleiben abzuwarten. Zum Zeitpunkt der Erstellung des Berichtes lag noch kein Ergebnis der Preisüberwachung und kein abschließendes Urteil vor. Auch für die Folgejahre sind die Anlieferpreise für die Städte Duisburg und Oberhausen von einem durch Wirtschaftsprüfer in 2011 gutachterlich festgelegten Verfahren berechnet und in der mittelfristigen Planung berücksichtigt worden.

Das Geschäftsjahr 2012 war für die Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH (WFO) und Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen GmbH (ENO) das erste volle Geschäftsjahr in neuen Betriebsräumen unter neuen Rahmenbedingungen - sowohl räumlich als zum Teil auch inhaltlich. Damit verbunden waren auch wesentliche Veränderungen bezüglich Vertragsgestaltungen und Weiterberechnungen zwischen den Gesellschaften ENO, WFO und jetzt auch Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH (TMO). Mit dem Gesamt-Finanzierungskonzept für die Wirtschaftsförderung, das im Wesentlichen auf Umsatzerlöse im Rahmen der Projektbeauftragung durch die ENO, Steigerung der sonstigen betrieblichen Erträge im Rahmen der Geschäftsbesorgung für Tochtergesellschaften und Mieteinnahmen aus der Vermietung eigener Immobilien beruht, bleibt die Stabilisierung der Finanzlage der Gesellschaft ständige Aufgabe. Die Wirtschaftsjahre 2013 und 2014 werden für die TMO von besonderer Bedeutung sein. Die touristischen Entwicklungen in 2013 in Oberhausen stimmen durchaus positiv. So konnte bereits zum Ende 2012 die Erweiterung des CentrO Einkaufscenters für mehr Besucher sorgen. Genauso positiv ist die Eröffnung der Christo Ausstellung „The Big Air Package“ im Frühjahr 2013 im Gasometer in Oberhausen. Die Eröffnung des neuen Musicals „Ich war noch niemals in New York“ und die Eröffnung des Sea-Life Abenteuerparks mit angegliederten Legoland Discovery Centre führen zu einer zusätzlichen nationalen, wie internationalen Bekanntheit des Standortes und zu mehr Besuchern.

Alle beschriebenen Aktivitäten fördern die touristische Entwicklung am Standort Oberhausen und beeinflussen das Image der Stadt positiv. Die TMO spielt hierbei eine ganz entscheidende Rolle. Dennoch partizipiert die Gesellschaft kaum von den wirtschaftlichen Effekten. Die Risiken für die TMO bestehen auch nach wie vor in der dünnen Finanzdecke. Die finanzielle Ausstattung macht die Konzentration auf klare Projekte notwendig. Nicht beeinflussbare Faktoren, wie zum Beispiel der Spielplan von kulturellen Angeboten tragen dazu bei, dass die Geschäftsführung kaum eine Prognose über die Umsätze aus Ticketverkäufen in Touristinformationen treffen kann.

Entscheidend für die TMO wird auch sein, wie sich die Haushaltssanierung der Stadt Oberhausen auf die Finanzausstattung der TMO auswirken wird. Hieraus können sich entwicklungsbeeinträchtigende Risiken ergeben, die auch die Existenz des Unternehmens gefährden können.
Ab 2015 wird die Förderung des RUHR.Visitorcenter auslaufen. Hierbei handelt es sich um eine touristische Informationsplattform, die im Zuge der Kulturhauptstadtaktivitäten RUHR.2010 in der Neuen Mitte Oberhausen eröffnet worden ist. Ohne Fördermittel über 2014 hinaus wird es der TMO nicht gelingen diesen Standort weiter zu betreiben. Angesichts der dargestellten eher negativen Rahmenbedingungen ist ein weiterer Konsolidierungsprozess für die beiden kommenden Wirtschaftsjahre dringend erforderlich.

Die Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH (PBO) und die O.Visions-Projektgesellschaft (OVP) sehen sich mit dem Risiko konfrontiert, Fördermittel an das Land NRW zurückzahlen zu müssen. Land und Stadt haben unterschiedliche

Rechtsauffassungen wie der Verkauf des Stahlwerksgrundstücks zu bewerten ist. Das Land ist der Ansicht, dass erhaltene Fördermittel in Höhe von 9,5 Mio. EUR zurückzuführen sind. Gleichzeitig besteht das Risiko, dass die Gesellschaft zukünftige Umsatzerlöse aus dem mit EAI geschlossenen Grundstückskaufvertrag (Mehrerlöse) an den Fördermittelgeber abführen muss.

In dieser finanziell schwierigen Situation befindet sich auch die Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH (LAH). Die Gesellschaft erwirtschaftet weiterhin keine ausreichenden finanziellen Mittel aus der üblichen Geschäftstätigkeit, um ihren Verpflichtungen nachzukommen. Insbesondere die finanzielle Belastung aus der Immobilie ist ein wesentlicher Grund für die Deckungslücke. Die Entwicklung der finanziellen Situation der Stadt Oberhausen im Zuge der Haushaltskonsolidierung wird maßgeblichen Einfluss auf die Fortführungsfähigkeit der LAH haben. Hieraus können sich entwicklungsbeeinträchtigende Risiken ergeben, die auch die Existenz des Unternehmens gefährden können. Nach dem Wechsel in der Geschäftsführung hat die LAH einen strikten Konsolidierungskurs eingeschlagen, der erste Erfolge zeigt. Auch die geplante strategische Zusammenarbeit mit einem Partner in der Veranstaltungsakquise eröffnet für die Folgejahre neue Chancen.

Das Theater Oberhausen soll im Rahmen des HSP 2012 ab 2015 jährlich durch Zusammenarbeit mit einem anderen Theater (Fusion, Kooperation, Neugründung einer gemeinsamen Gesellschaft) 2 Mio. EUR einsparen. Der Rat der Stadt hält weiterhin die Existenz der städtischen Bühnen für unverzichtbar. Die angestrebten Einsparbeträge sollen nur durch Synergieeffekte aus einer Kooperation/Fusion mit anderen kommunalen Theatern erwirtschaftet werden. Ob eine solche Kooperation verwirklicht werden kann, ist zurzeit nicht absehbar.

Für die Revierpark Vonderort GmbH besteht ein potenzielles Risiko in weiterhin stark steigenden Energiepreisen für Strom, Gas und Wasser. Sowohl die Gebäude als auch die Anlagentechnik sind in allen Bereichen des Revierparks vergleichsweise alt. Es besteht jederzeit das Risiko eines nicht geringen Reparaturaufwandes, bei dem kurzfristig die Liquidität des Unternehmens gefährdet sein könnte. Kurz-, mittel- und langfristig werden zur Eingrenzung dieses Risikos bereits regelmäßig Unterhaltungsmaßnahmen vorgenommen.

Trotz eines erkennbaren Auslastungsrückgangs der Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH (ASO) behauptet sich das Unternehmen erfolgreich am Oberhausener Pflegemarkt. Dies gilt auch im Hinblick auf den stationären Betriebszweig. Im kommenden Geschäftsjahr wird es nicht zu einer Steigerung des Angebotes an stationären Pflegeplätzen in Oberhausen kommen, so dass keine Schwächung der eigenen Marktposition erwartet wird. Der vom Rat der Stadt im Juni 2012 beschlossene Haushaltssanierungsplan sieht vor, dass die ASO unter Berücksichtigung der Gemeinnützigkeit und der daraus folgenden Einschränkungen einen jährlichen Betrag in Höhe von mindestens 50.000,00 € als Gewinnausschüttung an die Stadt abführt. Diese Mittel werden dem Unternehmen für die eigene Entwicklung somit nicht mehr zur Verfügung stehen.

Aufgrund einer deutlichen Ausweitung des vergleichsweise risikoarmen Geschäftes mit kommunalen Kreditnehmern hat sich der Anteil der inländischen öffentlichen Haushalte am Kreditportfolio der Stadtsparkasse Oberhausen mehr als verdoppelt. Im Zuge dieser Entwicklung haben sich die Anteile der Privat- und insbesondere der Unternehmenskunden spürbar reduziert. Die in den letzten Jahren zu beobachtende Verschiebung innerhalb der Kundengruppenstruktur hin zu den gewerblichen Kreditengagements hat sich im Jahr 2012 somit nicht fortgesetzt. Per Ende 2012 weist die Stadtsparkasse Oberhausen auch im Vergleich zum Verbandsdurchschnitt einen überproportionalen Anteil an öffentlichen und korrespondierend dazu einen unter-durchschnittlichen Anteil an privaten und gewerblichen Kreditnehmern auf.

Nachdem in den letzten Jahren in dem gewerblichen Kundensegment wirtschaftliche Schwierigkeiten bei einzelnen größeren Kreditnehmern zu einer deutlichen Ergebnisbelastung für die Stadtsparkasse Oberhausen geführt haben, mussten im Jahr 2012 Wertberichtigungen im Zusammenhang mit einem immobilienbesicherten Darlehensportfolio vorgenommen werden. Dies hat dazu geführt, dass das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft in 2012 wie im Vorjahr spürbar über dem Verbandsdurchschnitt liegt. Die absolute Höhe der neu gebildeten Risikovorsorgeaufwendungen für Kreditrisiken im Kundengeschäft hat sich gegenüber dem Vorjahr leicht reduziert, so dass die für diese Risikoart vorgegebene interne Grenze – analog zum Vorjahr – auch im Jahr 2012 eingehalten wurde.

Zur Stabilisierung der Westdeutschen Landesbank AG (WestLB) wurde im Dezember 2009 die Errichtung einer Abwicklungsanstalt beschlossen. Der Rheinische Sparkassen- und Giroverband, Düsseldorf (RSGV) ist entsprechend seines Beteiligungsanteils verpflichtet, tatsächliche liquiditätswirksame Verluste der Abwicklungsanstalt, die nicht durch das Eigenkapital der Abwicklungsanstalt und deren erzielte Erträge ausgeglichen werden können, bis zu einem festgelegten Höchstbetrag zu übernehmen. Auf die Stadtsparkasse Oberhausen entfällt als Mitglied des RSGV damit eine anteilige indirekte Verpflichtung entsprechend ihrer Beteiligung am RSGV. Somit besteht das Risiko, dass die Sparkasse während der voraussichtlich langfristigen Abwicklungsdauer aus ihrer indirekten Verpflichtung in Anspruch genommen wird. Für dieses Risiko wird die Sparkasse für einen Zeitraum von 25 Jahren aus den Gewinnen des jeweiligen Geschäftsjahres eine jahresanteilige bilanzielle Vorsorge bilden.

Unter Würdigung aller bekannten Risiko- und Belastungsfaktoren, der erwarteten Geschäftsentwicklung und der Umsetzung eines Kostensenkungs- und Optimierungsprogrammes wird für das Jahr 2013 ein Jahresüberschuss erwartet, der eine Stärkung des Eigenkapitals zulässt. Für die weiteren Jahre nach dem Jahr 2013 kann von leicht steigenden Jahresüberschüssen ausgegangen werden, die eine weitere Stärkung des Eigenkapitals der Stadtsparkasse Oberhausen ermöglichen. Zur Einhaltung der Vorgabe im HSP 2012, der eine Gewinnausschüttung an die Stadt Oberhausen in Höhe von 1 Mio. EUR in 2017 und ansteigend bis 3 Mio. EUR bis 2021 vorsieht, sind weitere Verbesserungen des Unternehmensergebnisses dringend erforderlich.

4.7. Erläuterung der Kennzahlen

4.7.1 Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital (Eigenkapitalquote)

Die **Eigenkapitalquote 1** zeigt an, in welchem Umfang das Vermögen der Kommune durch Eigenkapital finanziert ist. Für diese Kennzahl gilt: Je höher die Eigenkapitalquote, desto geringer ist das Finanzierungsrisiko und desto höher sind die finanzielle Stabilität, die wirtschaftliche Sicherheit und die Unabhängigkeit von externen Kapitalgebern.

Eigenkapitalquote 1=	Eigenkapital x 100 / Bilanzsumme	= - 835.088.804 x 100 / 2.908.146.788	= - 28,7 %

Jahr	2010	2011	2012
Eigenkapitalquote 1	-23,8 %	- 26,2 %	- 28,7 %

Die Eigenkapitalquote beträgt - 28,7 %. Die Quote ist negativ, da die Stadt Oberhausen kein Eigenkapital mehr besitzt und für die Berechnung der „Nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag“ herangezogen wurde.

Die **Eigenkapitalquote 2** misst den Anteil des „wirtschaftlichen Eigenkapitals“ am gesamten bilanzierten Kapital auf der Passivseite der Bilanz. Da bei Kommunen die Sonderposten als Bilanzposten mit Eigenkapitalcharakter einen wesentlichen Ansatz in der Bilanz darstellen und in der Regel nicht zurückzuzahlen und nicht zu verzinsen sind, wird die Wertgröße „Eigenkapital“ um die „langfristigen“ Sonderposten erweitert. Hierzu zählen die Sonderposten für Zuwendungen und für Beiträge.

Eigenkapitalquote 2=	(Eigenkapital + SoPo Zuwendungen/Beiträge) x 100 / Bilanzsumme	= (-835.088.804 + 511.519.077) x 100 / 2.908.146.788	= -11,1 %

Jahr	2010	2011	2012
Eigenkapitalquote 2	- 5,3 %	- 8,1 %	- 11,1 %

Die Eigenkapitalquote 2 beträgt – 11,1 %.

4.7.2 Relation des Anlagevermögens zum Gesamtvermögen (Anlageintensität)

Die **Anlagenintensität** zeigt an, wie hoch der Anteil des langfristig gebundenen Anlagevermögens am gesamten Vermögen ist. Je niedriger die Anlagenintensität, desto höher ist die finanzielle Anpassungsfähigkeit und Flexibilität einer Kommune. Eine hohe Anlagenintensität hat in der Regel hohe Fixkosten in Form von Abschreibungen zur Folge. Für Kommunen ist eine hohe Anlagenintensität allerdings aufgrund ihrer Aufgabenstellung normal.

Anlageintensität	=	Anlagevermögen x 100 / Bilanzsumme	= 1.986.502.471 x 100 / 2.908.146.788	= 68,3 %

Die Anlagenintensität der Stadt Oberhausen beläuft sich auf 68,3 %.

Jahr	2010	2011	2012
Anlagenintensität	73,1 %	70,5 %	68,3 %

4.7.3 Bindung Kommunales Vermögen in der Infrastruktur (Infrastrukturquote)

Die **Infrastrukturquote** verfeinert die Aussage der Anlageintensität im Hinblick auf das Infrastrukturvermögen als Bestandteil des Sachanlagebestands des Anlagevermögens und verdeutlicht, in welchem Umfang kommunales Vermögen in der Infrastruktur gebunden ist. Da das Infrastrukturvermögen in der Regel nicht veräußerbar ist, kann die Quote nur langfristig beeinflusst werden.

Infrastruktur-vermögen	=	Infrastruktur vermögen x 100 / Bilanzsumme	=	976.991.556 x 100 / 2.908.146.788	= 33,6 %

Jahr	2010	2011	2012
Infrastrukturquote	34,7 %	34,4 %	33,6 %

Die Infrastrukturquote, als spezielle Kennzahl zur Anlagenintensität des Infrastrukturvermögens, beträgt 33,6 %.

4.7.4 Anlagendeckungs- und Liquiditätsgrad

Durch die Kennzahl **Anlagendeckungsgrad 2** soll die langfristige Kapitalverwendung der Kommune bewertet werden. Es wird aufgezeigt, wie viel Prozent des Anlagevermögens langfristig finanziert sind. Liegt die Kennzahl unter 100 %, so sind Teile des Anlagevermögens durch kurzfristiges Kapital finanziert.

Anlagendeckungsgrad 2	=	(Eigenkapital + SoPo Zuwend-ungen/Beiträge + Langfristiges Fremdkapital) x 100 / Anlagevermögen	=	(-835.088.804 + 511.519.077 + 737.365.451) x 100 / 1.966.502.471	= 20,8 %

Jahr	2010	2011	2012
Anlagendeckungsgrad 2	29 %	24,8 %	20,8 %

Der Anlagendeckungsgrad 2 beträgt 20,8 %.

Die **Liquidität I. Grades** gibt das Verhältnis der liquiden Mittel zu den kurzfristigen Verbindlichkeiten an und analysiert damit, inwieweit die Gemeinde ihre derzeitigen kurzfristigen Zahlungsverpflichtungen allein durch ihre liquiden Mittel erfüllen kann.

Liquidität1. Grades = vermögen		liquide Mittel x 100 = kurzfristige Verbindlichkeiten		11.766.215 x 100 = 1,5 % 785.955.528

Jahr	2010	2011	2012
Liquidität I. Grades	2 %	1,7 %	1,5 %

Die Liquidität I. Grades beträgt 1,5 %

4.7.5 Verbindlichkeitsquote und Verschuldungsgrad

Die **Kurzfristige Verbindlichkeitsquote** stellt dar, wie hoch die Bilanz durch kurzfristiges Fremdkapital belastet ist. Da Haushaltsfehlbeträge in der Regel über Kredite zur Liquiditätssicherung finanziert werden, ist diese Kennzahl ein Indikator dafür, wie stark sich die aufgelaufenen Defizite auf die Finanzlage der Kommune auswirken. Kurzfristige Verbindlichkeiten haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

Kurzfristige Verbindlichkeitsquote	=	Kurzfristige Verbindlichkeiten x 100 Bilanzsumme	=	785.955.528 x 100 = 27 % 2.908.146.788

Jahr	2010	2011	2012
Kurzfristige Verbindlichkeitsquote	25,5 %	35,7 %	27 %

Die kurzfristige Verbindlichkeitsquote beläuft sich auf 27 %.

Mit dem **Dynamischen Verschuldungsgrad** lässt sich die Schuldentilgungsfähigkeit der Gemeinde beurteilen. Diese Kennzahl berechnet sich aus dem Quotienten zwischen der Effektivverschuldung und dem Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit der Finanzrechnung. Dieser Saldo zeigt an, in welcher Höhe freie Finanzmittel im abgelaufenen Haushaltsjahr zur möglichen Schuldentilgung genutzt werden können. Da es in Oberhausen keinen positiven Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit gibt, ist der Ausweis dieser Kennzahl nicht möglich.

4.7.6 Finanzierung der Gemeinde aus eigenen Mitteln (Steuerquote)

Die **Netto-Steuerquote** gibt an, zu welchem Teil sich die Gemeinde „selbst“ finanzieren kann und somit unabhängig von staatlichen Zuwendungen ist. Für eine realistische Ermittlung der Steuerkraft der Gemeinde ist es erforderlich, die Gewerbesteuerumlage und den Aufwand für die Finanzierungsbeteiligung am Fonds Deutsche Einheit in Abzug zu bringen. Die Gemeinde ist umso unabhängiger von staatlichen Zuwendungen, je höher die Nettosteuerquote ist.

Nettosteuerquote	=	(Steuererträge - Gew. St.Umlage - Finanzierungsbeteiligung Fonds Deutsche Einheit) x 100 (Ordentliche Erträge - Gew. St.Umlage - Finanzierungsbeteiligung Fonds Deutsche Einheit)	=	(241.595.496 = 32,1 % - 7.607.658 - 7.390.295) x 100 (721.754.322 - 7.607.658 - 7.390.295)

Jahr	2010	2011	2012
Netto - Steuerquote	32,3 %	29,3 %	32,1 %

Die Nettosteuerquote beträgt 32,1 %.

4.7.7 Abhängigkeit der Gemeinde von Dritten (Zuwendungsquote)

Die **Zuwendungsquote** verdeutlicht, wie abhängig die Gemeinde von Zuwendungen und damit von Leistungen Dritter ist. Eine hohe Zuwendungsquote kann auf eine geringe Finanzkraft der Kommune hindeuten.

Zuwendungsquote =	Erträge aus Zuwendungen x 100 / Ordentliche Erträge	=	271.686.235 x 100 / 721.754.322	= 37,6 %

Jahr	2010	2011	2012
Zuwendungsquote	30,5 %	39,3 %	37,6 %

Die Zuwendungsquote beträgt 37,6 %.

4.7.8 Aussagen zur Intensität der Aufwendungen (Personal-, Sach- und Dienstleistungen, Transferaufwendungen, Zinsen)

Die **Personalintensität** weist den Anteil der Personalaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen aus. Bei der Interpretation der Kennzahl ist der Grad der Ausgliederungen in der Kommune zu betrachten.

Personalintensität =	Personalaufwendungen x 100 / Ordentliche Aufwendungen	=	167.611.873 x 100 / 762.398.285	= 22 %

Jahr	2010	2011	2012
Personalintensität	23 %	24,1 %	22 %

Die Personalintensität beträgt 22 %.

Die **Sach- und Dienstleistungsintensität** zeigt, in welchem Maße sich die Gemeinde für die Inanspruchnahme von Leistungen Dritter entschieden hat.

Sach- und Dienstleistungsintensität =	Aufwendungen für Sachdienstleistungen x 100 / Ordentliche Aufwendungen	=	158.543.695 x 100 / 762.398.285	= 20,8 %

Jahr	2010	2011	2012
Sach- und Dienstleistungsintensität	20,1 %	20,2 %	20,8 %

Die Sach- und Dienstleistungsintensität beträgt 20,8 %.

Die **Transferaufwendungsquote** veranschaulicht den Anteil der Transferaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen.

Transferaufwend-ungsquote	=	Transferaufwendungen x 100 / Ordentliche Aufwendungen	=	205.516.922 x 100 / 762.398.285 = 27 %

Jahr	2010	2011	2012
Transferaufwendungs-quote	26,8 %	26,9 %	27 %

Die Transferaufwandsquote beträgt 27 %.

Die **Zinslastquote** zeigt die anteilmäßige Belastung der Kommune mit Zinsaufwendungen und sonstigen Finanzaufwendungen zu den Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf. Sie verdeutlicht, in welchem Umfang sich die vorhandenen Kredite auf die aktuelle Haushaltssituation auswirken. Eine hohe Zinslastquote engt den finanziellen Spielraum der Stadt ein.

Zinslastquote	=	Finanz-aufwendungen x 100 / Ordentliche Aufwendungen	=	46.928.945 x 100 / 762.398.285 = 6,2 %

Jahr	2010	2011	2012
Zinslastquote	6,4 %	6,9 %	6,2 %

Die Zinslastquote beträgt 6,2 %.

4.8 Wichtige Vorgänge und Nachträge

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach Abschluss des Geschäftsjahres 2012 nicht eingetreten, sofern sie nicht schon in diesem Bericht erwähnt sind.

4.9 Mitglieder des Verwaltungsvorstandes und des Rates

Nach § 116 Abs. 4 GO NRW sind am Schluss des Gesamtlageberichts für die Mitglieder des Verwaltungsvorstandes und des Rates neben dem Vor- und Familiennamen anzugeben:

1. der ausgeübte Beruf

2. Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien im Sinne des § 125 Abs. 1 Satz 3 des Aktiengesetzes

3. Mitgliedschaft in Organen von verselbstständigten Aufgabenbereichen der Gemeinde öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form

4. die Mitgliedschaft in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen.

Mandate der Dezernenten in städtischen Beteiligungen zum 31.12.2012

Name (Mandatsträger vollst. Name)	Name (Mandatsfirma)	Hauptgremium	Funktion (HG)
Wehling, Klaus	Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	Aufsichtsrat	Vorsitzender (Mitglied gem. § 113 GO)
	Emschergenossenschaft	Genossenschaftsrat	stellv. Mitglied
	evo Energieversorgung Oberhausen AG	Aufsichtsrat	Vorsitzender (Mitglied gem. § 113 GO)
	GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	Gesellschafterversammlung	
	KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Gesellschafterversammlung	
	Provinzial Rheinland Holding	Verwaltungsrat	stellv. Mitglied
	PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	Aufsichtsrat	Vorsitzender (Mitglied gem. § 113 GO)
	RVR Regionalverband Ruhr	Finanz- u. Wirtschaftsausschuss	Mitglied
	RVR Regionalverband Ruhr	Verbandsversammlung	Mitglied
	RWE Deutschland AG	Aufsichtsrat	Mitglied
	RWHolding Aktiengesellschaft	Aufsichtsrat	Mitglied
	Rheinischer Sparkassen- und Giroverband	Verbandsvorstand	Mitglied
	Rheinischer Sparkassen- und Giroverband	Verbandsversammlung	Mitglied
	Stadtsparkasse Oberhausen	Risikoausschuss	Mitglied
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	berat. Mitglied
	STOAG Stadtwerke Oberhausen AG	Aufsichtsrat	Vorsitzender (Mitglied gem. § 113 GO)

Mandate der Dezernenten in städtischen Beteiligungen zum 31.12.2012

Name (Mandatsträger vollst. Name)	Name (Mandatsfirma)	Hauptgremium	Funktion (HG)
(Wehling, Klaus)	TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH	Gesellschafterversammlung	
	TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH	Gesellschafterversammlung	
	VKA Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH	Gesellschafterversammlung	Mitglied
	Wirtschaftsförderung metropoleruhr GmbH	Ausichtsrat	Vorsitzender
	WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	Gesellschafterversammlung	
	WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied gem. § 113 GO
Schmidt, Jürgen	GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied gem. § 113 GO
Tsalastras, Apostolos	Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & CO. KG	Gesellschafterversammlung	
	Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH	Gesellschafterversammlung	
	Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	Aufsichtsrat	Gast
	Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	Gesellschafterversammlung	
	Gasometer Oberhausen GmbH	Gesellschafterversammlung	
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Gesellschafterversammlung	

Mandate der Dezernenten in städtischen Beteiligungen zum 31.12.2012

Name (Mandatsträger vollst. Name)	Name (Mandatsfirma)	Hauptgremium	Funktion (HG)
Tsalastras, Apostolos	LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	Gesellschafterversammlung	
	PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	Aufsichtsrat	
	Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für das Vertretungsgebiet der Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V.	Mitgliedervertreterversammlung	
	WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	Gesellschafterversammlung	
Motschull, Frank	Revierpark Vonderort GmbH	Verwaltungsrat	Mitglied gem. § 113 GO
	WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied gem. § 113 GO
Frind, Reinhard	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Gesellschafterversammlung	
	ASO Service GmbH	Gesellschafterversammlung	
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Gesellschafterversammlung	
	Jobcenter Oberhausen	Trägerversammlung	stellv. Vorsitzender
	Revierpark Vonderort GmbH	Geschäftsführung	Geschäftsführer

Mandate der Dezernenten in städtischen Beteiligungen zum 31.12.2012

Name (Mandatsträger vollst. Name)	Name (Mandatsfirma)	Hauptgremium	Funktion (HG)
Lauxen, Sabine	keine Mitgliedschaften		
Klunk, Peter	OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH	Geschäftsführung	Geschäftsführer
	OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied gem. § 113 GO
	STOAG Stadtwerke Oberhausen AG	Vorstand	Mitglied
	TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied gem. § 113 GO
	VZS Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH	Gesellschafterversammlung	
	VRR Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Ruhr	Verbandsversammlung	Mitglied
		Aufsichtsrat	Gast

Mitglieder des Rates der Stadt Oberhausen (zum 31.12.2012)

SPD-Fraktion

Name	Name (Mandatsfirma)	Hauptgremium	Funktion (HG)
Albrecht-Mainz, Elia	**Bürgermeisterin**		
Dipl.-Kauffrau	**Haupt- und Finanzausschuss**		1. stv. Vorsitzende
	Ältestenrat		1. stv. Vorsitzende
	Wahlprüfungsausschuss		Mitglied
	Sozialausschuss		stellv. Mitglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	Aufsichtsrat	Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
	TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Vorsitzende
	AWO Oberhausen		Vorsitzende
Barkowsky, Arndt	**Umweltausschuss**		Mitglied
Beamter	**Schulausschuss**		Mitglied
	Planungsausschuss		stellv. Mitglied
	Sportausschuss		stellv. Mitglied
	Vergabekommission		stellv. Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Revierpark Vonderort GmbH	Gesellschafterver-sammlung	Mitglied

Name	Name (Mandatsfirma)	Hauptgremium	Funktion (HG)
(Barkowsky, Arndt)	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	stellv. Mitglied
Bongers, Sonja	**Rechnungsprüfungsausschuss**		Mitglied
Rechtsanwältin	**Kulturausschuss**		Mitglied
	Vergabekommission		Mitglied
	Sportausschuss		stellv. Mitglied
	Umweltausschuss		stellv. Mitglied
	Sozialausschuss		stellv. Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
Brands, Beatriks	**Haupt- und Finanzausschuss**		Mitglied
Hausmeister	**Sozialausschuss**		Mitglied
	Schulausschuss		Mitglied
	Rechnungprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Vergabekommission		stellv. Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Jobcenter Oberhausen	Trägerversammlung	stellv. Mitglied
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	Mitglied

Name	Name (Mandatsfirma)	Hauptgremium	Funktion (HG)
Cordes, Hubert	**Bezirksvertretung Sterkrade**		Vorsitzender
Konditormeister	**Kulturausschuss**		Mitglied
	Sportausschuss		Mitglied
	Schulausschuss		Mitglied
	Planungsausschuss		Mitglied
	Vergabekommission		Mitglied
	Integrationsrat		Mitglied
	Haupt- und Finanzausschuss		stellv. Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	OGM Oberhausener Gebäudemanagment GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen	Aufsichtsrat	Mitglied
	Theater Oberhausen	Betreibsausschuss	Mitglied
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	stellv. Mitglied
Emmerich, Karl-Heinz	**Planungsausschuss**		Fraktionssprecher
Informationselektroniker	**Haupt-und Finanzausschuss**		Mitglied
	Umweltausschuss		Mitglied
	Ältestenrat		Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Schulausschuss		stellv. Mitglied
	Kulturausschuss		stellv. Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	STOAG Stadtwerke Oberhausen AG	Aufsichtsrat	Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
	WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	stellv. Vorsitzender
	Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR)	Verbandsversammlung Verwaltungsrat	Mitglied

Name	Name (Mandatsfirma)	Hauptgremium	Funktion (HG)
(Emmerich, Karl-Heinz)	Emschergenossenschaft	Genossenschafts-versammlung	Mitglied
	Umlegungsausschuss		Mitglied
Flore, Manfred	**Kulturausschuss**		Fraktionssprecher
Bezirksschornsteinfeger-meister	**Umweltausschuss**		Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		Mitglied
	Sportausschuss		stellv. Mitglied
	Haupt- und Finanzausschuss		stellv. Mitglied
	Schulausschuss		stellv. Mitglied
	Planungsausschuss		stellv. Mitglied
	Vergabekommission		stellv. Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	stellv. Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
	Polizeibeirat		Mitglied
	Arbeit und Leben DGB/VHS		Vorsitzender (alternierend)
Grefermann, Jürgen	**Beirat für Menschen mit Behinderungen**		stellv. Vorsitzender
Techniker	**Umweltausschuss**		Mitglied
	Kulturausschuss		Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		Mitglied
	Sportausschuss		stellv. Mitglied
	Planungsausschuss		stellv. Mitglied
	Schulausschuss		stellv. Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Haupt- und Finanzausschuss		stellv. Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied

Name	Name (Mandatsfirma)	Hauptgremium	Funktion (HG)
(Grefermann, Jürgen)	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
	Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V.	Mitgliedervertreter-versammlung	Mitglied
	WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Polizeibeirat		Mitglied
Große Brömer MdL, Wolfgang	**Schulausschuss**		Vorsitzender
Ltd. Gesamtschuldirektor	**Ältestenrat**		Sprecher
während des Mandats beurlaubt	**Haupt- und Finanzausschuss**		Sprecher
	Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	Aufsichtsrat	Mitglied
	GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	Aufsichtsrat	1. stellv. Vorsitzender
	PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	Vorsitzender
	WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Vorsitzender
	AWO Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Oberhausen e. V.	Vorstand	Mitglied
	Trivium GmbH	Gesellschafter-versammlung	Mitglied
	Transfer GmbH	Gesellschafter-versammlung	Mitglied
Janßen, Anne	**Umweltausschuss**		Vorsitzende
Lehrerin i. R.	**Ältestenrat**		Mitglied
	Kulturausschuss		stellv. Mitglied
	Sozialausschuss		stellv. Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		stellv. Mitglied

Name	Name (Mandatsfirma)	Hauptgremium	Funktion (HG)
(**Janßen, Anne)**	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH	Gesellschafter-versammlung	
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
	WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Ruhrverband	Verbandsversammlung	Delegierte
	Emschergenossenschaft	Genossenschafts-versammlung	Stimmgruppen-Delegierte
Janßen, Dieter	**Bezirkvertretung Sterkrade**		Bezirksbürger-meister
Konstrukteur	**Vergabekommission**		Fraktionssprecher
	Haupt- und Finanzausschuss		Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		Mitglied
	Planungsausschuss		Mitglied
	Kulturausschuss		stellv. Mitglied
	Schulausschuss		stellv. Mitglied
	Sportausschuss		stellv. Mitglied
	Umweltausschuss		stellv. Mitglied
	Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	Aufsichtsrat	Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	STOAG Stadtwerke Oberhausen AG	Aufsichtsrat	Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied

Name	Name (Mandatsfirma)	Hauptgremium	Funktion (HG)
Jäntsch, Angelika	**Kulturausschuss**		stellv. Vorsitzende
pharmazeutisch-techn.	**Haupt- und Finanzausschuss**		Mitglied
Assistentin	**Kulturausschuss**		Mitglied
	Planungsausschuss		Mitglied
	Beirat für Menschen mit Behinderungen		Mitglied
	Ältestenrat		stellv. Mitglied
	Vergabekommission		stellv. Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Schulausschuss		stellv. Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Vorsitzende
	LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Vorsitzende
	OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	stellv. Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Vorsitzende
	TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e. V.	Mitgliedervertreter-versammlung	Mitglied
Koppers, Peter	**Sozialaussschuss**		Mitglied
Gewerkschaftssekretär	**Wahlprüfungsausschuss**		Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
Kösling, Klaus	**Rechnungsprüfungsausschuss**		Fraktionssprecher
kfm. Angestellter	**Beirat für Menschen mit Behinderungen**		Fraktionssprecher
	Sportausschuss		Mitglied

Name	Name (Mandatsfirma)	Hauptgremium	Funktion (HG)
	Schulausschuss		Mitglied
(Kösling, Klaus)	**Umweltausschuss**		stellv. Mitglied
	Planungsausschuss		stellv. Mitglied
	Haupt- und Finanzausschuss		stellv. Mitglied
	Sozialausschuss		stellv. Mitglied
	Jugendhilfeausschuss		stellv. Mitglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	Landschaftsverband Rheinland	Landschafts-versammlung	Mitglied
	Rhein. Beamten Baugesellschaft	Aufsichtsrat	Vorsitzender
Oberste-Kleinbeck, Kirsten	**Sozialausschuss**		Vorsitzende
Hausfrau	**Integrationsrat**		Sprecherin
	Rechnungsprüfungsausschuss		Mitglied
	Schulausschuss		Mitglied
	Jugendhilfeausschuss		Mitglied
	Umweltausschuss		stellv. Mitglied
	Haupt- und Finanzausschuss		stellv. Mitglied
	Planungsausschuss		stellv. Mitglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	Vorsitzende
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Vorsitzende
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Vorsitzende
	Jobcenter Oberhausen	Trägerversammlung	Mitglied
	STOAG Stadtwerke Oberhausen AG	Aufsichtsrat	Mitglied
	Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V.	Mitgliedervertreter-versammlung	Mitglied

Name	Name (Mandatsfirma)	Hauptgremium	Funktion (HG)
Pascheberg, René	**Jugendhilfeausschuss**		Vorsitzender
Student	**Sportausschuss**		Sprecher
	Umweltausschuss		Mitglied
	Integrationsrat		Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
Pflugbeil, Karl-Heinz	**Bezirksvertretung Osterfeld**		Bezirksbürger-meister
Kaufmann i. E.	**Vergabekommission**		Vorsitzender
	Ältestenrat		Mitglied
	Haupt- und Finanzausschuss		Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		Mitglied
	Planungsausschuss		Mitglied
	Kulturausschuss		stellv. Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	Revierpark Vonderort GmbH	Verwaltungsrat	Mitglied
	STOAG Stadtwerke Oberhausen AG	Aufsichtsrat	Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
Radtke, Dorothee	**Sozialausschuss**		Mitglied
Kauffrau i. E.	**Kulturausschuss**		stellv. Mitglied
	Planungsausschuss		stellv. Mitglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied

Name	Name (Mandatsfirma)	Hauptgremium	Funktion (HG)
(Radtke, Dorothee)	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
Real, Ulrich	**Jugendhilfeausschuss**		Sprecher
Studiendirektor	**Umweltausschuss**		Mitglied
	Planungsausschuss		stellv. Mitglied
	TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
Röder, Alfred	**Rechnungsprüfungsausschuss**		Mitglied
Rentner	**Sportausschuss**		Mitglied
	Sozialausschuss		Mitglied
	Jugendhilfeausschuss		stellv. Mitglied
	Schulausschuss		stellv. Mitglied
Scheffler, Stefan	**Schulausschuss**		Mitglied
Rechtsanwalt	**Planungsausschuss**		Mitglied
	Umweltausschuss		stellv. Mitglied
Stroh, Uly	**Kulturausschuss**		Mitglied
Projektmanagerin	**Schulausschuss**		Mitglied
	Planungsausschuss		stellv. Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
	TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
Telli, Ercan	**Sozialausschuss**		Sprecher
Geschäftsführer	**Wahlprüfungsausschuss**		Mitglied
	Jugendhilfeausschuss		Mitglied
	Kulturausschuss		Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Sportausschuss		stellv. Mitglied
	Umweltausschuss		stellv. Mitglied

Name	Name (Mandatsfirma)	Hauptgremium	Funktion (HG)
(Telli, Ercan)	**Schulausschuss**		stellv. Mitglied
	Haupt- und Finanzausschuss		stellv. Mitglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Jobcenter Oberhausen	Trägerversammlung	Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
	Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V.	Mitgliedervertreter-versammlung	
	WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
Vöpel, Dirk	**Bezirksvertretung Alt-Oberhausen**		Bezirksbürger-meister
selbst. Kaufmann	**Umweltausschuss**		Sprecher
	Planungsausschuss		Mitglied
	Vergabekommission		Mitglied
	Haupt- und Finanzausschuss		Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		Mitglied
	Ältestenrat		stellv. Mitglied
	Sportausschuss		stellv. Mitglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	evo Energieversorgung Oberhausen AG	Aufsichtsrat	Mitglied
	Revierpark Vonderort GmbH	Verwaltungsrat	Mitglied
	GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied

Name	Name (Mandatsfirma)	Hauptgremium	Funktion (HG)
(Vöpel, Dirk)	WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Regionalverband Ruhr	Verbandsversammlung	Mitglied
Weingärtner, Helga	**Sportausschuss**		Mitglied
Hausfrau	**Wahlprüfungsausschuss**		Mitglied
	Sozialausschuss		Mitglied
	Umweltausschuss		stellv. Mitglied
	Kulturausschuss		stellv. Mitglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
Wingens, Ursula	**Rechnungsprüfungsausschuss**		Mitglied
Rentnerin	**Sportausschuss**		Mitglied
ehem. Regierungsangestellte	**Kulturausschuss**		Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		Mitglied
	Haupt- und Finanzausschuss		stellv. Mitglied
	Jugendhilfeausschuss		stellv. Mitglied
	Schulausschuss		stellv. Mitglied
	Planungsausschuss		stellv. Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
	Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V.	Mitgliedervertreter-versammlung	Mitglied
	WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied

Name	Name (Mandatsfirma)	Hauptgremium	Funktion (HG)
Wolter, Horst	**Rechnungsprüfungsausschuss**		Mitglied
Industriekaufmann	**Sportausschuss**		Mitglied
	Umweltausschuss		Mitglied
	Planungsausschuss		Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		Mitglied
	Ältestenrat		stellv. Mitglied
	Haupt- und Finanzausschuss		stellv. Mitglied
	Jugendhilfeausschuss		stellv. Mitglied
	Kulturausschuss		stellv. Mitglied
	Schulausschuss		stellv. Mitglied
	Vergabekommission		stellv. Mitglied
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
Zimkeit MdL, Stefan	**Bezirksvertretung Osterfeld**		Vorsitzender
Dipl.-Sozialwissenschaftler	**Wahlprüfungsausschuss**		stellv. Vorsitzender / Sprecher
	Schulausschuss		Sprecher
	Integrationsrat		Mitglied
	Ältestenrat		stellv. Mitglied
	Haupt- und Finanzausschuss		stellv. Mitglied
	Umweltausschuss		stellv. Mitglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Aufsichtsrat	Vorsitzender
	Trivium GmbH	Gesellschafterver-sammlung	Mitglied

Name	Name (Mandatsfirma)	Hauptgremium	Funktion (HG)
(Zimkeit MdL, Stefan)	Transfer GmbH	Gesellschafterver-sammlung	Mitglied
	AWO Oberhausen	Vorstand	Mitglied
	ZAQ e. V.	Vorstand	Mitglied

CDU-Fraktion

Name	Name (Mandatsfirma)	Hauptgremium	Funktion (HG)
Bandel, Frank	**Umweltausschuss**		Fraktionssprecher
Dipl.-Ing.	**Planungsausschuss**		stellv. Vorsitzender
Landschaftspflege	**Haupt- und Finanzausschuss**		stellv. Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Sportausschuss		stellv. Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V.	Mitgliedervertreter-versammlung	Mitglied
	Verfahrensbegleitender Ausschuss regionaler Flächennutzungsplan		Mitglied
	Emschergenossenschaft	Verbandsversammlung	Mitglied
Benter, Christian	**Haupt- und Finanzausschuss**		Mitglied
Geschäftsführer	**Rechnungsprüfungsausschuss**		Fraktionssprecher
	Schulausschuss		Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		Mitglied
	Ältestenrat		stellv. Mitglied
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	
	Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V.	Mitgliedervertreter-versammlung	Mitglied
Bürgermeister Broß, Klaus Dieter	**Ältestenrat**		2. stellv. Vorsitzender
Polizeibeamter	**Haupt- und Finanzausschuss**		2. stellv. Vorsitzender
	Sportausschuss		Vorsitzender
	Kulturausschuss		Fraktionssprecher

Name	Name (Mandatsfirma)	Hauptgremium	Funktion (HG)
(Bürgermeister Broß, Klaus Dieter)	evo Energieversorgung Oberhausen AG	Aufsichtsrat	Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	stellv. Vorsitzender
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	stellv. Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
	Sängerkreis Oberhausen		Vorsitzender
Gäng, Thomas	**Haupt- und Finanzausschuss**		Mitglied
Sparkassenbetriebswirt	**Rechnungsprüfungsausschuss**		Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		Mitglied
	Schulausschuss		stellv. Mitglied
	Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	Aufsichtsrat	Mitglied
	OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Heimbau Gemeinnützige Wohnungsbaugenossenschaft e.G.	Aufsichtsrat	Vorsitzender
Köhler, Hans-Jürgen	**Kulturausschuss**		Mitglied
Sparkassenbetriebswirt i.R.	**Vergabekommission**		Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		Fraktionssprecher
	Seniorenbeirat		stellv. Vorsitzender
	Umweltausschuss		stellv. Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
	Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V.	Mitgliedervertreter-versammlung	Mitglied

Name	Name (Mandatsfirma)	Hauptgremium	Funktion (HG)
Müthing, Christa	**Ältestenrat**		Mitglied
freiberufl. Vermietungstätigkeit	**Haupt- und Finanzausschuss**		Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		Vorsitzende
	Vergabekommission		Fraktionssprecherin
	Sportausschuss		stellv. Mitglied
	Umweltausschuss		stellv. Mitglied
	Schulausschuss		stellv. Mitglied
	Planungsausschuss		stellv. Mitglied
	GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	stellv. Mitglied
	STOAG Stadtwerke Oberhausen AG	Aufsichtsrat	Mitglied
	Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V.	Vorstand	Mitglied
Nagels, Hans-Jürgen	**Sozialausschuss**		Fraktionssprecher
Dipl.-Ing. / Rentner	**Beirat für Menschen mit Behinderungen**		Vorsitzender
	Integrationsrat		Mitglied
	Ältestenrat		stellv. Mitglied
	Haupt- und Finanzausschuss		stellv. Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Umweltausschuss		stellv. Mitglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Jobcenter Oberhausen	Beirat	stellv. Mitglied
	Jobcenter Oberhausen	Trägerversammlung	Mitglied
	WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied

Name	Name (Mandatsfirma)	Hauptgremium	Funktion (HG)
(Nagels, Hans-Jürgen)	Landschaftsverband Rheinland	Landschaftsversammlung	Mitglied
	Emschergenossenschaft	Verbandsversammlung	Mitglied
Nakot, Werner	**Ältestenrat**		Mitglied
Kriminalbeamter	**Haupt- und Finanzausschuss**		Mitglied
	Sportausschuss		Fraktionssprecher
	Umweltausschuss		stellv. Vorsitzender
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Kulturausschuss		stellv. Mitglied
	Planungsausschuss		stellv. Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Aufsichtsrat	stellv. Vorsitzender
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	stellv. Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
Osmann, Denis	**Umweltausschuss**		Mitglied
Immobilienkaufmann	**Planungsausschuss**		Fraktionssprecher
	Jugendhilfeausschuss		stellv. Mitglied
	Vergabekommission		stellv. Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e. V.	Mitgliedervertreter-versammlung	Mitglied
Plitt-Vogt, Marlies	**Sportausschuss**		Mitglied
Erzieherin	**Jugendhilfeausschuss**		Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		Mitglied
	Sozialausschuss		stellv. Mitglied
	Kulturausschuss		stellv. Mitglied
	Schulausschuss		stellv. Mitglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied

Name	Name (Mandatsfirma)	Hauptgremium	Funktion (HG)
(Plitt-Vogt, Marlies)	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
	TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
Rubin, Dirk	**Rechnungsprüfungsausschuss**		Mitglied
Dipl.-Sozialpädagoge	**Schulausschuss**		Mitglied
	Vergabekommission		stellv. Vorsitzender
	Sozialausschuss		stellv. Mitglied
	Jugendhilfeausschuss		stellv. Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Löwenzahn Immobilien Agentur	Gesellschafter	
	Kinderpädagogisches Institut	Gesellschafter	
	Bildungseinrichtung Löwenzahn e. V.	Geschäftsführender Leiter	
Schepers, Hermann-Josef	**Sozialausschuss**		
Diplom-Ingenieur	**Planungsausschus**		Mitglied
	Beirat für Menschen mit Behinderungen		Fraktionssprecher
	Haupt- und Finanzausschuss		stellv. Mitglied
	Umweltausschuss		stellv. Mitglied
	Vergabekommission		stellv. Mitglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied

Name	Name (Mandatsfirma)	Hauptgremium	Funktion (HG)
(Schepers, Hermann-Josef)	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	Mitglied
	Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e. V.	Mitgliedervertreter-versammlung	Mitglied
Schmidt, Georgis	**Rechnungsprüfungsausschuss**		Mitglied
Tischlermeisterin	**Umweltausschuss**		Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		Mitglied
	Sportausschuss		stellv. Mitglied
	Planungsausschuss		stellv. Mitglied
	TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	stellv. Vorsitzende
Schranz, Daniel M. A.	**Ältestenrat**		Fraktionssprecher
Landesbeauftragter	**Haupt- und Finanzausschuss**		Fraktionssprecher
Bildungswerkleiter	**Kulturausschuss**		Vorsitzender
	evo Energieversorgung Oberhausen AG	Aufsichtsrat	Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Vorsitzender
	PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	stellv. Vorsitzender
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	Vorsitzender
	WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
Stehr, Simone Tatjana	**Jugendhilfeausschuss**		stellv. Vorsitzende
Studiendirektorin	**Schulausschuss**		Fraktionssprecherin
	Integrationsrat		Mitglied
	Sozialausschuss		stellv. Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Kulturausschuss		stellv. Mitglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied

Name	Name (Mandatsfirma)	Hauptgremium	Funktion (HG)
(Stehr, Simone Tatjana)	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
Tscharke, Hans Josef	**Sozialausschuss**		Mitglied
Geschäftsführer	**Schulausschuss**		stellv. Vorsitzender
Dienstleistungsverband der	**Haupt- und Finanzausschuss**		stellv. Mitglied
Kirchengemeinden im Bistum	**Rechnungsprüfungsausschuss**		stellv. Mitglied
Essen (KöR)	**Jugendhilfeausschuss**		stellv. Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Integrationsrat		Fraktionssprecher
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	Aufsichtsrat	Mitglied
	WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Stellv. Vorsitzender
Willing-Spielmann, Ulrike	**Jugendhilfeausschuss**		Sprecherin
Dipl.-Sozialarbeiterin	**Sozialausschuss**		stellv. Vorsitzende
	Wahlprüfungsausschuss		Mitglied
	Haupt- und Finanzausschuss		stellv. Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Schulausschuss		stellv. Mitglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Vorsitzende
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Vorsitzende

Name	Name (Mandatsfirma)	Hauptgremium	Funktion (HG)
(Willing-Spielmann, Ulrike)	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Vorsitzende
	Jobcenter Oberhausen	Beirat	Mitglied
	Jobcenter Oberhausen	Trägerversammlung	stellv. Mitglied
	Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V.	Mitgliedervertreter-versammlung	Mitglied
	WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
Wischermann, Hermann	**Rechnungsprüfungsausschuss**		Mitglied
Abteilungsleiter	**Sportausschuss**		Mitglied
	Kulturausschuss		stellv. Mitglied
	Planungsausschuss		stellv. Mitglied
	Vergabekommission		stellv. Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	Revierpark Vonderort GmbH	Verwaltungsrat	Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
Wolter, Marita	**Seniorenbeirat**		Sprecherin
Lehrerin (Altersteilzeit) Ruhephase	**Kulturausschuss**		Mitglied
	Schulausschuss		Mitglied
	Haupt- und Finanzausschuss		stellv. Mitglied
	Sportausschuss		stellv. Mitglied
	Sozialausschuss		stellv. Mitglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	STOAG Stadtwerke Oberhausen AG	Aufsichtsrat	Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied

Name	Name (Mandatsfirma)	Hauptgremium	Funktion (HG)
(Wolter, Marita)	Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V.	Mitgliedervertreter-versammlung	Mitglied

Fraktion - Die Grünen

Name	Name (Mandatsfirma)	Hauptgremium	Funktion (HG)
Aksünger, Ertekin	**Sportausschuss**		Sprecher
Produktionsmitarbeiter	**Rechnungsprüfungsausschuss**		stellv. Mitglied
	Wahlprüfungskommission		stellv. Mitglied
Flötgen, Michaela	**Kulturausschuss**		Sprecherin
Bewerbungstrainerin	**Schulausschuss**		Mitglied
	Vergabekommission		Mitglied
	Haupt- und Finanzausschuss		stellv. Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Umweltausschuss		stellv. Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
	WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
Gödderz, Sandra	**Rechnungsprüfungsausschuss**		Sprecherin
Lehrerin	**Schulausschuss**		Sprecherin
	Kulturausschuss		Mitglied
	Haupt- und Finanzausschuss		stellv. Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	stellv. Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
	TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
Bürgermeisterin Opitz, Stefanie	**Sozialausschuss**		Sprecherin
Erzieherin	**Planungsausschuss**		Vorsitzende

Name	Name (Mandatsfirma)	Hauptgremium	Funktion (HG)
(Bürgermeisterin Opitz, Stefanie)	**Integrationsrat**		Mitglied
	Jugendhilfeausschuss		stellv. Mitglied
	Wahlausschuss Integrationsratswahl und Kommunalwahl 2014		stellv. Mitglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Jobcenter Oberhausen	Trägerversammlung	stellv. Mitglied
Plém, Peter	**Haupt- und Finanzausschuss**		Mitglied
Fachwirt	**Rechnungsprüfungsausschuss**		Mitglied
Facility Management	**Umweltausschuss**		Mitglied
	Planungsausschuss		stellv. Mitglied
	Vergabekommission		stellv. Mitglied
	evo Energieversorgung Oberhausen AG	Aufsichtsrat	Mitglied
	WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Emschergenossenschaft	Genossenschaftsversammlung	Mitglied
	Polizeibeirat		Mitglied
Wittmann, Regina	**Haupt- und Finanzausschuss**		Sprecherin
Dipl.-Ing. Architektin	**Planungsausschuss**		Sprecherin
	Wahlprüfungsausschuss		Vorsitzende
	Wahlausschuss Integrationsratswahl und Kommunalwahl 2014		Mitglied
	Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	Aufsichtsrat	Mitglied
	PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	STOAG Stadtwerke Oberhausen AG	Aufsichtsrat	Mitglied

Linke Liste - Fraktion

Name	Name (Mandatsfirma)	Hauptgremium	Funktion (HG)
Bicici, Zeynep	**Haupt- und Finanzausschuss**		stellv. Mitglied
Gewerkschaftssekretärin			
Karacelik, Yusuf	**Haupt- und Finanzausschuss**		Mitglied
KFZ-Mechaniker	**Rechnungsprüfungsausschuss**		Mitglied
	Integrationsrat		Mitglied
Marx, Petra	**Rechnungsprüfungsausschuss**		stellv. Mitglied
Dipl.-Pädagogin	**Wahlprüfungsausschuss**		stellv. Mitglied
	TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
Schucker, Rainer	**Wahlprüfungsausschuss**		Mitglied
Anwendungsentwickler	WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied

FDP - Fraktion

Name	Name (Mandatsfirma)	Hauptgremium	Funktion (HG)
Arlt, Gerd	**Kulturausschuss**		Mitglied
Studiendirektor i. R.	**Haupt- und Finanzausschuss**		stellv. Mitglied
	Schulausschuss		stellv. Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
Boos, Regina	**Schulausschuss**		Mitglied
Augenoptikermeisterin	**Planungsausschuss**		Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Wahlausschuss		stellv. Mitglied
	TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Gast
Runkler, Hans-Otto	**Haupt- und Finanzausschuss**		Mitglied
Geschäftsführer	**Ältestenrat**		Mitglied
	Sozialausschuss		Mitglied
	Integrationsrat		Mitglied
	Wahlausschuss		Mitglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	Mitglied
	Sozial- und Kulturstiftung des LVR	Vorstand	Mitglied
	Rheinland Kultur gmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Landschaftsverband Rheinland (LVR)	Landschaftsversammlung	Mitglied
	Provinzial Rheinland Holding	Verwaltungsrat	stellv. Mitglied
Schuler, Immanuel	**Rechnungsprüfungsausschuss**		Mitglied
	Sportausschuss		Mitglied

Name	Name (Mandatsfirma)	Hauptgremium	Funktion (HG)
(Schuler, Immanuel)	**Integrationsrat**		Mitglied
	Bezirksvertretung Osterfeld		Mitglied
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	stellv. Mitglied

Fraktionslos

Name	Name (Mandatsfirma)	Hauptgremium	Funktion (HG)
Paasch, Dirk	**Haupt- und Finanzausschuss**		beratendes Mitglied
Großhandelskaufmann	OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied

5. Beteiligungsbericht

Der nach § 117 Abs. 1 GO NRW sowie § 49 Abs. 2 GemHVO NRW dem Gesamtabschluss beizufügende Beteiligungsbericht 2012 lag dem Haupt- und Finanzausschuss zu seiner Sitzung am 14.10.2013 sowie dem Rat der Stadt zu seiner Sitzung am 11.11.2013 vor.

In Anbetracht des Druckumfanges und der damit einhergehenden Kosten wird der Beteiligungsbericht nur dem Original des Gesamtabschlusses und einer geringen Auflagenhöhe von 35 Exemplaren zur Verwendung gegenüber der Aufsichtsbehörde, im Verwaltungsvorstand, in den Fachdienststellen der Bereiche Finanzen, Rechnungsprüfung sowie Personal und Organisation, zur gesetzlichen Aufbewahrung sowie in den Fraktionen beigefügt.

Darüber hinaus steht die komplette Fassung des Gesamtabschlusses 2012 der Stadt Oberhausen im Ratsinformationssystem ALLRIS in Dateiform zur Verfügung.

Die Nummerierung innerhalb des Beteiligungsberichtes entspricht der Originalnummerierung.

BETEILIGUNGSBERICHT

DER STADT OBERHAUSEN

2012

Stadt Oberhausen
Der Oberbürgermeister

Bereich 9-5
Stabsstelle Beteiligungen

Stand: August 2013

Vorwort Beteiligungsbericht 2012

Mit der Vorlage des Beteiligungsberichtes 2012 erfüllt die Stadt Oberhausen einerseits ihre Verpflichtung aus der Gemeindeordnung, andererseits können sich die Mitglieder des Rates sowie die Bürgerinnen und Bürger ein umfassendes Bild über die städtischen Beteiligungen machen. Der Bericht veranschaulicht die wirtschaftliche Entwicklung der Eigen- und Beteiligungsgesellschaften sowie der Eigenbetriebe. Darüber hinaus gibt er Auskunft über die gesellschaftsvertraglichen Veränderungen, die Besetzung der jeweiligen Organe, die Vergütung ihrer Mitglieder und wichtige vertragliche Beziehungen der Beteiligungen.

Die Unternehmen der Stadt sorgen mit der Vielfältigkeit ihrer Leistungen für die Erfüllung der Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger nach Ver- und Entsorgung, Teilhabe am kulturellen Leben sowie Mobilität. Außerdem erstreckt sich das umfangreiche Leistungsspektrum auf das Immobilienmanagement sowie auf die Wirtschaftsförderung mit den für die Stadt bedeutsamen Bereichen der Tourismusförderung und des Kongresswesens.

Das Jahr 2012 war für den „Konzern Stadt" geprägt durch Anforderungen, die sich aus dem Stärkungspakt Stadtfinanzen des Landes ergaben. Um die hieraus folgende finanzielle Unterstützung des Landes zu erhalten, war die Aufstellung eines Haushaltssanierungsplanes notwendig. Auch die städtischen Unternehmen waren maßgeblich daran beteiligt, dass der Haushaltssanierungsplan von der Bezirksregierung genehmigt wurde. Die in ihrem Volumen größten Beiträge aus ihrem operativen Geschäft werden die STOAG und die OGM erbringen. Nicht zuletzt wegen der Zeitspanne bis 2021, auf den sich der Haushaltssanierungsplan erstreckt, werden die städtischen Gesellschaften auch in Zukunft nicht von Anstrengungen zur Sanierung des Kernhaushaltes verschont bleiben. Daher werden weiterhin erhebliche Beiträge von ihnen erwartet, ohne dabei ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit in Frage zu stellen.

Eine wesentliche Änderung der Unternehmensverfassung erfolgte bei der STOAG, deren Rechtsform von einer AG in eine GmbH umgewandelt wurde. Damit haben sich für die Stadt als Gesellschafterin Steuerungsmöglichkeiten eröffnet, die in der Rechtsform der AG rechtlich nicht gegeben sind.

Im Laufe des Jahres 2012 fand der wesentliche Teil des Verfahrens zur Vergabe der Strom-, Gas und Fernwärmekonzessionierung statt, das Anfang 2013 zum Abschluss neuer Konzessionsverträge mit der evo geführt hat. Diese Verträge bringen der Stadt eine Reihe von Verbesserungen im Verhältnis zum bisherigen Vertragsverhältnis. Zugleich bedeutet der Vertragsabschluss für die evo langfristige Sicherheit für ihre wirtschaftliche Entwicklung.

Ich wünsche Ihnen – den Leserinnen und Lesern des Beteiligungsberichtes 2012 - eine informative Lektüre.

Oberhausen, im September 2013

Wehling
Oberbürgermeister

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis 5
Gründungshistorie 7
Allgemeine Hinweise zur Präsentation der Unternehmen 9
Erläuterungen der verwendeten Kennzahlen 11
Finanzbeziehungen zu den Beteiligungen 2012 14
Übersicht über ausgewählte finanz- und betriebswirtschaftliche Daten aller bedeutsamen Beteiligungen zum 31.12.2012 16

Einzelberichterstattung 17
Ver- und Entsorgung 19
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH 22
STOAG Stadtwerke Oberhausen AG 32
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH 48
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH 56
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH 62
evo Energieversorgung Oberhausen AG 66
evo Energie-Netz GmbH 86
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG 98
Biostrom Oberhausen Management GmbH 106
Quantum GmbH 110
strasserauf GmbH 124
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG 128
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH 152
FSO GmbH & Co.KG. 158
FSO Verwaltungs- GmbH 162
RWE Aktiengesellschaft 164
RW Holding Aktiengesellschaft. 168
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH 170
VKA Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH 182
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH 184

Wirtschaftsförderung 195
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH. 198
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH 206
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO 212
VZS Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH 220

Freizeit & Tourismus 225
Gasometer Oberhausen GmbH 228
TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH. 234
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH. 242
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH 246
Revierpark Vonderort GmbH 256

Wohnungsgenossenschaften 263
Bau- und Wohnungsgenossenschaft "Werkbundsiedlung Am Ruhrufer" e.G. 264

Sonstige Unternehmen.....267
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH 276
ASO Service GmbH 284
Jobcenter Oberhausen.....290
Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH 294
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & CO. KG 298
Public Konsortium d-NRW GbR.....306
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW).....312
Stadtsparkasse Oberhausen 316

Eigenbetriebsähnliche Einrichtungen.....347
Theater Oberhausen 350
Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen.....358

Besetzung der Gesellschaftsorgane (Stand 20.08.2013).....367
Besetzung der Betriebsausschüsse.....371
Vergütungsbericht 2012 (tlw. gerundet).....373

Anlagen.....380
Wesentliche gesetzliche Grundlagen der wirtschaftlichen Betätigung.....380
Rechtsformen wirtschaftlicher Betätigung.....389
Beteiligungsrichtlinien der Stadt Oberhausen.....393
Verzeichnis der verwendeten Abkürzungen.....404
Alphabetisches Inhaltsverzeichnis.....407

Gründungshistorie

Gründungs-/ Beitrittsjahr	Gesellschaft	Sparte*
1898	RWE-Aktiengesellschaft	(V)
1900	Gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft Oberhausen	(WB)
1904	Gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft Osterfeld	(WB)
1912	RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft	(V)
1922	Deutsche Städte Medien GmbH	(S)
1925	Gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft Sterkrade	(WB)
1926	Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH	(S)
1946	ekz.bibliotheksservice GmbH	(S)
1952	Oberhausener Bauförderungsgesellschaft mbH	(WF)
1964	Stadtwerke Oberhausen AG	(V)
1965	LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	(F)
1968	Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein	(V)
1970	Landesentwicklungsgesellschaft mbH NW	(WF)
1970	Heimbau Gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft	(WB)
1971	Energieversorgung Oberhausen AG	(V)
1971	Revierpark Vonderort GmbH	(F)
1988	TZU Technologiezentrum Umweltschutz (früher EGO)	(WF)
1988	Bau- und Wohnungsgenossenschaft - Werkbundsiedlung Am Ruhrufer e. G.	(WB)
1989	GEG Grundstücksentwicklungsgesellschaft GmbH	(WF)
1990	HDO High Definition Technologiezentrum GmbH	(WF)
1990	Lokalfunk Radio Mülheim/Oberhausen	(S)
1991	FRIEDA Qualifizierungs- und Beschäftigungsgesellschaft für Frauen gGmbH	(S)
1992	UMSICHT-Institut-Immobilienverwaltung GbR	(WF)
1992	Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	(WF)
1992	RZO-Recycling-Zentrum-Oberhausen GmbH	(V)
1992	RW Kommunale Finanzbeteiligungs GmbH	(V)
1992	RW Kommunale Verwaltungs- und Beteiligungs GmbH	(V)
1993	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	(EB)
1993	Theater Oberhausen	(EB)
1994	Schloss Oberhausen GmbH	(F)
1994	Gasometer Oberhausen GmbH	(F)
1994	Stadion Niederrhein GmbH	(F)
1995	Landesgartenschau Oberhausen GmbH	(F)
1995	Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	(V)

Gründungs-/ Beitrittsjahr	Gesellschaft	Sparte*
1997	TMO Tourismus & Marketing Oberhausen GmbH	(F)
1997	Theatr*O*. Centr*O*. GmbH	(WF)
1997	PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH	(WF)
1998	CPO Circus Park Oberhausen Betriebs GmbH	(F)
1998	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	(F)
1999	VZS Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH	(WF)
1999	OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	(V)
1999	O.Vision Zukunftspark Oberhausen GmbH	(WF)
1999	O.Vision Projektgesellschaft mbH	(WF)
1999	KOSTAT-DST (Kommunalstatistik-Deutscher Städtetag) GmbH	(S)
2000	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	(S)
2002	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	(S)
2002	World Games 2005 GmbH	(F)
2003	ASO Service GmbH	(S)
2003	meoline GmbH	(V)
2003	Marina Oberhausen am CentrO. GmbH	(V)
2004	FSO Verwaltungs GmbH	(V)
2004	FSO GmbH & Co. KG	(V)
2004	ARGE SODA (Gesellschaft öffentlichen Rechts sui generis), ab 2011 Jobcenter Oberhausen	(S)
2006	evo Energie-Netz GmbH	(V)
2006	Public Konsortium d-NRW GbR	(S)
2009	Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA RRW), Anstalt öffentlichen Rechts	(S)
2009	Quantum GmbH	(V)
2009	strasserauf GmbH	(V)
2009	Biostrom-Oberhausen GmbH & Co. KG	(V)
2009	Biostrom-Oberhausen Management GmbH	(V)
2010	KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG	(V)
2010	KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH	(V)
(2013)	Energiegenossenschaft Handwerk eG	(V)
(2013)	ecce european centre for creative evonomy GmbH	(WF)

V	Ver- und Entsorgung	WF	Wirtschaftsförderung
F	Freizeit und Tourismus	WB	Wohnungsgenossenschaften
S	Sonstige	EB	Eigenbetriebe

Allgemeine Hinweise zur Präsentation der Unternehmen

Umfang der Präsentation

Soweit die Beteiligung der Stadt bzw. einer ihrer Tochtergesellschaften an einem Unternehmen niedriger als 20 % ist, wird - insbesondere mit Blick auf die fehlenden Einflussmöglichkeiten - auf die differenzierte Darstellung der Unternehmensdaten verzichtet. Die Präsentation wird in diesen Fällen auf die Beschreibung des Unternehmensgegenstandes, die Besetzung der Gesellschaftsorgane sowie die Beteiligungen der Gesellschaft beschränkt. Eine Ausnahme stellt hier die Sparte Ver- und Entsorgung dar, deren Unternehmen gemäß den aktuellen Beteiligungsrichtlinien der Stadt Oberhausen unabhängig von der Beteiligungsquote umfassend dargestellt werden.

Die Auswirkungen auf den städtischen Haushalt sind in der Übersicht der Finanzbeziehungen zu den Beteiligungen 2012 im allgemeinen Teil tabellarisch dargestellt. Dieser Aufstellung ist auch der Stand städtischer Bürgschaften zum Stichtag 31.12.2012 zu entnehmen.

Ausgewählte finanz- und betriebswirtschaftliche Daten der bedeutsamen Beteiligungen sind ebenfalls tabellarisch dargestellt. Diesen Aufstellungen sind auch die jeweiligen Mitarbeiter- und Auszubildendenzahlen zu entnehmen.

Auf die Darstellung von Gesellschaften im Liquidationsverfahren wird verzichtet. Im laufenden Berichtsjahr befinden sich die nachfolgenden ehemaligen städtischen Beteiligungen im Liquidationsverfahren:

- FRIEDA Qualifizierungs- und Beschäftigungsgesellschaft für Frauen GmbH i.L.
- TheatrO. CentrO. GmbH i.L. (Liquidation abgeschlossen am 19.07.2012)

Unternehmensdaten

Die Unternehmensdaten 2010 - 2012 basieren auf den geprüften Jahresabschlüssen.

Durch die Auswahl des Stichtages 31.12.2012 für die Präsentation der Unternehmen werden die Planzahlen 2012 im Betrachtungszeitraum nicht mit erfasst. Da der Haupt- und Finanzausschuss über die Statusberichte regelmäßig sehr zeitnah über die Planzahlen informiert wird, soll auf die freiwillige Angabe der Planzahlen im Beteiligungsbericht für die Zukunft verzichtet werden.

Kennzahlen

Im vorliegenden Beteiligungsbericht werden für alle wesentlichen Gesellschaften Kennzahlen gebildet. Die Zusammensetzung dieser Kennzahlen wird im nächsten Abschnitt näher erläutert.

Bei der Auswertung der Kennzahlen zu berücksichtigen, dass die städtischen Gesellschaften insbesondere hinsichtlich der Kapitalausstattung und der Liquidität anders gewertet werden müssen als rein privatwirtschaftliche Unternehmen. Dies trägt der Tatsache Rechnung, dass die städtischen Gesellschaften in erster Linie auf Aufgaben der Daseinsvorsorge ausgerichtet sind.

Bei den für die Stadtsparkasse Oberhausen gebildeten Kennzahlen ist zu beachten, dass die Bilanzstruktur von der einer AG oder einer GmbH abweicht. Eine unmittelbare Vergleichbarkeit zwischen diesen Kennzahlen ist somit nicht gegeben.

Beteiligungen

Die Angaben über die Beteiligungen der einzelnen Unternehmen beruhen auf dem Stand des letzten vorliegenden Jahresabschlusses (31.12.2012).

Besetzung der Gremien

Die Angaben über die Besetzung der Gesellschaftsorgane in den Einzeldarstellungen entsprechen dem Stand des letzten vorliegenden Jahresabschlusses (31.12.2012).

In der Anlage zu diesem Beteiligungsbericht sind die aktuellen städtischen Vertreterinnen und Vertreter (Stand 21.08.2013) aufgeführt.

Soweit nachfolgend im Zusammenhang mit der Mitgliedschaft in einem Organ oder sonstigen Gremium auf § 113 GO verwiesen wird (z. B. „Mitglied gem. § 113 GO“), bezieht sich dies auf die durch § 113 Abs. 2 Satz 2 bzw. Abs. 3 Satz 3 GO NRW gesetzlich vorgeschriebene Mitgliedschaft des Oberbürgermeisters oder eines/einer von ihm vorgeschlagenen Bediensteten der Gemeinde in dem betreffenden Organ oder Gremium.

Vergütungsbericht

In der Anlage sind sämtliche Veröffentlichungen zusammengefasst, welche die Beteiligungen der Stadt, die in den Anwendungsbereich des Transparenzgesetzes NRW fallen, im Zusammenhang mit dem Jahresabschluss 2012 auf der Grundlage des Transparenzgesetzes NRW veranlasst haben. Aus Gründen der Übersichtlichkeit sind in der Anlage in Fällen, in denen nicht alle Organmitglieder oder stellvertretenden Organmitglieder Bezüge erhalten haben (z. B. Beirat der d-NRW Besitz-GmbH & Co. KG oder Verwaltungsrat der Stadtsparkasse Oberhausen) nur diejenigen Mitglieder oder stellvertretenden Mitglieder aufgeführt, die tatsächlich Bezüge erhalten haben. Soweit aus anderen Gründen keine Veröffentlichung erfolgte (z. B. weil für die Tätigkeit in einem Aufsichtsrat insgesamt keine Zahlungen erfolgt sind oder wegen fehlender Zustimmung Betroffener) sind die entsprechenden Gesellschaften nicht aufgeführt.

Erläuterungen der verwendeten Kennzahlen

Kennzahlen zur Ertragslage

Umsatzrentabilität:	$\frac{\text{Jahresergebnis x 100}}{\text{Umsatz}}$

Die Kennzahl ist ein Maßstab für die Effizienz der betrieblichen Tätigkeit. Sie drückt aus, in welchem Umfang sich der Umsatz für die Gesellschaft rentiert hat. Ihre Aussagekraft gewinnt die Kennzahl durch die mehrjährige Entwicklung.

Ein mittelfristiger Rückgang könnte durch den Rückgang der innerbetrieblichen Effizienz oder veränderte Rahmenbedingungen im Markt verursacht werden.

Eigenkapitalrentabilität:	$\frac{\text{Jahresergebnis x 100}}{\text{Eigenkapital}}$

Durch die Kennzahl wird der geschäftliche Erfolg der Gesellschaft in Relation zum eingesetzten Kapital gebracht. Der Vergleich zur am Kapitalmarkt erzielbaren Rendite gibt einen Anhaltspunkt für die Beurteilung, ob der Einsatz des Eigenkapitals im Unternehmen unter finanzwirtschaftlichen Aspekten sinnvoll ist. Aussagekräftiger als die Kennzahl an sich ist die mehrjährige Entwicklung.

Sofern die Kennzahl mittelfristig unter der Kapitalmarktrendite liegt, könnte es finanzwirtschaftlich sinnvoll sein, das Eigenkapital aus der Gesellschaft abzuziehen und anderweitig einzusetzen.

Die Kennzahl erlaubt keine umfassende Wertung der Gesellschaft.

Cash-Flow:	Jahresergebnis + Abschreibungen (-Zuschreibungen)

Der Cash-Flow dient als Indikator der Zahlungskraft und ermöglicht eine Beurteilung des Innenfinanzierungspotenzials in einem Unternehmen.

Der Cash-Flow-Wert bringt zum Ausdruck, in wie weit oder ob ein Unternehmen in der Lage ist, Vermögen, das in der Bilanz abgebildet ist, im Rahmen eines Umsatzprozesses wieder zu gewinnen und in wie weit das Unternehmen dabei die Mittel für die Substanzerhaltung und Erweiterungsinvestitionen selbst erwirtschaften kann.

Gesamtleistung je Mitarbeiter: $\frac{\text{Gesamtleistung *)}}{\text{Anzahl der Mitarbeiter}}$ *) = Umsatz, Bestandsveränderung, akt. Eigenleistungen, Sonstige betriebliche Erträge
Die Kennzahl drückt die Produktivität des eingesetzten Personals aus. Im Branchenvergleich kann so die Effizienz des Personaleinsatzes gewertet werden. Je niedriger die Gesamtleistung pro Mitarbeiter im Branchenvergleich, desto intensiver sollte der Umfang des Personaleinsatzes überprüft werden.

Personalaufwandsquote: $\frac{\text{Personalaufwand x 100}}{\text{Gesamtleistung}}$
Die Kennzahl ist ein Indikator für die Personalintensität der Gesellschaft. Im Branchenvergleich kann sie auf die Notwendigkeit personalwirtschaftlicher Maßnahmen hinweisen. Ggf. kann die Rentabilität der Gesellschaft durch den verstärkten Einsatz anderer Produktionsfaktoren verbessert werden. Je höher die Kennzahl im Branchenvergleich, desto größer ist die Notwendigkeit, den Umfang des Personaleinsatzes zu überprüfen.

Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

Sachanlagenintensität: $\frac{\text{Sachanlagevermögen x 100}}{\text{Bilanzsumme}}$
Diese Kennzahl lässt Rückschlüsse auf den Automatisierungsgrad, die Kapitalintensität sowie die Konjunkturabhängigkeit zu. Überaltertes Anlagevermögen drückt sich in sinkender Anlagenintensität aus. Ein hoher Automatisierungsgrad drückt sich in hoher Anlagenintensität bzw. hohen Reinvestitionen aus.

Eigenkapitalquote: $\frac{\text{Eigenkapital x 100}}{\text{Bilanzsumme}}$
Die Finanzierung der Aktivseite der Bilanz wird auf der Passivseite ausgewiesen. Dabei belegt der Anteil des Eigenkapitals an der Gesamtfinanzierung, wie gut das Unternehmen mit Kapital versorgt wird. Je niedriger die Ausstattung des Unternehmens mit Eigenkapital, desto abhängiger ist es von Gläubigern bzw. desto eher werden ggf. Kapitalzuführungen von Gesellschaftern benötigt.

Fremdkapitalquote: $\frac{\text{(Bilanzsumme - Eigenkapital) x 100}}{\text{Bilanzsumme}}$
Die Fremdkapitalquote gibt an, wie hoch der Anteil des Fremdkapitals am Gesamtkapital ist. Die Fremdkapitalquote dient dazu, das Kapitalrisiko zu beurteilen. Das heißt, dass bei steigendem kurz-, mittel- oder langfristigem Fremdkapital auch die Neuaufnahme von Krediten schwieriger werden kann oder das Risiko der Kündigung von Krediten steigt.

Finanzbeziehungen zu den Beteiligungen 2012

	Ertrags-/Betriebs-kostenzuschüsse	Verlust-ausgleich	Investitions zuschüsse	Kapital-zuführung	Darlehens-gewährung	Stand der Bürg-schaften	Übrige Ver-günstigungen	Gewinn-abführung	Konzessions-angaben	Übrige Zahlungen an die Stadt
Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen										
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH						318.147,50				518,72
ASO Service GmbH										
Bau- und Wohnungsgenossenschaft "Werkbundsiedlung Am Ruhrufer" e.G.										
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & CO. KG										18.981,72
Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH										
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	270.188,00									90.595,00
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG										
Biostrom Oberhausen Management GmbH										
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW)										
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	434.600,00									
evo Energie-Netz GmbH										
evo Energieversorgung Oberhausen AG										
FSO GmbH & Co.KG										
FSO Verwaltungs- GmbH										
Gasometer Oberhausen GmbH										
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH								0,00		
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	725.000,00									
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG										
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH										
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH		1.175.980,00				5.736.126,40				
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH						4.448.714,13				
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH						9.454.298,18				

	Ertrags-/Betriebs-kostenzuschüsse	Verlust-ausgleich	Investitions zuschüsse	Kapital-zuführung	Darlehens-gewährung	Stand der Bürg-schaften	Übrige Ver-günstigungen	Gewinn-abführung	Konzessions-angaben	Übrige Zahlungen an die Stadt
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH										
Public Konsortium d-NRW GbR										
Quantum GmbH										
Revierpark Vonderort GmbH	297.600,00									
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH								336,70	3.059.296,67	
Stadtsparkasse Oberhausen										
STOAG Stadtwerke Oberhausen AG						31.620.300,90				33.087,43
strasserauf GmbH										
Theater Oberhausen	7.746.000,00									
TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH	33.350,00	476.128,98								
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH										
VKA Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH										
VZS Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH										
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH										
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH										
Summe	9.506.738,00	1.652.108,98	0,00	0,00	0,00	51.577.587,11	0,00	336,70	3.059.296,67	143.182,87

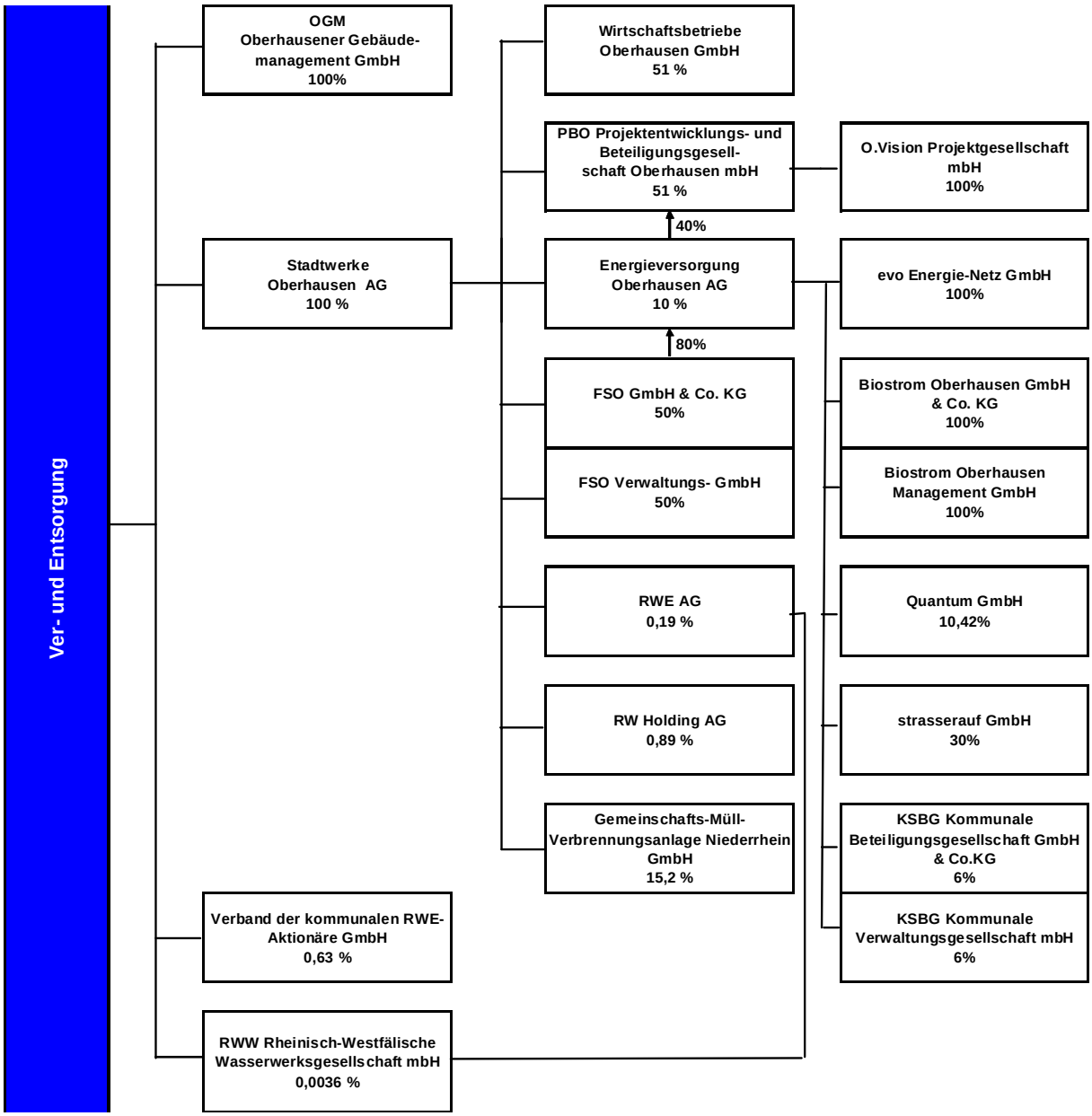
Übersicht über ausgewählte finanz- und betriebswirtschaftliche Daten aller bedeutsamen Beteiligungen zum 31.12.2012

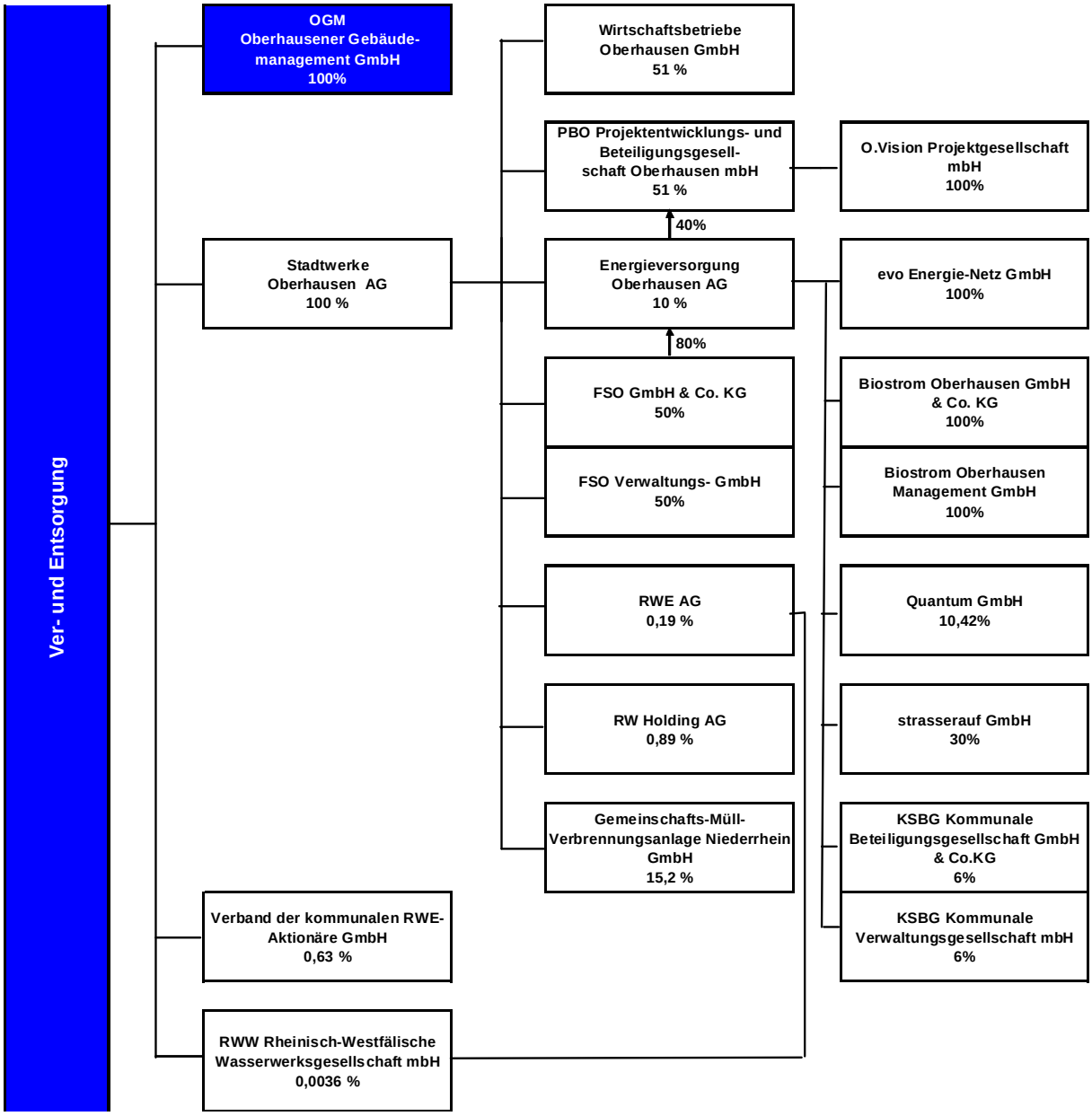
Geschäfts- und Ertragslage

	Gesamt-leistung in TEUR	Umsatz in TEUR	Jahresergebnis (vor EAV) in TEUR	Bilanzsumme in TEUR	Anlagevermögen in TEUR	Eigenkapital in TEUR	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter	Auszubildende
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	96.967,17	96.594,98	1.144,24	95.271,65	73.727,12	8.016,46	8,4	679	30
STOAG Stadtwerke Oberhausen AG	28.499,16	26.302,27	8.242,97	118.389,53	100.341,64	58.750,15	49,6	423	12
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	49.541,48	40.178,39	4.077,91	36.203,88	12.924,30	5.660,21	15,6	375	25
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	429,70	429,45	549,31	7.742,25	0,00	0,00	0,0	0	0
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH	11,75	0,00	-7.977,71	19.081,64	0,00	0,00	0,0	0	0
evo Energieversorgung Oberhausen AG	236.125,82	227.796,50	10.973,32	174.044,07	116.310,37	30.304,99	17,4	346	25
evo Energie-Netz GmbH	86.261,60	85.348,40	1.207,94	27.004,25	239,37	1.142,48	4,2	96	0
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	89.759,35	89.394,71	4.592,37	184.410,15	119.982,59	11.948,01	6,5	195	11
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	1.804,91	800,00	-31,87	7.247,03	3.025,03	3.330,29	46,0	12	0
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH	1.121,65	680,00	-56,98	10.603,83	6.690,41	0,00	0,0	0	0
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	143,15	1,62	-1.115,44	956,38	5,32	743,97	77,8	2	0
VZS Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH	3.889,87	3.889,87	1.018,73	27.578,40	26.942,81	179,12	0,6	0	0
Gasometer Oberhausen GmbH	2.327,57	1.642,92	-314,80	2.497,85	48,26	2.076,61	83,1	2	0
TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH	1.222,50	678,98	-510,71	547,92	205,69	38,63	7,0	21	3
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	1.562,89	126,86	-3,00	248,41	12,99	104,39	42,0	9	0
Revierpark Vonderort GmbH	3.092,32	2.167,13	-513,74	2.844,69	2.526,51	1.789,22	62,9	16	1
Bau- und Wohnungsgenossenschaft "Werkbundsiedlung Am Ruhrufer" e.G.	142,02	138,15	25,86	1.522,45	1.278,44	519,67	34,1	0	0
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	460,32	412,24	-46,96	196,02	15,73	158,14	80,7	8	0
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	20.426,47	19.293,91	89,28	9.635,90	2.845,13	4.581,32	47,5	248	11
ASO Service GmbH	841,18	841,18	0,00	58,34		25,00	42,9	48	0
Public Konsortium d-NRW GbR			-5,34	1.391,34	1.305,00	1.361,08	97,8	1	0
Theater Oberhausen	10.066,59	629,48	5,77	1.007,29		98,88	9,8	124	0
Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	2.374,53	2.352,12	226,68	28.817,78	25.837,06	5.023,47	17,4	0	0
Summe	637.071,99	599.699,16	21.577,83	757.301,06	494.263,77	135.852,07		2.604	118

Einzelberichterstattung

Ver- und Entsorgung




Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100%
Stadtwerke
Oberhausen AG
100 %
Verband der kommunalen RWE-
Aktionäre GmbH
0,63 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0036 %
Wirtschaftsbetriebe
Oberhausen GmbH
51 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesell-
schaft Oberhausen mbH
51 %
O.Vision Projektgesellschaft
mbH
100%
40%
Energieversorgung
Oberhausen AG
10 %
evo Energie-Netz GmbH
100%
80%
FSO GmbH & Co. KG
50%
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100%
FSO Verwaltungs- GmbH
50%
Biostrom Oberhausen
Management GmbH
100%
RWE AG
0,19 %
Quantum GmbH
10,42%
RW Holding AG
0,89 %
strasserauf GmbH
30%
Gemeinschafts-Müll-
Verbrennungsanlage Niederrhein
GmbH
15,2 %
KSBG Kommunale
Beteiligungsgesellschaft GmbH
& Co.KG
6%
KSBG Kommunale
Verwaltungsgesellschaft mbH
6%

OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Bahnhofstraße 66
46145 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208 / 594-5
Fax	0208 / 594-7070
e-Mail	ogminfo@ogm.de
Internet	http://www.ogm.de/

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 5.000,00

Gesellschafter:	**T€**	**%**
Stadt Oberhausen	5.000,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens sind Dienstleistungen im Bereich Gebäudemanagement, insbesondere die Unterhaltung von Verwaltungsgebäuden der Stadt Oberhausen sowie die Integration von Planung, Kontrolle und Bewirtschaftung bei Gebäuden, Anlagen und Einrichtungen und die Verbesserung von Nutzungsflexibilität, Arbeitsproduktivität und Kapitalrentabilität unter Berücksichtigung von Arbeitsplatz und Arbeitsumfeld, die Vermietung von Räumen sowie im Einzelfall der Erwerb und die Veräußerung von Immobilien im Stadtgebiet Oberhausens.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Rechtsgeschäften berechtigt, durch die der vorgenannte Gesellschaftszweck auch mittelbar gefördert werden kann.

Die Gesellschaft ist berechtigt, zur Förderung ihres Unternehmenszwecks Beteiligungen gleicher oder ähnlicher Art zu erwerben oder Tochtergesellschaften zu gründen.

Wichtige Verträge

BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Leistungsvertrag mit der OGM GmbH vom 05.03.2001
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Leistungsvertrag vom 20.02./18.04.2002 im Bereich der Materialwirtschaft, Postdienste, Vervielfältigungen, Speditionsdienste, Arbeitssicherheit und Telekommunikation
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	Dienstleistungsvertrag (insbesondere Gebäudeinnen- und Fensterreinigung sowie Transportarbeiten), Vertragsbeginn 21.12.2007 (ehem. Vertrag mit WBO)
Stadt Oberhausen	Dienstleistungsvertrag über Personaldienstleistungen und Versicherungen vom 19.12.2008
Stadt Oberhausen	Geschäftsbesorgungsvertrag zur Realisierung des kommunalen Wohnungsbauprogramms aus 11/1999; Übergang durch Verschmelzung der OBG auf die OGM zum 01.01.2007
Stadt Oberhausen	Leistungsvertrag zwischen der Stadt Oberhausen (Auftraggeberin) und der OGM GmbH vom 20.12.2000 (gültig ab 01.01.2001), zuletzt modifiziert am 27.03.2007 rückwirkend zum 01.01.2007
Stadt Oberhausen	Mietvertrag zwischen der Stadt Oberhausen (Mieterin) und der OGM (Vermieterin) über das Schloss Oberhausen; Übergang durch Verschmelzung der Schloß Oberhausen GmbH auf OGM
Stadt Oberhausen	Pachtvertrag Tiergehege inkl. Zuschussvereinbarung vom 28.12.2005
Stadt Oberhausen	Rahmenleistungsvertrag zwischen der Stadt Oberhausen (Auftraggeberin) und der OGM (Auftragnehmerin) vom 20.12.2000

	(gültig ab 01.01.2001), zuletzt modifiziert am 27.03.2007 rückwirkend zum 01.01.2007
Stadt Oberhausen	Untermietvertrag für das Parkhaus am Eugen-zur-Nieden-Ring vom 16.01.2009
Stadt Oberhausen	Vertrag über den Betrieb und die Unterhaltung des Freizeithafens am Rhein-Herne-Kanal in Oberhausen vom 28.09.2009
Stadt Oberhausen	Vertrag über die Bewirtschaftung städtischer Friedhöfe
Stadt Oberhausen	Vertrag über die Leistungen der OGM im Bäderwesen vom 19.09.2006
Stadt Oberhausen	Vertrag zur Übereignung des gesamten beweglichen Anlagevermögens der Stadt Oberhausen auf die OGM vom 10.09.2002
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH	Pachtvertrag vom 22.12.2006 - Laufzeit 01.01.2007 - 31.12.2011, verlängert bis 31.12.2016
VZS Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH	Betreibervertrag für das Parkhaus am Eugen-zur-Nieden-Ring vom 23.07.2009
VZS Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH	Betreibervertrag zwischen der VZS GmbH und der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH vom 26. September / 25. Oktober 2001
VZS Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH	Mietvertrag für das Parkhaus am Eugen-zur-Nieden-Ring vom 23.07.2009
VZS Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH	Mietvertrag zwischen der VZS GmbH und der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH vom 26. September / 25. Oktober 2001

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2012)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Kalthoff, Horst
	Geschäftsführer	Schmidt, Hartmut
	Prokuristin	Schepers, Marion
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Wehling, Klaus
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	M.d.L. Zimkeit, Stefan
	stellv. Vorsitzender	Nakot, Werner
	stellv. Vorsitzende (AN)	Broll, Marianne
	Mitglied gem. § 113 GO	Klunk, Peter
	Mitglied	Axt, Norbert
	Mitglied	Cordes, Hubert
	Mitglied	Flore, Manfred
	Mitglied	Gäng, Thomas
	Mitglied	Jäntsch, Angelika
	Mitglied	Paasch, Dirk
	Mitglied	Stehr, Simone Tatjana
	Mitglied (AN)	Hansmeier, Udo
	Mitglied (AN)	Heweling, Detlef
	Mitglied (AN)	Zander, Jutta
	Mitglied (AN)	Zwick, Andrea

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	12,50	4,12

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2010		**2011**		**2012**		**Veränder-ungen**	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebes	291,90	0,3	194,60	0,2	97,30	0,1	-97,30	-50,00
Anlagevermögen	76.125,31	74,2	73.973,70	75,0	73.727,12	77,4	-246,58	-0,33
Umlaufvermögen	26.099,59	25,4	24.348,73	24,7	21.275,60	22,3	-3.073,13	-12,62
Rechnungsabgrenzungsposten	99,64	0,1	131,16	0,1	171,64	0,2	40,48	30,86
Bilanzsumme	**102.616,44**	**100,00**	**98.648,19**	**100,00**	**95.271,65**	**100,00**	**-3.376,54**	**-3,42**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	6.808,58	6,6	6.872,22	7,0	8.016,46	8,4	1.144,24	16,65
Sonderposten mit Rücklagenanteil	1.647,54	1,6	1.507,32	1,5	1.367,11	1,4	-140,21	-9,30
Rückstellungen	5.041,17	4,9	4.078,80	4,1	5.695,33	6,0	1.616,53	39,63
Verbindlichkeiten	89.119,14	86,8	86.189,85	87,4	78.498,07	82,4	-7.691,78	-8,92
Rechnungsabgrenzungsposten					1.694,68	1,8	1.694,68	
Bilanzsumme	**102.616,44**	**100,00**	**98.648,19**	**100,00**	**95.271,65**	**100,00**	**-3.376,54**	**-3,42**

bb) GuV

	2010	**2011**	**2012**
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	98.053,46	101.335,46	96.594,98
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	284,44	-716,01	-543,38
andere aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00
sonstige betriebliche Erträge	677,06	1.198,94	915,58
Materialaufwand	47.744,21	51.026,46	46.052,20
Personalaufwand	26.960,08	26.115,31	25.493,86
Abschreibungen	5.929,26	6.300,77	6.149,04
sonstige betriebliche Aufwendungen	13.422,43	13.959,69	13.149,87
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	113,51	174,73	110,81
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.891,37	3.650,49	3.569,26
Ergebnis der gewöhnlichen Geschaftstätigkeit	1.181,12	940,39	2.663,76
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	693,29	431,19	1.110,92
sonstige Steuern	294,02	445,56	408,60
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	193,81	63,64	1.144,24
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	193,81	63,64	1.144,24

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2012	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,20	0,06	1,18	%
Eigenkapitalrentabilität:	2,93	0,93	16,65	%
Cash-Flow:	6.123,07	6.364,41	7.293,28	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	139,65	145,25		T€
Personalaufwandsquote:	27,23	25,65	26,29	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2012	Angaben in
Sachanlagenintensität:	73,37	74,05	76,61	%
Eigenkapitalquote:	6,63	6,97	8,41	%
Fremdkapitalquote:	93,37	93,03	91,59	%

e) Lagebericht

I. Das Geschäftsjahr 2012

1. Allgemeines

Die OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH – nachfolgend OGM genannt - ist eine 100%ige Tochter der Stadt Oberhausen.

Das umfangreiche Aufgabenspektrum der OGM umfasst u.a. die Durchführung von Baumaßnahmen, die Bereitstellung von Informations- und Kommunikationstechnik, die Reinigung der Schulen, der städtischen Kindertageseinrichtungen und der städtischen Verwaltungsgebäude, die Versorgung der städtischen Gebäude mit Energie, die Pflege und den Betrieb der städtischen Friedhöfe, die Pflege der städtischen Sport- und Grünanlagen sowie den Betrieb von Sport- und Freizeitbädern.

Mit der Wahrnehmung dieser Aufgaben deckt die OGM seit Jahren einen großen Bereich der von der Stadt Oberhausen wahrzunehmenden Aufgaben ab.

Dabei ist die OGM einerseits gefordert, den hohen Anforderungen der Stadt Oberhausen sowie der Bürgerinnen und Bürger an Umfang und Qualität des Leistungsangebots und an das Erscheinungsbild und die Ausstattung öffentlicher Einrichtungen und Gebäude gerecht zu werden.

Andererseits steht die OGM angesichts der schlechten finanziellen Lage der Stadt Oberhausen vor der immensen Herausforderung, in allen Bereichen Einsparpotentiale zu generieren und dennoch massive negative Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, den Bestand der Arbeitsplätze und die Lebensqualität in der Stadt zu vermeiden.

Dies kann nur durch eine kontinuierliche Optimierung der internen Strukturen und Arbeitsläufe, harte Verhandlungen mit Lieferanten und Dienstleistern sowie Stellenabbau im Rahmen der natürlichen Fluktuation erfolgen. Allerdings sind auch nach Ausschöpfung dieser Maßnahmen Ein-schränkungen der Leistungsangebote und Absenkungen von Leistungs-standards letztlich nicht zu vermeiden.

2. gesamtwirtschaftliche Einflüsse

Die OGM unterliegt als 100%ige Tochter der Stadt Oberhausen den strengen Regelungen der §§ 107 ff. Gemeindeordnung und kann daher ihre Leistungen lediglich im Konzern „Stadt Oberhausen“ erbringen. Damit unterliegt sie nur in begrenztem Umfang gesamtwirtschaftlichen Einflüssen.
Hier sind insbesondere allgemeine Preissteigerungen sowie tarifliche Lohn- und Gehaltssteigerungen etc. zu nennen, die soweit wie möglich durch effektive Steuerungsmaßnahmen aufgefangen wurden.

Zu den Auswirkungen, die sich aus der finanziellen Situation der Hauptkundin der OGM, der Stadt Oberhausen, ergeben, wird auf die Ausführungen unter II.2 verwiesen.

3. besondere Projekte

Jugendleistungszentrum

Das durch die Stadt Oberhausen im Rahmen der Haushaltskonsolidierung beschlossene Sportstättenpaket sieht die Aufgabe des Sportgeländes am Rechenacker und die entsprechende Verlagerung zur Lindnerstraße vor. Im Rahmen dieser Maßnahmen und zur Förderung des Jugendfußballs hat die OGM auf dem neuen Gelände ein Umkleide- / Sanitärgebäude mit integrierten Schulungsräumen errichtet und an die Stadt Oberhausen vermietet. In Verbindung mit den dort geschaffenen neuen Sportanlagen ist an der Lindnerstraße ein zeitgemäßes Sport- und Jugendleistungszentrum entstanden.

Kindertagesstätten Holten / Tackenberg

Auf Erbbaurechtsgrundstücken der Stadt Oberhausen wurden zwei neue Kindertageseinrichtungen in Holten und auf dem Tackenberg errichtet, die langfristig an die Stadt Oberhausen vermietet werden. Hiermit konnte eine wesentliche Verbesserung der U 3-Betreuung erzielt werden.

Vermarktung von Grundstücken

Durch die Umsetzung des Bäderkonzeptes der Stadt Oberhausen sowie durch den Bau des Zentralen Betriebshof der OGM sind mehrere Grundstücke für eine anderweitige Nutzung frei geworden. Außerdem ist die OGM Eigentümerin von zwei Grundstücken im Bereich der Marina bzw. des AQUAparks. Nach intensiven Vermarktungsbemühungen wird davon ausgegangen, dass ein Teil der Grundstücke im Geschäftsjahr 2013 veräußert und einer angemessenen und attraktiven Nutzung zugeführt werden kann.

4. Beteiligungen

Die OGM GmbH hält eine Beteiligung an der Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH – ENO. Die Beteiligungsquote liegt unter 20 %.

5. Risikomanagement

Die OGM GmbH hat im Geschäftsjahr 2005 ein Risiko-Chancen-Management eingeführt. Es werden halbjährlich Risiko-Inventuren durchgeführt, in denen eine Beschreibung der jeweiligen Risiken sowie die Eintrittswahrscheinlichkeit und die möglichen finanziellen Auswirkungen, aber auch Chancen in der künftigen Entwicklung erfasst werden.

Das auf dieser Basis erstellte Risiko-Chancen-Portfolio gibt dem Aufsichtsrat und der Geschäftsführung sowie den leitenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einen regelmäßigen Überblick über die Chancen und Risiken in den einzelnen Bereichen und ermöglicht allen Verantwortlichen die Früherkennung und Steuerung unternehmensgefährdender Risiken.

Im Rahmen der Risiko-Inventuren werden alle bestehenden oder abzu-sehenden Risiken wirtschaftlicher, finanzieller, fachlicher und personeller Art erfasst, soweit sie sich nicht grundsätzlich aus dem Betrieb eines Objektes oder bekannten gesetzlichen und vertraglichen Regelungen ergeben.

Die in den im Geschäftsjahr 2012 durchgeführten Risiko-Inventuren aufgelisteten Risiken (im Wesentlichen Risiken aus Betreiberverträgen, unvorhersehbare Überschreitung vertraglich vereinbarter Budgets, ungeplante Zinsbelastungen durch aus dem Zahlungsverhalten der Hauptkundin resultierenden Liquiditätsengpässen, Reduzierung der Beauftragung von Leistungen durch die Hauptkundin Stadt Oberhausen, Ausscheiden zahlreicher leitender Mitarbeiter/innen in den kommenden Jahren) konnten bis zum Ende des Geschäftsjahres durch Verhandlungen, Anpassungs- und Umstrukturierungsmaßnahmen etc. weitestgehend minimiert werden.

Unternehmensgefährdende Risiken wurden nicht festgestellt.

6. Wirtschaftliche Entwicklung

Da die Stadt Oberhausen Hauptkundin der OGM ist, werden die Umsatzerlöse deutlich durch die von der Stadt Oberhausen gezahlten Entgelte geprägt.

Aus der nachfolgenden Übersicht ist ersichtlich, wie sich diese Entgelte im Wesentlichen zusammensetzen:

Art des Entgeltes	2012 T€	2011 T€
Erlöse aus dem Leistungsvertrag		
Erlöse aus Pauschalentgelt	2.751	2.751
Erlöse aus der Abrechnung nach Einheitspreisen	30.830	30.943
Erlöse aus der Abrechnung von Drittleistungen	18.657	17.427
Erlöse aus der Überlassung von Anlagegütern	3.314	3.228
Mieten und Nebenkosten	4.361	3.719
Erlöse aus dem Rahmenleistungsvertrag		
Erlöse aus der Abrechnung von Baumaßnahmen (incl. HOAI)	8.024	18.046
Erlöse aus der Abrechnung von Maßnahmen der Gebäudeunterhaltung	8.025	6.935
Versicherungsleistungen	736	673
Erlöse aus sonstigen Verträgen mit der Stadt Oberhausen		
Erlöse aus dem Bädervertrag	5.828	3.353
Erlöse aus dem Betreibervertrag „Friedhöfe“	1.414	1.394
Zuschuss Tiergehege	786	786

Die Umsatzerlöse belaufen sich im Geschäftsjahr 2012 insgesamt auf 96,595 Mio. €. Im Vergleich zum Vorjahr ist dies ein Rückgang um 4,74 Mio. € bzw. 4,7 %. Der Rückgang ist im Wesentlichen auf verringerte Erlöse im Baubereich zurückzuführen. Grund hierfür ist, dass die im Geschäftsjahr 2011 noch enthaltenen Maßnahmen aus dem Konjunkturpaket II inzwischen beendet sind.

Das Bäderentgelt wurde von der Stadt Oberhausen teilweise unter Vorbehalt gezahlt. Hierfür würde eine Rückstellung in Höhe von 0,9 Mio. € gebildet.

Bei den bezogenen Leistungen ergibt sich im Vorjahresvergleich ein Rückgang um 5,0 Mio. € bzw. 10,3 %. Verminderte Aufwendungen sind insbesondere im Baubereich zu verzeichnen. Dies korrespondiert mit den reduzierten Erlösen in diesem Bereich.

Die Personalkosten liegen mit rd. 0,6 Mio. € unter dem Vorjahresbetrag. Die tariflichen Lohn- und Gehaltssteigerungen konnten durch Fluktuation aufgefangen werden.

Die Abschreibungen belaufen sich auf 6,15 Mio. €. Gegenüber dem Vorjahr ergibt sich ein leichter Rückgang um 0,15 Mio. €.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen belaufen sich auf 13,15 Mio. €. Im Vorjahresvergleich ergibt sich ein Rückgang um 0,81 Mio. €; dies entspricht 5,8 %.

Das Betriebsergebnis weist einen Überschuss von 6, 1 Mio. € aus. Gegenüber dem Vorjahr ergibt sich eine Verbesserung um 1,7 Mio. € bzw. 38,6 %.

Das Finanzergebnis schließt mit einem Betrag von – 3,5 Mio. € ab. Im Vergleich zum Vorjahr ist dies eine Verbesserung um 0,02 Mio. € bzw. 0,6 %. Die Verbesserung ist zum einen auf hohe Tilgungsleistungen und daraus resultierend verringerten Zinsaufwand und zum anderen auf die Tatsache zurückzuführen, dass im Berichtsjahr nur geringfügig neue Darlehen aufgenommen wurden.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit beläuft sich auf 2,7 Mio. € und liegt damit um 1,7 Mio. € über dem des Vorjahres.

Nach Steuern ergibt sich ein Jahresüberschuss in Höhe von 1,14 Mio. €. Damit konnte im Vergleich zum Vorjahr eine Verbesserung in Höhe von 1,08 Mio. € bzw. 1.800 % erzielt werden.

Die folgende Übersicht gibt einen Überblick über die Entwicklung einiger finanzieller Leistungsindikatoren sowie der Vermögens- und Kapitalstruktur.

	2008	**2009**	**2010**	**2011**	**2012**
Umsatzerlöse (in T€)	96.574	95.333	98.054	101.335	96.595
Materialaufwandsquote	51 %	50 %	49 %	50 %	48 %
Personalaufwandsquote	31 %	30 %	27 %	26 %	26 %
Personalaufwand pro Kopf (in T€)	36	36	37	38	39
Jahresergebnis (in T€)	952	1.107	194	64	1.144
Eigenkapital (in T€)	4.113	5.220	6.809	6.872	8.016
Eigenkapitalquote	5,8 %	5,1 %	6,6 %	7,0 %	8,4 %
Investitionen (in T€)	14.952	29.021	5.404	4.209	5.933
Verschuldungsgrad	92,3 %	93,2 %	91,8 %	91,5 %	88,4 %
Anlagevermögen	55.076	77.435	76.125	73.974	73.727
Anlagenintensität	74,1 %	75,2 %	74,1 %	75,0 %	77,3

7. Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und Zielerreichung

Wie aus den Ausführungen zu I.1 hervorgeht, ist die OGM GmbH in erheblichem Umfang direkt und indirekt für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Oberhausen tätig.

Diese Aufgaben wurden im Geschäftsjahr 2012 trotz erschwerter Bedingungen - geringere Budgets, Reduzierung der Mitarbeiterzahl, Arbeits-verdichtung etc. - in dem vertraglich vereinbarten Umfang erledigt und haben dazu beigetragen, für die Bürgerinnen und Bürger ein angemessenes städtisches Umfeld mit attraktiven Angeboten sicherzustellen.

8. Besetzung der Geschäftsführung

Die Geschäftsführung ist wie folgt besetzt:

Horst Kalthoff	Diplom-Ingenieur, Architekt Beamter der Stadt Oberhausen
Hartmut Schmidt	Angestellter Sprecher der Geschäftsführung

9. Sonstiges

Notwendige Finanzierungen im Berichtsjahr erfolgten durch Kontokorrentkredite, Darlehen und Leasing-Verträge.

Weitere Finanzierungsinstrumente wurden nicht eingesetzt.

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach Beendigung des Geschäftsjahres 2012 nicht aufgetreten.

10. Angaben gemäß § 6 Abs. 7 Satz 4 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG)

Die OGM betreibt auf dem in ihrem Eigentum stehenden Bergbau-Erlebnis-Bad AQUApark eine Photovoltaik-Anlage. Die für das Bad nicht benötigte Energie wird in das Netz des örtlichen Energieversorgers, der Energieversorgung Oberhausen AG, eingespeist.

Weitere Tätigkeiten im Sinne von § 6 b Abs. 3 EnWG werden von der OGM nicht ausgeübt.

II. Ausblick

1. Wirtschaftsplan 2013 / Finanzplanung 2014 ff.

Der Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2013 weist bei einem Umsatzvolumen von 98,2 Mio. € ein Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in Höhe von 1,8 Mio. € aus. Investitionen sind in Höhe von 4,3 Mio. € vorgesehen.

Bei der Erstellung des Wirtschaftsplans für das Geschäftsjahr 2013 wurden die zu erwartenden Erlöse auf der Basis der Ist-Ergebnisse für das Geschäftsjahr 2012, der vereinbarten Index-Steigerungen sowie der bekannten Veränderungen im Abruf des Leistungsangebotes der OGM GmbH durch die Stadt Oberhausen berücksichtigt. Des Weiteren wurden qualifizierte Schätzungen zur Entgeltentwicklung, der Entwicklung von Besucher- bzw. Benutzerzahlen etc. vorgenommen. Auf der Aufwandseite wurden zu erwartende Preissteigerungen, insbesondere im Energiebereich, berücksichtigt. Bei den Personalkosten wurde davon ausgegangen, dass die zu erwartenden Tarifsteigerungen durch Personalfluktuation aufgefangen werden können.

In den im Wirtschaftsplan 2013 ausgewiesenen Umsatzerlösen ist das zum 01.01.2012 auf Selbstkostenbasis kalkulierte Entgelt der Stadt Oberhausen für das Schul- und Vereinsschwimmen in voller Höhe enthalten. Wie bereits unter Punkt I.6 ausgeführt wurde, hat die Stadt Oberhausen im Geschäftsjahr 2012 einen Teil des Entgeltes unter Vorbehalt gezahlt.
Die Geschäftsführung geht aktuell davon aus, dass eine Einigung auf Basis der Rechtsauffassung der OGM erzielt werden kann und insofern keine negativen Auswirkungen auf das Planergebnis 2013 zu erwarten sind.

Bei der Finanzplanung für die nächsten 5 Jahre wurden die tariflichen Lohn- und Gehaltssteigerungen, Energie- und sonstige Preissteigerungen, Investitionen auf der Basis des Planansatzes 2013, die Neuaufnahme von Darlehen zur Finanzierung der Investitionen und die daraus resultierenden Zins- und Tilgungsleistungen berücksichtigt. Außerdem wurden die aufgrund des vom Rat der Stadt Oberhausen im Juni 2012 gefassten Beschlusses von der OGM in den nächsten Jahren zu erbringenden Konsolidierungsbeiträge berücksichtigt (siehe hierzu Punkt II.2).

Angesichts der Laufzeit des Verträge zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen sowie der Tatsache, dass soweit wie möglich Kostenelemente-klauseln vereinbart wurden, die eine regelmäßige Überprüfung und gegebenenfalls Anpassung der Entgelte gewährleisten, sieht die Geschäftsführung für die nächsten Jahre hinreichende Planungssicherheit und die Aussicht auf weiterhin positive Ergebnisse, die ab 2013 wieder zu deutlichen Überschüssen führen werden.

2 Beiträge zur Haushaltssanierung der Stadt Oberhausen

Durch das in 2011 vom Landtag NRW beschlossene Stärkungsgesetz Stadt-finanzen erhält die Stadt Oberhausen erstmals seit vielen Jahren wieder eine Perspektive zur nachhaltigen Sanierung ihres Haushalts. Im Gegenzug ist sie allerdings gehalten, durch wesentliche Sanierungsmaßnahmen in der Kernverwaltung und in den städtischen Beteiligungen eigene Beiträge zur Haushaltsverbesserung zu leisten.

Im Auftrag der Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen (GPA NRW) hat Ernst & Young im 1. Halbjahr 2012 die OGM im Hinblick auf Konsolidierungspotentiale in allen Leistungsfeldern - schwerpunktmäßig im Bereich der Gebäudeinfrastruktur und der damit zusammenhängenden Dienstleistungen sowie im Bereich der IT-Dienstleistungen - analysiert und ein entsprechendes Gutachten erstellt.

Dieses Gutachten war Basis für den Beschluss des Rates der Stadt Oberhausen vom 25.06.2012, mit dem Sanierungsbeiträge der OGM in Höhe von 8,1 Mio. € im Jahr 2014 bis zu 11,5 Mio. € ab dem Jahr 2016 festgelegt wurden.

Die Realisierung der Einsparpotentiale bedingt eine grundlegende Überarbeitung und Neufassung der zwischen der OGM und der Stadt bestehenden Verträge und eine Neudefinition der Leistungsfelder sowie eine Aktualisierung der Aufgabenkataloge. Entsprechende Verhandlungen mit der Stadt sind aufgenommen und sollen im 2. Quartal 2013 zum Abschluss gebracht werden.

Die OGM wird in diesem umfassenden Umstrukturierungsprozess von Ernst & Young begleitet werden und u.a. sicherstellen, dass die Stadt die von der OGM zu erbringenden Sanierungsbeiträge in der von der Bezirksregierung geforderten – noch detailliert zu beschreibenden – Form nachweisen kann.

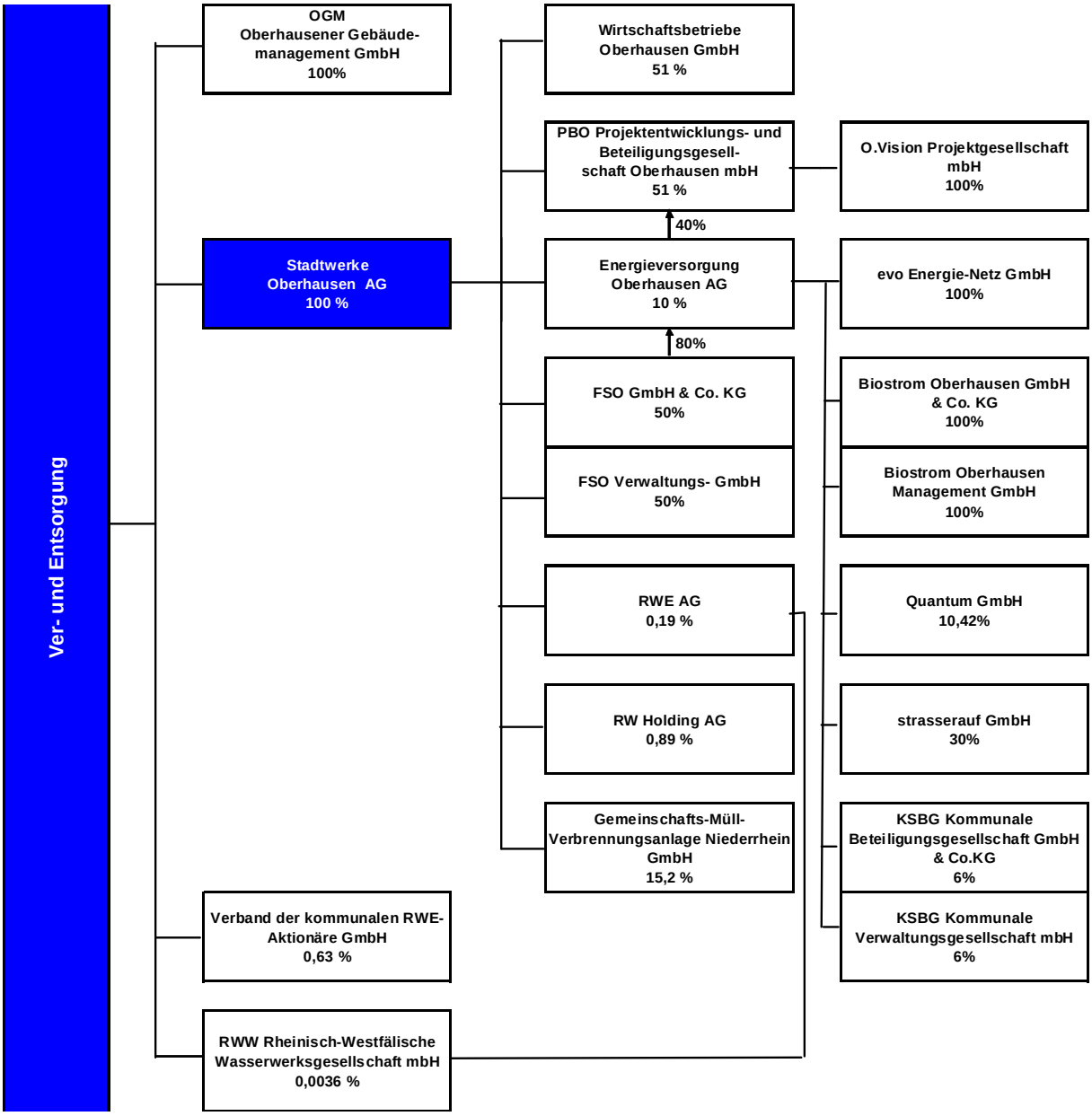
Nach der für die Geschäftsjahre 2014 – 2018 erstellten Finanzplanung, in der die vom Rat der Stadt Oberhausen festgelegten Sanierungsbeiträge in vollem Umfang berücksichtigt wurden, geht die Geschäftsführung davon aus, dass es trotz dieser großen Herausforderungen gelingt, in den kommenden Jahren positive Geschäftsergebnisse zu erwirtschaften, die aus den Anfangsjahren noch bestehenden Verlustvorträge abzubauen und mittelfristig Gewinne an die Stadt Oberhausen ausschütten zu können. Dabei setzt die Geschäftsführung auch auf die Bereitschaft der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, ihre Leistungen weiterhin mit großem und engagiertem Einsatz zum Wohle der Oberhausener Bürgerinnen und Bürger zu erbringen.

Es wird versichert, dass im Lagebericht nach bestem Wissen der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Gesellschaft so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird und dass die wesentlichen Chancen und Risiken beschrieben sind.

Oberhausen, den 04. März 2013

Hartmut Schmidt
Geschäftsführer

Horst Kalthoff
Geschäftsführer


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100%
Stadtwerke
Oberhausen AG
100 %
Verband der kommunalen RWE-
Aktionäre GmbH
0,63 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0036 %
Wirtschaftsbetriebe
Oberhausen GmbH
51 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesell-
schaft Oberhausen mbH
51 %
O.Vision Projektgesellschaft
mbH
100%
40%
Energieversorgung
Oberhausen AG
10 %
evo Energie-Netz GmbH
100%
80%
FSO GmbH & Co. KG
50%
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100%
FSO Verwaltungs- GmbH
50%
Biostrom Oberhausen
Management GmbH
100%
RWE AG
0,19 %
Quantum GmbH
10,42%
RW Holding AG
0,89 %
strasserauf GmbH
30%
Gemeinschafts-Müll-
Verbrennungsanlage Niederrhein
GmbH
15,2 %
KSBG Kommunale
Beteiligungsgesellschaft GmbH
& Co.KG
6%
KSBG Kommunale
Verwaltungsgesellschaft mbH
6%

STOAG Stadtwerke Oberhausen AG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Max-Eyth-Str. 62
46149 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/ 835 5000
Fax	0208/ 835 5009
e-Mail	h.worch@stoag.de
e-Mail	w.overkamp@stoag.de
Internet	http://www.stoag.de/

Rechtsform: AG
Stammkapital in T€: 25.600,00

Gesellschafter:	**T€**	**%**
Stadt Oberhausen	25.600,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Bedienung des Nahverkehrs sowie die Beteiligung an Energieversorgungs- und anderen Ver- und Entsorgungsunternehmen. Daneben kann das Unternehmen andere, ihm von der Stadt Oberhausen zugewiesene Aufgaben wahrnehmen. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben an anderen Unternehmen beteiligen, fremde Unternehmen erwerben sowie Hilfs- und Nebenbetriebe einrichten.

Wichtige Verträge

evo Energieversorgung Oberhausen AG	Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag zwischen der von der STOAG und der RWE Rhein-Ruhr AG im Geschäftsjahr 2003 gegründeten FSO GmbH & Co. KG und der EVO vom 16.12.2003
evo Energieversorgung Oberhausen AG	Geschäftsbesorgungsvertrag zwischen der evo und STOAG vom 24.09.2004 im Rahmen der kaufmännischen Verwaltung für die STOAG
Mülheimer Verkehrsgesellschaft mbH	Betriebsdurchführungsvertrag zwischen den Betrieben der Stadt Mülheim an der Ruhr und der STOAG in der Fassung vom 27.05.2010 (Straßenbahn).
Stadt Oberhausen	Gestattungs- und Nutzungsvertrag über den Personennahverkehr zwischen der Stadt Oberhausen und der STOAG in der Fassung vom 12.01.2007 sowie Zusatzvereinbarung über die Einrichtung eines rechnergesteuerten Betriebsleitsystems vom 29.11.1989
Verkehrsverbund Rhein Ruhr	Vertragswerk über den Verkehrsverbund Rhein Ruhr (VRR) i.d.F. vom 31.12.1989 bestehend aus: - der Zweckverbandssatzung für den Zweckverband VRR - Satzung der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr AöR - dem Kooperationsvertrag für den VRR - dem Einnahmeaufteilungsvertrag

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2012)

Geschäftsführung:	Mitglied	Klunk, Peter
	Mitglied	Overkamp, Werner
Hauptversammlung:		Der/die Vertreter/in der Stadt in der Hauptversammlung wird jeweils vom Rat der Stadt benannt.
Aufsichtsrat:	Vorsitzender (Mitglied gem. § 113 GO)	Wehling, Klaus
	2. stellv. Vorsitzender (AN)	Michalik, Herbert
	Mitglied	Carstensen, Jens
	Mitglied	Emmerich, Karl-Heinz
	Mitglied	Janßen, Dieter
	Mitglied	Müthing, Christa
	Mitglied	Oberste-Kleinbeck, Kirsten
	Mitglied	Osmann, Denis
	Mitglied	Pflugbeil, Karl-Heinz (+ 01.05.2013)
	Mitglied	Wittmann, Regina
	Mitglied	Wolter, Marita
	Mitglied (AN)	Buhren, Werner
	Mitglied (AN)	Kamps, Thorsten
	Mitglied (AN)	Stemmer, Michael
	Mitglied (AN)	Uschmann, Guido
Prokura:	Prokurist	Achterfeld, Uwe

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	12,50	4,12
evo Energieversorgung Oberhausen AG	2.600,00	10,00
FSO GmbH & Co.KG	15,00	50,00
FSO Verwaltungs- GmbH	15,00	50,00
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	38,81	15,18
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	130,38	51,00
RWE Aktiengesellschaft	3.012,68	0,19
RW Holding Aktiengesellschaft	661,83	0,89
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	637,50	51,00

mittelbar	**T€**	**%**
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG	500,00	50,00
Biostrom Oberhausen Management GmbH	12,50	50,00
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	12,63	4,16
evo Energie-Netz GmbH	15,00	50,00
evo Energieversorgung Oberhausen AG	10.400,00	40,00
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG	0,03	3,00
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH	3,00	3,00
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH	17,75	71,00
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	51,13	20,00
Projektgesellschaft FIBE S.p.A., Neapel/Italien		0,01
Quantum GmbH	41,25	5,21
strasserauf GmbH	3,75	15,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2010		**2011**		**2012**		**Veränder-ungen**	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	105.444,55	83,5	102.381,19	81,9	100.341,64	84,8	-2.039,55	-1,99
Umlaufvermögen	20.831,58	16,5	22.602,81	18,1	18.027,10	15,2	-4.575,71	-20,24
Rechnungsabgrenzungsposten	30,91	0,0	62,35	0,0	20,78	0,0	-41,57	-66,67
Bilanzsumme	**126.307,03**	**100,00**	**125.046,35**	**100,00**	**118.389,53**	**100,00**	**-6.656,82**	**-5,32**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	58.750,15	46,5	58.750,15	47,0	58.750,15	49,6	0,00	0,00
Sonderposten mit Rücklagenanteil	561,80	0,4	616,80	0,5	1.251,28	1,1	634,48	102,87
Rückstellungen	16.488,22	13,1	16.854,15	13,5	18.059,52	15,3	1.205,37	7,15
Verbindlichkeiten	50.506,87	40,0	48.825,25	39,0	40.328,58	34,1	-8.496,67	-17,40
Bilanzsumme	**126.307,03**	**100,00**	**125.046,35**	**100,00**	**118.389,53**	**100,00**	**-6.656,82**	**-5,32**

bb) GuV

	2010	2011	2012
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	24.612,20	25.665,46	26.302,27
sonstige betriebliche Erträge	6.215,49	3.201,82	2.196,88
Materialaufwand	14.900,35	15.035,48	15.734,80
Personalaufwand	22.532,43	22.493,13	22.789,99
Abschreibungen	4.657,70	4.765,30	4.718,95
sonstige betriebliche Aufwendungen	7.164,63	4.432,32	3.995,39
Erträge aus Beteiligungen	10.177,72	9.608,85	9.895,90
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	5.019,89	5.012,17	2.810,83
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	296,08	59,98	59,69
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.527,55	2.679,99	2.202,22
Ergebnis der gewöhnlichen Geschaftstätigkeit	-5.461,28	-5.857,94	-8.175,78
außerordentliche Erträge	27,50		
außerordentliche Aufwendungen	1.714,46		
außerordentliches Ergebnis	-1.686,97		
sonstige Steuern	60,63	61,66	67,20
Erträge aus Verlustübernahmen	7.208,88	5.919,60	8.242,97
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	0,00	0,00	0,00
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2012	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-29,29	-23,06	-31,34	%
Eigenkapitalrentabilität:	-12,27	-10,08	-14,03	%
Cash-Flow:	-2.551,17	-1.154,29	-3.524,02	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	68,51	66,06	67,37	T€
Personalaufwandsquote:	73,09	77,92	79,97	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2012	Angaben in
Sachanlagenintensität:	38,48	36,56	37,02	%
Eigenkapitalquote:	46,51	46,98	49,62	%
Fremdkapitalquote:	53,49	53,02	50,38	%

e) Lagebericht

1 Geschäftstätigkeit und Unternehmensziele

Die Stadtwerke Oberhausen AG (STOAG) ist als hundertprozentige Tochter der Stadt Oberhausen der kommunale Anbieter für den Bus- und Straßenbahnverkehr in Oberhausen. Vier Unternehmensziele stehen gleichberechtigt im Mittelpunkt des wirtschaftlichen und strategischen Handelns:

- Wahrnehmung der Regie- und Managementaufgaben für den kommunalen ÖPNV
- Optimierung der Markt- und Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens
- Sicherung der Leistungsfähigkeit des ÖPNV
- Sicherung der Arbeitsplätze

Die STOAG sorgt in Oberhausen mit ihren Bussen und Straßenbahnen für eine vom Individualverkehr unabhängige, bedarfsgerechte Mobilität. Mit ihren modernen, umweltfreundlichen Fahrzeugen leistet sie einen effektiven Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz in der Stadt.

2 Rahmenbedingungen

Novellierung des Personenbeförderungsgesetzes

Im Bundesgesetzblatt ist am 19. Dezember 2012 das Gesetz zur Änderung personenbeförderungsrechtlicher Vorschriften verkündet worden. Regierungs- und Oppositionsparteien sowie Bund und Länder haben sich nach langen Verhandlungen auf eine Novellierung des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) geeinigt. Damit trat die Novelle zum 1. Januar 2013 in Kraft. Mit der Novellierung wird das deutsche Recht für den öffentlichen Personennahverkehr an den geltenden EU-Rechtsrahmen angepasst (EU-Verordnung Nr. 1370/2007). Das Gesetz soll insbesondere mehr Rechtssicherheit für Verkehrsunternehmen und deren Beschäftigte sowie für kommunale Aufgabenträger bringen. Ziel bei der Novellierung des Gesetzes ist es, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen dem unternehmerischen Interesse der Verkehrsunternehmen, insbesondere auch der kleinen und mittelständischen Privatunternehmen, und der Gestaltungsverantwortung der kommunalen Aufgabenträger für ein ausreichendes Verkehrsangebot zu schaffen.

Wesentlicher Bestandteil der Novellierung des PBefG ist, dass eigenwirtschaftlichen Verkehren weiterhin der Vorrang gilt. Damit ist gewährleistet, dass das unternehmerische Betätigungsfeld, insbesondere für das mittelständisch geprägte Omnibusgewerbe, gesichert ist. Gleichzeitig wird die Aufgabenverteilung von Aufgabenträger und Genehmigungsbehörde neu strukturiert. Die Aufgabenträger können Anforderungen an das Verkehrsangebot definieren, wenn sie bereit sind, diese zu finanzieren. Sollte es kein eigenwirtschaftliches Angebot geben oder dieses von wesentlichen Anforderungen abweichen, kann der Aufgabenträger den Verkehrsauftrag nach Maßgabe der EU-Verordnung Nr. 1370/2007 vergeben. In der Regel bedeutet dies eine Direktvergabe oder die Ausschreibung von Dienstleistungsaufträgen. Die Einigung umfasst weiterhin die Liberalisierung des Marktes für Fernlinienbusse.

Aufgrund der Betrauung der STOAG für ihre gemeinwirtschaftlichen Leistungen bis Dezember 2019 durch die Stadt Oberhausen entsteht für die STOAG kein aktueller Handlungsbedarf aus der Novellierung des PBefG.

Novellierung des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr

Die Revision des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen (ÖPNVG NRW) wurde zusammen mit der dazugehörigen Rechtsverordnung Ende 2012 abgeschlossen und im Landtag am 28. November 2012 verabschiedet. Mit dem Gesetz soll die Förderung des ÖPNV, die in überwiegend pauschalierter Form erfolgt, neu geschlüsselt werden. ÖPNVG und Rechtsverordnung sind zum 1. Januar 2013 in Kraft getreten. Grundlegende Änderungen wie die Erhöhung der Betriebskostenfinanzierung nach §11(1) ÖPNVG, die Reduzierung der pauschalierten Investitionsmittel um 30 Mio. EUR (davon 24 Mio. EUR beim VRR) in §12 ÖPNVG, die Erhöhung des möglichen Fördersatzes von 85% auf 90% (in Ausnahmefällen 100%) in § 12 ÖPNVG sowie die Änderung des Verteilungsmaßstabes bei den Mitteln aus § 11(2) ÖPNVG wurden bereits kommuniziert und nicht mehr geändert.

Nach den Anhörungen wurde die Rechtsverordnung dahingehend geändert, dass das zuständige Ministerium Anpassungen der Rechtsverordnung nur im Einvernehmen und nicht – wie vorher vorgesehen - im Benehmen mit dem Verkehrsausschuss des Landtags durchführen kann. Die Mittelverteilung auf die Aufgabenträger nach §11(2) ÖPNVG erfolgt nach dem Schlüssel Betriebsleistung, Einwohner und Fläche in jeweils unterschiedlicher Gewichtung. Das zuständige Ministerium wird auf Basis neuerer Zahlen eine Aktualisierung der Mittelverteilung vornehmen. Die Verwaltungsvorschriften zum ÖPNVG befinden sich zurzeit in der Anhörung. U. a. wird in den Verwaltungsvorschriften ausgeführt, dass grundsätzlich die Möglichkeit von Ersatzinvestitionen in die Infrastruktur besteht, soweit damit Funktionsverbesserungen einhergehen, die jedoch nicht konkretisiert sind.

Tariftreue- und Vergabegesetz

Zum 1. Mai 2012 ist das Tariftreue- und Vergabegesetz des Landes Nordrhein-Westfalen (TVgG-NRW) in Kraft getreten. Durch das Gesetz werden wesentliche Aspekte öffentlicher Auftragsvergaben geregelt. So werden ein vergabespezifischer Mindestlohn bzw. die Festlegung repräsentativer Tarifverträge, verbindliche Regelungen zum Umweltschutz und zur Energieeffizienz sowie soziale Aspekte festgelegt. Das Gesetz gilt auch für Aufträge im Personennahverkehr im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007. Danach dürfen die Aufträge nur an Unternehmen vergeben werden, die einen repräsentativen Tarifvertrag anwenden. Am 31. Oktober 2012 wurde durch den Minister für Arbeit, Integration und Soziales NRW entschieden, dass bei zukünftigen Ausschreibungen des öffentlichen Personennahverkehrs ausschließlich der Spartentarifvertrag Nahverkehrsbetriebe (TV-N NW) als repräsentativ im straßengebundenen ÖPNV anzusehen ist. Diese Verordnung trat am 1. Februar 2013 in Kraft. Es ist davon auszugehen, dass auf Veranlassung des Verbandes Nordrhein-Westfälischer Omnibusunternehmen e.V. (NWO) die grundsätzliche rechtliche Zulässigkeit des TVgG geprüft wird. Unterschiedliche Rechtsauffassungen gibt es über die Reichweite der Anwendung des TV-N NW. Die Entscheidungen hierüber können in Zukunft erhebliche finanzielle Folgen für die kommunalen Verkehrsunternehmen und damit auch für die STOAG haben.

Stärkungspakt Stadtfinanzen

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen hat Maßnahmen zur Sanierung der kommunalen Haushalte und zur Wiederherstellung der finanziellen Handlungsfähigkeit der Städte und Gemeinden ergriffen. Dadurch ist die Zahl der Kommunen in NRW mit Nothaushalt im Jahr 2012 deutlich zurückgegangen. Befanden sich im Jahr 2011 noch 144 Städte und Gemeinden, darunter auch die Stadt Oberhausen, dauerhaft im Nothaushaltsrecht und durften nur noch gesetzliche Pflichtaufgaben finanzieren, so waren es im vergangenen Jahr nur noch 29 Kommunen.

Neben der Erhöhung der Mittel für die Städte und Gemeinden im Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) erhalten 34 Städte und Gemeinden Landesmittel aus dem Stärkungspakt Stadtfinanzen in Höhe von insgesamt 5,85 Milliarden EUR. Im Gegenzug müssen die Städte und Gemeinden ihre Haushalte bis zum Jahr 2020 sanieren. Oberhausen bekommt aufgrund dieser Regelung fünf Jahre lang voraussichtlich 52,7 Mio. EUR und anschließend einen sich verringernden Betrag für maximal weitere fünf Jahre und verpflichtet sich, spätestens im Jahre 2021 ohne Mittel aus dem Stärkungspaktgesetz einen Haushaltsausgleich zu erreichen. Die Teilnahme am Stärkungspakt Stadtfinanzen ist verpflichtend und wird von der Bezirksregierung umfassend überprüft.

Im Juni 2012 hat der Rat der Stadt Oberhausen mit dem Haushaltssicherungsplan 2012 ff. das größte Sparpaket in der Geschichte der Stadt beschlossen. Es sieht Einsparungen und Einnahmeverbesserungen mit einem Gesamtvolumen von rund 400 Mio. EUR bis zum Jahr 2021 vor. Der Haushaltssanierungsplan wurde am 21. November 2012 durch die Regierungspräsidentin des Landes NRW genehmigt. Trotz der enormen Belastung für die Wirtschaft und für die Bürgerinnen und Bürger eröffnet sich zum ersten Mal seit vielen Jahren für die Stadt Oberhausen die Chance, wieder an Fördermitteln der EU, des Bundes und des Landes teilzuhaben und diese für eine nachhaltige Entwicklung der Stadt einsetzen zu können. Im Zuge einer Neuberechnung der Mittel musste der Stärkungspakt Stadtfinanzen im Landtag geändert werden. Wie im Dezember 2012 bekannt wurde, erhält Oberhausen daraufhin jährlich 12,8 Mio. EUR weniger Konsolidierungsmittel als vorgesehen. Statt der geplanten Haushaltseinsparung in Höhe von rund 40 Mio. EUR pro Jahr müssen diese finanziellen Ausfälle zusätzlich kompensiert werden. Das Land NRW lehnt eine Aufstockung der Fördermittel ab, als Ausweg könnte eine Verschiebung des für 2016 vorgeschriebenen Etatausgleichs dienen.

3 Geschäftsentwicklung und Lage

Fahrgäste

Die Anzahl der Fahrgäste reduzierte sich im Jahr 2012 um 0,8% auf 38,1 Mio. Diese Entwicklung ist in erster Linie durch die rückläufige Einwohnerzahl und die weiter sinkenden Schülerzahlen in Oberhausen begründet. Dennoch bilden Schülerinnen und Schüler nach wie vor die größte Abonnentengruppe, auch wenn sich ihr Anteil um 2,7% gegenüber dem Vorjahr reduziert hat. Seit der Zusammenführung der Verkehrsverbünde VRR und Verkehrsgemeinschaft Niederrhein (VGN) am 1. Januar 2012 liegt seit dem 1. Juni 2012 die verantwortliche Bearbeitung von SchokoTicket Nutzern mit Wohnort Dinslaken bei der Niederrheinische Verkehrsbetriebe Aktiengesellschaft NIAG und nicht mehr bei der STOAG. Auch hieraus resultieren Fahrgastverluste.

Die Anzahl der Fahrgäste, die den Bartarif nutzten, war im Jahr 2012 mit -6,4% erneut rückläufig. Positiv entwickelte sich die Anzahl der Kunden, die ihren Zeitfahrausweis frei wählen - im Vergleich zum Vorjahr konnte mit einem Plus von 3,3% ein positives Ergebnis erzielt werden. Die Einführung des SozialTickets am 1. November 2011 hat Auswirkungen auf das gesamte Ticketsortiment sowohl im Bartarif als auch bei den Zeitfahrausweisen. Ein Wechsel von Ticket1000- und Ticket2000-Nutzern zum SozialTicket ist ebenso zu verzeichnen wie von YoungTicket-Nutzern zum SozialTicket. Ausbildungs- und Fortbildungsmaßnahmen unterliegen zum Teil Förderprojekten, die eine Inanspruchnahme des SozialTickets ermöglichen – die Anzahl der Fahrgäste mit YoungTicket ging um 9,3% zurück. Im Ausbildungsverkehr kam es insgesamt zu einem Rückgang von 3,9%.

Entwicklung der Fahrgastzahlen:

Jahr	Fahrgäste in Mio.	Veränderung zum Vorjahr in %
2006	40,5	
2007	40,6	+ 0,25
2008	40,2	- 1,0
2009	40,0	- 0,5
2010	39,1	- 2,5
2011	38,4	- 1,8
2012	38,1	- 0,8

Entwicklung der Abonnentenzahlen:

Jahr	Anzahl	Veränderung in %
2006	33.958	
2007	34.531	+ 1,7
2008	35.066	+ 1,5
2009	34.554	- 1,5
2010	34.588	+ 0,1
2011	33.103	- 4,3
2012	31.628*	- 4,5

*ohne SozialTicket

Betriebsleistung

Die Gesamtbetriebsleistung der STOAG in Oberhausen und in den benachbarten Stadtgebieten beträgt 9,51 Mio. Nutzwagenkilometer (Nwkm) und liegt um 2,9% unter dem Vorjahreswert von 9,79 Mio. Nutzwagenkilometern. Die verringerte Kilometerleistung ist zurückzuführen auf die Maßnahmen der umfangreichen Liniennetzumstellung im Sommer 2011. Damit wurde die Betriebsleistung in den letzten zehn Jahren um 2 Mio. Nutzwagenkilometer reduziert. Die Leistung der Straßenbahn ist dabei relativ konstant geblieben. Bauarbeiten auf der ÖPNV-Trasse in den Monaten Juli und August und Schienenersatzverkehr mit Gelenkbussen zwischen Oberhausen Hauptbahnhof und Sterkrade Bahnhof führen zu geringfügigen Verschiebungen der Anteile der einzelnen Verkehrsmittel innerhalb der Gesamtbetriebsleistung. Bei der Ausschreibung der Schul- und Bäderfahrten durch die Stadt Oberhausen konnten im Vergleich zum Vorjahr deutlich mehr Lose gewonnen werden, sodass die Betriebsleistung in diesem Bereich wesentlich höher ausgefallen ist.

Entwicklung der Betriebsleistung:

Jahr	Betriebsleistung in Nwkm
2005	11.338.306
2006	10.681.616
2007	10.622.042
2008	10.669.261
2009	10.065.418
2010	9.892.509
2011	9.786.123
2012	9.510.653

Entwicklung der Betriebsleistung bei Bus und Straßenbahn:

Verkehrsmittel	Betriebsleistung 2011 in %	Betriebsleistung 2012 in %
Solobus	58,6	59,9
Gelenkbus	36,1	34,7
Straßenbahn	5,3	5,4

Entwicklung der Betriebsleistung bei Schul- und Bäderfahrten

Jahr	Betriebsleistung in Km
2009	41.437
2010	5.935
2011	5.521
2012	67.328

Ertragslage

Gegenüber dem Wirtschaftsplan 2012 konnte eine deutliche Verbesserung des Betriebsergebnisses erreicht werden. Gründe hierfür sind die eingeleiteten Restrukturierungsmaßnahmen der vergangenen Jahre und des Jahres 2012. Das Betriebsergebnis erhöhte sich dadurch lediglich von -17.921 T EUR in 2011 um 888 T EUR auf -18.808 T EUR für das Jahr 2012. Gleichzeitig erhöhte sich der Finanzierungsbetrag der Stadt Oberhausen von -5.920 T EUR im Jahr 2011 um 2.323 T EUR auf -8.243 T EUR für das Jahr 2012. Die Gründe dafür waren:

Die Verkaufserlöse erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um 0,5% und lagen bei
25,67 Mio. EUR (Vorjahr: 25,55 Mio. EUR). Der Hauptgrund für diese Erhöhung trotz leicht rückgängiger Fahrgastzahlen liegt in der Anhebung der Beförderungsentgelte des VRR zum 1. Januar 2012 um durchschnittlich 3,9%.

Die STOAG erzielte im Geschäftsjahr 2012 Umsatzerlöse in Höhe von 26,30 Mio. EUR. Diese lagen um 2,48% über dem Vergleichswert des Vorjahres (25,67 Mio. EUR).

Die Abgeltungszahlungen für die unentgeltliche Beförderung von Schülern und Studenten, die sogenannte Ausbildungsverkehr-Pauschale gemäß § 11a ÖPNVG NRW (vormals § 45a PBefG), erhöhten sich gegenüber 2011 leicht und betrugen im Jahr 2012
1,189 Mio. EUR (Vorjahr: 0,915 Mio. EUR).

Die alle zwei Jahre durchgeführte Schwerbehindertenzählung fand im Jahr 2012 statt. Die Zählung ergab einen - noch nicht testierten - Quotienten von 6,50%. Zur Berechnung des Anspruchs ist dieser Wert um den „Mindestselbstbehalt" von 1,26% zu kürzen. Der so ermittelte Anspruch von 5,24% liegt geringfügig über dem der Vorjahre 2010/2011 (5,17%).
Das Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes NRW hat Ende 2012 die Richtlinie zum betriebsindividuellen Ausgleich der Schwerbehindertenfreifahrt geändert. Das Ministerium hatte zuvor die Zählungen einzelner Unternehmen kontrolliert und bei der Durchführung Mängel festgestellt. Sie verlangt nunmehr jährliche Zählungen. Bei der STOAG wurden keine Zählungen bemängelt. Aus dem Prinzip der Vorsicht wurde bei der Berechnung der Abgeltungsleistungen nur der landesweite Vomhundertsatz im Sinne von
§ 148 Abs. 1 und 4 SGB IX in Höhe von 3,79% angesetzt.

Die Ausgleichszahlungen für den Einnahmeausgleich im Verkehrsverbund Rhein-Ruhr wurden in Zählungen im Jahr 2012 ermittelt. Das Zählergebnis wird für die Geschäftsjahre 2012 und 2013 berücksichtigt, eine endgültige Auswertung der Zählung wird voraussichtlich erst Mitte 2013 vorliegen. Vorläufige Auswertungen zeigen einen höheren Einnahmenanspruch der Deutsche Bahn AG gegen die kommunalen Verkehrsunternehmen. Es ist davon auszugehen, dass die geleisteten Abschlagszahlungen für den Übersteigerausgleich nicht ausreichen werden. Entsprechend einer vorläufigen Prognose des VRR wurde eine Rückstellung in Höhe von 0,6 Mio. EUR für das Wirtschaftsjahr 2012 gebildet. Eine endgültige Einnahmeaufteilung 2010 und 2011 liegt ebenfalls noch nicht vor. In den Vorjahren wurden auf Basis der Prognosewerte entsprechende Rückstellungen gebildet. Es ist davon auszugehen, dass diese Rückstellungen für die noch ausstehenden Verbindlichkeiten aus der Einnahmeaufteilung ausreichen.

Durch erhöhte Einnahmen aus der Vermietung von Werbeflächen und gleichbleibenden Provisionsvergütungen veränderten sich die sonstigen Umsatzerlöse von 0,27 Mio. EUR im Jahr 2011 auf 0,32 Mio. EUR im Jahr 2012.

Die sonstigen betrieblichen Erträge reduzierten sich von 2,96 Mio. EUR auf 1,97 Mio. EUR. Hintergrund hierfür sind geringere Erträge aus Anlagenabgängen, Reduzierung der Erträge aus ausgebuchten Forderungen bedingt durch ein geändertes Forderungsmanagement und geringere Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen,

Der Energie-, Material- und Fremdleistungsaufwand erhöhte sich leicht von 15,0 Mio. EUR auf 15,7 Mio. EUR.

Der Personalaufwand erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 297 TEUR auf 22,8 Mio. EUR. Die tarifliche Erhöhung der Entgelte und der sozialen Abgaben konnte weder durch Einsparungen bei den Personalrückstellungen noch durch Personalabgänge, insbesondere im Fahrbetrieb, vollständig kompensiert werden. Die gezahlten Entgelte erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 284 TEUR auf 17.604 TEUR (Vorjahr: 17.320 TEUR). Die Zahl der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen ohne Vorstand, Auszubildende, geringfügig Beschäftigte und Mitarbeiter in der Ruhephase der Altersteilzeit reduzierte sich von 432 zu Beginn des Jahres auf 425 am Jahresende.

Bei den Abschreibungen ist ein leichter Rückgang in Höhe von ca. 1,0% von 4,8 Mio. EUR auf 4,7 Mio. EUR zu verzeichnen.

Der Minderaufwand in Höhe von 450 TEUR bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen auf 4,0 Mio. EUR (Vorjahr: 4,4 Mio. EUR) ist auf Reduzierungen im Bereich der Unternehmenskommunikation und Öffentlichkeitsarbeit, im Bereich Marketing und insbesondere bei den Abschreibungen auf Forderungen - bedingt durch ein geändertes Forderungsmanagement- zurückzuführen.

Das Finanzergebnis verminderte sich um 2,4 Mio. EUR von 17,5 Mio. EUR auf 15,1 Mio. EUR insbesondere aufgrund reduzierter Dividendenbeträge. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit veränderte sich von -5,9 Mio. EUR um 2,3 Mio. EUR auf -8,2 Mio. EUR.

Der Steueraufwand lag mit 0,067 Mio. EUR geringfügig über dem Vorjahreswert in Höhe von 0,062 Mio. EUR und beinhaltet hauptsächlich Grundsteuern.

Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme der STOAG zum 31. Dezember 2012 betrug 118,3 Mio. EUR. Die Veränderung zum Vorjahreswert (125,0 Mio. EUR) resultiert aus der Reduzierung des Sachanlagevermögens um 1,8 Mio. EUR und der Reduzierung der Guthaben bei Kreditinstituten zum Bilanzstichtag gegenüber dem Vorjahr um 7,8 Mio. EUR. Dagegen haben sich die Forderung und sonstige Vermögensgegenstände um 3,1 Mio. EUR erhöht.

Das Anlagevermögen verringerte sich um 2,0 Mio. EUR auf 100,3 Mio. EUR. Grund hierfür war insbesondere die Reduzierung des Sachanlagevermögens um 1,9 Mio. EUR auf 43,8 Mio. EUR. Neben den Abschreibungen ist dies auf die Verkleinerung der Busflotte zurückzuführen.

Das Eigenkapital hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht verändert. Es stellt 49,6% (Vorjahr: 46,6%) der Bilanzsumme dar.

Im Sonderposten mit Rücklagenanteil sind erhaltene Zuschüsse, z. B. für die Beschaffung von Omnibussen und zum Projekt „Naturnahe Regenwasserbewirtschaftung“ enthalten, die noch nicht mit getätigten Investitionen verrechnet werden konnten.

Die Rückstellungen belaufen sich auf 18,1 Mio. EUR und sind gegenüber dem Vorjahr
(16,9 Mio. EUR) leicht ansteigend. Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen bleiben mit 6,20 Mio. EUR annähernd auf dem Niveau des Vorjahrs. (Vorjahr: 6,23 Mio. EUR).

Die Verbindlichkeiten konnten um 8,5 Mio. EUR verringert werden. Dies ist insbesondere auf die Reduzierung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (-5,3 Mio. EUR) und der sonstigen Verbindlichkeiten (-3,9 Mio. EUR) zurückzuführen.

Die STOAG verfügte auch im Jahr 2012 über eine ausreichende Liquidität, die auf erzielten Verkaufserlösen in Höhe von 25,7 Mio. EUR, auf Erträgen aus Wertpapieren und anderen Beteiligungen in Höhe von 12,8 Mio. EUR, auf dem Erhalt von Zinserträgen in Höhe von
60 TEUR, auf der Zahlung der Vorhaltekostenförderung in Höhe von 226 TEUR sowie auf sonstigen Einnahmen innerhalb der sonstigen betrieblichen Erträge beruhte.

Die laufende Finanzierung ist durch die im Verkehrsverbund geschlossene Finanzierungsvereinbarung und die mit dem Aufgabenträger im Bedienungsgebiet erzielten Betrauungsvereinbarungen bis zum Jahr 2019 gewährleistet.

Investitionen und Förderprojekte

Die Summe der Investitionen belief sich im Geschäftsjahr 2012 auf 3,7 Mio. EUR. Größte Position mit 2,2 Mio. EUR war das umgesetzte Projekt „Naturnahe Regenwasserbewirtschaftung“. Die kontinuierliche Erneuerung der Fahrzeugflotte der STOAG wurde im Jahr 2012 fortgesetzt. Das Durchschnittsalter der Fahrzeuge zum Stichtag 31. Dezember 2012 betrug 5,39 Jahre. Der Zugang der im Jahr 2012 bestellten sieben Solobusse ist erst im Februar 2013 erfolgt, da sich die Auslieferung der Busse verzögert hat. Somit sind nur die im Februar 2012 in Betrieb genommenen zwei Hybridbusse als Zugang in der Busflotte zu verzeichnen.

Das Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen hat die Verlängerung der Linie 105 in die erste Stufe des Infrastrukturbedarfsplans des Landes aufgenommen. Da sich die Rechtsvorschrift zur Standardisierten Bewertung im Jahr 2006 geändert hat, ist eine neue Nutzen-Kosten-Analyse auf dieser Grundlage aufzustellen. Im Rahmen von Abstimmungsgesprächen ist diese mit dem Land, dem Bund und dem Verkehrsverbund Rhein-Ruhr zu erörtern. Die Förderanträge sind zu überprüfen, kostenmäßig anzupassen und anschließend erneut einzureichen. Zur Abwicklung der Maßnahme zwischen den Städten Oberhausen und Essen sowie der STOAG und der Essener Verkehrs-AG (EVAG) wurde seinerzeit

eine Kooperationsvereinbarung abgeschlossen, gemäß derer die STOAG zunächst den kommunalen Eigenanteil für die Betriebsanlagen auf Essener Stadtgebiet und den nicht zuwendungsfähigen Kostenanteil übernimmt. EVAG und Stadt Essen haben sich verpflichtet, den auf sie entfallenden Anteil umgehend nach Rechnungsstellung der STOAG zu erstatten.

Auf dem Gelände des zentralen Betriebshofes der STOAG wurde anfallendes Niederschlagswasser dem öffentlichen Mischwassersystem zugeführt. Ab 2013 werden diese Niederschlagswässer von den vorhandenen Hallendächern, den befestigten Hofflächen und Parkplatzflächen und von dem Dach der neuen Verwaltung vom Mischwassersystem abgekoppelt, in einem Regenwasserkanalsystem gesammelt und der Kleinen Emscher zugeleitet. Die Emschergenossenschaft fördert die Maßnahme im Rahmen ihrer Regenwasserprojekte in der Emscherregion.

Der niederflurgerechte Ausbau der Bushaltestellen wurde im Jahr 2012 mit dem Umbau von sechs Haltestellen fortgesetzt. Der darüber hinaus geplante Aufbau von zehn Fahrgastunterständen hat sich dadurch verzögert, dass Ausschreibungen und Vergaben u.a. durch das Tariftreuegesetz zeitintensiver als geplant waren und Lieferungen verspätet eingetroffen sind. Es ist davon auszugehen, dass trotz der entstandenen Verzögerungen der fünfte Bauabschnitt bis Ende 2013 umgesetzt ist.

4 Risikobericht

Zur Sicherung der Unternehmensziele, des künftigen Erfolges des Unternehmens sowie zur Senkung der Risikokosten führt die STOAG jährlich eine Risikoinventur durch. Damit Risiken frühzeitig erkannt und rechtzeitig angemessene Gegensteuerungsmaßnahmen ergriffen werden können, ist bei der STOAG ein Risikomanagementsystem gemäß dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) implementiert. Alle erfassten Risiken werden durch Risikopaten hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und Auswirkung eingestuft. Die Risiken werden dabei nicht nur auf damit verbundene Kosten, Erlöseinbußen, Margenverluste oder Betriebsunterbrechungen untersucht, es wird auch der Einfluss auf Ressourcen, wie z. B. Personenschäden oder Imageverlust analysiert.

In der Risikoinventur 2012 wurden zehn Risiken erfasst, von denen sind zwei potenzielle Risiken mit eingeschränkter Risikorelevanz.

Im Vergleich zum Vorjahr gab es eine wesentliche Veränderung bei den Risiken aufgrund des Risikos der Werthaltigkeit des Beteiligungsansatzes an der GMVA.

Das Risiko Verlust von Konzessionen besteht weiterhin. Zum Fahrplanwechsel im Juni 2012 wurden alle betroffenen Linien gemäß ihrer Laufzeit neu genehmigt. Im Jahr 2013 laufen die Konzessionen für die Linien SB 90 und SB 92 aus.

Hinsichtlich des Risikos Fahrerlaubnis von Busfahrern hatten zum Stichtag 1. Oktober 2012 118 Fahrer mit der Schulung zur Weiterbildung nach Berufskraftfahrerqualifikation noch nicht begonnen. Das Risiko besteht in der zum 10. September 2013 fehlenden Qualifikation (als Schlüsselkennzahl im Führerschein) für die gewerbliche Personenbeförderung, ohne die die Fahrer nicht eingesetzt werden dürfen. 112 Busfahrer haben bereits alle fünf Schulungsmodule besucht.

Die Stadt Oberhausen hat eine Preisprüfung durch die Bezirksregierung Düsseldorf bei der Beteiligungsgesellschaft Gemeinschafts-Müllverbrennungsanlage Niederrhein GmbH (GMVA) beauftragt. Inhalt der Preisprüfung ist die Kalkulation des Preises EUR pro Tonne für die Abnahme des Mülls seitens der GMVA.

Vor dem Hintergrund der Unwägbarkeiten, die sich aus der Preisprüfung durch die Bezirksregierung Düsseldorf bei der GMVA bzw. auch aus den Klageverfahren gegen die Gebührenbescheide in Duisburg und Oberhausen und den daraus resultierenden Gerichtsentscheidungen ergeben, ist der aufgestellte Jahresabschluss der GMVA zum 31. Dezember 2012 diesbezüglich als vorläufig zu behandeln.

Eine aus Sicht der GMVA negative Entscheidung der Preisprüfung bzw. der Klageverfahren hätte Auswirkung auf zukünftige Gewinnausschüttungen an die STOAG und auf die Werthaltigkeit der Beteiligung an der GMVA.

Dem Vorstand liegen keine ausreichenden Informationen vor, die zurzeit eine Wert-berichtigung der Anteile an der GMVA rechtfertigen.

Die Beteiligung der STOAG an der GMVA beträgt 15,18 %. Der Buchwert der Beteiligung beläuft sich auf 23.439.522,90 EUR.

Es wurde kein Risiko als existenzbedrohend eingestuft.

5 Ausblick und Prognose

Tariftreue- und Vergabegesetz (TVgG-NRW)

Die Verordnung zur Feststellung der Repräsentativität von Tarifverträgen im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs ist am 1. Februar 2013 in Kraft getreten. Danach gilt ausschließlich der TV-N NW als repräsentativ. Unterschiedliche Auslegungshinweise gibt es zum Anwendungsbereich des §4 Abs. 2 TVgG. Voraussetzung für die Tariftreue- und Mindestlohnpflicht nach § 4 TVgG ist eine Angebotsabgabe bei bevorstehender Vergabe eines Auftrages oder eine bevorstehende Direktvergabe, ein Vergabeverfahren muss also stattfinden. Die vorläufige Rechtsauffassung des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen, Landesgruppe Nordrhein-Westfalen (VDV NRW) besteht darin, dass alle Regelungen, die vor dem Stichtag 1. Februar 2013 geschlossen wurden, und alle Vergabeverfahren, die vor diesem Termin begonnen wurden, vom Anwendungsbereich des TVgG nicht betroffen sind. Unabhängig davon, ob es sich um ein Rechtsverhältnis zwischen Aufgabenträger und Betreiber oder zwischen Betreiber und Subunternehmer handelt, findet die Tariftreueregelung für sie keine Anwendung. Es besteht auch keine Verpflichtung, diese Betrauungen und Verträge nachträglich anzupassen.

Die STOAG erbringt ihre Leistung zur Zeit nicht auf der Grundlage eines Dienstleistungsvertrages im Sinne der Verordnung 1370/2007, sondern auf Grundlage der Betrauung zur Erbringung von gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen, die durch den Rat der Stadt vor dem 3. Dezember 2009, dem Inkrafttreten der Verordnung 1370/2007, vorgenommen wurde. Diese Bestandsbetrauung gilt bis zum Dezember 2019. Vor diesem Hintergrund gilt für die STOAG sowie für die anderen kommunalen Verkehrsunternehmen im VRR bis zur Vergabe eines Dienstleistungsauftrags im Sinne der Verordnung 1370/2007 also keine Tariftreue- und Vergabepflicht nach § 4 TVgG. Nach herrschender Auffassung gilt für Subunternehmeraufträge der kommunalen Verkehrsunternehmen die Nachunternehmerregel des § 9 Abs. 1 TVgG NRW, die dazu verpflichtet, dass ein Nachunternehmer die Verpflichtungserklärung gemäß § 4 TVgG NRW abzugeben hat, die auch der Vorunternehmen gegenüber dem öffentlichen Auftraggeber abzugeben hatte. Die Nachunternehmerregel des § 9 Abs. 1 TVgG NRW kann nicht zu mehr verpflichten, als die primären Tariftreueregelungen in den einzelnen Absätzen des § 4 TVgG NRW. Das bedeutet, dass die Tariftreuepflicht im Sinne der Nachunternehmerregel des § 9 Abs. 1 TVgG auch erst mit dem Abschluss eines öffentlichen Dienstleistungsauftrags im Sinne der Verordnung 1370/2007, also erst nach Ablauf der Bestandsbetrauungen, Wirkung entfaltet. Bei anderer Auslegung der Anwendung des TVgG hätte dies für die STOAG erhebliche finanzielle Folgen.

Stärkungspakt Stadtfinanzen

Die Stadt Oberhausen hat sich im Rahmen des Stärkungspakts Stadtfinanzen gegenüber der Landesregierung verpflichtet, bis zum Jahr 2016 eine jährliche Einsparung in Höhe von rund 53 Mio. EUR zu erzielen, um eine Genehmigung des Haushaltssanierungsplans zu bewirken. Dieses kann nur in einem gemeinsamen Prozess aller städtischen Beteiligungsgesellschaften gelingen. Die STOAG hat gegenüber der Stadt ein jährliches Einsparvolumen in Höhe von 3,5 Mio. EUR als realisierbar ausgewiesen. Einsparpotenziale in Höhe von 2 Mio. EUR lassen sich nur durch eine Verringerung des Leistungsniveaus bei gleichzeitiger Steigerung der Produktivität und geänderter Beschaffungsstrategie für Neufahrzeuge realisieren. Ergänzend wird die Mittelfristplanung 2012 bis 2016 überarbeitet, um eine etwa 1,5 Mio. EUR günstigere Ergebnisentwicklung pro Jahr zu erzielen.

Angebot

Die Reduzierung des Verkehrsangebotes stellt eine der Maßnahmen dar, mit denen die STOAG im Rahmen des Stärkungspaktes Stadtfinanzen eine Ergebnisverbesserung in Höhe von 1 Mio. EUR erzielen will. Mit dem Fahrplanwechsel im Juni 2013 wird die Betriebsleistung der Straßenbahnlinie 112 um rund 30% gekürzt. Außerhalb der morgendlichen Hauptverkehrszeit wird der Takt von 10 Minuten auf 20 Minuten und am Sonntag von 15 auf 30 Minuten verändert. Das Bus-Tag-Netz wird neu konfiguriert, bei nachfrageschwachen StadtLinien werden die Takte reduziert, das NachtNetz wird gestrafft. Konnten die Einsparungen im Verkehrsangebot in den vergangenen Jahren ohne negative Auswirkung auf die Nachfrageintensität vorgenommen werden, ist bei der geplanten Reduzierung zum Fahrplanwechsel im Juni 2013 ein Einnahmerückgang durch Fahrgastverluste im Betriebsergebnis berücksichtigt.

Die Weiterführung der Straßenbahnlinie 105 von der Stadtgrenze Essen bis zur bestehenden ÖPNV-Trasse in der neuen Mitte Oberhausen stellt einen wichtigen regionalen Lückenschluss des Straßenbahnnetzes im westlichen Ruhrgebiet dar. Der neue Streckenabschnitt VI verbindet dann die Innenstadt Essens mit der Neuen Mitte, der Innenstadt von Alt-Oberhausen und mit Sterkrade. Die Gesamtlänge der Strecke beträgt rund 3,4 Kilometer, davon knapp 3 Kilometer auf Oberhausener Stadtgebiet. Das Vorhaben ist Bestandteil des Nahverkehrsplanes der Stadt Oberhausen und stellt die Erschließung des Stadtentwicklungsprojektes „Neue Mitte“ und des Stahlwerksgeländes mittels ÖPNV sicher. Betrieblich ergibt sich der Vorteil, dass über die neue

Gleisverbindung eine alternative Möglichkeit geschaffen wird, die Betriebswerkstatt der Mülheimer Verkehrsgesellschaft mbH (MVG) oder auch der Essener Verkehrs-AG (EVAG) zu erreichen – vor dem Hintergrund der notwendigen Baumaßnahmen in den nächsten Jahren auf dem Streckenabschnitt Mülheim-Stadtmitte – Oberhausen Hauptbahnhof möglicherweise von besonderer Bedeutung. Die Straßenbahnstrecke VI wurde bereits im Jahr 2002 zur Förderung angemeldet, der Planfeststellungsbeschluss erfolgte 2005. Im Rahmen der Integrierten Gesamtverkehrsplanung wurde der Streckenneubau im Jahr 2006 zurückgestellt. Im Herbst 2011 wurde die Maßnahme vom Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen nachträglich in die erste Stufe des Infrastrukturbedarfsplans des Landes aufgenommen und dem Bund zur Aufnahme in das Gemeindefinanzierungsgesetz des Bundes weitergeleitet. In Absprache mit dem VRR und der Bezirksregierung Düsseldorf wurde die Strecke VI in zwei Teilen (ÖV und IV) im Dezember 2012 neu angemeldet. Die Anmeldungsunterlagen basieren auf den Unterlagen des ursprünglichen Förderantrages, der in den Jahren 2002/2005 erstellt wurde. Es ist davon auszugehen, dass wesentliche Bestandteile der damaligen Planung nach Überprüfung und geringfügiger Modifikation übernommen werden können. In Absprache mit Bund, Land und VRR wird die STOAG die Standardisierte Bewertung beauftragen, das Planfeststellungsverfahren durchführen sowie die Förderung nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz beantragen. Der verkehrliche Nutzen wurde in der seinerzeit durchgeführten Standardisierten Bewertung mit einem Nutzen-Kosten-Quotient von 3,3 berechnet und dokumentiert den sehr hohen Verkehrswert der Strecke. Die STOAG rechnet mit einem Fahrgastzuwachs von ca. 3.000 Fahrgästen pro Tag und sieht nicht nur den hohen verkehrlichen Nutzen dieser Strecke, sondern die Attraktivität und Leistungsfähigkeit des gesamten Nahverkehrssystems in Oberhausen deutlich gesteigert.

Fahrgastzahlen

Die demografische Entwicklung und die rückläufige Einwohnerzahl in Oberhausen werden Auswirkungen auf die Fahrgastzahlen haben. Bis zum Jahr 2025 wird sich die Einwohnerzahl um insgesamt 4,4% reduzieren. Am stärksten betroffen vom Bevölkerungsrückgang ist die Altersgruppe der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren. Ihr Anteil liegt in Oberhausen heute noch bei 16,2%. Auch der Anteil der 35- bis unter 55-Jährigen geht deutlich zurück. Beide Bevölkerungsgruppen stellen das Gros der Abonnenten dar. Leicht ansteigen wird hingegen die Zahl der jungen Erwachsenen (25- bis unter 35-Jährige) und der Generation 50+ (55- bis 65-Jährige). Ohne Steigerung des Modal Splits zugunsten des ÖPNV geht die STOAG von weiter leicht rückgängigen Fahrgastzahlen aus, zumal die Reduzierung des Leistungsangebots zum Fahrplanwechsel im Juni 2013 Fahrgastverluste mit sich bringen kann. Aufgrund der verhaltenen Inanspruchnahme des SozialTickets, das am 1. Januar 2013 in unter dem Namen „Mein Ticket“ in den Regeltarif aufgenommen wurde, konnten keine neuen Fahrgäste gewonnen werden.

Fortführung SozialTicket

Das SozialTicket des VRR wurde über die bis zum 31. Dezember 2012 befristete Pilotphase hinaus in das Regeltarifsortiment überführt. Voraussetzung hierfür ist weiterhin eine auskömmliche Komplementärfinanzierung mit Landesmitteln. Der dafür notwendige Förderantrag wurde fristgerecht gestellt. Nach derzeitigem Erkenntnisstand ist zumindest für das Jahr 2013 von einer gesicherten Finanzierung auszugehen. Dafür spricht, dass zusätzlich zu den bereits bewilligten Mitteln für die Pilotphase weitere Haushaltsmittel aus dem im Dezember 2012 verabschiedeten Landeshaushalt 2012 in Aussicht gestellt wurden. Diese Mittel können laut Bewilligungsbehörde noch bis zum Juni 2013 einschließlich verausgabt werden.

Tarifstrukturreform 2014

Laut Beschluss der Zweckverbandsgremien des VRR vom März 2011 sollen auf Basis der im Jahr 2012 durchgeführten Verkehrserhebung in diesem Jahr Vorschläge für eine Tarifstrukturreform erarbeitet werden, die nach erfolgter Beratung und Beschlussfassung in den Zweckverbandsgremien am 1. Januar 2014 in Kraft treten sollen. Hintergrund des damaligen Beschlusses war die Notwendigkeit einer auskömmlichen Finanzierung des neuen VRR / VGN–Tarifraums und die jährlich zu erwartende sukzessive Minderung der Bundes- und Landesmittel in einer Größenordnung von ca. 10 bis15 Mio. EUR. Ein konkreter Vorschlag für die Eckpunkte einer neuen Tarifstruktur ist für den Sitzungsblock der VRR-Gremien im März 2013 vorgesehen, die Feinjustierung einschließlich eventuell neuer festzulegender Preise könnte drei Monate später erfolgen.

Naturnahe Regenwasserbewirtschaftung der ÖPNV-Trasse

Die Abkoppelung des anfallenden Niederschlagswassers vom öffentlichen Mischwassersystem auf dem Gelände des zentralen Betriebshofes der STOAG wurde im Jahr 2012 umgesetzt. Ab 2013 werden die Niederschlagswässer in einem Regenwasserkanalsystem gesammelt und der Kleinen Emscher zugeleitet. Das anfallende Niederschlagswasser von Fahrbahn, Bahnkörper und Dachflächen von Personenbeförderungsanlagen

der ÖPNV-Trasse wird derzeit über deren Entwässerungseinrichtungen dem öffentlichen Mischwassersystem zur Ableitung zugeführt.
Zur Feststellung der Machbarkeit einer Abkopplung von Niederschlagsflächen der ÖPNV-Trasse hat die Emschergenossenschaft ihr Planungsbüro Emscher und Lippe Wassertechnik mit der Studie und Untersuchung beauftragt. Die Ergebnisse dieser Machbarkeitsstudie werden Mitte 2013 erwartet. Es ist davon auszugehen, dass Teile der Trasse abgekoppelt werden können. Neben dem Engagement für Natur und Umwelt würden sich für die STOAG auch bei diesem Projekt die eigenen Investitionsmittel durch den Entfall von Niederschlagswassergebühren mittelfristig amortisieren.

Vermietung von Werkstattkapazitäten

Seit Oktober 2012 hat die Busverkehr Rheinland GmbH (BVR) drei Werkstattarbeitsplätze (Reparaturfläche und Gruben) sowie Büro- und Lagerflächen bei der STOAG angemietet. Auf dem Außengelände werden Flächen für Gelenkbusse und PKW bereitgestellt. Der BVR wird vom Standort Oberhausen etwa 45 Busse betreuen und diese vor Ort instand halten. Die STOAG erhält als Nutzungsentschädigung Mieteinnahmen in Höhe von etwa 7 T EUR pro Monat, der Vertrag wurde mit einer Laufzeit über fünf Jahre abgeschlossen. Neben vier Mitarbeitern im Werkstattbereich werden eine Lageristin und ein Meister die Arbeiten für den BVR betreuen. Die STOAG sieht neben den Mieteinnahmen zusätzliche Synergieeffekte zur Verbesserung der Ertragssituation, z. B. durch Nutzung von Geräten und Anlagen seitens der BVR, die separat verrechnet werden.

Rechtsformwechsel

Im Mai 2013 wird die Stadtwerke Oberhausen AG in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung umgewandelt. Der zukünftige Name des Unternehmens lautet STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH. Hauptgrund für den Rechtsformwechsel ist die erweiterte Einflussmöglichkeit der alleinigen Gesellschafterin Stadt Oberhausen und damit der politischen Gremien auf die hundertprozentigeTochter STOAG. Der Rechtsformwechsel bewirkt eine formale Stärkung der Position des Rates der Stadt. Grundsätzlich ist nach der durch § 108 Abs. 4 GO NRW zum Ausdruck kommenden Wertung des Landesgesetzgebers die Rechtsform der Aktiengesellschaft nur dann zulässig, wenn der öffentliche Zweck nicht ebenso gut in einer anderen Rechtsform erfüllt wird oder erfüllt werden kann. Vorteile der Rechtsform GmbH können sich bei einer Direktvergabe von Leistungen der Stadt Oberhausen an die STOAG für die Erbringung von straßengebundenen Verkehrsleistungen nach EU-Verordnung 1370/2007 ergeben. Die notwendige Voraussetzung, dass die zuständige örtliche Behörde eine Kontrolle über den Betreiber wie über eine eigene Dienststelle ausübt, ist bei einer AG wegen der Weisungsunabhängigkeit des Vorstands einer AG nicht ohne Weiteres erfüllt.

EU-Kommission zur EG-Verordnung 1370/2007

Im Rahmen des am 30. Januar 2013 vorgelegten 4. Eisenbahnpaketes schlägt die EU-Kommission weitreichende Verschärfungen der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007
(„VO 1370“) nicht nur für den Eisenbahnpersonenverkehr, sondern auch im Hinblick auf Bus- und Straßenbahnverkehre vor. Die Gesamtbetrachtung mit anderen aktuellen Aktivitäten der Kommission ergibt, dass diese die VO 1370/2007 teilweise fundamental infrage stellt.

Die EU-Kommission hat ein Bündel weitreichender Vorschläge zur Änderung des Normtextes der VO 1370 vorgelegt und damit offiziell zwei Gesetzgebungsverfahren zur Änderung dieser Verordnung eingeleitet. Hierbei müssen sowohl das Europäische Parlament als auch der Rat mitwirken. Dementsprechend wird die Kommission voraussichtlich zunächst die Ergebnisse der Gesetzgebungsverfahren abwarten und – entgegen ihrer anders-lautenden Ankündigung - nicht zeitnah eine Auslegungsmitteilung zur geltenden VO 1370 veröffentlichen.

Beteiligungserträge

Bei der Preisprüfstelle der Bezirksregierung Düsseldorf ist die Prüfung des Selbstkostenfestpreises und dessen Fortschreibung für das Entgelt für die Verwertung von Abfällen der Gemeinschafts-Müllverbrennungsanlage Niederrhein GmbH (GMVA) anhängig. Mit der Prüfung wurde Anfang 2012 begonnen, ein Ergebnis liegt bis zum heutigen Tage nicht vor. Sollten sich nach Abschluss des Verfahrens Rückforderungsansprüche der Stadt gegenüber der GMVA ergeben, so werden die Erstattungsbeträge in den Folgejahren gebührenmindernd eingesetzt. Als Entgelt für die Verwertung von Abfällen wird der Selbstkostenfestpreis 2011 bis 2015 unter Berücksichtigung der Kostenelementeklausel für 2013 gemäß dem vorliegenden Gutachten der PKF Fasselt Schlage vom 11. September 2012 angehalten. Sollte die Preisprüfung dazu führen, dass die Stadt Oberhausen Erstattungsansprüche gegen die GMVA geltend machen kann und zukünftige Gebühren geringer ausfallen, so würde sich dies auf die Ertragssituation der GMVA negativ auswirken. Eine Reduzierung der Ertragssituation und damit verbunden eine geringere Ergebnisabführung der GMVA hat Einfluss auf die Beteiligungserträge der STOAG und somit auf den verbleibenden Finanzierungsbetrag der Stadt Oberhausen. Die STOAG hält 15,18% der Gesellschaftsanteile der GMVA.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Der Wirtschaftsplan für den Zeitraum von 2013 bis 2017 weist für das Jahr 2013 nach derzeitiger Planung bei weiter leicht steigenden Umsatzerlösen gegenüber dem Jahresergebnis 2012 einen höheren Verlust aus. Die mittelfristige Planung weist für das Jahr 2013 einen verbleibenden Finanzierungsbetrag in Höhe von 9.110 T EUR aus. Für den Zeitraum von 2014 bis 2017 werden verbleibende Finanzierungsbeträge von ca. 9,4 Mio. EUR erwartet. Gründe hierfür sind neben geringeren Beteiligungserträgen auch die Reduzierung der Abgeltungsleistungen für die Beförderung von Schülern und Schwerbehinderten. Die STOAG erwartet eine Erhöhung der Ausgleichsleistungen an die Deutsche Bahn AG und die Busverkehr Rheinland GmbH. In den nächsten Jahren ist mit höheren Aufwendungen für die Instandsetzung der Infrastruktur der ÖPNV-Trasse zu rechnen.

Die STOAG geht für die Jahre 2013 und 2014 von einer stabilen Entwicklung der Verkaufserlöse aus. Die im Vergleich zu anderen Verkehrsunternehmen im VRR geringeren Mehreinnahmen waren Anlass eines Gesprächsaustausches mit dem VRR. Geplant sind im Rahmen der Tarifstrukturreform 2014 Untersuchungen zum aktuellen Kurzstreckennetz unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten. Darüber hinaus werden die spezifischen und ortsbezogenen Marketingmaßnahmen analysiert sowie Kundenbindungsmaßnahmen stärker in den Fokus gestellt.

Die Erträge aus Beteiligungen und anderen Wertpapieren werden in den kommenden Jahren leicht zurückgehen und im Jahr 2013 voraussichtlich 11.735 TEUR betragen.

Die Pensionsverpflichtungen entwickeln sich langfristig gesehen rückläufig. Nach einer Änderung der Altersversorgung bei der STOAG bestehen in Zukunft keine neuen Ansprüche auf Betriebsrenten.

Der Anstieg der Rohstoffpreise im Energiebereich wird auch zukünftig zu Mehrbelastungen für die STOAG führen. Als energieintensive Unternehmen, für die im Rahmen des Steuerrechtes nur unzureichende Ausnahmeregelungen vom Gesetzgeber zugelassen wurden, sind hier alle Nahverkehrsunternehmen gleichermaßen betroffen.

Die zu erwartenden Kürzungen öffentlicher Mittel für den ÖPNV bleiben ein Risiko bei der künftigen Entwicklung. So führen Änderungen in den Rahmenbedingungen des ÖPNV-Gesetzes langfristig dazu, dass sich die Ausgleichsbeträge reduzieren.

6 Chancen

Die STOAG steht innovativen Verkehrskonzepten und Technologien seit jeher offen gegenüber und sieht hier auch zukünftig gute Chancen für die Weiterentwicklung des ÖPNV in Oberhausen. Der Einsatz von Hybridbussen im Oberhausener Linienverkehr und die Beteiligung an Projekten zur Ermittlung von Innovationspotenzialen der Elektromobilität im ÖPNV dokumentieren diese Unternehmensstrategie. Aktuell wird gemeinsam mit dem VRR eine Machbarkeitsstudie über den Ausbau der vorhandenen Straßenbahninfrastruktur zum Aufladen von Elektrobussen am Beispiel der Oberhausener ÖPNV-Trasse auf den Weg gebracht. Im öffentlichen Personennahverkehr findet Elektromobilität aufgrund der Planbarkeit und Verfügbarkeit mehr Akzeptanz bei der Bevölkerung als im Individualverkehr. Reine E-Mobile könnten jedoch langfristig eine ideale Ergänzung des klassischen ÖPNV auf kurzen Strecken in Ballungsräumen darstellen.

In der Abwendung eines auf dem Auto basierenden Mobilitätsmodells hin zu einer multimodalen Verkehrsnutzung sieht die STOAG gute Entwicklungsmöglichkeiten. Das Mobilitätsverhalten ändert sich langsam, schon jetzt hat der Führerschein- und Autobesitz in der Altersklasse der 18- bis 35-Jährigen bundesweit abgenommen. Nutzen statt Besitzen funktioniert umso besser, je flexibler die Möglichkeiten zur Annahme und Abgabe und der Bezahlung von Mietfahrzeugen sind. Plattformen zum Ticketteilen und Mitfahrerzentralen, Carsharing- und Leihradstationen erleben eine steigende Nachfrage, sowohl im kommerziellen als auch im privaten Bereich. Der weitere Ausbau der metropolradruhr-Stationen in Oberhausen und die vergünstigte Nutzung für VRR-Abonnenten sind wichtige Schritte vor Ort, die Entwicklung von Mobilitätskarten für die vernetzte Nutzung von Verkehrsmitteln wird auch im VRR zurzeit erprobt.

Durch die Betrauung der STOAG seitens der Stadt Oberhausen mit der Erbringung von gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen bis zum Dezember 2019 besteht für das Unternehmen Planungssicherheit, gerade auch für nachhaltige und innovative Projekte.

7 Abhängigkeitsbericht

Die STOAG ist nach herrschender Meinung gegenüber seiner Alleinaktionärin, der Stadt Oberhausen, abhängiges Unternehmen im aktienrechtlichen Sinne. Da kein Beherrschungsvertrag besteht, ist die STOAG nach § 312 AktG zur Aufstellung eines Abhängigkeitsberichtes verpflichtet. Alle Rechtsgeschäfte und Maßnahmen, die die STOAG mit der Stadt Oberhausen und den Unternehmen, die im Verhältnis zu ihr als

verbundenes Unternehmen anzusehen sind, getroffen oder unterlassen hat, sind seitens des Vorstands im Abhängigkeitsbericht aufgeführt. Der Vorstand hat erklärt, dass die STOAG nach den Umständen, die ihm zum Zeitpunkt bekannt waren, als die Rechtsgeschäfte vorgenommen wurden, jeweils eine angemessene Gegenleistung erhalten hat.

Andere Maßnahmen im Sinne von § 312 Abs. 1 AktG wurden im Geschäftsjahr 2012 nicht getroffen oder unterlassen. Der Abhängigkeitsbericht ist vom Abschlussprüfer geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden.

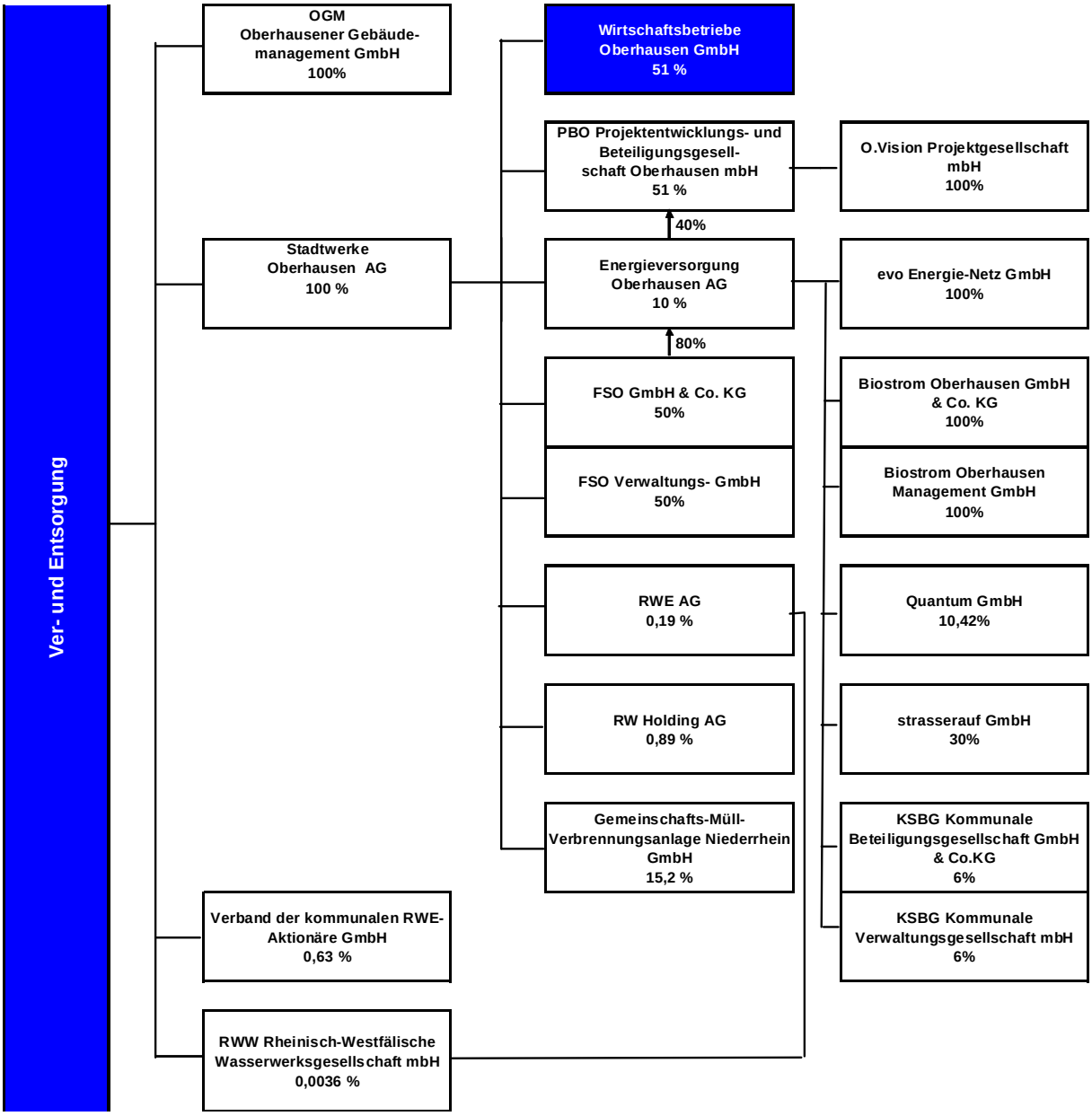
8 Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, liegen nicht vor.

Oberhausen, den 18. März 2013

Stadtwerke Oberhausen Aktiengesellschaft

Peter Klunk, Vorstand Werner Overkamp, Vorstand


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-management GmbH
100%
Stadtwerke
Oberhausen AG
100 %
Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0036 %
Wirtschaftsbetriebe
Oberhausen GmbH
51 %
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesell-schaft Oberhausen mbH
51 %
40%
Energieversorgung
Oberhausen AG
10 %
80%
FSO GmbH & Co. KG
50%
FSO Verwaltungs- GmbH
50%
RWE AG
0,19 %
RW Holding AG
0,89 %
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH
15,2 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH
100%
evo Energie-Netz GmbH
100%
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG
100%
Biostrom Oberhausen Management GmbH
100%
Quantum GmbH
10,42%
strasserauf GmbH
30%
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG
6%
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH
6%

WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Buschhausener Straße 149
46049 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208 / 8587-30
Fax	0208 / 8578-404
e-Mail	info@wbo-online.de
Internet	http://www.wbo-online.de/

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 1.250,00

Gesellschafter:

	T€	%
REMONDIS Kommunale Dienste West GmbH	612,50	49,00
STOAG Stadtwerke Oberhausen AG	637,50	51,00

Gegenstand des Unternehmens:

1. Gegenstand des Unternehmens sind insbesondere Dienstleistungen für die Stadt Oberhausen

1.1 in den gebührenrelevanten Bereichen
- Entwässerung
- Müllabfuhr
- Straßenreinigung

1.2 in den nichtgebührenrelevanten Bereichen
- Fließgewässer
- Straßenunterhaltung
- Kfz-Werkstattbetrieb
- Aufgaben im Rahmen des DSD
- Abfallwirtschaft
- Unterhaltung von Verkehrsflächen und Signalanlagen

2. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Rechtsgeschäften berechtigt, durch die der vorgenannte Gesellschaftszweck auch mittelbar gefördert werden kann.

3. Die Gesellschaft ist berechtigt, zur Förderung ihres Unternehmenszwecks Beteiligungen gleicher oder ähnlicher Art zu erwerben oder Tochtergesellschaften zu gründen.

Wichtige Verträge

Stadt Oberhausen	Dienstleistungsvertrag vom 15.01.2008
Stadt Oberhausen	Leistungsvertrag zwischen der Stadt Oberhausen und der WBO GmbH vom 12.01.1996
Stadt Oberhausen	Personalgestellungsvertrag zwischen der Stadt Oberhausen und der WBO GmbH vom 07.12.1995
Stadt Oberhausen	Überleitungstarifvertrag zwischen der Stadt Oberhausen, der WBO GmbH und der ÖTV (nunmehr ver.di) vom 07.12.1995
Stadt Oberhausen	Überleitungsvertrag zwischen der Stadt Oberhausen und der WBO GmbH vom 07.12.1995
Stadt Oberhausen	Vereinbarung Geobasisdaten vom 03.03.2006

Stadt Oberhausen	Vereinbarung zu Abnahme, Transport und Entsorgung von Laub vom 01.07.2007 - 31.12.2010
Stadt Oberhausen	Vereinbarung zu Abnahme, Transport und Entsorgung von Straßenlaub vom 01.07.2007 - 31.12.2010
Stadt Oberhausen	Vertrag über die Abrechnung von Ingenieurleistungen Kanalbau vom 22.01.1998
Stadt Oberhausen	Vertrag über die Abrechnung von Ingenieurleistungen Straßenbau vom 26.01.2001
Stadt Oberhausen	Vertrag über die Regelung der Grundsätze der Alttextilerfassung in Oberhausen vom 08.03.2000; Nachtrag vom 19.11.2004
Stadt Oberhausen	Vertrag über die Reinigung der Bundesautobahn-Anschlussstellen im Stadtgebiet Oberhausen vom 20.08.2008

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2012)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Woidtke, Karsten
	Mitglied	Guthoff, Maria
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Wehling, Klaus
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Hanning, Guido
	stellv. Vorsitzender	Emmerich, Karl-Heinz
	stellv. Vorsitzender (AN)	Crämer, Wolfgang
	Mitglied gem. § 113 GO	Motschull, Frank
	Mitglied	Bankamp, Andreas
	Mitglied	Grefermann, Jürgen
	Mitglied	Hols, Werner
	Mitglied	Nagels, Hans-Jürgen
	Mitglied	Plém, Peter
	Mitglied	Ruschewey, Roland
	Mitglied	Schucker, Rainer
	Mitglied	Steinberg, Wolfgang
	Mitglied	Telli, Ercan
	Mitglied	Wernsmann, Philipp
	Mitglied	Willing-Spielmann, Ulrike
	Mitglied (AN)	Croonenbroeck, Andreas
	Mitglied (AN)	Greven, Henrike
	Mitglied (AN)	Horatz, Stefan
	Mitglied (AN)	Langenbusch, Jürgen
	Mitglied (AN)	di Lorenzi, Ursula
	Mitglied (AN)	Schüll, Michael
Prokura:	Prokurist	Jehn, Michael

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	12,50	4,12

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2010		2011		2012		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	15.523,35	59,3	14.439,65	49,1	12.924,30	35,7	-1.515,35	-10,49
Umlaufvermögen	10.626,20	40,6	14.959,81	50,9	23.279,58	64,3	8.319,77	55,61
Rechnungsabgrenzungsposten	48,25	0,2					0,00	
Bilanzsumme	**26.197,80**	**100,00**	**29.399,46**	**100,00**	**36.203,88**	**100,00**	**6.804,42**	**23,14**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	4.471,27	17,1	5.732,29	19,5	5.660,21	15,6	-72,08	-1,26
Rückstellungen	4.324,38	16,5	4.143,77	14,1	4.465,64	12,3	321,87	7,77
Verbindlichkeiten	17.402,15	66,4	19.523,40	66,4	26.078,04	72,0	6.554,64	33,57
Bilanzsumme	**26.197,80**	**100,00**	**29.399,46**	**100,00**	**36.203,88**	**100,00**	**6.804,42**	**23,14**

bb) GuV

	2010	2011	2012
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	41.746,75	40.901,56	40.178,39
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	470,47	3.725,98	9.045,98
andere aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	
sonstige betriebliche Erträge	480,65	525,76	317,11
Materialaufwand	14.811,97	16.997,71	21.024,82
Personalaufwand	18.655,16	18.396,32	18.429,54
Abschreibungen	1.839,21	1.802,85	1.782,18
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.784,79	1.596,51	1.507,13
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	267,53	142,97	20,78
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufsvermögens		50,00	50,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	578,87	399,17	399,62
Ergebnis der gewöhnlichen Geschaftstätigkeit	5.295,39	6.053,70	6.368,97
außerordentliche Erträge	87,11	0,00	
außerordentliches Ergebnis	87,11	0,00	
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	2.428,57	1.828,29	2.211,50
sonstige Steuern	69,32	74,39	79,55
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	2.884,61	4.151,02	4.077,91
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	4.296,83	2.891,45	4.152,47
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	7.181,45	7.042,47	8.230,38

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2012	Angaben in
Umsatzrentabilität:	6,91	10,15	10,15	%
Eigenkapitalrentabilität:	-106,44	-316,83	-158,66	%
Cash-Flow:	4.723,82	6.003,87	5.910,10	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	116,03	120,09	132,11	T€
Personalaufwandsquote:	43,69	40,74	37,20	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2012	Angaben in
Sachanlagenintensität:	58,96	48,66	35,43	%
Eigenkapitalquote:	17,07	19,50	15,63	%
Fremdkapitalquote:	82,93	80,50	84,37	%

e) Lagebericht

1. Darstellung des Geschäftsverlaufs der Gesellschaft

Das Geschäftsjahr 2012 schließt mit einer Gesamtleistung von TEUR 49.541 ab (+9,7 % gegenüber Vorjahr). Die nachstehende Tabelle bietet einen Überblick über die Entwicklung der zur Gesamtleistung beitragenden Positionen sowie einen Vergleich zum Vorjahr:

	2012	2011	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Umsatzerlöse	40.178	40.901	-723
Bestandsveränderungen	9.046	3.726	5.320
Sonstige betriebliche Erträge	317	526	-209
Gesamtleistung	**49.541**	**45.153**	**4.388**

Die Verminderung des Umsatzvolumens gegenüber dem Vorjahr in Höhe von 1,8 % ist vor allem auf einen Rückgang der Umsätze mit der Stadt Oberhausen außerhalb des Leistungsvertrags (-24,1 %) und der sonstigen Umsatzerlöse (-16,5 %) zurückzuführen. Mehrerlöse bei den Sonderbauprogrammen in Höhe von 12,6 % konnten diese Entwicklung nicht vollständig kompensieren.

Der Bestand der nicht abgeschlossenen Baumaßnahmen im Kanalbauprogramm erhöht sich hingegen um TEUR 9.112. Saldiert mit den Bestandsveränderungen für den Bebauungsplan „Zur Koppenburgs Mühle“ sowie für sonstige Maßnahmen des Betriebes Kanäle und Straßen ergibt sich in Summe eine Bestandserhöhung in Höhe von TEUR 9.046.

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind neben Erträgen aus Anlagenabgängen in Höhe von TEUR 85 insbesondere Personalkostenerstattungen in Höhe von TEUR 81 und Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von TEUR 42 enthalten.

In der folgenden Tabelle sind die reinen Umsatzerlöse der WBO GmbH dargestellt:

	2012	2011	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Leistungsvertrag Stadt OB	27.126	26.706	420	1,57
andere Umsätze Stadt OB / städt. Beteiligungen	2.390	3.151	-761	-24,15
Sonderbauprogramme Stadt OB	5.582	4.958	624	12,59
sonstige Umsätze	5.080	6.086	-1.006	-16,53
Summe	**40.178**	**40.901**	**-723**	**-1,77**

Im Leistungsvertrag ist der Anstieg von rund 1,6 % auf die Erhöhung der Preisindizes zurückzuführen.

Die anderen Umsätze mit der Stadt Oberhausen und städtischen Beteiligungsgesellschaften sind gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 24,1 % gesunken. Die außergewöhnlich hohen Umsätze des Vorjahres der Stadtentwässerung für Untersuchungen der Hausanschlüsse sind im Jahr 2012 auf Grund der Entwicklung in Nordrhein-Westfalen nicht mehr realisierbar gewesen.

Die Erlöse aus Sonderbauprogrammen im Berichtsjahr sind im Verhältnis zum Vorjahr um 12,6 % gestiegen. Unter Einbeziehung der zugehörigen Bestandserhöhungen ergibt sich insgesamt eine Leistungssteigerung von TEUR 6.023 auf TEUR 14.694, was einer Erhöhung der Gesamtleistung zum Vorjahr von 69,5 % entspricht.

Die sonstigen Umsätze sind gegenüber dem Vorjahr um 16,5 % gesunken, was maßgeblich auf die reduzierten Umsätze in der Stadtentwässerung aufgrund veränderter Rahmenbedingungen bei den Dichtheitsprüfungen von Hausanschlüssen sowie auf geringere Kfz-Werkstatt-Umsätze zurückzuführen ist.

	2012	2011	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	14	100	-86	-86,00
Grundstücke und Bauten	0	98	-98	-100,00
Andere Anlagen, BGA	1.234	1.523	-955	-62,71
Finanzanlagen	50	50	0	0,00
Summe	**1.298**	**1.771**	**-473**	**-26,71**

Die Investitionstätigkeit (TEUR 1.298) hat sich gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 26,7 % reduziert. Im Vorjahr wurden höhere Investitionen in die Aktualisierung des Internet-Auftritts sowie die EDV-Infrastruktur getätigt. Aus den Zugängen wurden im Berichtsjahr Fahrzeuge und Arbeitsmaschinen im Wert von TEUR 997 im Rahmen eines Sale-and-Lease-Back-Verfahrens veräußert.

2. Darstellung der Lage der Gesellschaft

Infolge leicht gesunkener Umsätze reduziert sich der Jahresüberschuss der WBO GmbH gegenüber dem Vorjahr geringfügig von TEUR 4.151 auf TEUR 4.078.

Die Kennzahlen des Unternehmens stellen sich wie folgt dar:

	2012	**2011**
Umsatzrentabilität*	10,1%	10,1%
Gesamtkapitalrentabilität**	12,4%	15,5%
Eigenkapitalrentabilität***	258,1%	262,7%

* Gewinn x 100 / Umsatz
** (Gewinn + Fremdkapitalzinsen) x 100 / Bilanzsumme [Gesamtkapital]
*** Gewinn x 100 / gezeichnetes Kapital + Rücklage

Im Vergleich zum Vorjahr verringern sich Umsatz sowie Jahresüberschuss im gleichen Verhältnis. Als Resultat verbleibt eine konstante Umsatzrentabilität.

Die abnehmende Gesamtkapitalrentabilität ist Folge einer erhöhten Bilanzsumme, welche sich aus den im Geschäftsjahr erhaltenen Anzahlungen für das Kanalbauprogramm erklärt. Die erhaltenen Anzahlungen für Bauleistungen erhöhen das Fremdkapital, ohne einen entsprechenden Ergebnisbeitrag zu liefern, da die Aufwendungen für Bauleistungen im Geschäftsjahr überwiegend zu Bestandsveränderungen der unfertigen Leistungen und nicht zu Umsätzen mit entsprechenden Ergebnisbeiträgen führen.

Die Vermögens- und Finanzlage spiegeln folgende Kennzahlen wider:

	2012	**2011**
Eigenkapital	TEUR 5.660	TEUR 5.732
Eigenkapitalquote*	15,6%	19,5%
Verschuldungsgrad**	84,4%	80,5%
Anlagendeckungsgrad***	43,8%	39,7%

* Eigenkapital x 100 / Bilanzsumme [Gesamtkapital]
** Fremdkapital x 100 / Bilanzsumme [Gesamtkapital]
*** Eigenkapital x 100 / Anlagevermögen

Das zum Bilanzstichtag ausgewiesene Eigenkapital verringert sich gegenüber dem Vorjahr entsprechend der Höhe des Bilanzgewinns. Die deutlicher ins Gewicht fallende Reduzierung der Eigenkapitalquote ergibt sich darüber hinaus aus der Erhöhung des Fremdkapitals aufgrund der erhöhten Anzahlungen für die Bauleistungen. Der gestiegene Fremdkapitalanteil hat bei relativ konstanter Eigenkapitalausstattung die Verringerung der Eigenkapitalquote bzw. Erhöhung des Verschuldungsgrads zur Folge.

Der gestiegene Anlagendeckungsgrad erklärt sich durch die buchmäßige Verringerung des Anlagevermögens infolge der Abschreibungen.

Die Innenfinanzierungskraft (Jahresüberschuss + Abschreibungen + Veränderung der langfristigen Rückstellungen) beläuft sich im Berichtsjahr auf einen Betrag von TEUR 6.128 und damit auf Vorjahresniveau (TEUR 6.078). Das leicht gesunkene Jahresergebnis wird durch eine Erhöhung der langfristigen Rückstellungen ausgeglichen.

3. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Abschluss des Geschäftsjahres 2012

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres 2012 sind nicht eingetreten.

4. Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die WBO GmbH agiert auf der Grundlage langfristiger Verträge mit der Stadt Oberhausen und ihren Gesellschaften sowie aufgrund von mehrjährigen Verträgen mit Remondis relativ unabhängig von Marktentwicklungen.

Die WBO GmbH erhielt den Zuschlag im Rahmen des Ausschreibungsverfahrens der Dualen Systeme bei der Glas-Erfassung im Stadtgebiet Oberhausen der Jahre 2013 bis 2015.

Aus den Verkäufen der restlichen Baugrundstücke „Zur Koppenburgs Mühle“ sind noch weitere Umsatzerlöse zu erwarten.

Die WBO GmbH ermittelt regelmäßig ihre Risiken im Rahmen des Risikomanagements, um Risiken und Chancen rechtzeitig zu erkennen, zu bewerten und der Geschäftsführung die Möglichkeit zur rechtzeitigen Gegensteuerung zu geben.

Änderungen rechtlicher Rahmenbedingungen, die einen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der WBO GmbH haben, sind zum jetzigen Zeitpunkt nicht erkennbar.

Zur Umsetzung der landesrechtlichen Vorgaben (Dichtheitsprüfung von Grundstücksentwässerungsanlagen) gemäß § 61a Absatz I des Landeswassergesetztes NRW hat die Stadt Oberhausen die Entwässerungssatzung zum 12.12.2011 geändert. Aus der Änderung der Entwässerungssatzung der Stadt Oberhausen haben sich für die WBO GmbH wirtschaftliche Nachteile ergeben.

Aufgrund der öffentlich geführten Diskussionen in Nordrhein-Westfalen zu den Ausführungsbestimmungen des LWG NRW sind viele Eigenheimbesitzer verunsichert und nehmen eine abwartende Haltung hinsichtlich einer Beauftragung dieser Dienstleistung ein. Dieses ist durch einen deutlichen Auftragsrückgang spürbar.

Zur weiteren Auslastung der Kfz-Werkstatt konnte ein Vertragsabschluss mit der Firma MEG (Mülheimer Entsorgungsgesellschaft mbH) erreicht werden. Dieser beinhaltet zum einen die Personalgestellung für den Werkstattbetrieb am Standort der MEG mbH und zum anderen die Übernahme von Reparaturdienstleistungen in den Werkstatthallen der WBO GmbH, welche am o. g. Standort nicht durchgeführt werden können.

Bis zum Jahre 2015 werden Zinsaufwendungen für Bestandsdarlehen in Höhe von TEUR 437 die Ergebnisse belasten.

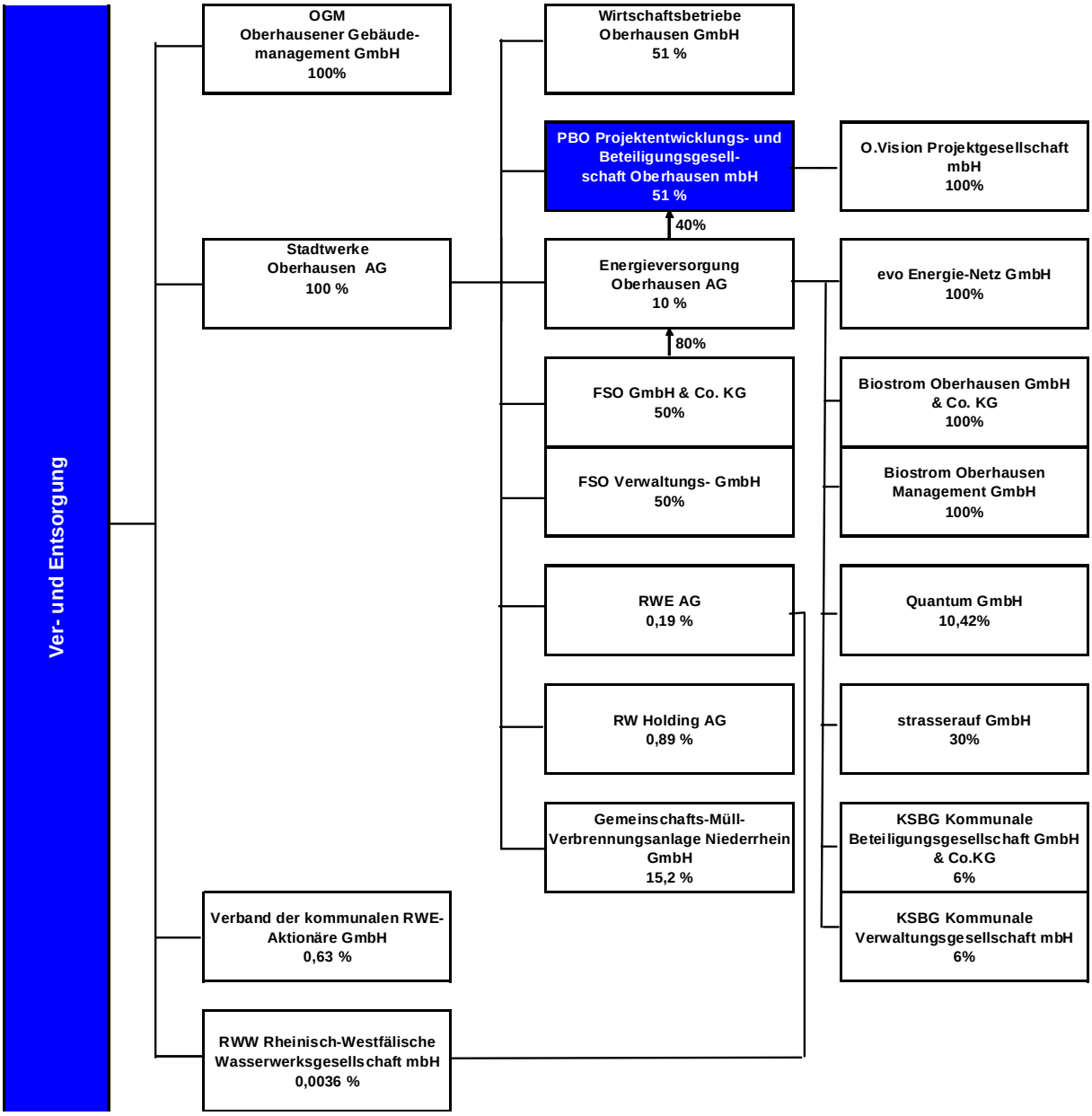
Bestandsgefährdende Risiken sind von der Geschäftsführung derzeit nicht zu erkennen.

Unser besonderer Dank gilt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gesellschaft im Jahre 2012. Wir vertrauen auch weiterhin auf den Einsatz und die Leistungsbereitschaft der Belegschaft.

Oberhausen, den 12. Februar 2013

WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH

Maria Guthoff Karsten Woidtke


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100%
Stadtwerke
Oberhausen AG
100 %
Verband der kommunalen RWE-
Aktionäre GmbH
0,63 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0036 %
Wirtschaftsbetriebe
Oberhausen GmbH
51 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesell-
schaft Oberhausen mbH
51 %
40%
Energieversorgung
Oberhausen AG
10 %
80%
FSO GmbH & Co. KG
50%
FSO Verwaltungs- GmbH
50%
RWE AG
0,19 %
RW Holding AG
0,89 %
Gemeinschafts-Müll-
Verbrennungsanlage Niederrhein
GmbH
15,2 %
O.Vision Projektgesellschaft
mbH
100%
evo Energie-Netz GmbH
100%
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100%
Biostrom Oberhausen
Management GmbH
100%
Quantum GmbH
10,42%
strasserauf GmbH
30%
KSBG Kommunale
Beteiligungsgesellschaft GmbH
& Co.KG
6%
KSBG Kommunale
Verwaltungsgesellschaft mbH
6%

PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Bahnhofstr. 66
46145 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/ 835 5301
Fax	0208/853983
e-Mail	lichtenheld@eno-gmbh.de
Internet	-

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 255,65

Gesellschafter:

	T€	%
evo Energieversorgung Oberhausen AG	102,26	40,00
Stadtsparkasse Oberhausen	23,01	9,00
STOAG Stadtwerke Oberhausen AG	130,38	51,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Entwicklung ausgewählter Gewerbestandorte mit dem Ziel, zur Stärkung und Förderung zukunftsorientierter Wirtschaftsstrukturen geeignete Gewerbeflächen und -objekte marktreif anbieten zu können.

Die Gesellschaft wird zu diesem Zweck insbesondere Grundstücke und Gebäude erwerben oder sich das Verfügungsrecht darüber sichern, deren künftige Nutzung selbst oder mit Unterstützung Dritter konzipieren, die wirtschaftlichen, rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen zur Vermarktung und Nutzung schaffen sowie Grundstücke geeigneten Investoren, Eigennutzern, Projektentwicklern oder sonstigen Dritten veräußern oder überlassen. Soweit dies dem Prinzip der Wirtschaftlichkeit nicht zuwiderläuft, beachtet die Gesellschaft insbesondere bei der Auswahl der Erwerber die wirtschaftsfördernden Ziele.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Rechtsgeschäften berechtigt, durch die der vorgenannte Gesellschaftszweck auch mittelbar gefördert werden kann.

Die Gesellschaft kann sich an anderen Unternehmen beteiligen.

Wichtige Verträge

OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH	Geschäftsbesorgungsvertrag mit der O.VISION Projektgesellschaft mbH

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2012)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Lichtenheld, Frank
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Overkamp, Werner

Aufsichtsrat:	Vorsitzender (Mitglied gem. § 113 GO)	Wehling, Klaus
	stellv. Vorsitzender	Gieske, Hartmut
	Mitglied	Albrecht-Mainz, Elia
	Mitglied	M.d.L. Große Brömer, Wolfgang
	Mitglied	Homberg, Bernd
	Mitglied	Overkamp, Werner
	Mitglied	Salhofen, Ulrich
	Mitglied	Schranz, Daniel
	Mitglied	Wittmann, Regina

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH	25,00	100,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2010		**2011**		**2012**		**Veränder-ungen**	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	0,00	0,0	0,00	0,0	0,00	0,0	0,00	
Umlaufvermögen	3.234,16	41,0	3.199,31	41,6	3.794,20	49,0	594,89	18,59
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	4.650,14	59,0	4.497,36	58,4	3.948,05	51,0	-549,31	-12,21
Bilanzsumme	**7.884,31**	**100,00**	**7.696,67**	**100,00**	**7.742,25**	**100,00**	**45,58**	**0,59**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Rückstellungen	1.344,47	17,1	1.199,37	15,6	1.199,17	15,5	-0,20	-0,02
Verbindlichkeiten	6.539,84	82,9	6.497,30	84,4	6.543,08	84,5	45,78	0,70
Bilanzsumme	**7.884,31**	**100,00**	**7.696,67**	**100,00**	**7.742,25**	**100,00**	**45,58**	**0,59**

bb) GuV

	2010	2011	2012
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	39,50	319,50	429,45
sonstige betriebliche Erträge	183,45	7,42	0,25
Personalaufwand		3,80	2,00
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.084,59	370,02	79,62
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	523,92	391,70	389,61
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	182,79	193,07	187,16
Ergebnis der gewöhnlichen Geschaftstätigkeit	-520,51	151,74	550,53
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-0,00	-9,67	
sonstige Steuern	8,62	8,62	1,23
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-529,13	152,78	549,31
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-529,13	152,78	549,31

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2012	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-1.339,42	47,82	127,91	%
Eigenkapitalrentabilität:	-100,00	-100,00	-100,00	%
Cash-Flow:	-529,13	152,78	549,31	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:		1,16	0,47	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2012	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	0,00	0,00	0,00	%
Fremdkapitalquote:	100,00	100,00	100,00	%

e) Lagebericht

Rechtsstreit EAI

Der Rechtsstreit mit Euro Auctions Immobilien GmbH (EAI) wurde 2012 fortgesetzt. PBO und die O.Vision Projektgesellschaft mbH (OVP) haben EAI auf Anregung des Landgerichts Duisburg einen Vergleich vorgeschlagen. Der offene Restbetrag aus der Grundstücksverwertung in Höhe von ca. 3,6 Mio. EUR soll um ca. 0,6 Mio. EUR reduziert werden. Dafür wird der Rechtsstreit beendet und EAI zahlt 1,75 Mio. EUR bis Ende 2013 und 1,25 Mio. EUR im Jahr 2014.

Jahresabschluss 2012

Im Geschäftsjahr 2012 hat die PBO (einschließlich der zum 01.01.2008 verschmolzenen O.Vision Zukunftspark Oberhausen - OVZ) Umsatzerlöse in Höhe von 140 T€ aus Grundstücksverwertungen durch EAI erzielt.

Die PBO konnte außerdem Grünflächen an die Emschergenossenschaft für das Projekt Läppkes Mühlenbach (Umbau des Gewässers) veräußern und hierdurch einen Erlös in Höhe von 250 T€ erzielen.

Die PBO weist zum Abschluss des Geschäftsjahres 2012 einen Jahresüberschuss von 549 T€ aus. Das negative Eigenkapital hat sich hierdurch auf 3.948 T€ reduziert.

Einer Überschuldung wurde durch entsprechende Rangrücktritte vorgebeugt.

Die Aufwandsseite ist im Wesentlichen von Zinsaufwendungen (187 T€) geprägt. Die Erlösseite wird durch Umsatzerlöse aus Grundstücksverwertungen (390 T€) sowie durch Zinserträge (390 T€), insbesondere aus interner Verrechnung mit der OVP bestimmt.

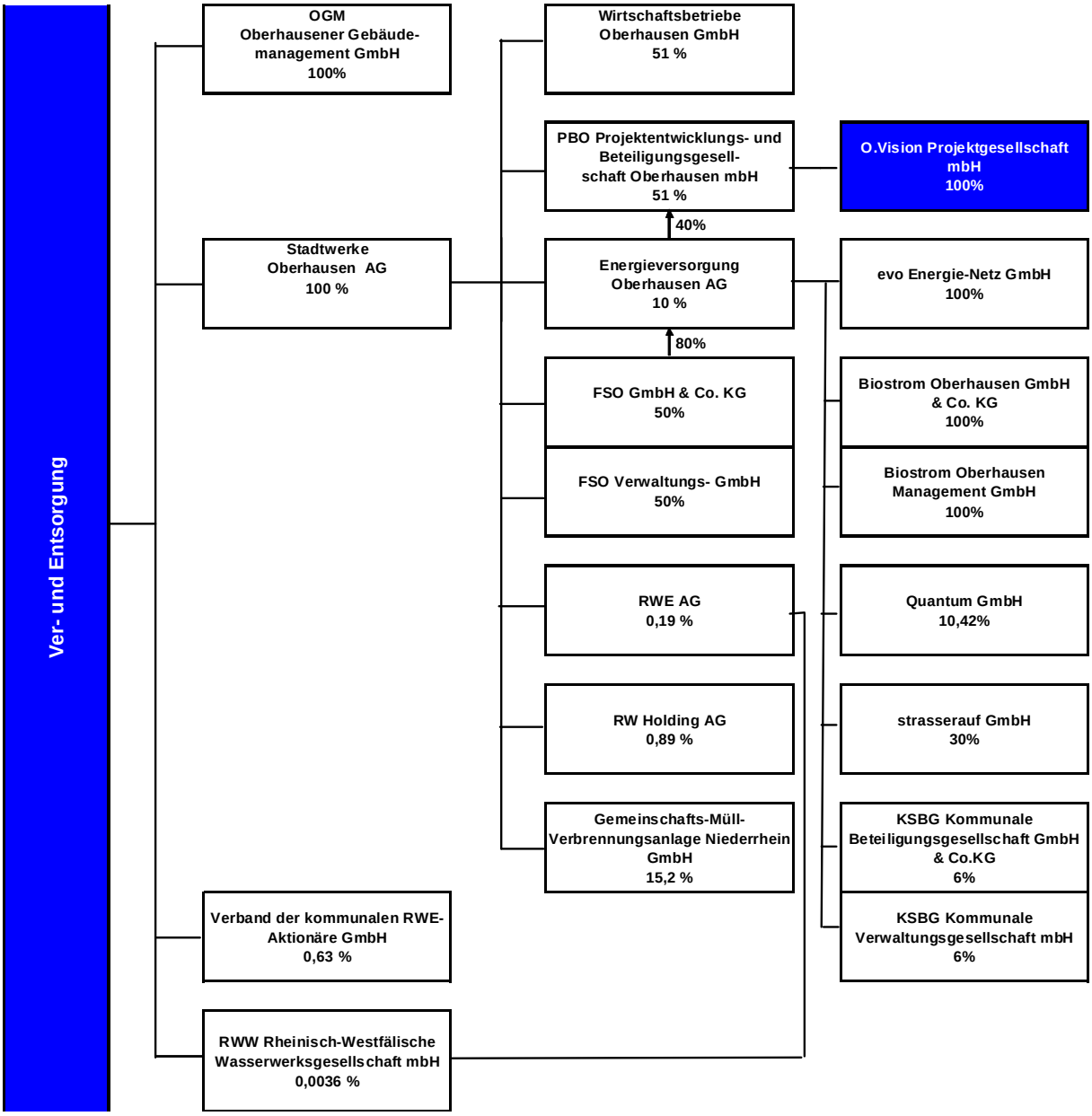
Ausblick

In 2013 werden Umsatzerlöse von EAI aus Grundstücksverwertungen für die Projekte Roller (226 T€) und Decathlon (414 T€) erwartet. Die Umsatzerlöse könnten sich erhöhen, wenn EAI dem vorgenannten Vergleich zustimmt.

Oberhausen, 26. Februar 2013

Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH

Frank Lichtenheld


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100%
Stadtwerke
Oberhausen AG
100 %
Verband der kommunalen RWE-
Aktionäre GmbH
0,63 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0036 %
Wirtschaftsbetriebe
Oberhausen GmbH
51 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesell-
schaft Oberhausen mbH
51 %
40%
Energieversorgung
Oberhausen AG
10 %
80%
FSO GmbH & Co. KG
50%
FSO Verwaltungs- GmbH
50%
RWE AG
0,19 %
RW Holding AG
0,89 %
Gemeinschafts-Müll-
Verbrennungsanlage Niederrhein
GmbH
15,2 %
O.Vision Projektgesellschaft
mbH
100%
evo Energie-Netz GmbH
100%
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100%
Biostrom Oberhausen
Management GmbH
100%
Quantum GmbH
10,42%
strasserauf GmbH
30%
KSBG Kommunale
Beteiligungsgesellschaft GmbH
& Co.KG
6%
KSBG Kommunale
Verwaltungsgesellschaft mbH
6%

OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Bahnhofstr. 66
46145 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/ 825 2010
Fax	0208/ 825 5222
e-Mail	-
Internet	-

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 25,00

Gesellschafter:	**T€**	**%**
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	25,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Entwicklung ausgewählter Gewerbestandorte, insbesondere von Grundstücksteilflächen des ehemaligen Stahlwerks Oberhausen mit dem Ziel, zur Stärkung und Förderung zukunftsorientierter Wirtschaftsstrukturen geeignete Gewerbeflächen und -objekte marktreif anbieten zu können.

Die Gesellschaft wird zu diesem Zweck insbesondere Grundstücke und Gebäude erwerben oder sich das Verfügungsrecht darüber sichern, deren künftige Nutzung selbst oder mit Unterstützung Dritter konzipieren, die wirtschaftlichen, rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen zur Vermarktung und Nutzung schaffen sowie Grundstücke geeigneten Investoren, Eigennutzern, Projektentwicklern oder sonstigen Dritten veräußern oder überlassen. Soweit dies dem Prinzip der Wirtschaftlichkeit nicht zuwiderläuft, beachtet die Gesellschaft insbesondere bei der Auswahl der Erwerber die wirtschaftsfördernden Ziele.

Die Gesellschaft ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet.

Wichtige Verträge

PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	Geschäftsbesorgungsvertrag mit der O.VISION Projektgesellschaft mbH
Stadt Oberhausen	Erklärung einer Mittelverwendungsbürgschaft der Stadt über 18.491 TDM vom 17.11.1999 zur Sicherung des Investitionszuschusses des Landes an die O.Vision Projektgesellschaft mbH

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2012)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Klunk, Peter
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Overkamp, Werner

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2010		2011		2012		Veränder-ungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Umlaufvermögen	1.894,41	17,5	1.760,44	16,0	1.840,40	9,6	79,96	4,54
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	8.907,24	82,5	9.263,53	84,0	17.241,24	90,4	7.977,71	86,12
Bilanzsumme	**10.801,65**	**100,00**	**11.023,97**	**100,00**	**19.081,64**	**100,00**	**8.057,67**	**73,09**
Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Rückstellungen	1.006,60	9,3	1.006,60	9,1	8.639,95	45,3	7.633,35	758,33
Verbindlichkeiten	9.795,05	90,7	10.017,37	90,9	10.441,69	54,7	424,32	4,24
Bilanzsumme	**10.801,65**	**100,00**	**11.023,97**	**100,00**	**19.081,64**	**100,00**	**8.057,67**	**73,09**

bb) GuV

	2010	2011	2012
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	8,82	8,69	0,00
sonstige betriebliche Erträge			11,75
Materialaufwand			0,00
Personalaufwand			0,00
Abschreibungen	0,03		0,00
sonstige betriebliche Aufwendungen	57,78	57,26	56,08
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	172,04	82,47	82,47
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	385,56	385,56	385,56
Ergebnis der gewöhnlichen Geschaftstätigkeit	-262,50	-351,66	-347,42
außerordentliche Aufwendungen			7.633,35
außerordentliches Ergebnis			-7.633,35
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-18,35		
sonstige Steuern	4,63	4,63	-3,06
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-248,78	-356,29	-7.977,71
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-248,78	-356,29	-7.977,71

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2012	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-2.820,64	-4.101,64		%
Eigenkapitalrentabilität:	-100,00	-100,00	-100,00	%
Cash-Flow:	-248,75	-356,29	-7.977,71	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:			0,00	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2012	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,00	0,00	0,00	%
Eigenkapitalquote:	0,00	0,00	0,00	%
Fremdkapitalquote:	100,00	100,00	100,00	%

e) Lagebericht

Rechtsstreit NRW.Bank
Die OVP hat bezüglich des für die Baureifmachung und Erschliessung erhaltenen Zuschusses von der NRW.Bank einen Rückforderungsbescheid in Höhe von EUR 7.848.956,28 inkl. Zinsen erhalten. Die OVP hat daraufhin mit der Stadt Oberhausen eine Patronatsvereinbarung abgeschlossen. Hierdurch wurde die drohende Insolvenz der OVP abgewendet. Im Oktober hat die OVP die Klage der NRW.Bank erhalten. Die Rechtsanwälte von Kapellmann und Partner haben zunächst eine Verteidigungsanzeige und im Dezember eine Klageerwiderung an das Landgericht Duisburg versendet.

Rechtsstreit EAI
Der Rechtsstreit mit Euro Auctions Immobilien GmbH (EAI) wurde 2012 fortgesetzt. PBO und OVP haben EAI gem. LG Duisburg einen Vergleich vorgeschlagen. Der offene Restbetrag aus der Grundstücksverwertung in Höhe von ca. 3,6 Mio. EUR soll um ca. 0,6 Mio. EUR reduziert werden. Dafür wird der Rechtsstreit beendet und EAI zahlt 1,75 Mio. EUR bis Ende 2013 und 1,25 Mio. EUR im Jahr 2014.

Jahresabschluss 2012
Umsatzerlöse aus dem Vertrag mit EAI konnten im Geschäftsjahr 2012 nicht erzielt werden. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 7.978 TEUR resultiert in erster Linie aus der Einbuchung der Risiken im Zusammenhang mit möglichen Rückzahlungen der erhaltenen Fördermittel und aus den Zinsbelastungen im Zusammenhang mit den Gesellschafterdarlehen.

Zur Sicherstellung der Liquidität der Gesellschaft hat die PBO auch im Geschäftsjahr 2012 Gesellschafterdarlehen zur Verfügung gestellt. Zum 31. Dezember 2012 bestehen Rang- rücktritte der Gesellschafterin PBO im Zusammenhang mit ihren Forderungen in Höhe von 10,4 Mio. EUR. Eine Überschuldung der OVP im insolvenzrechtlichen Sinne ist damit zum 31. Dezember 2012 nicht gegeben.

Ausblick / Risiken
Aufgrund der Gestaltung des mit EAI abgeschlossenen Vertrages bestehen in den nächsten Jahren weitere Chancen auf Verwertungsprovisionen im Zusammenhang mit den von EAI getätigten Grundstücksverkäufen. Voraussichtlich werden diese nicht ausreichen, die Gesellschafterdarlehen in vollem Umfang zurückzuzahlen.

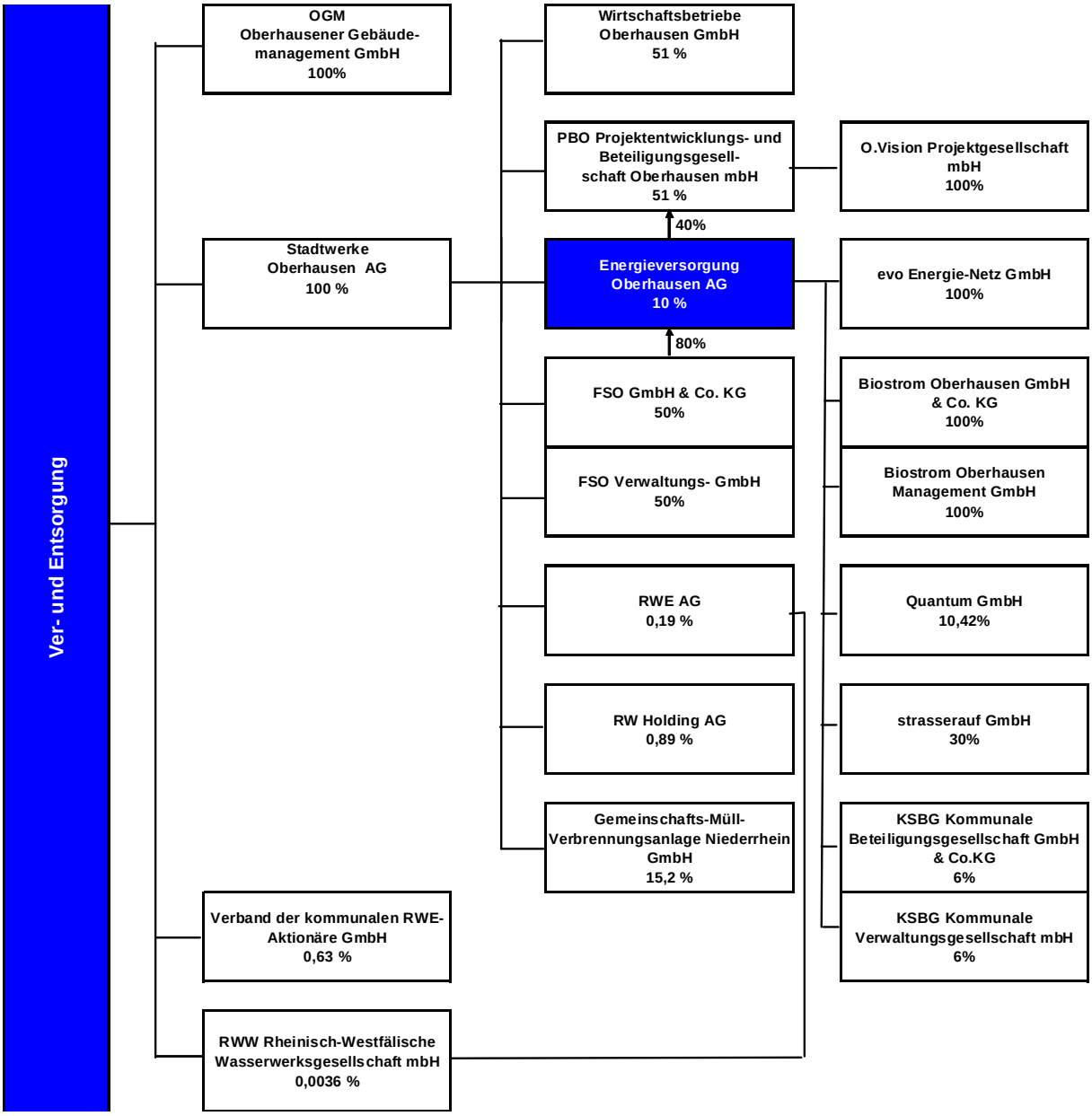
Eine eigene operative Geschäftstätigkeit der OVP ist für das Jahr 2013 und auch für die Folgejahre weiterhin nicht geplant.

Aufgrund der Klage der NRW.Bank ergeben sich Risiken im Zusammenhang mit möglichen Rückführungen der erhaltenen Fördermittel.

Oberhausen, 26. Februar 2013

O.VISION Projektgesellschaft mbH

Peter Klunk


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100%
Stadtwerke
Oberhausen AG
100 %
Verband der kommunalen RWE-
Aktionäre GmbH
0,63 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0036 %
Wirtschaftsbetriebe
Oberhausen GmbH
51 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesell-
schaft Oberhausen mbH
51 %
40%
Energieversorgung
Oberhausen AG
10 %
80%
FSO GmbH & Co. KG
50%
FSO Verwaltungs- GmbH
50%
RWE AG
0,19 %
RW Holding AG
0,89 %
Gemeinschafts-Müll-
Verbrennungsanlage Niederrhein
GmbH
15,2 %
O.Vision Projektgesellschaft
mbH
100%
evo Energie-Netz GmbH
100%
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100%
Biostrom Oberhausen
Management GmbH
100%
Quantum GmbH
10,42%
strasserauf GmbH
30%
KSBG Kommunale
Beteiligungsgesellschaft GmbH
& Co.KG
6%
KSBG Kommunale
Verwaltungsgesellschaft mbH
6%

evo Energieversorgung Oberhausen AG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Danziger Str. 31
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/ 8350
Fax	0208/ 8352620
e-Mail	service@evo-energie.de
Internet	http://www.evo-energie.de/

Rechtsform: AG
Stammkapital in T€: 26.000,00

Gesellschafter:

	T€	%
FSO GmbH & Co.KG	20.800,00	80,00
RWE Deutschland AG	2.600,00	10,00
STOAG Stadtwerke Oberhausen AG	2.600,00	10,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist

-jedwede Art der Erzeugung, gewerblichen Nutzung und Verteilung von Energie (Strom, Gas und Fernwärme) und Wasser im jeweiligen Gebiet der Stadt Oberhausen sowie im Zusammenhang damit die Abgabe solcher Energien in Netze außerhalb des Stadtgebietes;

-die Entsorgung von Abfällen jeglicher Art;

-die Planung und Durchführung von baulichen und maschinellen Anlagen auf den Gebieten der Energie- und Wasserversorgung und -verteilung sowie der Abfallentsorgung auch für Dritte;

-die Erbringung von Dienstleistungen;

-sowie die Errichtung und der Betrieb von Anlagen im Bereich der Telekommunikation.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen oder ihm unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind.
Sie kann insbesondere

-Dienstleistungen erbringen

-Anlagen und Einrichtungen aller Art erwerben, errichten und betreiben, allein oder gemeinsam mit anderen, für eigene oder fremde Rechnung;

-Forschung und Entwicklung betreiben;

-Patente oder sonstige gewerbliche Schutzrechte, Kenntnisse oder Erfahrungen erwerben, verwerten und veräußern;

-Grundstücke und andere Immobilien erwerben, verwerten und veräußern.

Die Gesellschaft kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben an anderen Unternehmen beteiligen, fremde Unternehmen erwerben sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten.

Wichtige Verträge

evo Energie-Netz GmbH	EAV zwischen evo AG und evo Energie-Netz GmbH vom 16.10.2006
evo Energie-Netz GmbH	Pachtvertrag über Strom- und Gasversorgungsnetze zuwischen der evo AG und der evo-netz vom 16.11.2006; Pachtvertrag über Fernwärmeversorgungsnetze zwischen der evo AG und der evo-netz vom 16.11.2006; Arbeitnehmerüberlassungsvertrag zwischen der evo AG und der evo-netz vom 16.11.2006
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	Fernwärmeliefervertrag zwischen der evo und GMVA vom 29.05.2009
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	Vertrag über Einrichtung, Betrieb, Wartung und Überlassung von technischen Anlagen
RWE Gesellschaften	Rahmenvertrag über den Kauf/Verkauf von elektrischer Energie und Optionen vom 28.06.2006; Vertrag über die "bilanzkreistechnische Abwicklung von Lieferungen in Regelzonen der E.ON, Vattenfall und EnBW" und Lieferung von Ausgleichsenergie in diesen Regelzonen; Vertrag über Kauf und Rückgabe von Fahrplänen und Lieferung von Ausgleichsenergie vom 17.07.2008
Stadt Oberhausen	Konzessionsvertrag zwischen der Stadt Oberhausen und der evo vom 23.11.1995 über die Versorgung mit Elektrizität, Gas und Fernwärme in Oberhausen; Gebäudeenergie-Servicevertrag mit der Stadt Oberhausen vom 31.01.1997
STOAG Stadtwerke Oberhausen AG	Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag zwischen der von der STOAG und der RWE Rhein-Ruhr AG im Geschäftsjahr 2003 gegründeten FSO GmbH & Co. KG und der EVO vom 16.12.2003
STOAG Stadtwerke Oberhausen AG	Geschäftsbesorgungsvertrag zwischen der evo und STOAG vom 24.09.2004 im Rahmen der kaufmännischen Verwaltung für die STOAG
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	Geschäftsbesorgungsvertrag vom 28.11.2006 über die Erbringung der gesamten Geschäftsbuchführung für WFO und deren Tochtergesellschaften

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2012)

Vorstand:	Mitglied	Gieske, Hartmut
	Mitglied	Homberg, Bernd
Hauptversammlung:		Vorstand der STOAG
Aufsichtsrat:	Vorsitzender (Mitglied gem. § 113 GO)	Wehling, Klaus
	1. stellv. Vorsitzender	Böddeling, Bernd
	2. stellv. Vorsitzender (AN)	Püttmann, Uwe
	Mitglied	Broß, Klaus Dieter
	Mitglied	Pléw, Peter
	Mitglied	Reichardt, Jürgen
	Mitglied	Schranz, Daniel
	Mitglied	Dr. Schröder, Achim
	Mitglied	Dr. Schulte, Franz-Josef
	Mitglied	Vöpel, Dirk
	Mitglied	Dr. Glimpel, Thomas
	Mitglied (AN)	Michel, Ralf
	Mitglied (AN)	Neuhaus, Jürgen
	Mitglied (AN)	Tirbs, Markus

Prokura:	Prokuristin	Slomma, Claudia
	Prokurist	Mucke, Arnd
	Prokurist	Neubauer, Hans
	Prokurist	Seifert, Eckhard

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG	1.000,00	100,00
Biostrom Oberhausen Management GmbH	25,00	100,00
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	12,50	4,12
evo Energie-Netz GmbH	30,00	100,00
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG	0,06	6,00
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH	6,00	6,00
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	102,26	40,00
Projektgesellschaft FIBE S.p.A., Neapel/Italien		0,01
Quantum GmbH	82,50	10,42
strasserauf GmbH	7,50	30,00

mittelbar	**T€**	**%**
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH	10,00	40,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2010		**2011**		**2012**		**Veränder-ungen**	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	91.920,29	54,0	111.734,15	70,0	116.310,37	66,8	4.576,22	4,10
Umlaufvermögen	78.004,00	45,8	47.455,40	29,7	57.260,28	32,9	9.804,88	20,66
Rechnungsabgrenzungsposten	216,31	0,1	409,09	0,3	473,42	0,3	64,33	15,73
Bilanzsumme	**170.140,59**	**100,00**	**159.598,64**	**100,00**	**174.044,07**	**100,00**	**14.445,43**	**9,05**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	30.304,99	17,8	30.304,99	19,0	30.304,99	17,4	0,00	0,00
Sonderposten mit Rücklagenanteil	10.744,43	6,3	10.460,57	6,6	9.913,54	5,7	-547,03	-5,23
Rückstellungen	81.392,09	47,8	72.209,88	45,2	65.972,14	37,9	-6.237,74	-8,64
Verbindlichkeiten	45.619,96	26,8	46.293,20	29,0	67.523,41	38,8	21.230,21	45,86
Rechnungsabgrenzungsposten	2.079,12	1,2	330,00	0,2	330,00	0,2	0,00	0,00
Bilanzsumme	**170.140,59**	**100,00**	**159.598,64**	**100,00**	**174.044,07**	**100,00**	**14.445,43**	**9,05**

bb) GuV

	2010	2011	2012
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	227.630,55	225.187,75	227.796,50
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-152,09	62,04	-131,59
andere aktivierte Eigenleistungen	71,18	7,79	4,65
sonstige betriebliche Erträge	6.130,74	10.760,45	8.456,27
Materialaufwand	159.770,23	158.335,86	169.661,39
Personalaufwand	31.820,31	32.703,28	26.975,07
Abschreibungen	9.995,65	10.022,59	9.194,77
sonstige betriebliche Aufwendungen	14.171,07	13.663,35	13.664,99
Erträge aus Beteiligungen	1,50	3,45	1.504,63
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	576,79	382,21	368,29
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.303,86	392,02	450,68
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	1.130,18	1.868,28	1.500,57
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufsvermögens	216,33	173,70	1.593,66
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.511,45	3.594,40	2.602,98
Ergebnis der gewöhnlichen Geschaftstätigkeit	15.947,30	16.434,25	13.255,98
außerordentliche Erträge	152,21		
außerordentliche Aufwendungen	2.291,59	1.115,20	
außerordentliches Ergebnis	-2.139,37	-1.115,20	
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	2.236,66	3.187,05	
sonstige Steuern			2.282,66
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	11.571,26	12.132,01	10.973,32
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	0,00	0,00	0,00
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2012	Angaben in
Umsatzrentabilität:	5,08	5,39	4,82	%
Eigenkapitalrentabilität:	38,18	40,03	36,21	%
Cash-Flow:	21.783,24	22.328,30	21.761,75	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	526,31	540,09	682,44	T€
Personalaufwandsquote:	13,62	13,86	11,42	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2012	Angaben in
Sachanlagenintensität:	50,79	59,40	57,16	%
Eigenkapitalquote:	17,81	18,99	17,41	%
Fremdkapitalquote:	82,19	81,01	82,59	%

e) Lagebericht

1 Unternehmen

Die Energieversorgung Oberhausen AG (evo AG), Oberhausen, wurde 1971 durch Ausgliederung der Energieversorgungsbereiche aus der Stadtwerke Oberhausen AG (STOAG), Oberhausen, gemeinsam mit der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk AG – heute RWE AG –, Essen, gegründet. Aufgrund der Vorgaben des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) erfolgte mit Wirkung zum 1. Januar 2007 die Ausgliederung sämtlicher Netzaktivitäten auf die neu gegründete 100-prozentige Tochtergesellschaft, die evo Energie-Netz GmbH (evo-netz), Oberhausen.

Das Grundkapital der evo AG beträgt EUR 26,0 Mio. und ist eingeteilt in 64.000 Stückaktien. Aktionäre der Gesellschaft sind die RWE Deutschland AG (RWE), Essen, und die STOAG, mit je 6.400 Stückaktien sowie die FSO GmbH & Co. KG (FSO), Oberhausen, mit 51.200 Stückaktien. Diese repräsentieren derzeit ein Grundkapital von je EUR 2,6 Mio. für die RWE und die STOAG sowie ein anteiliges Grundkapital von EUR 20,8 Mio. für die FSO. Sowohl zwischen der FSO und der evo AG als auch zwischen der evo AG und der evo-netz bestehen Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge (EAV) im Rahmen des gesetzlich Zulässigen. Darüber hinaus ist eine ertragssteuerliche Organschaft mit der FSO (Organträger) und den evo-Gesellschaften (Organgesellschaften) gegeben. Die umsatzsteuerliche Organschaft zwischen der evo AG und der evo-netz wurde im Laufe des Geschäftsjahres 2012 beendet. Als Konzerntochter ist die evo AG in den FSO-Konzern eingebunden.

Die evo AG nimmt im Stadtgebiet Oberhausen den Vertrieb von Energie (Strom, Erdgas, Fernwärme, Energieservice), die Erbringung energienaher Dienstleistungen sowie die Energieerzeugung im Kraft-Wärme-Kopplungsprozess wahr. Sie hat damit eine signifikante regionale Stellung. Fernwärme und Strom werden nicht nur in zwei eigenen Heizkraftwerken (HKWs), sondern auch in einem Biomasse-Heizkraftwerk, betrieben von der Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG (BSO KG) als 100-prozentige Tochter der evo AG, an den Standorten Alt-Oberhausen und Sterkrade erzeugt, im Übrigen von weiteren Stromhändlern und der Gemeinschafts-Müllverbrennungsanlage Niederrhein GmbH (GMVA; nur Wärme) bzw. der OXEA Group (nur Abwärme) bezogen. Daneben betreibt die evo AG eine Dampferzeugungsanlage auf einem durch Einräumung einer befristeten Dienstbarkeit überlassenen Grundstück.

Die Strategie der evo AG zur nachhaltigen Steigerung des Unternehmenswertes besteht in der Fokussierung auf das Kerngeschäft Energie (Erzeugung, Beschaffung, Vertrieb) einschließlich energienaher Dienstleistungen in Oberhausen und Umgebung. Dabei ist dem Gesichtspunkt der sicheren und umweltverträglichen Versorgung Rechnung zu tragen. Die evo AG setzt sich zum Ziel, durch ihr unternehmerisches Handeln eine Balance innerhalb des energiewirtschaftlichen Zieldreiecks, bestehend aus Nachhaltigkeit, Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit zu gewährleisten, um ihren Kunden langfristig eine bezahlbare Energieversorgung garantieren zu können.

Trotz des zunehmenden Wettbewerbs beim Strom- und Erdgasvertrieb konnte die evo AG ihre wirtschaftlichen Interessen durch ein aktives Marktmanagement und innovative Produkte maßvoll und kundenverträglich weiter verfolgen. Durch die gemeinsame Energiebeschaffung der Gesellschaft Quantum GmbH (Quantum) werden für die evo AG optimale Konditionen realisiert.

Mit Inkrafttreten des nordrhein-westfälischen Tariftreue- und Vergabegesetzes (TVgG) zum 1. Mai 2012 hat sich für die evo AG die Rechtsgrundlage der Auftragsvergabe spürbar verändert. Als Unternehmen in teilweise öffentlicher Anteilseignerschaft fällt auch die evo AG unter die Bestimmungen dieser Gesetzesregelung. Zukünftig wird seitens der evo AG bei Auftragsvergaben darauf zu achten sein, dass Vertragspartner vorgegebene Standards bei Lohn, Arbeitsbedingungen, Umweltschutz, Energieeffizienz und Gleichstellung erfüllen.

Im November 2012 hat der Aufsichtsrat der evo AG den zum 31. August 2013 endenden Vertrag mit dem Kaufmännischen Vorstand Hartmut Gieske vorzeitig um weitere fünf Jahre verlängert.

2 Rahmenbedingungen

2.1 Wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Lage

Der Wettbewerbsdruck auf dem Strom- und Gasmarkt ist unverändert hoch und nimmt noch weiter zu. Mit einer wachsenden Zahl von Wettbewerbern steigt dabei auch die Wechselbereitschaft der Kunden insgesamt. Noch gilt dies für das Stromgeschäft stärker, als für den Erdgasmarkt, wenn auch hier für die Zukunft vermehrte Bewegung zu erkennen ist: Während bis zu 120 Stromanbieter auf dem Oberhausener Markt mit der evo AG konkurrieren, sind es – wenn auch mit steigender Tendenz – bislang rund 60 Gasanbieter, die mit der evo AG um Marktanteile ringen.

Trotz dieses zunehmenden Wettbewerbsdrucks kann die evo AG sowohl bei Strom, als auch bei Ergas ihre führende Marktposition verteidigen und hohe Kundenanteile binden. Auf dem härter umkämpften Strommarkt liegt der Marktanteil (Privat- und Gewerbekunden; PuG) derzeit bei 91 %; beim Erdgasgeschäft sind es sogar 93 % Marktanteil.

Die evo AG setzt auf langfristige Zusammenarbeit mit Kunden und Marktpartnern. Derart stabile, dauerhafte Partnerschaften sind ein wesentlicher Erfolgsfaktor, um auf den liberalisierten Energiemärkten bestehen zu können. Die evo AG ist in dieser Hinsicht gut aufgestellt. Einen Wettbewerbsvorteil bietet etwa die Beteiligung an der Energiebeschaffungsgesellschaft Quantum, die es erlaubt, Strom und Erdgas im Verbund mit anderen Partnern günstig einzukaufen.

Von besonderer Bedeutung in 2012 waren beispielsweise die vollständige Übernahme der Biostrom Gesellschaften durch die evo AG, die neuerliche Bewerbung um die Konzession zum Betrieb eines Strom, Erdgas- und Fernwärmenetzes in Oberhausen, die Überleitung von Personal der evo AG auf die evo-netz – Stichwort „Große Netzgesellschaft“ – und die Verabschiedung einer ehrgeizigen Mittelfristplanung mit dem Ziel der dauerhaften Ertragszielerfüllung.

Die bereits in 2011 angestoßenen Pilotstudien zu den Themen Mikro-KWK-Anlagen und Brennstoffzelle wurden fortgeführt. Hinzu kamen weitere Referenzprojekte, z. B. im Bereich der Nahwärmeversorgung und ein weiterer Ausbau des Fernwärmenetzes im Bereich Osterfeld. Mit dem Anschluss der Siedlung Westerholt werden nun 368 Haushalte der GE-WO Gemeinnütziger Wohnungsbau eG durch die evo AG mit Fernwärme versorgt.

Jenseits ihres Kerngeschäftes ist die evo AG in Oberhausen weiterhin in vielfältiger anderer Art und Weise aktiv. Das Unternehmen unterstützt in den Bereichen Soziales, Kultur, Sport und Jugend zahlreiche Projekte, Maßnahmen und Vereine. Die evo AG bekennt sich damit als lokal stark verwurzeltes Unternehmen zu seiner gesellschaftlichen Verantwortung. Für die evo AG ist es ein selbstverständlicher Teil der Unternehmenskultur, sich zu engagieren: für die Stadt Oberhausen und die Menschen, die hier leben.

Zugleich ist es für die evo AG selbstverständlich, die Stadt Oberhausen bei der Erreichung kommunaler Klimaschutzziele zu unterstützen. Diese Bemühungen zeigen bereits erste Wirkung: 2012 wurde die Stadt Oberhausen mit dem „European Energy Award“ (EEA) ausgezeichnet.

2.2 Belegschaft

Die Beschäftigtenzahl bei der evo AG ist seit mehreren Jahren kontinuierlich rückläufig. Zum Stichtag 31. Dezember 2012 waren bei der evo AG 282 Personen beschäftigt. Dieser im Vergleich zum Vorjahresstand (31. Dezember 2011: 438) deutliche Rückgang der Beschäftigtenzahl resultiert zum Großteil aus einer Überleitung von Personal der evo AG auf die evo-netz. Dazu später mehr. Der sich dessen ungeachtet vollziehende allgemeine Rückgang der Beschäftigtenzahl bei der evo AG führt, wie in den meisten anderen Unternehmen, zukünftig zu einer insgesamt leicht unausgewogenen Alterspyramide. Da die evo AG ihre Belegschaft als wesentlichen Erfolgsfaktor für ihren unternehmerischen Erfolg sieht, ist sie bemüht, den Herausforderungen, die durch den demografischen Wandel entstehen, bereits frühzeitig mit langfristigen Maßnahmen zu begegnen.

Viele Maßnahmen haben daher das Ziel, die physische und mentale Beschäftigungsfähigkeit der Belegschaft zu erhalten und zu fördern.

Darin sieht die evo AG ihre Verantwortung, alle Mitarbeiter gut auf die sich verändernden Anforderungen vorzubereiten. Gefördert werden z. B. zahlreiche Qualifikationen. Neben der rein fachlichen Kompetenz setzt die evo AG insbesondere auf die Stärkung der sozialen Fähigkeiten. Gezielte Führungskräfteentwicklung sowie die Entwicklung von Fach- und Führungskarriere sind hier die wichtigsten Angebote. Der Denkansatz ist dabei ganzheitlich, d. h. im Hinblick auf die Anforderungen des Unternehmens erfolgt die Ausbildung von fachlichen, methodischen und sozialen Kompetenzen.

Als besonders relevant erscheint dabei die Fähigkeit, sich auf immer neue Herausforderungen einzulassen bzw. mit ihnen umzugehen. So ist und bleibt das Veränderungsmanagement ein zentrales Themenfeld. Hinzu kommt die in 2012 vollzogene Einführung eines Verhaltenskodex (Compliance-Programm). Dieser dient der Sicherstellung eines rechtskonformen Verhaltens sowie der Information und dem Schutz des Vorstandes sowie aller Mitarbeiter der Gesellschaft.

An Bedeutung gewonnen hat auch das betriebliche Gesundheitsmanagement. Für eine gesunde Lebensweise zu sensibilisieren, attraktive Angebote zu schaffen, aber auch konkret auf den Arbeitsplatz bezogen Handlungsempfehlungen geben zu können, sind die Ziele, die diesem Konzept zugrunde liegen.

Neben der Förderung der Beschäftigungsfähigkeit, sollen die Mitarbeiter auch durch ansprechende Angebote gebunden werden. Projekte zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die
z. B. Belegplätze in Kindertagesstätten sichern und ein hohes Maß an zeitlicher Flexibilität bei der Arbeitszeit ermöglichen, sowie ein Eltern-Kind-Zimmer werden von den bei der evo AG beschäftigten Eltern sehr geschätzt. Kinder und berufliche Entwicklung sollen nicht im Widerspruch zueinander stehen – weder für Frauen noch für Männer.

Dieses Engagement sichert der evo AG eine hohe Motivation und Identifikation der Mitarbeiter mit dem Unternehmen. Dies ist umso wichtiger, als die evo AG angesichts einer angepassten, ehrgeizigen Mittelfristplanung mit Blick auf die Belange der Anteilseigner zurzeit außerstande ist, befristet Beschäftigte zu übernehmen oder im bisher gewohnten Umfang betrieblich auszubilden, da eine Anpassung der Personalsolldimensionierung wesentlicher Bestandteil der neuen Planung ist.

Diese Haltung war auch handlungsleitendes Motiv bei dem in 2012 vollzogenen konzerninternen Wechsel von Mitarbeitern zwischen der evo AG und der evo-netz, die in den regulierten Bereichen tätig sind. Im ersten Quartal wurde ein konzernweiter Tarifvertrag mit ver.di abgeschlossen, der die Rahmenbedingungen der Überleitung regelt. Nach intensiven Informationsveranstaltungen für die Mitarbeiter wurde der Transfer zum 1. Juni 2012 wirksam. Dabei wurden im Rahmen eines Betriebsübergangs ca. 150 Mitarbeiter von der evo AG zur evo-netz übergeleitet. Diese Unternehmensentscheidung war bereits in 2011 im Hinblick auf die Anerkennung der sogenannten Personalzusatzkosten als dauerhaft nicht beeinflussbare Kosten in der zweiten Regulierungsperiode getroffen worden.

3 Geschäftsverlauf

3.1 Absatz- / Preisentwicklung

3.1.1 Vertrieb Strom

Im Geschäftsjahr 2012 ging der Stromabsatz im Netzgebiet Oberhausen geringfügig zurück. Er sank insgesamt um -0,8 % auf 596,1 GWh. Diese Reduzierung findet sich bei den Kundengruppen Privat- und Gewerbekunden mit -0,6 % und bei den Industriekunden mit
-1,3 % wieder. Dabei stieg witterungsbedingt der Absatz an Nachtstromspeicherheizungen um +5,8 % auf 12,2 GWh. Im Vertrieb Überregional hat die evo AG einen Absatzzuwachs um 89,3 % zu verzeichnen, so dass sich die rückläufige Entwicklung des Absatzes im Oberhausen kompensiert werden konnte. Der Gesamtabsatz des Vertriebes (inkl. Verlustenergiebeschaffung für evo-netz) stieg um **+4,9 %** auf 672,7 GWh.

Die Strompreise des Grundversorgungstarifs Strom für Privat- und Gewerbekunden stiegen zum 1. Januar 2012 um 0,76 Cent/kWh und zum 1. April 2012 um 0,2 Cent/kWh (netto). Für Geschäfts- und Industriekunden wurden die Preise individuell kalkuliert und überwiegend zum Jahresbeginn 2012 neu festgesetzt. Der Marktanteil (PuG) beim Strom lag zum Jahreswechsel bei ca. 91 %.

3.1.2 Vertrieb Erdgas

Der Erdgasabsatz ist im Wesentlichen von witterungsbedingten Einflüssen geprägt. So machen sich die Temperaturen und die Dauer der Heizperiode eines Jahres bemerkbar. Als ein Indikator dient die Summe der Gradtagzahlen eines Jahres. Diese liegt für 2012 zum Zeitpunkt des vorgezogenen Jahresabschlusses um +12,6 % über dem Wert des Jahres 2011. Der Erdgasabsatz stieg insgesamt um +5,5 % auf 956,2 GWh.

Aufgrund der stärkeren Witterungsabhängigkeit stieg der Absatz bei den Privat- und Gewerbekunden mit +11,6 % deutlich gegenüber dem Vorjahr. Bei den Geschäfts- und Industriekunden ist mit -23,3 % ein erheblicher Absatzzurückgang zu verzeichnen. Hauptursache ist der Wegfall eines Großkunden mit einem durchschnittlichen Jahresverbrauch in Höhe von ca. 27 GWh.

Die Absatzpreise der Sondertarife für nicht leistungsgemessene Kunden wurden zum 1. Oktober 2012 um 0,67 Cent/kWh (netto) an die gestiegenen Bezugskosten angepasst. Der Marktanteil (PuG) beim Erdgas lag zum Jahreswechsel bei ca. 93 %.

3.1.3 Vertrieb Nah- und Fernwärme

Im Bereich der Fernwärme spiegelt sich ebenfalls die Witterungsabhängigkeit wider. Hier stieg der Gesamtabsatz (Heizwasser und Dampf) um +9,6 % auf 421,1 GWh. Die Fernwärmepreise wurden zum 1. Oktober 2012 um 0,54 Cent/kWh (netto) erhöht.

Der Absatz beim Gebäude-Energieservice (GES, d. h. Nahwärme) liegt mit 51 GWh nahe zu auf dem Niveau vom Vorjahr (-0,1 % Abweichung).

3.1.4 Energiebereitstellung

Die Energiebereitstellung der evo AG erfolgt im Rahmen der Energieerzeugung durch eigene Erzeugungseinheiten und der externen Energiebeschaffung. Zur externen Energiebeschaffung bedient sich die evo AG seit 2010 eines Dienstleisters, der Quantum. Die Höhe des zu beziehenden Erdgas- und Strombedarfs orientiert sich an dem zukünftigen prognostizierten Vertriebsbedarf. Insofern richtet sich das Beschaffungsportfolio konsequent am Absatzportfolio aus.

Durch ein Risikomanagementsystem ist dieses risikoaverse Vorgehen in den Arbeitsabläufen implementiert. Entsprechend der am Energiemarkt geübten Praxis besteht innerhalb der Quantum eine strikte Funktionstrennung zwischen Geschäftsabschluss, Bearbeitung und Abrechnung von Beschaffungsvorgängen.

3.2 Technische und kaufmännische Dienstleistungen

Die evo AG erbringt kaufmännische oder technische Dienstleistungen für Dritte. Dazu gehören unter anderem die BSO KG, die evo-netz, die Infratec Duisburg GmbH und die GMVA. Hinzu kommen weitere Partner aus Kultur und Einzelhandel in Oberhausen.

Weiterhin betreut die evo AG mit der externen Geschäftsbesorgung als professioneller Dienstleister seit vielen Jahren vorwiegend kommunale Oberhausener Beteiligungsgesellschaften (darunter STOAG, WBO u.a.) mit kompetenten Dienst- und Outsourcing-Leistungen in den Bereichen Buchhaltung, Controlling, Personalmanagement, Einkauf und Materialwirtschaft. Dabei sind die individuelle und kompetente Betreuung der Kunden sowie die hohe Datensicherheit die Basis für die langjährige und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Die vertragliche Vereinbarung zum Gebäude-Energie-Service zwischen der evo AG und dem Oberhausener Gebäudemanagement GmbH (OGM) wurde zum 31. Dezember 2012 beendet. Die evo AG als Vertragspartner hatte die technische Durchführung der aus diesem Vertrag resultierenden Verpflichtungen an die evo-netz übertragen.

Ungeachtet dessen bietet die evo AG auch weiterhin Contracting-Leistungen im Bereich Wärmeversorgung für Privathaushalte oder Gewerbetreibende an. Hinsichtlich der Vertriebsdaten siehe Kapitel 3.1.3.

3.3 Partner und strategische Beteiligungen

Die evo AG ist ein starker Partner der Stadt Oberhausen und ein wichtiges Beteiligungsunternehmen im RWE-Konzern. Mit unseren Kunden und Marktpartnern verfolgen wir eine dauerhafte und verlässliche Zusammenarbeit. Ziel der evo AG ist es, im liberalisierten Markt nachhaltig erfolgreich zu sein. Um in diesem Umfeld wettbewerbsfähig zu bleiben, kann die evo AG – und damit auch der gesamte Konzern – auf ihre operativen und strategischen Beteiligungen zählen.

Um nachhaltig die lokale Entwicklung in der Stadt Oberhausen zu fördern, ist die evo AG auch an den Gesellschaften Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH – ENO, GfKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH & Co., Kabel-Service KG und PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH beteiligt.

Die in den nachfolgenden Unterpunkten gesondert aufgeführten weiteren Beteiligungen waren für die Entwicklung im abgelaufenen Geschäftsjahr von besonderer Bedeutung.

3.3.1 evo-netz

Die evo-netz ist eine 100-prozentige Tochter der evo AG. Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft erstreckt sich im Wesentlichen auf die Verteilung von Energie (Strom, Erdgas, Fernwärme) im Versorgungsgebiet Oberhausen. Die dazu benötigten Verteilnetze sind von der evo AG gepachtet. Im Berichtsjahr belief sich die fällige Pacht auf EUR 12,970 Mio. Die Gesellschaft ist neben dem Betrieb für den Neu- und Ausbau sowie die Instandhaltung der gepachteten Anlagen verantwortlich, außerdem für die Vermarktung der bestehenden Netzkapazitäten.

Der Personalstand der evo-netz hat sich in 2012 deutlich erhöht, da aus regulatorischen Gründen das technische Betriebspersonal für die regulierten Bereiche Strom und Gas, das bislang im Rahmen eines Arbeitnehmerüberlassungsvertrages von der evo AG bereitgestellt wurde, nun vollständig auf die evo-netz überführt worden ist. Die Personalgestellung belief sich im Berichtsjahr auf ein Volumen von EUR 6,686 Mio. Weiterhin in Anspruch genommen werden Shared-service-Leistungen der evo AG. Das Volumen dieser Dienstleistungen summiert sich auf EUR 11,520 Mio. im Berichtsjahr 2012.

Die Leistungsbeziehung zwischen der evo AG und der evo-netz beinhaltet neben den regulierten Segmenten Strom und Erdgas auch den Bereich der Fernwärme, da dieser aufgrund der Synergieeffekte mit an die evo-netz verpachtet wurde.

Die Laufzeit der geschlossenen Verträge zwischen evo AG und evo-netz war zunächst bis zum 31. Dezember 2010 befristet und hatte sich aufgrund fehlender Kündigung bis zum 31. Dezember 2013 verlängert. Die Verträge konnten mit einer Frist von einem Jahr schriftlich gekündigt werden, hiervon hat wiederum keine Vertragspartei Gebrauch gemacht, so dass sich die Laufzeit der Verträge um weitere drei Jahre verlängert hat.

Die evo-netz unterliegt hinsichtlich der Netznutzungsentgelte im Strombereich der Aufsicht der Bundesnetzagentur und im Gasbereich der Landesregulierungsbehörde NRW, die jeweils die Höhe der beantragten, nach den jeweiligen regulatorischen Bestimmungen ermittelten Netznutzungsentgelte prüfen beziehungsweise vorgeben.

3.3.2 Biostrom

Die Biostrom Oberhausen Management GmbH ist die persönlich haftende Gesellschafterin der BSO KG und übernimmt deren Geschäftsführungsaufgaben; die operative Tätigkeit – d. h. der Betrieb des Biomasse-Heizkraftwerkes – obliegt der BSO KG.

Die BSO-Gesellschaften wurden bis August 2012 von den Gesellschaftern Cofely Deutschland GmbH (Cofely) mit einer Beteiligungsquote von 51 % sowie von der evo AG mit einem Anteilsbesitz von 49 % gehalten. Seit dem 30. August 2012 ist die evo AG 100-prozentige Gesellschafterin beider Gesellschaften.

Mit dem Kauf der Gesellschaftsanteile durch evo AG ging auch ein Wechsel in der Geschäftsführung einher. Als Geschäftsführer wurde Hans Neubauer, Leiter der Energieerzeugung der evo AG, bestellt.

Das Biomasse-Heizkraftwerk arbeitet nach dem Grundsatz der Kraft-Wärme-Kopplung. Im Biomassekessel wird Wasser zu überhitztem Dampf aufgeheizt, der dann in einer Turbine entspannt wird. Der durch die Dampfturbine produzierte Strom wird in das Stromnetz des örtlichen Netzbetreibers evo-netz eingespeist. Die Vergütungssätze für die Stromeinspeisung sind durch das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) über 20 Jahre gesichert. Die in der Turbine gleichzeitig anfallende Wärme, die im Dampf enthalten ist, wird zur Wärmeauskopplung genutzt und in das Fernwärmenetz der evo AG eingespeist.

Die BSO KG verfügt über kein eigenes Personal und profitiert in erster Linie von der langjährigen Erfahrung der evo AG hinsichtlich technischer und wirtschaftlicher Betriebsführung von (Biomasse-)Kraftwerken. Sie stellt die qualifizierten Mitarbeiter, die den operativen Anlagenbetrieb gewährleisten und über Know-how im Betrieb von Dampfkesseln, Dampfturbinen sowie auf dem Gebiet der Strom- und Fernwärmeversorgung verfügen.

Durch die Bündelung der kaufmännischen und technischen Aufgaben bei der evo AG stehen eine sichere Infrastruktur, wie geprüfte Buchhaltungs- und andere Systeme, sowie risikoaverse Regelungen für die gesamte Geschäftsabwicklung zur Verfügung.

Als Brennstoff werden ausschließlich Materialen aus der Landschaftspflege (laut EEG-Positivliste) und insbesondere Holzhackschnitzel eingesetzt. Die Brennstofflieferungen sind über langfristige Lieferverträge (20 Jahre) abgesichert.

3.3.3 KSBG – STEAG

Die evo AG ist gemeinsam mit sechs weiteren Stadtwerken mittelbar mit 51 % an der STEAG GmbH beteiligt, dem zurzeit fünftgrößten deutschen Stromerzeuger. Die jeweiligen Anteile sind in der KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG (KSBG) gebündelt, die Mehrheitsgesellschafterin ist.

Die STEAG soll weiter im Energiemarkt etabliert und der Bereich Erneuerbare Energien soll nachhaltig gestärkt werden. Darüber hinaus verfolgen die beteiligten Stadtwerke das Ziel, die Fernwärme als wichtigen Eckpfeiler einer umweltfreundlichen Wärmeversorgung zu sichern und auszubauen. Im Vergleich zum Vorjahr sind die inländischen Kraftwerke in 2012 leicht höher ausgelastet und sind somit weiterhin rentabel. Allerdings haben sich die Rahmenbedingungen für Kohlekraftwerke generell in den letzten 12 Monaten deutlich verschlechtert, insbesondere durch den Einspeisevorrang der Erneuerbaren Energien. Daraus resultiert ein erheblicher Kostendruck, der sich in den kommenden Jahren verschärfen wird, zumal auch die Vollauktionierung der CO_2-Zertifikate ansteht. Dass thermische Kraftwerke für die Versorgungssicherheit und auch für die Energiewende gebraucht werden, bestätigen unterschiedliche veröffentlichte Studien. Die inländischen Kraftwerke der STEAG sollen möglichst lange in Betrieb bleiben. Parallel werden Vorkehrungen getroffen, um im Rahmen der Neuausrichtung z. B. auch neue Geschäftsaktivitäten auszubauen.

Die von der Geschäftsführung der KSBG für den Zeitraum bis 2017 vorgelegte Mittelfristplanung untermauert die ursprünglichen Ausschüttungserwartungen. Diese Einschätzung wird durch die vorgelegte Ergebnisprognose der STEAG für das Geschäftsjahr 2012 mit einer Gewinnabführung an die KSBG von rd. EUR 108 Mio. bekräftigt.

Die Beteiligung der evo AG an der STEAG (über die KSBG) soll eine jährliche Ausschüttung für die evo AG von EUR 1,5 Mio. erzielen. Dabei wird z. B. das Ergebnis für 2012 über die KSBG dem Ergebnis der evo AG erst in 2013 zugerechnet. Im Berichtsjahr konnte die evo AG einen Beteiligungsertrag von EUR 1,5 Mio. vereinnahmen.

Aus Sicht der beteiligten Stadtwerke ergeben sich Zukunftschancen insbesondere aus:

- einem zukünftig verstärkten Ausbau der regenerativen Energien - auch im Ausland - durch die STEAG,
- der Schaffung der Rahmenbedingungen der vom Land Nordrhein Westfalen unterstützten Verknüpfung der „Fernwärmeschienen Rhein und Ruhr“,
- der Unterstützung der kommunalen Stadtwerke bei der Entwicklung einer für die nächsten Jahrzehnte notwendigen dezentralen kommunalen Erzeugungsstruktur,
- der weiteren Ermittlung zusätzlicher Synergiepotenziale zwischen den an der STEAG beteiligten kommunalen Stadtwerken.

Die nationalen Entwicklungen zeigen aber auch, dass die Anzahl renditestarker Zukunftsprojekte im Inland unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen limitiert ist. Wachstumschancen werden u. a. im Bereich der Windenergie und hier insbesondere in Südosteuropa sowie der Türkei gesehen. Somit soll langfristig die Abhängigkeit des STEAG-Konzerns von der Kohleverstromung gesenkt werden und der ökologische Umbau der STEAG kontinuierlich fortschreiten.

3.3.4 Quantum

Hauptaufgabe der Quantum ist der Handel mit Energie und Dienstleistungen im Bereich der Energiebeschaffung. Ziel ist es, die örtliche Energieversorgung in den Kommunen zu stärken. Für die evo AG übernimmt die Quantum aktuell das Bilanzkreismanagement Strom und beschafft Strom und inzwischen auch Erdgas direkt an den Großhandelsmärkten. Dadurch kann der personelle Zusatzaufwand bei der evo AG in Grenzen gehalten werden.

Seit dem Herbst 2011 erfolgt auch die Beschaffung von Erdgas grundsätzlich über die und in Abstimmung mit der Beschaffungsgesellschaft Quantum.

Die evo AG hält einen Anteil von 10 % am Stammkapital der Quantum.

3.4.3 Energiegenossenschaft

Am 16. Mai 2012 wurde unter Beteiligung der evo AG auf Initiative der Kreishandwerkerschaft Mülheim an der Ruhr/Oberhausen gemeinsam mit der OGM, der Volksbank Rhein-Ruhr eG, der Dachdecker- und Zimmerer-Innung Mülheim/Oberhausen, der Kurt Essers Bedachungen GmbH, der Albert Schmidt GmbH und der Fleischerei Bischoff die Energiegenossenschaft Handwerk Oberhausen eG (EHO) gegründet. Die evo AG ist an der Energiegenossenschaft mit zwei Anteilen zu je 500 Euro beteiligt.

Die EHO hat sich zum Ziel gesetzt, Unternehmen und Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Oberhausen über eine Beteiligung an einer Genossenschaft die Möglichkeit zu bieten, sich aktiv für eine nachhaltige und dezentrale Energieversorgung einzusetzen und sich damit für die Mitbestimmung und Mitgestaltung der lokalen und regionalen Energiezukunft zu engagieren.

Zunächst wird sich die Aktivität der EHO darauf konzentrieren, Projekte zur Eigenerzeugung von EEG-Strom zu realisieren. In erster Linie wird es darum gehen, auf Dachflächen öffentlich oder gewerblich genutzter Immobilien in Oberhausen Fotovoltaikanlagen zu errichten.

4 Ertragslage

Die wirtschaftliche Lage und Entwicklung der evo AG war im Geschäftsjahr 2012 gut, die Umsatzerlöse konnten im Vergleich zum Vorjahr leicht verbessert werden.

Umsatzerlöse

	EUR 2012	EUR Vorjahr
Energieverkäufe		
Strom	106.929.133,32	96.572.991,67
Erdgas	46.971.409,67	42.787.927,56
Fernwärme	27.157.557,89	30.038.721,81
Energieservice	4.028.451,30	4.385.450,24
	185.086.552,18	173.785.091,28
Sonstige Umsatzerlöse	42.709.946,63	51.402.663,54
	227.796.498,81	225.187.754,82

Das höhere Preisniveau auf dem Strommarkt, insbesondere die stark gestiegenen Netznutzungsentgelte und der ab Januar 2012 erhobene Sonderkundenaufschlag nach § 19 Strom-NEV, führten zu den gestiegenen Umsatzerlösen im Bereich der Stromverkäufe.

Die Entwicklung der Verkaufserlöse Erdgas ist auf das höhere Preisniveau im Erdgasmarkt und auf die Witterung zurückzuführen.

Resultierend aus dem ebenfalls höheren Preisniveau auf dem Wärmemarkt und der Witterung liegen die operativen Umsatzerlöse der Fernwärmeversorgung sowie des Energieservices leicht über bzw. unter dem Vorjahr. Zur Absicherung möglicher künftiger Risiken aus unwägbarer Rechtsprechung hinsichtlich Preis- und Vertragsgestaltung wurden Rückstellungen gebildet.

Die sonstigen Umsatzerlöse beinhalten hauptsächlich die Leistungsbeziehung zwischen der evo AG und der evo-netz. Aufgrund eines Betriebsteilübergangs zum 1. Juni 2012 und des damit verbundenen Wechsels von rd. 150 Mitarbeitern zur evo-netz, hat sich die Abrechung der Leistungen vermindert.

In den Umsatzerlösen sind periodenfremde Erlöse in Höhe von TEUR 450,9 enthalten.

Aufwendungen

Die Aufwendungen für den Energiebezug, die Brennstoffkosten und den Materialdirektverbrauch sowie die bezogenen Leistungen sind im Berichtsjahr um 7,2 % auf EUR 169,7 Mio. gestiegen. Wesentlicher Faktor für den Anstieg ist das höhere Preisniveau beim Erdgas und dessen Netznutzungsentgelte sowie der unerwartet hohe Anstieg der NNE inkl. Sonderkundenaufschlag § 19 StromNEV für Strom. In den Aufwendungen enthalten sind die Kosten aus der Leistungsabrechung mit der evo-netz in Höhe von EUR 58,2 Mio., die im Wesentlichen durch Netznutzungsentgelte bedingt sind.

Der Personalaufwand vermindert sich um 17,5 %. Dies hängt hauptsächlich mit der Ausgliederungen von Betriebsteilen und dem damit verbundenen Übergang von rund 150 technischen Mitarbeitern der regulierten Bereiche Strom und Erdgas auf die evo-netz zusammen. Somit beträgt der Personalaufwand im Geschäftsjahr EUR 27,0 Mio.

Aufgrund geringerer Investitionen, insbesondere im Bereich des Zählerwesens (GWG), sanken die Abschreibungen um 8,3 % im Vergleich zum Vorjahr.

Wegen einer Steuerumlage des Organträgers wurden die evo AG für das Jahr 2012 mit EUR 2,3 Mio. Gewerbesteuer belastet.

Tätigkeitenabschluss

Vertikal integrierte Energieversorgungsunternehmen sind nach § 6b Abs. 3 Nr. 1 - 6 EnWG verpflichtet, für jede ihrer dort genannten Tätigkeiten einen gesonderten Tätigkeitenabschluss zu erstellen.

Im Rahmen des Pachtmodells an die evo-netz werden die Erträge aus der Verpachtung des Strom- und Gasnetzes in der evo AG ausgewiesen. Für diese Tätigkeiten gibt es eine gesonderte Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung. Demnach wurde im Berichtsjahr in der Strompacht ein Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 2.004 erzielt; der Bereich Gaspacht weist einen Jahresüberschuss in Höhe TEUR 3.678 aus.

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2012 betrug die Bilanzsumme der Tätigkeit Strompacht TEUR 16.903; dies sind rund 10 % der gesamten Bilanzsumme der evo AG. Die Tätigkeit Gaspacht steuerte mit einer Bilanzsumme in Höhe von TEUR 30.968 rund 18 % zur gesamten Bilanzsumme der evo AG bei.

Neben den Tätigkeitsbereichen Strom- und Gaspacht werden in den Segmenten elektrizitäts- und gaswirtschaftliche Aktivitäten die Beschaffung und der Vertrieb für Strom und Gas erfasst.

Unter den sonstigen Aktivitäten werden neben der Erzeugung und Verteilung von Fernwärme, dem Contracting und weiteren Dienstleistungen für Dritte, auch die Tätigkeiten des Verwaltungsbereiches zusammengefasst.

5 Finanz- und Vermögenslage

5.1 Finanzbewegung

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit minderte sich in 2012 um rund TEUR 779 auf TEUR 6.901. Dies ist im Wesentlichen auf einen Anstieg der abgegrenzten Forderungen aus der Energieabrechnung infolge der Preisanpassungen in 2012 zurückzuführen. Dieser Effekt wird durch die Erhöhung der Verbindlichkeiten und Rückstellungen insbesondere für ausstehende Energierechnungen teilweise kompensiert.

Die Investitionstätigkeiten innerhalb der Kapitalflussrechnung belaufen sich im Berichtsjahr auf TEUR -14.281 (Vorjahr TEUR -8.790). Hierbei wurden die Investitionen in das Sachanlage- und Finanzanlagevermögen zu 67,7 % durch die Abschreibungen finanziert.

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit beinhaltet neben der Ergebnisabführung aus dem abgelaufenen Berichtsjahr (TEUR -10.973) auch die Aufnahme von drei langfristigen Krediten in Höhe von insgesamt TEUR 19.076. Des Weiteren ist die Tilgung eines kurzfristigen Kredites (TEUR -2.090) enthalten; der Cashflow lag somit um TEUR 6.145 über dem Vorjahreswert (TEUR -132).

Es kam zu einer Abnahme des Finanzmittelfonds am Ende des Geschäftsjahres von TEUR 1.367, dieser stellt sich mit TEUR 498 noch immer positiv dar.

5.2 Investitionen

Die technisch-wirtschaftliche Optimierung in den Netzbereichen wurde im Berichtsjahr weiter vorangetrieben. Der Anteil der Netzinvestitionen in 2012 an den gesamten Investitionen des Sachanlagevermögens und der Immateriellen Vermögensgegenstände betrug rd. 62 %. Zudem wurden weitere Investitionsmaßnahmen in die Kraftwerke (Prozessleittechnik, Schalt-, Batterie- und Vollentsalzungsanlage u. a.) getätigt.

	Budget 2013 in TEUR	**Ist 2012 in TEUR**	**Ist 2011 in TEUR**
Investitionen	14.400	15.269	29.981
Abschreibungen	10.700	10.340	10.032

Neben den Investitionen in Höhe von TEUR 13.235 zur Erneuerung der Netze und für sonstige Anschaffungen sieht das Investitions-Budget 2013 weitere unvermeidbare Erneuerungen in den Heizkraftwerken über TEUR 1.165 vor.

Die im Berichtsjahr getätigten Investitionen betrugen TEUR 15.269 und teilen sich wie folgt auf:

			Ist 2012 in TEUR		**Ist 2011 in TEUR**
Immaterielle Vermögensgegenstände			240		151
Sachanlagen					
▪ Stromversorgung			5.425		7.879
▪ Erdgasversorgung			3.242		3.411
▪ Fernwärmeversorgung			4.004		6.020
▪ Energieservice			168		86
▪ Gemeinsame Anlagen			638		569
Finanzanlagen			1.552		11.865
Gesamtbetrag			**15.269**		**29.981**

Im Bereich der Finanzanlagen kam es zu Investitionen in Höhe von TEUR 1.552. Diese beinhalten im Wesentlichen die nunmehr vollständige Beteiligung der evo AG an der BSO KG. In den kommenden Geschäftsjahren wird die vorhandene Liquidität nicht vollständig zur Deckung der erforderlichen Investitionen ausreichen. Es ist geplant, zukünftig den dafür jährlich erforderlichen Anteil der Investitionen durch langfristige Darlehensaufnahmen sukzessive zu finanzieren. Für das Geschäftsjahr 2013 wurde bereits im Dezember 2012 ein zinsvergünstigtes KfW-Darlehen in Höhe von EUR 10,0 Mio. zur anteiligen Finanzierung der Investitionen 2013 aufgenommen.

5.3 Finanzlage

Im Rahmen einer zentralen Anlagestrategie wurde eine Cash-Pooling-Vereinbarung mit der evo-netz und der FSO KG getroffen, wobei die Verzinsung von Darlehen zu Geldmarktsätzen am Frankfurter Bankenplatz erfolgt. Die Anlage von kurz- und mittelfristig freien liquiden Mitteln erfolgt zentral durch die evo AG in Tages- und Festgeldern.

Ein seit 2007 bestehender Spezialfonds dient zur Deckung der mittelfristigen Rückstellungen, die im Wesentlichen Maßnahmen aus dem Personalbereich beinhalten. Dazu zählen unter anderem umfangreiche Rückstellungen für abgeschlossene Altersteilzeitverträge. Weiterhin werden bei den Rückstellungen Verpflichtungen für noch ausstehende Rechnungen ausgewiesen. Hierbei handelt es sich vorwiegend um Rechnungen für erhaltene Energielieferungen aus den Bereichen Strom und Erdgas.

Die wesentlichen Mittelabflüsse ergeben sich aus der Investitionstätigkeit, dem zahlungswirksamen Rückgang der Rückstellungen (vorwiegend der Personalrückstellungen wie ATZ) sowie der jährlichen Gewinnabführung an die FSO KG.

Aus den Finanzplanungen der evo AG für die kommenden Jahre ergibt sich – wie unter 5.2 erläutert – ein zusätzlicher Kapitalbedarf mit der Folge, dass zukünftig Teile der Investitionen durch Fremdkapital finanziert werden müssen.

Weiterhin ist geplant, die Bezugskostenspitzen in den Wintermonaten über kurzfristige Mittel im Rahmen der bestehenden Kreditlinien temporär zu bezahlen.

Zum Aufstellungszeitpunkt dieses Jahresabschlusses können die vorgenannten Aussagen von der Unternehmensführung uneingeschränkt bestätigt werden. Dem betriebsnotwendigen Vermögen stehen angemessene Passiva in Form von Eigenkapital oder langfristigen Rückstellungen bzw. Verbindlichkeiten gegenüber.

Zusammenfassend ist eine solide Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage im Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses zu verzeichnen.

6 Nachtragsbericht

Vom Geschäftsjahres-Ultimo bis zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses 2012 sind keine Tatsachen aufgetreten oder bekannt geworden, welche die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage beeinflussen.

7 Risikobericht

7.1 Risikomanagement

Zur Sicherung der Unternehmensziele, des künftigen Erfolges des Unternehmens und zur Senkung der Risikokosten führt die evo AG halbjährlich eine Risikoinventur durch. Diese Aufgabe wird auch für die evo-netz und BSO wahrgenommen. Damit Risiken frühzeitig erkannt und rechtzeitig angemessene Gegensteuerungsmaßnahmen ergriffen werden können, ist bei der evo AG ein Risikomanagementsystem gemäß dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) implementiert. Alle erfassten Risiken werden durch Risikopaten hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und Risikoauswirkung eingestuft. Die Risiken werden dabei nicht nur auf die mit den Risiken verbundenen Kosten – Erlöseinbußen, Margenverluste oder Betriebsunterbrechungen – untersucht, sondern es wird auch der Einfluss auf Ressourcen wie z. B. Personenschäden oder Imageverlust analysiert.

7.2 Absatzmarktrisiken

Das wesentliche Risiko bilden die vermehrten Wechselprozesse in den regulierten Geschäftsfeldern Strom und Erdgas. Hier ist für die Zukunft mit einer steigenden, zumindest aber mit einer gleichbleibend hohen Wechselbereitschaft der Kunden zu rechnen. Hinzu kommen Unsicherheiten hinsichtlich der zukünftigen Preisgestaltung insbesondere im Bereich des Stromvertriebs, die angesichts zunehmender gesetzlicher Eingriffe und Regulierungen nicht mehr allein unternehmerisch zu beeinflussen sind.

7.3 Beschaffungsmarktrisiken

Bei der Energiebeschaffung verfolgt die evo AG eine risikoaverse Strategie. Insofern betreibt die evo AG keinen eigentlichen Energiehandel, sondern beschafft die Erdgas- und Strommengen für ihren geplanten Absatz. Zur Vermeidung des Preisrisikos erfolgt die Beschaffung von Mengen für Großkunden „back to back“, d. h. die Menge wird erst bei Vertragsabschluss beschafft und unterliegt so nur einem geringen Preisrisiko. Mindernd auf das Preisrisiko wirkt sich auch die strukturierte, langfristige Beschaffung mit einem Vorlauf von zwei bis drei Jahren je Lieferjahr aus. Für den größeren Teil der Kunden der evo AG, die über Standardlastprofile beliefert werden, erfolgt eine große Streuung über die Produktart (Standardprodukte und Fahrpläne) und den Zeitpunkt der zu beschaffenden Energien. Bedingt durch die geringen Wechselraten in dieser Kundengruppe kann der sich ergebende Durchschnittspreis vergleichsweise risikolos weitergegeben werden. Aufgrund des großen Anteils von Haushaltskunden und kleineren Sondervertragskunden am Gesamtabsatz ergeben sich nur geringe Mengenrisiken, operative Risiken werden durch Prozesse und interne Kontrollmechanismen minimiert.

7.4 Betriebsrisiken

Grundsätzlich schützt sich die evo AG gegen Risiken, die im unmittelbaren Zusammenhang mit der unternehmerischen Tätigkeit stehen, durch adäquate Versicherungen. Haftungsrisiken werden durch eine entsprechende Betriebshaftpflichtversicherung abgedeckt.

7.5 Finanzrisiken

Auf Basis einer kurz- bis langfristigen Liquiditätsplanung erfolgt die Liquiditätssteuerung innerhalb von genehmigten Kreditlinien. Durch das Kerngeschäft und die Vielzahl der Kunden ergeben sich neben den im Abschluss bereits berücksichtigten Einzel- und Pauschalwertberichtigungen keine weiteren Preis- und Adressausfallrisiken. Zahlungsstromschwankungen sind aufgrund bekannter Abrechnungszyklen und anhand von Gradtagszahlen weitestgehend planbar.

7.6 Umfeldrisiken

Wie alle Energieversorgungsunternehmen wartet auch die evo AG mit Interesse auf die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes (EuGH), dem vom BGH die Frage vorgelegt wurde, ob die gesetzlichen Gaspreisänderungsbestimmungen des § 4 AVBGasV und § 5 Abs. 2 GasGVV den europäischen Transparenzanforderungen genügen. Viele EVU, so auch die evo AG, haben ihre Preisanpassungsklauseln in Sonderlieferungsverträgen mit Haushaltskunden entsprechend der vom BGH bisher anerkannten Leitbildfunktion dieser in Deutschland geltenden Verordnungen formuliert. Sofern der EuGH einen Verstoß gegen europäisches Recht bejahen sollte, wirkt sich dies entsprechend auf die Rechtsprechung des BGH zu Preisanpassungsklauseln aus, die in den vergangenen Jahren als gefestigt gelten durfte. Ob dies auch zu einer (ggf. rückwirkenden) Änderung der Grundversorgungsverordnungen führt, ist offen. Diese und andere mögliche Folgen sind für die EVU derzeit nicht abschätzbar. Von dem Urteil können Rückschlüsse auf ähnlich gelagerte Fälle in den Bereichen Strom und Fernwärme gezogen werden.

7.7 Gesamtrisiko

Die beiden halbjährlichen Risikoinventuren haben keine bestandsgefährdenden Risiken aufgezeigt. Auch für die Zukunft sind keine derartigen Risiken erkennbar.

8 Prognosebericht

8.1 Rahmenbedingungen im Wandel

Die politischen Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft unterliegen weiterhin einem raschen und grundlegenden Wandlungsprozess. Nachdem in Folge der Havarie des Atomkraftwerkes im japanischen Fukushima in 2011 binnen kürzester Zeit ein gravierender Umbau der deutschen Energiewirtschaft politisch beschlossen wurde, zeichnen sich derzeit eine Reihe von Problemen bei der Umsetzung der ehrgeizigen Planungen ab.

So regt sich an verschiedensten Stellen im Land Widerstand gegen Planung und Bau der notwendigen neuen Hochspannungstrassen, mit denen der vornehmlich in Norddeutschland erzeugte Windstrom in die urbanen Ballungsräume in West- und Süddeutschland transportiert werden soll. Auch der Netzanschluss mehrerer Off-Shore-Windparks stockt.

Gleichzeitig hat der durch langjährig festgeschriebene Einspeisevergütungen befeuerte Zubau vor allem privater Eigenerzeugung, meist in Form von Fotovoltaik-Anlagen, die EEG-Umlage stark ansteigen lassen. Diese belastet vor allem private Endverbraucher, während aufgrund politischer Festlegungen die Zahl der von der EEG-Umlage befreiten Unternehmen stark angestiegen ist. Beides hat sich auf die Akzeptanz der Energiewende nicht eben förderlich ausgewirkt.

In technischer Hinsicht stellen die stark volatilen Anteile der Erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung die bestehende Netzinfrastruktur vor immer größere Probleme, sodass Warnungen vor einem zukünftigen

großflächigen Versorgungsausfall aufgrund von extremen Spannungsschwankungen laut werden. Eine Maßnahme zur Lösung dieses Problems kann – konsequent und flächendeckend umgesetzt – in der technischen Ertüchtigung des Messwesens und der Verteilnetzebene bestehen. Die Stichworte lauten hier „Smart Meter“ und „Smart Grid“. Mit ihrer Hilfe sollen Stromverbräuche ausgewogener über einen Tagesverlauf verteilt und Lastspitzen abgebaut werden. Die Idee, die Akkumulatoren von Elektrofahrzeugen in großer Zahl zur Regulation und damit Stabilisierung des Stromnetzes einzusetzen, scheitert bislang an der viel zu geringen Verbreitung entsprechender Fahrzeuge und dem unzureichenden Ausbau der ebenso notwendigen Lade-Infrastruktur.

Aufgrund der erheblichen Ertüchtigungsbedarfe bei der Netzinfrastruktur und auch wegen der Preisentwicklung für die Endverbraucher mehren sich Stimmen, die die Schaffung eines so genannten Kapazitätsmarktes fordern. Dies meint, dass dringend notwendige Investitionen in moderne Kohle- und Gas-Kraftwerke durch ein verändertes Marktmodell stimuliert werden sollen. Ist für die Amortisation einer Kraftwerksinvestition bislang allein entscheidend, mit wie vielen Volllaststunden ein Kraftwerk pro Jahr am Netz ist, sollte zukünftig allein die Investition und das Vorhalten einer bestimmten Kraftwerkskapazität als Backup für sonnenarme und windstille Tage entsprechend vergütet werden. Geschieht dies nicht, drohen mittelfristig für eine sichere Energieversorgung dringend benötigte Kraftwerkskapazitäten wegzubrechen bzw. nicht in notwendigem Umfang errichtet zu werden.

Damit sind die wesentlichen Handlungs- und Aufgabenfelder der Energiepolitik und Energiewirtschaft für die kommenden Jahre grob umrissen. Eine weitere Herausforderung sind die die ebenfalls politisch vorgegebenen Einsparziele bei der CO_2-Emission. Auch perspektivisch absehbare Verschärfungen der Regulierungsbestimmungen des Strom- und Erdgas-Geschäftes durch die Bundesnetzagentur beziehungsweise die Landesregulierungsbehörden – etwa in Form eines zwingend vorgegebenen autonomen Marktauftritts von Netzbetriebsgesellschaften – kommen hinzu.

Aus all diesen Aspekten ergeben sich für lokal bzw. regional operierende Energieversorger zukünftig zahlreiche technische und unternehmerische Herausforderungen, um den sich wandelnden Rahmenbedingungen bestmöglich gerecht zu werden.

8.2 Perspektiven 2013

Die geänderten Rahmenbedingungen in der Energiewirtschaft stellen alle Versorger vor große wirtschaftliche Herausforderungen. In den regulierten Netzgeschäften Strom und Erdgas lassen sich nur noch verminderte zugestandene Gewinne realisieren; im Bereich Energievertrieb herrscht ein deutlich zunehmender Wettbewerb.

Aus diesen Umständen resultiert ein steigender Erlös- und Kostendruck. Alle Bereiche der evo AG und auch der evo-netz wurden involviert, zusätzliche Effizienzpotenziale zu identifizieren und umzusetzen. Zudem wurde die bestehende Personal-Solldimensionierung unter dem Gesichtspunkt der innerbetrieblichen Kooperation erneut analysiert und optimiert.

Die evo AG ist ein gut aufgestelltes sowie am Oberhausener Markt positioniertes Unternehmen und stellt sich diesen Herausforderungen im Sinne ihres Leitbildes zur nachhaltigen Unternehmenswertsteigerung. Den besonderen Branchenrisiken, insbesondere im Hinblick auf die Rechtsunsicherheiten bei Preisgleitklauseln im Energievertrieb, wurde bereits in den Vorjahren durch die Bildung angemessener Rückstellungen begegnet.

Durch die Fokussierung auf ihr Kerngeschäft ist bei der evo AG aus heutiger Sicht – im Gegensatz zu vielen anderen Versorgern – mit keinem wesentlichen Gewinneinbruch zu rechnen. Es sind keine negativen Auswirkungen aus hohen Eigenerzeugungskapazitäten oder durch die Beteiligung an Kraftwerksscheiben bzw. anderweitigen großen EEG-Projekten
(z. B. im Bereich Off-Shore) gegeben.

Die ambitionierte Mittelfristplanung für die kommenden Jahre bis 2016 zeigt, dass weiterhin gute Gewinne mit einer Gewinnabführung an die FSO von EUR 11 Mio. erwirtschaftet werden können, auch wenn damit die leicht höheren Beteiligungserträge für unsere Anteilseigner aus den vergangenen Jahren zunächst nicht mehr erreicht werden. Unabdingbare Voraussetzung zur Erzielung der Ergebnisse sind jedoch einerseits die Verlängerung des bestehenden Konzessionsvertrages ab 2015 und andererseits fortgesetzte Anstrengungen über alle Unternehmensbereiche hinweg. Zudem wurde bei der Planung unterstellt, dass die regulatorische Situation keine weiteren Eingriffe in die Struktur des evo-/FSO-Konzerns erfordert.

8.2.1 Konzessionsvertrag

Die evo AG ist im Besitz der Konzession, die Strom-, Gas- und Fernwärmenetze in Oberhausen zu betreiben. Im Rahmen eines Pachtmodells hat die evo AG die Betriebsführung der Netze an die evo-netz vergeben. Die Konzession läuft am 31. Dezember 2014 aus. Daher hat der Rat der Stadt Oberhausen 2011 entschieden, ein Konzessionsvergabeverfahren einzuleiten. Hierbei handelt es sich um ein zweistufiges Verfahren, bestehend aus Interessenbekundung und Angebotsabgabe.

Seitens der evo AG wurde entschieden, dass sich das Unternehmen wiederum um die Konzession bewirbt und im Erfolgsfall das Pachtmodell mit der evo-netz fortgesetzt. An beiden Verfahrensstufen hat die evo AG engagiert teilgenommen, mit dem Ziel, erneut die Konzession zum Betrieb der Strom-, Gas- und Fernwärmenetze zu erhalten. Im Rahmen der Verhandlungen mit der Stadt Oberhausen hat die evo AG ihr Angebot mehrfach überarbeitet und im Sinne der Kommune nachgebessert. Ein Aspekt war dabei etwa eine deutliche Steigerung der Konzessionsabgabe Fernwärme. Eine Aufstockung der Konzessionsabgabe in den regulierten Bereichen Strom und Erdgas war nicht möglich, da dort Konzessionsabgaben und Gemeinderabatte auch bisher schon bei den zulässigen Höchstgrenzen liegen.

Eine Entscheidung durch die Stadt Oberhausen wird im Frühjahr 2013 erwartet.

8.2.2 RevierKraft

Die evo AG hat in den vergangenen Jahren Erfahrungen im Vertrieb außerhalb des Stammgebiets Oberhausen sammeln können. Diese Erfahrungen werden in Zukunft genutzt, um unter der neuen Marke RevierKraft außerhalb von Oberhausen neue Kunden zu gewinnen. Hierbei sollen auch die Chancen genutzt werden, die Oberhausen der evo AG als Standort bietet. Unter anderem ist vor allem das attraktive Freizeitangebot, das viele Menschen nach Oberhausen lockt, hervorzuheben. Die evo AG will mit einem reinen Onlineprodukt neue Kundengruppen außerhalb Oberhausens mit Schwerpunkt auf der Region Ruhrgebiet gewinnen und diese dauerhaft von der Leistung der evo AG überzeugen. Dabei geht die evo AG von einem langsamen, aber stetigen und soliden Wachstum der Kundenzahlen aus.

8.2.3 Outtasking EDV

Wettbewerb, technologische Neuerungen sowie Forderungen der Regulierungsbehörde führen zu steigendem IT-Bedarf in beinahe allen Geschäftsbereichen der evo AG. Dies und die demografische Entwicklung des IT-Personals der evo AG haben zu einem Umdenken in der IT-Strategie des Unternehmens geführt.

Leitidee der neuen IT-Strategie ist, die IT des Unternehmens in ihren Kernkompetenzen und ihrer Fertigungstiefe so weiterzuentwickeln, dass alle Geschäftsprozesse optimal und zukunftssicher unterstützt werden.

Prozessnahe IT-Aufgaben sollen als Kernkompetenzen in der evo AG gehalten und gestärkt werden, allgemeine, standardisierbare IT-Aufgaben sollen an Dienstleister übertragen werden.

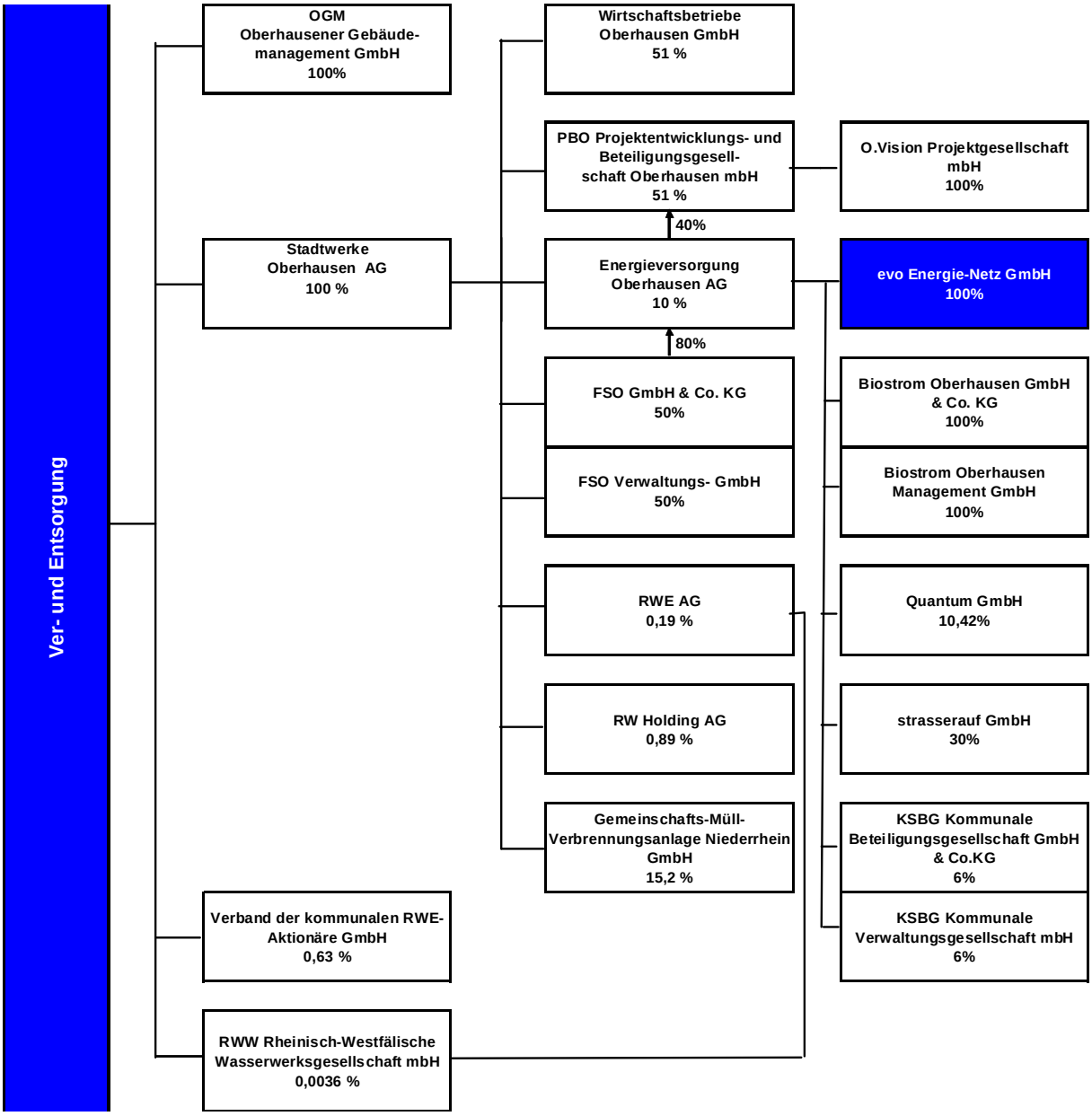
In diesem Zusammenhag wurde in 2012 das Outtasking des Rechenzentrum-Betriebs ausgeschrieben. Das Vergabeverfahren steht kurz vor dem Abschluss. Die verantwortliche Übernahme des Rechenzentrum-Betriebs durch einen Dienstleister erfolgt voraussichtlich Ende 2013.

Mit dem Outtasking des Rechenzentrum-Betriebs an einen professionellen IT-Dienstleister können auch zukünftig ein hohes Maß an Zuverlässigkeit und Betriebssicherheit sowie zusätzlich eine nachhaltige Leistungsfähigkeit und Kosteneffizienz sichergestellt werden. Know-how für künftige Technologieentwicklungen oder zusätzliche gesetzliche Anforderungen müssen nicht allein aus den bei der evo AG bisher verfügbaren Ressourcen bestritten werden. So werden Kapazitäten für neue, prozessnahe IT-Aufgaben frei, die in Zukunft von allen Versorgungsunternehmen zu bewältigen sind.

Oberhausen, den 1. Februar 2013

Energieversorgung Oberhausen
Aktiengesellschaft

Der Vorstand
Gieske Homberg


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100%
Stadtwerke
Oberhausen AG
100 %
Verband der kommunalen RWE-
Aktionäre GmbH
0,63 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0036 %
Wirtschaftsbetriebe
Oberhausen GmbH
51 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesell-
schaft Oberhausen mbH
51 %
40%
Energieversorgung
Oberhausen AG
10 %
80%
FSO GmbH & Co. KG
50%
FSO Verwaltungs- GmbH
50%
RWE AG
0,19 %
RW Holding AG
0,89 %
Gemeinschafts-Müll-
Verbrennungsanlage Niederrhein
GmbH
15,2 %
O.Vision Projektgesellschaft
mbH
100%
evo Energie-Netz GmbH
100%
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100%
Biostrom Oberhausen
Management GmbH
100%
Quantum GmbH
10,42%
strasserauf GmbH
30%
KSBG Kommunale
Beteiligungsgesellschaft GmbH
& Co.KG
6%
KSBG Kommunale
Verwaltungsgesellschaft mbH
6%

evo Energie-Netz GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Danziger Str. 31
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/ 8350
Fax	0208/ 8352620
e-Mail	service@evo-energie-netz.de
Internet	http://www.evo-energie-netz.de/

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 30,00

Gesellschafter:	**T€**	**%**
evo Energieversorgung Oberhausen AG	30,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist
- die Verteilung von Energie (Strom, Gas und Fernwärme) an Weiterverteiler und Letztverbraucher,
- die Erbringung von energienahen Dienstleistungen,
- die Planung, der Neu- bzw. Ausbau, die Änderung und der Betrieb (Bedienung, Überwachung bzw. Inspektion, Wartung, Reparaturen und Erneuerungen) der Verteilungsanlagen,
- die Vermarktung der Kapazitäten der Verteilungsanlagen.

Die Gesellschaft kann andere Unternehmen gründen, erwerben und sich an Ihnen beteiligen.

Wichtige Verträge

evo Energieversorgung Oberhausen AG	EAV zwischen evo AG und evo Energie-Netz GmbH vom 16.10.2006
evo Energieversorgung Oberhausen AG	Pachtvertrag über Strom- und Gasversorgungsnetze zuwischen der evo AG und der evo-netz vom 16.11.2006; Pachtvertrag über Fernwärmeversorgungsnetze zwischen der evo AG und der evo-netz vom 16.11.2006; Arbeitnehmerüberlassungsvertrag zwischen der evo AG und der evo-netz vom 16.11.2006

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2012)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Dr. Zahn, Günter
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Vorstand der evo AG
Prokura:	Prokurist	Dr. Jaeger, Herbert
	Prokurist	Krapoth, Georg

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2010		2011		2012		Veränder-ungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	18,96	0,1	15,57	0,1	239,37	0,9	223,80	1.437,38
Umlaufvermögen	22.981,74	99,9	19.418,34	99,9	26.753,53	99,1	7.335,19	37,77
Rechnungsabgrenzungsposten	11,02	0,0	11,02	0,1	11,35	0,0	0,33	2,99
Bilanzsumme	**23.011,72**	**100,00**	**19.444,93**	**100,00**	**27.004,25**	**100,00**	**7.559,32**	**38,88**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	1.142,48	5,0	1.142,48	5,9	1.142,48	4,2	0,00	0,00
Rückstellungen	9.490,68	41,2	7.705,64	39,6	11.805,28	43,7	4.099,64	53,20
Verbindlichkeiten	8.851,25	38,5	6.272,02	32,3	8.781,08	32,5	2.509,06	40,00
Rechnungsabgrenzungsposten	3.527,31	15,3	4.324,79	22,2	5.275,42	19,5	950,63	21,98
Bilanzsumme	**23.011,72**	**100,00**	**19.444,93**	**100,00**	**27.004,25**	**100,00**	**7.559,32**	**38,88**

bb) GuV

	2010	2011	2012
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	82.395,47	83.527,48	85.348,40
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-30,71	-44,46	181,83
sonstige betriebliche Erträge	581,96	966,82	731,37
Materialaufwand	44.541,30	46.261,52	40.390,11
Personalaufwand	1.040,39	1.107,22	7.865,73
sonstige betriebliche Aufwendungen	39.140,44	38.516,69	39.102,31
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	299,82	299,30	317,90
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	589,49	565,78	
Ergebnis der gewöhnlichen Geschaftstätigkeit	-2.065,08	-1.702,08	-778,65
außerordentliche Erträge	842,92		
außerordentliche Aufwendungen	273,11		721,92
außerordentliches Ergebnis	569,81		-721,92
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-365,09	166,20	
sonstige Steuern			-292,64
Erträge aus Verlustübernahmen	1.130,18	1.868,28	1.207,94
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	0,00	0,00	0,00
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2012	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-1,37	-2,24	-1,42	%
Eigenkapitalrentabilität:	-98,92	-163,53	-105,73	%
Cash-Flow:	-1.130,18	-1.868,28	-1.207,94	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	11.849,53	10.556,23	898,56	T€
Personalaufwandsquote:	1,25	1,31	9,12	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2012	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	4,96	5,88	4,23	%
Fremdkapitalquote:	95,04	94,12	95,77	%

e) Lagebericht

1 Unternehmen

Die evo Energie-Netz GmbH (evo-netz) wurde als 100-prozentige Tochter der Energieversorgung Oberhausen AG (evo AG) am 16. Oktober 2006 gegründet. Das Kerngeschäft der evo-netz ist seit dem 1. Januar 2007 darauf ausgerichtet, das Strom- und Gasnetz entsprechend den Vorgaben des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) diskriminierungsfrei zu betreiben, zu warten und bedarfsgerecht auszubauen. Um vorhandene Synergiepotentiale im Netzbereich zu erhalten, wurde in die Gesellschaft zusätzlich das Fernwärmenetz integriert. Darüber hinaus gehören die Unterhaltung der öffentlichen Beleuchtung für die Stadt Oberhausen und die Wartung von Nahwärme-Anlagen zur Geschäftstätigkeit der evo-netz. Alle Netzanlagen verbleiben im Eigentum der evo AG und werden zur Bewirtschaftung an die evo-netz verpachtet.

Im Zuge der Neukalkulation der dauerhaft nicht beeinflussbaren Kosten für die zweite Regulierungsperiode wurde im Geschäftsjahr das Netzbetriebspersonal, das bislang durch die evo AG im Rahmen einer Arbeitnehmerüberlassung der evo-netz zur Verfügung gestellt worden war, auf die evo-netz überführt.

Zwischen der evo-netz und der evo AG besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag (EAV). Darüber hinaus ist eine ertragsteuerliche Organschaft mit der FSO GmbH & Co. KG, als Konzernmutter, (Organträger) und den evo-Gesellschaften (Organgesellschaften) gegeben. Die umsatzsteuerliche Organschaft zwischen der evo AG und der evo-netz wurde im Laufe des Geschäftsjahres 2012 beendet. Als Konzerntochter ist die evo-netz mittelbar in den FSO-Konzern eingebunden.

Die evo-netz ist bemüht, durch ihr unternehmerisches Handeln eine Balance innerhalb des energiewirtschaftlichen Zieldreiecks, bestehend aus Nachhaltigkeit, Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit, zu gewährleisten.

Die Strategie der evo-netz zur nachhaltigen Steigerung des Unternehmenswertes besteht in der Fokussierung auf das Kerngeschäft der Energieverteilung.

2 Rahmenbedingungen

2.1 Regulierungssituation

Die wichtigsten regulatorischen Rahmenbedingungen für die evo-netz werden im Folgenden dargestellt.

Anreizregulierung

Seit Anfang 2009 befinden sich die Netzbetreiber für die Bereiche Strom und Gas im System der Anreizregulierung. Die seitdem laufende erste Regulierungsperiode dauert in der Sparte Gas vier Jahre und in der Sparte Strom fünf Jahre. Aus diesem Grund musste im Bereich Gas bereits in 2011 der neue Kostenantrag für die zweite, nun fünfjährige Regulierungsperiode (2013 bis 2017) gestellt werden. Basisjahr für diesen Antrag war das Jahr 2010. In einem vorläufigen Bescheid wurde die von evo-netz beantragte Erlösobergrenze anerkannt, der Effizienzwert beträgt 88 %.

Mit einem Versatz von einem Jahr folgte der Bereich Strom mit 2011 als so genanntem Fotojahr, das als Basis für die Antragstellung 2012 diente. 2013 wird dann beim Strom für die folgende fünfjährige Regulierungsperiode (2014 bis 2018) die Erlösobergrenze neu festgelegt.

Große Netzgesellschaft

Im Hinblick auf die Anerkennung der sogenannten Personalzusatzkosten als dauerhaft nicht beeinflussbare Kosten in der zweiten Regulierungsperiode hat die evo-netz alle Mitarbeiter in den regulierten Bereichen, die bisher als überlassene Arbeitnehmer tätig waren, arbeitsvertraglich in die Netzgesellschaft überführt.

Die Umsetzung wurde zum 1. Juni 2012 vollzogen und betraf ca. 150 Mitarbeiter. Damit wird erreicht, dass die positive Auswirkung bereits für die kommende Regulierungsperiode für den Bereich Gas wirksam wird.

Dreiwöchiger Lieferantenwechsel

Seit dem 1. April 2012 haben Kunden die Möglichkeit einen Lieferantenwechsel innerhalb von drei Wochen zu jedem beliebigen Tag (vorher: vier Wochen zum Monatswechsel) durchzuführen. Hierzu wurde ein Projektteam zusammen mit einem externen IT-Dienstleister gebildet, um umfangreiche Softwareanpassungen durchzuführen. Die evo-netz hat dieses Projekt termingerecht umgesetzt und ermöglicht somit einen verstärkten Wettbewerb auf dem Energiemarkt.

2.3 Belegschaft

Die Beschäftigtenzahl der evo-netz hat im Berichtszeitraum in erheblichem Umfang zugenommen. Grund dafür ist die Überführung des für den Netzbetrieb benötigten technischen Personals der regulierten Bereiche Strom und Gas von der evo AG auf die evo-netz. Diese Überleitung wurde zum 1. Juni 2012 wirksam. Zuvor war das technische Betriebspersonal von der evo AG beschäftigt, jedoch im Rahmen eines Arbeitnehmerüberlassungsvertrages der evo-netz zur Verfügung gestellt worden.

Die Ausgestaltung der Personalüberleitung erfolgte einvernehmlich und in enger Abstimmung aller Beteiligten (Unternehmensleitungen, Betriebsrat, Gewerkschaft). Im ersten Quartal wurde ein konzernweiter Tarifvertrag mit ver.di abgeschlossen, der die Rahmenbedingungen zu Überleitung regelt. Nach intensiven Informationsveranstaltungen für die Mitarbeiter wurde der Transfer zum 1. Juni 2012 wirksam. Dabei wurden im Rahmen eines Betriebsübergangs ca. 150 Mitarbeiter von der evo AG zur evo-netz übergeleitet. Die Entscheidung zur Personalüberleitung war bereits in 2011 im Hinblick auf die Anerkennung der so genannten Personalzusatzkosten als dauerhaft nicht beeinflussbare Kosten in der zweiten Regulierungsperiode getroffen worden. Im Ergebnis belief sich der Personalstand der evo-netz zum 31. Dezember 2012 auf 155 Mitarbeiter (zum Vergleich 31. Dezember 2011: 10 Mitarbeiter).

Die evo-netz verfügt über keine eigene Personalabteilung. Vielmehr werden alle Belange des Personalwesens der evo-netz im Rahmen eines Dienstleistungsvertrages durch die evo AG erbracht. Insofern ist die Personalstrategie der evo-netz mit der der evo AG weitestgehend identisch.

Alle Maßnahmen im Bereich Personalwesen gründen auf der Tatsache, dass die Belegschaft der evo-netz eine unausgewogene Alterspyramide aufweist. Viele konkrete Maßnahmen des Personalwesens haben daher das Ziel, die physische und mentale Beschäftigungsfähigkeit der Belegschaft zu erhalten und zu fördern.

Darin sieht die evo-netz ihre Verantwortung, alle Mitarbeiter gut auf die sich verändernden Anforderungen vorzubereiten. Gefördert werden z. B. zahlreiche Qualifikationen. Neben der rein fachlichen Kompetenz setzt die evo-netz insbesondere auf die Stärkung der sozialen Fähigkeiten. Gezielte Führungskräfteentwicklung sowie die

Entwicklung von Fach- und Führungskarrieren sind hier die wichtigsten Angebote. Der Denkansatz ist dabei ganzheitlich, d. h. im Hinblick auf die Anforderungen des Unternehmens erfolgt die Ausbildung von fachlichen, methodischen und sozialen Kompetenzen.

Als besonders relevant erscheint dabei die Fähigkeit, sich auf immer neue Herausforderungen einzulassen bzw. mit ihnen umzugehen. So ist und bleibt das Veränderungsmanagement ein zentrales Themenfeld. Hinzu kommt die in 2012 vollzogene Einführung eines Verhaltenskodex (Compliance-Programm). Dieser dient der Sicherstellung eines rechtskonformen Verhaltens sowie der Information und dem Schutz der Geschäftsführung sowie aller Mitarbeiter der Gesellschaft.

An Bedeutung gewonnen hat auch das betriebliche Gesundheitsmanagement. Für eine gesunde Lebensweise zu sensibilisieren, attraktive Angebote zu schaffen, aber auch konkret auf den Arbeitsplatz bezogen Handlungsempfehlungen geben zu können, sind die Ziele, die diesem Konzept zugrunde liegen.

Neben der Förderung der Beschäftigungsfähigkeit, sollen die Mitarbeiter auch durch ansprechende Angebote gebunden werden. Projekte zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die
z. B. Belegplätze in Kindertagesstätten sichern und ein hohes Maß an zeitlicher Flexibilität bei der Arbeitszeit ermöglichen, sowie ein Eltern-Kind-Zimmer werden von den bei der evo-netz beschäftigten Eltern sehr geschätzt. Kinder und berufliche Entwicklung sollen nicht im Widerspruch zueinander stehen – weder für Frauen noch für Männer.

Dieses Engagement sichert der evo-netz eine hohe Motivation und Identifikation der Mitarbeiter mit dem Unternehmen. Dies ist umso wichtiger, als die evo-netz – wie auch die evo AG – angesichts einer angepassten, ehrgeizigen Mittelfristplanung mit Blick auf die Belange der Anteilseigner zurzeit außerstande ist, befristet Beschäftigte zu übernehmen oder im bisher gewohnten Umfang betrieblich auszubilden, da eine Anpassung der Personalsolldimensionierung wesentlicher Bestandteil der neuen Planung ist.

3 Geschäftsverlauf

3.1 Netz Strom

Im vierten Jahr der ersten Regulierungsperiode wurde die Erlösobergrenze für den Bereich Strom nach § 4 der Anreizregulierungsverordnung um die zulässige Erhöhung angepasst. Es wurde in 2012 eine Menge von 765 GWh durch die gepachteten Stromnetze der evo-netz geleitet. Damit liegt die Menge auf dem Niveau des Vorjahres.

3.2 Netz Erdgas

Die Netzentgelte für den Bereich Erdgas wurden für das Jahr 2012 ebenso wie im Bereich Strom nach § 4 der Anreizregulierung angepasst. Im Geschäftsjahr 2012 wurden durch die gepachteten Erdgasnetze der evo-netz 1.077 GWh an Erdgaskunden verteilt. Damit wurden im Vergleich zum vorherigen Geschäftsjahr 95 GWh mehr Erdgas durch die Netze geleitet.

3.3 Netz Fernwärme

Das Fernwärmenetz ist im Gegensatz zu den Netzen Strom und Gas keine regulierter Bereich. Die evo-netz übernimmt dienstleistend für die evo AG den Betrieb und die Wartung des Fernwärmenetzes.

3.4 Gebäude-Energieservice

Die evo-netz führt im Rahmen eines Dienstleistungsvertrages den technische Betrieb von Contracting-Leistungen der evo AG aus.

4 Ertragslage

Die wirtschaftliche Lage und Entwicklung der evo-netz war im Geschäftsjahr 2012 zufriedenstellend, der Jahresfehlbetrag konnte im Vergleich zum Vorjahr leicht verbessert werden.

Umsatzerlöse

	EUR 2012	EUR Vorjahr
Netznutzungsentgelte	61.230.193,01	55.944.034,14
Sonstige Umsatzerlöse	24.118.202,31	27.583.446,40
	85.348.395,32	83.527.480,54

Die deutlich gegenüber dem Vorjahr gestiegenen Umsätze resultieren aus erhöhten Kosten für die Nutzung der vorgelagerten Netze und die eingeführte Abgabe nach § 19 Stromnetzentgeltverordnung (StromNEV) zur Entlastung energieintensiver Unternehmen, die über die Netzentgelte an den Kunden weitergereicht wurden.

In den Umsatzerlösen sind periodenfremde Erlöse in Höhe von TEUR 2.111,9 enthalten.

Aufwendungen

Die Aufwendungen für Netznutzungsentgelte der vorgelagerten Netze sind im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Dies ist im Wesentlichen in der Erhöhung der Netznutzungsentgelte begründet, hinzu kam der erstmalig festgesetzte Aufschlag nach § 19 StromNEV.

Der Materialverbrauch sowie die bezogenen Leistungen für die Unterhaltung der Netze blieben im Vergleich zum Vorjahr auf gleichbleibendem Niveau und lagen bei TEUR 4.173,6. Der Personalaufwand erhöhte sich auf TEUR 7.865,7 (Vorjahr TEUR 1.107,2). Dies hängt hauptsächlich mit der Ausgliederungen von Betriebsteilen der evo AG und dem damit Verbundenen Übergang von ca. 150 Mitarbeitern auf die evo-netz zusammen.

Aufgrund des negativen Ergebnisses wurden der evo-netz auf Basis einer Gewerbesteuerumlage vom Gesellschafter TEUR 292,6 Steuer erstattet.

Jahresergebnis

Das negative Ergebnis in Höhe von TEUR 1.207,9 lag über dem prognostizierten Jahresfehlbetrag von TEUR 2.380,0 und wurde von der evo AG aufgrund eines EAV erstattet.

Tätigkeitenberichte

In der evo-netz werden drei Tätigkeitsbereiche ausgewiesen. Dies sind die Verteilnetze Strom und Gas und die sonstigen Aktivitäten.

Im Verteilnetz Strom wurde in 2012 wurde ein Verlust in Höhe von TEUR 811 erzielt; der Bereich Verteilnetz Gas weist einen Fehlbetrag in Höhe von TEUR 632 aus. Im Rahmen der Verlustübernahme der evo AG werden diese Beträge ausgeglichen.

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2012 betrug die Bilanzsumme der Tätigkeit Verteilnetz Strom TEUR 15.524; dies sind rund 57 % der gesamten Bilanzsumme der evo-netz. Die Tätigkeit Gaspacht steuerte mit einer Bilanzsumme in Höhe von TEUR 5.650 rund 21 % zur Bilanzsumme der evo-netz bei.

Die sonstigen Tätigkeiten umfassen die nicht regulierten Bereiche wie das Verteilnetz Fernwärme, die Netzdokumentation, Öffentliche Beleuchtung und weitere Dienstleistungen für Dritte.

5 Finanz- und Vermögenslage

5.1 Finanzbewegung

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit erhöhte sich in 2012 gegenüber dem Vorjahr um rund TEUR 1.517 auf TEUR -448. Die Zunahme der Rückstellungen und Verbindlichkeiten wurden hierbei durch die Erhöhung des Bestandes an Forderungen kompensiert. Positiv wirkte sich der Zugang von Baukostenzuschüssen auf den Cashflow aus.

Die Summe der Investitionstätigkeiten innerhalb der Kapitalflussrechnung belief sich im Berichtsjahr auf TEUR -326 (Vorjahr TEUR +3). Diese Veränderung resultiert aus der Ausgliederung von Betriebsteilen von der evo AG zur Netzgesellschaft und der damit verbundenen Übertragung von Arbeitgeberdarlehen auf die evo-netz.

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit beinhaltet ausschließlich die Verlustübernahme der evo AG in Höhe von TEUR 1.208 (Vorjahr TEUR 1.868).

Der Finanzmittelfonds am Ende des Geschäftsjahres konnte um TEUR 434 auf TEUR 548 erhöht werden.

5.2 Finanzstrategie

Im Rahmen einer zentralen Anlagestrategie wurde eine Cash-Pooling-Vereinbarung mit der evo AG getroffen, wobei die Verzinsung sowohl der Forderungen als auch der Verbindlichkeiten zu Geldmarktsätzen am Frankfurter Bankenplatz erfolgt.

Die evo-netz besitzt kein eigenes Sachanlagevermögen, die Vermögenslage ist im Wesentlichen durch Forderungen gegen verbundene Unternehmen (evo AG) geprägt.

Die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der evo-netz wird im Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses aufgrund der Cash-Pooling-Vereinbarung und des vorhandenen EAV mit der evo AG sowie des verminderten Jahresfehlbetrages im Vergleich zum Vorjahr als zufrieden stellend betrachtet. Des Weiteren wird davon ausgegangen, mittelfristig das negative Ergebnis weiter reduzieren zu können.

6 Nachtragsbericht

Vom Geschäftsjahres-Ultimo bis zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses 2012 sind keine Tatsachen aufgetreten oder bekannt geworden, welche die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage beeinflussen.

7 Risikobericht

7.1 Risikomanagement

Zur Sicherung der Unternehmensziele, des künftigen Erfolges des Unternehmens und zur Senkung der Risikokosten führt die evo AG halbjährlich eine Risikoinventur durch. Diese Aufgabe wird auch für die evo-netz wahrgenommen. Damit Risiken frühzeitig erkannt und rechtzeitig angemessene Gegensteuerungsmaßnahmen ergriffen werden können, ist bei der evo AG ein Risikomanagementsystem gemäß dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) implementiert. Alle erfassten Risiken werden durch Risikopaten hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und Risikoauswirkung eingestuft. Die Risiken werden dabei nicht nur auf die mit den Risiken verbundenen Kosten, Erlöseinbußen, Margenverluste oder Betriebsunterbrechungen untersucht, es wird auch der Einfluss auf Ressourcen, wie z. B. Personenschäden oder Imageverlust, analysiert.

7.2 Betriebsrisiken

Grundsätzlich schützt sich die evo-netz gegen Risiken, die im unmittelbaren Zusammenhang mit der unternehmerischen Tätigkeit stehen, durch adäquate Versicherungen. Haftungsrisiken werden durch eine entsprechende Betriebshaftpflichtversicherung abgedeckt. Weiterhin werden geeignete Steuerungsmaßnahmen ergriffen, um Netzausfälle zu vermeiden.

7.3 Finanzrisiken

Auf Basis einer kurz- bis langfristigen Liquiditätsplanung erfolgt die Liquiditätssteuerung innerhalb des genehmigten Rahmens der Cash-Pooling-Vereinbarung mit der evo AG. Aus dem Kerngeschäft ergeben sich neben den im Abschluss bereits berücksichtigten Einzel- und Pauschalwertberichtigungen keine weiteren Preis- und Adressausfallrisiken.

7.4 Umfeldrisiken

Zum 31. Dezember 2012 endete die erste Regulierungsperiode Gas. Die erste Regulierungsperiode Strom endet zum 31. Dezember 2013. Die Regulierungsbehörden werden zukünftig die Personalzusatzkosten nur dann als Bestandteil der dauerhaft nicht beeinflussbaren Kosten anerkennen, wenn die Mitarbeiter direkt bei der Netzgesellschaft angestellt sind. Vor diesem Hintergrund wurden zum 1. Juni 2012 die Mitarbeiter der regulierten Bereiche Strom und Gas in die Netzgesellschaft überführt. Im nicht regulierten Bereich Fernwärme bleibt die bisherige Konstruktion bestehen, nach der die von der evo AG überlassenen Arbeitnehmer in direkter Weisungsbefugnis dem Leitungspersonal des Netzes unterstehen. Durch die Bildung einer „großen Netzgesellschaft“ werden die wirtschaftlichen Risiken des Themas Personalzusatzkosten abgewendet.

Die Konzessionsverträge für die Bereiche Gas, Strom und Fernwärme mit der Stadt Oberhausen laufen 2014 aus. Die Ausschreibungen für Strom, Gas und Fernwärme erfolgten im Bundesanzeiger; für Strom zudem EU-weit. Zu allen drei Bereichen wurden Angebote abgegeben. Es besteht das grundsätzliche Risiko, eine, zwei oder alle drei Konzessionen zu verlieren.

7.5 Gesamtrisiko

Die beiden halbjährlichen Risikoinventuren haben keine bestandsgefährdenden Risiken aufgezeigt. Auch für die Zukunft sind keine derartigen Risiken erkennbar.

8 Prognosebericht

8.1 Rahmenbedingungen im Wandel

Die politischen Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft unterliegen weiterhin einem raschen und grundlegenden Wandlungsprozess. Nachdem in Folge der Havarie des Atomkraftwerkes im japanischen Fukushima in 2011 binnen kürzester Zeit ein gravierender Umbau der deutschen Energiewirtschaft politisch beschlossen wurde, zeichnen sich derzeit eine Reihe von Problemen bei der Umsetzung der ehrgeizigen Planungen ab.

So regt sich an verschiedensten Stellen im Land Widerstand gegen Planung und Bau der notwendigen neuen Hochspannungstrassen, mit denen der vornehmlich in Norddeutschland erzeugte Windstrom in die urbanen Ballungsräume in West- und Süddeutschland transportiert werden soll. Auch der Netzanschluss mehrerer Off-Shore-Windparks stockt.

In technischer Hinsicht stellen die stark volatilen Anteile der Erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung die bestehende Netzinfrastruktur vor immer größere Probleme, sodass Warnungen vor einem zukünftigen großflächigen Versorgungsausfall aufgrund von extremen Spannungsschwankungen laut werden. Eine Maßnahme zur Lösung dieses Problems kann – konsequent und flächendeckend umgesetzt – in der technischen

Ertüchtigung des Messwesens und der Verteilnetzebene bestehen. Die Stichworte lauten hier „Smart Meter“ und „Smart Grid“. Mit ihrer Hilfe sollen Stromverbräuche ausgewogener über einen Tagesverlauf verteilt und Lastspitzen abgebaut werden. Die Idee, die Akkumulatoren von Elektrofahrzeugen in großer Zahl zur Regulation und damit Stabilisierung des Stromnetzes einzusetzen, scheitert bislang an der viel zu geringen Verbreitung entsprechender Fahrzeuge und dem unzureichenden Ausbau der ebenso notwendigen Lade-Infrastruktur.

Aufgrund der erheblichen Ertüchtigungsbedarfe bei der Netzinfrastruktur und auch wegen der Preisentwicklung für die Endverbraucher, mehren sich Stimmen, die die Schaffung eines so genannten Kapazitätsmarktes fordern. Damit sind die wesentlichen Handlungs- und Aufgabenfelder der Energiepolitik und Energiewirtschaft für die kommenden Jahre grob umrissen. Auch perspektivisch absehbare Verschärfungen der Regulierungsbestimmungen des Strom- und Erdgas-Geschäftes durch die Bundesnetzagentur beziehungsweise die Landesregulierungsbehörden – etwa in Form eines zwingend vorgegebenen autonomen Marktauftritts von Netzbetriebsgesellschaften – kommen hinzu.

Aus all diesen Aspekten ergeben sich für lokal bzw. regional operierende Energieversorger zukünftig zahlreiche technische und unternehmerische Herausforderungen, um den sich wandelnden Rahmenbedingungen bestmöglich gerecht zu werden.

8.2 Perspektiven 2013

In den kommenden zwei Geschäftsjahren ist von einem negativen Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit über jeweils rd. EUR 3 Mio. auszugehen, welches durch die evo AG auszugleichen ist. Dies liegt daran, dass neben den Aufwendungen innerhalb der evo-netz weitere Aufwendungen für externe Dienstleistungen (z.B. durch die evo AG) anfallen, die nicht unmittelbar durch die evo-netz beeinflussbar sind. Die tatsächlich abgerechneten Beträge bilden die maximale Obergrenze der anerkennungsfähigen Kosten bei der Genehmigung der Netzentgelte.

Konzessionsvertrag

Die evo-netz hat die Konzession, die Strom-, Gas- und Fernwärmenetze in Oberhausen zu betreiben. Die Konzession läuft am 31. Dezember 2014 aus. Von daher hat der Rat der Stadt Oberhausen 2011 entschieden, ein Konzessionsvergabeverfahren einzuleiten. Hierbei handelt es sich um ein zweistufiges Verfahren, bestehend aus Interessenbekundung und Angebotsabgabe.

Im evo-Konzern wurde entschieden, dass die evo AG sich um die Konzession bewirbt und bei Erhalt das Pachtmodell mit der evo-netz fortgesetzt wird. An beiden Verfahrensstufen hat die evo AG engagiert teilgenommen, mit dem Ziel, erneut die Konzession zum Betrieb der Strom-, Gas- und Fernwärmenetze zu erhalten. Eine Entscheidung durch die Stadt Oberhausen wird im Februar 2013 erwartet.

Intelligente Zähler

Auch hier ist mit der Neufassung des EnWG eine neue Situation eingetreten. Der bisherige § 21 b EnWG wurde durch acht Vorschriften ersetzt, in deren Mittelpunkt nicht mehr die Messeinrichtung, sondern das sogenannte Messsystem steht. Ein Messsystem ist dabei eine in ein Kommunikationsnetz eingebundene Messeinrichtung zur Erfassung elektrischer Energie. Das zugehörige so genannte Schutzprofil (zur Absicherung von Datenschutzbelangen) und die entsprechenden technischen Regeln sowie gegebenenfalls weitere Verordnungen werden hierfür noch erarbeitet, so dass nach wie vor keine Entscheidung für einen neuen technischen Zählertyp erfolgen kann. Im Jahr 2013 ist mit einer weiteren Konkretisierung zurechnen, so dass dann ab 2014 die entsprechenden Geräte, d. h. „intelligente Zähler“, am Markt verfügbar sein werden und auf der Basis verlässlicher Rahmenbedingungen ein Ausbau der Systeme erfolgen kann.

Über die aus dem EnWG 2005 bekannte Einbauverpflichtung bei Neubauten und größeren Renovierungen hinaus sollen Messsysteme zukünftig auch bei jedem Letztverbraucher mit einem jährlichen Stromverbrauch von mehr als 6.000 kWh verpflichtend verbaut werden. Dies wird nach erster Abschätzung bei der evo AG ca. 13.000 Stromkunden betreffen. Damit wird eine andere Größenordnung als früher erreicht, als solche Zähler nur bei Neubauten und größeren Renovierungen eingebaut werden mussten. Eine Umsetzungsstrategie wird zurzeit erarbeitet, um bei Vorliegen der Geräte den Roll-out effizient und kostenorientiert umsetzen zu können.

Erstmals trifft das Gesetz außerdem eine deutliche Unterscheidung zwischen Strom und Gas. Eine zweite Infrastruktur an Messsystemen für Gas soll es nicht geben. Gasmesseinrichtungen müssen aber in das Messsystem Strom sicher einbindbar sein. Viele Detailfragen gerade zu den Schnittstellen müssen aber erst noch im Rahmen weiterer Verordnungen geklärt werden.

Auslegungsgrundsätze Markenpolitik

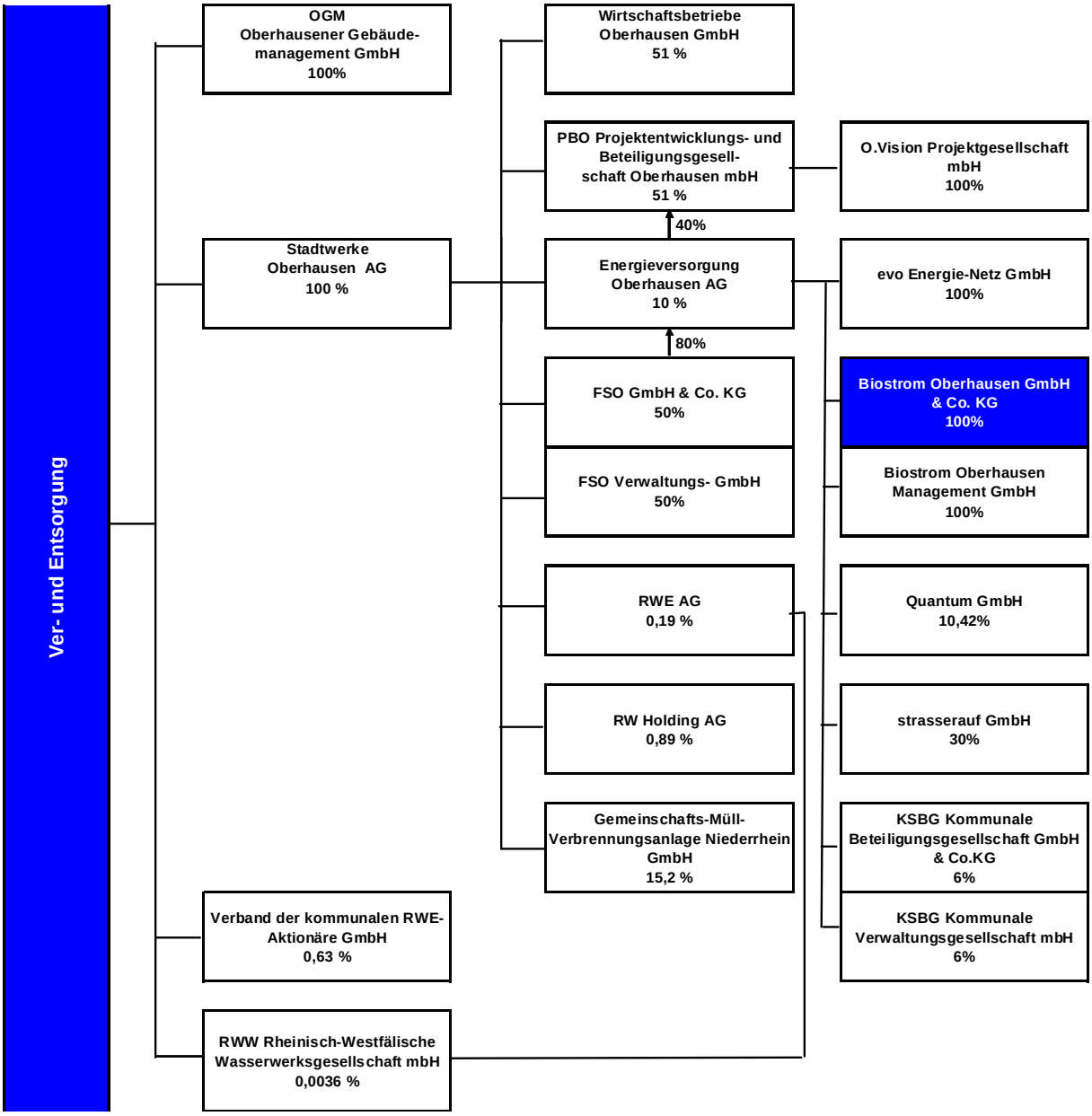
Die Bundesnetzagentur hat im Sommer 2012 gemeinsam mit den Regulierungsbehörden der Länder Anforderungen an die Markenpolitik und das Kommunikationsverhalten von Verteilnetzbetreibern formuliert. Hiernach muss eine Verwechselungsgefahr zwischen dem Verteilnetzbetreiber und dem Vertrieb eines Konzerns ausgeschlossen sein. Die evo-netz erarbeitet diesbezüglich ein Konzept, das im Gleichbehandlungsbericht 2013 dargestellt werden wird.

Oberhausen, den 1. Februar 2013

evo Energie-Netz GmbH

Der Geschäftsführer

Dr. Günter Zahn


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100%
Stadtwerke
Oberhausen AG
100 %
Verband der kommunalen RWE-
Aktionäre GmbH
0,63 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0036 %
Wirtschaftsbetriebe
Oberhausen GmbH
51 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesell-
schaft Oberhausen mbH
51 %
40%
Energieversorgung
Oberhausen AG
10 %
80%
FSO GmbH & Co. KG
50%
FSO Verwaltungs- GmbH
50%
RWE AG
0,19 %
RW Holding AG
0,89 %
Gemeinschafts-Müll-
Verbrennungsanlage Niederrhein
GmbH
15,2 %
O.Vision Projektgesellschaft
mbH
100%
evo Energie-Netz GmbH
100%
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100%
Biostrom Oberhausen
Management GmbH
100%
Quantum GmbH
10,42%
strasserauf GmbH
30%
KSBG Kommunale
Beteiligungsgesellschaft GmbH
& Co.KG
6%
KSBG Kommunale
Verwaltungsgesellschaft mbH
6%

Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Danziger Straße 31
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/8350
Fax	0208/8352620
e-Mail	service@evo-energie.de
Internet	http://www.evo-energie.de/

Rechtsform: GmbH & Co. KG
Stammkapital in T€: 1.000,00

Gesellschafter:	**T€**	**%**
evo Energieversorgung Oberhausen AG	1.000,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Planung, der Bau sowie der Betrieb eines Biomasseheizkraftwerkes in Oberhausen sowie alle damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2012)

Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:	Geschäftsführung der Biostrom Oberhausen Management GmbH

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2010		2011		2012		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	13.102,23	98,6	14.146,50	94,4	13.555,96	94,4	-590,54	-4,17
Umlaufvermögen	192,19	1,4	840,70	5,6	801,74	5,6	-38,96	-4,63
Rechnungsabgrenzungsposten			2,89	0,0			-2,89	-100,00
Bilanzsumme	**13.294,41**	**100,00**	**14.990,09**	**100,00**	**14.357,70**	**100,00**	**-632,39**	**-4,22**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	3.632,43	27,3	2.731,17	18,2	2.140,38	14,9	-590,79	-21,63
Rückstellungen	42,21	0,3	471,65	3,1	348,44	2,4	-123,21	-26,12
Verbindlichkeiten	9.619,77	72,4	11.787,27	78,6	11.868,88	82,7	81,61	0,69
Bilanzsumme	**13.294,41**	**100,00**	**14.990,09**	**100,00**	**14.357,70**	**100,00**	**-632,39**	**-4,22**

bb) GuV

	2010	2011	2012
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse		1.758,55	3.730,16
sonstige betriebliche Erträge	0,34	7,41	50,71
Materialaufwand		1.177,20	2.333,39
Abschreibungen	0,15	527,47	807,62
sonstige betriebliche Aufwendungen	353,11	460,79	674,56
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge			0,21
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	188,31	501,76	556,29
Ergebnis der gewöhnlichen Geschaftstätigkeit	-541,23	-901,26	-590,79
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-541,23	-901,26	-590,79
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-541,23	-901,26	-590,79

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2012	Angaben in
Umsatzrentabilität:		-51,25	-15,84	%
Eigenkapitalrentabilität:	-12,97	-24,81	-21,63	%
Cash-Flow:	-541,08	-373,80	216,83	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2012	Angaben in
Sachanlagenintensität:	98,47	94,37	94,42	%
Eigenkapitalquote:	27,32	18,22	14,91	%
Fremdkapitalquote:	72,68	81,78	85,09	%

e) Lagebericht

Rahmenbedingungen und Geschäftsverlauf

Vorbemerkungen

Die Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG (BSO KG) hat auf dem postalisch mit Friedrichstraße 37, 46145 Oberhausen, bezeichneten Grundstück ein Biomasse-Heizkraftwerk (im Weiteren „BMK“) errichtet, welches über eine Laufzeit von 20 Jahren betrieben werden soll.

Das BMK arbeitet nach dem Grundsatz der Kraft-Wärme-Kopplung. Im Biomassekessel wird Wasser zu überhitztem Dampf aufgeheizt, der dann in einer Turbine entspannt wird. Der durch die Dampfturbine produzierte Strom wird in das Stromnetz des örtlichen Netzbetreibers evo Energie-Netz GmbH (evo-netz) eingespeist. Die Vergütungssätze für die Stromeinspeisung sind durch das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) über 20 Jahre gesichert. Die in der Turbine gleichzeitig anfallende Wärme, die im Dampf enthalten ist, wird zur Wärmeauskopplung genutzt und in das Fernwärmenetz der Energieversorgung Oberhausen AG (evo AG) eingespeist.

Die BSO KG verfügt über kein eigenes Personal und profitiert in erster Linie von der langjährigen Erfahrung der evo AG hinsichtlich technischer und wirtschaftlicher Betriebsführung von (Biomasse-)Kraftwerken. Sie stellt die qualifizierten Mitarbeiter, die den operativen Anlagenbetrieb gewährleisten und über Know-how im Betrieb von Dampfkesseln, Dampfturbinen sowie auf dem Gebiet der Strom- und Fernwärmeversorgung verfügen.

Durch die Bündelung der kaufmännischen und technischen Aufgaben bei der evo AG stehen eine sichere Infrastruktur wie geprüfte Buchhaltungs- und andere Systeme sowie Risiko vermeidende Regelungen für die gesamte Geschäftsabwicklung zur Verfügung.

Als Brennstoff werden ausschließlich Material aus der Landschaftspflege/Grünschnitt (laut EEG-Positivliste) und insbesondere Holzhackschnitzel eingesetzt. Die Brennstofflieferung ist über einen langfristigen Liefervertrag (20 Jahre) abgesichert.

Gesellschaftsrechtliche Situation

Die Biostrom Oberhausen Management GmbH ist die persönlich haftende Gesellschafterin der BSO KG und übernimmt deren Geschäftsführungsaufgaben; die operative Tätigkeit -
d. h. der Betrieb des BMK - obliegt der BSO KG.

Die BSO-Gesellschaften wurden bis August 2012 von den Gesellschaftern Cofely Deutschland GmbH (Cofely) mit einer Beteiligungsquote von 51 % sowie von der evo AG mit einem Anteilsbesitz von 49% gehalten. Seit dem 30. August 2012 ist die evo AG 100 %-ige Gesellschafterin beider Gesellschaften.

Mit dem Kauf der Gesellschaftsanteile durch evo AG ging auch ein Wechsel in der Geschäftsführung einher, da das Vorschlagsrecht zur Bestellung des Geschäftsführers bis zu diesem Zeitpunkt bei Cofely lag. Zum Nachfolger von Herrn Speckmann wurde Herr Hans Neubauer, Leiter der Energieerzeugung bei der evo AG, bestellt.

Zeitgleich mit dem Anteilsübergang ging auch die kaufmännische Geschäftbuchhaltung für die BSO-Gesellschaften auf die evo AG über.

Technische Bestandsanalyse

evo AG hatte im Rahmen ihrer technischen Betriebsführung schon ab Beginn des Jahres 2012 diverse Optimierungsmaßnahmen an der Anlage eingeleitet; dazu gehörten auch intensive Gespräche mit dem Kessellieferanten zu offenen Punkten und zum Optimierungspotential am Kessel. Nach der Revision im Februar 2012 erfolgte als erstes ein Wechsel der Brennstoffqualität weg von dem in 2011 eingesetzten Landschaftspflegematerial hin zu Holzhackschnitzeln, die in ihrer Qualität klarer definiert und für den Kessel besser einsetzbar sind. Die Maßnahme führte erstens zu einer deutlichen Erhöhung der Dampfleistung und hat damit korrespondierend zur Erhöhung der elektrischen Leistung der Anlage, zweitens zu einer Verminderung der Ausfallstunden und drittens zu einem klar umrissenen Handlungsbedarf bezüglich des Kessels beigetragen. Aufgrund der guten Erfahrungen mit den seit etwa einem ¾ Jahr eingesetzten Holzhackschnitzeln ist auch beabsichtigt, diesen Betrieb auf absehbare Zeit unverändert fortzusetzen. Zwar konnten im abgelaufenen Geschäftsjahr noch nicht die nach den langfristigen Wirtschaftlichkeitsberechnungen erforderlichen Betriebsstunden erreicht werden, es konnte aber das abgestimmte Ziel, 5.500 Betriebsstunden im Jahr 2012 zu erreichen, umgesetzt werden. Für das Jahr 2013 ist als Ziel definiert, die Betriebsstunden beim Einsatz von Holzhackschnitzeln auf 8.000 Stunden zu steigern.

Gespräche mit dem Kessellieferanten

Durch den Einsatz eines klar definierten Brennstoffes wurden im Jahr 2012 noch Schwachstellen und offene Punkte am Kessel identifiziert. Der Kessellieferant hat auf die offenen Punkte dahingehend reagiert, dass er den Kessel noch in einer 14-tägigen Optimierungsphase kostenlos durch einen Spezialisten aus seinem Haus vor Ort optimieren ließ. Darüber hinaus erfolgen auch Eingriffe über das Internet in Abstimmung mit dem Leitstand der evo AG. In Zusammenhang mit den Optimierungsmaßnahmen zeigt sich, dass der Kessel im ECO-Bereich (Speisewasser-Vorwärmer) strömungstechnische Inhomogenitäten hat. Diese wurden zum einen in thermodynamischen Berechnungen des Kesselherstellers selbst, zum anderen durch strömungstechnische Untersuchungen der TU Graz verifiziert. Der Kesselhersteller wird diese Probleme durch einen Kesselumbau, geplant ab 1. Februar 2013 während einer ca. 14-tägigen Revisions- und Stillstandszeit des Kessels, beseitigen. Danach ist nochmals das Betriebsverhalten des Kessels in Zusammenarbeit mit dem Kesselhersteller zu beurteilen und gegebenenfalls weiter zu optimieren.

Genehmigungsrechtliche Änderungen

Der Betrieb der Anlage hat bezüglich der Brennstofflogistik eine Schwachstelle durch ein stark begrenztes Brennstofflager. Kleine Störungen können hier zu Anlagenausfällen führen. Darüber hinaus ist auch die Qualitätskontrolle nur eingeschränkt möglich. Am 19. Dezember 2012 hat die Bezirksregierung Düsseldorf einer Anzeige zur Errichtung eines Ablade- und Probenahmeplatzes mit einem Fassungsvermögen von ca. 200 t Holzhackschnitzeln zugestimmt. Es steht zu erwarten, dass sich hierdurch die Probleme der Brennstofflogistik weitestgehend entschärfen werden.

Vertragssituation

In Zusammenhang mit der Anteilsübernahme durch evo AG waren Anpassungen diverser Verträge (gesellschaftsrechtliche Verträge, Wärmelieferungsvertrag etc.) sinnvoll und/oder erforderlich. Diese Vertragsanpassungen wurden unverzüglich nach der Anteilsübernahme durch evo AG durchgeführt.

Im Fluss ist immer noch die Neugestaltung des Brennstoffliefervertrages, bei dem es sich um eine sehr komplexe Materie handelt. Hier kommt erschwerend hinzu, dass Bedingungen aus dem „Altvertrag“ in den neuen Vertrag hineinspielen. Insbesondere erwartet zum Beispiel der Brennstofflieferant, dass seine Monopolstellung aufrechterhalten bleibt. Die Gespräche über einen neuen Vertragsentwurf sind trotzdem weit vorangeschritten. Von beiden Vertragsparteien wird die Unterzeichnung eines neuen Brennstoffliefervertrages im Frühjahr 2013 angestrebt.

Ertrags-, Finanz und Vermögenslage

Für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2012 verzeichnet die Gesellschaft einen Jahresfehlbetrag von 590 T€, der im Wesentlichen mit 468 T€ aus der Zeit bis zur vollständigen Übernahme aller Anteile durch die evo AG am 30. August 2012 resultiert. Ab diesem Zeitpunkt hat ein weitgehend störungsfreier Betrieb der Anlage maßgeblich dazu geführt, dass aus dem operativen Geschäft ein Gewinn von 41 T€ erwirtschaftet werden konnte. Dem steht jedoch eine Drohverlustrückstellung von 163 T€ aus der Marktbewertung

von zwei Zins-Swap-Geschäften gegenüber, so dass es zu dem vorgenannten erhöhten Jahresfehlbetrag kommt. Die Umsatzerlöse aus Stromeinspeisung und Wärmeeinspeisung sind bedingt durch die längeren Einsatz der Anlage sowie die besseren Wärmelieferkonditionen im Vergleich zum Vorjahr deutlich von 1.758,5 T€ auf 3.730,1 T€ angestiegen.

Der negative Ergebnisbeitrag aus den Zins-Swap-Geschäften resultiert aus dem Umstand, dass die Bewertungseinheiten mit den korrespondierenden Projekt-Kreditverträgen aufgelöst werden mussten. Die wirtschaftliche Situation der BSO hatte dazu geführt, dass die finanzierende HVB/Unicredit ihre Darlehen nicht mehr als Euro-Kredite platzieren konnte und somit keine Kongruenz zur einheitlichen Bilanzierung als Festzinskredite gegeben war.

Zur weiteren Absicherung der Covenants aus der Projektfinanzierung hat sich die evo AG mit einem Betrag von maximal 2 Mio. € verbürgt; diese Bürgschaft nimmt analog zur Tilgungsstruktur der Finanzierungsdarlehen ab und erlischt ab dem Zeitpunkt, in welchem die Auflagen aus den Kreditverträgen erstmalig vollständig eingehalten werden.

Zur weiteren Stärkung der Ertragslage konnten ab dem 1. September 2012 verbesserte Konditionen für die Wärmelieferung an die evo AG verhandelt werden.

Zum 31. Dezember 2012 bestehen mittel- und langfristige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten über rd. 9,3 Mio. €, wobei die hohen anfänglich vereinbarten Tilgungsraten die Gesellschaft finanziell stark belasten und kaum Möglichkeiten zum Aufbau liquider Reserven bestehen. Aus diesem Umstand konnten bisher die Verbindlichkeiten an die evo AG aus den technischen/kaufmännischen Dienstleistungen sowie Grundstückpacht nicht beglichen werden.

Nachtragsbericht

Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres, über die zu berichten wäre, sind nicht eingetreten.

Chancen- und Risikobericht

Zur Sicherung der Unternehmensziele, des künftigen Erfolges des Unternehmens sowie zur Senkung der Risikokosten führt die evo AG halbjährlich eine Risikoinventur durch. Hierbei werden auch mögliche Risiken die Biostrom Oberhausen betreffend untersucht.

Damit Risiken frühzeitig erkannt und rechtzeitig angemessene Gegensteuerungsmaßnahmen ergriffen werden können, ist bei der evo AG ein Risikomanagementsystem gemäß dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) implementiert.

In den beiden halbjährlichen Risikoinventuren wurden keine bestandsgefährdenden Risiken erkennbar. Auch für die Zukunft sind keine derartigen Risiken abzusehen.

Prognosebericht

Für das Jahr 2013 wird davon ausgegangen, dass die technischen Probleme aus der Vergangenheit weitgehend überwunden sind. Neben einer Gesamtlaufzeit von 8.000 Stunden pro Jahr soll dann auch eine Reisezeit von 4.000 Stunden, d. h. eine Zeit ohne Reinigung des Kessels, erreicht und dauerhaft etabliert werden.

Der im Frühjahr 2013 neu verhandelte Brennstoffliefervertrag garantiert eine langfristige Belieferung der Anlage durch überwiegend Holzhackschnitzel zu auskömmlichen Konditionen.

Unter dieser Prämisse ist davon auszugehen, dass ein positives operatives Ergebnis sowie weitere Liquidität zur planungsgemäßen Tilgung der aufgenommenen Projektfinanzierung erwirtschaftet werden. Weitere Mittel sollen zum Ausgleich der Verbindlichkeiten gegenüber der evo AG genutzt werden. Der aufgestellte und durch die Gesellschafterversammlung genehmigte Wirtschaftplan bis 2017 zeigt, dass auch über das Jahr 2013 hinaus mit einer soliden Finanzlage angemessene Gewinne erwirtschaftet werden können.

Für die kommenden beiden Jahre plant die Gesellschaft Gewinne vor Steuern von jeweils rd. 700 T€. Auf dieser Basis sollen die grundsätzlichen Voraussetzungen geschaffen werden, die Finanzierungsdarlehen wieder am Euro-Markt zu platzieren, um somit die Bewertungseinheit mit den Zins-Swap-Geschäften als Festzinskredite wieder herstellen zu können. Durch die noch hohen Kredittilgungen in 2013 und 2014 können keine bedeutsamen weiteren Liquiditätsreserven gebildet werden. Eine Gewinnauszahlung an die Kommanditistin evo AG ist erst nach dem Ausgleich der Verluste aus Vorjahren möglich.

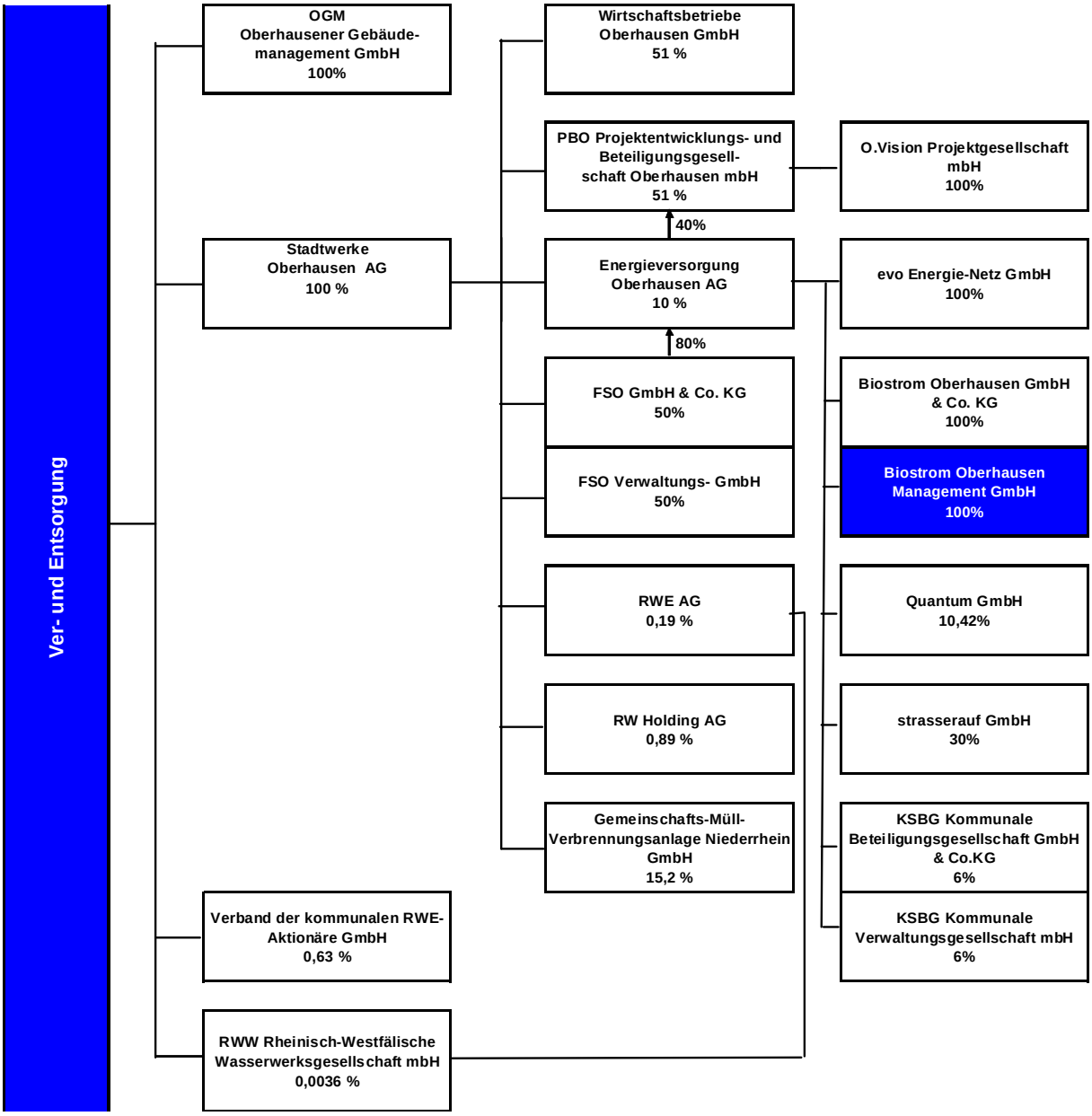
Oberhausen, 1. Februar 2013

Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG

Hans Neubauer

Geschäftsführer der

Biostrom Oberhausen Management GmbH


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100%
Stadtwerke
Oberhausen AG
100 %
Verband der kommunalen RWE-
Aktionäre GmbH
0,63 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0036 %
Wirtschaftsbetriebe
Oberhausen GmbH
51 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesell-
schaft Oberhausen mbH
51 %
40%
Energieversorgung
Oberhausen AG
10 %
80%
FSO GmbH & Co. KG
50%
FSO Verwaltungs- GmbH
50%
RWE AG
0,19 %
RW Holding AG
0,89 %
Gemeinschafts-Müll-
Verbrennungsanlage Niederrhein
GmbH
15,2 %
O.Vision Projektgesellschaft
mbH
100%
evo Energie-Netz GmbH
100%
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100%
Biostrom Oberhausen
Management GmbH
100%
Quantum GmbH
10,42%
strasserauf GmbH
30%
KSBG Kommunale
Beteiligungsgesellschaft GmbH
& Co.KG
6%
KSBG Kommunale
Verwaltungsgesellschaft mbH
6%

Biostrom Oberhausen Management GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Danziger Straße 31
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/8350
Fax	0208/8352620
e-Mail	service@evo-energie.de
Internet	http://www.evo-energie.de/

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 25,00

Gesellschafter:	**T€**	**%**
evo Energieversorgung Oberhausen AG	25,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Die Funktion als persönlich haftende Gesellschafterin sowie die Übernahme von Geschäftsführungsaufgaben der Biostrom GmbH & Co. KG, Oberhausen.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2012)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Neubauer, Hans
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Vorstand der evo AG

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2010		2011		2012		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Umlaufvermögen	28,73	100,0	30,63	100,0	31,37	100,0	0,74	2,42
Bilanzsumme	**28,73**	**100,00**	**30,63**	**100,00**	**31,37**	**100,00**	**0,74**	**2,42**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	27,98	97,4	28,06	91,6	30,85	98,3	2,79	9,94
Rückstellungen	0,64	2,2	2,56	8,4	0,53	1,7	-2,03	-79,30
Verbindlichkeiten	0,11	0,4					0,00	
Bilanzsumme	**28,73**	**100,00**	**30,63**	**100,00**	**31,37**	**100,00**	**0,74**	**2,42**

bb) GuV

	2010	2011	2012
	T€	**T€**	**T€**
sonstige betriebliche Erträge	2,50	2,51	4,75
sonstige betriebliche Aufwendungen	0,53	2,43	1,43
Ergebnis der gewöhnlichen Geschaftstätigkeit	1,97	0,08	3,32
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,31		0,54
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	1,66	0,08	2,78
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	1,66	0,08	2,78

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

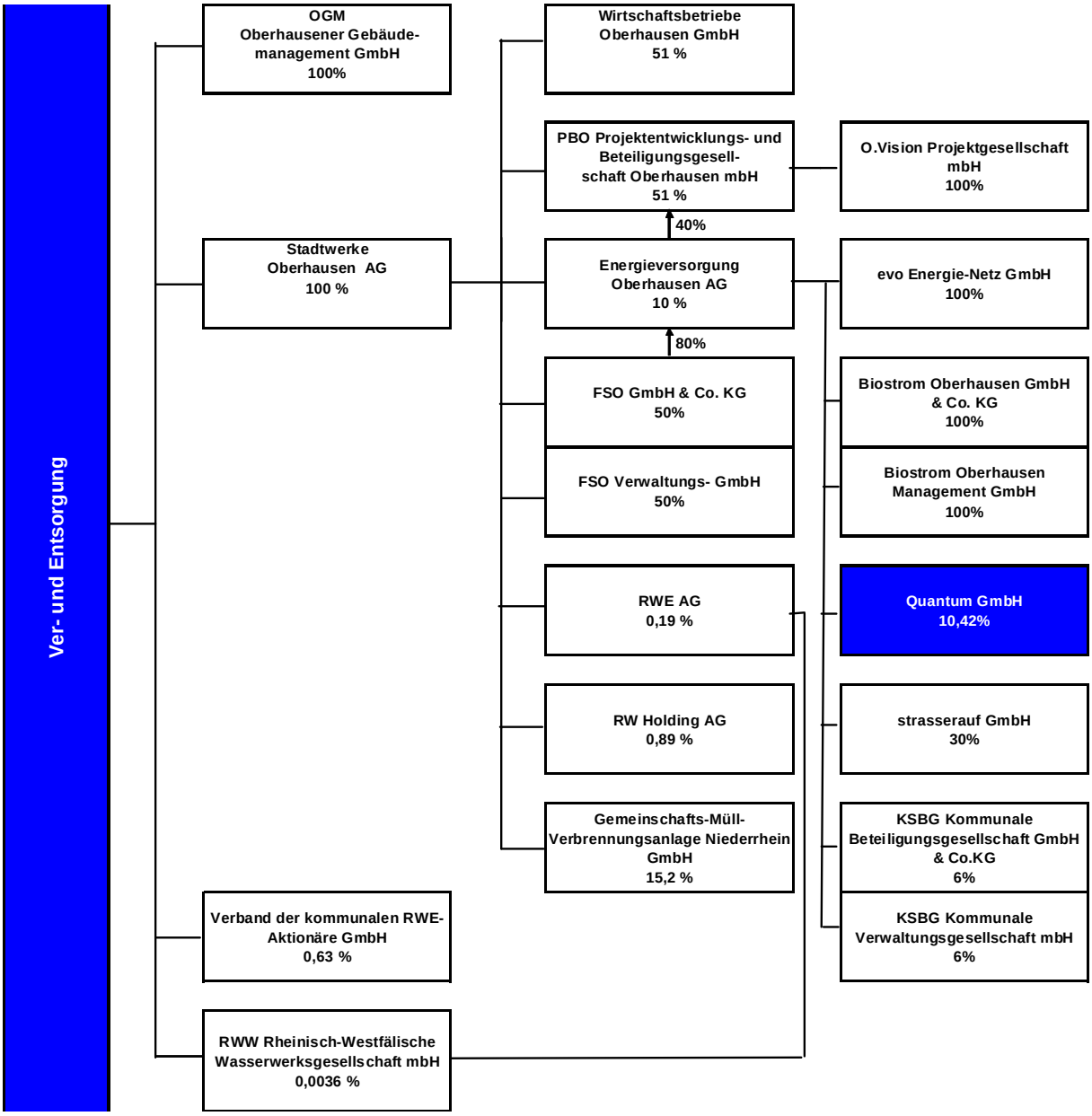
	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2012	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	6,32	0,30	9,91	%
Cash-Flow:	1,66	0,08	2,78	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2012	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	97,40	91,63	98,33	%
Fremdkapitalquote:	2,60	8,37	1,67	%

e) Lagebericht

Ein Lagebericht wird nicht erstellt.


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100%
Stadtwerke
Oberhausen AG
100 %
Verband der kommunalen RWE-
Aktionäre GmbH
0,63 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0036 %
Wirtschaftsbetriebe
Oberhausen GmbH
51 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesell-
schaft Oberhausen mbH
51 %
40%
Energieversorgung
Oberhausen AG
10 %
80%
FSO GmbH & Co. KG
50%
FSO Verwaltungs- GmbH
50%
RWE AG
0,19 %
RW Holding AG
0,89 %
Gemeinschafts-Müll-
Verbrennungsanlage Niederrhein
GmbH
15,2 %
O.Vision Projektgesellschaft
mbH
100%
evo Energie-Netz GmbH
100%
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100%
Biostrom Oberhausen
Management GmbH
100%
Quantum GmbH
10,42%
strasserauf GmbH
30%
KSBG Kommunale
Beteiligungsgesellschaft GmbH
& Co.KG
6%
KSBG Kommunale
Verwaltungsgesellschaft mbH
6%

Quantum GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Kokkolastraße 2
40882 Ratingen

Kontakt:

Telefon	02102 939 77-0
Telefon	0211-4369270
Fax	02102 939 77-33
Fax	0211-43692733
e-Mail	info@quantum.de
Internet	-
Internet	http://www.quantum.de/

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 825,00

Gesellschafter:

	T€	%
Bocholter Energie- und Wasserversorgung GmbH	57,75	7,29
Energie AG Iserlohn-Menden	55,00	6,94
Energie Nordeifel GmbH & Co.KG	33,00	4,17
evo Energieversorgung Oberhausen AG	82,50	10,42
Gemeindewerke Grefrath GmbH	16,50	2,08
Klever Versorgungsbetriebe GmbH	57,75	7,29
Stadtwerke Brühl GmbH	33,00	4,17
Stadtwerke Goch GmbH	16,50	2,08
Stadtwerke Heiligenhaus GmbH	16,50	2,08
Stadtwerke Jülich GmbH	16,50	2,08
Stadtwerke Kempen GmbH	33,00	4,17
Stadtwerke Menden GmbH	27,50	3,47
Stadtwerke Radevormwald GmbH	16,50	2,08
Stadtwerke Rhede GmbH	16,50	2,08
Stadtwerke Willich GmbH	33,00	4,17
SWK Energie GmbH	247,50	31,25
WBM Wirtschaftsbetriebe Meerbusch GmbH	33,00	4,17

Gegenstand des Unternehmens:

Der Handel mit Energie und die Erbringung von Dienstleistungen im unmittelbaren Bereich der Energieversorgung mit dem Ziel, die örtliche Energieversorgung in den Gemeindegebieten der mittelbar an der Gesellschaft beteiligten Kommunen zu stärken.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2012)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Hardt, Dirk
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Vorstand der evo AG

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2010		2011		2012		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	509,00	0,9	479,45	2,0	407,21	1,2	-72,24	-15,07
Umlaufvermögen	55.456,00	99,1	22.888,27	97,7	33.964,73	98,7	11.076,46	48,39
Rechnungsabgrenzungsposten	16,00	0,0	62,31	0,3	23,77	0,1	-38,54	-61,85
Bilanzsumme	**55.981,00**	**100,00**	**23.430,03**	**100,00**	**34.395,71**	**100,00**	**10.965,68**	**46,80**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	1.908,00	3,4	2.720,04	11,6	3.815,88	11,1	1.095,84	40,29
Rückstellungen	3.420,00	6,1	2.984,71	12,7	4.123,77	12,0	1.139,06	38,16
Verbindlichkeiten	50.653,00	90,5	17.725,28	75,7	26.432,73	76,8	8.707,45	49,12
Rechnungsabgrenzungsposten					23,33	0,1	23,33	
Bilanzsumme	**55.981,00**	**100,00**	**23.430,03**	**100,00**	**34.395,71**	**100,00**	**10.965,68**	**46,80**

bb) GuV

	2010	2011	2012
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	353.230,00	427.251,37	516.327,22
sonstige betriebliche Erträge	9,00	422,35	1.305,98
Materialaufwand	348.929,00	422.182,51	511.494,01
Personalaufwand	1.692,00	2.033,21	2.252,88
Abschreibungen	136,00	226,46	243,06
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.235,00	2.168,61	2.119,17
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		31,53	
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	53,00		90,76
Ergebnis der gewöhnlichen Geschaftstätigkeit	1.194,00	1.094,48	1.433,31
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	248,00	282,02	388,44
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	946,00	812,45	1.044,87
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	946,00	812,45	1.044,87

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2012	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,27	0,19	0,20	%
Eigenkapitalrentabilität:	98,34	42,59	37,71	%
Cash-Flow:	1.082,00	1.038,92	1.287,93	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:	0,48	0,48	0,44	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2012	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,18	0,43	0,25	%
Eigenkapitalquote:	3,41	11,61	11,09	%
Fremdkapitalquote:	96,59	88,39	88,91	%

e) Lagebericht

I. Geschäftsentwicklung 2012

I.1 Geschäftsmodell und Rahmenbedingungen

Die Quantum versteht sich als Dienstleister mit überregionalem Betätigungsfeld. Alle Dienstleistungen werden überwiegend für die Gesellschafter oder weitere Stadtwerke mit Partnerstatus erbracht.
Die Quantum bietet umfassende Portfoliomanagement-Dienstleistungen, die auf den wirtschaftlichen Erfolg und damit auf die Stärkung ihrer Gesellschafter und Partner im wettbewerblichen Umfeld ausgerichtet sind. Sie zielen darauf ab:

- die Eigenständigkeit der kommunalen Versorgungsunternehmen zu wahren,
- das Erreichen und Ausgestalten einer vorteilhaften Wettbewerbsposition zu ermöglichen sowie
- die Professionalisierung und Verbesserung der Effektivität und Effizienz der Aufgabenerfüllung zu fördern.

Die Basis- und Zusatzdienstleistungen der Quantum werden entsprechend der Marktentwicklung und den Kundenwünschen ständig verbessert und erweitert.
Die Basisdienstleistungen der Quantum decken dabei die Kernfunktionen eines professionellen Beschaffungs-Portfoliomanagements ab.

Basisdienstleistungen

- Beschaffungsportfoliomanagement
- Beschaffungsabwicklung
- Bilanzkreismanagement
- Prognosedienstleistung Strom und Gas
- Risiko- und Vertragsmanagement

Um dem individuell auch weiterreichenden Unterstützungsbedarf der Gesellschafter und Partner entsprechen zu können, bietet die Quantum ausgewählte Zusatzdienstleistungen an, die ergänzend beauftragt werden können.

Zusatzdienstleistungen

- Absatzportfoliomanagement
- Erzeugungsportfoliomanagement
- Vertriebsunterstützung
- Erweitertes Prognosemanagement

- Speicherportfoliomanagement
- Erweitertes Bilanzkreismanagement
- Projektbegleitung
- Direktvermarktung nach Erneuerbare Energien Gesetz (EEG)
- EEG Überführungszeitreihen

Das Unternehmen steht als Kooperation im kommunalen Umfeld weiteren Gesellschaftern und Partnern offen.

EEG-Überführungszeitreihen
Mit der Einführung von EEG-Überführungszeitreihen (EUZ) ab dem 1. April 2012 gab die Amprion GmbH, Dortmund, in der Rolle des Übertragungsnetzbetreibers die Bilanzkreisverantwortung für EEG-Bilanzkreise an die Verteilnetzbetreiber mit <100.000 Entnahmestellen ab. Die Quantum ermöglicht ihren Gesellschaftern über eine weitere Dienstleistung, diese Bilanzkreisverantwortung zu übernehmen und auch die vorgegebenen Prozesse abzubilden. Dadurch bietet die Quantum ihren Gesellschaftern erstmals eine Dienstleistung im Aufgabenbereich der Verteilnetzbetreiber an.

Direktvermarktung nach EEG
Durch die Novellierung des EEG zum 1. Januar 2012 bietet der Gesetzgeber den Anlagenbetreibern zusätzliche Instrumente zur Direktvermarktung an. Demnach hat der Anlagenbetreiber zum einen die Wahl der gesetzlichen Vergütung, zum anderen die Möglichkeit der Direktvermarktung eines Teils oder der gesamten erzeugten Strommenge aus Erzeugungsanlagen. Für die Inanspruchnahme des Direktvermarktungsmodells mit Nutzung der Marktprämie ergeben sich für den Anlagenbetreiber zusätzliche Chancen für Mehrerlöse im Vergleich zur gesetzlichen Einspeisevergütung.
Durch eine weitere Dienstleistung ermöglicht Quantum ihren Gesellschaftern und Partnern sowie anderen Kunden (die nicht Gesellschafter oder Partner der Quantum sind) ihre Erzeugungsanlagen, welche nach EEG betrieben werden, in die Direktvermarktung zu überführen. Dabei übernimmt die Quantum in ihrer Marktrolle alle Pflichten für Direktvermarkter inklusive den diesen Geschäften anhängenden Risiken. Diese reichen von den Meldepflichten mit den Netzbetreibern bis hin zur Abrechnung gegenüber den Anlagenbetreibern. Die entstandenen Mehrerlöse werden dabei den Anlagenbetreibern direkt ausgeschüttet.

Bilanzkreiskooperation
Die Quantum ist zum Stichtag 1. Oktober 2012 eine Bilanzkreiskooperation eingegangen. Durch die Integration der Quantum-Gas-Bilanzkreise (Jahresmenge ca. 11 TWh) in den Rechnungsbilanzkreis des Marktpartners (Jahresmenge ca. 300 TWh) können zusätzlich zu den Quantum-Portfolioeffekten nochmals signifikante Kosteneinsparungen durch Portfolio- und Ausgleichseffekte erzielt werden. Dabei bleiben die Bilanzkreisverantwortung sowie sämtliche Rechte und Pflichten bezüglich der Bilanzkreisbewirtschaftung bei der Quantum.

I.2 Gesellschafterangelegenheiten

Die Stadtwerke Rees GmbH ist der Quantum GmbH mit wirtschaftlicher Wirkung zum 1. Januar 2012 als Gesellschafter beigetreten während die Stadtwerke
Rhede GmbH zum 31. Dezember 2012 als Gesellschafter der Quantum GmbH ausgeschieden ist. Die Stadtwerke Menden GmbH und die Energie Nordeifel GmbH & Co. KG haben das Gesellschafterverhältnis zum 31. Dezember 2013 gekündigt.

I.3 Operatives Geschäft

Zur Erweiterung ihres Marktzugangs und als Basis für weitergehende Dienstleistungen ist die Quantum seit April 2012 an der EPEX (Spotmarkt Strom) bzw. seit August 2012 an der EEX (Spotmarkt Gas) aktiv.
Seit dem 1. Oktober 2012 sind im Gasbereich die Produkte „Differenzenergie“ und „Spot-Menge“ in Belieferung und damit die letzten Produkt-Bausteine für eine voll-strukturierte Gas-Beschaffung über die Quantum aktiv. Darüber hinaus wurden die Gasprodukte „Sukzessive Beschaffung“ und „Poolbeschaffung“ den Wünschen und Anforderungen der Gesellschafter entsprechend weiterentwickelt. Seit Oktober 2012 ist in beiden Strategien auch eine unterjährige Beschaffung und Anpassung der Mengen möglich, so dass zeitnah Änderungen der Vertriebsmengen beschaffungsseitig abgebildet werden können.
Im Juli 2012 ist mit zwei Gesellschaftern der Quantum das erste Projekt zur Umsetzung der Dienstleistung „Absatzportfoliomanagement“ gestartet. Zu diesem Zwecke wurde bei den Gesellschaftern das Vertriebstool „SOPTIM VIM“ eingeführt. Die dafür erforderliche IT-Infrastruktur wurde von der Quantum bereitgestellt und das Dienstleistungskonzept weiter konkretisiert. Neben einer größeren Transparenz bzgl. des Vertriebs- und Beschaffungserfolges in einzelnen Endkundensegmenten und einer damit einhergehenden verbesserten Grundlage für ihre Vertriebssteuerung, erhalten die Gesellschafter die Möglichkeit einer schnellen Angebotskalkulation sowie der unmittelbaren Übermittlung von abgeschlossenen und zu beschaffenden Mengen an die Quantum. Insbesondere die schnelle Mengenübermittlung führt zur Minimierung der mit der Beschaffung in Verbindung stehenden Preisrisiken.

I.4 Quantum Portal

Seit Dezember 2012 ist das technisch und funktional vollständig überarbeitete Kunden-Portal der Quantum online. Neben dem neuen Online-Portfoliobericht für den Gasbereich bietet das Portal mit Hilfe eines individualisierbaren Dashboards eine auf die Interessen des Nutzers abgestimmte Sicht auf die Energiebeschaffung. Diese Portallösung wurde zwischenzeitlich mit dem Innovationspreis – IT „Best of 2013 Initiative Mittelstand“ des Niedersächsischen Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr ausgezeichnet.

I.5 Organisation

Die organisatorische Trennung von energetischen und finanziellen Vorgängen spiegeln die vier Säulen Front Office, Operations, Middle Office und Back Office wider. Die jeweiligen Bereichsleiter bilden zusammen mit dem Geschäftsführer die Geschäftsleitung der Quantum. Dadurch ist die im Handelsumfeld übliche Funktionstrennung bis auf Ebene der Geschäftsleitung umgesetzt.
Neben den Aufgaben aus Risiko- und Vertragsmanagement überwacht das
Middle Office grundsätzlich die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems. Die im vorangegangenen Jahr begonnene Untersuchung zur Wirksamkeit des dienstleistungsbezogenen internen Kontrollsystems durch eine unabhängige Wirtschaftsprüfungsgesellschaft nach IDW PS 951 wurde abgeschlossen. Die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems wird grundsätzlich durch das Middle Office überwacht und es sorgt für den reibungslosen Ablauf der Kernprozesse und den damit verknüpften Schlüsselkontrollen. Das interne Regelwerk wurde mit Anpassungen des Risikomanagementhandbuches, der Prozessdokumentationen sowie der Schärfung mitarbeiterbezogener Regelungen zur Unterschriftsberechtigung und Leistungsvergütung weiter fortentwickelt.
Im Vertragsmanagement stand die Anpassung der Standardbeschaffungsverträge (EFET oder individuelle Rahmenverträge) und deren externe rechtliche Überprüfung im Mittelpunkt. Daraus ergaben sich u. a. wegen der Deckungsgleichheit aus Bezugs- und Abgabeseite weitere Anpassungen im Rahmenliefer- und Dienstleistungsvertrag mit den Premium-Kunden. Erstmals wurden Rahmenverträge für Brennstoffabsicherungen (DRV) und weitere für Emissionsrechtehandel abgeschlossen.

I.6 Berichterstattung gemäß § 108 Abs. 3 Nr. 2 der Gemeindeordnung NRW

Die Quantum GmbH hat im Geschäftsjahr 2012 der aus ihrer gesellschaftsvertraglichen Aufgabenstellung folgenden öffentlichen Zwecksetzung und Zweckerreichung entsprochen.

II. Konjunkturelle Entwicklung

II.1 Wirtschaftliche und legislative Rahmenbedingungen

Bundesweit geringfügiges Wirtschaftswachstum

Im April 2012 rechnete der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung angesichts des weltweiten Konjunkturabschwungs und der von der Staatsschuldenkrise ausgehenden Unsicherheiten mit einer gegenüber 2011 (3,0 %) deutlich geringeren Zunahme der Wirtschaftsleistung in Deutschland für das Jahr 2012 und gab eine Wachstumsprognose von nur noch 0,9 % ab. Das lag nahe an der tatsächlichen Entwicklung: Nach Angaben des Statistischen Bundesamts (Destatis) von Mitte Februar 2013 ergab sich für das gesamte Jahr 2012 ein Anstieg von 0,7 % (kalenderbereinigt: 0,9 %). Dass das Wachstum nicht höher ausfiel, lag daran, dass die deutsche Wirtschaft zum Jahresende 2012 einen Dämpfer erhielt: Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ging im vierten Quartal 2012 im Vergleich zum Vorquartal um 0,6 % zurück. In den ersten drei Quartalen des Jahres war die deutsche Wirtschaft jeweils gewachsen (um 0,5 %, 0,3 % und 0,2 %), allerdings aufgrund der schwachen weltwirtschaftlichen Entwicklung und der anhaltenden Vertrauenskrise im Euroraum mit deutlich nachlassender Dynamik. Im europäischen Umfeld hat sich Deutschland damit erneut gut geschlagen: Im Euroraum fiel das BIP 2012 um 0,5 % und in der EU27 um 0,3 %.

II.2 Marktentwicklung 2012

II.2.1 Strommarkt

Zum 1. Januar 2012 traten die im Jahr 2011 vom Deutschen Bundestag beschlossenen Veränderungen zum EEG in Kraft. Die Novelle des EEG umfasst unter anderem eine Neuregelung der Boni-Systeme für die Bioenergie sowie eine Umstellung bei den Einspeisetarifen. Wegen des starken Zubaus der Kapazität wurde ab April 2012 für die Photovoltaik eine außerordentlich starke Kürzung beschlossen. In 2012 stieg der Zubau der PV-Kapazität wie im letzten Jahr in Summe um rund 7,5 GW auf rund 32 GW an.

Der Spotmarkt war in 2012 gekennzeichnet durch eine höhere Volatilität und sinkende Preise. Im Dezember kam es zum niedrigsten Preis für die Grundlastlieferung (Phelix Base) an der European Energy Exchange (EEX) in der Geschichte. Dieser lag bei -56,87 € / MWh als in den Morgenstunden des ersten Weihnachtstages hohe Windgeschwindigkeiten mit über 10 GW auf eine geringe Nachfrage trafen. Einzelne Stundenpreise rutschten dabei unter -200 € / MWh. Auch am zweiten Weihnachtstag notierte der Base Preis deutlich im negativen Bereich.

Genauso gab es aber auch wieder höhere Preise, wie zum Beispiel im kalten Februar. So stieg der Preis für die Spitzenlastlieferung (Phelix Peak) an der EEX erstmalig seit Winter 08 / 09 wieder über 100 € / MWh. Im Jahresmittel sanken die Preise gegenüber dem Vorjahr: Der Base Preis lag bei 42,60 € / MWh
(-8,50 € / MWh) und der Peak Preis bei 54,03 € / MWh (-7,50 € / MWh). Der Preisrückgang wurde maßgeblich von der höheren Stromerzeugung aus Photovoltaikanlagen bestimmt, was etwa der Menge eines Kernkraftwerkes gleichkam. Gleichzeitig wurde die Produktion aus Kern- und vor allem aus Gaskraftwerken heruntergefahren. Die Stromerzeugung in 2012 lag insgesamt über Vorjahresniveau, während der heimische Stromverbrauch zurückging. Die Netto-Stromexporte erreichten mit 22,8 TWh – fast viermal so viel wie in 2011 – Rekordniveau. Der Strom wurde insbesondere in die Niederlande – mehr als doppelt so viel im Vorjahresvergleich – und wie üblich in den Süden Europas exportiert.

Die Stromterminpreise gingen in 2012 vor allem infolge der sinkenden Erzeugungskosten der Kohlekraftwerke kräftig zurück. Diese lagen Ende 2012 etwa 8 € / MWh tiefer als noch Ende 2011. Die Strompreise sanken im gleichen Maße, weswegen die Margen der Kohlekraftwerke (Clean Dark Spread) etwa gleich blieben (z.B. rund 10 € / MWh für eine Stromlieferung in 2014 bei 38 % Wirkungsgrad). Der Base Preis für das Kalenderjahr 2014 schloss Ende 2012 schließlich auf Jahrestiefstwert bei 45 € / MWh, der Peak Preis bei 57 € / MWh. Derweil setzt sich der Abwärtstrend der Stromterminpreise in 2013 fort.

II.2.2 Gasmarkt

Auf den nordwesteuropäischen Gasmärkten zeigte sich eine andere Preisentwicklung als im Strom: Der Spotpreis am virtuellen Handelspunkt in den Niederlanden (TTF) stieg um rund 2 € / MWh auf etwa 25 € / MWh an. Maßgeblich verantwortlich dafür zeichneten wohl die stark rückläufigen LNG-Lieferungen nach Nordwesteuropa (etwa -50 % für UK und Belgien). Infolge des Reaktorunglücks in Japan 2011 zogen die dortigen Gaspreise an, was eine Liquefied-Natural-Gas (LNG) Verschiffung in Richtung Pazifik für Lieferanten attraktiver machte. Darüber hinaus kam es im kalten Februar 2012 zu Liefereinschränkungen des Pipelinegases seitens Russlands, weswegen der Gaspreis zeitweise bis auf fast
40 € / MWh anstieg – der höchste Wert seit 2006. Der Gasverbrauch in Deutschland stieg in 2012 um durchschnittlich 1 % gegenüber 2011 an. Der temperaturbereinigte Verbrauch ging aufgrund des milden Januars und März um fast 5 % zurück. Die Gasterminpreise tendierten in 2012 eher seitwärts. Im Mittel handelte das TTF Kalenderjahr 2014 wie im Vorjahr bei rund 27 € / MWh, wobei sich die Bandbreite der gehandelten Preise verengte. So lagen die Jahreshöchst- bzw.
-tiefstpreise jeweils 1 € / MWh unter bzw. über dem Vorjahresniveau. Das gehobene Gaspreisniveau im Frühling ging einher mit Preisspitzen der Nordsee Rohölsorte Brent von rund 125 $ / bbl, während auch der Einbruch der Ölpreise zur Jahresmitte auf etwa 90 $ / bbl nicht seine Wirkung auf den Gasmarkt verfehlte.

II.2.3 Brennstoffe und CO2

Die Kohle- und CO_2-Preise verzeichneten in 2012 ein kräftiges Minus. Letztere verloren im Laufe des Jahres wegen des Überschusses an Emissionszertifikaten sogar fast die Hälfte ihres Wertes. Zur Reduzierung des bestehenden Überangebots plant die EU-Kommission gemäß ihrem Vorschlag vom November 2012 in den ersten drei Jahren der 3. Handelsperiode eine temporäre Entnahme von Zertifikaten aus der Versteigerungsmenge. Die Diskussion der Pläne führte immer wieder zu hohen Preisschwankungen auf dem CO_2-Markt. Die Kohlepreise für eine zeitnahe Lieferung nach Amsterdam-Rotterdam-Antwerpen (ARA) gaben ihre Vorjahresgewinne ab und sanken um durchschnittlich 24 % auf rund 90 $ / t. Derweil hielten die andauernden Unruhen in den arabischen Ländern auch 2012 den Ölmarkt unter Spannung. Im Durchschnitt schlossen die Preise der Nordsee-Rohölsorte Brent knapp über Vorjahresniveau bei 111 $ / bbl.

III. Ertragslage

Auch im Geschäftsjahr 2012 hat die Quantum GmbH ihre wirtschaftlichen Ziele erreicht. Da gemäß dem Geschäftsmodell der Quantum GmbH alle am Großhandelsmarkt realisierten Preiskonditionen grundsätzlich "1:1" an ihre Kunden weitergegeben werden, bleibt sie von Auswirkungen der allgemeinen Marktpreisentwicklung unbelastet.
Die Umsatzerlöse der Quantum GmbH im Jahr 2012 betrugen 516.327 T€. Der Umsatz, der fast ausschließlich mit Gesellschaftern und Partnern erzielt wurde, ist gegenüber dem Vorjahr um 21 % gestiegen. Die Erlöse stammen zu 61 % aus dem Stromverkauf. Weitere 38 % resultieren aus Erdgaslieferungen. Die übrigen Erlöse mit einem Anteil von 1 % gehen auf die Dienstleistungen an Gesellschafter und Partner zurück.
Auf der Einkaufsseite unterhält die Quantum Handelsbeziehungen zu etablierten nationalen und internationalen Unternehmen der Energiebranche.
Durch erhöhte Dienstleistungsentgelte ist im Jahre 2012 ein nennenswerter Gewinn erzielt worden. Bei entsprechendem Beschluss der Gesellschafterversammlung wird dieser zur weiteren Stärkung der Rücklagen der Gesellschaft verwendet. Der moderate Anstieg der Personalaufwendungen resultiert vor allem aus vorsichtigem Personalausbau sowie Tariferhöhungen. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind im Berichtsjahr um 50 T€ gesunken. Zu den Posten mit Kostensteigerung gehört eine Rückstellung in Höhe von 180 T€ für nicht benötigte Entgelte für Besicherung, die durch einen Gesellschafterbeschluss an die Gesellschafter ausgeschüttet werden kann, sowie Mehraufwendungen von 316 T€ durch die Neugestaltung des Webauftritts im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit, die jedoch überwiegend im Wirtschaftsplan budgetiert waren. Zu den Positionen mit Kostenermäßigungen gehören die im Jahre 2011 gezeigten Aufwendungen für Einzelwertberichtigungen in Höhe von 547 T€, die in 2012 vollständig entfielen. Ferner sind Kostenersparnisse im Bereich der IT-Kosten festzustellen und in der Position Rechts- und Beratungskosten.

	2012	2011	Veränderung	
	T€	T€	T€	%
+ Umsatzerlöse	516.327	427.251	89.076	20,9
- Materialaufwand	-511.494	-422.183	-89.311	-21,2
Rohertrag	**4.833**	**5.068**	**-235**	**-4,6**
- Personalaufwand	-2.253	-2.033	-220	-10,8
- Abschreibungen	-243	-226	-17	-7,5
- Sonstige betriebliche Aufwendungen	-2.119	-2.169	50	2,3
+ Sonstige betriebliche Erträge	1.306	422	884	209,5
Betriebsergebnis	**1.524**	**1.062**	**462**	**43,5**
+ Zinserträge	87	153	-66	-43,1
- Zinsaufwendungen	-178	-121	-57	47,1
Finanzergebnis	**-91**	**32**	**-123**	**-384,4**
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**1.433**	**1.094**	**339**	**31,0**
- Ertragsteuern	-388	-282	-106	-37,6
Jahresüberschuss	**1.045**	**812**	**233**	**28,7**

IV. Finanz- und Vermögenslage

	Kapitalflussrechnung	**2012**	**2011**
		- T€ -	**- T€ -**
	Jahresüberschuss	+1.045	+812
±	Abschreibungen / Zuschreibungen auf das Anlagevermögen	+243	+226
±	Zunahme / Abnahme der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-6.431	+418
±	Zunahme / Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	+9.870	-33.363
=	**Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit**	**+4.727**	**-31.907**
-	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-19	-35
-	Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-151	-161
=	**Cashflow aus der Investitionstätigkeit**	**-170**	**-196**
-	Einzahlungen aus Eigenkapitalzugang	+51	0
=	**Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit**	**51**	**0**
=	**Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds**	**4.608**	**-32.103**
+	Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	842	32.945
=	**Finanzmittelfonds am Ende der Periode**	**5.450**	**842**

Insbesondere durch die starke Zunahme der Verbindlichkeiten aus Energielieferungen wurde das Nettoumlaufvermögen reduziert und somit ein positiver Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit erzielt. Dies führte zu einem entsprechenden Anstieg des Finanzmittelfonds. Die Eigenkapitalquote konnte trotz erheblichen Anstiegs der Bilanzsumme auf über 11 % stabilisiert werden.

	2012	2011	Veränderung	
	T€	T€	T€	%
Summe Eigenkapital	3.816	2.720	1.096	40,3
Summe Fremdkapital	30.580	20.710	9.870	47,7
Bilanzsumme	**34.396**	**23.430**	**10.966**	**46,8**

	%	%
Eigenkapitalquote	11,1	11,6
Fremdkapitalquote	88,9	88,4

Die Erhöhung der Bilanzsumme um rund 11 Mio. € (46,8%) gegenüber dem Vorjahr resultiert im Wesentlichen auf der Aktivseite aus dem Anstieg der Forderungen aus Energielieferungen an Gesellschafter und Partner sowie einem Anstieg bei den liquiden Mitteln. Dem steht auf der Passivseite im Wesentlichen ein Anstieg der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen gegenüber. Dieser resultiert aus einer Ausweitung des Gashandels, der zu deutlich höheren Lieferantenverbindlichkeiten führte.

Das Anlagevermögen ist mit 0,4 (Vorjahr 0,5) Mio. € stabil, und macht nun rund 1 (Vorjahr 2) % der Bilanzsumme aus. Es ist weiterhin vollständig durch Eigenkapital gedeckt. Das Umlaufvermögen beträgt rund 34,0 (Vorjahr 22,9) Mio. € und hat somit einen Anteil von 99 (Vorjahr 98) % an der Bilanzsumme. Das Eigenkapital stieg im Berichtsjahr im Wesentlichen durch die Einstellung in die Gewinnrücklage um 1,1 Mio. € auf nun 3,8 Mio. €. Bedingt durch den Anstieg der Bilanzsumme bleibt die Eigenkapitalquote mit nun 11,1 % stabil. Die Rückstellungen sind in Höhe von 4,1 (Vorjahr 3,0) Mio. € bilanziert und haben einen Anteil an der Bilanzsumme von rund 12 (Vorjahr 13) %. Die Verbindlichkeiten haben mit rund 77 (Vorjahr 76) % bzw. 26,4 (Vorjahr 17,7) Mio. € den deutlich größten Anteil an der Bilanzsumme. Die kurzfristigen Verbindlichkeiten sind vollständig durch liquide Mittel und kurzfristige Forderungen gedeckt.

Es ist geplant, als Vorsorge für künftige operative Risiken weitere Beträge in die Gewinnrücklagen einzustellen.

V. Nachtragsbericht

Ereignisse von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres haben sich nicht ergeben.

VI. Risikobericht

Die Quantum GmbH wurde gegründet, um ihren Gesellschaftern und Partnern einen transparenten, effizienten, Synergie nutzenden Zugang zu den Beschaffungsmärkten des Energie-Großhandelsmarktes zu ermöglichen. Satzungsgemäß können Gesellschafter nur Unternehmen werden, die zu mindestens 50 % in kommunalem Eigentum stehen.
Die gute Bonität der Gesellschafter erleichtert das Management der Kreditrisiken aus Energiebeschaffung und Energiepreissicherung.

Das Besicherungskonzept zur Verstärkung der Eigenbonität von Quantum wurde umgesetzt und weiter ausgebaut. Somit ist die Quantum grundsätzlich Vertragspartner der Lieferanten. Bei Bedarf stehen ein oder mehrere Gesellschafter als Sicherheitengeber zur Verfügung. Weiterhin wird planmäßig der Jahresüberschuss thesauriert und damit die ratingrelevante Eigenkapitalausstattung kontinuierlich verstärkt.
Das wesentliche Merkmal des Geschäftsmodells besteht darin, dass keine Marktpreisrisiken von der Quantum getragen werden. Auf dieser Grundlage entwickelt die Quantum die ihren Gesellschaftern und Partnern angebotenen Produkte weiter. Als Konsequenz hält die Quantum GmbH keine Positionen am Markt auf eigenes Risiko und gibt Energie zu den am Markt erzielten Konditionen an die Gesellschafter und Partner weiter. Diese erhalten damit Zugriff auf die Großhandelspreise ohne Margenaufschläge. Die Betriebskosten der Quantum werden durch Dienstleistungsentgelte finanziert, deren Höhe die Gesellschafterversammlung im Zuge der Wirtschaftsplanung beschließt.
Für die Quantum GmbH wesentliche Risiken liegen weiterhin im operativen Bereich. Zur Minimierung von Risiken bei der Bearbeitung insbesondere von Beschaffungsvorgängen sind die wesentlichen Prozesse mit Kontrollschritten dokumentiert und werden ständig weiterentwickelt. Die eingesetzten IT-Systeme werden ebenfalls ständig weiterentwickelt und entsprechend den Markt- und Regulierungsanforderungen auf dem neuesten Stand gehalten. Im Berichtsjahr stand die Schnittstelle zum Kunden über das Online-Portal im Mittelpunkt.
Besonderes Augenmerk wird weiterhin auf die Sicherstellung der Liquidität gerichtet, die durch konsequente und zeitnahe Überwachung der Zahlungsziele sowie ein effektives Mahnwesen erreicht wird.
Im Risikohandbuch der Quantum sind die Grundsätze für die risikobewusste Ausgestaltung des Geschäftsbetriebs beschrieben. Die Umsetzung überwacht das Risikokomitee, das aus Vertretern der Gesellschafter, der Geschäftsführung und dem für Risikomanagement zuständigen Geschäftsleiter der Quantum besteht. Alle wesentlichen Entwicklungen der Quantum erfolgen in enger Abstimmung mit dem Risikokomitee, dem Aufsichtsrat und der Gesellschafterversammlung.

Die Entwicklungen der europäischen Finanzmarkt- und Energiemarktregulierung waren wesentlicher Beobachtungsgegenstand des Risikomanagements. Kennzeichnend war bei der Umsetzung der Regularien, dass die Vorgaben nach Verabschiedung auf Europäischer Ebene sofort in Kraft traten, jedoch ohne konkrete und detaillierte Ausgestaltung. Der deutsche Anspruch über das auf europäischer Ebene vorgegebene Mindestmaß hinauszugehen, verstärkte die Verunsicherung der Marktteilnehmer. So trat die REMIT (Regulation on Energy Market Integrity and Transparency) zur Verhinderung von Marktmanipulation, Insiderhandel und für Registrierungs- und Berichtsanforderungen bereits am 28. Dezember 2011 in Kraft. Am 16. August 2012 folgte die EMIR (European Market Infrastructure
Regulation) mit Anforderungen zu Clearing mit zentralen Gegenparteien und Vorgaben zur Risikominderung. Von Quantum wurden aufgrund der noch offenen Ausgestaltung im letzten Jahr keine regulatorischen Berichte gefordert.

VII. Prognosebericht

VII.1 Rahmenbedingungen

Gedämpfter Optimismus für Wirtschaftsentwicklung in Deutschland und der Region
Aufgrund der schwachen Konjunktur gegen Ende 2012 ist das Ausgangsniveau für das laufende Jahr niedrig. Da außerdem die Wachstumsrückkehr langsamer verläuft als ursprünglich erwartet, sieht die Europäische Kommission als Prognose für 2013 (Stand: Ende Februar) für die EU nur ein geringes jährliches Wachstum von 0,1 % und für den Euroraum sogar einen BIP-Rückgang um 0,3 %. Die Bundesregierung geht in ihrem im Januar 2013 vorgelegten Jahreswirtschaftsbericht davon aus, dass die Schwächephase im Winter im weiteren Jahresverlauf überwunden und die Wirtschaft wieder Tritt fassen wird. Für das Gesamtjahr 2013 rechnet sie mit einem Wachstum von 0,4 %. 2014 soll die Konjunktur mit erwarteten 1,6 % wieder stärker anziehen. Nach den einschlägigen Konjunkturerwartungsindizes vom Mannheimer Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) und vom Münchner Ifo-Institut waren die Aussichten für die deutsche Wirtschaft und die Stimmung in den Unternehmen im Februar so gut wie seit langem nicht mehr.

Noch zu Jahresbeginn hatte sich die Stimmung in den Unternehmen am Mittleren Niederrhein und im Raum Düsseldorf weiter leicht eingetrübt. Für 2013 erwartete die regionale Wirtschaft laut IHK-Konjunkturumfrage nur eine zögerliche Verbesserung ihrer Geschäftstätigkeit. Angesichts der rezessiven Tendenzen in einzelnen EU-Krisenstaaten zeigte sie sich zwar robust, startete aber wenig kraftvoll ins neue Jahr, weil in den vergangenen Monaten die Nachfrage nach Produkten und Dienstleistungen aus dem In- und Ausland weiter nachgelassen hatte. Insgesamt sind die Unternehmen jedoch zuversichtlich, dass die Folgen der Finanz- und Staatsschuldenkrise für die Realwirtschaft weitgehend beherrschbar sind. 31 % der Betriebe im Kammergebiet erwarten eine Verbesserung ihrer Geschäftslage, während 22 % eine Verschlechterung befürchten. Diese Erwartungszahlen haben sich gegenüber dem Vorjahr nur unwesentlich verändert. Der gedämpfte Optimismus gilt für nahezu alle Branchen. Lediglich im Einzelhandel überwiegt die Zahl der Skeptiker knapp.

Rechtliche Rahmenbedingungen / Regulierung
Der europäische Gesetzgeber beabsichtigt unvermindert seit der Finanzmarktkrise 2008 mehr Kontrolle und Einblick in die Märkte zu gewinnen und regulatorische Schlupflöcher zu schließen. Davon ist auch der Energiemarkt, insbesondere der Großhandel mit elektrischer Energie, Erdgas und Treibhaus-Emissions-rechten, betroffen.
Europaweit einheitliche Regelungen entfalten direkt ihre Gesetzeskraft durch den Erlass von Verordnungen, z. B. der REMIT. Diese Verordnungen führen erst durch für das Jahr 2013 erwartete nationale Durchführungsrechtsakte zu konkreten Berichtspflichten zur operativen Umsetzung der geforderten Transparenz.
Weitere flankierende Europäische Richtlinien müssen gleichfalls zuerst in nationales Recht umgesetzt werden.
Für Quantum erwachsen aus den Transparenzanforderungen dezidierte Reporting-Anforderungen u. a. über abgeschlossene außerbörsliche OTC-Kontrakte. Besondere Anstrengungen wird die Gesellschaft auf die Darstellung der Risikoabsicherung aller abgeschlossenen Geschäfte (sog. Hedge) richten, da keine rein spekulative Position gehalten wird. Wir erwarten eine intensive Ressourcenbindung bei Aufbau und Betrieb eines Berichtswesens, welches die gestellten regulatorischen Anforderungen ordnungsgemäß erfüllt.
Die Vorgaben der EMIR zum Handel über einen zentralen Kontrahenten verbunden mit einem obligatorischen Clearing können einschneidende Änderungen im Marktdesign auslösen. In einer Form, in der sich Quantum als formal nicht betroffener Markteilnehmer aus wirtschaftlichen Gründen, z. B. hohen Kapitalanforderungen für bilaterale OTC-Kontrakte, den neuen Clearingmechanismen stellen muss.
Ein Indikator für diese Entwicklung sind die Umsatzanteile des derzeit dominierenden außerbörslichen Großhandels im Vergleich zu den politisch erwünschten Handelsplätzen, wie z. B. Börsen und Clearinghäuser. Ferner werden sich im kommenden Jahr die Festlegungen zur Lizenzpflicht der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) für die von Quantum erbrachten Dienstleistungen konkretisieren. Daran wird sich ein interner Entscheidungsprozess anschließen. Die Handlungsalternativen können in einem Spektrum liegen zwischen der Beantragung einer BaFin-Lizenz oder der lizenzfreien Ausgestaltung bestimmter Dienstleistungen.
Quantum verfolgt die laufende Ausgestaltung des Regulierungsrahmens aktiv über Verbände und Interessengruppen. Dazu überprüft und bewertet sie die neuen Vorschriften hinsichtlich der Relevanz und möglicher Auswirkungen auf die eigene unternehmerische Tätigkeit. Dies ermöglicht eine frühzeitige Ausrichtung auf die kommenden Anforderungen.

VII.2 Gesellschafterangelegenheiten

Im kommenden Jahr wird die Quantum ihre Akquise-Aktivitäten deutlich verstärken, um den eventuellen Austritt der Stadtwerke Rhede GmbH, der Stadtwerke Menden GmbH und der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG zu kompensieren und neue Gesellschafter für die Quantum zu gewinnen.

VII.3 Operatives Geschäft

Aufgrund sinkender Handelspreise im Strommarkt werden für die kommenden zwei Jahre rückläufige Erlöse für die Commodity Strom erwartet, während für das Segment Gas steigende Erlöse erwartet werden. Insgesamt ist mit leicht sinkenden Gesamterlösen zu rechnen. Aufgrund des von der Gesellschafterversammlung verabschiedeten Wirtschaftsplans wird ein leicht positives Ergebnis erwartet, das bei entsprechendem Gesellschafterbeschluss in die Rücklagen eingestellt werden kann.

Das Projekt zur Umsetzung der Dienstleistung „Absatzportfoliomanagement“ wird in 2013 fortgesetzt. Neben der operativen Inbetriebnahme bei den Gesellschaftern und der Anbindung an das bestehende Handelssystem der Quantum wird das Online-Berichtswesen im Quantum-Portal um den Baustein der kundensegmentscharfen Deckungsbeitragsrechnung erweitert.
Der weitere Ausbau des Mitglieder-Portals umfasst in 2013 außerdem die Übernahme des Online-Portfolioberichts Strom in die neue Oberfläche und die weitere Automatisierung der Bestellprozesse.

Einführung Wechselprozesse für Einspeiseanlagen
Aufgrund des enormen Ausbaus von dezentralen Erzeugungsanlagen, welche im Markt integriert werden müssen, nimmt die Komplexität für Abrechnung und
Bilanzierung immer mehr zu. Spiegelbildlich zum Lieferantenwechsel bei Entnahmestellen kommt es auch bei Einspeisestellen immer häufiger zu Wechseln bei der Zuordnung einer Erzeugungsanlage zu Bilanzkreisen. Die Bundesnetzagentur hat hierfür die Einführung von Wechselprozessen für Einspeisestellen beschlossen, welche zum 1. Oktober 2013 durch alle Marktbeteiligten umzusetzen ist.
Auch die Quantum in der Rolle des Lieferanten als Direktvermarkter ist davon betroffen und wird zum genannten Stichtag ihre Systeme entsprechend erweitern, um die Dienstleistung für die Direktvermarktung von Erzeugungsanlagen weiter gewährleisten zu können.

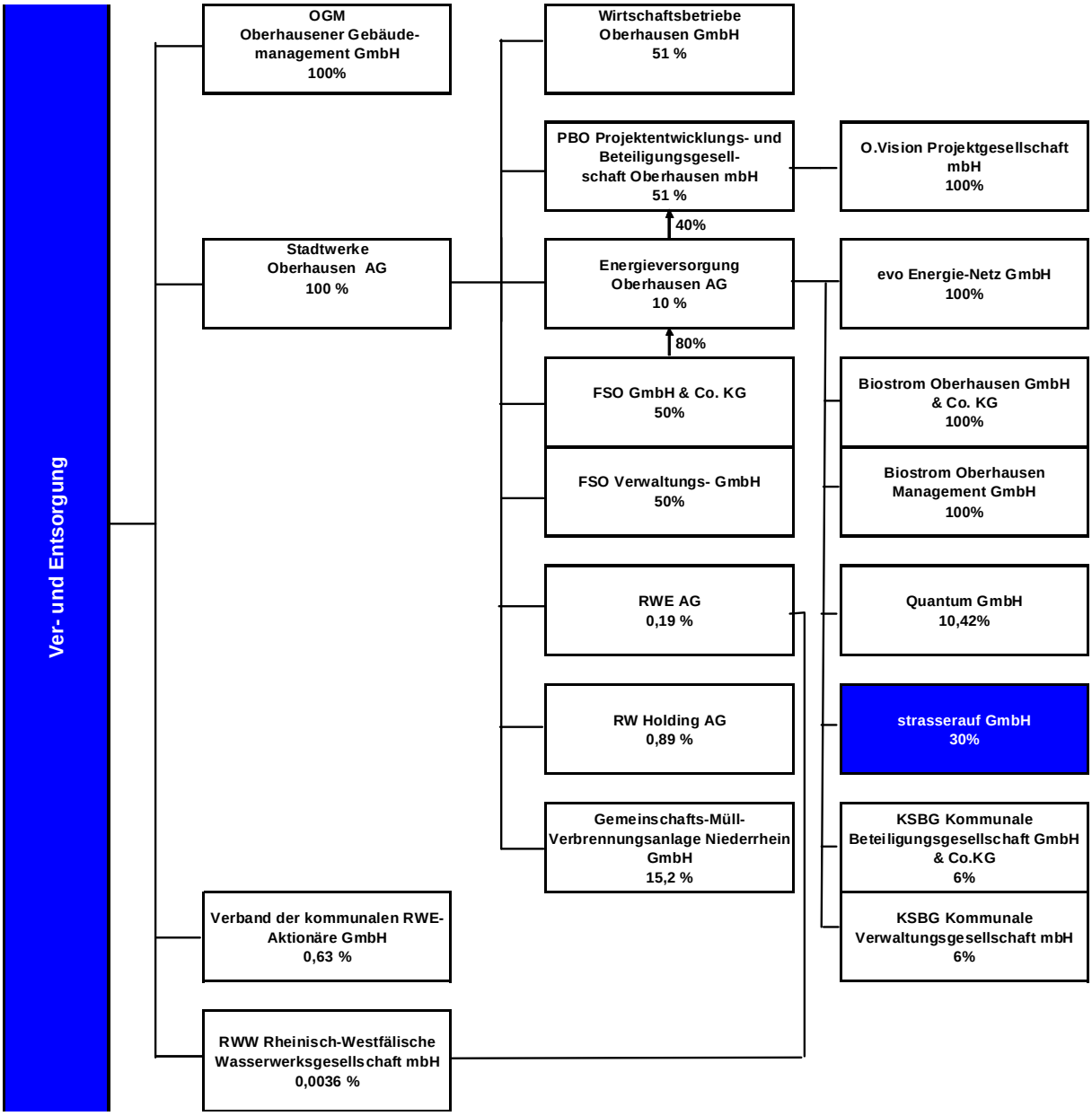
VII.4 Organisation

Der Bereich der erneuerbaren Energien wird nun seit Januar 2013 von einer Vollzeitkraft bearbeitet. Für diesen wichtigen Bereich wird ab Juli 2013 eine weitere Vollzeitkraft tätig. Damit konnten für diesen zukunftsträchtigen Bereich die Ressourcen eingestellt werden.
Die Quantum hat zu Beginn des Geschäftsjahres einen Personalbestand von 27 Mitarbeitern. Ein weiterer vorsichtiger Ausbau der Personalkapazitäten ist abhängig von der Gewinnung weiterer Gesellschafter sowie der Inanspruchnahme weiterer Dienstleistungen durch die Gesellschafter.

Düsseldorf, den 28. März 2013

Quantum GmbH
Die Geschäftsführung

Dirk Hardt


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100%
Stadtwerke
Oberhausen AG
100 %
Verband der kommunalen RWE-
Aktionäre GmbH
0,63 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0036 %
Wirtschaftsbetriebe
Oberhausen GmbH
51 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesell-
schaft Oberhausen mbH
51 %
40%
Energieversorgung
Oberhausen AG
10 %
80%
FSO GmbH & Co. KG
50%
FSO Verwaltungs- GmbH
50%
RWE AG
0,19 %
RW Holding AG
0,89 %
Gemeinschafts-Müll-
Verbrennungsanlage Niederrhein
GmbH
15,2 %
O.Vision Projektgesellschaft
mbH
100%
evo Energie-Netz GmbH
100%
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100%
Biostrom Oberhausen
Management GmbH
100%
Quantum GmbH
10,42%
strasserauf GmbH
30%
KSBG Kommunale
Beteiligungsgesellschaft GmbH
& Co.KG
6%
KSBG Kommunale
Verwaltungsgesellschaft mbH
6%

strasserauf GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Ronsdorfer Straße 74
40233 Düsseldorf

Kontakt:

Telefon	0800-78727737283
Fax	0211-73288872
e-Mail	info@strasserauf.de
Internet	http://www.strasserauf.de/

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 25,00

Gesellschafter:

	T€	%
Dortmunder Energie- und Wasserversorgungs-GmbH	7,50	30,00
Energie Nordeifel GmbH & Co.KG	2,50	10,00
evo Energieversorgung Oberhausen AG	7,50	30,00
Stadtwerke Duisburg AG	7,50	30,00

Gegenstand des Unternehmens:

Der Vertrieb und der Handel mit Energie vorrangig in den Vertriebsgebieten der Gesellschafter sowie die Erbringung von Dienstleistungen im Bereich der Energieversorgung im Rahmen der §§ 107 ff. der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen. Die Produkte und Dienstleistungen sollen das Leistungsspektrum der Gesellschafter und damit der mittelbar beteiligten Kommunen ergänzen, um die Wettbewerbsfähigkeit zu sichern.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2012)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Mucke, Arnd
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Vorstand der evo AG

e) Lagebericht

Geschäft und Rahmenbedingungen

Die Gesellschaft ist eine kleine Kapitalgesellschaft und damit nach dem HGB nicht zur Aufstellung eines Lageberichts verpflichtet. Ein Lagebericht ist jedoch nach Maßgabe des Gesellschaftsvertrags in entsprechender Anwendung der Vorschriften des HGB für große Kapitalgesellschaften aufzustellen.

Der Sitz der Gesellschaft ist Düsseldorf.

Nach der Gründung der strasserauf GmbH (strasserauf) im September 2009 startete am 22. Oktober 2009 der Online-Stromvertrieb von strasserauf an private Endkunden. strasserauf liefert ausschließlich Ökostrom aus vom TÜV-Süd zertifizierter Schweizer Wasserkraft. Neben hoher Transparenz und einer fairen Preisgestaltung sollte durch innovative Produktmerkmale das Leistungsspektrum der Gesellschafter und damit der mittelbar beteiligten Kommunen ergänzt werden. Im stark umkämpften wettbewerblichen Strommarkt sollte strasserauf zudem als Erfahrungsfeld fungieren und die Wettbewerbsfähigkeit der Gesellschafter sichern.

Entsprechend dem Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 3. Mai 2011 wurde der Geschäftsbetrieb von strasserauf unter Einsatz von eigenem Personal zum 31. Dezember 2011 eingestellt.

Vorrangiges Ziel des Geschäftsjahres 2012 war die ordnungsgemäße Abwicklung, Einstellung des operativen Geschäfts und Übergang der Kunden zur Energieversorgung Oberhausen AG (evo AG) zum 31. Oktober 2012.

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Seit dem Jahr 2010 wird der Jahresabschluss in Abkehr vom Grundsatz der Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufgestellt.

Das Geschäftsjahr 2012 wurde maßgeblich durch die konzeptionellen Änderungen der Ausrichtung der Gesellschaft, Abwicklung und Überführung der Kunden zur evo AG zum 31. Oktober 2012 beeinflusst. Die Gesellschafter der strasserauf GmbH haben im Jahr 2012 einen Darlehensverzicht von 1 Mio. € ausgesprochen, was zu einem positivem Jahresergebnis führt. Dem nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag in Höhe von 3.016 TEUR stehen Gesellschafterdarlehen in Höhe von 3.173 TEUR gegenüber, die im Rang hinter sämtlichen Verbindlichkeiten zurückstehen. Aufgrund der Sondereinflüsse sind die Vorjahreszahlen nicht mit denen des laufenden Geschäftsjahres vergleichbar.

	2012 Ist	**2011 Ist**	**Abweichung**
Umsatz in TEUR	**372**	641	-269
Jahresergebnis in TEUR	**852**	-1.734	2.586

Im Berichtszeitraum wurden keine Investitionen vorgenommen. Die Liquidität der Gesellschaft war durch die Bereitstellung eines Gesellschafterdarlehens zu jedem Zeitpunkt gesichert. Hauptziel des Finanzmanagements des Unternehmens ist auch weiterhin die Sicherstellung der Unternehmensliquidität. Diese ist durch vertraglich zugesagte und abgerufene Gesellschafterdarlehen, sowie weitere geplante Kosteneinsparungen bis 2014 gesichert.

Finanzielle Leistungsindikatoren	2012 TEUR	2011 TEUR
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	425	363
Cash Flow		
-aus laufender Geschäftstätigkeit	-26	-2.023
-aus der Investitionstätigkeit	0	0
-aus der Finanzierungstätigkeit	0	2.085
	399	425

Aufgrund der Unternehmensgröße ist ein formales Risikomanagementsystem nicht implementiert. Die Geschäftsführung wurde in 2012 kontinuierlich über vorliegende Erkenntnisse in allen Bereichen durch regelmäßige stattfindende Sitzungen informiert. Falls notwendig wurden risikobegrenzende Maßnahmen in diesen Sitzungen besprochen, festgelegt und die Risiken in ihrer Entwicklung verfolgt. Auf diese Weise wurde die Risikoerfassung eng mit dem bestehenden Controlling-Prozess verbunden.

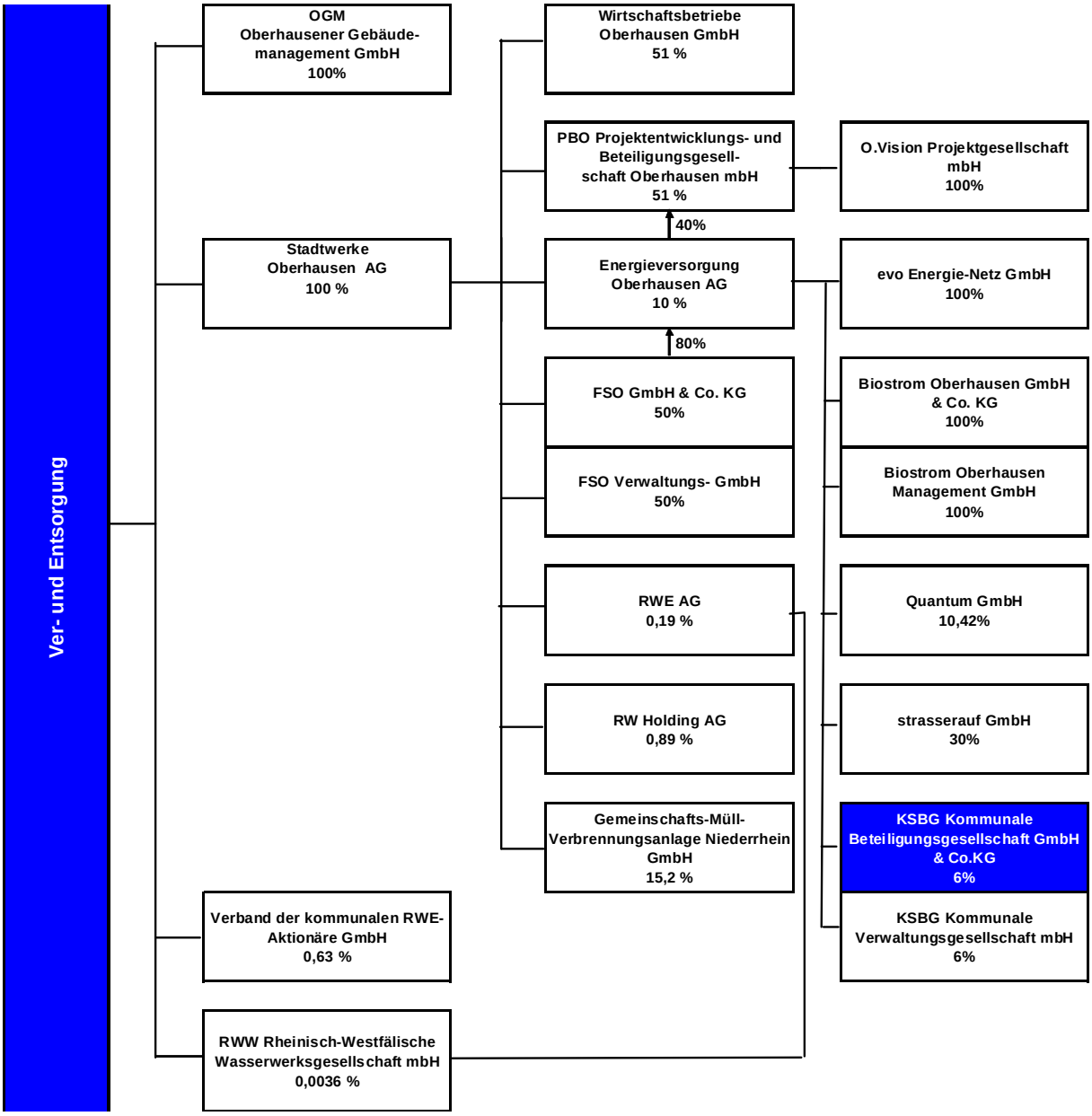
Ausblick

Die Gesellschaft soll nicht liquidiert werden und die Unternehmenshülle soll bestehen bleiben. Die aktive Geschäftstätigkeit mit eigenem Personal wurde zum 31. Dezember 2011 eingestellt. Die operative Führung des ab dem 1. Januar 2012 weiter notwendigen Geschäftsbetriebs der strasserauf zur Überleitung der Kunden auf die evo AG hat die evo AG mit Wirkung zum 1. Januar 2012 übernommen. Zum 01. November 2012 wurden die Kunden auf die evo AG übergeleitet. Die ordnungsgemäße Einstellung des operativen Geschäfts schließt auch die finanziellen Verpflichtungen der Gesellschafter über den 31. Dezember 2012 hinaus ein. Auf die Rückzahlung des Gesellschafterdarlehens soll durch entsprechende Erklärungen der Gesellschafter gestaffelt bis zum Jahr 2016 verzichtet werden. Im Jahr 2012 wurde von den Gesellschaftern ein Darlehensverzicht von insgesamt 1 Mio. € unterzeichnet. Ab 2013 wird nach derzeitigen Erkenntnissen ein Jahresfehlbetrag ohne außerordentliche Erträge im mittleren fünfstelligen Bereich erwartet. Die Liquidität der Gesellschaft ist für 2013 und 2014 aus den vorhandenen liquiden Mitteln gesichert, da das operative Geschäft in 2012 auf die evo AG übergegangen ist und die Gesellschafter auf die Verzinsung Ihres Gesellschafterdarlehens verzichten. Eine entsprechende Zinsverzichtsvereinbarung wurde im Jahr 2012 verabschiedet.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Abschluss des Geschäftsjahres haben sich nicht ereignet.

Düsseldorf, den 23. Mai 2013

strasserauf GmbH
Geschäftsführung


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100%
Stadtwerke
Oberhausen AG
100 %
Verband der kommunalen RWE-
Aktionäre GmbH
0,63 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0036 %
Wirtschaftsbetriebe
Oberhausen GmbH
51 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesell-
schaft Oberhausen mbH
51 %
40%
Energieversorgung
Oberhausen AG
10 %
80%
FSO GmbH & Co. KG
50%
FSO Verwaltungs- GmbH
50%
RWE AG
0,19 %
RW Holding AG
0,89 %
Gemeinschafts-Müll-
Verbrennungsanlage Niederrhein
GmbH
15,2 %
O.Vision Projektgesellschaft
mbH
100%
evo Energie-Netz GmbH
100%
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100%
Biostrom Oberhausen
Management GmbH
100%
Quantum GmbH
10,42%
strasserauf GmbH
30%
KSBG Kommunale
Beteiligungsgesellschaft GmbH
& Co.KG
6%
KSBG Kommunale
Verwaltungsgesellschaft mbH
6%

KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Rüttenscheider Straße 27-37
45128 Essen

Kontakt:

Telefon	0208/ 8350
Fax	0208/835 2620
e-Mail	service@evo-energie.de
Internet	-

Rechtsform: GmbH & Co. KG
Stammkapital in T€: 1,00

Gesellschafter:

	T€	%
Dortmunder Energie- und Wasserversorgungs-GmbH	0,18	18,00
Dortmunder Stadtwerke AG	0,18	18,00
evo Energieversorgung Oberhausen AG	0,06	6,00
Stadtwerke Bochum GmbH	0,18	18,00
Stadtwerke Dinslaken GmbH	0,06	6,00
Stadtwerke Duisburg AG	0,19	19,00
Stadtwerke Essen AG	0,15	15,00

Gegenstand des Unternehmens:

Der Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung an der Evonik Steag GmbH als Unternehmen der Energieversorgung, die Erbringung von Dienstleistungen gegenüber ihren Gesellschaftern und der Evonik Steag GmbH, sowie die Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung durch Energieversorgungsunternehmen mit kommunaler Beteiligung.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2012)

Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung: Geschäftsführung der KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft GmbH

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2010		2011		2012		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen			637.576,34	77,5	590.375,76	75,7	-47.200,58	-7,40
Umlaufvermögen	1,01	0,0	180.587,18	21,9	185.829,82	23,8	5.242,64	2,90
Rechnungsabgrenzungsposten	3.487,69	97,7	4.595,72	0,6	3.450,96	0,4	-1.144,76	-24,91
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	82,05	2,3					0,00	
Bilanzsumme	**3.570,75**	**100,00**	**822.759,24**	**100,00**	**779.656,54**	**100,00**	**-43.102,70**	**-5,24**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital			264.728,52	32,2	297.945,51	38,2	33.216,99	12,55
Rückstellungen			7.244,80	0,9	10.768,65	1,4	3.523,85	48,64
Verbindlichkeiten	3.570,75	100,0	550.785,93	66,9	470.942,37	60,4	-79.843,56	-14,50
Bilanzsumme	**3.570,75**	**100,00**	**822.759,24**	**100,00**	**779.656,54**	**100,00**	**-43.102,70**	**-5,24**

bb) GuV

	2010	2011	2012
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse		740,48	1.607,80
sonstige betriebliche Erträge			63,08
Materialaufwand		504,07	1.234,15
Abschreibungen		55,49	87,35
sonstige betriebliche Aufwendungen	5,65	2.183,85	2.835,71
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	82,05	109.300,00	110.021,48
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		447,63	1.651,88
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	76,41	17.667,29	23.313,58
Ergebnis der gewöhnlichen Geschaftstätigkeit	0,00	90.077,41	85.873,45
außerordentliche Aufwendungen		82,05	
außerordentliches Ergebnis		-82,05	
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		6.324,70	4.546,49
sonstige Steuern		18,13	0,29
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne		11.863,26	23.726,52
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	0,00	71.789,27	57.600,15
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	71.789,27	57.600,15

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2012	Angaben in
Umsatzrentabilität:		11.297,01	5.058,25	%
Eigenkapitalrentabilität:		43,36	33,84	%
Cash-Flow:	0,00	83.708,01	81.414,01	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2012	Angaben in
Sachanlagenintensität:		0,25	0,23	%
Eigenkapitalquote:	0,00	32,18	38,21	%
Fremdkapitalquote:	100,00	67,82	61,79	%

e) Lagebericht

Bei diesem Lagebericht handelt es sich um einen zusammengefassten Lagebericht für den KSBG-Konzern und die KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG. Auf die wirtschaftliche Entwicklung der KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG wird in einem gesonderten Abschnitt dieses Lageberichts eingegangen. Der Konzernabschluss wurde nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) und der Einzelabschluss nach den Vorschriften des deutschen Handelsgesetzbuches (HGB) aufgestellt.

Geschäftstätigkeit und Struktur

Geschäft

Die KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG (im Folgenden KSBG KG oder Unternehmen) ist ein Konsortium aus sieben deutschen Stadtwerke-Gesellschaften der Rhein-Ruhr-Region. Gegenstand des Unternehmens ist neben der Beteiligung an der STEAG GmbH (im Folgenden STEAG GmbH), Essen, und der Erbringung von Dienstleistungen gegenüber Gesellschaftern und der STEAG GmbH insbesondere die Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung durch Energieversorgungsunternehmen mit kommunaler Beteiligung. Dieser öffentliche Zweck wurde mit der Mehrheitsbeteiligung an der STEAG GmbH erreicht. Darüber hinaus betreibt die KSBG KG drei dezentrale Energieerzeugungsanlagen.

Mit Kaufvertrag vom 17./18. Dezember 2010 hat die KSBG KG insgesamt 51 Prozent der Anteile an der STEAG GmbH von der Evonik Industries AG (im Folgenden Evonik), sowie der RBV Verwaltungs-GmbH (im Folgenden RBV), einem 100-prozentigen Tochterunternehmen der Evonik, erworben. Der Vollzug des Kaufvertrags (Closing) ist am 2. März 2011 erfolgt. Somit war die KSBG KG erstmals für das Geschäftsjahr 2011 gem. § 290 HGB zur Aufstellung eines Konzernabschlusses verpflichtet, in den neben der STEAG GmbH alle wesentlichen in- und ausländischen Tochterunternehmen einbezogen werden.

Die KSBG KG und Evonik haben eine Vereinbarung geschlossen, die darauf abzielt, dass die KSBG KG in dem Zeitraum vom 1. Januar 2014 bis zum 31. Dezember 2017 die verbleibenden 49 Prozent der Anteile übernehmen kann. Gleichzeitig hat RBV die vertraglich festgelegte Option, ihre Beteiligung an der STEAG GmbH im Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2016 vollständig an die KSBG KG zu übertragen.

Basierend auf den Regelungen des Kaufvertrags wurde im Optionsvertrag eine Kaufpreisregelung für die verbleibenden Anteile vereinbart. Die RBV erhält eine Garantiedividende, die im Zeitpunkt der Optionsausübung auf den Kaufpreis angerechnet wird.

Auf Basis dieser vertraglichen Regelungen sind die Anteile der RBV in Höhe von 49 Prozent nach IAS 27 bereits bei Abschluss des Kauf- und des Optionsvertrags der KSBG KG wirtschaftlich zuzurechnen. In der Bilanz des

KSBG-Konzerns werden in der Folge für die RBV keine Minderheitenanteile ausgewiesen. Es wird eine Kaufpreisverbindlichkeit für 49 Prozent der Anteile an der STEAG GmbH bilanziert.

Geschäft

Da die KSBG KG im Wesentlichen Holdingfunktionen ausübt, wird die Tätigkeit des KSBG-Konzerns (im Folgenden kurz KSBG oder Konzern) durch die Tätigkeit der STEAG GmbH und ihrer Tochtergesellschaften (im Folgenden kurz STEAG oder STEAG-Gruppe) bestimmt. Darüber hinaus nutzt die KSBG KG im Wesentlichen die bei der STEAG GmbH eingerichteten Prozesse und Systeme, um die Geschäftstätigkeit des Konzerns zu überwachen. Hierzu zählen beispielweise Risiko- und Finanzmanagement sowie weitere kaufmännische Prozesse.

KSBG ist in der Energiewirtschaft tätig. Als international tätige Unternehmensgruppe bietet KSBG seinen Kunden integrierte Lösungen im Bereich der Strom- und Wärmeerzeugung sowie technische Dienstleistungen an. Zu den Kernkompetenzen gehören Planung, Realisierung und Betrieb sowohl von Großkraftwerken als auch von dezentralen Anlagen sowie die kraftwerksbasierte Stromvermarktung. Grundlagen für die Strom- und Wärmeerzeugung sind sowohl fossile Brennstoffe als auch – seit bereits über einem Jahrzehnt – erneuerbare Energien.

Als einer der größten Stromerzeuger in Deutschland betreibt der Konzern an zehn Standorten Kraftwerke sowie über 200 dezentrale Anlagen zur Energieerzeugung aus erneuerbaren Energien bzw. dezentrale Anlagen für die Industrie und zur Wärmeversorgung. Auf der Grundlage langjähriger Erfahrung im Strom-, Kohle- und CO_2-Geschäft hat KSBG im Energiehandel eine hohe Handelskompetenz aufgebaut und ein breites Produkt- und Dienstleistungsportfolio etabliert. KSBG ist einer der führenden Importeure und Vermarkter für Steinkohle. KSBG importiert Steinkohle aus den wichtigsten Produzentenländern für die Versorgung sowohl der KSBG-Kraftwerke als auch für Kunden im Kohlehandelsgeschäft. Im Ausland betreibt KSBG eigene Steinkohlekraftwerke in Kolumbien, in der Türkei sowie auf den Philippinen und arbeitet dort jeweils eng mit lokalen Partnern zusammen. Das Kraftwerk in der Türkei ist die größte Auslandsinvestition innerhalb des Konzerns und hat eine Leistung von 1.320 Megawatt (MW). Die installierte Leistung beträgt weltweit insgesamt etwa 9.400 MW, davon rund 7.700 MW in Deutschland.

KSBG hat eine große Expertise in der Modernisierung bestehender Anlagen und bietet Lösungen für eine maßgeschneiderte Energieversorgung an, die umweltfreundlich und zugleich wirtschaftlich ist. KSBG ist Vorreiter bei effizienten Technologien zur Steinkohleverstromung, die sich durch einen hohen Wirkungsgrad und Ressourcenschonung auszeichnen. KSBG ist Spezialist in der Optimierung der gesamten Wertschöpfungskette im Kraftwerksprozess. In der Verwertung von Reststoffen aus Steinkohlekraftwerken ist KSBG in Europa führend. In Deutschland besitzt der Konzern eine führende Position bei der Erzeugung von Strom und Wärme aus Grubengas und im Bereich der geothermischen Wärmegewinnung. Zudem ist KSBG einer der größten Fernwärmeversorger und Contractinganbieter sowie Betreiber von Biomasse-Heizkraftwerken in Deutschland. KSBG entwickelt international Projekte zur Energieerzeugung aus erneuerbaren Energien ebenso wie Gas- und Kohlekraftwerke. Umfassende Leistungen und professionelle Engineering-Lösungen für alle Bereiche der Energieerzeugung gehören zum Kompetenzfeld von KSBG. Dafür sind die Ingenieure der Tochtergesellschaft STEAG Energy Services GmbH weltweit im Einsatz. In Indien, Brasilien, der Türkei, der Schweiz und den USA sind Tochtergesellschaften aktiv. Die STEAG Energy Services (India) Pvt. Ltd. ist mit über 1.000 Mitarbeitern die mitarbeiterstärkste ausländische Tochtergesellschaft des Konzerns.

Integriertes Geschäftsmodell

Die KSBG KG mit Sitz in Essen ist das Mutterunternehmen des Konzerns. Sie hält heute 51 Prozent der Anteile an der STEAG GmbH mit Sitz in Essen. Diese wiederum hält direkt und indirekt die Anteile an den zum Konzern gehörenden Tochterunternehmen. Die KSBG KG hat Leitlinien für die Gesellschaften der STEAG-Gruppe entwickelt. Hierauf basierend obliegt der STEAG GmbH als Stammhaus die strategische und operative Leitung der Geschäftsbereiche des Konzerns, bestehend aus dem Geschäftsbereich Kraftwirtschaft (Geschäftsfelder Kraftwerke, Fernwärme, Power Minerals, Energy Services) sowie dem Geschäftsbereich Erneuerbare Energien und Dezentrale Anlagen. Diese Stammhausorganisation entspricht dem integrierten Geschäftsmodell des Konzerns.

Im Geschäftsbereich Kraftwirtschaft bildet das nationale und internationale Projektgeschäft die Grundlage für anspruchsvolle technische Lösungen beim Kraftwerksbetrieb. In Deutschland betreibt KSBG an acht Standorten Steinkohlekraftwerke und an zwei Standorten Raffineriekraftwerke. Zudem sind die drei Steinkohlekraftwerke in der Türkei, in Kolumbien und auf den Philippinen dem Geschäftsfeld Kraftwerke zugeordnet. Das Geschäftsfeld

Fernwärme ergänzt die deutschen Erzeugungsaktivitäten durch die Vermarktung von Fernwärme aus Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen. Das Geschäftsfeld Power Minerals sorgt für den wirtschaftlichen, sinnvollen Einsatz der in Steinkohlekraftwerken produzierten Reststoffe, im Wesentlichen in der Bauindustrie. Die Ingenieure im Geschäftsfeld Energy Services entwickeln seit Jahrzehnten Konzepte für konventionelle und erneuerbare Anlagen, planen und realisieren diese Anlagen und bieten umwelttechnische Dienstleistungen sowie IT-Lösungen für die Optimierung von Kraftwerken an.

Aktivitäten rund um die dezentrale Energieerzeugung (auf Basis erneuerbarer Energien und industrielle bzw. kommunale Versorgungslösungen) sind im Geschäftsbereich Erneuerbare Energien und Dezentrale Anlagen gebündelt.

Organisatorische Veränderungen

Die zuständigen Gremien der KSBG haben im Dezember 2012 der Errichtung der STEAG Technischer Service GmbH zugestimmt. In der Gesellschaft wird der Konzern das inländische Know-how im Bereich Serviceleistungen mit den Schwerpunkten Instandhaltung von Kraftwerken sowie Dienstleistungen für elektrische Netze bündeln. Das über Jahrzehnte gewachsene, vorhandene Know-how wird in der Gesellschaft weiterentwickelt und zunehmend Drittkunden angeboten.

Wesentliche Verträge

Zum 31. Dezember 2012 endete die Laufzeit einer Reihe von Kapazitätsvorhaltungs- und Stromlieferverträgen, die mit dem Großkunden RWE Power AG (im Folgenden RWE Power) langfristig geschlossen waren. RWE Power war in einzelnen Verträgen eine Verlängerungsoption eingeräumt worden. RWE Power hat STEAG jeweils fristgerecht, erstmals im Dezember 2010, darüber informiert, dass Optionsrechte zur Verlängerung von Verträgen nicht in Anspruch genommen werden. Auch GDF SUEZ hat die bestehenden langfristigen Stromlieferverträge für den Zeitraum ab dem 1. Januar 2013 nicht verlängert. Mit Auslaufen der Verträge hat die STEAG Power Saar GmbH von GDF SUEZ die Anteile an den Gesellschaften Modell- und Heizkraftwerk Völklingen erworben. Seit Ende 2010 wurden in erheblichem Umfang strategische, operative und organisatorische Maßnahmen umgesetzt, die die Vermarktung der Kraftwerksleistung auch zukünftig unter den neuen Rahmenbedingungen ermöglichen. Der Anteil der bereits vermarkteten Kraftwerksleistung beträgt für 2013 über 90 Prozent; für die Jahre 2014 und 2015 über 60 Prozent bzw. rund 40 Prozent.

Mit der DB Energie GmbH konnte der bestehende Stromliefervertrag um drei Jahre bis 2018 verlängert werden. Zudem wurde mit der E.ON Fernwärme GmbH ein Vertrag zur Fernwärmelieferung ab September 2013 aus dem Kraftwerk Herne geschlossen. Ein neuer Betriebsführungsvertrag mit der Trianel Kohlekraftwerk Lünen GmbH & Co. KG ermöglicht KSBG zukünftig die Übernahme der Betriebsführung und Instandhaltung für das derzeit noch im Bau befindliche Kraftwerk in Lünen.

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Die Weltwirtschaft hat sich auch im Jahr 2012 noch nicht wieder erholt. Der Anstieg des weltwirtschaftlichen Bruttoinlandsprodukts betrug 2012 nur noch 3,0 Prozent (2011: 3,8 Prozent). Verantwortlich dafür zeigte sich vor allem die europäische Schuldenkrise, welche Einfluss auf die globale Konjunktur hatte. Die angestoßenen Veränderungsprozesse im Euroraum werden Zeit in Anspruch nehmen und die Weltwirtschaft weiterhin beeinflussen. Wesentlicher Treiber der Weltwirtschaft war wie schon in den Vorjahren China, wenn auch auf einem niedrigeren Niveau. Die chinesische Wirtschaft ist 2012 um 7,8 Prozent gewachsen, nach 9,6 Prozent im Vorjahr. Auch in Indien und in der Türkei verlangsamte sich das Wachstum merklich aufgrund der globalen Konjunkturentwicklung. Nach einem Wirtschaftwachstum im Jahr 2011 von über 7 Prozent in beiden Ländern, erreichte die Türkei nur noch 2,9 Prozent, Indien immerhin noch 4,4 Prozent in 2012. Insgesamt hat sich das Wachstum der Schwellenländer zwar verringert (2012: 5,4 Prozent vs. 2011: 7,0 Prozent), es liegt allerdings weiterhin deutlich über dem der Industriestaaten.

Das Wachstum der deutschen Wirtschaft blieb aufgrund der Verschärfung der europäischen Staatsschuldenkrise hinter den Erwartungen zurück, obwohl insbesondere die Exporte weiter zunahmen. Die Schwäche der globalen Konjunktur führte neben der Verunsicherung im Euroraum zu einer zurückhaltenden Investitionstätigkeit der Unternehmen. Das beeinflusste die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts negativ.

Im Jahr 2012 ist das deutsche Bruttoinlandsprodukt um voraussichtlich nur noch 0,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Insbesondere die Ausrüstungsinvestitionen sind erheblich gesunken, nachdem sie in den Vorjahren mit ein Hauptträger der deutschen Konjunktur waren. Auch die Bauinvestitionen sowie der inländische Konsum waren rückläufig. Als Folge der Verlangsamung des Wirtschaftswachstums stagnierte der deutsche Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosenquote lag bei 6,8 Prozent.

Energieverbrauch und -erzeugung[1]

Aufgrund der kühleren Witterung zu Jahresbeginn sowie des Schalttages stieg der Energieverbrauch 2012 in Deutschland gegenüber dem Vorjahr geringfügig. Die Konjunktur brachte nur in einem geringen Umfang eine Verbrauchssteigerung mit sich. Eine Zunahme der Energieeffizienz hatte dagegen dämpfende Effekte zur Folge. Im Vergleich zum Vorjahr ist der Energieverbrauch um knapp 1 Prozent gestiegen. Gleichzeitig ist ein Anstieg des Einsatzes von erneuerbaren Energien um 7,8 Prozent zu verzeichnen. Der Anteil der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch 2012 erhöhte sich damit auf fast 12 Prozent. Der Verbrauch von Erdgas (+ 1 Prozent), Steinkohle (+ 3 Prozent) und Braunkohle (+ 5 Prozent) nahm aufgrund der kalten Witterung zu. Hingegen verringerte sich der Beitrag der Kernenergie um 8,3 Prozent.

Der Stromverbrauch 2012 ist gegenüber 2011 leicht gesunken, die Stromerzeugung hingegen um rund 1,3 Prozent gestiegen (2011: 609 TWh auf 2012: 617 TWh). Die Ursache für diese gegenläufige Entwicklung stellt insbesondere ein steigender Export von aus erneuerbaren Energien erzeugtem Strom dar. Die erneuerbaren Energien leisten inzwischen einen Beitrag zu der Gesamterzeugung in Höhe von rund 137 TWh, was ca. 23 Prozent an der Stromerzeugung entspricht. Insbesondere der Ausbau der Fotovoltaik setzte sich ungemindert fort. Für 2012 wird insgesamt mit einem Zubau von rund 7.500 MW gerechnet. Der Anteil der Fotovoltaik an der Stromerzeugung stieg auf fast 5 Prozent (~ 29 TWh). Der Einsatz von Erdgas in der Stromerzeugung ist hingegen stark zurückgegangen (minus 16 Prozent). Gründe dafür sind der Ausbau der erneuerbaren Energien (insb. Fotovoltaik) sowie die anhaltende Differenz zwischen Kohle- und Gaspreisen. Den höchsten Anteil an der Stromerzeugung hatte wie schon 2011 die Braunkohle mit 25,6 Prozent. Sie verzeichnete ein Plus von rund 5 Prozent und stieg auf ca. 158 TWh. Die Stromerzeugung aus Kernenergie verringerte sich weiter und sank um fast 9 Prozent auf insgesamt 99 TWh, der Anteil lag damit nur noch bei 16 Prozent. Die Stromerzeugung aus Steinkohle stieg leicht um 1,5 Prozent auf rund 118 TWh, der Anteil an der Gesamterzeugung lag wie im Vorjahr bei rund 19 Prozent.

Sowohl in Indien als auch in der Türkei wurden in 2012 hohe Zuwachsraten erreicht. Durch das stetige Wirtschafts- und das hohe Bevölkerungswachstum der letzten Jahre stieg der Stromverbrauch in beiden Ländern kontinuierlich an. Im Jahr 2012 lag das Wachstum der Stromerzeugung in Indien ebenso wie der Zuwachs beim Stromverbrauch in der Türkei bei rund 5 Prozent. Für die nächsten Jahre wird eine ähnlich positive Entwicklung erwartet.

Energiepreisentwicklung

Die Abschwächung der globalen Konjunktur, die zunehmend unkonventionelle Gewinnung von Gas und Öl in den USA sowie die europäische Schuldenkrise schlugen sich auf den internationalen Rohstoffmärkten preissenkend nieder. Gegenläufig wirkten die geopolitischen Risiken aus dem Nahen Osten im ersten und dritten Quartal. Nach Höchstständen für Rohöl von durchschnittlich 123 $/bbl im März 2012 beruhigte sich die Lage etwas und der Rohölpreis sank im Sommer auf unter 100 $/bbl. Bis zum Jahresende stieg der Rohölpreis auf bis zu 110 $/bbl, was der Entwicklung im Vorjahr entsprach. Der bereits 2011 begonnene Abwärtstrend im europäischen Steinkohlemarkt setzte sich 2012 fort (Januar Ø 106 $/t vs. Dezember Ø 90 $/t). Der für Europa relevante Preisindex API#2 verlor im Jahresdurchschnitt gegenüber dem Vorjahr um 23 Prozent. Grund war weiterhin vor allem der Nachfragerückgang infolge der wirtschaftlichen Entwicklung.

2012 war ein turbulentes Jahr für den europäischen Emissionshandel. Reaktionen auf Ankündigungen der Europäischen Kommission, den CO_2-Zertifikatepreis durch Verknappung der Zertifikate (Verschiebung des Versteigerungszeitraumes nach hinten, um Rechte zeitweise zurückhalten zu können; sog. Backloading) verteuern zu wollen, sorgten innertägig für starke Ausschläge. Der CO_2-Preis für den 2012er Kontrakt sank auf eine historische Tiefmarke, nachdem die Abstimmung über die zeitweise Zurückhaltung von Emissionsrechten nach 2013 verschoben wurde. Im Jahresdurchschnitt lag der CO_2-Preis weiterhin deutlich unter 10 €/t (~ 7,3 €/t) und am Jahresende sogar unter 7 €/t.

[1] Alle Daten zu Energieverbrauch und -erzeugung sind vorläufige Angaben der AG Energiebilanzen e. V. und des BDEW.

Die Preise am deutschen Strommarkt waren in 2012 besonders geprägt von dem zügigen Ausbau der erneuerbaren Energien, der Entwicklung der Wirtschaft und der Brennstoffpreise. Insbesondere der Ausbau der Windkraft und der Fotovoltaik wirkten preisdrückend auf die Großhandelspreise. Grundlaststrom im Day-ahead Handel an der EEX kostete 2012 rund 16 Prozent weniger als noch 2011 (2012 Ø 42,8 €/MWh vs. 2011 Ø 50,9 €/MWh). In den Peakstunden betrug der Rückgang rund 6 Prozent
(2012 Ø 53,7 €/MWh vs. 2011 Ø 57,2 €/MWh).

Strategie

Strategische Weiterentwicklung

Die Strategie der KSBG besteht aus drei Elementen: Erstens will sich KSBG im In- und Ausland stärker im Erzeugungsmix diversifizieren. Dafür wird langfristig ein Erneuerbarer Energien-Anteil von 25 Prozent angestrebt und die besondere Kompetenz in Bezug auf fossile Kraftwerksanlagen weiter ausgebaut. Zweitens will KSBG die internationalen Aktivitäten weiter ausbauen und auch international führend mit Engineering-Dienstleistungen entlang der Energieerzeugung werden. Drittens will KSBG sich als führende kommunale Erzeugungs-, Handels- und Dienstleistungsplattform in Deutschland etablieren und das Geschäft mit Industriekunden vorantreiben.

Darüber hinaus sollen die Rahmenbedingungen zum Ausbau der vom Land Nordrhein-Westfalen unterstützten „Fernwärmeschiene Ruhr“ geschaffen werden. Weitere strategische Aspekte sind, den Konzern als führende kommunale Erzeugungs-, Handels- und Dienstleistungsplattform in Deutschland zu etablieren sowie aufbauend auf dem bestehenden Produktportfolio auch international führend mit Engineering-Dienstleistungen entlang der Energieerzeugung zu werden.

Die KSBG KG will die Position des Konzerns auf dem deutschen Energiemarkt stärken. Ziel ist es, den inländischen Kraftwerkspark unter den veränderten Rahmenbedingungen auch zukünftig wettbewerbsfähig aufzustellen und die Handelskompetenz zu verbreitern. Der Trend zur dezentralen Energieerzeugung bietet Chancen, das Geschäft mit Stadtwerken bzw. kommunalen Partnern auszubauen. Das umfasst auch den Ausbau der erneuerbaren Energien (insbesondere in den Bereichen Bioenergie, Geothermie und Wind).

Der Konzern ist mit seinen in Deutschland bereits genehmigten eigenen Standorten flexibel aufgestellt und bereitet sich auch darauf vor, zum Beispiel in Kooperation mit anderen Unternehmen, in neue Kraftwerksprojekte auch im Bereich Gas zu investieren, wenn die Rahmenbedingungen wirtschaftlich vertretbares Handeln ermöglichen. Die angestrebte Vernetzung der Fernwärmeschienen im Ruhrgebiet kann hierbei gute Möglichkeiten eröffnen. Auch international will der Konzern wachsen. Ziel ist es, einerseits am weltweit wachsenden Markt für erneuerbare Energien teilzuhaben und andererseits von der weiterhin bestehenden großen Nachfrage nach hocheffizienten Kohlekraftwerken zu profitieren. Damit will KSBG an dem steigenden Strombedarf in internationalen Energiemärkten partizipieren. Gerade in Ländern mit einem stark wachsenden Stromverbrauch, wie der Türkei oder Indien, wird die Kompetenz der Konzern-Gesellschaften für fossile Kraftwerke sehr geschätzt. Das internationale Netzwerk des Konzerns und zahlreiche Referenzen aus über 60 Ländern sowie das langjährige Ingenieur- und Betriebsführungs-Know-how bieten dem Konzern dabei eine sehr gute Ausgangsposition.

Zukunft der inländischen Kraftwirtschaft

Der schnelle Anstieg und die vorrangige Einspeisung von erneuerbaren Energien, die Vollauktionierung der CO_2-Zertifikate ab 2013, die Abkehr von der Ölpreisbindung beim Gas und die Wirtschaftsleistung in der EU setzen den Betrieb von Gas- und Kohlekraftwerken unter erheblichen Druck. Aus heutiger Sicht wird das geänderte Marktumfeld zu einem wirtschaftlich begründeten Rückgang der inländischen Kraftwerkskapazitäten führen. KSBG stellt sich den Herausforderungen, die sich aus den Marktveränderungen hinsichtlich der Kosten, der Vermarktung von Kraftwerkskapazität, der Entwicklung von Standorten und der Mitarbeiter ergeben. Im Asset-basierten Handel wird der Kraftwerksverbund als Ganzes unter Berücksichtigung der vom Markt vorgegebenen Rahmenbedingungen bewirtschaftet.

Bereits in 2011 hat der Konzern ein Fünf-Punkte-Programm zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit begonnen, welches zu einer Verbreiterung der Stromvermarktung und des Dienstleistungsangebots geführt hat und zur Optimierung der Kraftwerksbetriebe beiträgt. Zudem wurden Maßnahmen zur Senkung der Verwaltungskosten umgesetzt. Insgesamt konnte die Kosten- und Erlösposition der inländischen Kraftwerke bereits deutlich verbessert werden.

KSBG wird in Anbetracht der erwarteten Marktsituation weitere Optimierungen der Kraftwerksbetriebe und der Verwaltungsfunktionen vornehmen sowie Maßnahmen ergreifen, um auf Marktveränderungen flexibel reagieren zu können. Hierzu zählen sowohl die Erweiterung des Dienstleistungsspektrums als auch das Abschalten einzelner Kraftwerksblöcke in Perioden mit niedrigen Strompreisen und der aus heutiger Sicht erforderliche Auslaufbetrieb von Kraftwerken. Mit dem Aufbau der STEAG Technischer Service GmbH wird die Kompetenz in der Instandhaltung weiterhin für interne, aber verstärkt auch für externe Kunden angeboten. Der Auslaufbetrieb von Kraftwerken wird kontinuierlich an den Marktentwicklungen gespiegelt. Der jeweilige Betrieb der Kraftwerksblöcke soll, solange nachhaltig positive Cash-Flows erwirtschaftet werden können, fortgeführt werden. Bei Kraftwerksrevisionen und signifikanten Reparaturen wird überprüft werden, ob eine Amortisation der notwendigen Ausgaben erreichbar erscheint. KSBG behält sich bis zum letztmöglichen Zeitpunkt die Entscheidung über Stilllegungen vor. Die Erzeugung von Strom und Wärme in Deutschland ist für den Konzern wesentlich.

Forschung und Entwicklung

Forschungsschwerpunkte

Der Schwerpunkt der Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten des Konzerns liegt in der Entwicklung von Techniken, die KSBG im Geschäft direkt einsetzen kann. Der Konzern betreibt keine Grundlagenforschung. Das Interesse liegt im Wesentlichen im Bereich der Optimierung des Betriebs von Kraftwerken. So wird beispielsweise die weitergehende Schwermetallabscheidung in Abwässern vorangetrieben. Die Feuerungsoptimierung bekam einen besonderen Impuls durch den Kauf der Firma Powitec Intelligent Technologies GmbH[2] durch die STEAG Energy Services GmbH. Große Bedeutung kommt der Flexibilisierung der vorhandenen Kraftwerke zu. Dazu gehören die Absenkung der Mindestlast sowie Alternativen bei der Bereitstellung von Anfahrwärme und ebenso die Steigerung von Lastgradienten.

Speicher in jeglicher Form werden an Bedeutung gewinnen und wurden daher im Rahmen von Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten der KSBG weitergehenden Untersuchungen unterzogen. Eine im Kraftwerksbereich noch wenig genutzte Speicherform stellt der Batteriespeicher auf Lithium-Ionen-Basis dar. Ein solcher Batteriespeicher mit einer Leistung von 1 MW wurde am Standort Fenne in Völklingen installiert. Ebenfalls in Kooperation mit Evonik werden die H_2-Energieerzeugung und Speicherstruktur erforscht sowie in den KSBG-Kraftwerken Herne und Lünen die CO_2-Abscheidung erprobt. Für KSBG ist es das Ziel, Optionen zu entwickeln, CO_2 nicht einzulagern, sondern gegebenenfalls als Rohstoff zu nutzen.

Ein größeres Engagement übernahm KSBG im Rahmen der dena-Initiave „Power-to-Gas“. Die entsprechenden Untersuchungen wurden im Jahr 2012 mit dem Ergebnis abgeschlossen, dass auf diesem Wege erhebliche Strommengen gespeichert werden können, wobei Wirtschaftlichkeit und Effizienz jedoch bei weitem noch nicht befriedigen können. Druckluftspeicher stellen eine andere Speicherform dar, die zum Beispiel in Form stillgelegter Salzbergwerke genutzt werden kann. Die Potenziale werden in einem Gemeinschaftsvorhaben ausgelotet. Für den weiteren Ausbau der Fernwärme und Fernwärmenetze wird die Integration von Fernwärmespeichern immer bedeutender. Neue Techniken müssen ihr Potenzial im Vergleich zu bekannten Verfahren beweisen.

Im Rahmen der „Rhein-Ruhr-Power Initiative“, einer Zusammenarbeit von führenden Unternehmen und Forschungseinrichtungen im Bereich der Kraftwerkstechnik in der Region Rhein/Ruhr, wird die Untersuchung des „Partnerdampfkraftwerks“ für erneuerbare Energie vorangetrieben. Schwerpunkte sind die Flexibilisierung der konventionellen Erzeugung sowie die Übertragung der mit hohen Dampfparametern gesammelten Erkenntnisse auf den solarthermischen Kraftwerksprozess.

Flugasche in eine für die Zementindustrie optimal nutzbare Form zu bringen, schont den Deponieraum und reduziert die CO_2-Emissionen. Daher werden die Einsatzmöglichkeiten fortwährend weiterentwickelt. Bei der Nutzung von Biomasse wurden mechanische und thermische Aufbereitungsverfahren bewertet.

[2] Nach dem Erwerb umfirmiert in STEAG Powitec GmbH

Ertragslage

Ergebnis 2012

Aufgrund der europäischen Staatsschuldenkrise ist das Wirtschaftswachstum hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Der Stromverbrauch in Deutschland ist gegenüber 2011 leicht gesunken. Insbesondere der gleichzeitige Rückgang des Kohlepreises hat dazu geführt, dass die Umsatzerlöse um etwa 9 Prozent unter dem für 2012 prognostizierten Niveau liegen. Jahreszeitlich bedingt haben das erste und das letzte Quartal des Jahres in der Energiewirtschaft die höchsten Absatz- und damit Ergebnisbeiträge. Das Gesamtergebnis des Jahres 2012 liegt deutlich unter dem Wert des Jahres 2011. Dies ist insbesondere auf einmalige Effekte im Vorjahr (Auflösung des passiven Unterschiedsbetrags aus der erstmaligen Konsolidierung der STEAG GmbH) zurückzuführen.

Gewinn- und Verlustrechnung KSBG-Konzern

in Millionen €	2012	2011
Umsatzerlöse	2.721,8	2.506,2
Bestandsveränderung der Erzeugnisse	-6,8	-13,3
Andere aktivierte Eigenleistungen	4,1	11,3
Sonstige betriebliche Erträge	181,4	545,2
Materialaufwand	-1.904,1	-1.824,4
Personalaufwand	-387,2	-337,5
Abschreibungen und Wertminderungen	-132,2	-145,5
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-351,7	-244,1
Ergebnis vor Finanzergebnis und Ertragsteuern	**125,3**	**497,9**
Zinserträge	50,0	42,9
Zinsaufwendungen	-114,4	-102,2
Ergebnis aus at Equity bilanzierten Unternehmen	8,1	5,1
Sonstiges Finanzergebnis	8,0	5,8
Finanzergebnis	**-48,3**	**-48,4**
Ergebnis vor Ertragsteuern	**77,0**	**449,5**
Ertragsteuern	-1,2	-52,9
Ergebnis nach Steuern	**75,8**	**396,6**
davon entfallen auf		
Andere Gesellschafter	58,4	38,1
Anteilseigner der KSBG KG (Konzernergebnis)	17,4	358,5

Außenumsatz nach Geschäftsbereichen

in Millionen €	2012	2011	Veränd. in %
Kraftwirtschaft	**2.480,8**	2.282,8	8,7
Erneuerbare Energien und Dezentrale Anlagen	**241,0**	223,4	7,9
KSBG-Konzern	**2.721,8**	2.506,2	8,6

Der Außenumsatz stieg insgesamt um 8,6 Prozent auf 2.721,8 Millionen €. Dies ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass der Konzern im Geschäftsjahr 2011 durch den Erwerb der Beteiligung an der STEAG GmbH durch die KSBG KG entstanden ist. Die STEAG-Gruppe wurde erstmals zum 2. März 2011 in den Konzernabschluss der KSBG KG einbezogen, so dass im Vorjahr lediglich Aufwendungen und Erträge der STEAG-Gruppe für einen Zeitraum von zehn Monaten in den Konzernabschluss eingeflossen sind. Dagegen wirkten sich gesunkene Steinkohlepreise und ein geringerer Kohleabsatz mindernd auf die Umsatzerlöse aus. Auch die gegenüber dem Vorjahr höheren Umsatzerlöse des Geschäftsbereiches Erneuerbare Energien und Dezentrale Anlagen sind von einem reduzierenden Effekt beeinflusst, der sich aus geringeren Erlösen im Rahmen der Direktvermarktung aufgrund von Änderungen des Gesetzes für den Vorrang Erneuerbarer Energien (EEG) ergibt.

Die Abschreibungen und Wertminderungen von 132,2 Millionen € (Vorjahr: 145,5 Millionen €) betrafen mit 124,5 Millionen € (Vorjahr: 91,8 Millionen €) planmäßige Abschreibungen für immaterielle Vermögenswerte, Sachanlagen und Investment Properties. In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen von 351,7 Millionen € (Vorjahr: 244,1 Millionen €) sind unter anderem Aufwendungen aus der Bewertung von Derivaten (82,4 Millionen

€; Vorjahr 59,4 Millionen €) sowie Kursverluste aus der Bewertung von Fremdwährungspositionen (14,9 Millionen €; Vorjahr 18,3 Millionen €) enthalten.

Das Ergebnis vor Finanzergebnis und Ertragsteuern hat sich gegenüber dem Vorjahr insbesondere aufgrund des im Vorjahr erfassten passiven Unterschiedsbetrages deutlich um 372,6 Millionen € auf 125,3 Millionen € verringert. Das Zinsergebnis liegt mit minus 64,4 Millionen € auf dem Niveau des Vorjahres von minus 59,3 Millionen €. Das Ergebnis vor Ertragsteuern sank von 449,5 Millionen € auf 77,0 Millionen €. Der Ertragsteueraufwand beträgt 1,2 Millionen € (Vorjahr: 52,9 Millionen €). Das Ergebnis nach Steuern liegt mit 75,8 Millionen € deutlich unter dem Vorjahreswert von 396,6 Millionen €. Dies ist im Wesentlichen auf den im Vorjahr erfassten passiven Unterschiedsbetrag (399,3 Millionen €) zurückzuführen.

Der Konzernanteil am Ergebnis lag mit 17,4 Millionen € deutlich unter dem Vorjahreswert (358,5 Millionen €).

Energieabsatz

Der gesamte Energieabsatz aus eigener und für Kunden betriebener Leistung im Bereich Kraftwirtschaft betrug 38.096 $GWh_{ä}$[3] gestiegen. Der Wärmeabsatz aus dem Geschäftsbereich Erneuerbare Energien und Dezentrale Anlagen belief sich auf 2.127 GWh_{th} und der Stromabsatz auf 1.506 GWh_{el}.

Finanzlage

Finanzwirtschaftliches Risikomanagement

Das Finanzmanagement im Konzern wird für die Konzerngesellschaften im Wesentlichen von der STEAG GmbH vorgenommen. Die STEAG GmbH führt dies im Rahmen eines im Jahr 2011 mit der KSBG KG sowie der KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft GmbH als Komplementärin der KSBG KG geschlossenen Dienstleistungsvertrags auch für diese Gesellschaften durch.

Die wesentlichen Ziele des Finanzmanagements sind die Sicherung der finanziellen Unabhängigkeit und die Begrenzung von Refinanzierungsrisiken für den Konzern.

Die STEAG GmbH steuert grundsätzlich zentral die Mittelaufnahmen sowie die Bürgschaften und Garantien der Konzerngesellschaften. Die STEAG GmbH verfügt über flexible Möglichkeiten zur Absicherung der Kapitalerfordernisse aus laufender Geschäftstätigkeit sowie aus Investitionen und Tilgungen von Finanzschulden.

Ein weiteres wesentliches Ziel des Finanzmanagements ist es, die Einhaltung der in Kreditverträgen der KSBG KG enthaltenen Kennzahlen sicherzustellen. Die KSBG KG hat zur Finanzierung eines Teils des Kaufpreises für die Anteile an der STEAG GmbH einen Kreditvertrag mit einem Bankenkonsortium geschlossen. Zu den wesentlichen Konditionen dieses Konsortialkreditvertrags gehört die Einhaltung von Finanzkennzahlen, die auf Basis des Konzern- bzw. des Einzelabschlusses der KSBG KG zu ermitteln sind. Auf Basis des Konzernabschlusses sind Vorgaben zum Nettoverschuldungsgrad als Verhältnis von Nettoverschuldung und adjustiertem EBITDA sowie zur Eigenkapitalquote einzuhalten. Darüber hinaus gibt der Kreditvertrag die Liquidität als einzuhaltende Kennzahl auf Basis des Einzelabschlusses der KSBG KG vor. Hierbei ist ein Bestand an Liquidität zum Stichtag vorzuhalten und nachzuweisen.

Finanzierungspolitik

Im Rahmen des Erwerbs von 51 Prozent der Anteile an der STEAG GmbH wurde der KSBG KG ein Konsortialkredit von einem Bankenkonsortium aus fünf deutschen Banken zur Verfügung gestellt. Dieser Konsortialkredit beinhaltet mehrere Fazilitäten mit Laufzeiten von bis zu fünf Jahren.

Innerhalb des Konzerns stellt die STEAG GmbH für die Gesellschaften des Konzerns die Finanzmittel zur Verfügung und übernimmt von den Konzern-Gesellschaften überschüssige Liquidität zu jeweils marktüblichen Bedingungen. In geringem Umfang nehmen Tochtergesellschaften des Konzerns auch selbst Fremdmittel im Bankenmarkt auf bzw. legen überschüssige Liquidität dort an. In diesen Fällen erfolgt die Mittelaufnahme unter Besicherung der STEAG GmbH. Die Projektgesellschaften haften mit ihren Cashflows und ihren Vermögenswerten, ein Rückgriff auf die STEAG GmbH ist nicht möglich (non-recourse). Die drei Kraftwerksgesellschaften im Ausland sind non-recourse projektfinanziert.

Das Cashpooling im Inland wird bei der STEAG GmbH geführt. Um ein Minimum externer Kreditaufnahmen zu erzielen, werden Liquiditätsüberschüsse in einem Cashpool auf Ebene der STEAG GmbH eingesetzt. Dadurch wird der Finanzbedarf in anderen Konzerngesellschaften gedeckt.

[3] Energieabsatz in $GWh_{ä}$ umfasst elektrische und thermische Energie, wobei die thermische in eine äquivalente elektrische Menge umgerechnet wurde.

Finanzierungsstruktur

Zum 31. Dezember 2012 standen den Finanzverbindlichkeiten von 2.079,5 Millionen € (Vorjahr: 2.185,6 Millionen €) flüssige Mittel in Höhe von 598,3 Millionen € (Vorjahr: 774,3 Millionen €) gegenüber.

Wesentlicher Bestandteil der langfristigen Finanzverbindlichkeiten sind die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, insbesondere für die KSBG KG, das Kraftwerk Walsum 10 und die Kraftwerksgesellschaften im Ausland.

Wesentlicher Bestandteil der finanziellen Vermögenswerte sind die Forderungen aus Finanzierungsleasing in Höhe von 1.400,3 Millionen € (Vorjahr: 1.549,6 Millionen €). Hiervon entfallen 217,6 Millionen € (Vorjahr: 226,7 Millionen €) auf kurzfristige Forderungen.

Zur Optimierung des Net Working Capitals wurden im Geschäftsjahr 2012 Kohlebestände im Rahmen eines Sale-and-buy-back-Vertrages an Banken veräußert. In der Berichtsperiode wurden Vorräte in Höhe von 5,7 Millionen € (Vorjahr: 29,1 Millionen €) veräußert. Aus diesen Sale-and-buy-back-Verträgen bestehen Rückkaufverpflichtungen in 2013, die zu Abrufen im Rahmen der betrieblich notwendigen Verbräuche führen werden.

Der Konzern verfügt über keine weiteren außerbilanziellen Finanzierungsinstrumente, die einen wesentlichen Einfluss auf die derzeitige und zukünftige Finanz- und Ertragslage, die Liquidität oder sonstige Bilanzposten haben.

Mit den Banken konnten Kreditvereinbarungen getroffen werden, die über die aktuellen Notwendigkeiten hinausgehen. Durch die positive Bonitätsbeurteilung der STEAG GmbH durch die Kreditinstitute wurden dem Konzern gute Konditionen eingeräumt.

Die KSBG hat den Erwerb von 51 Prozent der Anteile an der STEAG GmbH teilweise fremdfinanziert. In diesem Zusammenhang hat sie ein Akquisitionsdarlehen in Höhe von 200,0 Millionen € mit einer Laufzeit bis zum 17. Dezember 2013 nach Ziehung der Verlängerungsoption sowie ein Akquisitionsdarlehen in Höhe von 282,8 Millionen € mit einer Laufzeit bis zum 17. Dezember 2015 aufgenommen.

Für den Konzern ist die Liquidität gesichert.

Investitionen

KSBG verfolgt mit zielgerichteten Investitionsprojekten den Erhalt guter Wettbewerbspositionen und die Expansion in Geschäfte und Märkte, in denen Potenziale für nachhaltiges, profitables Wachstum und hohe Renditen gesehen werden. Jedes Projekt wird detaillierten strategischen und wirtschaftlichen Analysen unter Berücksichtigung von Sensitivitäten und Szenarien zur Abbildung wesentlicher Risiken unterzogen. Die Projekte müssen geschäftsspezifische und risikoadjustierte Mindestrenditeanforderungen erfüllen, die auch die Deckung konzernübergreifender Funktionskosten berücksichtigen.

Sach- und Finanzinvestitionen

in Millionen €	**2012**	**2011**	**Veränd.** in %
Kraftwirtschaft	**160,9**	102,3	57,3
Erneuerbare Energien und Dezentrale Anlagen	**92,6**	44,3	109,0
Erwerb STEAG-Gruppe	**0,0**	995,3	-100,0
Sonstige	**6,1**	2,5	144,0
KSBG-Konzern	**259,6**	1.144,4	-77,3

Die Investitionen betrugen insgesamt 259,6 Millionen € und übertrafen damit die Abschreibungen von 124,5 Millionen € deutlich. Die Sachinvestitionen wurden 2012 um 55,5 Prozent auf 190,5 Millionen € erhöht (Vorjahr: 122,5 Millionen €).

Mit 74,5 Prozent entfiel der größte Teil der Sachinvestitionen auf den Geschäftsbereich Kraftwirtschaft. Größtes Einzelprojekt war wie auch im Vorjahr die Errichtung des 790-MW-Steinkohlekraftwerks in Duisburg-Walsum. Weitere 24,9 Prozent der Sachinvestitionen entfielen auf den Geschäftsbereich Erneuerbare Energien und Dezentrale Anlagen. Regional lag der Schwerpunkt der Sachinvestitionen des KSBG-Konzerns mit einem Anteil von 76,7 Prozent in Deutschland.

Wesentliche Finanzinvestitionen stellen der Erwerb eines 26-prozentigen Anteils an dem 50 MW-Solarkraftwerk Arenales in Spanien und eine Minderheitsbeteiligung an dem Kraftwerksprojekt Visakhapatnam in Indien dar.

Cashflow

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit lag mit 334,9 Millionen € unter dem Vorjahreswert von 462,3 Millionen €. Dieser Rückgang ist im Wesentlichen bedingt durch die gegenüber dem Vorjahr geringeren operativen Ergebnisse des laufenden Geschäftsjahres.

Der Cashflow aus Investitionstätigkeit lag mit minus 233,1 Millionen € unter dem Vorjahreswert von minus 219,5 Millionen €.

Der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit liegt mit minus 277,0 Millionen € unter dem Vorjahreswert, was im Wesentlichen auf im Vorjahr vorgenommene Auszahlung des Darlehens zur Kaufpreisfinanzierung der STEAG GmbH, das durch die KSBG KG aufgenommen wurde, zurückzuführen ist.

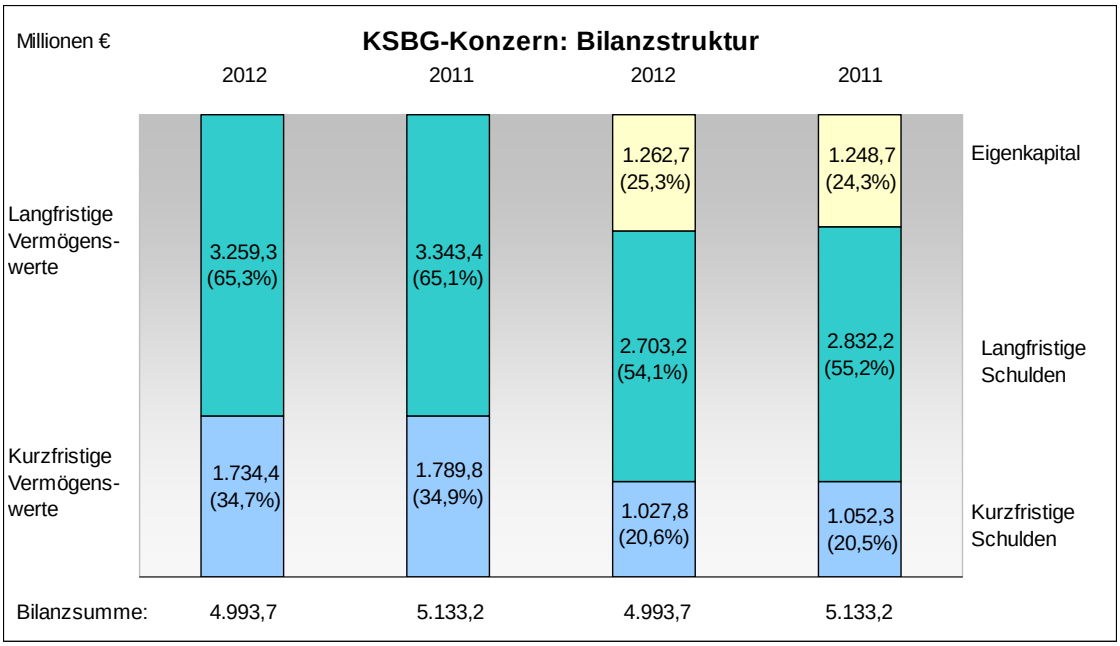
Kapitalflussrechnung KSBG-Konzern (Kurzfassung)

in Millionen €	2012	2011
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	334,9	462,3
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-233,1	-219,5
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-277,0	523,3
Einfluss von Wechselkurs- und sonstigen Wertänderungen auf die flüssigen Mittel	-0,8	8,2
Flüssige Mittel zum 31. Dezember	598,3	774,3

Vermögenslage

Bilanzstruktur

Die Bilanzsumme verringerte sich gegenüber dem 31. Dezember 2011 um 139,5 Millionen € auf 4.993,7 Millionen €. Die langfristigen Vermögenswerte sanken um 84,1 Millionen € auf 3.259,3 Millionen €. Während die Sachanlagen bedingt durch Sachinvestitionen in Höhe von 190,5 Millionen € und gegenläufigen planmäßigen Abschreibungen in Höhe von 105,1 Millionen € sowie Wertminderungen von 2,2 Millionen € stiegen, waren insbesondere die finanziellen Vermögenswerte mit 87,4 Millionen € und die sonstigen Forderungen mit 97,4 Millionen € rückläufig. Die finanziellen Vermögenswerte sind insbesondere aufgrund der Umgliederung des kurzfristigen Anteils der Forderungen aus dem Finanzierungsleasing in die kurzfristigen Vermögenswerte rückläufig. Der Rückgang der sonstigen Forderungen resultiert im Wesentlichen aus Zahlungen im Rahmen der Ausgleichsansprüche für das Neubauprojekt des Kraftwerks in Duisburg-Walsum. Die kurzfristigen Vermögenswerte lagen mit 1.734,4 Millionen € um 55,4 Millionen € unter dem Wert zum Geschäftsjahresende 2011. Der Anteil des langfristigen Vermögens am Gesamtvermögen betrug 65,3 Prozent. Die langfristigen Vermögenswerte sind zu 121,7 Prozent durch langfristiges Kapital gedeckt. Die kurzfristigen Vermögenswerte übersteigen das kurzfristige Fremdkapital um 68,7 Prozent.



Das Eigenkapital stieg um 14,0 Millionen € auf 1.262,7 Millionen €. Die Eigenkapitalquote erhöhte sich somit von 24,3 Prozent auf 25,3 Prozent. Das langfristige Fremdkapital verminderte sich um 129,0 Millionen € bzw. 4,6 Prozent. Hierbei steht einem Rückgang der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 180,0 Millionen € auf 908,1 Millionen € vor allem ein Anstieg der langfristigen Rückstellungen gegenüber. Die Pensionsrückstellungen stiegen um 15,5 Millionen € auf 633,1 Millionen €. Dies beruht insbesondere auf dem Anstieg der erdienten Anwartschaften. Der Anstieg der sonstigen langfristigen Rückstellungen um 36,5 Millionen € auf 225,7 Millionen € entfällt mit 13,3 Millionen € auf Personalrückstellungen. Das kurzfristige Fremdkapital liegt mit 1.027,8 Millionen € um 24,5 Millionen € unter dem Vorjahreswert.

Wirtschaftliche Entwicklung der KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG

Ertragslage

Gewinn- und Verlustrechnung KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG

in Millionen €	2012	2011
Umsatzerlöse	1,6	0,7
Sonstige betriebliche Erträge	0,1	-
Materialaufwand	-1,2	-0,5
Abschreibungen und Wertminderungen	-0,1	-0,1
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-2,8	-2,2
Beteiligungsergebnis	110,0	109,3
Finanzergebnis	-21,7	-17,2
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**85,9**	**90,0**
Steuern	-4,5	-6,3
Abzuführende Garantiedividende	-23,7	-11,9
Jahresüberschuss	**57,7**	**71,8**

Mit dem Verkauf von Wärmelieferungen aus den dezentralen Energieerzeugungsanlagen erzielte die Gesellschaft Umsatzerlöse in Höhe von 1,6 Millionen €. Diese Erlöse entfallen ausschließlich auf Kunden im Inland.

Der Betrieb der dezentralen Energieerzeugungsanlagen verursachte einen Materialeinsatz von 1,2 Millionen €, der im Wesentlichen auf den Heizöleinsatz zurückzuführen war. Die im normalen Umfang vorgenommenen Wartungsarbeiten beeinflussten den Materialaufwand nur geringfügig.

Unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen wurden im Wesentlichen Rechts- und Beratungskosten, Aufwendungen aus kaufmännischen- und technischen Dienstleistungsverträgen, sowie die von der KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft GmbH im Rahmen der Geschäftsführung entstandenen und weiterbelasteten Geschäftsführungsaufwendungen, ausgewiesen.

Aus dem mit der STEAG GmbH geschlossenen Gewinnabführungsvertrag erzielte die Gesellschaft Beteiligungserträge in Höhe von 110,0 Millionen €, die Gewerbesteuerumlagen von 6,8 Millionen € einschließen.

Das im Berichtszeitraum negative Finanzergebnis in Höhe von 21,7 Millionen € wurde wesentlich durch die bestehenden Konsortialkredite bestimmt. Den angefallenen Zinsaufwendungen und Provisionen in Höhe von 23,3 Millionen €, standen Zinserträge aus einem der STEAG GmbH gewährten Darlehen von 1,6 Millionen € gegenüber.

Die Steuern beinhalten für das Geschäftsjahr angefallene Gewerbesteuervoraus-zahlungen von 2,6 Millionen € und Gewerbesteuerrückstellungen in Höhe von 1,9 Millionen €.

Vermögenslage

Bilanzstruktur

Der Abschluss der KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG weist zum 31. Dezember 2012 eine Bilanzsumme von 779,7 Millionen € aus, die sich gegenüber dem Vorjahr um 43,1 Millionen € verringerte.

Bilanz KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG

Aktiva

in Millionen €	31.12.2012	31.12.2011
Sachanlagen	1,8	2,0
Finanzanlagen	588,6	635,5
Anlagevermögen	**590,4**	**637,5**
Vorräte	0,1	0,2
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	131,5	112,8
Flüssige Mittel	54,1	67,6
Umlaufvermögen	**185,7**	**180,6**
Rechnungsabgrenzungsposten	**3,5**	**4,6**
Summe Aktiva	**779,6**	**822,7**

Passiva

in Millionen €	31.12.2012	31.12.2011
Kapitalanteile	0,0	0,0
Rücklagen	240,3	192,8
Jahresüberschuss	57,6	71,9
Eigenkapital	**297,9**	**264,7**
Rückstellungen	**10,8**	**7,2**
Verbindlichkeiten	**470,9**	**550,8**
Summe Passiva	**779,6**	**822,7**

Die Veränderung im Anlagevermögen ist im Wesentlichen durch die in 2011 im Rahmen des 51-prozentigen Beteiligungserwerbs der STEAG GmbH von Evonik vereinbarte Freistellungsvereinbarung geprägt. Darin sind Investitionskostenüberschreitungen und entgangene Gewinne, die durch die verzögerte Inbetriebnahme des 790-MW-Steinkohlekraftwerks in Duisburg-Walsum entstehen, von Evonik zu tragen. Die Veränderung im Finanzanlagevermögen ist im Wesentlichen auf die damit verbundenen Zahlungen von Evonik zurückzuführen.

Das Finanzanlagevermögen in Höhe von 588,6 Millionen € betrifft ausschließlich die 51-prozentige Beteiligung an der STEAG GmbH. Das Sachanlagevermögen verminderte sich um vorgenommene nachträgliche Kaufpreisanpassungen auf die in 2011 erwobenen drei dezentralen Energieerzeugungsanlagen und aufgrund der planmäßigen Abschreibungen auf 1,8 Millionen €.

Die Erhöhung des Umlaufvermögens ist im Wesentlichen auf die Forderung aus anrechenbaren Ertragsteuern gegenüber Gesellschafter und dem Rückgang der flüssigen Mittel zurückzuführen. Die Übertragung der anrechenbaren Ertragsteuern auf die Gesellschafter erhöhte die Forderungen im Vergleich zum Vorjahr um 17,5 Millionen €. Gegenläufig reduzierte sich der Bestand an flüssigen Mitteln um 13,5 Millionen €. Der am 28. Juni 2011 mit der STEAG GmbH geschlossene Gewinnabführungsvertrag schlägt sich in den Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen mit 110,0 Millionen € nieder.

Der Rückgang des Rechnungsabgrenzungspostens ist auf die planmäßige lineare Auflösung der angefallenen Kreditnebenkosten zurückzuführen. Die Auflösung des Rechnungsabgrenzungspostens erfolgt linear über die Laufzeit der Kredite.

Das Eigenkapital erhöhte sich um 33,2 Millionen €. Durch Einzahlungen der Kommanditisten erhöhten sich die Rücklagen um 0,6 Millionen €. Der Jahresüberschuss 2011 wurde gemäß Gesellschafterbeschluss für den Ausgleich der Verlustkonten und Darlehenskonten mit 27,9 Millionen € verwendet, so dass die Kommanditisten eine Zahlung in Höhe von 25,0 Millionen € erhielten. Darüber hinaus wurden den Rücklagen 44,0 Millionen € gutgeschrieben. Der Bilanzgewinn 2012 mit 57,6 Millionen € verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr um 19,8 Prozent, während sich die Eigenkapitalquote um 6,0 Prozent auf 38,2 Prozent erhöhte.

Die ausgewiesenen Rückstellungen in Höhe von 10,8 Millionen € berücksichtigen im Wesentlichen mögliche Kaufpreisrisiken, die im Zusammenhang mit dem 51-prozentigen Beteiligungserwerb der STEAG GmbH stehen, Drohverlustrückstellungen für Zinsderivate und Steuerrückstellungen für die Geschäftsjahre 2011 und 2012.

Der Rückgang der Verbindlichkeiten um 79,8 Millionen € ist im Wesentlichen auf die Tilgungen des mit einem Bankenkonsortium am 17. Dezember 2010 geschlossenen und am 17. September 2012 geänderten Konsortialkredits zurückzuführen. Im Geschäftsjahr 2012 wurden 77,8 Millionen € getilgt. Zum Bilanzstichtag beträgt die Verbindlichkeit aus diesem Vertrag 418,0 Millionen €.

Die Tilgungen der Gesellschafterdarlehen in Höhe von 6,3 Millionen € und die Rückführung der Darlehensverbindlichkeit gegenüber der STEAG GmbH in Höhe von 20,0 Millionen € wurden durch den Anstieg der Verbindlichkeiten aus der Übertragung der anrechenbaren Ertragsteuern von der STEAG um 14,7 Millionen € und der um 11,9 Millionen € auf 23,7 Millionen € gestiegenen Verbindlichkeiten aus der an RBV zu zahlenden Garantiedividende kompensiert.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Mitarbeiter

Entwicklung der Mitarbeiterzahlen

Zum Jahresende 2012 waren im KSBG-Konzern 6.033 Mitarbeiter beschäftigt, hierbei betrug der Anteil der weiblichen Beschäftigten 12 Prozent. Das Durchschnittsalter der Mitarbeiter lag weltweit bei 43 Jahren. Knapp 37 Prozent der Beschäftigten waren außerhalb Deutschlands tätig. Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich die Zahl der Mitarbeiter hiermit um 267 Personen. Dieser Anstieg ist überwiegend auf den starken Personalaufbau in der Gesellschaft STEAG Energy Services (India) Pvt. Ltd. aufgrund der Ausweitung der Betriebsführungsaktivitäten für Kraftwerke zurückzuführen. Gegenläufig sind die Mitarbeiterzahlen in dem Geschäftsbereich Erneuerbare Energien und Dezentrale Anlagen sowie in der Verwaltung leicht zurückgegangen.

Mitarbeiter nach Geschäftsbereichen	31.12.2012	31.12.2011
Kraftwirtschaft	4.884	4.589
Erneuerbare Energien und Dezentrale Anlagen	783	804
Verwaltung	366	373
Konzern	**6.033**	**5.766**

Ausbildung

Zum Jahresende 2012 betrug die Ausbildungsquote im Konzern 6 Prozent. Für den Konzern handelt es sich beim Heranführen junger Menschen an die Berufsfähigkeit sowohl um eine Investition in die Zukunft des Konzerns als auch um die Übernahme sozialer Verantwortung. Im Laufe des Jahres wurden über 340 junge Menschen in knapp 20 verschiedenen Berufen im Konzern ausgebildet. Das große Interesse an KSBG als Ausbildungsbetrieb spiegelt sich in den weiterhin hohen Bewerberzahlen wider.

Personalentwicklung

Um die persönliche Entwicklung der Mitarbeiter zu unterstützen und zu fördern, wurde das im Jahr 2011 gestartete Programm „Netzwerk Potenzialträger“ fortgeführt.

Eine erste Gruppe hat das konzerninterne Entwicklungsprogramm „Energy-Development-Program“ (EDP) erfolgreich durchlaufen. Für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus verschiedenen Unternehmensbereichen des Konzerns geht es insbesondere um den Auf- und Ausbau von Kompetenzen und die Bildung von Netzwerken.

KSBG befindet sich in einem umfassenden Veränderungsprozess. Mit einem gezielten Veränderungsmanagementprozess wurden die Führungskräfte und Mitarbeiter begleitet.

Arbeits-, Gesundheits- und Umweltschutzmanagement

Mit fokussierten Arbeits- und Gesundheitsschutzmaßnahmen hat KSBG die Unfallereignisse weiter reduziert. Besonders hervorzuheben sind das Kraftwerk Mindanao auf den Philippinen, das seit sechs Jahren unfallfrei ist und das seit mehr als drei Jahren unfallfreie Raffinerie-Kraftwerk in Leuna. Die Unfallhäufigkeit ist um 11 Prozent von 5,5 auf 4,9 Unfälle pro 1 Million Arbeitsstunden gesunken.

Die Einführung der zertifizierten Arbeits- und Gesundheitsschutzmanagementsysteme gemäß OHSAS 18001:2007 im Inland seit 2008 hat zu einer Verbesserung in allen Bereichen beigetragen. So konnte 2012 die STEAG Energy Services GmbH durch die Berufsgenossenschaft zertifiziert werden. Die Standorte im Ausland haben ebenfalls einen vergleichbar hohen Standard im Arbeits- und Gesundheitsschutz und werden regelmäßig auditiert.

Die Führungskräfte und Mitarbeiter wurden regelmäßig im Arbeits- und Umweltschutz geschult, sensibilisiert und beraten. Insbesondere wurden Schulungen zum Umgang mit Partnerfirmen, Fahrsicherheitstrainings für Vielfahrer und Auszubildende und Seminare im Arbeits- und Umweltschutz durchgeführt.

Betriebliches Gesundheitsmanagement

Leistungsfähige und motivierte Mitarbeiter sind die notwendige Voraussetzung für künftigen Unternehmenserfolg. Das erfolgreiche und von Mitarbeitern, Führungskräften und Betriebsräten, aber auch extern anerkannte betriebliche Gesundheitsmanagement des Konzerns (sog. LIFE-Programm) wird als zentraler strategischer Baustein eines neuen betrieblichen Demografiemanagements weiter entwickelt.

Basis für die Weiterentwicklung des Systems sind im Wesentlichen die als Ergebnis einer Evaluation ermittelten gesundheitlichen Risiken. Hierzu werden gezielt Reha- und Therapiemaßnahmen entwickelt und umgesetzt. Ziel ist es, eine konzernspezifische Demografiestrategie zu entwickeln, das System LIFE qualitativ weiterzuentwickeln und gleichzeitig Krankenkassen in die Realisierung einzubeziehen.

Betriebliches Vorschlagswesen

Im Jahr 2012 wurde der Konzern vom Deutschen Institut für Betriebswirtschaft gleich zweimal ausgezeichnet. In der Sparte „Energie, Energieversorgung“ ging der erste Platz an das Ideenmanagement von STEAG Power Saar GmbH / STEAG New Energies GmbH. Den zweiten Platz erreichte das Vorschlagswesen der STEAG GmbH. Außerdem sind acht Auszubildende im Konzern mit dem ersten Platz in dem Wettbewerb „Beste Azubi-Idee Deutschlands“ vom Deutschen Institut für Ideen- und Innovationsmanagement GmbH ausgezeichnet worden.

Durch umgesetzte Verbesserungsvorschläge im Jahr 2012 erzielte KSBG insgesamt einen quantifizierbaren Jahresnutzen in Höhe von 5,7 Millionen €. Dafür wurden an die Mitarbeiter Prämien in Höhe von 0,8 Millionen € ausgezahlt.

Corporate Governance

Corporate Governance bedeutet rechtskonforme und verantwortungsvolle Unternehmensführung und -kontrolle. Sie stellt einen elementaren Bestandteil aller Geschäftsprozesse dar. Geschäftsführung und Aufsichtsrat der KSBG KG und ihrer Beteiligungs- und Tochterunternehmen orientieren sich bei ihrem Handeln am Deutschen Corporate Governance Kodex.

Die Regeln für den verantwortungsbewussten und fairen Umgang mit externen Geschäftspartnern sowie zwischen allen Mitarbeitern hat der Konzern in einem Verhaltenskodex (Code of Conduct) niedergelegt, der 2012 überarbeitet und an aktuellen rechtlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ausgerichtet wurde. Der für den Konzern geltende Verhaltenskodex bietet allen Mitarbeitern Orientierungshilfe, fördert rechtskonformes und verantwortungsbewusstes Handeln im beruflichen Alltag und spiegelt zugleich die Unternehmenskultur des Konzerns mit ihren Werten wider. Es ist die Pflicht jedes einzelnen Mitarbeiters, sich über die Inhalte des Verhaltenskodex zu informieren und diese praktisch umzusetzen. Die Konkretisierung dieser Grundsätze erfolgt durch interne Richtlinien sowie Managementsysteme und -instrumente. Die Überwachung und Beurteilung der Einhaltung der entsprechenden Vorgaben erfolgt durch regelmäßige Schulungen und Überprüfungen im Konzern.

Der Konzern ist Teilnehmer am UN Global Compact und unterstützt kontinuierlich die Einhaltung der 10 Prinzipien aus den Bereichen Menschenrechte, Arbeitsnormen, Umweltschutz und Korruptionsbekämpfung. Über diese Grundsätze setzt KSBG die Kernarbeitsnormen der ILO (International Labour Organisation) um und handelt gemäß den OECD-Leitsätzen für multinationale Unternehmen.

KSBG erwartet von seinen Geschäftspartnern rechtmäßiges und verantwortungsbewusstes Handeln sowie die Umsetzung der oben genannten international anerkannten Prinzipien. KSBG stellt durch den kontinuierlichen Aufbau einer nachhaltigen Lieferkette sicher, dass insbesondere die Lieferanten sich zu deren Einhaltung verpflichten und sich regelmäßigen Prüfungen und Befragungen unterziehen.

Der Fachbereich Compliance innerhalb des KSBG-Konzerns steht mit seiner Organisation allen Mitarbeitern sowie der Geschäftsführung bei der Einhaltung dieser Grundsätze mit Beratungen, z.B. bei Vertragsabschlüssen, sowie einem konzernweiten, flächendeckenden Schulungssystem zur Seite. Ferner wird eine zeitnahe Bewertung von Verdachtsmomenten und Verstößen vorgenommen, auf deren Basis die Geschäftsführung Entscheidungen treffen kann.

Nachtragsbericht

Seit Beginn des neuen Geschäftsjahres 2013 haben sich keine wesentlichen Änderungen der Unternehmenssituation und des Branchenumfeldes ergeben. Gleichwohl sind die Diskussionen zum Strommarktdesign in Deutschland sowie zu den Fördersystemen für erneuerbare Energien in Europa weiter fortgeschritten. Beide Themen können sich auf die Entwicklung der Geschäftsaktivitäten der KSBG auswirken.

Risikobericht

Risikostrategie

Im Rahmen seiner Geschäftstätigkeit ergeben sich für den Konzern kontinuierlich Chancen und Risiken. Das Risikomanagement ist ein zentraler Bestandteil der Unternehmenssteuerung und dient der gezielten Sicherung bestehender und künftiger Erfolgspotenziale sowie der Vermeidung, Vorbeugung bzw. Gegensteuerung und Minimierung von Risiken. Die frühzeitige Erkennung und Realisierung von Chancen kann den Unternehmenserfolg erhöhen.

Der Konzern ist aufgrund seiner Betätigungsfelder sich ständig ändernden politischen, gesellschaftlichen, demografischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ausgesetzt. Den Risiken, die sich daraus ableiten, wird entsprochen, indem das gesamte Umfeld beobachtet und analysiert wird und daraus Marktent-

wicklungen antizipiert werden. Die so gewonnenen Erkenntnisse werden genutzt, um das Portfolio konsequent entsprechend der Konzernstrategie weiterzuentwickeln.

Aufbau und Organisation des Risikomanagements

Es besteht ein konzernweites internes Risikomanagementsystem. Neben organisatorischen Sicherungsmaßnahmen und internen Kontrollsystemen unterstützt auch die Revision als prozessunabhängige Kontroll- und Beratungsinstanz das Risikomanagement.

Das Risikomanagementsystem ist gemäß der Organisationsstruktur des Konzerns dezentral aufgebaut. Die originäre Risikoverantwortung liegt bei den Bereichen, die für Früherkennung, Abschätzung der Auswirkungen, Erarbeitung und Umsetzung geeigneter Vorsorge- und Sicherungsmaßnahmen sowie die konzerninterne Kommunikation der Chancen und Risiken verantwortlich sind. Innerhalb dieser Organisationseinheiten koordinieren Risikobeauftragte die jeweiligen Risikomanagementaktivitäten. Für die KSBG KG, die STEAG GmbH und alle Tochtergesellschaften nimmt das Konzerncontrolling die Steuerungs- und Kontrollfunktionen für Abläufe und Systeme wahr. Es ist Ansprechpartner für alle Risikobeauftragten und zuständig für die Koordination, Information und Dokumentation auf Konzernebene. Gleichzeitig verantwortet es die methodische Weiterentwicklung des Risikomanagementsystems.

Risikomanagement ist auf allen Ebenen ein wesentliches Element der Controllingprozesse des Konzerns. Zu diesen zählen die strategische und operative Planung, die Vorbereitung von Investitionsentscheidungen sowie die Monatsberichterstattungen und Hochrechnungen und ab einem bestimmten Schwellenwert eine Risiko-Sofortberichterstattung. Die Organisationseinheiten führen einmal jährlich in Verbindung mit der Mittelfristplanung eine umfassende Inventur von Chancen und Risiken durch. Alle Sachverhalte werden systematisch erfasst, dokumentiert und hinsichtlich ihrer potenziellen Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit bewertet. Für bei der Inventur erkannte Chancen und Risiken müssen sämtliche Organisationseinheiten Sicherungsmaßnahmen benennen, deren Umsetzung verfolgt wird. Die Inventur, die Sachverhalte kurzfristig für ein Jahr sowie mittelfristig über einen Zeitraum von mindestens fünf Jahren betrachtet, wird ergänzt durch monatliche Chancen- und Risikoberichte, in denen Veränderungen bei den bereits identifizierten sowie neu aufgetretenen Sachverhalten, bezogen auf das laufende Jahr, erfasst werden.

Gesamtrisikosituation

Die identifizierten Risiken unter Berücksichtigung der ergriffenen bzw. geplanten Maßnahmen haben einzeln oder in Wechselwirkung miteinander keine bestandsgefährdenden Auswirkungen auf den Konzern.

Die Risiken unterteilen sich in strategische, operative, finanzwirtschaftliche und sonstige Risiken.

Strategische Risiken

Veränderungen der bestehenden rechtlichen Rahmenbedingungen können die geplanten Investitionen und die Ertragslage von KSBG signifikant beeinflussen. Die Geschäfte von KSBG sind einem dynamischen und starken Wettbewerb ausgesetzt, der die Mengen- und Preisrisiken verstärkt.

Aus heutiger Sicht wird das geänderte Marktumfeld in Deutschland zu einem wirtschaftlich begründeten Rückgang der inländischen Kraftwerkskapazitäten führen. Hierzu tragen insbesondere auch die nachfrageunabhängige Förderung und der Einspeisevorrang der erneuerbaren Energien bei. Durch den Einspeisevorrang werden nicht nur die systemstabilisierenden Kraftwerke verdrängt, sondern auch hocheffiziente KWK-Anlagen. Die Markt- und Systemintegration von erneuerbaren Energien wird verhindert. Ohne strukturelle Anpassungen der derzeitigen energiepolitischen Rahmenbedingungen wird KSBG mittelfristig die vorhandenen inländischen Kraftwerkskapazitäten verringern müssen und keine Investitionen in konventionelle Erzeugungsanlagen in Deutschland tätigen können, da das aktuelle Marktmodell hierfür keine Anreize bietet.

Durch Kapitalanlagegarantien der Bundesrepublik Deutschland sowie Kreditversicherungen der Exportkredite gewährenden Staaten wurden die politischen Risiken in den Schwellenländern, in denen Auslandskraftwerke betrieben werden, abgesichert. Hierdurch ist ein Verlust des Kapitalanteils weitgehend ausgeschlossen. Dank langjähriger Erfahrungen des Konzerns bestehen sehr gute Voraussetzungen, die technischen und wirtschaftlichen Risiken zu beherrschen.

Operative Risiken

Aufgrund der Langfristigkeit des Kraftwerksgeschäfts kommt dem vorbeugenden Risikomanagement besondere Bedeutung zu. Zentrale Elemente sind die sorgfältige Analyse der Markt- und Rahmenbedingungen, die Begrenzung von Risiken durch mittel- bis langfristige Verträge, die hohe Qualität der eingesetzten Technik und die Akzeptanz der Anlagen in ihrem Umfeld. Die Qualität der Kommunikation mit Kunden, Lieferanten und Nachbarn sowie der Betrieb der Anlagen nach höchsten Umweltstandards sind Grundlage des langfristigen Erfolgs.

Die Preisentwicklung an den Brennstoffmärkten und deren Auswirkungen auf die Strompreise sowie der veränderte Erzeugungsmix in Deutschland haben großen Einfluss auf das Ergebnis von KSBG. Bisher war das Geschäftsmodell der KSBG-Gesellschaften in Deutschland vor allem auf den Abschluss von langfristig angelegten Leistungsvorhaltungsverträgen ausgelegt. Ab 2013 steht ein wachsender Anteil an Kraftwerksleistung zur freien Vermarktung zur Verfügung. Auch die Struktur der Vertragspartner wird deutlich diversifizierter. Schon vor der Nichtverlängerung relevanter Verträge mit Großkunden über 2012 hinaus wurde aufgrund veränderter externer Rahmenbedingungen (zum Beispiel Entwicklung von Brennstoffpreisen für Kohle und Gas und sogenanntes Peak-Shaving durch die vorrangige Einspeisung von EEG-Anlagen und durch die Zunahme von Fotovoltaikanlagen) bereits 2010 damit begonnen, das Geschäftsmodell auf eine höhere Marktpreisabhängigkeit auszurichten. Der Konzern hat zu diesem Zweck die Strom-, Kohle- und CO_2-Aktivitäten in einem Bereich zusammengeführt. Neben dem Handel mit Importkohle und den Leistungsvorhaltungsverträgen wurde ein produkt- und kundendiversifiziertes Portfolio aufgebaut. Dieses wird im Rahmen eines ausgewogenen Chancen-/Risiko-Profils bewirtschaftet.

Hierfür wurden neue Regelwerke und Steuerungssysteme für den Umgang mit Marktpreis- und Kreditausfallrisiken entwickelt, damit die Kraftwerksleistung innerhalb klar definierter Wertgrenzen vermarktet werden kann.

Grundlage ist ein Risikorahmenkonzept, das im Geschäftsjahr 2011 genehmigt wurde. Die wesentlichen Risiken und damit die dafür benötigten Wertgrenzen beziehen sich auf nicht vermarktete Kraftwerksleistung von KSBG in Deutschland innerhalb eines bestimmten zukünftigen Zeitraums, der im Energiehandel derzeit bearbeitet werden kann. Das Risikorahmenkonzept legt vor diesem Hintergrund den Handlungsrahmen für die Geschäftsaktivitäten einschließlich der Kohlehandelsaktivitäten fest. Das potenzielle Risiko, das aus den Handelsaktivitäten entsteht, wird auf Basis von Value at Risk und Marked-to-Market-Kennzahlen überwacht und begrenzt. Das operative Risikocontrolling der Preisrisiken erfolgt im Back-Office des Handelsbereichs. Täglich werden alle Positionen, Marktwerte, Value at Risk und Limitbelastungen bewertet bzw. ermittelt.

Im Hinblick auf den bestehenden Kraftwerkspark des Konzerns in Deutschland stellt die abnehmende Förderung deutscher Steinkohle mit einem hohen Ballastgehalt eine Herausforderung hinsichtlich des alternativen Einsatzes von Importkohle dar, der sich KSBG durch verfahrens- und anlagentechnische Maßnahmen stellt.

Risiken für den Konzern ergeben sich auch aus dem regulatorischen Umfeld zum Betrieb der Kraftwerke. Die an den Kraftwerksbetrieb gestellten Umweltschutzanforderungen werden in vollem Umfang erfüllt. Weitere Risiken ergeben sich aus den energiepolitischen Rahmenbedingungen, die Einfluss auf den Geschäftserfolg von KSBG haben. Zu nennen sind hier insbesondere zukünftige regulatorische Maßnahmen zur weiteren CO_2-Reduzierung. Daher sind die Anstrengungen des Konzerns auf die Verringerung der spezifischen CO_2-Emissionen in den Kraftwerken durch Umsetzung weiterer Effizienzsteigerungen und innovative Technologien ausgerichtet. Hinzu kommt die Vollversteigerung von CO_2-Zertifikaten ab dem Jahr 2013 auch für neue Kraftwerke, die die Realisierung neuer fossil gefeuerter Kraftwerksanlagen in Deutschland zu wirtschaftlichen und wettbewerbskonformen Bedingungen erschweren wird.

Im Rahmen der Errichtung des Kraftwerks Walsum 10 wurden Maßnahmen zum Austausch von Kesselteilen notwendig, mit denen eine Verzögerung des Baufortschritts gegenüber der ursprünglichen Planung einhergeht. Hieraus können sich Mehrausgaben, verzögerte Ergebnisse durch die verspätete Inbetriebnahme sowie ein Zwischenfinanzierungsbedarf ergeben. Der Kaufvertrag für die Anteile an der STEAG GmbH regelt einen Anspruch der KSBG gegen die Verkäufer Evonik und RBV auf Erstattung der entstehenden Aufwendungen. Aus Sicht von KSBG ist die kommerzielle Inbetriebnahme derzeit im September 2013 geplant.

Investitionsentscheidungen bergen in ihrer Umsetzung aufgrund des hohen Kapitaleinsatzes und der langfristigen Kapitalbindung vielfältige und komplexe Risiken. Die Vorbereitung, Umsetzung und Nachkontrolle solcher Entscheidungen wird entlang festgelegter und differenzierter Zuständigkeitsregelungen und Genehmigungsprozesse durchgeführt. Preisrisiken aus Beschaffung und Weiterverkauf von Kohle, Frachten, CO_2–Zertifikaten und Strom werden erfasst und wirksame risikominimierende Maßnahmen werden festgelegt.

Finanzwirtschaftliche Risiken

Risiken aus Fremdwährung bestehen insbesondere bei der Beschaffung und Preisabsicherung des Brennstoffbedarfs. Sie werden mit geeigneten Finanzinstrumenten abgesichert.

Hinsichtlich der Risikoberichterstattung in Bezug auf die Verwendung von Finanzinstrumenten wird auf den Abschnitt im Anhang zum Konzernabschluss verwiesen.

Geplante Dividendenausschüttungen ausländischer Konzerngesellschaften außerhalb des Euroraums werden gegen Wechselkursschwankungen gesichert. Zusätzlich werden bei der Gesellschaft Compañía Eléctrica de Sochagota S.A.E.S.P. (CES) (Kolumbien) die auf kolumbianischen Peso basierten Kosten gegen Wechselkursschwankungen gegenüber dem US-Dollar abgesichert. Nicht gegen Wechselkursschwankungen gesichert werden hingegen Risiken, die sich bei der Umrechnung von Jahresabschlüssen ausländischer Tochtergesellschaften in Euro mit dem aktuellen Wechselkurs gegenüber dem budgetierten Wechselkurs ergeben (Translationsrisiken).

Im Zusammenhang mit dem mit einem Bankenkonsortium geschlossenen Kreditvertrag hat sich die KSBG KG zur Einhaltung bestimmter Kennzahlen, sogenannter Covenants, verpflichtet. Es besteht grundsätzlich das Risiko, dass die für diese Kennzahlen vorgegebenen Werte nicht eingehalten werden können. Gemäß Konsortialkreditvertrag stellt die Nichteinhaltung der Finanzkennzahlen einen Kündigungsgrund dar. Diesem Risiko wird durch das eingerichtete Finanzmanagement Rechnung getragen. Zu weiteren Erläuterungen wird auf den Abschnitt „Finanzlage – Finanzwirtschaftliches Risikomanagement“ verwiesen. Die Berichterstattung an die Banken erfolgt quartalsweise.

Sonstige Risiken

Die Geschäftstätigkeit des Konzerns birgt geschäftsübliche rechtliche Risiken aus Vertragsbeziehungen zu Kunden und Geschäftspartnern sowie technische Risiken aus dem Anlagenbetrieb, insbesondere von Großanlagen. Bei rechtlichen Auseinandersetzungen mit Vertragspartnern wurde in Abstimmung mit den Fachbereichen in angemessenem Umfang bilanzielle Risikovorsorge gebildet.

Chancenbericht

Im Rahmen des 5-Punkte-Programms des Konzerns wurden Projekte zur Kosteneinsparung, Optimierung von Prozessen und Strukturen, Verbreiterung der Vermarktung sowie zur Entwicklung neuer Geschäftsaktivitäten abgeschlossen. Die erfolgreiche und zügige Umsetzung der mit den Projekten verbundenen Maßnahmen kann zu einer Verbesserung des Ergebnisniveaus führen.

In den für den Konzern relevanten Märkten und Wachstumssegmenten gibt es gute Chancen, das Geschäft erfolgreich weiterzuentwickeln. In Deutschland hat KSBG eine sehr gute Positionierung im Bereich der erneuerbaren Energien, die weiter ausgebaut werden soll. Die internationale Ausrichtung macht es möglich, Marktchancen zu nutzen. Dabei zahlt sich aus, dass sich die Konzerngesellschaften schon in den vergangenen Jahren auf wachstumsstarke Märkte und attraktive Regionen fokussiert haben.

Wachstum in internationalen Fokusmärkten

In den Ländern, in denen der Konzern Projekte entwickelt, haben die Konzerngesellschaften oftmals langjährige Projekterfahrung gesammelt.

Der wachsende türkische Energiemarkt bietet auch zukünftig Potenzial für KSBG. So werden derzeit mehrere Windprojekte verfolgt, deren Errichtung 2014 begonnen werden kann. Darunter ist ein 60 MW-Windpark, der nicht weit von der bulgarischen Grenze entfernt ist. Insgesamt haben die verfolgten Projekte eine Kapazität von über 100 MW. Eine starke Unterstützung bei der Umsetzung dieser Projekte ist die 2011 von der STEAG Energy Services GmbH erworbene türkische Ingenieurgesellschaft Ensida, die auch über eine besondere Erfahrung im Bereich der elektrischen Netze verfügt.

Der Konzern ist seit rund zehn Jahren als Ingenieurdienstleister und Projektentwickler in Rumänien tätig. Im Bereich Windenergie entwickelt der Konzern mit dem Projekt Crucea Nord derzeit ein großes Windprojekt an der rumänischen Schwarzmeerküste. Der Windpark gehört zu einem Windparkkomplex mit insgesamt 600 MW,

wovon der Konzern über 100 MW entwickelt. Die Anlagen sollen 2014 in Betrieb gehen. Zudem wird der Erwerb eines in der Nähe befindlichen, bereits errichteten Windparks mit ebenfalls über 100 MW geprüft.

Auch der asiatisch-pazifische Raum bietet für KSBG viele Wachstumschancen. Insbesondere in Indien, wo der Konzern seit Jahren erfolgreich aktiv ist, gibt es sehr gute Möglichkeiten. Der indische Stromverbrauch wächst seit Jahren mit durchschnittlich 6 bis 8 Prozent; auch für die nächsten Jahre wird ein ähnliches Wachstum erwartet. Die indische Regierung plant zahlreiche fossile Kraftwerksprojekte. Hier kann der Konzern seine besondere Kompetenz bei Planung, Realisierung und Betrieb von Steinkohlekraftwerken einbringen. Weitere Chancen ergeben sich aus der Aktivität in Südostasien. Hier verfolgt der Konzern Projektansätze auf den Philippinen und in Indonesien.

In Lateinamerika verfügt der Konzern ebenfalls über langjährige Erfahrungen aus diversen Projekten. Derzeit wird insbesondere eine partnerschaftliche Entwicklung von Biomasse-Projekten in Brasilien vorangetrieben.

Kommunale Partnerschaften und erneuerbare Energien in Deutschland

KSBG unterstützt kommunale Partner mit Know-how im Bereich der Energieerzeugung. Konzerngesellschaften arbeitet bereits seit Jahrzehnten mit kommunalen Partnern erfolgreich zusammen, auch in gemeinsamen Gesellschaften oder im Auftrag von Zweckverbänden. Die kommunale Verbundenheit wird seit 2011 durch die Eigentümerstruktur vertieft. Die neue Anteilseignerstruktur bietet zum Beispiel Chancen, im Bereich der erneuerbaren Energien zu wachsen. In Deutschland wird mehr als die Hälfte des abgesetzten Stroms über Stadtwerke vertrieben, gleichzeitig haben sie nur wenige eigene Erzeugungsanlagen. Der Konzern bietet zum einen den Zugriff auf bestehende Erzeugungsanlagen an und plant zum anderen zusammen mit Stadtwerken Erzeugungsprojekte zu realisieren.

KSBG will die Chancen, die der Ausbau der erneuerbaren Energien in Europa bietet, nutzen. So verfolgt der Konzern u. a. Onshore-Windprojekte in Rumänien, Polen, Frankreich und Deutschland. Hier profitiert der Konzern von der Erfahrung als langjähriger Projektentwickler insbesondere hinsichtlich Know-how für Genehmigung, die erforderlichen Verträge einschließlich der Finanzierung und Projektrealisierung.

Prognosebericht

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Die Bundesbank erwartet für das Jahr 2013 (2014) einen Anstieg des deutschen Bruttoinlandsprodukts von lediglich 0,4 Prozent (1,9 Prozent) und damit eine Fortsetzung der abgeschwächten wirtschaftlichen Entwicklung, die gegen Ende des Jahres 2011 eingesetzt hat. Die Bundesregierung geht aktuell von einem Wirtschaftswachstum für 2013 von 1,0 Prozent aus. Für das Jahr 2014 werden gemäß Herbstgutachten 1,4 Prozent erwartet. Wesentlich für die geringen Wirtschaftsaussichten im Jahr 2013 ist ein Rückgang der Wirtschaftsleistung im Winterhalbjahr 2012/2013, welches sich auf das Gesamtjahr auswirken wird. Der Ausblick ist in hohem Maße von Unsicherheit geprägt. Insbesondere die konjunkturelle Erholung der globalen Weltwirtschaft (schneller oder langsamer als erwartet) sowie die Entwicklungen im Euroraum werden die deutsche Konjunktur beeinflussen.

Es wird davon ausgegangen, dass auch die Weltwirtschaft im Winterhalbjahr 2012/2013 eine Schwächephase hat und sich das Wachstum erst danach wieder langsam beschleunigt. Auch hier hängt die Entwicklung stark von der Eindämmung der europäischen Schuldenkrise ab sowie von der wirtschaftlichen Entwicklung in den USA. Ein Anziehen der Weltkonjunktur wird durch die wirtschaftliche Dynamik in Schwellenländern wie Indien und China unterstützt, in denen sich geplante oder bereits in Angriff genommene Konjunkturmaßnahmen positiv auswirken. Für 2013 wird ein Wirtschaftswachstum von 3,3 Prozent und für 2014 von rund 4 Prozent erwartet.

Energiewirtschaftliche Entwicklung

Der weiterhin schnelle Ausbau der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien wird zu einem weiteren Rückgang der konventionellen Stromerzeugung in Deutschland führen und spürbaren Einfluss auf die Strompreise nehmen. Analysten und Händler gehen bis 2017 von einer fallenden Tendenz der Börsenstrompreise aus. Gleichzeitig werden höhere Konsumentenpreise aufgrund der ergänzend zum Börsenpreis zu berücksichtigenden Kosten für Vertrieb, Netzausbau, Steuern und Abgaben erwartet. Aufgrund der Ziele der Bundesregierung, den Primärenergieverbrauch bis 2020 um 10 Prozent im Vergleich zu 2008 zu senken und die

Energieeffizienz zu erhöhen, sowie der weiterhin gedämpften Konjunkturaussichten wird damit gerechnet, dass auch der Stromverbrauch in den kommenden Jahren in Deutschland stagniert oder leicht sinken wird.

Strategische und operative Herausforderungen

In den nächsten Jahren ist KSBG mit besonderen Herausforderungen konfrontiert. Durch die energiepolitische Neuausrichtung in Deutschland haben sich die Rahmenbedingungen für Kraftwerksbetreiber substantiell geändert. Die Vorrangbehandlung der erneuerbaren Energien setzen die Betreiber von fossilen Kraftwerken unter Ergebnisdruck. Infolge der veränderten Beschäftigung von Steinkohlekraftwerken in Deutschland optimiert der Konzern die Kosten- und Erlösstruktur ihrer eigenen Kraftwerke. Darüber hinaus werden die Verwaltungsstrukturen und -prozesse überprüft und, wo notwendig, angepasst. In den kommenden Jahren sollen durch diese Maßnahmen erhebliche Einsparungen erreicht werden. KSBG stellt sich zudem auf die steigenden Anforderungen bei der Vermarktung von Kraftwerkskapazitäten und Strommengen ein. Diesbezüglich ergreift KSBG Maßnahmen, um auf Marktveränderungen flexibel reagieren zu können. Hierzu zählen sowohl die Erweiterung des Dienstleistungsportfolios als auch die Optimierung der Einsatzzeiten in Form eines saisonalen Betriebs von Kraftwerksblöcken und der aus heutiger Sicht erforderliche Auslaufbetrieb von Kraftwerken. KSBG behält sich bis zum letztmöglichen Zeitpunkt die Entscheidung über Stilllegungen von Kraftwerksblöcken vor. Die Erzeugung von Strom und Wärme in Deutschland ist für KSBG wesentlich. Daher wird KSBG alle Möglichkeiten nutzen, um einen wirtschaftlichen Betrieb der vorhandenen Kraftwerkskapazitäten zu ermöglichen.

Der Konzern ist bereits etablierter Marktpartner im In- und Ausland als Betriebsführer von Kraftwerksanlagen für Dritte. Außerdem stellen KSBG-Gesellschaften für Dritte erfolgreich Bedienpersonal unterschiedlichster Qualifikation im Kraftwerksbereich und in kraftwerksnahen Branchen zur Verfügung. Zur Erweiterung des Dienstleistungsportfolios wird mit der Errichtung der STEAG Technischer Service GmbH eine Bündelung des inländischen Know-hows im Bereich Serviceleistungen mit den Schwerpunkten Instandhaltung von Kraftwerken sowie Dienstleistungen für elektrische Netze vorgenommen. Das über Jahrzehnte gewachsene, vorhandene Know-how wird in der Gesellschaft weiterentwickelt und zunehmend an Drittkunden vermarktet.

Die erfolgreiche Inbetriebnahme des Kraftwerks Walsum 10 bleibt ein bedeutender Meilenstein. Nach dem durchgeführten Austausch von Kesselteilen wird die Aufnahme des kommerziellen Betriebs für September 2013 erwartet.

Bei der strategischen Ausrichtung für den Konzern wird ein Schwerpunkt des geplanten Wachstums im Bereich der erneuerbaren Energien liegen und zu einer stärkeren Diversifikation des Erzeugungsportfolios im Konzern beitragen. Dies soll sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene erfolgen. Zur Umsetzung der Wachstumsstrategie wird vom Konzern insbesondere die Realisierung von Windprojekten verfolgt. Dabei werden vollständige Eigenentwicklungen und Minderheitsbeteiligungen realisiert. Zudem sollen die bestehenden Geschäftsaktivitäten in den Bereichen Biogas, Geothermie und Biomasse insbesondere in Deutschland ausgebaut werden.

Die strategische Ausrichtung sowie die mögliche Nutzung von Synergien zwischen KSBG und dem neuen Mehrheitsgesellschafter bietet die Chance eines verbesserten Marktauftritts. Auch in den Aktivitäten Fernwärme und Energy Services erwarten wir positive Impulse aus dieser Zusammenarbeit.

Operatives Ergebnis

Für das Geschäftsjahr 2013 wird für den Konzern ein Umsatz von 2,7 Milliarden € erwartet, der in etwa auf Vorjahresniveau liegt. Die operative Ergebnisgröße EBIT[4] für 2013 wird unter dem Wert für 2012 erwartet. Die rückläufigen Erträge aus dem Finanzierungsleasing der ausländischen Kraftwerke können durch Ergebniszuwachs im Geschäftsbereich Erneuerbare Energien und Dezentrale Anlagen sowie die Inbetriebnahme des Kraftwerkes Walsum 10 voraussichtlich nicht vollständig kompensiert werden.

Die künftige Entwicklung des Konzerns wird im Wesentlichen durch die geplanten Investitionen geprägt. Für das Jahr 2013 sind Investitionen von knapp 660 Millionen € vorgesehen. Schwerpunkt der Investitionstätigkeit ist der Ausbau des Neugeschäftes. Für die Fertigstellung von Walsum 10 sowie für weitere Neubauprojekte sind Investitionen in Höhe von 555 Millionen € vorgesehen. Im Bestandsgeschäft soll mit gezielten Maßnahmen an den Kraftwerksstandorten die Effizienz im Anlagenbetrieb gesteigert werden.

[4] Gemeint ist das Ergebnis vor Finanzergebnis und Ertragsteuern bereinigt um Sondereinflüsse. Zur Herleitung wird auf den Abschnitt „Ertragslage“ verwiesen.

Für 2014 wird beim Umsatz eine Verbesserung gegenüber den Vorjahren erwartet. Positiv wirkt sich die Inbetriebnahme des Kraftwerks Walsum 10 aus. Gemeinsam mit weiteren Neubauprojekten auf Basis erneuerbarer Energien tragen neue Ertragsquellen positiv zum Konzernergebnis bei. Die geplanten Investitionen sind mit rund 330 Millionen € weiterhin auf einem hohen Niveau und mit knapp 80 Prozent für weitere Neubauprojekte vorgesehen.

Gesamtaussage zur voraussichtlichen Entwicklung

KSBG geht davon aus, dass die sich aus der strategischen Ausrichtung ergebenden Chancen und insbesondere die geplanten Investitionen in Wachstumsfelder zukünftig dazu beitragen werden, dass KSBG auch in Zukunft ihre gute Position im Energiemarkt halten und in wichtigen Segmenten ausbauen wird.

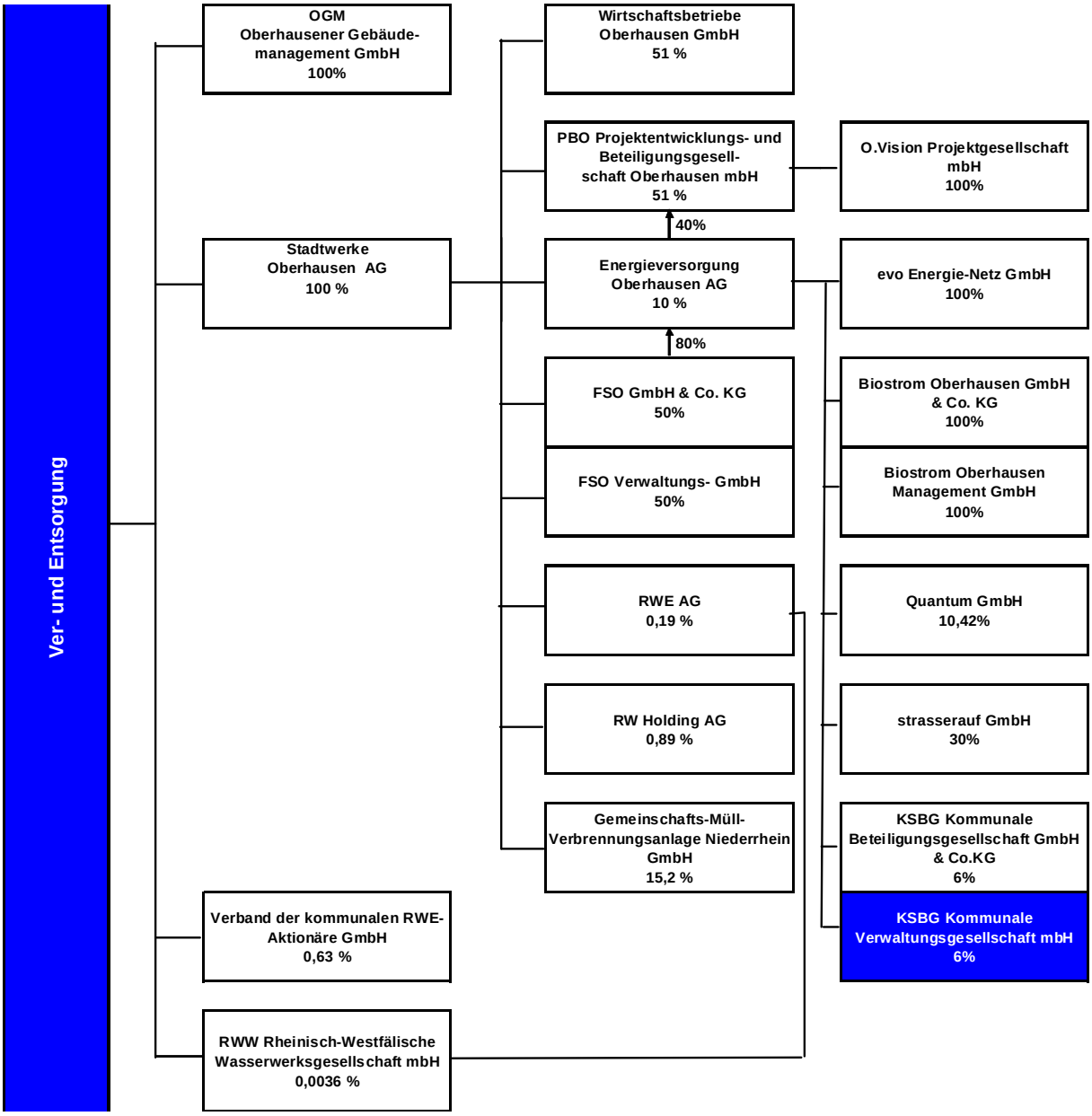
Essen, den 18. März 2013

KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG
Die Geschäftsführung

Wilmert
(Vorsitzender)

Bückemeyer

Dieser Bericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen, die auf den gegenwärtigen Erwartungen, Vermutungen und Prognosen der Geschäftsführung sowie den ihr derzeit verfügbaren Informationen beruhen. Die zukunftsgerichteten Aussagen sind nicht als Garantien der darin genannten zukünftigen Entwicklungen und Ergebnisse zu verstehen. Die zukünftigen Entwicklungen und Ergebnisse sind vielmehr abhängig von einer Vielzahl von Faktoren. Sie beinhalten verschiedene Risiken und Unwägbarkeiten und beruhen auf Annahmen, die sich möglicherweise als nicht zutreffend erweisen.


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100%
Stadtwerke
Oberhausen AG
100 %
Verband der kommunalen RWE-
Aktionäre GmbH
0,63 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0036 %
Wirtschaftsbetriebe
Oberhausen GmbH
51 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesell-
schaft Oberhausen mbH
51 %
40%
Energieversorgung
Oberhausen AG
10 %
80%
FSO GmbH & Co. KG
50%
FSO Verwaltungs- GmbH
50%
RWE AG
0,19 %
RW Holding AG
0,89 %
Gemeinschafts-Müll-
Verbrennungsanlage Niederrhein
GmbH
15,2 %
O.Vision Projektgesellschaft
mbH
100%
evo Energie-Netz GmbH
100%
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100%
Biostrom Oberhausen
Management GmbH
100%
Quantum GmbH
10,42%
strasserauf GmbH
30%
KSBG Kommunale
Beteiligungsgesellschaft GmbH
& Co.KG
6%
KSBG Kommunale
Verwaltungsgesellschaft mbH
6%

KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Rüttenscheider Straße 27-37
45128 Essen

Kontakt:

Telefon	0208/8350
Fax	0208/835 2620
e-Mail	service@evo-energie.de
Internet	-

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 100,00

Gesellschafter:

	T€	%
Dortmunder Energie- und Wasserversorgungs-GmbH	18,00	18,00
Dortmunder Stadtwerke AG	18,00	18,00
evo Energieversorgung Oberhausen AG	6,00	6,00
Stadtwerke Bochum GmbH	18,00	18,00
Stadtwerke Dinslaken GmbH	6,00	6,00
Stadtwerke Duisburg AG	19,00	19,00
Stadtwerke Essen AG	15,00	15,00

Gegenstand des Unternehmens:

Die Übernahme der Stellung als persönlich haftende Gesellschafterin und die Übernahme der Geschäftsführung der KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2012)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Pehlke, Guntram
	Geschäftsführer	Wilmert, Bernhard
	Geschäftsführer	Bückemeyer, Dietmar (i.R.)
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Bevollmächtige/r der Gesellschafter

Aufsichtsrat:	Vorsitzende	Dr. Scholz, Ottilie
	1. stellv. Vorsitzender	Sikorski, Ralf
	2. stellv. Vorsitzende	Prof. Dr. Knorre, Susanne
	Mitglied gem. § 113 GO	Wehling, Klaus
	Mitglied	Britz, Franz-Josef
	Mitglied	Dr. Bartels, Ralf
	Mitglied	Dreckmann, Johannes
	Mitglied	Dr. Heidinger, Michael
	Mitglied	Dr. Janning, Hermann
	Mitglied	Dr. Nies, Susanne
	Mitglied	Jung, Andreas
	Mitglied	Loick, Wilhelm
	Mitglied	Melis, Ralf
	Mitglied	Monegel, Ulrich
	Mitglied	Muth, Heiner
	Mitglied	Prasch, Axel
	Mitglied	Rohde, Horst
	Mitglied	Sierau, Ulrich
	Mitglied	Süpke, Sabine
	Mitglied	Woll, Klaus Dieter
Prokura:		Albert, Uwe
		Felwor, Peter
		Jacoby, Jörg
		Schröder, Carsten
		Seifert, Eckhard
Präsidium:	Mitglied gem. § 113 GO	Wehling, Klaus
	Mitglied	Dr. Bartels, Ralf
	Mitglied	Dr. Scholz, Ottilie
	Mitglied	Prof. Dr. Knorre, Susanne
	Mitglied	Rohde, Horst
	Mitglied	Sikorski, Ralf

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2010		2011		2012		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Umlaufvermögen	106,65	100,0	145,73	100,0	387,05	100,0	241,32	165,59
Bilanzsumme	**106,65**	**100,00**	**145,73**	**100,00**	**387,05**	**100,00**	**241,32**	**165,59**
Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	103,30	96,9	103,79	71,2	107,96	27,9	4,17	4,02
Rückstellungen	0,62	0,6	15,18	10,4	16,01	4,1	0,83	5,47
Verbindlichkeiten	2,73	2,6	26,76	18,4	263,08	68,0	236,32	883,11
Bilanzsumme	**106,65**	**100,00**	**145,73**	**100,00**	**387,05**	**100,00**	**241,32**	**165,59**

bb) GuV

	2010	2011	2012
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	5,00	276,74	634,83
Personalaufwand		182,03	439,72
sonstige betriebliche Aufwendungen	1,08	89,71	189,99
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		0,00	0,01
Zinsen und ähnliche Aufwendungen		0,00	
Ergebnis der gewöhnlichen Geschaftstätigkeit	3,92	5,00	5,14
außerordentliches Ergebnis			0,00
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,62	4,51	0,82
sonstige Steuern			0,14
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	3,30	0,49	4,18
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	3,30	0,49	4,18

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

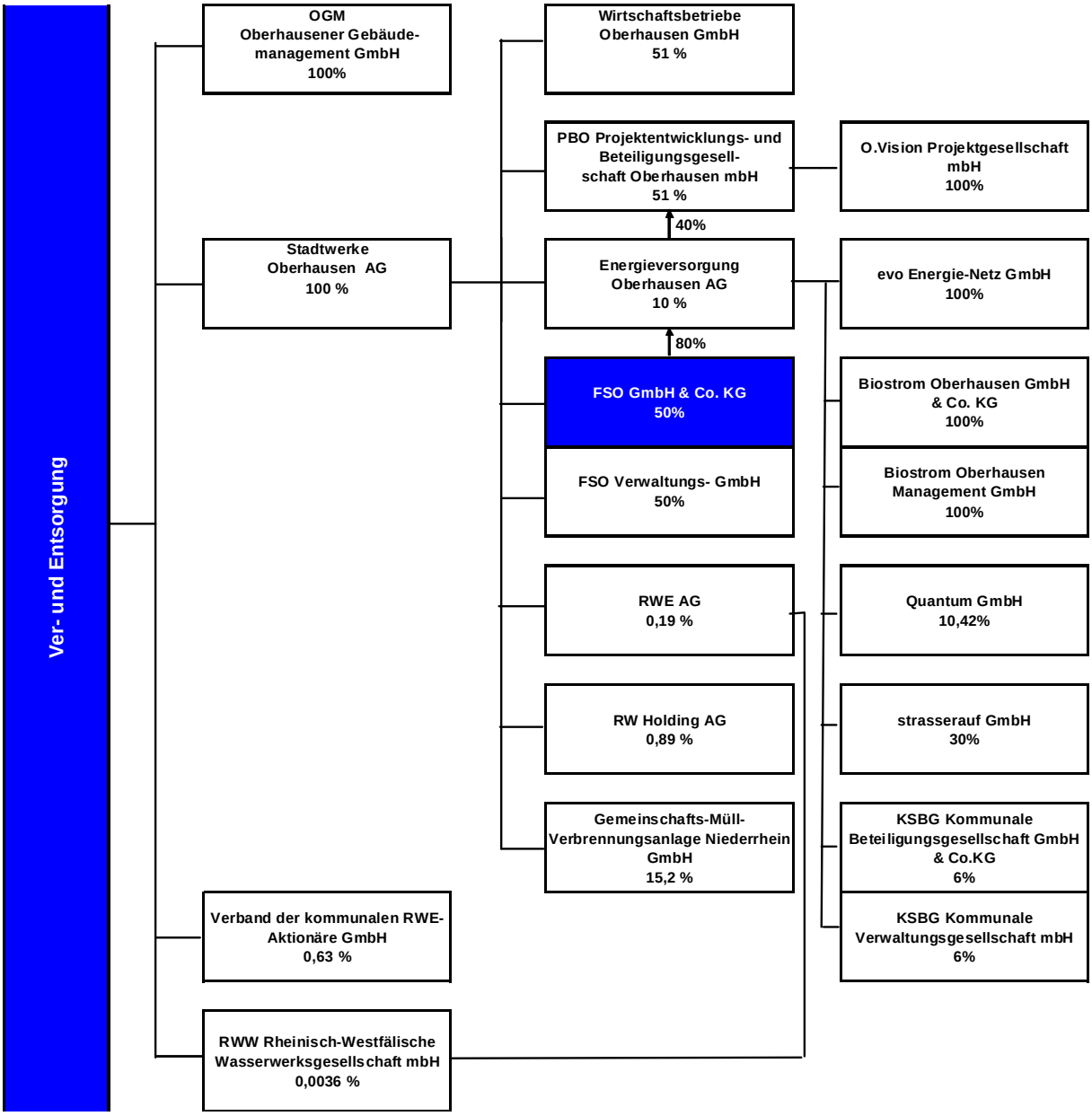
	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2012	Angaben in
Umsatzrentabilität:	66,01	0,18	0,66	%
Eigenkapitalrentabilität:	3,30	0,47	4,02	%
Cash-Flow:	3,30	0,49	4,18	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:		65,78	69,26	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2012	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	96,86	71,22	27,89	%
Fremdkapitalquote:	3,14	28,78	72,11	%

e) Lagebericht

(vgl. Lagebericht der KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG (S. 128)


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100%
Stadtwerke
Oberhausen AG
100 %
Verband der kommunalen RWE-
Aktionäre GmbH
0,63 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0036 %
Wirtschaftsbetriebe
Oberhausen GmbH
51 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesell-
schaft Oberhausen mbH
51 %
40%
Energieversorgung
Oberhausen AG
10 %
80%
FSO GmbH & Co. KG
50%
FSO Verwaltungs- GmbH
50%
RWE AG
0,19 %
RW Holding AG
0,89 %
Gemeinschafts-Müll-
Verbrennungsanlage Niederrhein
GmbH
15,2 %
O.Vision Projektgesellschaft
mbH
100%
evo Energie-Netz GmbH
100%
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100%
Biostrom Oberhausen
Management GmbH
100%
Quantum GmbH
10,42%
strasserauf GmbH
30%
KSBG Kommunale
Beteiligungsgesellschaft GmbH
& Co.KG
6%
KSBG Kommunale
Verwaltungsgesellschaft mbH
6%

FSO GmbH & Co.KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Danziger Str. 31
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/ 8350
Fax	0208/ 835 2620
e-Mail	service@evo-energie.de
Internet	-

Rechtsform: GmbH & Co. KG

Stammkapital in T€: 30,00

Gesellschafter:

	T€	%
RWE Deutschland AG	15,00	50,00
STOAG Stadtwerke Oberhausen AG	15,00	50,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens sind

-das Erbringen von Dienstleistungen für die Energieversorgung Oberhausen AG, insbesondere die Pflege, Wartung und Reparatur des Wagenparks sowie die Reinigung des Werksgeländes
-das Halten einer Beteiligung an der Energieversorgung Oberhausen AG mit Sitz in Oberhausen und deren Verwaltung.

Darüber hinaus ist die Gesellschaft zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2012)

Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:

Geschäftsführung der FSO Verwaltungs- GmbH

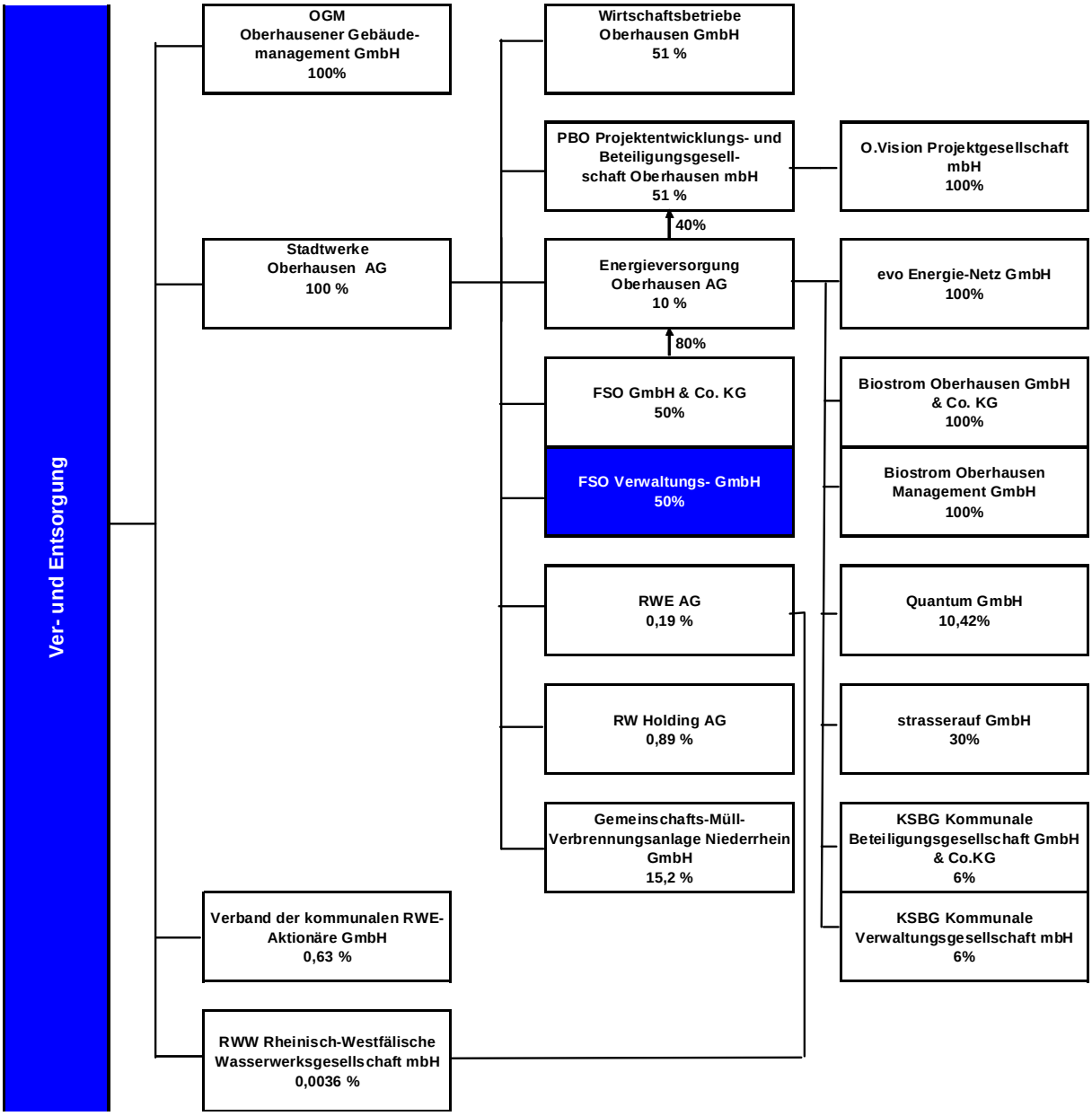
Bevollmächtigte/r der STOAG

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
evo Energieversorgung Oberhausen AG	20.800,00	80,00
mittelbar	**T€**	**%**
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG	800,00	80,00
Biostrom Oberhausen Management GmbH	20,00	80,00
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	10,00	3,30
evo Energie-Netz GmbH	24,00	80,00
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG	0,05	4,80
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH	4,80	4,80
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH	8,00	32,00
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	81,81	32,00
Projektgesellschaft FIBE S.p.A., Neapel/Italien		0,01
Quantum GmbH	66,00	8,33
strasserauf GmbH	6,00	24,00

e) Lagebericht

Ein Lagebericht wird nicht erstellt.


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100%
Stadtwerke
Oberhausen AG
100 %
Verband der kommunalen RWE-
Aktionäre GmbH
0,63 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0036 %
Wirtschaftsbetriebe
Oberhausen GmbH
51 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesell-
schaft Oberhausen mbH
51 %
40%
Energieversorgung
Oberhausen AG
10 %
80%
FSO GmbH & Co. KG
50%
FSO Verwaltungs- GmbH
50%
RWE AG
0,19 %
RW Holding AG
0,89 %
Gemeinschafts-Müll-
Verbrennungsanlage Niederrhein
GmbH
15,2 %
O.Vision Projektgesellschaft
mbH
100%
evo Energie-Netz GmbH
100%
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100%
Biostrom Oberhausen
Management GmbH
100%
Quantum GmbH
10,42%
strasserauf GmbH
30%
KSBG Kommunale
Beteiligungsgesellschaft GmbH
& Co.KG
6%
KSBG Kommunale
Verwaltungsgesellschaft mbH
6%

FSO Verwaltungs- GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift:	Danziger Str. 31 46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/ 8350
Fax	0208/ 835 2620
e-Mail	service@evo-energie.de
Internet	-

Rechtsform:	GmbH
Stammkapital in T€:	30,00

Gesellschafter:	**T€**	**%**
RWE Deutschland AG	15,00	50,00
STOAG Stadtwerke Oberhausen AG	15,00	50,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung als persönlich haftende, geschäftsführende Gesellschafterin an der FSO GmbH & Co. KG.

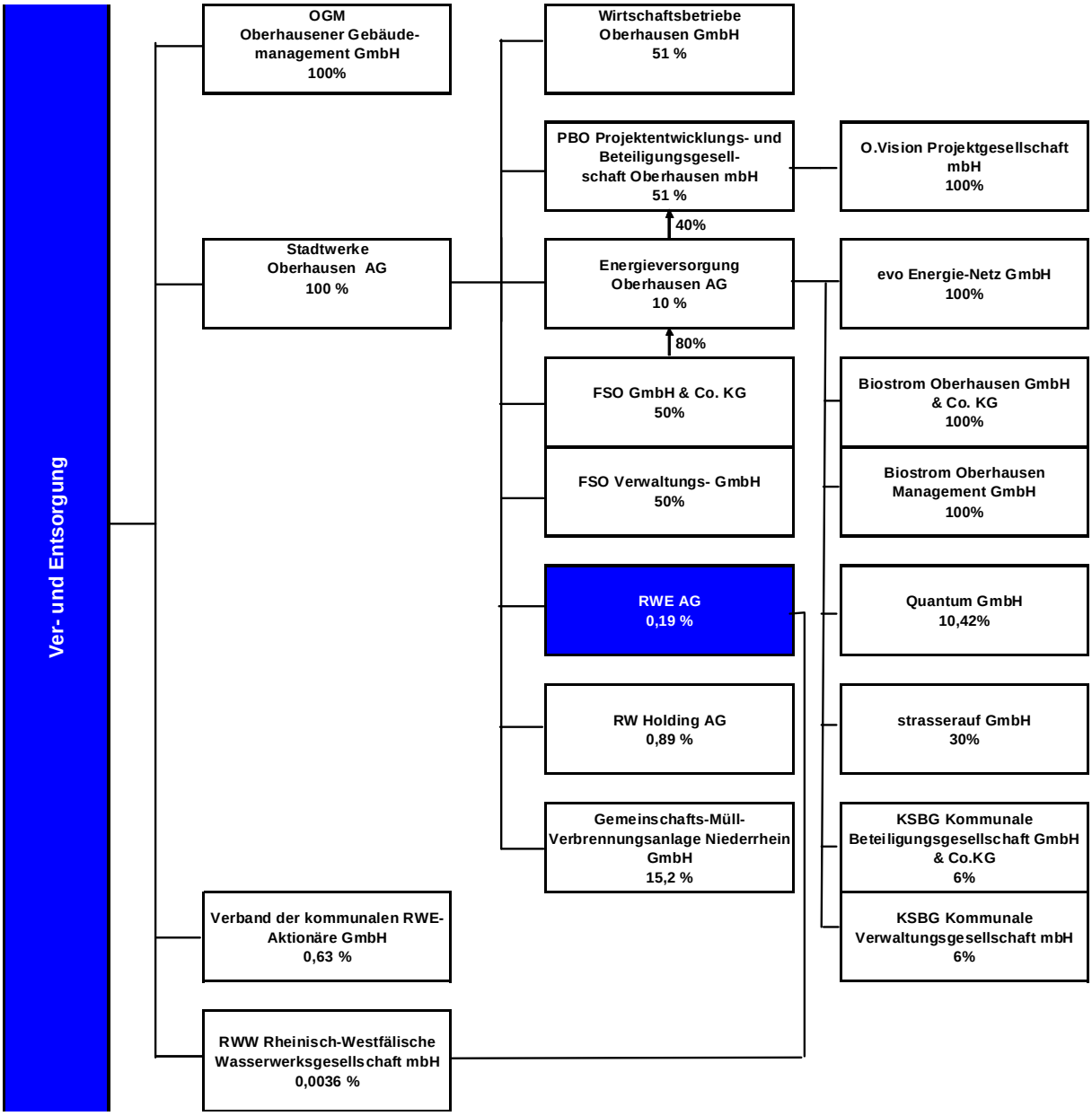
Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2012)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Gieske, Hartmut Homberg, Bernd
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Bevollmächtigte/r der STOAG
Prokura:		Slomma, Claudia Seifert, Eckhard

e) Lagebericht

Ein Lagebericht wird nicht erstellt.


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100%
Stadtwerke
Oberhausen AG
100 %
Verband der kommunalen RWE-
Aktionäre GmbH
0,63 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0036 %
Wirtschaftsbetriebe
Oberhausen GmbH
51 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesell-
schaft Oberhausen mbH
51 %
40%
Energieversorgung
Oberhausen AG
10 %
80%
FSO GmbH & Co. KG
50%
FSO Verwaltungs- GmbH
50%
RWE AG
0,19 %
RW Holding AG
0,89 %
Gemeinschafts-Müll-
Verbrennungsanlage Niederrhein
GmbH
15,2 %
O.Vision Projektgesellschaft
mbH
100%
evo Energie-Netz GmbH
100%
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100%
Biostrom Oberhausen
Management GmbH
100%
Quantum GmbH
10,42%
strasserauf GmbH
30%
KSBG Kommunale
Beteiligungsgesellschaft GmbH
& Co.KG
6%
KSBG Kommunale
Verwaltungsgesellschaft mbH
6%

RWE Aktiengesellschaft

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Opernplatz 1
45128 Essen

Kontakt:

Telefon	0201/ 1200
Fax	0201/ 1215199
e-Mail	-
Internet	http://www.rwe.de/

Rechtsform: AG

Stammkapital in T€: 1.573.748,48

Gesellschafter:	**T€**	**%**
STOAG Stadtwerke Oberhausen AG	3.012,68	0,19

Gegenstand des Unternehmens:

Die Gesellschaft leitet eine Gruppe von Unternehmen, die insbesondere auf folgenden Geschäftsfeldern tätig sind:

-Erzeugung und Beschaffung von Energie, einschließlich erneuerbarer Energien,

-Gewinnung, Beschaffung und Verarbeitung von Bodenschätzen und anderen Rohstoffen,

-Versorgung und Handel mit Energie,

-Errichtung, Betrieb und Nutzung von Transportsystemen für Energie,

-Versorgung mit Wasser und Behandlung von Abwasser,

-Erbringung von Dienstleistungen auf den vorgenannten Gebieten, einschließlich Energieeffizienzdienstleistungen.

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte vorzunehmen, die mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen oder ihm unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind. Sie kann auf den in Absatz 1 bezeichneten Geschäftsfeldern auch selbst tätig werden.

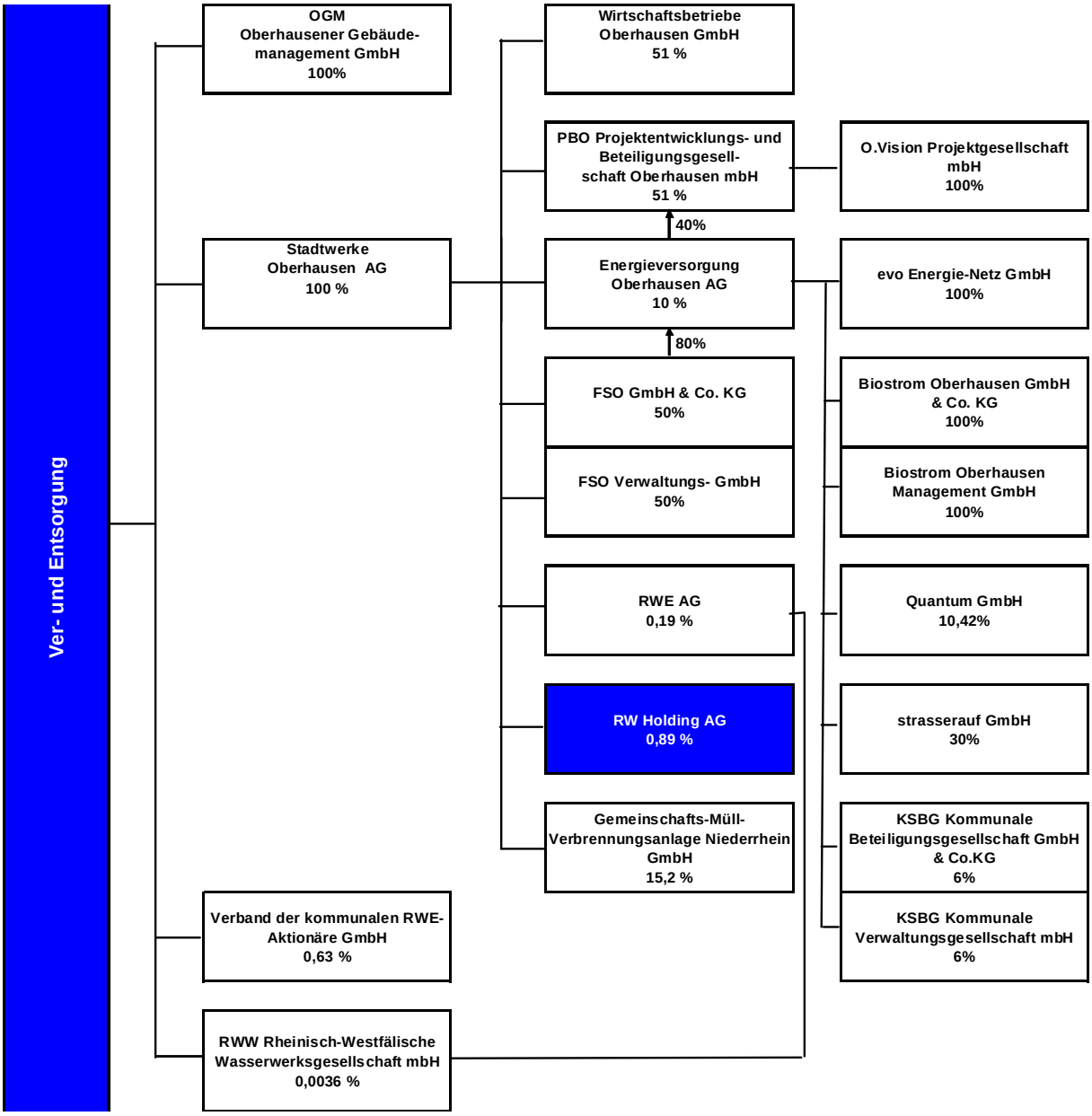
Die Gesellschaft kann auch andere Unternehmen gründen, erwerben und sich an ihnen beteiligen, insbesondere an solchen, deren Unternehmensgegenstände sich ganz oder teilweise auf die vorgenannten Geschäftsfelder erstrecken. Sie kann Unternehmen, an denen sie beteiligt ist, unter ihrer einheitlichen Leitung zusammenfassen oder sich auf die Verwaltung der Beteiligung beschränken. Sie kann ihren Betrieb ganz oder teilweise in verbundene Unternehmen ausgliedern oder verbundenen Unternehmen überlassen.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2012)

Vorstand:	Vorsitzender	Terium, Peter
Hauptversammlung:		Bevollmächtigte/r der STOAG

e) Lagebericht

Der Lagebericht der RWE AG wird auf Grund seines Umfangs nicht abgedruckt. Der Bericht ist im Internet unter www.rwe.com, Stichwort „Konzerngeschäftsbericht 2012“ nachlesbar.


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100%
Stadtwerke
Oberhausen AG
100 %
Verband der kommunalen RWE-
Aktionäre GmbH
0,63 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0036 %
Wirtschaftsbetriebe
Oberhausen GmbH
51 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesell-
schaft Oberhausen mbH
51 %
40%
Energieversorgung
Oberhausen AG
10 %
80%
FSO GmbH & Co. KG
50%
FSO Verwaltungs- GmbH
50%
RWE AG
0,19 %
RW Holding AG
0,89 %
Gemeinschafts-Müll-
Verbrennungsanlage Niederrhein
GmbH
15,2 %
O.Vision Projektgesellschaft
mbH
100%
evo Energie-Netz GmbH
100%
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100%
Biostrom Oberhausen
Management GmbH
100%
Quantum GmbH
10,42%
strasserauf GmbH
30%
KSBG Kommunale
Beteiligungsgesellschaft GmbH
& Co.KG
6%
KSBG Kommunale
Verwaltungsgesellschaft mbH
6%

RW Holding Aktiengesellschaft

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Georg-Glock-Str. 8
40474 Düsseldorf

Kontakt:

Telefon	0211 826-4267
Fax	0211 826-8106
e-Mail	-
Internet	http://www.westlb.de/

Rechtsform: AG

Stammkapital in T€: 74.362,86

Gesellschafter:	**T€**	**%**
STOAG Stadtwerke Oberhausen AG	661,83	0,89

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens sind der Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen sowie die damit verbundene Wahrung wirtschaftlicher Interessen. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die der Erreichung und Förderung des Gegenstandes der Gesellschaft notwendig oder nützlich erscheinen.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2012)

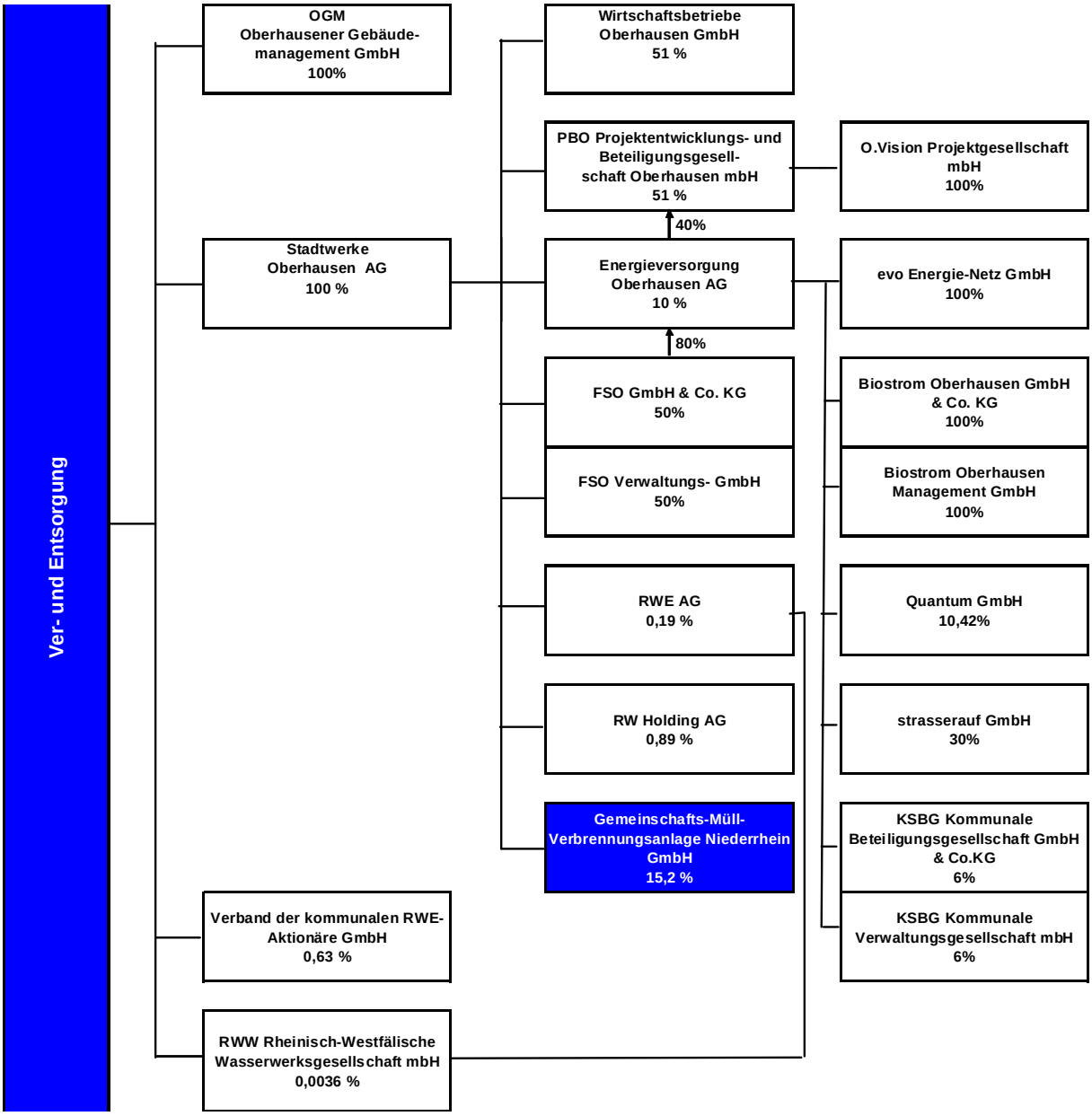
Hauptversammlung: Bevollmächtigte/r der STOAG

Aufsichtsrat: Neun Mitglieder

e) Lagebericht

Auszug:

Über die Gesellschaft werden gemeinsam mit dem Verband der kommunalen RWE-Aktionäre die Interessen der Kommunen in der RWE AG vertreten. Die RW Holding AG hält eine Beteiligung von 31,30 % am Haftkapital der RW Energie Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG, Dortmund (RWEB), welche eine Beteiligung in Höhe von 15,2015 % am Grundkapital der RWE AG mit einem Stimmrechtsanteil von 16,213 % hält. Die wirtschaftliche Entwicklung der RW Holding AG hängt von den zukünftig zu erzielenden Dividendenerträgen aus der RWEB und somit der indirekten Beteiligung an der RWE AG ab. Da die Gesellschaft über die Beteiligung an RWEB hinaus keine weiteren wirtschaftlichen Tätigkeiten entfaltet, wird auf eine Darstellung der Unternehmensdaten verzichtet. Die Wahrnehmung der Interessen in der Hauptversammlung erfolgt durch einen Vertreter der STOAG. Ein Aufsichtsrat ist bestellt. Die STOAG erhält jährlich eine Gewinnausschüttung in Höhe der jeweiligen Dividende auf die RWE-Stammaktien über die Beteiligung an der RWEB. In Höhe dieser Dividende verringert sich der verbleibende Finanzierungsbetrag gegenüber der STOAG und damit auch die Belastung der Stadt.


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100%
Stadtwerke
Oberhausen AG
100 %
Verband der kommunalen RWE-
Aktionäre GmbH
0,63 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0036 %
Wirtschaftsbetriebe
Oberhausen GmbH
51 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesell-
schaft Oberhausen mbH
51 %
40%
Energieversorgung
Oberhausen AG
10 %
80%
FSO GmbH & Co. KG
50%
FSO Verwaltungs- GmbH
50%
RWE AG
0,19 %
RW Holding AG
0,89 %
Gemeinschafts-Müll-
Verbrennungsanlage Niederrhein
GmbH
15,2 %
O.Vision Projektgesellschaft
mbH
100%
evo Energie-Netz GmbH
100%
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100%
Biostrom Oberhausen
Management GmbH
100%
Quantum GmbH
10,42%
strasserauf GmbH
30%
KSBG Kommunale
Beteiligungsgesellschaft GmbH
& Co.KG
6%
KSBG Kommunale
Verwaltungsgesellschaft mbH
6%

GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Buschhausener Straße
46049 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/8594-0
Fax	0208/8594-210
e-Mail	info@gmva.de
Internet	http://www.gmva.de/

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 255,65

Gesellschafter:

	T€	%
REMONDIS Kommunale Dienste West GmbH	125,27	49,00
STOAG Stadtwerke Oberhausen AG	38,81	15,18
Wirtschaftsbetriebe der Stadt Duisburg AöR	91,57	35,82

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand der Gesellschaft sind die Errichtung und der Betrieb von Abfallentsorgungsanlagen. Dabei ist sie verpflichtet, sämtliche in den Städten Duisburg und Oberhausen anfallenden und von diesen Städten angelieferten Abfälle im Rahmen ihrer technischen Möglichkeiten vorrangig zur Entsorgung anzunehmen. Die Abfallentsorgung durch die Gesellschaft dient vorrangig der Erfüllung des gesetzlichen Auftrages der an der Gesellschaft beteiligten Städte zur Abfallentsorgung nach Maßgabe der jeweils geltenden kommunalen Abfallentsorgungssatzungen. Beim Betrieb der Anlage sind die gesetzlichen Ziele der Abfallentsorgung nach den für die Abfallentsorgung erlassenen Gesetzen und Verordnungen in der jeweils gültigen Fassung, der Immissionsschutzgesetzgebung sowie die im Einzelfall festgesetzten Auflagen und Bedingungen einzuhalten.

Die Gesellschaft kann sich an anderen Gesellschaften, die sich mit ähnlichen Aufgaben befassen, beteiligen und ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die zur Erreichung des Gesellschaftszweckes notwendig und nützlich sind.

Wichtige Verträge

evo Energieversorgung Oberhausen AG	Fernwärmeliefervertrag zwischen der evo und GMVA vom 29.05.2009
Gesellschaft für Schlackenaufbereitung mbH	Vertrag zwischen der GMVA und der Gesellschaft für Schlackenaufbereitung (GfS) über die Müllschlackenabfuhr und -aufbereitung in der Fassung vom 10.09.1996
Kreis-Kleve-Abfallwirtschaftsgesellschaft mbh	Abfallanliefervertrag zwischen der GMVA und der Kreis-Kleve-Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH vom 16.08.1996
Stadt Duisburg	Vereinbarung über die Abnahme und Verbrennung von Abfällen zwischen der GMVA und der Stadt Duisburg in der Fassung vom 10.10.2001
Stadt Oberhausen	Vereinbarung über die Abnahme und Verbrennung von Abfällen zwischen der GMVA und der Stadt Oberhausen in der Fassung vom 30.10.2001

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2012)

Geschäftsführung:	Geschäftsführerin	Guthoff, Maria	
	Geschäftsführer	Schellenberger, Ingo	
	Geschäftsführer	Dr. Terbeck, Gerd	
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Wehling, Klaus	
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Enzweiler, Rainer	
	1. stellv. Vorsitzender	M.d.L. Große Brömer, Wolfgang	wird vertreten durch Herrn Dirk Vöpel
	2. stellv. Vorsitzender	Hols, Werner	
	3. stellv. Vorsitzender	von Häfen, Werner	
	Mitglied gem. § 113 GO	Schmidt, Jürgen	wird vertreten durch Herrn Helmut Czichy
	Mitglied	Bandel, Frank	wird vertreten durch Frau Christa Müthing
	Mitglied	Dr. Feldmann, Detlef	
	Mitglied	Dr. Fendel, Ansgar	
	Mitglied	Dr. Foppe, Johannes-Gerhard	
	Mitglied	Dr. Greulich, Peter	
	Mitglied	Hanning, Guido	
	Mitglied	Maaßen, Thomas	
	Mitglied	Mauthe, Jürgen	
	Mitglied	Schmidt, Markus	
	Mitglied	Slykers, Manfred	
	Mitglied	Steinberg, Wolfgang	
	Mitglied	Susen, Thomas	
	Mitglied	Woidtke, Karsten	
	Mitglied (AN)	Küster, Helmut	
	Mitglied (AN)	Linden, Stefan	
	stellv. Mitglied (gem. § 113 GO)	Czichy, Helmut	Pers. Stellvertreter für Herrn Jürgen Schmidt
	stellv. Mitglied	Müthing, Christa	Pers. Stellvertreterin für Herrn Frank Bandel
	stellv. Mitglied	Vöpel, Dirk	Pers. Stellvertreter für Herrn Große Brömer
Prokura:	Prokurist	Arens, Matthias	

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2010		2011		2012		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	164.116,23	71,6	141.371,79	69,7	119.982,59	65,1	-21.389,20	-15,13
Umlaufvermögen	64.042,99	27,9	60.510,01	29,8	63.671,96	34,5	3.161,95	5,23
Rechnungsabgrenzungsposten	1.095,83	0,5	1.039,80	0,5	755,60	0,4	-284,20	-27,33
Bilanzsumme	**229.255,05**	**100,00**	**202.921,60**	**100,00**	**184.410,15**	**100,00**	**-18.511,45**	**-9,12**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	20.963,90	9,1	22.277,43	11,0	11.948,01	6,5	-10.329,42	-46,37
Rückstellungen	11.360,71	5,0	5.444,83	2,7	17.305,01	9,4	11.860,18	217,82
Verbindlichkeiten	12.945,08	5,6	12.410,53	6,1	13.524,02	7,3	1.113,49	8,97
Rechnungsabgrenzungsposten	183.985,35	80,3	162.788,81	80,2	141.633,10	76,8	-21.155,71	-13,00
Bilanzsumme	**229.255,05**	**100,00**	**202.921,60**	**100,00**	**184.410,15**	**100,00**	**-18.511,45**	**-9,12**

bb) GuV

	2010	2011	2012
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	90.929,17	84.032,09	89.394,71
andere aktivierte Eigenleistungen	4,35	0,00	
sonstige betriebliche Erträge	182,23	2.299,28	364,64
Materialaufwand	22.780,74	22.518,64	21.366,79
Personalaufwand	11.587,81	11.665,37	12.418,72
Abschreibungen	24.414,70	23.988,91	23.296,63
sonstige betriebliche Aufwendungen	9.238,62	9.552,99	25.526,01
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	383,65	712,58	382,49
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	492,79	736,24	438,99
Ergebnis der gewöhnlichen Geschaftstätigkeit	22.984,74	18.581,79	7.094,70
außerordentliche Aufwendungen	88,33		
außerordentliches Ergebnis	-88,33		
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	7.090,94	3.547,25	2.365,76
sonstige Steuern	197,21	112,76	136,57
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	15.608,26	14.921,78	4.592,37
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	15.608,26	14.921,78	4.592,37

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2012	Angaben in
Umsatzrentabilität:	17,17	17,76	5,14	%
Eigenkapitalrentabilität:	291,44	202,86	62,43	%
Cash-Flow:	40.022,96	38.910,69	27.888,99	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	484,66	449,64	461,49	T€
Personalaufwandsquote:	12,72	13,51	13,84	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2012	Angaben in
Sachanlagenintensität:	71,53	69,60	65,01	%
Eigenkapitalquote:	9,14	10,98	6,48	%
Fremdkapitalquote:	90,86	89,02	93,52	%

e) Lagebericht

Darstellung des Geschäftsverlaufs einschließlich des Geschäftsergebnisses

Darstellung des Unternehmens

Die GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GMVA) mit Sitz in Oberhausen ist mit Wirkung vom 1. Januar 1984 durch Umwandlung eines seit 1968 bestehenden kommunalen Zweckverbandes gegründet worden. Die Gesellschaft betreibt die Müllverbrennungsanlage in Oberhausen, die 1972 ihren Betrieb aufgenommen hat.

Gegenstand der Gesellschaft sind die Errichtung und der Betrieb von Abfallentsorgungsanlagen. Die GMVA ist verpflichtet, vorrangig sämtliche in den Städten Duisburg und Oberhausen anfallenden andienungspflichtigen Abfälle im Rahmen ihrer technischen Möglichkeiten zur Entsorgung anzunehmen. Das gilt in analoger Anwendung ebenfalls für die Abfälle des Kreises Kleve.

Gesellschafter sind die Wirtschaftsbetriebe Duisburg - Anstalt öffentlichen Rechts - (35,82 %), die Stadtwerke Oberhausen GmbH (15,18 %) und die REMONDIS Kommunale Dienste West GmbH, Bochum (49,0 %).

Zwischen den Städten Duisburg (den Wirtschaftsbetrieben Duisburg AöR als Rechtsnachfolgerin) und Oberhausen sowie dem Kreis Kleve Abfallwirtschaft GmbH und der GMVA bestehen langfristige Verträge. Im Übrigen besteht für REMONDIS eine langfristige Lieferverpflichtung.

Ein wesentlicher Teil der zukünftig entstehenden Forderungen an die Städte Duisburg und Oberhausen wurde in 2002 an die Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG verkauft.

Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

Auch in 2012 konnte eine Preisstabilisierung bzw. Preissteigerung auf dem Markt nicht umgesetzt werden. Dies resultiert weiterhin aus dem Preisdruck bei großen Gewerbekunden infolge der Überkapazitäten an Verbrennungsanlagen in Deutschland und den Niederlanden. Auch aktuelle Ausschreibungen im Bereich Hausmüll zeigen einen deutlichen Preisverfall.

Aufgrund des extremen Winters und der dadurch angespannten Müllanlieferungssituation im 1. Quartal 2012 konnte die Anlage in dieser Periode zeitweise (24 Tage) nur in Teillast gefahren werden. Die GMVA konnte ihre volle Kapazität in 2012 nicht ausnutzen. Die gute Auslastung im restlichen Jahr beruhte im

Wesentlichen auf den zusätzlichen Akquisitionserfolgen von aufbereiteten Brennstoffen (RDF) aus dem Ausland. Durch RDF-Importe, Akquisition von Nischenabfällen und Anpassung der Fahrweise der Anlage an das Müllaufkommen konnte eine leichte Stabilisierung des Verbrennungsmarktes im Gewerbeabfallmarkt von NRW verzeichnet werden.

Auch für die Zukunft muss mit einem harten Konkurrenzkampf bei einem relativ niedrigen Preisniveau auf dem Abfallmarkt gerechnet werden. Dabei wird bei gleichem oder ähnlichem Konjunkturverlauf von einer Stabilisierung auf dem derzeitigen Niveau ausgegangen.

Umsatzentwicklung und Auftragsentwicklung

Die Umsätze stiegen von 84,0 Mio. € (2011) auf 89,4 Mio. € im Jahr 2012 bei leicht gesunkenem Müllaufkommen von 686.315 Tonnen im Jahr 2012 gegenüber 691.179 Tonnen im Jahr 2011.

Die Steigerungen haben ihre Ursache unter anderem in

- Mehrerlösen aus der Energieabgabe (+ 4,0 Mio. € von 16,8 Mio. € in 2011 auf 20,8 Mio. € in 2012), die im Wesentlichen auf die erhöhte Stromproduktion sowie im Vergleich zum Vorjahr leicht gestiegene Preise zurückzuführen sind. Das Vorjahr war im Übrigen durch einen Turbinenschaden beeinflusst. Der Strom wird an der EEX-Börse verkauft.
- Umsatzsteigerungen inklusive Mengentausch bei den Umsätzen für sonstige Abfallanlieferungen (von 31,7 Mio. € in 2011 um 2,6 Mio. € auf 34,3 Mio. € in 2012).

Demgegenüber standen Umsatzrückgänge durch

- Minderlieferungen der Städte Duisburg, Oberhausen und aus dem Kreis Kleve (- 0,9 Mio. €),
- gesunkene Vermarktungspreise für Papier (- 0,3 Mio. €).

Geschäftsergebnis

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit vor Steuern liegt mit 7,09 Mio. € in 2012 um -11,49 Mio. € unter dem Vorjahresergebnis von 18,58 Mio. €. Dies ist im Wesentlichen durch den Anstieg der sonstigen betrieblichen Aufwendungen von
9,55 Mio. € in 2011 um 15,98 Mio. € auf 25,53 Mio. € in 2012 begründet.

Analyse und Erläuterung von finanziellen Leistungsindikatoren

	2012	**2011**	**2010**	**2009**
Anlagenintensität in %	65,1	69,7	71,6	76,6
Bilanzsumme in T€	184.410	202.922	229.255	245.423
Fremdkapitalquote in % *	93,5	89,0	90,9	91,7
Jahresergebnis in T€	4.592	14.922	15.608	20.110
Umsatzerlöse in T€	89.395	84.032	90.929	100.008
Materialaufwand in T€	21.367	22.519	22.781	22.477
Personalaufwand in T€	12.419	11.665	11.588	11.468

* inkl. passiver Rechungsabgrenzungsposten

Die Anlagenintensität und die Bilanzsumme sind wiederum planmäßig gesunken. Der Ersatz wesentlicher Anlagenteile (z. B. Leittechnik) erfolgt ab 2013.

Der Materialaufwand ist auch 2012 durch das Müllmengenmanagement inklusive dem Müllaustausch mit anderen Müllverbrennungsanlagen (8,75 Mio. €) geprägt.

Der Personalaufwand ist im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Die Ursache für den Anstieg liegt im Wechsel vom Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) zum Tarifvertrag Versorgungswirtschaft (TV-V) sowie dem Tarifabschluss in 2012.

In den letzten Jahren waren die Investitionen deutlich niedriger als die Abschreibungen. Im Jahr 2012 hat sich daher der Abschreibungsaufwand aufgrund der Altersstruktur der Sachanlagen weiter vermindert.

Der Jahresüberschuss hat sich von 14,92 Mio. € um 10,33 Mio. € auf 4,59 Mio. € vermindert.

Produktion

Der Durchsatz hat sich im Vergleich zu 2011 von 693.948 t um 11.427 t auf 682.521 t vermindert (- 1,7%).

Die Mengenanlieferungen sind im Jahr 2012 mit 686.315 t im Vergleich zum Vorjahr durch rückläufige kommunale Mengen aus Duisburg und Oberhausen (- 6.884 t) sowie geringfügige Steigerungen der sonstigen Abfallmengen (+ 2.020 t) geprägt. Insbesondere der saisonale Müllmangel im ersten Quartal 2012 beeinflusste die Jahresdurchsatzleistung.

Die Bruttostromerzeugung ist von 373 GWh auf 401 GWh gestiegen. Der niedrigere Vorjahreswert (2011) beruhte auf einem Schaden an der DT 1.

Die durchschnittliche Verbrennungsleistung pro Kessel belief sich in 2012 auf
21,50 t/Betriebsstunde (Vorjahr 21,72 t/Betriebsstunde).

Beschaffung

Rund 84 % des Müllaufkommens sind durch langfristige Verträge mit REMONDIS, den Gesellschafterkommunen und der Kreis-Kleve-Abfallgesellschaft gesichert. Die Restmenge in Höhe von ca. 100.000 t musste auf dem Abfallmarkt akquiriert werden. Neben den verstärkten Akquisitionsbemühungen um RDF aus dem Ausland hat sich die GMVA weiter auf die Beschaffung von niedrigkalorischen Abfällen konzentriert.

Investitionen

Im Jahr 2012 wurden wie im Vorjahr lediglich Ersatzinvestitionen in Höhe von 1,91 Mio. € getätigt. Die Ersatzinvestitionen wurden insbesondere im Bereich der Maschinen und maschinellen Anlagen, der Betriebs- und Geschäftsausstattung und der geleisteten Anzahlungen und Anlagen im Bau durchgeführt.

Finanzierungsmaßnahmen / -vorhaben

Die bestehende Darlehensverbindlichkeit hat einen festen Zinssatz für ihre gesamte Laufzeit.

Aufgrund der weiterhin guten Liquiditätslage musste 2012 die eingeräumte Kreditlinie nicht in Anspruch genommen werden.

Darlehen wurden nicht aufgenommen. Auch in den nächsten beiden Jahren sind keine Darlehensaufnahmen geplant.

Personal- und Sozialbereiche

Am 31.12.2012 waren bei der GMVA 207 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, davon 12 Auszubildende (2011 = 203 Beschäftigte, davon 12 Auszubildende) beschäftigt.

Umweltschutz

Die geltenden Umweltvorschriften, insbesondere die strengen Vorgaben der 17. Bundes-Immissions-Schutz-Verordnung, wurden bei fast allen Parametern deutlich unterschritten.

Bei der Planung für die Zukunft bleibt die Entwicklung rechtlicher Rahmenbedingungen abzuwarten.

Sonstige wichtige Ereignisse und Entwicklungen im Geschäftsjahr

Die Zertifizierung als Entsorgungsfachbetrieb wurde 2012 erneut bestätigt.

Darstellung der Lage des Unternehmens

1. Ertragslage

Die Umsatzerlöse sind auf 89,39 Mio. € (Vorjahr 84,03 Mio. €) gestiegen. Dies ist vorrangig durch erhöhte Energieerlöse und Erlöse Dritter (inklusive Mengentausch) begründet.

Die Erlöse aus der Energieabgabe stiegen im Berichtszeitraum um 4,01 Mio. € im Vergleich zum Vorjahr im Wesentlichen aufgrund höherer Liefermengen und Preise.

Die Papiererlöse sind aufgrund des Marktpreisverfalls um 0,29 Mio. € gesunken.

Die Abschreibungen sind leicht gesunken (- 0,69 Mio. €). Der Materialaufwand ist um 1,15 Mio. € niedriger als im Vorjahr. Der Personalaufwand stieg aufgrund des Tarifwechsels und des Tarifabschlusses in 2012 um 0,75 Mio. €. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen haben sich um 15,98 Mio. € erhöht.

Bei den Aufwendungen für bezogene Leistungen wird der Müllaustausch mit anderen Müllverbrennungsanlagen einschließlich Transportkosten in Höhe von 8,75 Mio. € ausgewiesen.

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind u. a. neben Entsorgungskosten und Fremdleistungen sowie Versicherungsbeiträgen vorsorglich auch Rückstellungen im Zusammenhang mit der Preisprüfung bei der GMVA enthalten.

Das Finanzergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr auch bei der extrem niedrigen Anlagezinsphase kaum verändert.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (vor Steuer) hat sich im Vergleich zum Vorjahr aus den zuvor beschriebenen Gründen um 11,49 Mio. € verschlechtert.

2. Finanzlage

Das Vermögen ist zu 76,80 % aus dem Forderungsverkauf (Forfaitierung) finanziert (passiver Rechnungsabgrenzungsposten). Die Fremdfinanzierungsquote (ohne passiver Rechnungsabgrenzungsposten) des Gesamtvermögens ist aufgrund der Rückstellungsbildung gestiegen (16,72 %/ Vorjahr 8,8%).

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit gem. DRS 2 ist um 10,4 Mio. € auf 16,9 Mio. € gestiegen (Vorjahr 6,5 Mio. €). Der Vorjahreswert beinhaltete unter anderem die Auflösung von passivierten latenten Steuern in Höhe von 7,0 Mio. €.

Eine Inanspruchnahme von Kontokorrentkrediten war aufgrund der weiterhin guten Liquiditätslage nicht erforderlich. Die Zahlungsfähigkeit war jederzeit gewährleistet.

Auch im nächsten Jahr wird die GMVA ihre Verbindlichkeiten erfüllen können; Darlehensaufnahmen sind nicht beabsichtigt.

Die Eigenkapitalquote beträgt 6,48 %.

3. Vermögenslage

Das langfristig gebundene Vermögen hat sich planmäßig auf 120,0 Mio. € (Vorjahr 141,4 Mio. €) verringert. Der passive Rechnungsabgrenzungsposten verminderte sich von 162,8 Mio. € auf 141,6 Mio. € (-21,2 Mio. €). Die sonstigen Darlehensverbindlichkeiten betragen unverändert 8,8 Mio. €.

Die Neuinvestitionen inklusive Anzahlungen in Höhe von 1,9 Mio. € in 2012 wurden aus Eigenmitteln finanziert. Die Abschreibungen minderten sich auf 23,3 Mio. € (Vorjahr 24,0 Mio. €).

Die Vorräte waren fast unverändert. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen stiegen ebenso im Vergleich zum Vorjahr (+ 1,8 Mio. €) wie die sonstigen Vermögensgegenstände (um 1,1 Mio. € auf 11,6 Mio. €).

Der Kassenbestand/Guthaben bei Kreditinstituten ist im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert (35,1 Mio. €/ +0,1 Mio. €).

4. Gesamtaussage zur wirtschaftlichen Lage

Rückläufige kommunale Mengen konnten nicht mehr durch entsprechende Gewerbeabfallmengen kompensiert werden. Aufgrund der Überkapazitäten am Markt sind die Preise auf dem Spotmarkt weiterhin niedrig.

Die leicht angezogenen Strompreise und die erhöhte Produktion machten sich in 2012 im Ergebnis der GMVA bemerkbar.

Die rückläufigen Erlöse bei der Papierverwertung wirkten entgegengesetzt.

Im Jahr 2013 wird eine weitere Umsatz- und Gewinnreduzierung erwartet, da

- die Abfallpreise im Gewerbeabfallbereich auf niedrigem Niveau stagnieren,
- in deutschen Anlagen bis 2012 höhere bzw. zusätzliche Verbrennungskapazitäten geschaffen wurden,
- Kommunalmengen stetig sinken (rückläufige Einwohnerzahlen, Wertstofftonne, Biotonne).

Im Gegenzug dazu ist aus dem Ausland ein zunehmender Import von RDF möglich. Vor diesem Hintergrund wird die GMVA in Zukunft vermehrt davon abhängig sein, dass es gelingt, Marktnischen und Brennstoffe aus dem Ausland zu nutzen, um die Anlage auszulasten.

C. Risikobericht

1. Umfeldrisiken und Branchenrisiken

Durch die Erweiterung von Müllverbrennungsanlagen und die Inbetriebnahme neuer EBS-Anlagen, z. B. Infraserv in Frankfurt-Höchst, haben sich die vorhandenen Überkapazitäten im Abfallentsorgungsbereich in Deutschland erwartungsgemäß bis einschließlich 2012 verstärkt.

Da in den Niederlanden, in Österreich und in der Schweiz ebenfalls Überkapazitäten bei den thermischen Abfallbehandlungsanlagen vorhanden sind, bleibt der Druck auf die Abfallpreise bestehen. Derzeit bestehen keine Anzeichen dafür, dass die von den Marktbeobachtern empfohlene Reduzierung der Überkapazitäten in Angriff genommen wird.

Der Strompreis hat sich in 2012 zwar nach oben entwickelt; Preisentwicklungen sind vor dem Hintergrund der Energiewende jedoch schwer abschätzbar. Es ist eher von einem deutlichen Abwärtstrend auszugehen.

Aufgrund des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes und der daraus resultierenden flächendeckenden Einführung der Biotonne und der Wertstofftonne wird die Restabfallmenge, die die Müllverbrennungsanlagen verwerten, weiter sinken. Auch durch die verstärkte Förderung der erneuerbaren Energien und der Biomassenutzung wird der Markt für Restabfälle beeinträchtigt.

2. Unternehmensstrategische Risiken

Die Unternehmensstrategie der GMVA ist darauf ausgerichtet, durch eine konsequente technische und wirtschaftliche Optimierung der Müllverbrennungsanlage in Oberhausen sowie durch eine verstärkte Akquisition niederkalorischer Abfälle und RDF aus dem Ausland ihre Stellung als eine der größten Anlagen in Nordrhein-Westfalen nachhaltig zu behaupten.

Unternehmensstrategische Risiken können sich aus dem Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz ergeben, indem der kommunale Abfallanfall weiter reduziert wird. In diesem Zusammenhang bleibt auch die Neufassung des Abfallwirtschaftsplans NRW abzuwarten.

Im Übrigen können sich Risiken aus gebührenrechtlichen Entscheidungen, dem Ergebnis der Preisprüfung, aus niedrigen Abfallpreisen, steigenden Kosten und sinkenden Energieerlösen ergeben.

Die sich aus der Novellierung der 17. BImSchV ergebende Verschärfung der Emissionsgrenzwerte (Absenkung der Stickstoffdioxid- und der Quecksilbergrenzwerte) ist ab dem 01.01.2019 einzuhalten.

3. Leistungswirtschaftliche Risiken

Durch die verstärkte Akquisition neuer Abfallfraktionen können sich leistungswirtschaftliche Risiken aus der Heterogenität der Abfälle ergeben. Das deutlich erhöhte Recycling und die verstärkte Biomassenutzung in Deutschland verschlechtern die Qualität der thermisch zu behandelnden Abfälle. Die GMVA wird diesem Risiko weiterhin durch eine konsequente Kontrolle der Abfallströme begegnen.

4. Personal-, informationstechnische sowie finanzwirtschaftliche Risiken

Gravierende personal-, informationstechnische sowie finanzwirtschaftliche Risiken für die GMVA sind im Jahr 2013 nicht zu erwarten.

5. Sonstige Risken

Die Kalkulation der Entgelte und damit die Preise zur Beseitigung kommunaler Abfälle für Duisburg, Oberhausen und den Kreis Kleve ist vor dem Hintergrund der Überprüfung der Preise durch die Bezirksregierung und der Gebührenklageverfahren gegen die Städte weiterhin mit Unwägbarkeiten behaftet.

Bezüglich der Urteile des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf vom 14.11.2012 haben sowohl die Stadt Duisburg als auch die Wirtschaftsbetriebe Duisburg AöR einen Antrag auf Zulassung zur Berufung beim OVG gestellt. Der Ausgang der entsprechenden Verfahren und die Auswirkungen auf die Preise für kommunale Abfälle zur Beseitigung durch die GMVA bleiben abzuwarten. Zum Zeitpunkt der Erstellung des Berichtes liegt noch kein Ergebnis der Preisüberwachung und kein abschließendes Urteil vor.

Auch für die Folgejahre sind die Anlieferpreise für die Städte Duisburg und Oberhausen von einem durch Wirtschaftsprüfer in 2011 gutachterlich festgelegten Verfahren berechnet und in der mittelfristigen Planung berücksichtigt worden.

D. Prognosebericht

Die Überkapazitäten bei den Abfallbehandlungsanlagen werden in den nächsten Jahren eine Erholung der Abfallpreise verhindern. Aufgrund der derzeitigen Marktsituation entwickeln sich die Strompreise in 2013 rückläufig; für die Zukunft ist mit einem weiteren Abwärtstrend zu rechnen.

Die verstärkten Bemühungen um Sekundärrohstoffe werden das Abfallangebot für thermische Abfallbehandlungsanlagen weiter verknappen. Eine Erweiterung der Anlage ist nicht geplant. Es werden lediglich geringe Ersatzinvestitionen vorgenommen.

Die GMVA beabsichtigt, ihre Eigenkapitalquote weiter zu verbessern.

Die GMVA erwartet für 2013 wieder ein positives, wenn auch deutlich unter den Vorjahren liegendes Ergebnis nach Steuern.

E. Zuverlässigkeit des unternehmensinternen Planungssystems sowie der zugrunde gelegten Daten und Annahmen

Das Planungssystem der GMVA reagiert angemessen auf die Änderungen des Abfallrechts, des Abfallmarktes und des Strommarktes. Planungssicherheit und Planungstiefe des Planungssystems haben sich bewährt.

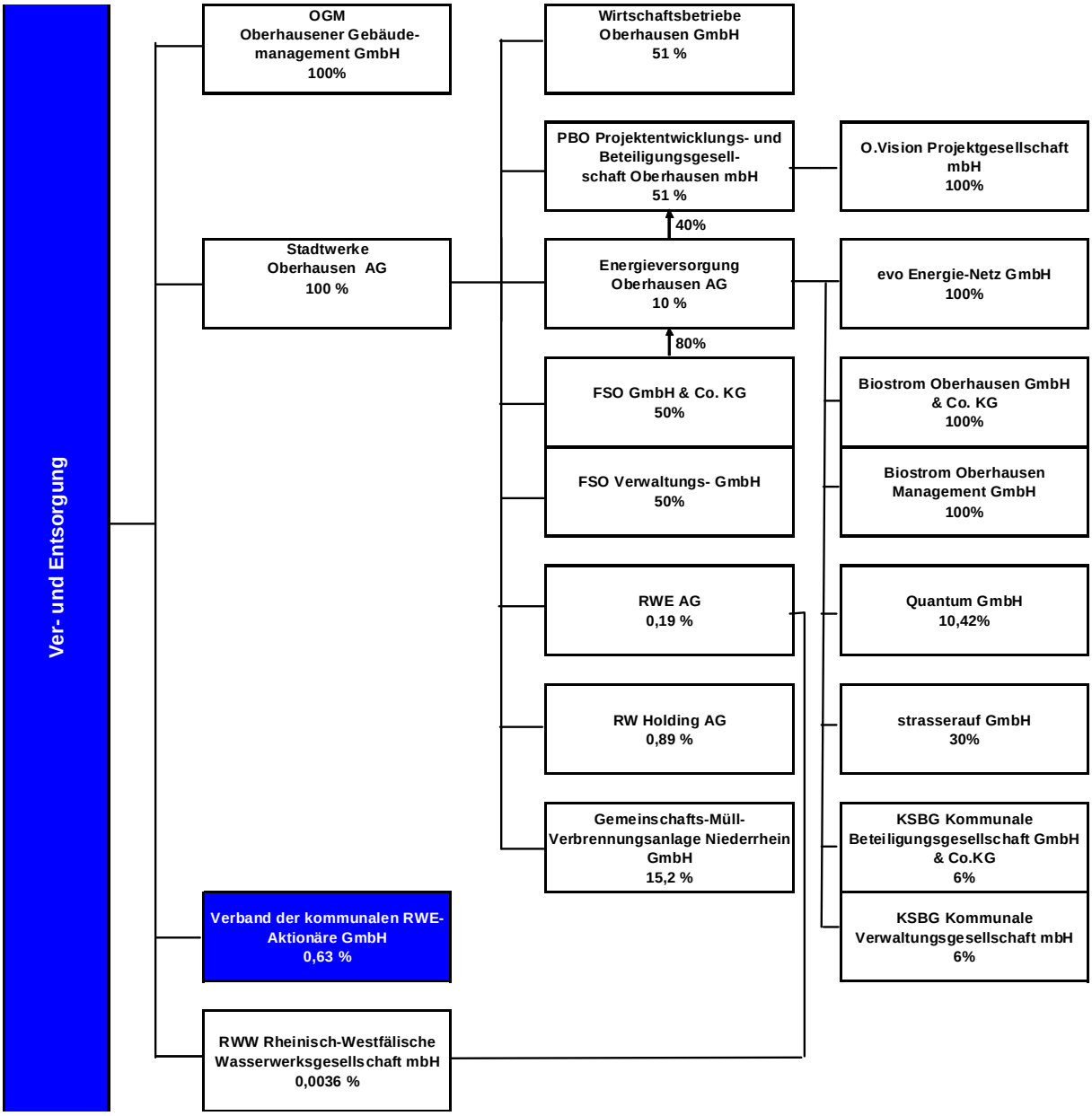
Die für die Planung erforderlichen Daten werden durch eine intensive Beobachtung der rechtlichen Entwicklungen, des Abfallmarktes und des Strommarktes gewonnen. Die Mitgliedschaft in der Interessengemeinschaft der thermischen Abfallbehandlungsanlagen in Deutschland (ITAD), der Meinungsaustausch im Rahmen des VKS/VKU, der Besuch von Fachmessen und Fortbildungsveranstaltungen tragen dazu bei, problematische Entwicklungen rechtzeitig zu erkennen.

F. Sonstige Pflichtangaben nach § 289 Absatz 2 HGB

Es sind keine Vorgänge für eine entsprechende Berichterstattung bekannt.

Oberhausen, den 15.07.2013

gez.	gez.	gez.
I. Schellenberger	M. Guthoff	Dr. G. Terbeck


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100%
Stadtwerke
Oberhausen AG
100 %
Verband der kommunalen RWE-
Aktionäre GmbH
0,63 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0036 %
Wirtschaftsbetriebe
Oberhausen GmbH
51 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesell-
schaft Oberhausen mbH
51 %
40%
Energieversorgung
Oberhausen AG
10 %
80%
FSO GmbH & Co. KG
50%
FSO Verwaltungs- GmbH
50%
RWE AG
0,19 %
RW Holding AG
0,89 %
Gemeinschafts-Müll-
Verbrennungsanlage Niederrhein
GmbH
15,2 %
O.Vision Projektgesellschaft
mbH
100%
evo Energie-Netz GmbH
100%
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100%
Biostrom Oberhausen
Management GmbH
100%
Quantum GmbH
10,42%
strasserauf GmbH
30%
KSBG Kommunale
Beteiligungsgesellschaft GmbH
& Co.KG
6%
KSBG Kommunale
Verwaltungsgesellschaft mbH
6%

VKA Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Baedecker Straße 5
45128 Essen

Kontakt:

Telefon	0201/ 221377
Fax	0201/ 222974
e-Mail	info@vka-rwe.de
Internet	http://www.vka-rwe.de/

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 127,82

Gesellschafter:	**T€**	**%**
Stadt Oberhausen	0,80	0,63
Stadtsparkasse Oberhausen	0,51	0,40

Gegenstand des Unternehmens:

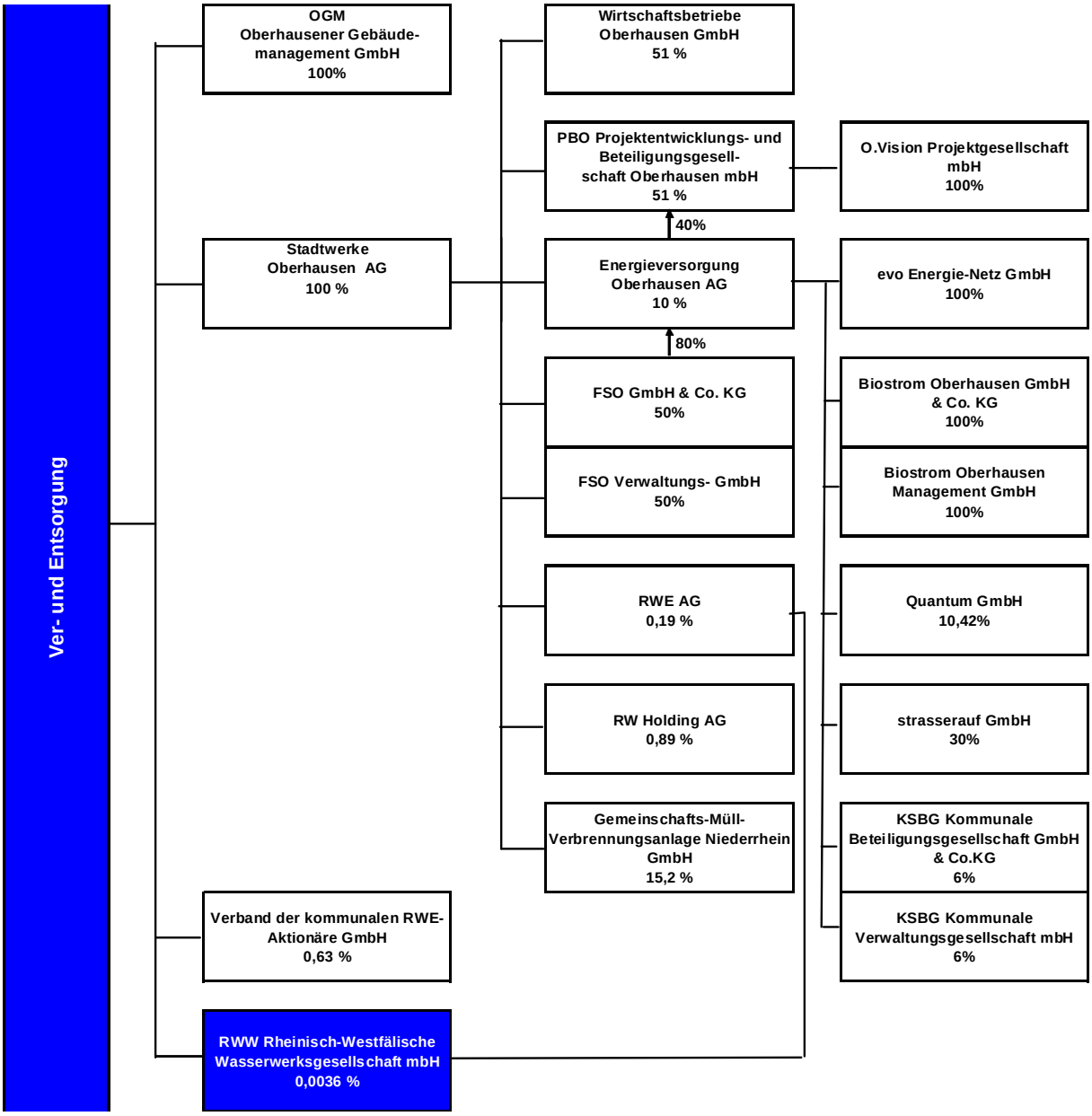
Gegenstand der Gesellschaft ist die Bildung einer einheitlichen Auffassung der Gesellschafter in energiewirtschaftlichen und damit zusammenhängenden kommunalpolitischen Fragen sowie die Unterstützung ihrer Gesellschafter bei deren Aufgaben zur Sicherung einer wirtschaftlich sinnvollen Daseinsvorsorge und bei der Darbietung einer sicheren und preiswerten Ver- und Entsorgung in den Bereichen Strom, Öl, Gas, Wasser, Abwasser und Abfall.

Hierzu hat die Gesellschaft die Aufgaben
-die Interessen der Gesellschafter in den Fragen der Versorgung und Entsorgung ihrer Gebiete wie auch des angemessenen Einsatzes heimischer Energieträger zu koordinieren, soweit dies erforderlich ist, und diese gegenüber staatlichen Stellen, gegenüber anderen Verbänden und gegenüber der Öffentlichkeit zu vertreten;
-die Gesellschafter und ihre Gemeinden in allen Fragen der Versorgung und der Entsorgung zu beraten.

Die Gesellschaft kann nach Beschluss der Gesellschafterversammlung weitergehende Aufgaben auf dem Gebiet der öffentlichen Ver- und Entsorgungswirtschaft übernehmen. Die Übernahme sonstiger Aufgaben bedarf einer Änderung des Gesellschaftsvertrages.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2012)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Gerlach, Ernst
	Geschäftsführer	Graef, Roger
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Wehling, Klaus
Verwaltungsrat:	Vorsitzende	Mühlenfeld, Dagmar
	1. stellv. Vorsitzender	Kühn, Frithjof
	2. stellv. Vorsitzender	Paß, Reinhard
		sowie weitere 10 Mitglieder


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100%
Stadtwerke
Oberhausen AG
100 %
Verband der kommunalen RWE-
Aktionäre GmbH
0,63 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0036 %
Wirtschaftsbetriebe
Oberhausen GmbH
51 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesell-
schaft Oberhausen mbH
51 %
40%
Energieversorgung
Oberhausen AG
10 %
80%
FSO GmbH & Co. KG
50%
FSO Verwaltungs- GmbH
50%
RWE AG
0,19 %
RW Holding AG
0,89 %
Gemeinschafts-Müll-
Verbrennungsanlage Niederrhein
GmbH
15,2 %
O.Vision Projektgesellschaft
mbH
100%
evo Energie-Netz GmbH
100%
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100%
Biostrom Oberhausen
Management GmbH
100%
Quantum GmbH
10,42%
strasserauf GmbH
30%
KSBG Kommunale
Beteiligungsgesellschaft GmbH
& Co.KG
6%
KSBG Kommunale
Verwaltungsgesellschaft mbH
6%

RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Am Schloß Broich 1-3
45479 Mülheim an der Ruhr

Kontakt:

Telefon	0208/ 44331
Fax	0208/ 4433233
e-Mail	rww@rwe.com
Internet	http://www.rww.de/

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 15.381,95

Gesellschafter:

	T€	%
Kreis Recklinghausen	55,15	0,36
RWE Aqua GmbH	12.272,45	79,78
Stadt Bottrop	862,85	5,61
Stadt Gladbeck	652,70	4,24
Stadt Mülheim	1.538,20	10,00
Stadt Oberhausen	0,60	0,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Erfüllung wassertechnischer und wasserwirtschaftlicher Aufgaben und Dienstleistungen auf dem Wasser- und Abwassersektor.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die geeignet erscheinen, den Gegenstand des Unternehmens zu fördern.

Die Gesellschaft ist so zu führen, dass die geltenden Gesetze, insbesondere die Vorschriften der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen (Gemeindeordnung NW - GO NW) beachtet werden.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2012)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Dr. Schulte, Franz-Josef
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Janßen, Anne

Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Böddeling, Bernd
	stellv. Vorsitzender	Bonan, Uwe
	stellv. Vorsitzender	Hirschfelder, Herrmann
	Mitglied	Bernert, Roland
	Mitglied	Dr. Hilz, Christoph
	Mitglied	Holzmann, Jürgen
	Mitglied	Dr. Neuhaus, Arndt
	Mitglied	Püll, Markus
	Mitglied (AN)	Brockmann, Bernd
	Mitglied (AN)	Randazzo, Gaetano
Prokura:	Prokurist	Dr. Donner, Christoph
	Prokurist	Schubert, Achim

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	6,39	2,11
Gesellschaft für Stadtmarketing mbH, Bottrop	0,83	3,13
IWW Rheinisch-Westfälisches Institut für Wasserforschung gGmbH	184,30	15,31
SEG Stadtentwässerung Schwerte GmbH	24,60	48,00
Wasserverbund Niederrhein GmbH	600,60	26,00
WiN Emscher-Lippe Gesellschaft zur Strukturverbesserung mbH	2,55	0,83

e) Lagebericht

1. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH, Mülheim an der Ruhr (im Folgenden „RWW“ genannt), gehört als regionaler Trinkwasserdirektversorger zu den größten deutschen Wasserversorgungsunternehmen. RWW wurde 1912 gegründet und versorgt in Mülheim an der Ruhr, Oberhausen, Bottrop, Gladbeck, Dorsten, Reken, Velen, Gescher-Hochmoor, Schermbeck und Raesfeld-Erle ca. 750.000 Einwohner als Direktversorger mit hochwertigem Trinkwasser. Darüber hinaus versorgt RWW als Trinkwasservorlieferant der Stadtwerke Velbert, Wülfrath, Ratingen und Borken indirekt weitere ca. 250.000 Einwohner.

Im Bereich der unteren Ruhr in Essen-Kettwig, in Mülheim an der Ruhr sowie am Rhein in Duisburg-Mündelheim betreibt RWW fünf Flusswasserwerke, die ausgehend von der traditionell im Ruhrtal weit verbreiteten künstlichen Grundwasseranreicherung in einem modernen und leistungsfähigen mehrstufigen Aufbereitungsprozess qualitativ hochwertiges Trinkwasser liefern. „Hinsichtlich des Status quo der Trinkwasserförderung und –aufbereitung entlang der Ruhr kann festgehalten werden, dass die Wasserwerke von RWW mit 40 Mio. m³ Trinkwasserförderung pro Jahr und mit einer Laufzeit von mehr als 30 Jahren praktisch den Stand der Technik repräsentieren. Damit ist gleichzeitig ein technischer Leistungsnachweis für die Definition „Stand der Technik“ erbracht“ (Gutachten der Expertenkommission, Programm „Reine Ruhr“ im Auftrag des MUNLV des Landes NRW, Februar 2012, Seite 132). Im nördlichen Versorgungsgebiet verfügt RWW im Verbreitungsgebiet der „Halterner Sande“ über drei Wasserwerke, in Dorsten-Holsterhausen, Reken und Velen, die Grundwasser fördern. Betriebswasser gewinnt RWW aus dem Seewasserwerk in Dorsten.

Die Wasserverteilung erfolgt über ein weit verzweigtes Rohrnetz mit einer Gesamtlänge von ca. 3.000 km. Zur Wartung und Reparatur des Rohrnetzes sind sechs regionale Service-Points im Versorgungsgebiet eingerichtet, die über die Zentrale in Bottrop gesteuert werden.

Das Unternehmen ist funktional gegliedert. Die Linienfunktionen umfassen die Organisationseinheiten Technik, Recht/Personal, Marketing, Finanzen, Controlling sowie Geschäftsentwicklung und Strategie. Der größte Bereich Technik gliedert sich weiter in die Organisationseinheiten Vertrieb, Engineering, Netze, Produktion, Instandhaltung, Facility-Management, Qualität, Ressourcenmanagement und den Stab Technik. Die Organisationseinheiten Interne Revision sowie Arbeitsschutz und Umweltmanagement sind der Geschäftsführung als Stabsfunktionen zugeordnet.

Zur Steuerung des Unternehmens setzt RWW das Kennzahlensystem des RWE-Konzerns ein, das sich an ergebnis- und liquiditätsorientierten Kenngrößen ausrichtet und um RWW-spezifische Größen erweitert ist.

RWE Aqua GmbH ist mit 79,8% Hauptgesellschafter. Die Städte Mülheim an der Ruhr, Bottrop, Gladbeck, Oberhausen sowie der Kreis Recklinghausen, für die wasserwirtschaftliche Dienstleistungen erbracht werden, sind darüber hinaus Gesellschafter des Unternehmens. Die Gesellschaft erfüllt mit ihrer Tätigkeit vollumfänglich den öffentlichen Zweck der Trinkwasserversorgung (§§ 107f GO NW). Die o. g. Kommunen/Gebietskörperschaften sind in den Aufsichtsgremien des Unternehmens unmittelbar vertreten.

Geführt wird die RWW von der RWE Deutschland AG. Die Gesellschaft mit Sitz in Essen bündelt die deutschen Aktivitäten des RWE Konzerns in den Bereichen Netz, Vertrieb und Energieeffizienz und führt die deutschen Regionalgesellschaften. RWE zählt zu den fünf größten Versorgungsunternehmen in Europa. Die Aktivitäten umfassen die Erzeugung, den Transport sowie den Handel und Vertrieb von Strom und Gas.

RWW stellt als regionales Kompetenzcenter Wasser die Expertise der RWE Deutschland AG im Wassergeschäft dar und unterstützt in ausgewählten Beteiligungsleistungen.

Die Weiterentwicklung der innerbetrieblichen Prozesse sowie die strategische Planung und Umsetzung von Investitions- und Instandhaltungsmaßnahmen zur Sicherung von Qualität und Versorgungsleistung sowie vertriebliche Themenstellungen bildeten die Schwerpunkte der Aktivitäten in 2012:

- Das wasserwirtschaftliche Jahr 2012 war gekennzeichnet durch einen milden Winter.

  Das erste Quartal des Jahres 2012 war wärmer als die langjährigen Vergleichswerte. Die kumulierten Niederschlagswerte bis einschließlich März liegen mit 178 mm (Messstation Essen) tendenziell im Mittel der beiden Vorjahre (2010: 170 mm; 2011: 194 mm).

  Im zweiten Quartal 2012 änderte sich der Trend gegenüber dem zweiten Quartal der beiden Vorjahre 2010/2011. Die Niederschlagsmenge des zweiten Quartals 2012 betrug 383 mm und lag damit deutlich über den Quartalsvergleichswerten der beiden Vorjahre. Durch das mit nur 449 mm recht trockene zweite Halbjahr 2012 ergibt sich mit insgesamt 832 mm ein gemessen an den beiden Vorjahren (Mittelwert 863 mm) geringfügig niederschlagsärmeres Jahr 2012.

  Die Förder- und Absatzsituation war durch dieses wasserwirtschaftliche Jahr beeinflusst. Mit 73,9 Mio. m³ konnte die Fördermenge von 2011 nahezu erreicht werden.

  Die Situation in 2012 führte im Segment der Sondervertragskunden zu annähernd konstanten Absatzmengen; lediglich die Betriebswasserlieferungen reduzierten sich geringfügig um 0,3 Mio. m³ auf 18,7 Mio. m³. Der Rückgang der Trinkwassermengen im Tarifkundensegment mit 1,3 Mio. m³ auf 36,0 Mio. m³ führte zu einem Umsatzrückgang im Geschäftsjahr 2012, einerseits bedingt durch die demographische Entwicklung und andererseits durch das Verbrauchsverhalten der Tarifkunden.

- Die Schwerpunkte der Investitions- und Instandhaltungsmaßnahmen im Geschäftsjahr 2012 lagen im Verteilnetz sowie der Anlagentechnik in den Bereichen Wassergewinnung und -aufbereitung.

  RWW hat 2011 die auf Basis der Software PiReM (Pipe Rehabilitation Management System) optimierte Rehabilitationsplanung im Bereich des (Netz-) Asset Management umgesetzt. Damit konnte die Erneuerungsplanung der sicherheitskritischen Verteilnetzinfrastruktur der RWW systematisch weiterentwickelt werden. Von den in 2012 getätigten Investitionen entfielen mit 5,4 Mio. € der wesentliche Anteil auf die Erneuerung bzw. Erweiterung des Verteilnetzes. Besonders hervorzuheben ist die bisher erfolgreiche Durchführung der Rohrnetzmaßnahme Reuenberg (Essen). Durch die Erneuerung der Hauptleitung wird in 2012/2013 eine wesentliche Netzverbindung zwischen Mülheim und dem Wasserwerk Dorsten-Holsterhausen abgesichert.

Den Investitionsschwerpunkt im Bereich der Wasseraufbereitung bildet der Ersatz der Chlordesinfektion im Wasserwerk Dorsten-Holsterhausen. Durch den Einsatz von UV-Technologie setzt RWW nun auch in dem Grundwassergewinnungsbereich auf eine Technologie ohne Chemikalieneinsatz. RWW verfolgt damit eine Erhöhung der Kundenzufriedenheit in Zusammenhang mit einer weitergehenden Erhöhung der Betriebssicherheit. Die zentrale Maßnahme „Bau einer unterirdischen Dichtwand im Wasserwerk in Essen-Kettwig“ wurde in 2011 bautechnisch abgeschlossen, die komplexen und sensitiven Wirkungsmechanismen eines natürlichen Wasserspeichers wurden in 2012 gezielt für den operativen Betrieb angepasst. Die Errichtung der Dichtwand gewährleistet nun den Hochwasserschutz und trägt einen wesentlichen Beitrag zur Speicherung aufbereiteten Trinkwassers bei. Diese Investitionsmaßnahme kann als Anpassungsmaßnahme auch an die Auswirkungen des Klimawandels hervorgehoben werden. Für das Asset-Management der RWW-Ruhrwasserwerke wurde durch diese signifikante Erhöhung von Trinkwasser-Speicherkapazität eine deutliche Optimierungsbasis für die zukünftige Lieferfähigkeit geschaffen. Diese bezieht sich nicht nur auf die Quantität, sondern besonders auch auf die Absicherung von Betriebsunterbrechungen im Bereich der Aufbereitung. Somit erfolgte hiermit eine gezielte Erhöhung der Versorgungssicherheit für die RWW-Kunden.

- Die Strategie, das ausgeprägte Know-how der RWW in den verschiedenen Bereichen der Trinkwasserversorgung für die Vermarktung technischer Dienstleistungen einzusetzen, wurde auch im Jahr 2012 erfolgreich und konsequent weitergeführt. Die verschiedenen technischen Dienstleistungen im Netzbetrieb (Armaturenkontrolle, Wasserverlustanalyse und Leckortung) sind weiterhin gut im Markt etabliert und werden entsprechend nachgefragt. Zur gezielten Weiterentwicklung im Netzbetrieb haben der niederländische Wasserversorger WML (Trinkwasserversorgung Region Limburg) und RWW eine Kooperation geschlossen. RWW partizipiert an dem von WML entwickelten Programm zur intelligenten Netzspülung. Im Gegenzug erhält WML fachliche Unterstützung im Bereich Aktivkohlemanagement, die seit mehr als 30 Jahren im Betrieb der hochkomplexen Mehrschicht- und Aktivkohleaufbereitungsstufe des Mülheimer-Verfahrens gesammelt wurde sowie weitergehende Themenstellungen im Bereich des Aktivkohlemanagements.

- Berichterstattung nach EnWG / Wasserkraftlaufwerk Kahlenberg
  RWW unterliegt als Energieversorgungsunternehmen den Vorschriften des Energiewirtschaftsgesetztes (EnWG) in der Fassung vom 28. Dezember 2012. RWW ist ein im Sinne des § 3 Nr. 38 EnWG vertikal integriertes Energieversorgungsunternehmen mit den Folgen der Kontentrennungspflicht nach § 6 b Abs. 3 EnWG und der erweiterten Pflicht zur Lageberichterstattung nach § 6 b Abs. 7 S. 4 EnWG. Im Geschäftsjahr 2012 wurden innerhalb des Elektrizitätssektors ausschließlich andere Tätigkeiten gemäß § 6 b Abs. 3 S. 3 EnWG durchgeführt.

  Die Energieeigenerzeugung aus dem RWW-Wasserkraftlaufwerk Kahlenberg an der Ruhr stellt eine wichtige Komponente im Bereich des RWW-Energiemanagements dar. Das Kraftwerk entnimmt dem Ruhrschifffahrtskanal jeweils soviel Wasser, dass die drei Turbinen effizient zur Stromerzeugung eingesetzt werden können. Eine direkte wirtschaftliche Abhängigkeit von der Wasserführung der Ruhr existiert. Auch hier zeigt sich die Auswirkung des hydrologischen Wasserjahres. Mit einer Leistung von 14,7 GWh (Vorjahr: 14,5 GWh) gehört der Jahreswert 2012 zu den unterdurchschnittlichen Erzeugungsjahren. Die produzierte Strommenge setzte RWW fast ausschließlich im eigenen Unternehmen ein.

- Gesetze, Verordnungen, technische Regelwerke und Sicherheitsvorschriften stellen hohe Anforderungen an die Organisation des Unternehmens. RWW verfolgt daher eine stringente Zertifizierungsstrategie (Bsp. Technisches Sicherheitsmanagement, DIN 14001, EMAS III und zukünftig DIN 16001). Die fachliche Umsetzung der Regeln und Normen soll unter allen Umständen gewährleistet sein. Dies gilt sowohl für Arbeiten an eigenen Anlagen und Netzen sowie für Arbeiten im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen für Dritte. RWW forciert im Rahmen einer Unternehmensinitiative „Sicher vorweg“ die Verringerung bzw. Vermeidung von Gefährdungen und Risiken für Personen und Sachwerte, sowohl für die eigene Mitarbeiterschaft als auch zukünftig für bei RWW beschäftigte Fremdunternehmen. RWW hat das ambitionierte Ziel, den Zielwert „Häufigkeit der unfallbedingten Arbeitszeitausfälle (engl. Lost Time Injury Frequency (LTIF)) signifikant zu reduzieren. Erfolge sind bereits erkennbar, da sich die Kennzahl in 2012 auf 10,9 (Vorjahr 15,4) minderte. Arbeitsschutz und -sicherheit haben bei RWW einen sehr hohen Stellenwert. RWW hat sich in 2012 entschieden, den betriebsärztlichen Dienst der RWE als Dienstleister auszuwählen. Neben der gezielten Schwerpunktsetzung im Bereich Gesundheitsmanagement steht die nachhaltige Weiterentwicklung der RWW-Sicherheits-Kultur im Fokus.

- Projektbeteiligungen im Rahmen der Angewandten Forschung und Entwicklung zur weitergehenden Optimierung der Anlagen- und Prozesstechnik (inkl. Mess-, Steuer- und Regeltechnik) sowie Organisation und Management wurden auch 2012 aktiv weiterentwickelt. So wird z. B. im Rahmen des BMBF-Projektes „Sichere Ruhr - Badegewässer und Trinkwasser für das Ruhrgebiet“ eine Überprüfung des betrieblichen Sicherheitsstandards der Trinkwassergewinnung und -aufbereitung aus der Ruhr hinsichtlich der Rückhaltung von Krankheitserregern durchgeführt. Erste Beprobungen erfolgten 2012. Das Multi-Barrierensystem des Mülheimer Verfahrens stellt einen hohen technischen Standard dar. Diese Weiterentwicklung erfolgt gezielt im Sinne der RWW-Kunden, so dass mit diesen Verfahrensschritten aktiv die Prozesssicherheit hinsichtlich der Zielparameter erhöht wird. Als Beispiel für die RWW-Prozessoptimierung ist die effiziente Verknüpfung von Informations- und Automatisierungstechnik zu nennen. Gemeinsam mit Siemens wurde am Standort Kettwig eine integrierte Softwarelösung für das verfahrenstechnische Engineering sowie den Betrieb getestet. Des Weiteren kooperieren beide Unternehmen im Bereich der Weiterentwicklung eines integrierten Managementsystems für zukünftige intelligente und multifunktionelle Infrastruktursysteme. Insgesamt ist RWW in 2012 an acht Forschungs- und Entwicklungsprojekten beteiligt, die gezielt die Bereiche Energie, Klimawandel und Prozessoptimierung abdecken.

- Klimawandel und Anpassungsstrategien stehen sowohl im Forschungs- und Entwicklungsbereich als auch durch gezielte Anpassungsmaßnahmen im Bereich Gewinnung, Aufbereitung und Verteilung bei RWW im Fokus. Im Rahmen des BMBF-geförderten Forschungsvorhabens dynaklim untersucht RWW mit der IWW Rheinisch-Westfälisches Institut für Wasserforschung gemeinnützige GmbH u. a. die möglichen Auswirkungen des Klimawandels auf die Trinkwassergewinnung und -aufbereitung in der Emscher-Lippe-Region. Gemeinsam mit RWW als Projektpartner wurde an drei Ruhrwasserwerken eine Potenzialanalyse der installierten Verfahrenstechnik hinsichtlich zu erwartender Klimawandelfolgen durchgeführt und erforderliche Anpassungsmaßnahmen abgeleitet. Um mögliche Anpassungserfordernisse der untersuchten Wasserwerke abzuleiten, wurde ein mehrstufiges Vorgehen gewählt, in dem historische Ruhrwasserdaten ausgewertet wurden, um in Zeiten außergewöhnlicher Situationen (z. B. Hochwasser, Niedrigwasser bei hohen und niedrigen Temperaturen) für die Trinkwasserversorgung potenziell kritische Parameter und der zugehörigen Maximalwerte abzuleiten. Im Anschluss wurde für ausgewählte historische Ereignisse das Verhalten der installierten Verfahrenstechnik detailliert untersucht. Hierzu wurden Roh- und Trinkwasserqualitätsdaten, auch aus Zwischenschritten der Trinkwassergewinnung und -aufbereitung, ausgewertet. Ziel war die Identifikation von besonderen Vorkommnissen. Parallel wurden die regionalen Klimamodelle - hinsichtlich der zu erwartenden Zunahme der für die Ruhrwasserwerke der RWW als kritisch betrachteten Ereignisse - ausgewertet. Auf Basis der erhobenen Aus- und Bewertungen konnte RWW in 2012 eine erste Risikoabschätzung für die Versorgungssicherheit durchführen und gezielt erforderliche Anpassungsmaßnahmen für Betrieb und Anlagenmanagement ergreifen. Es zeigt sich zum Beispiel auf Basis von Feldversuchen im Netzbereich, die durch Laborversuche ergänzt wurden, dass RWW bei einer Oberflächenwassertemperatur der Ruhr von bis zu 29 Grad Celsius weiterhin mikrobiologisch stabiles Trinkwasser den Kunden liefern kann. Hierdurch wird deutlich, dass sich die Investition in das komplexe Mülheimer Aufbereitungsverfahren mit seinen verschiedenen Barrierestufen bewährt hat. Es gibt allerdings weitere wasserwirtschaftliche Fragestellungen, die in Zukunft zu klären sind. Angefangen von der konkurrierenden Nutzung der Ressource Wasser z. B. durch die Landwirtschaft bis zur Entwicklung von speziellen Algenspecies. RWW handelt aktiv, es werden Grenzsituationen für alle wasserwirtschaftlich relevanten Aspekte bewertet, um hierauf eine gezielte Weiterentwicklung des Anlagenbestandes zu gewährleisten, aber auch um Fehlinvestitionen in Anlagen mit entsprechend langer technischer Lebensdauer zu vermeiden. RWW hat sich auch 2012 in die fachliche Weiterbearbeitung der relevanten Themengebiete eingebracht. Zielstellung für RWW ist es, die langfristige Versorgungssicherheit abzusichern und für den Kunden die wirtschaftlichste Technologie- und Betriebsanpassung zu entwickeln.

- Auch in 2012 wurde das Landesprojekt Benchmarking Wasserwirtschaft NRW erfolgreich fortgesetzt. RWW hat sich daran zum mittlerweile vierten Mal beteiligt. Mit 104 Teilnehmern stellt sich knapp ein Viertel aller Versorger dem Vergleich. Insgesamt werden durch die Teilnehmer wie bereits im Vorjahr 86% der Wasserabgabe an Letztverbraucher in NRW erfasst. Das Instrument Benchmarking hat sich bei den privatrechtlich organisierten Unternehmen durchgesetzt. Mit 92% kann das Projekt auf eine beeindruckende Wiederholerquote verweisen. Ganz wesentliche Unterstützung für das Projekt leistet die Landesregierung. Eine breite Beteiligung am Benchmarking ist ein wesentlicher Baustein des „nordrhein-westfälischen Weges“ zu einer modernen und effizienten Wasserwirtschaft mit hoher Kundenorientierung und fairen Tarifen.

  Nachdem sich RWW in 2010/2011 zudem mit zwei Wasserwerken an dem von IWW bundesweit durchgeführten Prozessbenchmarkingprojekt Wasserwerke sowie an dem Prozessbenchmarkingprojekt

„Verbrauchsabrechung und Zählerwechsel“ beteiligt hat, erfolgt in 2012/2013 die operative Umsetzung der für RWW relevanten Ergebnisse. Sowohl national als auch auf EU-Ebene erfolgte ein zielgerichteter und fokussierter Austausch auf Prozesskennzahlenebene. Als ein Beispiel sei hier die Kooperation mit WML/Niederlande aufgeführt. Ein weiterer Erfolgsfaktor stellt die Gremienarbeit in Fachverbänden dar. Diese erfolgt z. B. in unterschiedlichen technischen Kommitees des Deutschen Verbandes der Gas- und Wasserwirtschaft (DVGW). Hier werden Kennzahlen auf Basis des Regelwerkes (IWA/ DVGW) diskutiert und weiterentwickelt. Ergänzend wird innerhalb der RWE-Gruppe im Rahmen der Kompetenzteams Assetmanagement und Netze Fachwissen gebündelt und es werden Vergleichsansätze angeboten. RWW hat somit die Möglichkeit, „Best Practice“ aus dem Bereich der Energie- und Gaswirtschaft für die Wasserwirtschaft zu adaptieren und erfolgreich umzusetzen. RWW bringt sich auch aktiv in die Entwicklung von Kennzahlen mit ein. Hier kann beispielhaft das BMU-Projekt „Ökologische und hygienische Kennzahlen im Benchmarking der Wasserversorgung – Empfehlungen aus Sicht des Gewässer- und Gesundheitsschutzes“ aufgeführt werden. Da es sich um die Entwicklung einer Kennzahlensystematik zur weitergehenden Entwicklung der Qualitätsanforderungen handelt, ist es wichtig, dass die Wasserversorgung sich einbringt.

RWW sieht gleichwertig neben dem Landesbenchmarking das Prozessbenchmarking als eine wesentliche Methodik zur Erhöhung der Effizienz unter der Rahmenbedingung der Versorgungssicherheit.

- RWW hat zum Beginn des abgelaufenen Geschäftsjahres das neu entwickelte so genannte „Mülheimer Tarifsystem“ mit einem Wohneinheiten- und Verbrauchsklassen-bezogenen Systempreis eingeführt. Die Umstellung verlief reibungslos. Eine im Vorfeld durchgeführte breite Kommunikation unter Einbeziehung der Kartellbehörde NRW dürfte zu der hohen Akzeptanz des neuen Systems beigetragen haben. Dies hat die öffentliche Wahrnehmung weiter verstärkt, mit der Folge, dass RWW von anderen Wasserversorgungsunternehmen und Stadtwerken um Beratung bei Tarifumstellungen nachgesucht worden ist. Daraus hat sich bei RWW mittlerweile ein eigenes Geschäftsfeld entwickelt. Für die Zukunft wird erwartet, dass sich angesichts der vorherrschenden Rahmenbedingungen rückläufiger Nachfrage und demografischen Wandels weitere Versorger einer Umstellung ihrer Tarifsysteme zuwenden werden.

- Die Wasserwerke an der Ruhr stehen in einem kontinuierlichen Dialog mit Aufsichtsbehörden und Öffentlichkeit (Medien) zu den Themen „Eignung des Flusswassers für die Trinkwassergewinnung“, „toxikologische Bewertung von im Ruhrwasser festgestellten organischen Spurenstoffen“ und „Mikroverunreinigungen“. Das Umweltministerium NRW verfolgt dabei im Rahmen des Programms „Reine Ruhr“ als Anschlussaktivität zur „Arnsberger Vereinbarung“ beim integrierten Gewässerschutz mehrere Stoßrichtungen.
  - Vermeidung von Schadstoffeinträgen an der Quelle
  - verschärfte Kontrollen der industriellen Direkteinleitungen
  - weitere Aufrüstung der Kläranlagen
  - Einführung von Mindeststandards bei der Trinkwasseraufbereitung in den Ruhrwasserwerken
  - Verbesserung der Information der Öffentlichkeit über naturwissenschaftliche Zusammenhänge bei der Diskussion um das Thema „Wie rein muss Trinkwasser sein?“

  Obwohl nicht unmittelbar betroffen, war auch für RWW bedeutsam, dass in 2010 eine schriftliche Ankündigung einer Anpassungsverfügung der Bezirksregierung Arnsberg zur „Ertüchtigung von Wasseraufbereitungsanlagen“ entsprechend dem Erlass des MUNLV vom 01.04.2010 erfolgte. Der Erlass formuliert die Forderungen nach Implementierung eines Verfahrens zur sicheren Partikelabtrennung aus dem Rohwasser (z. B. Mehrschichtfiltration), nach chemischer Oxidation (z. B. Ozonung), nach Adsorption und biologischem Abbau von Schadstoffen (z. B. permanente Aktivkohle-Festbettfiltration) sowie nach sicherer Desinfektion des Trinkwassers (UV-Entkeimung) als Stand der Technik. RWW wendet diese Verfahren seit langer Zeit an. Die individuellen Vereinbarungen zwischen der Bezirksregierung Arnsberg und den Wasserversorgungsunternehmen an der Ruhr sind abgeschlossen. RWW wird im Rahmen der technischen Anpassung der Desinfektion durch Umstellung des Wasserwerks Styrum-West auf UV-Technologie seinen Technikstandard weiter anpassen.

- Sich verändernde Rahmenbedingungen für Sicherheit und Qualität der Trinkwasserversorgung stellen neue Herausforderungen für das Unternehmen dar. Es ist zu befürchten, dass Qualitätsziele für Rohwasservorkommen zukünftig noch ambitionierter definiert werden. Der Gesetzgeber sollte jedoch hierbei nicht das Vorsorge- und Verursacherprinzip vernachlässigen. Zudem lassen EU-weite Ansätze zur ökonomischen Lenkung des Gebrauchsverhaltens ebenso wie beabsichtigte Vorschriften über wassersparende Armaturen etc. jede Sensibilität für die Notwendigkeit einer Differenzierung nach den regionalen Verhältnissen vermissen. „Wasser sparen um jeden Preis“ verfälscht den hierzulande längst praktizierten Ressourcenschutz. Der Druck auf das Unternehmen wird unverhältnismäßig verstärkt, wenn die dadurch ausgelösten höheren Kosten keine angemessene Berücksichtigung im Preisrecht finden, zumal RWW bereits gegenwärtig im Rahmen einer rationellen Betriebsführung alle Effizienzsteigerungsmöglichkeiten ausnutzt.

2. Ertragslage

Die nachfolgende Gewinn- und Verlustrechnung gibt einen Überblick über wesentliche Posten:

	2012 Mio. €	2011 Mio. €
Umsatzerlöse (einschl. aktivierte Eigenleistungen)	106,0	107,5
Sonstige betriebliche Erträge	6,2	7,1
Materialaufwand	-28,2	- 28,0
Personalaufwand	-30,9	- 32,4
Abschreibungen	-10,2	- 10,3
Sonstige betriebliche Aufwendungen (einschl. sonstige Steuern)	-24,7	- 24,2
Zins- und Finanzergebnis (einschl. außerordentliche Aufwendungen)	-4,8	- 4,1
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-3,3	- 5,5
Jahresüberschuss	10,1	10,1

Die im Geschäftsjahr erzielten Umsatzerlöse einschließlich der aktivierten Eigenleistungen liegen mit 106,0 Mio. € um 1,5 Mio. € unter dem Vorjahreswert. Der Rückgang ist nahezu ausschließlich mengenbedingt und auf das Tarifkundensegment zurückzuführen. Die Umsatzerlöse der Tarifkunden verminderten sich dadurch um 2,2 Mio. € auf 78,5 Mio. €.

Die Summe der Umsatzerlöse der Wiederverkäufer, des Handelsgeschäftes und der Sondervertragskunden erhöhte sich um 0,5 Mio. €. Während der Anstieg der Umsatzerlöse der Sondervertragskunden hauptsächlich preisbedingt war, erhöhten sich die Umsatzerlöse in den Segmenten Wiederverkäufer und Weiterverteiler mengen- und preisbedingt.

Nachfolgende Tabelle gibt einen Mengenüberblick der Wasserbeschaffung bzw. der Wasserabgabe bei RWW:

	2012 in Mio. m³	**2011** in Mio. m³
Wasserbeschaffung		
Eigenerzeugung	73,9	74,0
Fremdbezug	15,1	15,0
	89,0	**89,0**
Wasserabgabe		
Sondervertragskunden		
Trinkwasser	27,8	27,8 [1)]
Betriebswasser	18,7	18,9
	46,5	**46,7**
Tarifkunden	36,0	37,3 [1)]
	82,5	**84,0**
Eigenverbräuche, Rohrbrüche, Feuerlöschwasser, Spülungen, Netzverluste (unentgeltliche Verbräuche)	**6,5**	**5,0**

[1)] Vorjahreszahlen wurden aus Vergleichsgründen angepasst, da sich Zuordnungen zu Kundengruppen im Rahmen der Tarifanpassung zum 01.01.2012 änderten.

Mit 82,5 Mio. m³ lag die Gesamtabgabe an Trink- und Betriebswasser um 1,5 Mio. m³ unter der Vorjahresmenge. Auf das Kundensegment Sondervertragskunden einschließlich Weiterverteiler (Trink- und Betriebswasser) entfiel eine Abgabemenge von 46,5 Mio. m³. Auf die Trinkwasserabgabe entfielen 63,8 Mio. m³, davon 36,0 Mio. m³ auf die Trinkwasserliefe-rungen an Tarifkunden – das sind 1,3 Mio. m³ weniger als im Vorjahr.

Die sonstigen betrieblichen Erträge lagen mit 6,2 Mio. € um 0,9 Mio. € unter den Wert des Vorjahres im Wesentlichen bedingt durch die im Vorjahr vereinnahmte Umsatzsteuer-rückerstattung für Hausanschlüsse von 0,7 Mio. €.

Der Materialaufwand lag mit 28,2 Mio. € um 0,2 Mio. € über dem Vorjahreswert. Während sich die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe um 0,4 Mio. € reduzierten, erhöhten sich die Aufwendungen für bezogene Leistungen aufgrund einer Rückstellungsbil-dung für unterlassene Instandhaltung um 0,6 Mio. €.

Die Personalaufwendungen sanken um 1,5 Mio. € auf 30,9 Mio. €. Hauptgrund ist die verminderte Zuführung zu den Rückstellungen zur Altersversorgung, die in 2011 bei 3,9 Mio. € lag, in 2012 hingegen bei 2,5 Mio. €. Zum Stichtag 31.12.2012 beschäftigte RWW 429 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. 20 Mitarbeiter befinden sich in der Freistellungsphase der Altersteilzeit. Diese Mitarbeiter werden gesondert ausgewiesen, da sie nicht in der Stammbelegschaft geführt werden. Die Zahl der Angestellten sank von 227 auf 219. Im gewerblichen Bereich sind 210 Mitarbeiter beschäftigt. Im Berichtsjahr beträgt der Anteil der weiblichen Beschäftigten 17,9% der Gesamtbelegschaft, bezogen auf den Angestelltenbereich beträgt ihr Anteil 29,2%. Auch im Berichtsjahr bildet RWW über den eigenen Bedarf hinaus aus. Am 31.12.2012 befinden sich 20 Jugendliche in einer Ausbildung in den Berufsbildern Industriekaufmann/-frau, Elektroniker/-in für Betriebstechnik und Industriemechaniker/-in. RWW beschäftigt zum Jahresende 31 anerkannt schwerbehinderte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon befinden sich zwei Mitarbeiter in der Altersteilzeit-Freistellungsphase.

Die Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen lagen mit 10,2 Mio. € auf Vorjahresniveau.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen dotieren mit 24,7 Mio. € um 0,5 Mio. € über dem Vorjahreswert, im Wesentlichen bedingt durch höhere Aufwendungen für die Altersteilzeit.

Das Zins- und Finanzergebnis (einschließlich der außerordentlichen Aufwendungen) verschlechterte sich um 0,7 Mio. € auf -4,7 Mio. €. Diese Ergebnisverschlechterung resultiert nahezu ausschließlich aufgrund der weiteren Reduzierung des Abzinsungssatzes für die Pensionsrückstellungen.

3. Finanzlage

RWW ist als Konzernunternehmen der RWE AG in den Cash Pool der RWE Deutschland AG, Essen, einbezogen. Das Cash Management umfasst die Durchführung von Zahlungsverkehr, Liquiditätsdisposition und Liquiditätsausgleich einschließlich der Führung von Cash Pools sowie die Anlage und die Aufnahme von Tages- und Termingeldern sowie Darlehen. Zum 31.12.2012 waren insgesamt 69,3 Mio. € bei der RWE Deutschland AG verzinslich angelegt.

Wie der nachfolgend wiedergegebenen Kurzfassung der Kapitalflussrechnung zu entnehmen ist, ergibt sich eine zahlungswirksame Erhöhung des Finanzmittelfonds um 5,7 Mio. €. Der Finanzmittelfonds wird definiert als Summe aus Kassenbestand zuzüglich der konzerninternen Geldanlagen.

	2012 Mio. €	2011 Mio. €
Cash flow aus laufender Geschäftstätigkeit	22,4	21,3
Cash flow aus Investitionstätigkeit	-6,7	-8,4
Cash flow aus Finanzierungstätigkeit	-10,0	-10,8
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	**5,7**	**2,1**

Sämtliche Investitionen des Geschäftsjahres konnten aus dem Cash flow aus laufender Geschäftstätigkeit finanziert werden.

Der dynamische Verschuldungsgrad (Differenz zwischen Fremdkapital und flüssige Mittel im Verhältnis zum Cash flow aus laufender Geschäftstätigkeit) ist im Berichtsjahr geringfügig auf 2,08 (Vorjahr 2,22) gesunken.

4. Vermögenslage

Nachfolgende Bilanzstruktur gibt einen Überblick über die wesentlichen Posten:

	31.12.2012 Mio. €	31.12.2011 Mio. €
Anlagevermögen	118,8	121,5
Umlaufvermögen	80,8	74,8
Rechnungsabgrenzungsposten	0,1	0,1
Bilanzsumme	**199,7**	**196,4**
Eigenkapital	76,0	75,8
Rohrnetzkostenzuschüsse	7,8	9,6
Rückstellungen	112,4	107,4
Verbindlichkeiten (einschl. passive Rechnungsabgrenzung)	3,5	3,6
Bilanzsumme	**199,7**	**196,4**

Die Bilanzsumme hat sich im Vergleich zum 31.12.2011 um 3,3 Mio. € erhöht.

Bei Gesamtinvestitionen von 7,9 Mio. €, Abgängen von 0,4 Mio. € und verrechneten Abschreibungen von 10,2 Mio. € reduzierte sich das Anlagevermögen um 2,7 Mio. € auf 118,8 Mio. €.

Von den Gesamtinvestitionen (einschließlich geleisteter Anzahlungen und Anlagen im Bau) entfallen 0,1 Mio. € auf Grundstücke und Bauten, 1,8 Mio. € auf technische Anlagen und Maschinen, 5,4 Mio. € auf Rohrnetz und Wasserzähler, 0,5 Mio. € auf Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie 0,1 Mio. € auf die Finanzanlagen.

Die Investitionen in das Finanzanlagevermögen betreffen fast ausschließlich gewährte Wohnungsbaudarlehen an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Das Umlaufvermögen einschließlich des Rechnungsabgrenzungspostens erhöhte sich um 6,0 Mio. € im Wesentlichen bedingt durch den Anstieg des Finanzmittelfonds um 5,7 Mio. €.

RWW weist für das Geschäftsjahr 2012 einen Jahresüberschuss von 10,1 Mio. € aus. Im Geschäftsjahr 2012 sind den Gewinnrücklagen 0,1 Mio. € zugeführt und 10,0 Mio. € ausgeschüttet worden. Die Eigenkapitalquote reduzierte sich auf 38,0% (Vorjahr 38,6%).

Die Rückstellungen einschließlich der passiven Rechnungsabgrenzungsposten erhöhten sich um 5,0 Mio. €, davon entfallen 3,6 Mio. € auf die Pensionsrückstellungen. Die Verbindlichkeiten blieben mit 3,5 Mio. € nahezu auf Vorjahresniveau

5. Nachtragsbericht

Zum 01.01.2013 erhöht RWW nach dreijähriger Preiskonstanz die Trinkwasserpreise gegenüber den Tarifkunden um durchschnittlich 2,42% und bleibt somit deutlich hinter dem Preisindex für Lebenshaltung aller privaten Haushalte in NRW.

Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach dem Schluss des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

6. Risikobericht

RWW ist vollständig in das Risikomanagement des RWE Konzerns eingebunden. Die Risikomanagementprozesse der Gesellschaft sind daher auf die Vorgehensweisen und Berichtsstrukturen der Führungsgesellschaft RWE Deutschland AG abgestellt. Innerhalb der RWW ist ein Risikomanagement-Ausschuss implementiert, der sich aus Vertretern der wesentlichen Bereiche der Gesellschaft zusammensetzt. So ist sichergestellt, dass alle Risikokategorien entsprechend berücksichtigt und bewertet werden können. Alle identifizierten Risiken, unabhängig von deren Eintrittswahrscheinlichkeit und Risikohöhe, werden in einem Risikokatalog zusammengestellt. Der Risikomanagement-Ausschuss tagt regelmäßig, um diesen Katalog entsprechend zu aktualisieren. Der Risikomanagement-Ausschuss-Vorsitzende berichtet direkt an die Geschäftsführung, die die Funktion des Risikokoordinators wahrnimmt. Zu den vorbeugenden Maßnahmen des Risikomanagements zählen detaillierte Arbeits- und Verfahrensanweisungen, regelmäßige Wartungen und Überprüfungen der Anlagen, Schulungen sowie Weiterbildungsmaßnahmen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und, entsprechend dem Bedarf, Versicherungen. Hierdurch soll das Risikopotenzial minimiert werden. Die interne Revision, die direkt der Geschäftsführung zugeordnet ist, verfolgt in ihrer Tätigkeit einen risikoorientierten Prüfungsansatz und ist ebenfalls in die Revisionsprozesse der Führungsgesellschaft eingebunden.

Betriebsrisiken begegnen wir mit einem intensiven, regelmäßigen nach W 1000 zertifizierten Qualitätsmanagementsystem.

Bestandsgefährdende sowie sonstige wesentliche Risiken bestanden weder im zurückliegenden Geschäftsjahr noch sind solche derzeit im laufenden Geschäftsjahr erkennbar oder zu erwarten. Risiken aus Forderungsverlusten begegnen wir mit einem strukturierten und konsequenten Forderungsmanagement.

Transparenz, offene Kommunikation sowie eine klare Ausrichtung der Gesellschaft und deren Organisation auf die vereinbarten Ziele bilden einen wesentlichen Baustein innerhalb des Risikomanagements der Gesellschaft. Wöchentlich erfolgen im Rahmen eines Jour Fixe die Abstimmung und Behandlung aktueller Themen zwischen der Geschäftsführung und dem Kreis der Prokuristen (erweiterte Geschäftsführungssitzung). Monatliche Sitzungen des Management-Teams, dem Vertreter der wichtigen Funktionsbereiche des Unternehmens angehören, geben der Geschäftsführung die Möglichkeit, alle relevanten Themen mit den Verantwortlichen eingehend und zeitnah zu diskutieren. Ergänzend hierzu werden die verantwortlichen Leiter der Linienbereiche zu regelmäßigen Jour-Fixe-Terminen oder erweiterten Geschäftsführungssitzungen hinzugezogen.

7. Prognosebericht

RWW ist bestrebt, seine Marktposition als leistungsfähiger regionaler Wasserversorger stetig auszubauen. Das Unternehmen wird sich als „Regionales Kompetenzcenter Wasser“ der RWE Deutschland AG weiter etablieren, seine Stärken und fachlichen Kompetenzen auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft weiter systematisch einbringen und Synergien in der Zusammenarbeit mit Unternehmen der RWE-Gruppe erschließen. RWW ist bestrebt, seine

Leistungsfähigkeit, Kosten- und Kundenorientierung als Wasserwirtschaftsunternehmen kontinuierlich weiterzuentwickeln.

Wachstum für RWW und das Wassergeschäft der RWE Deutschland AG, die kontinuierliche Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit sowie die nachhaltige Absicherung der erreichten Wertsteigerungen sind die wesentlichen mittel- und langfristigen Ziele des Unternehmens. Erfolge im Vertriebsbereich und damit verbundenes externes Wachstum sind ausschlaggebend für das Erreichen der gesetzten Ziele. RWW wird sich daher zukünftig weiter auf den Ausbau der vertrieblichen Aktivitäten und den Aufbau von Kooperationen mit benachbarten Versorgern konzentrieren. Die Überprüfung der Professionalität und Effizienz der Kernprozesse des Unternehmens und hiermit verbundene Anpassungen gehören für RWW zur Routine im Hinblick auf eine stetige Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit. Die Absicherung der derzeitigen Position des Unternehmens im Versorgungsgebiet bildet zukünftig ebenso einen Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit der RWW wie das Erreichen eines organischen Wachstums in den Bereichen Trinkwasser-Konzessionen und Vorlieferantenpositionen für Weiterverteiler sowie die Übernahme von Betriebsführungs- und Dienstleistungsfunktionen. In den folgenden Jahren wird RWW sich darauf konzentrieren, auslaufende Konzessionsverträge zu verlängern. In der Position als Vorlieferant für Trinkwasser und in dem Ausbau von wassernahen Dienstleistungen sieht RWW die Chance, weitere Wachstumsziele zu generieren.

Die Investitionen der kommenden Jahre konzentrieren sich mit einem Jahresvolumen von ca. 9,0 Mio. € bis 10,0 Mio. € auf die Kernbereiche des Unternehmens mit einem Schwerpunkt auf Erhaltungsinvestitionen im Verteilnetz.

Die Aktivitäten zur Ausweitung von Tätigkeiten im Abwassersektor werden auch in den kommenden Geschäftsjahren fortgesetzt. Darüber hinaus wird Wachstum durch den Erwerb ausgewählter Beteiligungen an Wasser- und Abwasserunternehmen in (Teil-) Privatisierungsverfahren angestrebt.

RWW steht in sich langsam verändernden Wasserteilmärkten im Wettbewerb zu anderen Wasserversorgungsunternehmen. Die Gesellschaft wird daher zur Erreichung der gesteckten Ziele insbesondere auch Chancen zur Zusammenarbeit mit Partnern innerhalb und außerhalb des RWE-Konzerns nutzen. Auch in diesem Zusammenhang spielen die Möglichkeiten von Kooperationen mit benachbarten Versorgungsunternehmen eine strategische Rolle.

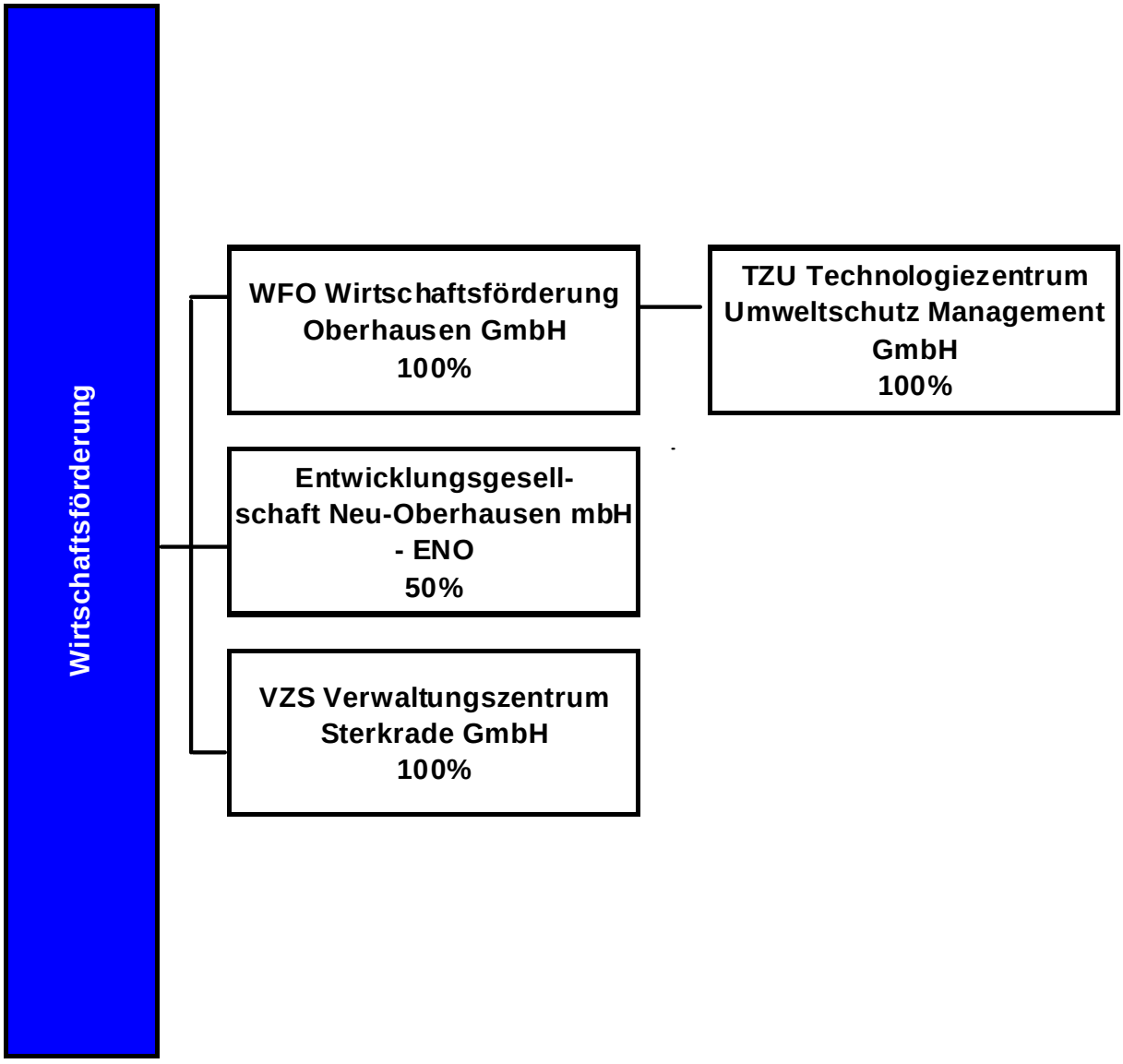
Die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft ist positiv – für die beiden kommenden Geschäftsjahre wird ein ähnliches Ergebnis wie 2012 prognostiziert. Dem liegt die Annahme zugrunde, dass RWW bei annähernd gleich hohen Aufwendungen den vertrieblichen Bereich weiter entwickelt und somit seine Marktposition als leistungsfähiger Wasserversorger ausbaut. Die Geschäftsführung erwartet auch für die Zukunft eine weiterhin solide Fortentwicklung der finanziellen und technischen Kenngrößen des Unternehmens.

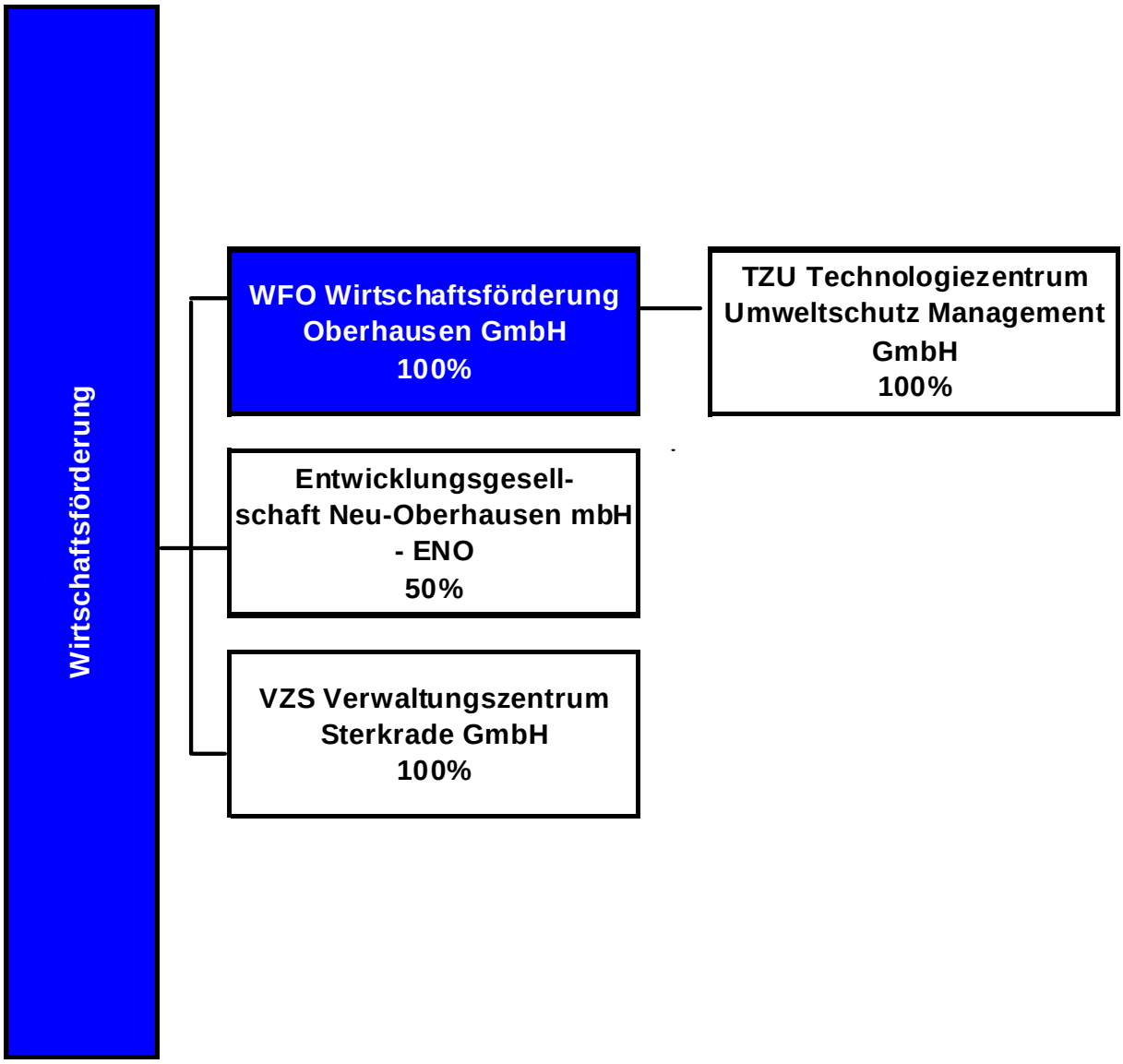
Mülheim an der Ruhr, 10.01.2013

Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH

Die Geschäftsführung

Wirtschaftsförderung




Wirtschaftsförderung
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH 100%
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH 100%
Entwicklungsgesell-schaft Neu-Oberhausen mbH - ENO 50%
VZS Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH 100%

WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Essener Str. 51
46047 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/85036-0
Fax	0208 / 8503610
e-Mail	info@wfo-gmbh.de
Internet	http://www.wfo-gmbh.de/

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in TDM: 50,00

Gesellschafter:	**T€**	**%**
Stadt Oberhausen	50,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Verbesserung der räumlichen, sozialen und wirtschaftlichen Struktur der Stadt Oberhausen durch die Entwicklung und Förderung von Industrie, Gewerbe, Handel, Handwerk und Dienstleistungen auf allen Gebieten und Entwicklungen des Arbeitsmarktes
Entwicklung von Nutzungskonzepten für Industrie- und sonstige Grundstücke, deren Aufbereitung zum Zwecke der Vermarktung einschließlich aller damit in Zusammenhang stehenden Tätigkeiten, insbesondere im Gebiet von Oberhausen

Wichtige Verträge

Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	Geschäftsbesorgungsvertrag vom 02.01.2007
evo Energieversorgung Oberhausen AG	Geschäftsbesorgungsvertrag vom 28.11.2006 über die Erbringung der gesamten Geschäftsbuchführung für WFO und deren Tochtergesellschaften
Gasometer Oberhausen GmbH	Mietvertrag Gasometer vom 17.12.2009/21.12.2009
Gasometer Oberhausen GmbH	Überlassungsvertrag Gasometer vom 17.10.1995/18.10.1995
Gasometer Oberhausen GmbH	Vertrag vom 25.10.1995 über den Betrieb und die Verwaltung des Gasometers
Stadt Oberhausen	Vertrag über die Überlassung des LaGa-Grundstücks vom 04.10.1999
Theater Oberhausen	Vertrag über die Anmietung der Probebühne vom 01.10.1998
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH	Geschäftsbesorgungsvertrag vom 25.10.1995

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2012)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Lichtenheld, Frank
	Geschäftsführer	Koch, Burkhard
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Tsalastras, Apostolos
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	M.d.L. Große Brömer, Wolfgang
	Mitglied gem. § 113 GO	Wehling, Klaus
	Mitglied	Flötgen, Michaela
	Mitglied	Hake, Michael
	Mitglied	Janßen, Anne
	Mitglied	Schranz, Daniel
	Mitglied	Tscharke, Hans Josef
	Mitglied	Vöpel, Dirk
	Mitglied	Wischermann-Bruckschlegel, Ursula
	Mitglied	Wingens, Ursula
Prokura:	Prokurist	Siegers, Norbert

c) Beteiligungen

unmittelbar	**TDM**	**%**
Gasometer Oberhausen GmbH	50,00	100,00
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH	300,00	100,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2010		**2011**		**2012**		**Veränder-ungen**	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	3.302,95	39,3	3.168,05	42,3	3.025,03	41,7	-143,02	-4,51
Umlaufvermögen	5.111,52	60,7	4.330,17	57,7	4.222,00	58,3	-108,17	-2,50
Bilanzsumme	**8.414,47**	**100,00**	**7.498,22**	**100,00**	**7.247,03**	**100,00**	**-251,19**	**-3,35**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	3.213,90	38,2	3.362,16	44,8	3.330,29	46,0	-31,87	-0,95
Sonderposten mit Rücklagenanteil	970,04	11,5	906,40	12,1	842,75	11,6	-63,65	-7,02
Rückstellungen	1.197,83	14,2	139,55	1,9	105,05	1,4	-34,50	-24,72
Verbindlichkeiten	3.032,69	36,0	3.090,11	41,2	2.968,93	41,0	-121,18	-3,92
Bilanzsumme	**8.414,47**	**100,00**	**7.498,22**	**100,00**	**7.247,03**	**100,00**	**-251,19**	**-3,35**

bb) GuV

	2010	2011	2012
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	2.259,27	830,70	800,00
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-1.339,54	-216,71	
sonstige betriebliche Erträge	1.150,35	998,10	1.004,91
Materialaufwand		108,29	
Personalaufwand	774,74	811,74	824,35
Abschreibungen	144,32	145,16	145,88
sonstige betriebliche Aufwendungen	684,37	751,85	733,38
Erträge aus Beteiligungen	900,00	0,00	
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4,66	11,91	4,59
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	163,74	87,96	83,55
Ergebnis der gewöhnlichen Geschaftstätigkeit	1.207,58	-281,01	22,34
außerordentliche Erträge	4.649,72	437,17	
außerordentliches Ergebnis	4.649,72	437,17	
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	553,22	-45,01	-4,70
sonstige Steuern	55,64	52,91	58,90
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	5.248,43	148,26	-31,87
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-2.352,16	2.896,27	3.044,53
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	2.896,27	3.044,53	3.012,66

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2012	Angaben in
Umsatzrentabilität:	232,31	17,85	-3,98	%
Eigenkapitalrentabilität:	1.652,37	46,68	-10,03	%
Cash-Flow:	5.392,75	293,41	114,01	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	172,51	134,34	150,41	T€
Personalaufwandsquote:	37,43	50,35	45,67	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2012	Angaben in
Sachanlagenintensität:	22,12	23,03	21,85	%
Eigenkapitalquote:	38,19	44,84	45,95	%
Fremdkapitalquote:	61,81	55,16	54,05	%

e) Lagebericht

Oberhausen – Eine Stadt voll Phantasie und Lebensfreude, wirtschaftliches Potenzial und hoher Lebensqualität: Dieser Mix macht Oberhausen zu einer ganz besonderen Metropole, die Investoren und Unternehmen, Touristen aber auch die Menschen, die hier zu Hause sind, begeistert.

Oberhausen bietet als Stadt mitten im Ruhrgebiet ideale Voraussetzungen für wirtschaftliches Wachstum: Gewerbegebiete mit völlig unterschiedlichem Charakter und eine erstklassige Verkehrsanbindung sowie Infrastruktur. Büroflächen stehen in modernen Gebäuden ebenso wie in historischen Häusern der Industriekultur zur Verfügung.

Wirtschaftsförderung – Drehscheibe, Netzwerk, Anlaufstelle, Mitstreiter - Mit unserem Know-how, unseren Netzwerken und Kontakten unterstützen wir Unternehmen dabei, ihre Pläne in unserer Stadt umzusetzen. Alle Projekte, an denen sich die Wirtschaftsförderung beteiligt, haben das Ziel, die Wirtschaftskraft, Arbeitsplätze, Ausbildungsplätze, Steuerkraft und unternehmerische Kompetenz in der Stadt zu halten und auszubauen. Die vor Ort ansässigen Unternehmen sind das wichtigste Potenzial des Standortes. Sie sind die Motoren für Wachstum und Beschäftigung, für Kooperationen und den Ausbau von Wertschöpfungsketten.

Bestandspflege - Fast alle Branchen zeigen sich in einer soliden Verfassung – die Unternehmen rechnen mit einem gleichbleibend guten Geschäftsverlauf, der konjunkturelle Aufwind hat die Arbeitsmarkt- und Beschäftigungssituation verbessert. Aus Sicht der Wirtschaftsförderung kann man sagen, dass die Nachfrage nach Gewerbeflächen und Immobilien ungebrochen stabil ist. Projekte wie die CentrO-Erweiterung und der Bau der Firmenzentrale von Bilfinger Power Services sind wichtige Marken.

Gründer und Jungunternehmen - Junge Unternehmen gut beraten und mit anderen vernetzen, das ist das Ziel der Start-Up-Offensive, die die Wirtschaftförderung seit vielen Jahren mit ihren Partnern erfolgreich verfolgt. Damit soll ein guter Grund für sicheres Wachstum gelegt werden. Mit der 6. Oberhausener Gründermesse, der Gründerwoche Deutschland, der Internetplattform www.gruendercity-oberhausen.de und rd. 80 Workshops und Seminaren zum Thema Unternehmensstart erhalten die jungen Chefs ein breites Spektrum an Unterstützung in unserer Stadt.

Ein Film für und über Oberhausen – Als Marketingprodukt der WFO für die Standortwerbung und Personalentwicklung der Oberhausener Unternehmen wurde anlässlich des 20-jährigen Firmenjubiläums der Partnergesellschaft ENO ein Imagefilm gedreht. „Oberhausen - der Film“ zeigt in rasant geschnittenen drei Minuten eine Stadt mit vielen Facetten. Die Botschaft von Bild, Musik und Text ist klar: Oberhausen ist nicht nur ein attraktiver Wirtschaftsstandort, sondern bietet seinen Bewohnern und Besuchern auch ein großes, abwechslungsreiches Kultur- und Freizeitangebot. Im Mittelpunkt des Films stehen viele waschechte Oberhausener, die für ihre Heimat werben. Der Film wurde auf der Internationalen Touristik Börse in Berlin (ITB) mit dem goldenen Stadttor in Gold ausgezeichnet und ließ Konkurrenten wie Stockholm und Riga hinter sich. Mehr als 2000 DVD wurden im ersten Jahr an Interessenten ausgegeben, auf YouTube wurde er mehr als 17 000 mal angeklickt.

Wir sind Oberhausen - 30 Unternehmensportraits in zwei Büchern mit kurzen Geschichten über Oberhausener Menschen und Unternehmen, die von sich erzählen, ihre Lieblingsorte nennen und Tipps geben, machen unter dem Titel „Wir sind Oberhausen“ Werbung für unsere Stadt. Die Wirtschaftsförderung hat das Konzept des Films, die Menschen, in den

Mittelpunkt zu stellen, aufgegriffen und in diese neue Buchreihe einfließen lassen. Ein effektives Kommunikationsmedium, das wir auf unseren Veranstaltungen und auf Messen einsetzten können.

Gewerbeflächen- und Objektvermittlung – Die langjährige, erfolgreiche Kooperation mit der ENO hat auch im Jahr 2012 zu weiteren Verabredungen hinsichtlich der Flächenvermarktung geführt. Nachdem der Gewerbepark Im Erlengrund, für den die ENO einen Vermarktungsauftrag der BETREM GmbH (Emschergenossenschaft) hatte, komplett belegt ist, konzentrieren sich die Ansiedlungs- und Verlagerungsgespräche im Wesentlichen auf die Flächen des ehemaligen Stahlwerksgeländes und den Bereich des an der Duisburger Straße gelegenen Hansaparks-Ost.
Neben der verstärkten Konzentration auf die Vermittlung von Bestandsimmobilien wird sich die Wirtschaftsförderung insbesondere um die dynamische Bestandssicherung und Bestandsentwicklung kümmern.
Gleichzeitig ist die ENO in die Entwicklung der Flächen der ehemaligen Nationalen Kohlenreserve und des Geländes der ehemaligen Zeche Sterkrade involviert, die im Rahmen der Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung maßgebliche Potenzialflächen für künftige Unternehmensansiedlungen darstellen. Denn ohne ein adäquates Flächenangebot kann die Wirtschaftsförderung nicht erfolgreich operieren. Dies gilt insbesondere für Städte wie Oberhausen, die trotz enger finanzieller Spielräume die strukturellen Probleme bewältigen müssen. Gerade hier sind die komplexen Leistungen der kommunalen Wirtschaftsförderung unverzichtbar, um die bisher gute Standortentwicklung nicht zu gefährden.

Grundstücksentwicklung „Zeche Osterfeld" / Steigerhaus und Torhäuser - Mit dem Verkauf des rd. 17.000 qm großen Grundstücks im Jahr 2010 war die gesamte, im Bebauungsplan Nr. 540 „Vestische Straße / Zum Steigerhaus" als „Allgemeines Wohngebiet" festgesetzte Fläche vermarktet worden. Für die übrige Fläche der ehemaligen Zeche Osterfeld weist der vorgenannte Bebauungsplan ein Mischgebiet (ca. 8.000 qm) und Gewerbegebiet (ca. 9.100 qm) aus. Zur Vermarktung dieser gewerblichen Flächen mit dem Ziel einer förderkonformen Nutzung hat die WFO ihre Aktivitäten intensiv fortgesetzt.
Das Steigerhaus, das Große Torhaus und das Kleine Torhaus waren auch im Geschäftsjahr 2012 durchgängig vollständig vermietet. Mit dem Ziel, den Zustand der Gebäude und damit der Vermietbarkeit aufrecht zu erhalten, wurden 2012 Investitionen in Höhe von rd. 24 TEUR in notwenige Sanierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen getätigt.

Kreativwirtschaft - Die Zusammenarbeit zwischen den Partnern Wirtschaftsförderung metropoleruhr GmbH, ecce (european centre for creative economy) GmbH und Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH konnte sich im Jahr 2012 so weiter entwickeln und intensivieren, dass in diesem Jahr vorbereitende Maßnahmen getroffen worden sind, die WFO GmbH im Geschäftsjahr 2013 als Mit-Gesellschafterin an der ecce GmbH zu beteiligen.
Die Stadt Oberhausen hat ein grundsätzliches Interesse an der nachhaltigen Fortführung der Projekte und Impulse der Kulturhauptstadt Europas 2010, sowie der Nutzung der in diesem Rahmen zu generierenden Förderprogramme. Diese Fortführung soll durch die von der Stadt Dortmund zu diesem Zweck bereits gegründete ecce GmbH unter Beteiligung kommunaler und regionaler Partner sichergestellt werden. Von Beginn an geplant war, weitere Kommunen sowie die Wirtschaftsförderung metropoleruhr GmbH zu beteiligen. Neben der Stadt Dortmund beteiligten sich in 2012 die Städte Bochum, Essen, Gelsenkirchen und in 2013 die Städte Oberhausen und ggf. Duisburg.
Die WFO kann somit die Interessen der lokalen Kreativindustrie durch regionale Vernetzung nachhaltig unterstützen.

Wirtschaftsfaktor Tourismus - Das Kalenderjahr 2012 war bisher in der weiteren touristischen Profilierung der Reisedestination Oberhausen/Metropole RUHR erfolgreich. Der Tourismussektor in Oberhausen hat sich in den letzten Jahren zunehmend als wirtschaftlich relevante Größe etabliert. Konnten 1994, im Jahr der CentrO-Grundsteinlegung, gerade mal 49.612 Übernachtungen im Stadtgebiet registriert werden, lag der Wert im vergangenen Jahr bereits bei 446.416. Zahlreiche touristische Leistungsträger waren und sind auch weiterhin am Standort Oberhausen aktiv und feiern Erfolge.
Weit mehr als 300.000 Menschen haben die erfolgreiche Ausstellung „Magische Orte" im Gasometer besucht. Im April 2012 hat Top Secret „die geheime Welt der Spionage" seine Tore geöffnet. Erfolgreich war auch die Musicalproduktion „Dirty Dancing" mit rd. 400.000 musicalbegeisterten Gästen. Für rd. 800.000 Zuschauer war die König Pilsener Arena bei der Vielzahl von Konzerten und Veranstaltungen Gastgeber in Oberhausen.
Mit der Erweiterung um 17.000 qm hat das CentrO als einmaliges Shopping- und Erlebniscenter an zusätzlicher Attraktion gewonnen und konnte wie in den vergangenen Jahren Millionen von Menschen begeistern.
Am 16. November wurden die drei CentrO Weihnachtsmärkte eröffnet. Diese haben wieder viele Besucher nach Oberhausen gezogen. Insbesondere Gäste aus den Benelux Staaten haben in der Adventszeit Oberhausen als Erlebniszeit genutzt.
Baubeginn war auch im ehemaligen CentrO Park. Dort entstand das Legoland Discovery Center Oberhausen, als erster Schritt in die weitere Entwicklung des Ocean Adventure Parks. Ein neues Freizeitparkkonzept der Merlin Entertainment Group International.
Ebenso erfolgreich waren die Ausstellungen in der Galerie Ludwig im Schloss Oberhausen sowie die Ausstellung „Stadt der Guten Hoffnung" im LVR Industriemuseum mit der noch jungen Geschichte über 150 Jahre Oberhausen, die im September 2012 eröffnete.
Alles gute Gründe Oberhausen zu besuchen… ob als Tourist, Tagesgast und/oder Geschäftsreisender.

Der Tourismus hat seine erhebliche Bedeutung an der wirtschaftlichen Entwicklung Oberhausens gefestigt. Es wurden aus touristischen Aktivitäten ca. 450 Millionen EUR brutto erwirtschaftet. Aktivitäten von touristischen Dienstleistern und Leistungsträgern sind auch ein wichtiger Bestandteil für sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse. Immerhin sind über 100 Millionen EUR direkte Einkommen generiert worden.

Berichterstattung über Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung der Gesellschaft

Das Geschäftsjahr 2012 war das erste volle Geschäftsjahr in neuen Betriebsräumen unter neuen Rahmenbedingungen - sowohl räumlich als zum Teil auch inhaltlich. Damit verbunden waren auch wesentliche Veränderungen bezüglich Vertragsgestaltungen und Weiter-berechnungen zwischen den Gesellschaften ENO, WFO und jetzt auch TMO (z.B. Hauptmieterin der Geschäftsräume ist seit dem Umzug WFO, früher ENO).

Insoweit waren in der Planung vielfach nur Schätzungen möglich mit entsprechenden Abweichungen bezüglich des tatsächlichen Ergebnisses.
Das Geschäftsjahr 2012 endet nach Abzug des Verlustvortrages aus Vorjahren mit einem Bilanzgewinn i. H. v. 3.012 TEUR. Der tatsächliche Jahresverlust beträgt 32 TEUR.

Unter Zugrundelegung der vom Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 07.12.2011 beschlossenen Wirtschaftsplanung lag der erwartete Jahresüberschuss bei 19 TEUR.

Das tatsächliche Ergebnis liegt damit um 51 TEUR unter dem Planansatz. Gründe sind hierfür im Wesentlichen die Erhöhung der Personalaufwendungen aufgrund der Abgeltung von Mehrarbeitsstunden und Urlaubsansprüchen aus Vorjahren in Höhe von rd. TEUR 20, Verringerung der Zinserträge und die Verringerung der Geschäftsbesorgungsverträge

zwischen ENO und WFO um rd. TEUR 30, die im Rahmen der Aufwendungen nicht kompensiert werden konnten.

Unter Zugrundelegung des vom Aufsichtsrat am 27.11.2012 verabschiedeten Wirtschaftsplans 2013 ist im Jahre 2013 mit einem vorläufigen Jahresüberschuss von ca. 21 TEUR zu rechnen.

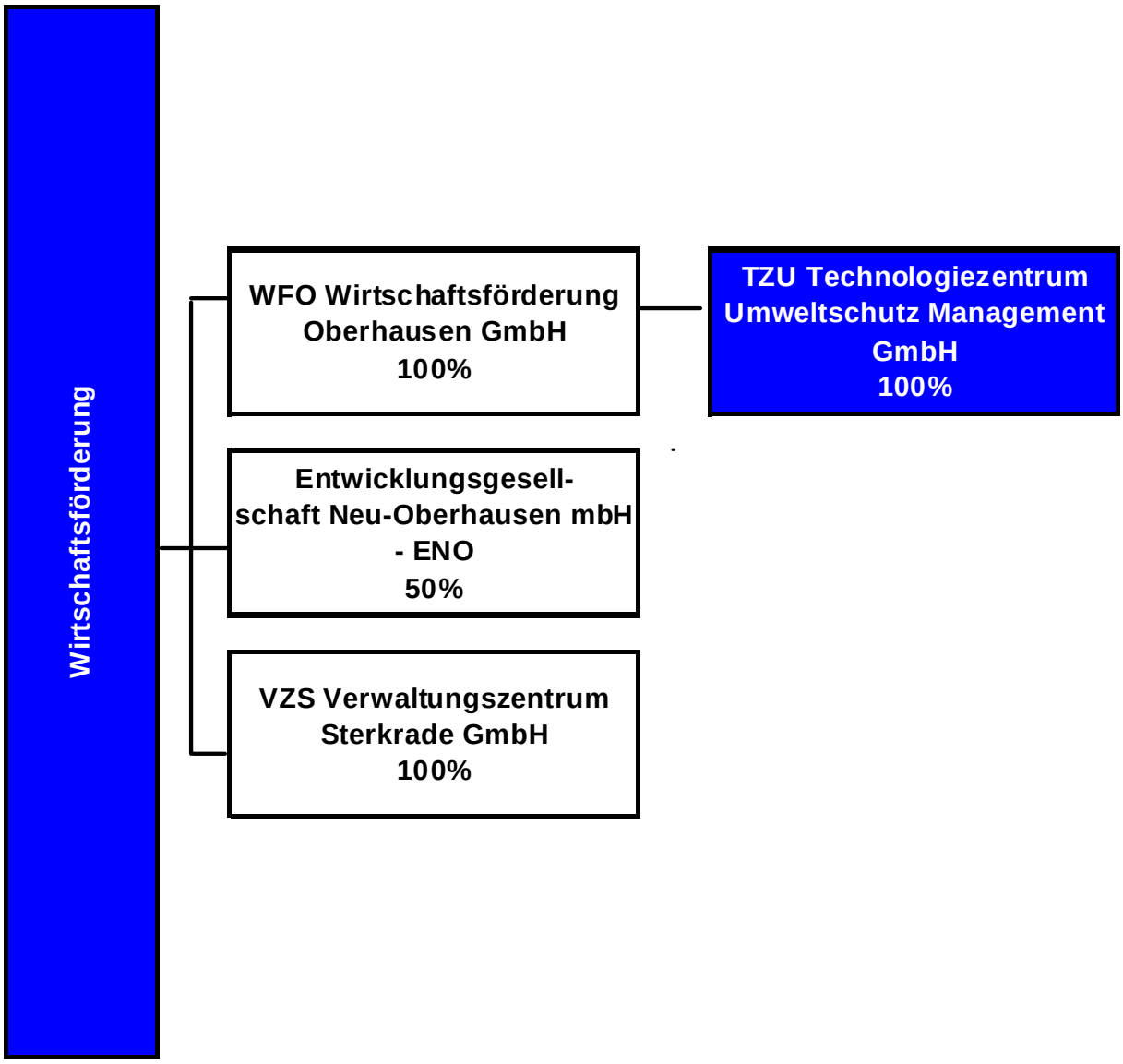
In Anbetracht der Tatsache, dass die Anzahl der Gesellschafter der ENO und damit auch die Gesellschafterzuschüsse zur Finanzierung der Projekte der Wirtschaftsförderung immer wieder Schwankungen unterliegen, die zeitnah nicht ausgleichbar sind, sind die geplanten Umsatzerlöse aus den Projektverträgen zwischen WFO und ENO zunächst bei 800 TEUR belassen worden.

Mit dem Gesamt-Finanzierungskonzept für die Wirtschaftsförderung, das im Wesentlichen auf Umsatzerlöse im Rahmen der Projektbeauftragung durch ENO, Steigerung der sonstigen betrieblichen Erträge im Rahmen der Geschäftsbesorgung für Tochtergesellschaften und Mieteinnahmen aus der Vermietung eigener Immobilien beruht, bleibt die Stabilisierung der Finanzlage der Gesellschaft ständige Aufgabe.

Oberhausen, 02.Mai 2013

WFO - Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH
Geschäftsführung

Lichtenheld Koch


Wirtschaftsförderung
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH 100%
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH 100%
Entwicklungsgesell-schaft Neu-Oberhausen mbH - ENO 50%
VZS Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH 100%

TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Essener Str. 3
46047 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/85037-0
Fax	0208/851518
e-Mail	lerch@tzu.de
Internet	http://www.tzu.de/

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in TDM: 300,00

Gesellschafter:

	TDM	%
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	300,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

- die Weiterentwicklung und der Betrieb des Technologiezentrums Umweltschutz sowie die Förderung der Technologiezentren
- die Entwicklung von Grundstücken mit allen damit zusammenhängenden Tätigkeiten, insbesondere die Erarbeitung von Nutzungskonzepten sowie die Aufbereitung und Vermarktung der Grundstücke
- die Entwicklung, Betreuung und der Betrieb von Projekten mit besonderer Strukturrelevanz für den Standort Oberhausen

Wichtige Verträge

OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Pachtvertrag vom 22.12.2006 - Laufzeit 01.01.2007 - 31.12.2011, verlängert bis 31.12.2016
Stadt Oberhausen	Tilgungsvereinbarung Stadt/GEG/TZU/SSO
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	Geschäftsbesorgungsvertrag vom 25.10.1995

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2012)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Lerch, Klaus
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Wehling, Klaus

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2010		2011		2012		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	8.174,66	68,0	7.432,43	66,2	6.690,41	63,1	-742,02	-9,98
Umlaufvermögen	3.608,89	30,0	3.213,63	28,6	3.274,81	30,9	61,18	1,90
Rechnungsabgrenzungsposten	7,67	0,1	7,67	0,1	7,69	0,1	0,02	0,26
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	228,12	1,9	573,93	5,1	630,91	5,9	56,98	9,93
Bilanzsumme	**12.019,34**	**100,00**	**11.227,66**	**100,00**	**10.603,83**	**100,00**	**-623,83**	**-5,56**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Sonderposten mit Rücklagenanteil	4.996,08	41,6	4.561,64	40,6	4.127,20	38,9	-434,44	-9,52
Rückstellungen	458,82	3,8	345,09	3,1	353,30	3,3	8,21	2,38
Verbindlichkeiten	6.564,43	54,6	6.320,93	56,3	6.123,32	57,7	-197,61	-3,13
Bilanzsumme	**12.019,34**	**100,00**	**11.227,66**	**100,00**	**10.603,83**	**100,00**	**-623,83**	**-5,56**

bb) GuV

	2010	2011	2012
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	709,45	708,00	680,00
sonstige betriebliche Erträge	568,95	439,33	441,65
Personalaufwand	0,48	1,67	2,04
Abschreibungen	743,00	742,23	742,03
sonstige betriebliche Aufwendungen	227,43	534,20	186,73
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	50,67	14,78	7,62
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	278,90	266,87	254,65
Ergebnis der gewöhnlichen Geschaftstätigkeit	79,25	-382,85	-56,18
außerordentliche Erträge	4,48	42,48	4,64
außerordentliche Aufwendungen	5,44	5,44	5,44
außerordentliches Ergebnis	-0,96	37,04	-0,80
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-0,00	-0,00	
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	78,30	-345,81	-56,98
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-33.806,45	-33.728,15	-34.073,96
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-33.728,15	-34.073,96	-34.130,94

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2012	Angaben in
Umsatzrentabilität:	11,04	-48,84	-8,38	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,23	-1,01	-0,17	%
Cash-Flow:	821,30	396,41	685,05	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:	0,04	0,15	0,18	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2012	Angaben in
Sachanlagenintensität:	68,01	66,20	63,09	%
Eigenkapitalquote:	0,00	0,00	0,00	%
Fremdkapitalquote:	100,00	100,00	100,00	%

e) Lagebericht

Geschäftsverlauf und Lage

Im Geschäftsjahr 2012 wurden, bedingt durch den mit der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH abgeschlossenen Pachtvertrag, Mieteinnahmen i. H. v. EUR 680.000 erzielt.

Im Pachtvertrag mit der OGM wurden die Kosten für Wartung, Instandhaltung und -setzung auf jährlich EUR 200.000 gedeckelt. Auf Grund mehrerer unvorhersehbarer Reparaturen vor allem an den Regelungsanlagen von Heizung und Lüftung, lagen die Kosten in 2012 bei ca. EUR 275.000.

Da lt. Vertrag die TZU Management GmbH alle über EUR 200.000 hinausgehenden Kosten zu tragen hat, in diesem Fall also ca. EUR 75.000, haben sich OGM und TZU darauf verständigt, dass TZU in 2012 EUR 40.000 dieser Kosten trägt und im Gegenzug den Pachtzins in 2013 um EUR 40.000 auf EUR 640.000 senkt.

Da nicht mit diesen hohen Instandsetzungskosten gerechnet werden konnte, ergibt sich bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen eine Planabweichung i. H. dieser EUR 40.000.

Die übrigen Ergebnisse in 2012 entsprechen fast vollständig den Planvorgaben.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres liegen nicht vor.

Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Von dem in 2010 gezahlten Kaufpreis für das Metronom Theater liegen noch ca. EUR 3.000.000 auf Festgeldkonten der Stadtsparkasse Oberhausen. Es ist geplant, mit diesen Geldern ein bei ca. EUR 1.800.000 valutierendes Darlehen bei der Stadtsparkasse Oberhausen abzulösen.

In 2013 ergeben sich dadurch verringerte Zinsaufwendungen i. H. v. ca. EUR 60.000. Ein Teil dieser verringerten Aufwendungen ist bereits in den um EUR 40.000 verringerten Pachtzins geflossen.

Bedingt durch den bis zum 31.12.2016 bestehenden Pachtvertrag mit der OGM ergibt sich durch die jährliche Zahlung des Pachtzinses i. H. v. EUR 640.000 eine stabile Einnahmesituation, wobei die Höhe des Pachtzinses ca. EUR 45.000 unter den von der Gesellschaft geplanten Kosten liegen.

Das negative Eigenkapital bei der TZU Management GmbH wird sich dadurch weiter erhöhen. Da der Verkehrswert der Gebäude mit ca. EUR 15.000.000 fast doppelt so hoch wie der Buchwert i. H. v. ca. 6.700.000 liegt, besteht auch zukünftig keine Überschuldungsproblematik.

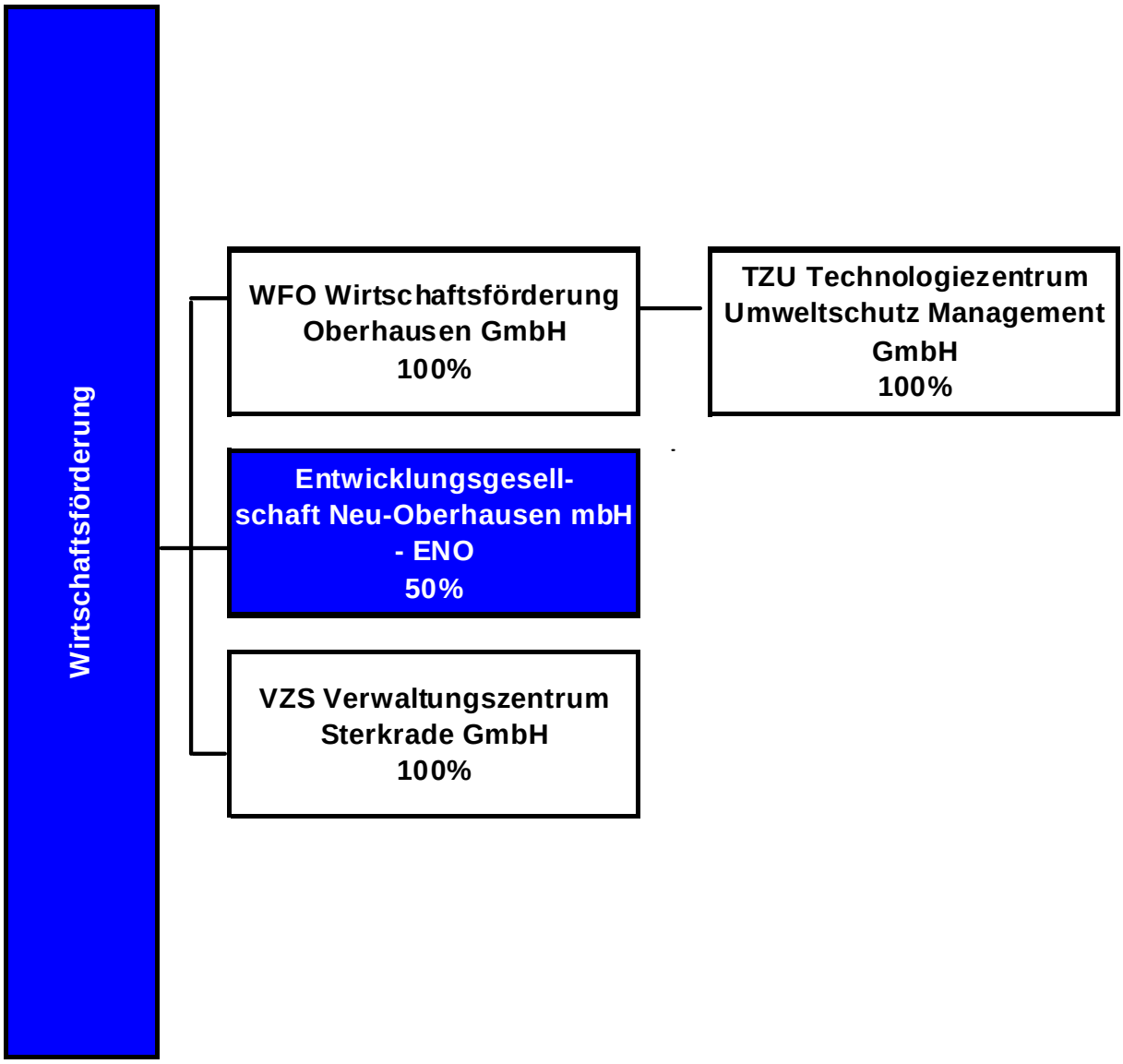
An den Fenstern des TZU IV und tlw. des TZU II sind konstruktive Mängel festgestellt worden, die dazu führen, dass sämtliche Fenster auf Grund der bestehenden Unfallgefahr überarbeitet werden müssen. Da- nach über 15 Jahren keine Möglichkeit mehr besteht, im Rahmen einer Gewährleistung diese Arbeit von den damals ausführenden Unternehmen erledigen zu lassen, werden die gesamten Kosten zunächst von der OGM und im Weiteren von der TZU Management GmbH getragen werden müssen.

Nach einer von der OGM durchgeführten Ausschreibung belaufen sich die voraussichtlichen Kosten auf mind. EUR 85.000. Es ist damit zu rechnen, dass die vertraglich festgelegte Grenze von EUR 200.000 in 2013 deutlich überschritten wird.

Bei einer Überschreitung dieser Kosten verfügt die TZU Management GmbH zurzeit über genügende Liquidität, die dann anfallenden Kosten zu übernehmen, so dass die Fortführung des Unternehmens sichergestellt ist.

Oberhausen, 7. März 2013

Klaus Lerch (Geschäftsführer)
TZU Technologiezentrum Umweltschutz
Management GmbH


Wirtschaftsförderung
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH 100%
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH 100%
Entwicklungsgesell-schaft Neu-Oberhausen mbH - ENO 50%
VZS Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH 100%

Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Essener Str. 51
46047 Oberhausen

Kontakt:

Telefon 0208/85036-0
Fax 0208/8503610
e-Mail info@eno-gmbh.de
Internet http://www.eno-gmbh.de/

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 318,80

Gesellschafter:

	T€	%*
Albrecht GmbH & Co. Verpachtungs KG	0,26	0,09
August Heine Baugesellschaft mbH & Co. KG	0,61	0,20
Autohaus Kruft GmbH	0,26	0,09
Bangel GmbH & Co. Industriebau-Projektierungs KG	1,28	0,42
BECKERautomobile GmbH & Co. KG	0,61	0,20
B & H Elektro-Anlagenbau GmbH	0,51	0,17
binary GmbH & Co.KG	0,50	0,16
BIT Beratung Integration und Training gGmbH	0,50	0,16
b+w Electronic Systems GmbH	1,02	0,34
Contact gmbH	0,50	0,16
Der Baustoff-Mann Schneider oHG	0,36	0,12
Evers GmbH	0,50	0,16
evo Energieversorgung Oberhausen AG	12,50	4,12
Fritz Effekt GmbH	0,50	0,16
Gehring Archivdepot GmbH	0,51	0,17
Gerstmann Holding GmbH & Co. KG (in Insolvenz)	0,77	0,25
GEWA GmbH	0,50	0,16
GHH Radsatz International Holding GmbH	0,51	0,17
GSI - Gesellschaft für Schweißtechnik International mbH	1,50	0,49
Gutehoffnungshütte Baugesellschaft mbH	0,61	0,20
Harpering EDV-Systeme	0,50	0,16
Hermann Nottenkämper OHG	0,36	0,12
HOFFMANN Malerservice GmbH	0,50	0,16
Kreishandwerkerschaft	0,26	0,09
Lenord, Bauer & Co. GmbH	0,26	0,09
LMI Lean Management Institut GmbH	0,52	0,17
Lohmar & Meller oHG	0,61	0,20

MAN Diesel & Turbo AG	6,39	2,11
Marx Ingenieurgesellschaft mbH	0,50	0,16
Möbel Heck Einrichtungshaus KG	0,31	0,10
Möbelstadt Rück GmbH & Co. KG	0,66	0,22
move elevator GmbH	0,31	0,10
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	12,50	4,12
Oxea Deutschland GmbH	0,63	0,21
Pantecta GmbH	0,31	0,10
PHOENIX Beratungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH	0,50	0,16
Plaßmeier GmbH	0,50	0,16
Radio NRW GmbH	0,26	0,09
RAG Montan Immobilien GmbH	0,51	0,17
Real Trust GmbH	0,50	0,16
REMONDIS Kommunale Dienste West GmbH	1,00	0,33
Rheinische Grundbesitz AG	0,51	0,17
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH	6,39	2,11
Schneider Electric Buildings Germany GmbH	0,50	0,16
Stadt Oberhausen	159,40	52,54
Stadtsparkasse Oberhausen	56,39	18,59
STOAG Stadtwerke Oberhausen AG	12,50	4,12
Tersus Gebäudedienste GmbH & Co KG	0,50	0,16
UVRN-Unternehmensverband-Ruhr-Niederrhein e.V.	0,75	0,25
VERITAS Unternehmensberatungs- und Treuhand GmbH Steuerberatungsgesellschaft	0,50	0,16
Versatel West GmbH	0,26	0,09
Volksbank Rhein-Ruhr eG	0,51	0,17
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	12,50	4,12
Weiterbildungsinstitut WBi GmbH	0,51	0,17

* prozentualer Anteil unter Berücksichtigung der von der ENO gehaltenen eigenen Anteile

Gegenstand des Unternehmens:
Verbesserung der räumlichen, sozialen und wirtschaftlichen Struktur der Stadt Oberhausen durch Entwicklung und Förderung von Industrien, Gewerbe, Handel, Handwerk und Dienstleistungen auf allen Gebieten und Entwicklung des Arbeitsmarktes.

Wichtige Verträge

WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH Geschäftsbesorgungsvertrag vom 02.01.2007

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2012)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Lichtenheld, Frank
	Geschäftsführer	Koch, Burkhard
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Tsalastras, Apostolos

Aufsichtsrat:	Vorsitzender (Mitglied gem. § 113 GO)	Wehling, Klaus
	stellv. Vorsitzender	Walterfang, Heinrich
	Mitglied	Albrecht-Mainz, Elia
	Mitglied	Gäng, Thomas
	Mitglied	Gieske, Hartmut
	Mitglied	M.d.L. Große Brömer, Wolfgang
	Mitglied	Dr. Heine, Stephan
	Mitglied	Janßen, Dieter
	Mitglied	Kruft-Lohrengel, Jutta
	Mitglied	Lacum, Markus
	Mitglied	Salhofen, Ulrich
	Mitglied	Schmidt, Hartmut
	Mitglied	Tscharke, Hans Josef
	Mitglied	Wittmann, Regina

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2010		2011		2012		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	8,66	0,8	7,71	0,7	5,32	0,6	-2,39	-31,00
Umlaufvermögen	1.098,07	99,1	1.141,32	99,2	949,90	99,3	-191,42	-16,77
Rechnungsabgrenzungsposten	1,06	0,1	1,17	0,1	1,16	0,1	-0,01	-0,85
Bilanzsumme	**1.107,79**	**100,00**	**1.150,20**	**100,00**	**956,38**	**100,00**	**-193,82**	**-16,85**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	851,67	76,9	865,71	75,3	743,97	77,8	-121,74	-14,06
Sonderposten mit Rücklagenanteil	50,00	4,5					0,00	
Rückstellungen	177,38	16,0	186,49	16,2	191,94	20,1	5,45	2,92
Verbindlichkeiten	28,74	2,6	98,00	8,5	20,47	2,1	-77,53	-79,11
Bilanzsumme	**1.107,79**	**100,00**	**1.150,20**	**100,00**	**956,38**	**100,00**	**-193,82**	**-16,85**

bb) GuV

	2010	2011	2012
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	28,99	29,00	1,62
sonstige betriebliche Erträge	217,79	225,56	141,54
Personalaufwand	293,27	285,62	282,61
Abschreibungen	9,08	4,29	2,99
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.034,57	1.040,02	970,10
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3,49	4,13	1,98
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,03	
Ergebnis der gewöhnlichen Geschaftstätigkeit	-1.086,64	-1.071,27	-1.110,57
außerordentliche Aufwendungen	4,48	4,48	4,48
außerordentliches Ergebnis	-4,48	-4,48	-4,48
sonstige Steuern	0,42	0,42	0,38
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-1.091,54	-1.076,17	-1.115,44
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	-1.091,54	-1.076,17	-1.115,44
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2012	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-3.765,20	-3.711,21	-68.892,72	%
Eigenkapitalrentabilität:	-128,17	-124,31	-149,93	%
Cash-Flow:	-1.082,46	-1.071,87	-1.112,45	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	123,39	127,28	71,58	T€
Personalaufwandsquote:	118,84	112,20	197,42	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2012	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,78	0,67	0,56	%
Eigenkapitalquote:	76,88	75,27	77,79	%
Fremdkapitalquote:	23,12	24,73	22,21	%

e) Lagebericht

Das Geschäftsjahr 2012 war das erste volle Geschäftsjahr in neuen Betriebsräumen unter neuen Rahmenbedingungen - sowohl räumlich als zum Teil auch inhaltlich. Damit verbunden waren auch wesentliche Veränderungen bezüglich Vertragsgestaltungen und Weiter-berechnungen zwischen den Gesellschaften ENO, WFO und jetzt auch TMO (z.B. Hauptmieterin der Geschäftsräume ist seit dem Umzug WFO, früher ENO). Insoweit waren in der Planung vielfach nur Schätzungen möglich mit entsprechenden Abweichungen bezüglich des tatsächlichen Ergebnisses.

Ferner wurde das Geschäftsjahr 2012 durch das 20-jährige Jubiläum des erfolgreichen PPP-Modells geprägt.

Gegenüber dem Jahresabschluss 2011 mit einem Jahresfehlbetrag von T€ 1.076 ergab sich 2012 ein tatsächlicher Jahresfehlbetrag von T€ 1.115. Abgedeckt wird dieser Fehlbetrag über den Zuschuss der Stadt Oberhausen in Höhe von T€ 435, den Betriebskostenzuschuss des Gesellschafterkreises Wirtschaft in Höhe von T€ 577 sowie Entnahmen aus den Rücklagen in Höhe von T€ 103.

Die tatsächlichen Aufwendungen für Personalaufwand, Abschreibungen und sonstige betriebliche Aufwendungen in Höhe von T€ 1.115 lagen mit T€ 39 über dem Vorjahresergebnis. Gründe hierfür sind im Wesentlichen die Anpassung, d.h. Nachberechnung der Aufwendungen für die Hinterbliebenenversorgung eines ehemaligen Geschäftsführers (rd. T€ 35). Da diese Beträge auch in Zukunft aufgrund vertraglicher Verpflichtungen anfallen werden, erhöhen sich auch die Personalaufwendungen der Folgejahre entsprechend. Weitere ergebnisrelevante Tatsachen sind der Rückgang der Umsatzerlöse in Höhe von T€ 27 und der Rückgang der sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von T€ 85 während die sonstigen betrieblichen Aufwendungen um rd. T€ 70 reduziert werden konnten.

Die Zuführungen der Gesellschafter sank um T€ 29 auf T€ 577 (Vj. 606).

Die aufgezeigte Entwicklung führte dazu, dass die Entnahme aus der Kapitalrücklage zum 31.12.2012 bei T€ 103 lag.

Eigene Geschäftsanteile wurden zum Bilanzstichtag in Höhe von € 13.376 (VJ € 7.611) gehalten. Eine Kapitalerhöhung wurde wegen der Höhe der eigenen Geschäftsanteile nicht beschlossen (s. Gesellschafterversammlung vom 01.12.2011).

Die Bilanzsumme beträgt per 31.12.2012 T€ 956 (VJ T€ 1.150).

Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Das laufende Geschäftsjahr 2013 wird gemäß des vom Aufsichtsrat am 14.11.2012 beschlossenen Wirtschafts- und Erfolgsplans 2013 voraussichtlich mit einem Jahresfehl-betrag von T€ 1.050 enden. Hinzu kommen die oben genannten Mehraufwendungen im Rahmen der Hinterbliebenenversorgung in Höhe von rd. T€ 35. Abgedeckt werden soll dieser über den Zuschuss der Stadt Oberhausen in Höhe von T€ 435, die Betriebskostenzuschüsse des Gesellschafterkreises Wirtschaft in Höhe von T€ 570 sowie der Entnahme aus den Rücklagen in Höhe von voraussichtlich T€ 80.

Von einer vorratsweisen Erhöhung des Stammkapitals wurde für das Geschäftsjahr 2013 abgesehen, da die Gesellschaft zzt. eigene Anteile in Höhe vor rd. € 13.000 hält, die für eine

Weiterveräußerung zur Verfügung stehen und die Übernahme von Stammeinlagen ermöglichen.

Das Vermögen der Gesellschaft ist wie im Vorjahr durch umfängliche flüssige Mittel und eine hohe Eigenkapitalquote geprägt.

Nachdem der Gewerbepark Im Erlengrund, für den die ENO einen Vermarktungsauftrag der BETREM GmbH (Emschergenossenschaft) hatte, komplett belegt ist, konzentrieren sich die Ansiedlungs- und Verlagerungsgespräche im Wesentlichen auf die Flächen des ehemaligen Stahlwerksgeländes und den Bereich des an der Duisburger Straße gelegenen Hansaparks-Ost.

Neben der verstärkten Konzentration auf die Vermittlung von Bestandsimmobilien wird sich die Wirtschaftsförderung insbesondere um die dynamische Bestandssicherung und Bestandsentwicklung kümmern.
Gleichzeitig ist die ENO in die Entwicklung der Flächen der ehemaligen Nationalen Kohlenreserve und des Geländes der ehem. Zeche Sterkrade involviert, die im Rahmen der Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung maßgebliche Potenzialflächen für künftige Unternehmensansiedlungen darstellen. Denn ohne ein adäquates Flächenangebot kann die Wirtschaftsförderung nicht erfolgreich operieren. Dies gilt insbesondere für Städte wie Oberhausen, die trotz enger finanzieller Spielräume die strukturellen Probleme bewältigen müssen. Gerade hier sind die komplexen Leistungen der kommunalen Wirtschaftsförderung unverzichtbar, um die bisher gute Standortentwicklung nicht zu gefährden.

Auf der Grundlage des zum 01.01.2007 geschlossenen Geschäftsbesorgungsvertrages zwischen ENO und der Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH (WFO) wurde die WFO seitens der ENO mit der Realisierung der Wirtschaftsförderungsprojekte beauftragt.

Die zum Teil bereits 2007 initiierten und bis heute erfolgreich weitergeführten Einzelprojekte werden in enger Kooperation zwischen ENO und WFO realisiert, Impulse aus Politik und Wirtschaft werden aufgegriffen und setzen in den Projekten und Veranstaltungen wichtige Eckpunkte.

Im Wesentlichen handelt es sich dabei um folgende Inhalte:

- Gründungsoffensive Oberhausen: Intensivberatungen, Durchführung von regelmäßigen Workshops, Seminaren und GründerTREFFs, Klärung von Finanzierungen, Standortfragen, Fördermittelinformation, Gründermesse Oberhausen, START Messe, Projektwoche Ökonomie, Informationsplattform „GründerCity Oberhausen“, Gründerwoche Deutschland, Unternehmerinnenbrief NRW
- Unternehmensservice, Bestandsentwicklung und Bestandspflege (z. B. Unternehmensbesuche, Wirtschaftsforum, Potenzialberatung, ENO-Gesellschaftertreffen)
- Projektentwicklung, Immobilienvermarktung, Flächenvermarktung; Akquisition und Neuansiedlung, Flächenmanagement örtlich und überörtlich
- Präsenz auf internationalen Immobilienmessen wie EXPO REAL München, MIPIM Cannes, ITB Berlin
- Erweiterung und Pflege der Internetseiten WFO und ENO sowie GründerCity
- Kooperation mit Wirtschaftsförderung metropoleruhr GmbH
- Kooperation mit anderen Unternehmensnetzwerken z.B. Business Partner Club, Unternehmerverbandsgruppe, Startercenter
- meo tec
- Q+MEO
- Standortmarketing: verschiedene Printprodukte, Imagefilm über das Leben und Arbeiten in Oberhausen, Booklet-Reihe „Wir sind Oberhausen“
- Geschäftsstraßenmanagement Osterfeld und Sterkrade
- Cluster und Leitmärkte

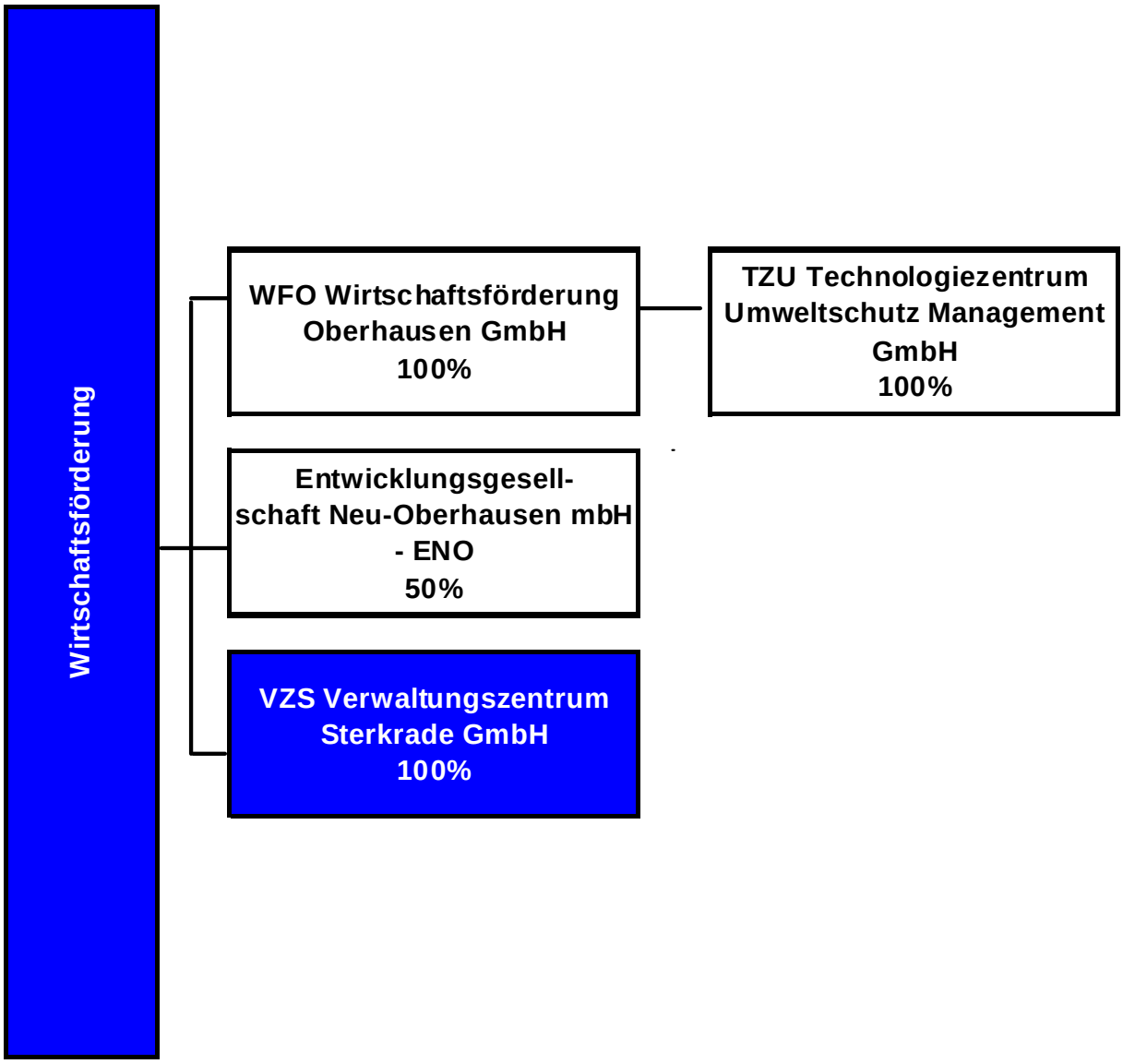
Die Darstellung ist weder abschließend noch auf das laufende Geschäftsjahr beschränkt. Um nachhaltige Wirkungen zu erzielen, sind sie auf Dauer angelegt, werden kontinuierlich weiterverfolgt, an die jeweiligen Situationen angepasst und entsprechend gewichtet.

Berichterstattung über Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung der Gesellschaft

Es bleibt anzumerken, dass in der Vergangenheit relevante Provisionseinnahmen durch Vermittlung von Grundstücksflächen mittelfristig nicht einkalkuliert werden dürfen, da die Gesellschaft über keine eigenen bzw. an Hand gegebenen Flächen verfügt.
Ferner besteht eine ausgeprägte Fluktuation von Gesellschaftern, die die ENO verlassen und somit keine nennenswerte Steigerung der Erträge erfolgen kann. Selbstverständlich versucht die Geschäftsführung durch Neu-Akquisition entsprechend entgegenzuwirken.
Schließlich resultiert daraus, dass die Ausgabenseite gleichfalls kritisch betrachtet werden muss um perspektivisch eine maßgebliche Reduzierung des Defizits zu erreichen.

Oberhausen, den 02.05.2013

Frank Lichtenheld	Burkhard Koch
Geschäftsführer	Geschäftsführer


Wirtschaftsförderung
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH 100%
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH 100%
Entwicklungsgesell-schaft Neu-Oberhausen mbH - ENO 50%
VZS Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH 100%

VZS Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Schwartzstr. 72
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/825-2230
Fax	0208/825-5001
e-Mail	maria.guthoff@oberhausen.de
Internet	-

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 25,00

Gesellschafter:	**T€**	**%**
Stadt Oberhausen	25,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, der Umbau (als Generalübernehmer) sowie die Verwaltung und Vermarktung des Verwaltungszentrums Sterkrade.

Die Gesellschaft wird zu diesem Zweck die künftige Nutzung selbst oder mit Unterstützung Dritter konzipieren sowie die wirtschaftlichen, rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen zur Vermarktung und Nutzung schaffen.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Rechtsgeschäften berechtigt, durch die der vorgenannte Gesellschaftszweck auch mittelbar gefördert werden kann.

Die Gesellschaft kann sich zur Förderung ihres Unternehmenszweckes an anderen Unternehmen beteiligen.

Wichtige Verträge

MAN Gutehoffnungshütte AG	Grundstückskaufvertrag vom 18.08.1999
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Betreibervertrag für das Parkhaus am Eugen-zur-Nieden-Ring vom 23.07.2009
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Betreibervertrag zwischen der VZS GmbH und der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH vom 26. September / 25. Oktober 2001
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Mietvertrag für das Parkhaus am Eugen-zur-Nieden-Ring vom 23.07.2009
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Mietvertrag zwischen der VZS GmbH und der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH vom 26. September / 25. Oktober 2001
Stadt Oberhausen	Mietvertrag für das Parkhaus am Eugen-zur-Nieden-Ring vom 23.07.2009

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2012)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Kalthoff, Horst
	Geschäftsführer	Schmidt, Hartmut
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Klunk, Peter

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2010		2011		2012		Veränder-ungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	29.452,14	97,4	28.141,17	96,9	26.942,81	97,7	-1.198,36	-4,26
Umlaufvermögen	1,86	0,0	51,55	0,2	635,59	2,3	584,04	1.132,96
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	823,01	2,7	839,61	2,9			-839,61	-100,00
Bilanzsumme	**30.227,01**	**100,17**	**29.032,33**	**100,00**	**27.578,40**	**100,00**	**-1.453,93**	**-5,01**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital					179,12	0,6	179,12	
Rückstellungen	9,40	0,0	10,00	0,0	14,06	0,1	4,06	40,60
Verbindlichkeiten	30.267,61	100,1	29.022,33	100,0	27.385,21	99,3	-1.637,12	-5,64
Bilanzsumme	**30.227,01**	**100,17**	**29.032,33**	**100,00**	**27.578,40**	**100,00**	**-1.453,93**	**-5,01**

bb) GuV

	2010	2011	2012
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	3.726,17	3.725,69	3.889,87
sonstige betriebliche Erträge	36,39	0,20	
Materialaufwand	331,56	331,56	331,56
Personalaufwand	16,24	16,59	15,23
Abschreibungen	1.439,40	1.390,00	1.243,88
sonstige betriebliche Aufwendungen	143,11	183,74	173,42
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00		5,51
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.500,04	1.821,56	1.112,25
Ergebnis der gewöhnlichen Geschaftstätigkeit	332,19	-17,57	1.019,03
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			1,26
sonstige Steuern	93,13	-0,97	-0,96
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	239,06	-16,60	1.018,73
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-2.876,59	-2.637,53	-2.654,13
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-2.637,53	-2.654,13	-1.635,40

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2012	Angaben in
Umsatzrentabilität:	6,42	-0,45	26,19	%
Eigenkapitalrentabilität:	9,06	-0,63	56,14	%
Cash-Flow:	1.678,46	1.373,40	2.262,61	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:	0,43	0,45	0,39	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2012	Angaben in
Sachanlagenintensität:	97,44	96,93	97,70	%
Eigenkapitalquote:	0,00	0,00	0,65	%
Fremdkapitalquote:	100,00	100,00	99,35	%

e) Lagebericht

Der Rat der Stadt Oberhausen hat 1998 den Erwerb des leerstehenden Bürokomplexes im Zentrum von Oberhausen-Sterkrade und die Gründung der VZS Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH (VZS) mit einem Stammkapital von 25.000,-- € beschlossen. Mit dieser Maßnahme sollte eine Unterstützung des Nebenzentrums Sterkrade erfolgen; so konnten 600 Arbeitsplätze für die Sterkrader Innenstadt dauerhaft gesichert und deren Struktur damit gestärkt werden.

Seitens der Stadt Oberhausen sollten mit der Realisierung des Technischen Rathauses Sterkrade insbesondere ein verbesserter Bürgerservice und Haushaltskonsolidierungsbeiträge durch die Einsparung von Unterhaltungs- und Sanierungskosten sowie organisatorische Synergieeffekte realisiert und den dort tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern moderne Arbeitsbedingungen geboten werden.

Darstellung des Geschäftsverlaufes der Gesellschaft und der Lage der Gesellschaft

Die 1999 begonnene Baumaßnahme zur Neukonzeptionierung der alten GHH-Hauptverwaltung wurde im Juni 2002 abgeschlossen. Nach Fertigstellung erfolgte eine direkte Vermietung an die OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH (OGM) als Generalmieterin des Technischen Rathauses, die wiederum (neben der Eigennutzung von Teilflächen) im Wesentlichen an die Stadt Oberhausen untervermietet.

Die VZS wurde im Juni 2007 durch die Stadt Oberhausen mit dem Bau eines Parkhauses beauftragt. Die Fertigstellung des Objektes erfolgte planmäßig im Juni 2009; Betreiberin des Parkhauses ist die OGM.

Auf Grund der günstigen Zinslage war es der VZS bereits im Geschäftsjahr 2010 möglich, die zur Finanzierung der o. g. Baumaßnahmen erforderlichen Darlehen, deren Zinsbindung in den Jahren in den Jahren 2010 und 2011 ausgelaufen sind, zu im Vergleich zum Ursprungsdarlehen günstigeren Konditionen zu prolongieren. Darüber hinaus wurden 2012 keine weiteren Darlehen aufgenommen. Die Finanzierung aller anfallenden Schuldendienste ist über die Mieteinnahmen sichergestellt; die langfristigen Darlehen sind in voller Höhe über eine Bürgschaft der Stadt Oberhausen, eingetragene Grundschulden bzw. Abtretungserklärungen abgesichert. Im Laufe des Geschäftsjahres 2012 ist es darüber hinaus gelungen, das Kontokorrentdarlehen der Gesellschaft vollständig zurückzuführen.

Zum Stichtag 31.12.2012 waren bei der VZS lediglich 2 Geschäftsführer beschäftigt; alle übrigen betriebsnotwendigen Leistungen wurden eingekauft.

Der operative Geschäftsbetrieb der VZS bestand im Berichtszeitraum in der Vermietung des Technischen Rathauses sowie des Parkhauses am Eugen-zur-Nieden-Ring. Die Mieterlöse konnten im Berichtsjahr 2012 in der kalkulierten Höhe erzielt werden.

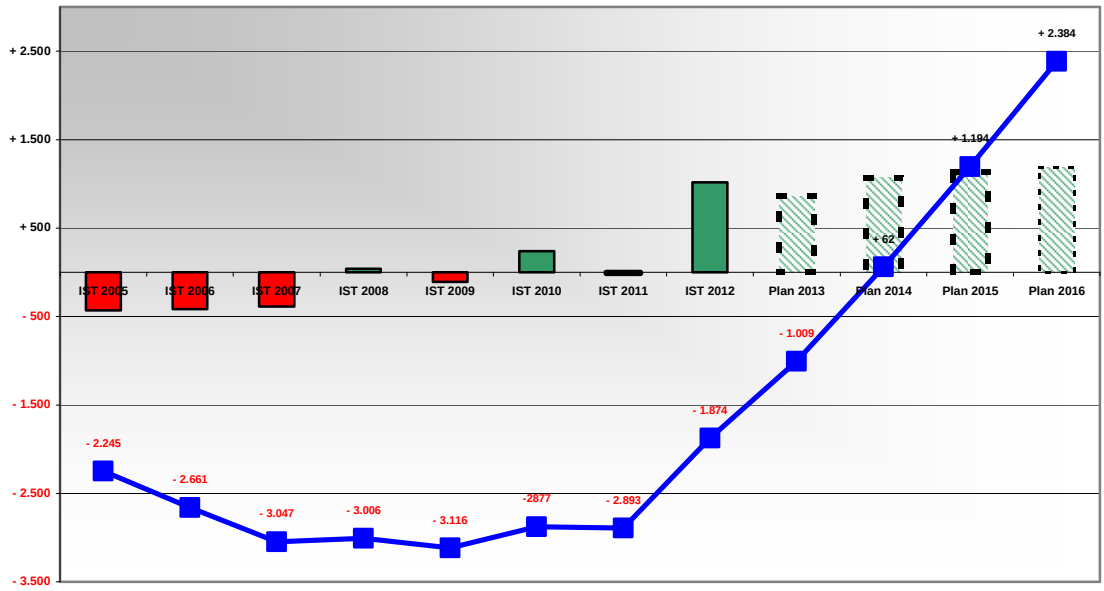
Im Geschäftsjahr 2012 wurde ein Jahresüberschuss in Höhe von 1.019 T€ erwirtschaftet, welcher zur Reduzierung der Bilanzverluste genutzt wird. Der Wirtschaftsplan sah für das Geschäftsjahr 2012 einen Überschuss in Höhe von 653 T€ vor, welcher somit um 366 T€ bzw. 56% übertroffen werden konnte.

Hierbei machten sich insbesondere die langfristig günstigen Zinskonditionen bemerkbar. Der Zinsaufwand wird auch zukünftig durch planmäßige Tilgungsleistungen in Folgejahren weiter rückläufig sein. Die Verbindlichkeiten der Gesellschaft gegenüber Kreditinstituten konnten im Berichtsjahr planmäßig um 1.550 T€ reduziert werden.

Durch den Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2012 reduziert sich der Bilanzverlust auf nunmehr –1.653 T€. Das Eigenkapital der Gesellschaft ist unter Berücksichtigung der Kapitalrücklage von 1.790 T€ in Höhe von 179 T€ wiederhergestellt (Nominalkapital 25 T€).

Das Projekt "Technisches Rathaus Sterkrade" ist langfristig ausgerichtet. Bedingt durch anfänglich hohe Zinsaufwendungen und Abschreibungen entstanden der Gesellschaft in der ersten Phase kontinuierlich Verluste, die zu diesem nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag geführt haben. Auch zukünftig werden auf Grund der sinkenden Zinslasten durch erfolgte Tilgungen Überschüsse erwartet, die dann zum weiteren Abbau des Bilanzverlustes führen:

Jahresergebnisse / Bilanzverlust der VZS GmbH in T€



Zukünftige Entwicklung

Vorgänge von wesentlicher Bedeutung sind nach dem 31.12.2012 nicht eingetreten.

Die Jahresergebnisse 2013 ff. werden auf Grund der o. g. Voraussetzungen (insbesondere durch die fortgesetzte Entschuldung und der damit einhergehenden Reduzierung des Zinsaufwandes) wiederum positiv ausfallen und entsprechen dem mehrjährigen Businessplan der Gesellschaft. Gemäß der aktuellen Mittelfristplanung wäre das Eigenkapital der Gesellschaft somit mit dem Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2014 vollständig wiederhergestellt.

Seit dem 01.01.2001 ist die OGM (ebenfalls eine 100%-Tochter der Stadt Oberhausen) langfristige Generalmieterin für den Gesamtkomplex "Technisches Rathaus Sterkrade". Per Vertrag übernimmt die OGM den Betrieb und die Verwaltung für das Gebäude, einschließlich Finanzierung und Abrechnung der Nebenkosten sowie der Unterhaltung von Dach und Fach.

Die der VZS zufließenden Mieterträge dienen somit nach Abzug der Betriebskosten fast ausschließlich der Bedienung der Darlehen. Liquide Mittel zur Bedienung der Schuldendienste stehen der VZS in ausreichender

Höhe zur Verfügung. Bedingt durch die Tilgungen sowie die o. g. günstige Prolongation eines Darlehens zur Finanzierung des Umbaus ergeben sich direkte positive Auswirkungen auf die zukünftigen Jahresergebnisse (Reduzierung Zinsaufwand).

Risiken und Chancen der künftigen Entwicklung

Wegen langfristiger Darlehensverträge mit festen Zinssätzen, langfristiger Mietverträge mit der OGM (und der Stadt für Teilflächen des Parkhauses) und langfristiger OGM-Betreiberverträge ergeben sich aus dem operativen Geschäft der Gesellschaft keine erkennbaren Risiken, zumal es sich bei der OGM ebenfalls um eine 100%-Tochter der Stadt Oberhausen handelt.

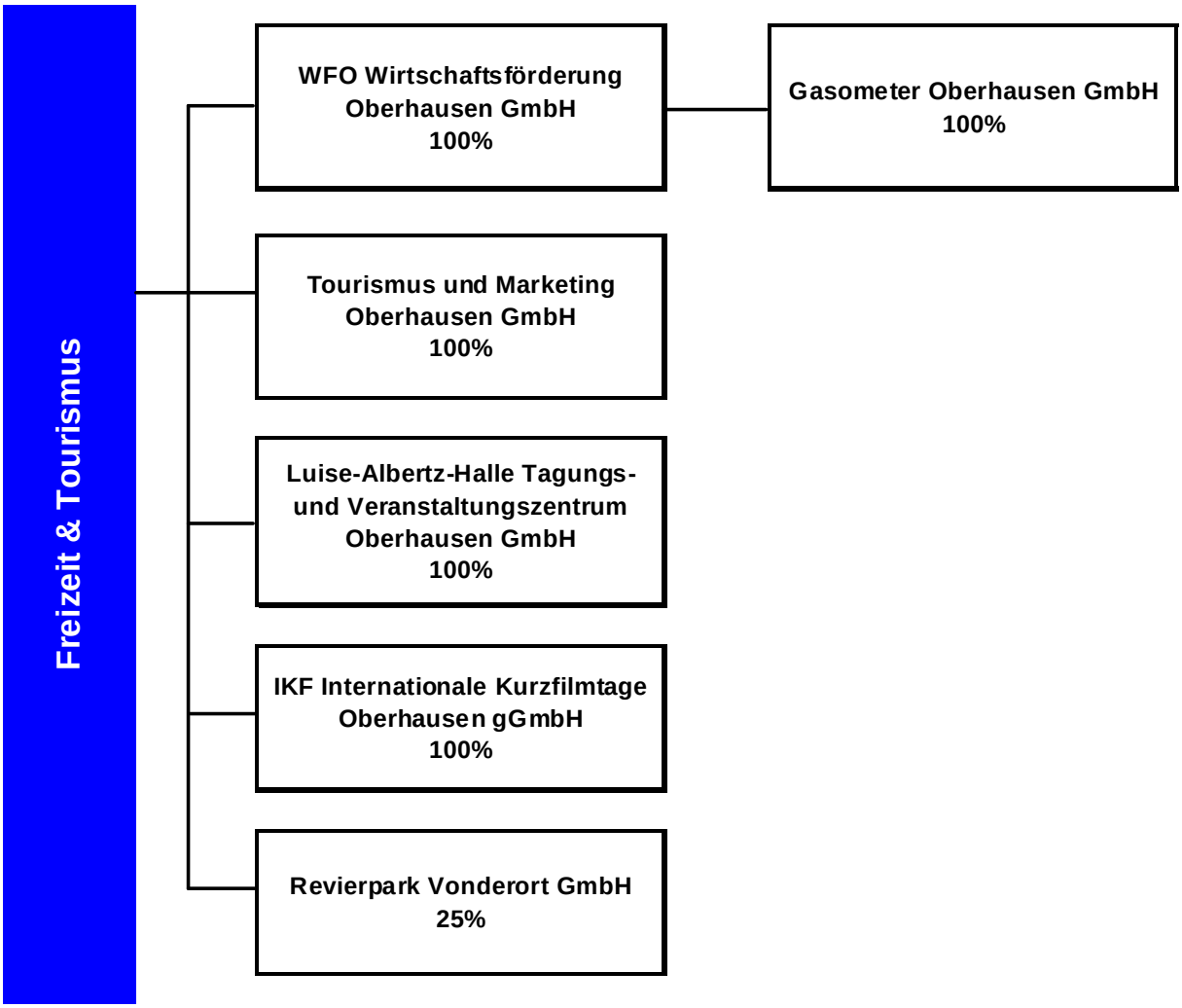
Die aktuelle Inflationsrate führt dazu, dass bei konstanter Entwicklung im Laufe des Jahres 2013 die mietvertraglichen Regelungen zur Anpassung der Miethöhe greifen können; hierdurch wird die Einnahmesituation der Gesellschaft nachhaltig gestärkt.

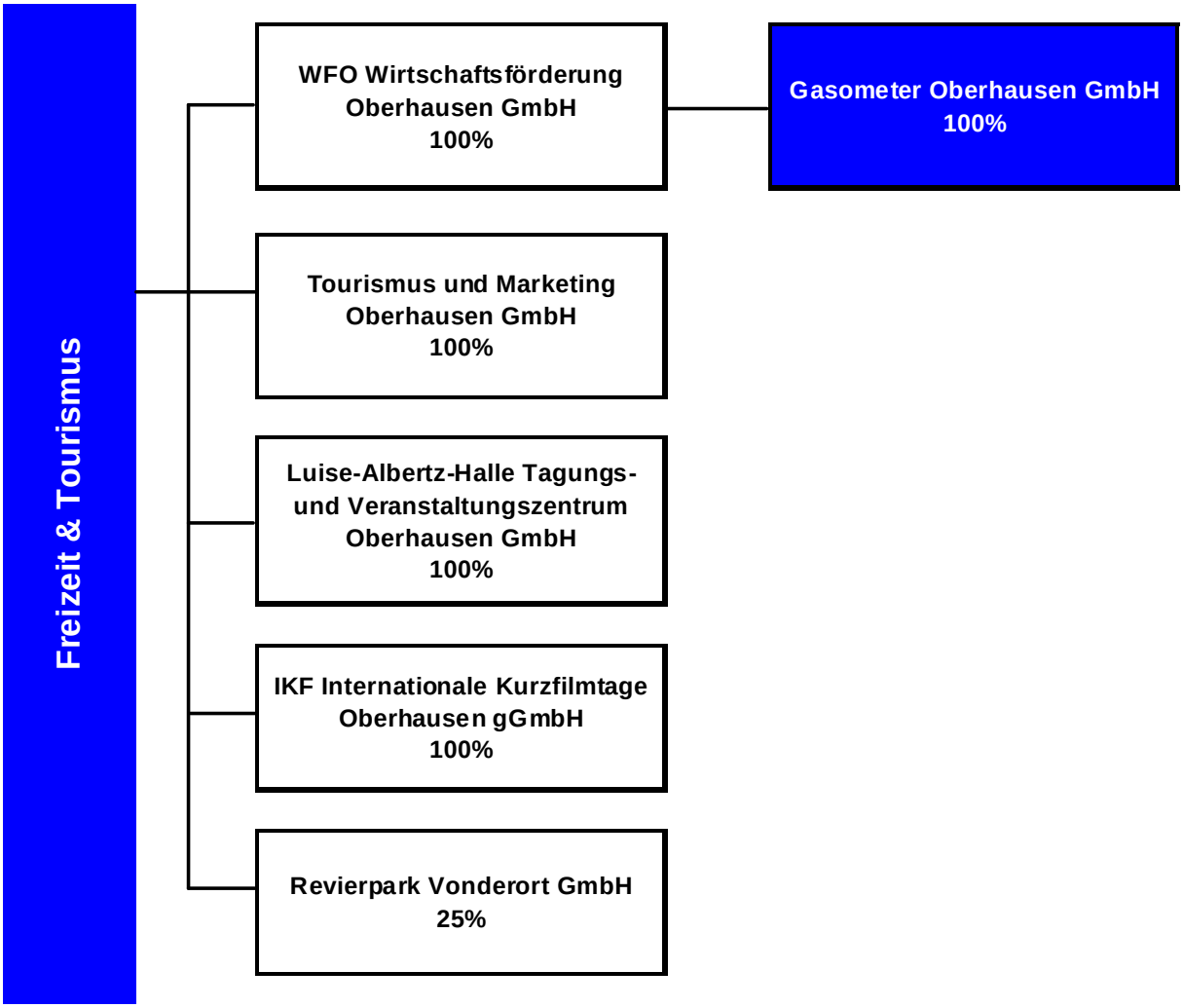
Weiterhin sind keine Änderungen rechtlicher und wirtschaftlicher Rahmenbedingungen absehbar, die einen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der VZS GmbH haben.

Oberhausen, im März 2013

Hartmut Schmidt ***Horst Kalthoff***

Freizeit & Tourismus




Freizeit & Tourismus
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH 100%
Gasometer Oberhausen GmbH 100%
Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH 100%
Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH 100%
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH 100%
Revierpark Vonderort GmbH 25%

Gasometer Oberhausen GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Essener Str. 3
46047 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/85037-30
Fax	0208/85037-33
e-Mail	info@gasometer.de
Internet	http://www.gasometer.de/

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in TDM: 50,00

Gesellschafter:

	TDM	%
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	50,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Betrieb und Verwaltung des Gasometers.

Wichtige Verträge

WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	Mietvertrag Gasometer vom 17.12.2009/21.12.2009
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	Überlassungsvertrag Gasometer vom 17.10.1995/18.10.1995
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	Vertrag vom 25.10.1995 über den Betrieb und die Verwaltung des Gasometers

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2012)

Geschäftsführung:	Geschäftsführerin	Schmitz, Jeanette
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Tsalastras, Apostolos

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2010		2011		2012		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	33,72	1,3	55,72	2,1	48,26	1,9	-7,46	-13,39
Umlaufvermögen	2.581,38	96,8	2.562,36	97,9	2.448,98	98,0	-113,38	-4,42
Rechnungsabgrenzungsposten	51,53	1,9	0,48	0,0	0,61	0,0	0,13	27,08
Bilanzsumme	**2.666,62**	**100,00**	**2.618,56**	**100,00**	**2.497,85**	**100,00**	**-120,71**	**-4,61**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	2.202,36	82,6	2.391,41	91,3	2.076,61	83,1	-314,80	-13,16
Rückstellungen	98,70	3,7	47,16	1,8	7,10	0,3	-40,06	-84,94
Verbindlichkeiten	346,05	13,0	179,98	6,9	374,26	15,0	194,28	107,95
Rechnungsabgrenzungsposten	19,52	0,7			39,88	1,6	39,88	
Bilanzsumme	**2.666,62**	**100,00**	**2.618,56**	**100,00**	**2.497,85**	**100,00**	**-120,71**	**-4,61**

bb) GuV

	2010	2011	2012
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	2.142,23	2.252,45	1.642,92
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-6,56	2,83	-2,08
sonstige betriebliche Erträge	512,62	393,26	686,73
Materialaufwand	1.506,94	1.186,54	1.353,92
Personalaufwand	361,50	395,62	424,08
Abschreibungen	9,46	13,44	13,81
sonstige betriebliche Aufwendungen	536,06	764,94	894,19
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	7,99	9,81	16,50
Ergebnis der gewöhnlichen Geschaftstätigkeit	242,32	297,80	-341,93
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	74,86	93,04	-44,62
sonstige Steuern	15,71	15,71	17,48
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	151,75	189,05	-314,80
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	609,18	760,93	949,98
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	760,93	949,98	635,18

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2012	Angaben in
Umsatzrentabilität:	7,08	8,39	-19,16	%
Eigenkapitalrentabilität:	10,53	13,12	-21,84	%
Cash-Flow:	161,21	202,49	-300,99	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	1.324,14	2.648,54	1.163,78	T€
Personalaufwandsquote:	13,65	14,94	18,22	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2012	Angaben in
Sachanlagenintensität:	1,26	2,13	1,93	%
Eigenkapitalquote:	82,59	91,33	83,14	%
Fremdkapitalquote:	17,41	8,67	16,86	%

e) Lagebericht

Im Geschäftsjahr 2012 lagen die Hauptaufgaben der Gasometer Oberhausen GmbH auf der Sicherstellung des Betriebes der Ausstellung „Magische Orte“ sowie auf den vorbereitenden Maßnahmen für die Christo-Ausstellung „Big Air Package“.

Aufgrund des großen Erfolges war die Ausstellung „Magische Orte“ Ende 2011 um ein weiteres Jahr bis zum 21. Oktober 2012 verlängert worden. Im Wirtschaftsplan für das Jahr 2012 war mit einer Besucherzahl von 300.000 kalkuliert worden. Tatsächlich konnten 322.040 Besucher bis zur Beendigung der Ausstellung gezählt werden. Diese gute Resonanz spiegelte sich auch in den Einnahmen wider. Es wurden 1.431.302 € Eintrittsgelder erzielt, weiterhin Einnahmen aus der Vermietung des Bookshops, der Gastronomie etc. sowie einer Sponsoringrate von TUI in Höhe von 106.617 €. Dem standen Aufwendungen in Höhe von 814.000 € für den Betrieb und den Abbau der Ausstellung gegenüber.

Um die Ausstellung „Magische Orte“ trotz der langen Laufzeit im Gespräch zu halten, wurden zahlreiche Veranstaltungen durchgeführt. So wurden im Gasometer Reinhold Messner, Arved Fuchs, Sven Plöger und viele andere prominente Wissenschaftler und Abenteurer begrüßt. Hier konnten noch einmal Einnahmen in Höhe von rund 40.000 € generiert werden, denen ein Aufwand von 90.000 € gegenüberstanden.

Mit den Einnahmen aus der Ausstellung, dem Zuschuss des RVR zur Gebäudeunterhaltung und den übrigen Einnahmen konnten auch in 2012 die mit der Ausstellung verbundenen Kosten, die übrigen Betriebsaufwendungen sowie alle Gesellschaftskosten gedeckt werden.

Zeitgleich liefen im Geschäftsjahr 2012 die Vorbereitungen für Christos Big Air Package bereits auf Hochtouren. Die Vorlauf- und Produktionskosten summierten sich auf 603.240 €, so dass die Gesellschaft laut Gewinn- und Verlustrechnung das Geschäftsjahr 2012 mit einem negativen Ergebnis in Höhe von 314.800 € abschloss.

Im Berichtsjahr wurden weitere technische Maßnahmen durchgeführt. So erhielten das Dach, der oberste Umlauf sowie das abgesenkte Dach in der Laterne teilweise einen neuen Korrosionsschutz und beide Aufzüge wurden technisch umfassend überarbeitet. Die Gesamtkosten dieser Maßnahmen in Höhe von 410.214 € sowie die Projektsteuerungskosten wurden vom RVR – wie vertraglich vereinbart – übernommen. Damit ist das RVR-Budget für Instandsetzungen am Gasometer mit einer Gesamthöhe von 547.500 € bis auf einen geringen Restbetrag in Höhe von knapp 5.000 €, ausgeschöpft. Der Vertrag zwischen der Gasometer GmbH und dem RVR läuft 2016 aus.

Bereits heute ist absehbar, dass auch die Außenhülle des Gasometers mittelfristig einen neuen Korrosionsschutz benötigt. Diese Maßnahme wird nur durchgeführt werden können, wenn das Land NRW Fördermittel dafür zur Verfügung stellt.

Seit dem 16. März 2013 läuft nun die Ausstellung „Big Air Package“ im Gasometer. Innerhalb der ersten fünf Wochen konnten 75.000 Besucher begrüßt werden. Bis zum Ende des Jahres müssten 517.800 Besucher bei einem Nettodurchschnittspreis von 5,- € gezählt werden, um die Produktionskosten in Höhe von 1,4 Mio € und die Betriebs- und Gesellschaftskosten ebenfalls in Höhe von 1,465 Mio € zu decken. Sollten die Einnahmen in der geplanten Größenordnung nicht erreicht werden, wird eine von dem diesjährigen Ausstellungspartner, der Messer Group GmbH, zur Verfügung gestellte Ausfallbürgschaft in Anspruch genommen.

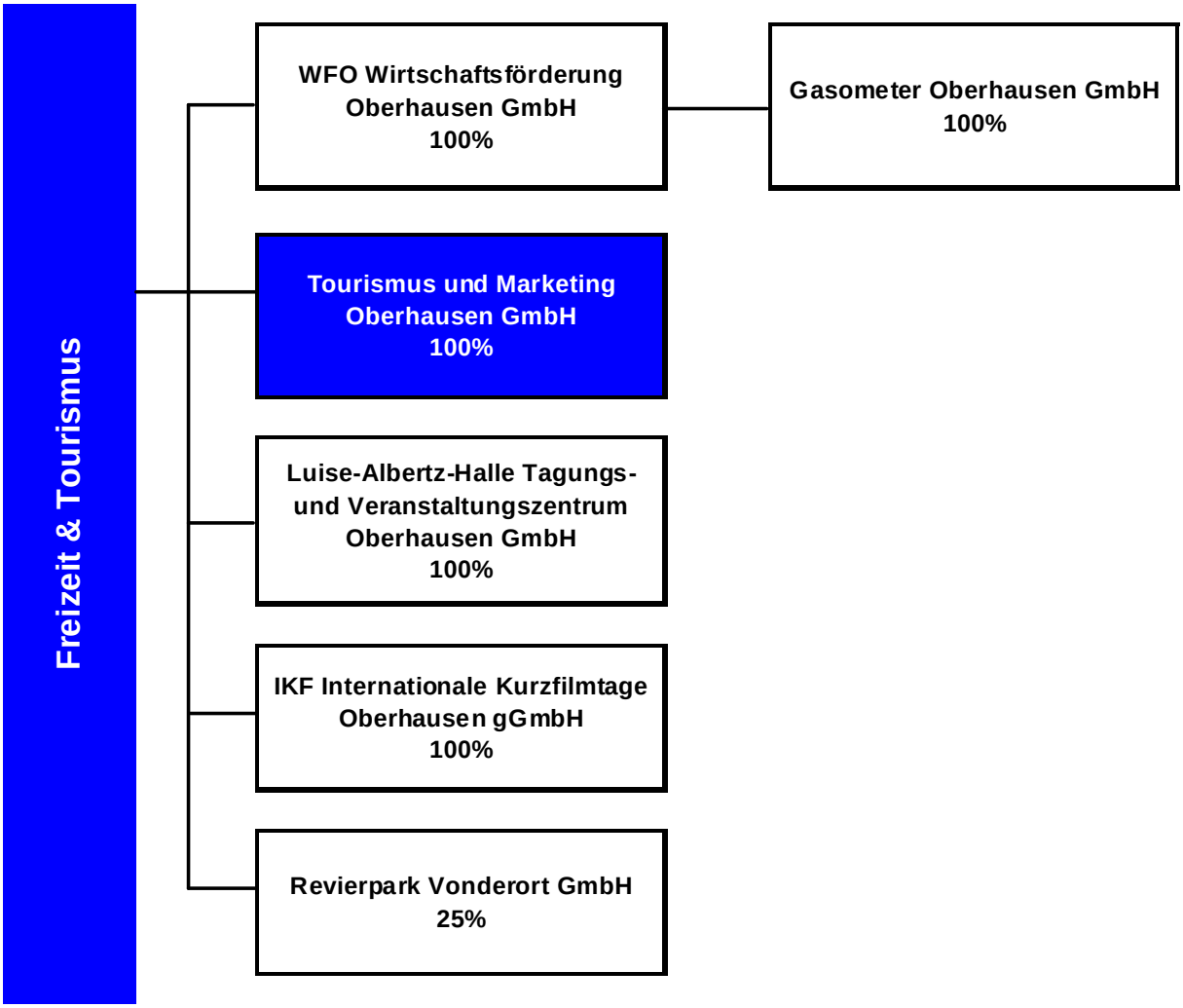
Mittlerweile beschäftigt sich die Gesellschaft bereits mit einer möglichen Folgeausstellung nach Christo. Der Kurator Prof. Peter Pachnicke hat ein Ausstellungskonzept entwickelt, das in den Grundstrukturen (Fotos, Skulpturen) an die erfolgreichen Ausstellungen „Sternstunden“ und „Magische Orte“ anknüpft. Der Arbeitstitel

lautet „Der schöne Schein“. Das Produktionsbudget beträgt nach ersten Berechnungen 900.000 €. Auch hier wird die Gesellschaft wieder das finanzielle Risiko übernehmen müssen, um die Ausstellung realisieren zu können.

Jede realisierte Ausstellung im Gasometer ist ein positives Aushängeschild für die Stadt Oberhausen. Aufgrund der wirtschaftlichen Situation wird es jedoch in Zukunft nicht einfacher, Sponsoren zu finden, die durch ihre Unterstützung bei der Realisierung einer Ausstellung einen werblichen Effekt erwarten. Diese Aussage wird durch die erfolglosen Bemühungen belegt, für die Christo-Ausstellung Sponsoren zu akquirieren. Die Gesellschaft wird immer häufiger nur noch Ausstellungen durchführen können, wenn sie frei über ihre finanziellen Rücklagen verfügen und daraus Anschlussfinanzierungen für neue, große Ausstellungen leisten kann. Nur mit dem entwickelten Geschäftsmodell der Gasometer Oberhausen GmbH, in wirtschaftlich starken Zeiten Zuführungen zur Kapitalrücklage zu bilden, die dann in der schwächeren Periode als Puffer für Anschubfinanzierungen für neue Ausstellungen dienen, kann der Gasometer langfristig betrieben werden.

Oberhausen, 24. April 2013
Gasometer Oberhausen GmbH

Jeanette Schmitz


Freizeit & Tourismus
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH 100%
Gasometer Oberhausen GmbH 100%
Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH 100%
Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH 100%
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH 100%
Revierpark Vonderort GmbH 25%

TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Essener Str. 51
46047 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/82457-0
Fax	0208/8245711
Fax	0208/8245721
e-Mail	tourist-info@oberhausen.de
Internet	http://www.tmo-oberhausen.de/

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in TDM: 50,00

Gesellschafter:

	TDM	%
Stadt Oberhausen	50,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Touristische Werbung für die Stadt Oberhausen und die Koordination von Tourismusangeboten innerhalb des Stadtgebietes sowie die Touristeninformation

Wichtige Verträge

Stadt Oberhausen	Leistungsvertrag Projekt-TeamCity
Stadt Oberhausen	Verlustabdeckung der Gesellschaft nach § 4 des Gesellschaftsvertrags

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2012)

Geschäftsführung: Koch, Burkhard

Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung: Wehling, Klaus

Aufsichtsrat:	Vorsitzende	Albrecht-Mainz, Elia
	stellv. Vorsitzende	Schmidt, Georgis
	Mitglied gem. § 113 GO	Klunk, Peter
	Mitglied	Antwerpen, Christina
	Mitglied	Boos, Regina
	Mitglied	Gödderz, Sandra
	Mitglied	Jäntsch, Angelika
	Mitglied	Marx, Petra
	Mitglied	Plitt-Vogt, Marlies
	Mitglied	Real, Ulrich
	Mitglied	Rubin, Dirk
	Mitglied	Schlagböhmer, Robert
	Mitglied	Stroh, Uly
Prokura:	Prokurist	Muckel, Franz

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2010		2011		2012		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	388,66	49,4	297,00	42,5	205,69	37,5	-91,31	-30,74
Umlaufvermögen	396,89	50,5	401,81	57,4	341,84	62,4	-59,97	-14,92
Rechnungsabgrenzungsposten	0,78	0,1	0,63	0,1	0,39	0,1	-0,24	-38,10
Bilanzsumme	**786,33**	**100,00**	**699,44**	**100,00**	**547,92**	**100,00**	**-151,52**	**-21,66**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	56,40	7,2	51,75	7,4	38,63	7,0	-13,12	-25,35
Sonderposten mit Rücklagenanteil	375,73	47,8	285,75	40,9	195,77	35,7	-89,98	-31,49
Rückstellungen	83,35	10,6	94,65	13,5	99,95	18,2	5,30	5,60
Verbindlichkeiten	165,04	21,0	192,42	27,5	164,49	30,0	-27,93	-14,52
Rechnungsabgrenzungsposten	105,81	13,5	74,86	10,7	49,08	9,0	-25,78	-34,44
Bilanzsumme	**786,33**	**100,00**	**699,44**	**100,00**	**547,92**	**100,00**	**-151,52**	**-21,66**

bb) GuV

	2010	2011	2012
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	666,93	653,95	678,98
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	4,50	-4,50	
sonstige betriebliche Erträge	591,32	575,96	543,51
Materialaufwand	441,26	348,31	346,86
Personalaufwand	820,16	859,41	909,66
Abschreibungen	80,37	94,57	93,05
sonstige betriebliche Aufwendungen	314,03	353,38	383,71
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,12	0,39	0,31
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4,57	0,68	0,24
Ergebnis der gewöhnlichen Geschaftstätigkeit	-397,51	-430,55	-510,71
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-0,00	0,00	
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-397,51	-430,55	-510,71
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-328,25	-397,51	-430,55
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	-328,25	-397,51	-430,55
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-397,51	-430,55	-510,71

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2012	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-59,60	-65,84	-75,22	%
Eigenkapitalrentabilität:	-87,57	-89,27	-92,97	%
Cash-Flow:	-317,14	-335,97	-417,66	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	70,15	53,28	58,21	T€
Personalaufwandsquote:	64,95	70,13	74,41	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2012	Angaben in
Sachanlagenintensität:	49,21	42,26	37,35	%
Eigenkapitalquote:	7,17	7,40	7,05	%
Fremdkapitalquote:	92,83	92,60	92,95	%

e) Lagebericht

A.) Geschäftsverlauf einschließlich Geschäftsergebnis 2012

Das Jahr 2012 war für die Entwicklung der touristischen Aktivitäten und deren wirtschaftlichen Einflüsse auf die Stadt von erheblicher Bedeutung. Der „Tourismus“ konnte sich positiv weiterentwickeln.

In 2011 wurden laut einem Gutachten des Deutschen Wirtschaftswissenschaftlichen Institutes für Fremdenverkehr (DWIF) aus touristischen Aktivitäten ca. 450 Millionen EUR brutto in Oberhausen erwirtschaftet. Die Aktivitäten von touristischen Dienstleistern und Leistungsträgern sind auch ein wichtiger Bestandteil für sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse. Immerhin sind über 100 Millionen EUR direkte Einkommen generiert worden. In 2012 ist ein mindestens ebenso gutes Ergebnis wie im Vorjahr zu erwarten.

In der Vernetzung und in der Initiierung von Projekten und Produkten im Bereich der touristischen Leistungsträger hat sich die TMO auch in diesem Jahr intensiv engagiert. So war die TMO auf vier touristischen Leitmessen vertreten und hat dort aktives Standortmarketing betrieben. Die Tourist Informationen haben in 2012 auf dem Niveau des Vorjahres Gäste informiert, betreut und touristische Produkte vermittelt.

Die Übernachtungszahlen konnten auch in 2012 leicht zum Vorjahr gesteigert werden. In 2012 haben 446416 Gäste in Oberhausen übernachtet.
(Quelle: Information und Technik NRW/Geschäftsbereich Statistik)

Der Bereich des Stadt- und Citymarketings hat auch im Jahr 2012 die Aufgaben der Organisation von diversen Veranstaltungen in der Innenstadt von Alt-Oberhausen in bewährt hoher Qualität sichergestellt. Der Oberhausener Weihnachtswald, den die TMO im Auftrag der Stadt durchführt, fand großen Zuspruch. Im Rahmen der Kooperationsvereinbarung mit dem CityO. Management e.V. sind ca. 20 Großveranstaltungen sowie der Betrieb des Wochenmarktes durchgeführt worden. Die Kooperation mit dem Projekt-TeamCity und dessen Leitung sind weiterhin sehr erfolgreich. Hervorzuheben sind hier das 4. SOMMER.FORUM, das die Zukunft des Bahnhofsquartiers thematisierte und das Projekt leerraum=freiraum=denkraum, das sich mit den Perspektiven für die obere Marktstraße beschäftigt.

Im Handlungsfeld Stadtwerbung wurden auch in 2012 zahlreiche Printprodukte erstellt. Die Stadtwerbung hat neben den TMO eigenen Handlungsfeldern, Dienstleistungen für die Stadt Oberhausen, für diverse Kultureinrichtungen, für touristische Kooperationen, für Messen und für die Bewerbung von Veranstaltungen in der Innenstadt von Alt-Oberhausen erbracht.

Dennoch konnte die TMO - betriebswirtschaftlich gesehen - ihre gesteckten Ziele nicht erreichen. Zwar ist in der Regel bei einer Stadtmarketinggesellschaft damit zu rechnen, dass es sich hier um ein nicht rentierliches Geschäftsmodell handelt, dennoch waren die Defizite in den einzelnen Handlungsfeldern höher als geplant.

Mit eine Jahresergebnis von rd. (-) 511 TEUR konnte das Geschäftsjahr abgeschlossen werden.

B.) Lage des Unternehmens

Die TMO hat im Geschäftsjahr 2012 erfolgreich an der weiteren Vernetzung touristischer Leistungsträger in Oberhausen gearbeitet. Die Zusammenarbeit zwischen dem Projekt-TeamCity, dem CityO. Management e.V. und dem Bereich Stadt- und Citymarketing der TMO zur Entwicklung der Innenstadt von Alt-Oberhausen haben ausgezeichnete Ergebnisse erzielt. In der Stadtwerbung konnten ebenso zahlreiche Printprodukte, als auch eine intensive Online-Vermarktungsstrategie des Standortes weiter das Profil der Stadt stärken und Oberhausen weit über die Grenzen von NRW bekannter machen. Die Integration und Zusammenarbeit von Wirtschaftsförderung und Tourismus (WFO und TMO) wurde kontinuierlich verbessert. An Projekten, wie zum Beispiel der Ansiedlung von Hotels, wird gemeinschaftlich gearbeitet.

Unabhängig von den erzielten Arbeitsergebnissen ist die finanzielle Situation der Gesellschaft angespannt.

Die Umsatzerlöse sind um rd. 4 % zum Vorjahr auf 679 TEUR gestiegen. Die sonstigen betrieblichen Erträge mit rd. 541 TEUR aber um etwa 6 % geringer ausgefallen als in 2011. Das Rohergebnis ist somit mit 876 TEUR nahezu identisch und auf dem Niveau von 2011 (878 TEUR).

Erheblich gestiegen ist in 2012 der Personalaufwand. Mit einer Steigerung von rd. 5,7 % lag der Aufwand bei ca. 910 TEUR. Die Abschreibungen bewegen sich in 2012 auf dem identischen Niveau von 2011. Um 7 % gestiegen sind auch die sonstigen betrieblichen Aufwendungen.

Zusammenfassend ergibt sich daraus ein Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von TEUR (-) 511 (Vorjahr TEUR (-) 431). Durch eine Entnahme aus der Kapitalrücklage i.H. von 498 TEUR sowie von Einzahlungen in die Kapitalrücklage in Höhe von TEUR 497 konnte der Verlust aufgefangen werden.

Zusammenfassend stellen sich die Vermögens-, Finanz- und Ertragslagen wie folgt da:

Vermögenslage	31.12.2011		31.12.2012		Delta
	T€	%	T€	%	T€
Anlagevermögen	297	42,5%	206	37,6%	-91
Umlaufvermögen	401	57,4%	342	62,4%	-59
Rechnungsabgrenzungsposten	1	0,2%	0	0,0%	-1
Summe Aktiva	**699**	**100,0%**	**548**	**100,0%**	**-151**
Eigenkapital	52	7,2%	39	7,1%	-13
Sonderposten	286	47,8%	196	35,8%	-90
Rückstellungen	95	10,5%	100	18,2%	5
Verbindlichkeiten	191	21,0%	164	30,0%	-27
Rechnungsabgrenzungsposten	75	13,5%	49	8,9%	-26
Summe Passiva	**699**	**100,0%**	**548**	**100,0%**	**-151**

Finanzlage	2011	2012
	T€	T€
Mittelzufluss/-abfluss aus der lfd. Geschäftstätigkeit	-460	-475
Mittelzufluss/-abfluss aus der Investitionstätigkeit	-4	-2
Mittelzufluss/-abfluss aus der Finanzierungstätigkeit	426	499
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes	**-38**	**22**
Finanzmittelbestand am 01. Januar	168	130
Finanzmittelbestand am 31. Dezember	**130**	**152**

Ertragslage	**2011**		**2012**		**Delta**
	T€	**%**	**T€**	**%**	**T€**
Umsatzerlöse	654	53,4%	679	55,5%	25
Bestandsveränderung	-5	-0,4%	0	0,0%	5
sonstige betriebliche Erträge	577	47,0%	544	44,5%	-32
betriebliche Gesamtleistung	**1.226**	**100,0%**	**1.223**	**100,0%**	**-3**
Materialaufwand	348	28,4%	347	28,4%	-1
Rohergebnis	**878**	**71,6%**	**876**	**71,6%**	**-4**
Personalaufwand	859	70,1%	910	74,4%	51
Abschreibungen auf immaterielle Vermögens-gegenstände und Sachanlagen	95	7,8%	93	7,6%	-2
sonstige betriebliche Aufwendungen	354	28,8%	384	31,4%	31
sonstige Steuern	0	0,0%	0	0%	0
Betriebsaufwendungen	**1.655**	**-135%**	**1734**	**141,8%**	**79**
Betriebsergebnis	**-430**	**-35,0%**	**-511**	**-41,8%**	**-82**
Finanzergebnis	-1	-0,1%	-0	0%	1
Ergebnis vor Steuern	**-431**	**-35,1%**	**-511**	**-41,8**	**-81**
Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0,0%	0	0%	0
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	**-431**	**-35,1%**	**-511**	**-41,8%**	**-81**

C.) Berichterstattung zum öffentlichen Zweck und zur Zweckerreichung

Gegenstand des Unternehmens ist die touristische Werbung für die Stadt Oberhausen und die Koordination von Tourismusangeboten innerhalb des Stadtgebietes sowie die Touristeninformation.

Mit dieser Aufgabenstellung erfüllt die Gesellschaft Aufgaben im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge gemäß § 107 Abs. 2 Gemeindeordnung NRW (nichtwirtschaftliche Betätigung).

Der Zwecksetzung entsprechend dem Gesellschaftsvertrag ist die Gesellschaft in allen Geschäftsfeldern nachgekommen.

D.) Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Die TMO ist in einer schwierigen finanziellen Situation. Der Grundzuschuss durch die Gesellschafterin ist auf 303 TEUR begrenzt. Eine Anpassung der realen Personalaufwendungen ist laut eines Beschlusses des Rates der Stadt nur nach jährlichen Verhandlungen mit der Gesellschafterin vorgesehen. Ebenso sollen die Zuwendungen zur Kompensation entstehender Sachkosten jährlich neu verhandelt werden. Für den Betrieb des RUHR.Visitorcenter erhält die TMO bis 12/2014 Fördermittel. Zusätzlich erzielt die TMO durch eigene touristischen Aktivitäten und dem Verkauf von Eintrittskarten für Veranstaltungen Dritter, sowie durch Kooperationen mit Leistungsträgern aus der Freizeitwirtschaft und Gewerbetreibenden in der Innenstadt von Alt-Oberhausen eigene Erlöse.

Die Umsatzerlöse und die sonstigen betrieblichen Erträge, sowie der städtische Verlustausgleich reichen wie in den vergangenen Jahren allerdings kaum aus um das operative Geschäft zu betreiben, die entstehenden Aufwendungen zu decken und somit den Gesellschaftszweck zu erreichen.

Die grundsätzlich angespannte wirtschaftliche Situation und die Zurückhaltung der Verbraucher zu konsumieren, führen dazu, dass die TMO kaum ein positives Ergebnis aus eigenen Anstrengungen erwirtschaften kann. Die TMO wird auch zukünftig immer abhängig von Aktivitäten Dritter sein, denn die Gesellschaft kann nicht beeinflussen, welche Veranstalter, welche Veranstaltungen in und um Oberhausen herum aufführen. Somit sind z. B. auch die Erlöse aus dem Verkauf von Eintrittskarten kaum einschätzbar.

Kurzum, die Gesellschaft ist in einer durchaus schwierigen finanziellen Situation. Nur mit einer umfassenden Aufgabenkritik und eindeutigen Fokussierung auf Geschäftsbereich mit geringen Defiziten kann die Gesellschaft langfristig überleben. Von besonderer Bedeutung ist aber auch die finanzielle Ausstattung der Gesellschaft durch die Gesellschafterin. Die TMO ist abhängig von einem Zuschuss der neben einem Grundzuschuss auch sämtliche dynamischen Faktoren wie Personalaufwendungen und Sachkostensteigerungen in einem adäquaten Umfang berücksichtigt.

Aufgrund der vorgenannten Rahmenbedingungen plant die Geschäftsführung eine wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft für die Geschäftsjahre 2013 und 2014. Für das Jahr 2013 plant die Geschäftsführung auf Basis von Umsatzerlösen von 691 TEUR und Personalaufwendungen von 940 TEUR ein Jahresergebnis von (-) 516 TEUR. Für 2014 gehen wir im Vergleich mit 2013 von ähnlichen Rahmenbedingungen aus, so dass das Jahresergebnis 2014 mit dem des Jahres 2013 bis auf die tariflichen Personalkostensteigerungen, die das Jahresergebnis belasten werden, vergleichbar sein sollte. Die Geschäftsführung weist bei zukunftsbezogenen Aussagen darauf hin, dass die tatsächlichen Ergebnisse wesentlich von den Erwartungen über die voraussichtliche Entwicklung abweichen können.

E.) Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluß des Geschäftsjahres eingetreten sind, haben sich nicht ergeben.

F.) Berichterstattung über Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Die Wirtschaftsjahre 2013 und 2014 werden für die TMO von besonderer Bedeutung sein. Die touristischen Entwicklungen in 2013 in Oberhausen stimmen durchaus positiv. So konnte bereits zum Ende 2012 die Erweiterung des CentrO Einkaufscenters für mehr Besucher sorgen. Genauso positiv ist die Eröffnung der Christo Ausstellung „The Big Air Package“ im Frühjahr 2013 im Gasometer in Oberhausen. Die Eröffnung des neuen Musicals „Ich war noch niemals in New York“ und die Eröffnung des Sea-Life Abenteuerparks mit angegliederten Legoland Discovery Centre führen zu einer zusätzliche nationalen, wie internationale Bekanntheit des Standortes und zu mehr Besuchern.

Der Bereich Stadt- und Citymarketing der TMO engagiert sich intensiv bei der weiteren Entwicklung des Stadtteils. Durch diese Aktivitäten hofft und rechnet die TMO auch mit finanziellen Beteiligungen Dritten an den einzelnen Projekten.

Hier sind ganz offensichtlich die Aussichten derzeit durchaus positiv.

Alle beschriebenen Aktivitäten fördern die touristische Entwicklung am Standort Oberhausen und beeinflussen das Image der Stadt positiv. Die TMO spielt hierbei eine ganz entscheidende Rolle. Dennoch partizipiert die Gesellschaft kaum von den wirtschaftlichen Effekten.

Die Risiken fuer die TMO bestehen auch nach wie vor in der dünnen Finanzdecke. Die finanzielle Ausstattung macht die Konzentration auf klare Projekte notwendig. Nicht beeinflussbare Faktoren , wie zum Beispiel, der Spielplan von kulturellen Angeboten tragen dazu bei, dass die Geschäftsführung kaum eine Prognose über die Umsätze aus Ticketverkäufen in Touristinformationen treffen kann.

Entscheidend für die TMO wird auch sein, wie sich die finanzielle Situation der Stadt Oberhausen entwickeln wird. Derzeit gestaltet sich bekanntlich auch die finanzielle Situation der Stadt Oberhausen sehr schwierig. Insofern rechnet die Geschäftsführung nur mit einer geringen möglichen finanziellen Unterstützung der Gesellschafterin. Der Handlungsspielraum für die TMO hängt unmittelbar vom Haushaltskonsolidierungsprozess, -beitrag der Stadt, als alleinigen Gesellschafter ab. Der Handlungsspielraum für die TMO bleibt somit erneut eng. Hieraus können sich entwicklungsbeeinträchtigende Risiken ergeben, die auch die Existenz des Unternehmens gefährden können.

Zur Feststellung des gesamten Verlustausgleiches finden jährlich und wiederkehrend Verhandlungen zwischen der TMO Geschäftsführung und der Gesellschafterin statt, welche zum Ergebnis die Höhe der jährlichen Ausgleichszahlung haben. Damit ist der Verlustausgleich für 2012 klar festgestellt und gleichzeitig die Prognosen für die folgenden Wirtschaftsjahre 2013 und 2014 ermittelt.

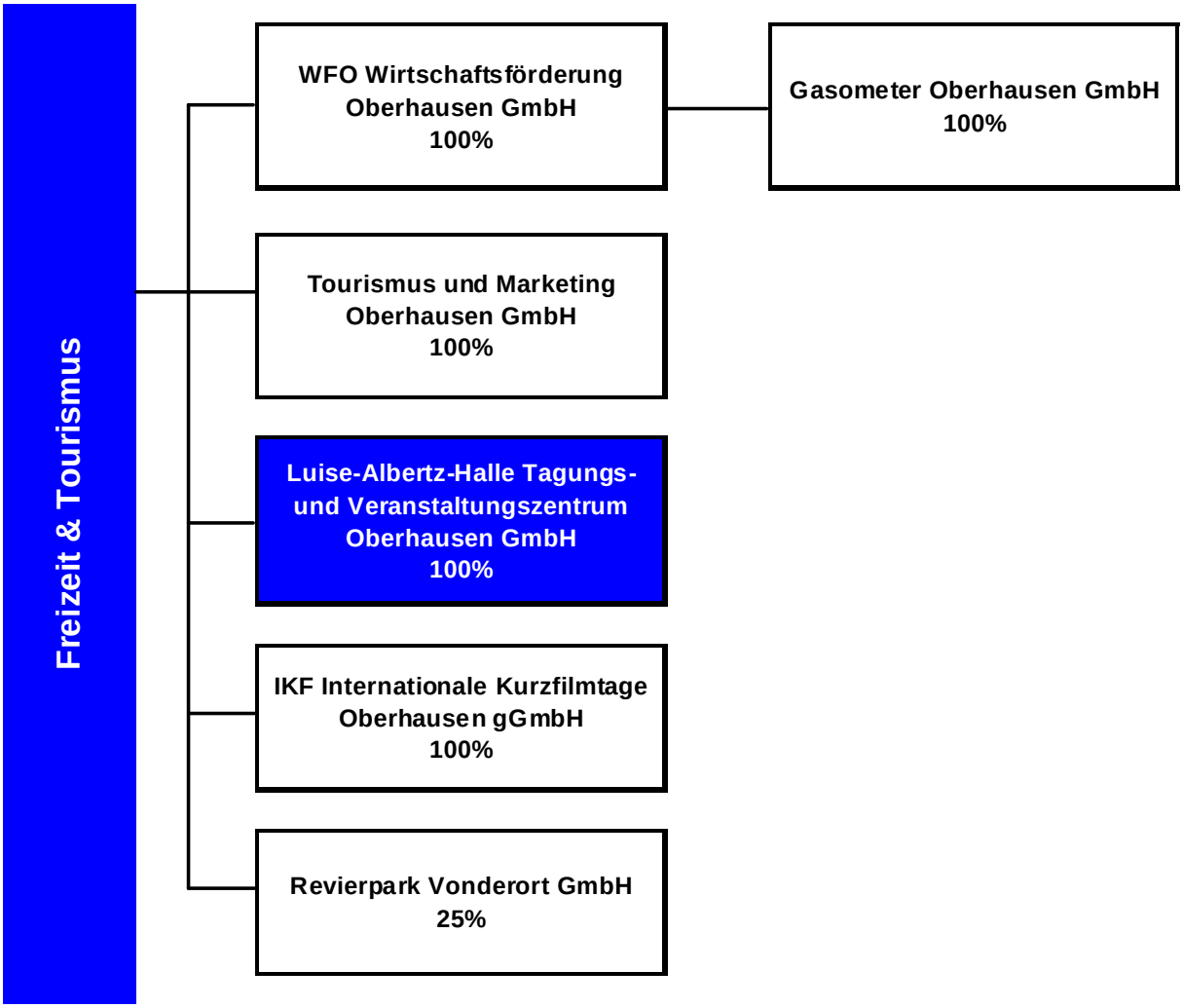
Zudem ist auch die gesamtwirtschaftliche Lage in der Region angespannt und führt zu zurückhaltendem Konsum- und Kaufverhalten.

Ab 2015 wird die Förderung des RUHR.Visitorcenter auslaufen. Hierbei handelt es sich um eine touristische Informationsplattform, die im Zuge der Kulturhauptstadtaktivitäten RUHR.2010 in der Neuen Mitte Oberhausen eröffnet worden ist. Ohne Fördermittel über 2014 hinaus wird es der TMO nicht gelingen diesen Standort weiter zu betreiben.

Angesichts der dargestellten eher negativen Rahmenbedingungen wird es Aufgabe der Geschäftsführung in den beiden kommenden Wirtschaftsjahren somit sein müssen, die Gesellschaft weiter zu konsolidieren, die Gesellschaft einer konstruktiven Aufgabenkritik zu unterziehen und in Verhandlungen mit der Gesellschafterin zu einem ausreichenden finanziellen Ergebnis zu kommen. Durch die positiven touristischen Aktivitäten können aber auch, wenn nur in einem geringen Maß, die möglichen Umsätze aus dem Verkauf von Eintrittskarten, Souvenirs und Reiseangeboten gesteigert werden.

Aufgestellt, 2013-05-03
Tourismus & Marketing
Oberhausen GmbH

Burkhard Koch
- Geschäftsführer -


Freizeit & Tourismus
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH 100%
Gasometer Oberhausen GmbH 100%
Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH 100%
Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH 100%
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH 100%
Revierpark Vonderort GmbH 25%

LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Düppelstraße 1
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208 / 859080
Fax	0208 / 8590811
e-Mail	Info@kongresszentrum-oberhausen.de
Internet	http://www.luise-albertz-halle.de/

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in TDM: 500,00

Gesellschafter:	**TDM**	**%**
Stadt Oberhausen	500,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Verwaltung und der Betrieb der Luise-Albertz-Halle Oberhausen.

Die Luise-Albertz-Halle ist eine öffentliche Einrichtung im Sinne des § 8 GO: NW. Sie dient als Veranstaltungs- und Tagungszentrum sowie als Erholungs-, Versammlungs-, Kultur- und Bildungsstätte und steht allen Bürgerinnen und Bürgern der Stadt zu diesen Zwecken zu Benutzung offen.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Rechtsgeschäften berechtigt, durch die der vorgenannte Gesellschaftszweck unmittelbar geöfrdert werden kann.

Die Gesellschaft kann den die Luise-Albertz-Halle betreffenden Grundbesitz erwerben, verwalten und veräußern.

Die Gesellschaft kann sich zur Förderung ihres Unternehmenszwecks an anderen Gesellschaften beteiligen.

Wichtige Verträge

Deutsche Leasing für Sparkassen und Mittelstand GmbH	Mietkaufvertrag Großenkücheneinrichtung vom 01.10.2008.
evo Energieversorgung Oberhausen AG	Vertrag über Einrichtung, Betrieb, Wartung und Überlassung von technischen Anlagen
Hubert Imhoff GmbH	Pachtvertrag vom 26.03.1999
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Dienstleistungsvertrag (insbesondere Gebäudeinnen- und Fensterreinigung sowie Transportarbeiten), Vertragsbeginn 21.12.2007 (ehem. Vertrag mit WBO)
Stadt Oberhausen	Grundstücksübertragungsvertrag vom 08.02.1999
Stadt Oberhausen	Verlustausgleichsvertrag zwischen der Stadt Oberhausen und Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH vom 08.02.1999 unter Berücksichtigung der Nebenabrede vom 13.02.2003
Stadtsparkasse Oberhausen	Leasingvertrag Klimaanlage vom Juli 2006.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2012)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Schmidt, Hartmut
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Tsalastras, Apostolos
Aufsichtsrat:	Vorsitzende	Jäntsch, Angelika
	stellv. Vorsitzender	Broß, Klaus Dieter
	Mitglied gem. § 113 GO	Willecke, Thomas
	Mitglied	Bongers, Sonja
	Mitglied	Gödderz, Sandra
	Mitglied	Köhler, Hans-Jürgen
	Mitglied	Pascheberg, René

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2010		2011		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	6.489,93	80,7	6.271,84	80,6		
Umlaufvermögen	178,59	2,2	89,45	1,1		
Rechnungsabgrenzungsposten	93,08	1,2	56,87	0,7		
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	1.284,78	16,0	1.360,81	17,5		
Bilanzsumme	**8.046,38**	**100,00**	**7.778,96**	**100,00**		

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Rückstellungen	48,62	0,6	62,57	0,8		
Verbindlichkeiten	7.997,76	99,4	7.716,39	99,2		
Bilanzsumme	**8.046,38**	**100,00**	**7.778,96**	**100,00**		

bb) GuV

	2010	2011
	T€	T€
Umsatzerlöse	914,09	859,21
sonstige betriebliche Erträge	5,20	17,50
Materialaufwand	664,58	667,15
Personalaufwand	430,45	453,66
Abschreibungen	318,12	305,69
sonstige betriebliche Aufwendungen	316,97	273,31
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2,84	0,56
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	358,04	353,83
Ergebnis der gewöhnlichen Geschaftstätigkeit	-1.166,02	-1.176,35
außerordentliche Aufwendungen	3,07	
außerordentliches Ergebnis	-3,07	
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-0,01	
sonstige Steuern	75,65	75,65
Erträge aus Verlustübernahmen	1.175,98	1.175,98
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-68,76	-76,02
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-68,76	-76,02

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

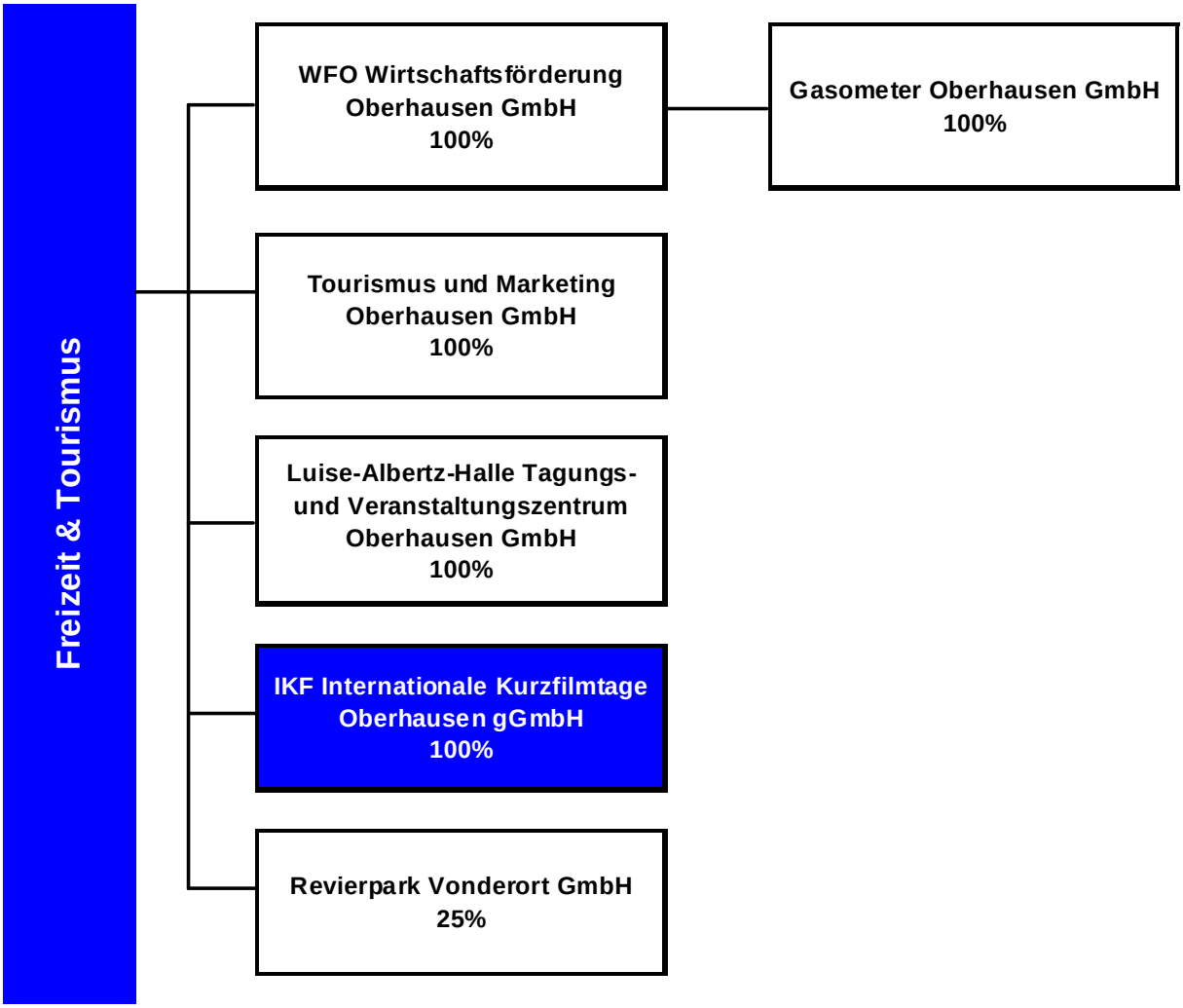
	31.12.2010	31.12.2011	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-136,17	-145,72	%
Eigenkapitalrentabilität:	-1.810,27	-1.646,84	%
Cash-Flow:	-926,62	-946,31	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	114,91	87,67	T€
Personalaufwandsquote:	46,82	51,75	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2010	31.12.2011	Angaben in
Sachanlagenintensität:	80,13	80,09	%
Eigenkapitalquote:	0,00	0,00	%
Fremdkapitalquote:	100,00	100,00	%

e) Lagebericht

Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichtes lag der Jahresabschluss 2012 der Gesellschaft noch nicht vor.


Freizeit & Tourismus
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH 100%
Gasometer Oberhausen GmbH 100%
Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH 100%
Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH 100%
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH 100%
Revierpark Vonderort GmbH 25%

IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Grillostr. 34
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208 / 825 2420
Fax	0208 / 825 5413
Internet	info@kurzfilmtage.de
Internet	http://www.kurzfilmtage.de/

Rechtsform: gGmbH
Stammkapital in T€: 25,57

Gesellschafter:		**T€**	**%**
	Stadt Oberhausen	25,57	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der Internationalen Kurzfilmtage Oberhausen sowie die Förderung des internationalen Kurzfilms und anderer kurzer Formen technischer Medien.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Rechtsgeschäften berechtigt, durch die der vorgenannte Gesellschaftzweck auch mittelbar gefördert werden kann.

Wichtige Verträge

OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Leistungsvertrag vom 20.02./18.04.2002 im Bereich der Materialwirtschaft, Postdienste, Vervielfältigungen, Speditionsdienste, Arbeitssicherheit und Telekommunikation
Stadt Oberhausen	Überlassungsvertrag bezüglich des Film- und Videoarchivs
Stadt Oberhausen	Überlassungsvertrag bezüglich des Grundstücks Grillostr. 34 nebst aufstehendem Gebäude inkl. Inventar
Stadt Oberhausen	Überleitungsvertrag

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2012)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Dr. Gass, Lars Henrik
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Tsalastras, Apostolos

Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Schranz, Daniel	wird vertreten durch Plitt-Vogt, Marlies
	stellv. Vorsitzende	Jäntsch, Angelika	wird vertreten durch Wolter, Horst
	Mitglied gem. § 113 GO	Hüttemann, Claudia	wird vertreten durch Neumann, Jürgen
	Mitglied	Arlt, Gerd	wird vertreten durch Hoff, Marc (Bgm.)
	Mitglied	Barwanietz, Thomas	wird vertreten durch Lenz, Eugen (Bgm.)
	Mitglied	Bongers, Sonja	wird vertreten durch Radtke, Dorothee
	Mitglied	Broß, Klaus Dieter	wird vertreten durch Nakot, Werner
	Mitglied	Cordes, Hubert	wird vertreten durch Emmerich, Karl-Heinz
	Mitglied	Flötgen, Michaela	wird vertreten durch Laß, Heike (Bgm.)
	Mitglied	Flore, Manfred	wird vertreten durch Albrecht-Mainz, Elia
	Mitglied	Gödderz, Sandra	wird vertreten durch Ilhan, Nuran (Bgm.)
	Mitglied	Grefermann, Jürgen	wird vertreten durch Janßen, Anne
	Mitglied	Imlau, Hartmut	wird vertreten durch Helvali, Raci (Bgm.)
	Mitglied	Köhler, Hans-Jürgen	wird vertreten durch Wischermann, Hermann
	Mitglied	Lepges, Gerd	wird vertreten durch Heckhoff, Christian
	Mitglied	Mertens, Ursula	wird vertreten durch Paß, Eugen (Bgm.)
	Mitglied	Stroh, Uly	wird vertreten durch Janßen, Dieter
	Mitglied	Telli, Ercan	wird vertreten durch Weingärtner, Helga
	Mitglied	Wingens, Ursula	wird vertreten durch Pflugbeil, Karl-Heinz (+ 01.05.2013)
	Mitglied	Wolter, Marita	wird vertreten durch Stehr, Simone-Tatjana
	stellv. Mitglied (gem. § 113 GO)	Neumann, Jürgen	Pers. Stellvertretung für Hüttemann, Claudia
	stellv. Mitglied	Albrecht-Mainz, Elia	Pers. Stellvertretung für Flore, Manfred
	stellv. Mitglied	Emmerich, Karl-Heinz	Pers. Stellvertretung für Cordes, Hubert
	stellv. Mitglied	Heckhoff, Christian	persönliche Stellvertretung für Lepges, Gerd (Bgm.)
	stellv. Mitglied	Helvali, Raci	Pers. Stellvertretung für Imlau, Hartmut (Bgm.)
	stellv. Mitglied	Hoff, Marc	Pers. Stellvertretung für Arlt, Gerd
	stellv. Mitglied	Janßen, Anne	Pers. Stellvertretung für Grefermann, Jürgen
	stellv. Mitglied	Janßen, Dieter	Pers. Stellvertretung für Stroh, Uly
	stellv. Mitglied	Laß, Heike	Pers. Stellvertretung für Flötgen, Michaela (Bgm.)
	stellv. Mitglied	Lenz, Eugen	Pers. Stellvertretung für Barwanietz, Thomas (Bgm.)
	stellv. Mitglied	Nakot, Werner	Pers. Stellvertretung für Broß, Klaus-Dieter
	stellv. Mitglied	Paß, Eugen	Pers. Stellvertretung für Mertens, Ursula (Bgm.)
	stellv. Mitglied	Pflugbeil, Karl-Heinz (+ 01.05.2013)	Pers. Stellvertretung für Wingens, Ursula

stellv. Mitglied	Plitt-Vogt, Marlies	Pers. Stellvertretung für Schranz, Daniel
stellv. Mitglied	Radtke, Dorothee	Pers. Stellvertretung für Bongers, Sonja
stellv. Mitglied	Stehr, Simone Tatjana	Pers. Stellvertretung für Wolter, Marita
stellv. Mitglied	Weingärtner, Helga	Pers. Stellvertretung für Telli, Ercan
stellv. Mitglied	Wischermann, Hermann	Pers. Stellvertretung für Köhler, Hans-Jürgen
stellv. Mitglied	Wolter, Horst	Pers. Stellvertretung für Jäntsch, Angelika
stellv. Mitglied	Ilhan, Nuran	Pers. Stellvertretung für Gödderz, Sandra

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2010		2011		2012		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	10,89	3,3	12,96	4,4	12,99	5,2	0,03	0,23
Umlaufvermögen	313,15	94,1	270,05	92,2	225,71	90,9	-44,34	-16,42
Rechnungsabgrenzungsposten	8,80	2,6	9,95	3,4	9,71	3,9	-0,24	-2,41
Bilanzsumme	**332,83**	**100,00**	**292,97**	**100,00**	**248,41**	**100,00**	**-44,56**	**-15,21**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	99,06	29,8	107,39	36,7	104,39	42,0	-3,00	-2,79
Rückstellungen	142,60	42,8	111,79	38,2	126,97	51,1	15,18	13,58
Verbindlichkeiten	29,67	8,9	73,78	25,2	17,08	6,9	-56,70	-76,85
Rechnungsabgrenzungsposten	61,50	18,5					0,00	
Bilanzsumme	**332,83**	**100,00**	**292,97**	**100,00**	**248,41**	**100,01**	**-44,56**	**-15,21**

bb) GuV

	2010	2011	2012
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	126,15	126,35	126,86
sonstige betriebliche Erträge	1.199,41	1.291,24	1.436,03
Materialaufwand	725,10	807,37	930,41
Personalaufwand	495,28	497,41	540,72
Abschreibungen	5,33	8,79	6,35
sonstige betriebliche Aufwendungen	86,66	96,17	88,78
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1,12	0,47	0,36
Ergebnis der gewöhnlichen Geschaftstätigkeit	14,32	8,33	-3,00
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	14,32	8,33	-3,00
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen		8,33	-3,00
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	14,32	0,00	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.07.2010	31.07.2011	31.07.2012	Angaben in
Umsatzrentabilität:	11,35	6,59	-2,37	%
Eigenkapitalrentabilität:	16,89	7,76	-2,88	%
Cash-Flow:	19,65	17,12	3,34	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	165,70	157,51		T€
Personalaufwandsquote:	37,36	35,09	34,60	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.7.2010	31.7.2011	31.7.2012	Angaben in
Sachanlagenintensität:	3,27	4,42	4,20	%
Eigenkapitalquote:	29,76	36,66	42,02	%
Fremdkapitalquote:	70,24	63,34	57,98	%

e) Lagebericht

Entwicklung

Die Gesellschaft hat seit ihrer Gründung im Jahr 1999 bis zum Jahr 2009 sämtliche Preis- und Gehaltskostensteigerungen mit einer deutlichen Erhöhung des Umsatzerlösanteils und einem sehr wirtschaftlichen Einsatz der zur Verfügung stehenden Mittel ausgleichen können. Gleichzeitig hat die Gesellschaft ihr Leistungsspektrum kontinuierlich gesteigert und seit dem Jahr 2000 beinahe verdoppelt.

Seit Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise im Herbst 2008 wurde deutlich, wie anfällig die Finanzierung des Festivals bei einem Rückgang der Umsatzerlöse, besonders bei den Sponsoringerlösen, ist. Bei sinkenden Umsatzerlösen und stagnierenden Zuschüssen war es der Gesellschaft nicht mehr möglich Kostensteigerungen im bisherigen Umfang zu tragen. Um das erreichte Niveau des Festivals zu halten und Einschnitte im Leistungsumfang und Leistungsspektrum zu vermeiden, wurden Anpassungen der Zuschüsse unumgänglich. Zur Deckung von allgemeinen Kostensteigerungen im Bereich Personal wurden bei der Stadt Oberhausen und im Bereich der Sachmitteln beim Land Nordrhein-Westfalen Zuschussanhebungen beantragt und bewilligt. Mit den erreichten Zuschussanpassungen ist der Gesellschaft die Möglichkeit gegeben bis zu einer Erholung der Wirtschaftslage gesunkene Umsatzerlöse auszugleichen sowie mittelfristig Kostensteigerungen aufzufangen. Zudem konnten dringend notwendige Anpassungen in der Personalausstattung und bei den Sachmitteln vorgenommen werden.

1. Darstellung des Geschäftsverlaufs

Auch im Festivaljahr 2012 haben die Kurzfilmtage den in der Vergangenheit eingeschlagenen Weg fortgesetzt, Einsparpotentiale zu ermitteln und umzusetzen. Die Personalkosten stiegen zwar nominal im Vergleich zum Vorjahr, der Personalkostenanteil bezogen auf den Gesamtaufwand jedoch konnte im Geschäftsjahr 2011/12 auf knapp 35 v.H. gesenkt werden. Projekt bereinigt kann der Personalkostenanteil für fest angestelltes Personal konstant bei knapp 38 v.H. gehalten werden. Bereinigt um einmalige Einflüsse liegt der Index für allgemeine Kostensteigerungen der Gesellschaft derzeit bei 105,6 (Basisjahr 2005) und damit weiterhin unter dem vom statistischen Bundesamt angegebenen Index für inflationsbedingte Kostensteigerungen von 112,9.

Das Festival verzeichnete wie schon im Vorjahr einen leichten Rückgang der Besucherzahlen, übertraf aber immer noch den Wert des Jahres 2007. Die Verschiebung des Festivaltermins, durch äußere Einflüsse bedingt, wirkte sich sowohl auf die Reiseplanungen der Fachbesucher als auch auf die Durchführung der Schulveranstaltungen aus, die an nur zwei anstatt vier Tagen durchgeführt werden konnten.

Die Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gemeinnützige GmbH schließt mit Ende des Geschäftsjahres 2010/11 erneut ein erfolgreiches Geschäftsjahr ab. Zwar weist das Jahresergebnis einen Verlust aus, doch resultiert dieser ausschließlich aus der Durchführung von einmaligen zusätzlichen Maßnahmen im Rahmen des Projekts „Provokation der Wirklichkeit. 50 Jahre Oberhausener Manifest“. Zur Finanzierung solcher Projekte wurden in Vorjahren satzungsmäßige Rücklagen gebildet und nun entsprechend zur Deckung des aus Projekten entstandenen Jahresfehlbetrags verwendet. Im Rahmen ihrer gewöhnlichen Aktivitäten schließt die gGmbH das

Geschäftsjahr auf Grund von Kostenreduzierungen mit einem positiven Ergebnis ab. So konnten die zusätzlichen Projektmaßnahmen entgegen der ursprünglichen Planung teilweise aus den laufenden Mitteln finanziert und die zu Beginn des Geschäftsjahres angenommene Rücklagenentnahme reduziert werden.

Die Kostenentwicklung differierte in einigen Positionen vom Plan auf Grund vorzunehmender Rückstellungen, Kostensteigerungen, aber auch Kostenreduzierungen, die zum Zeitpunkt der Planerstellung nicht vollends absehbar waren. Jedoch konnten Mehrausgaben in einigen Positionen durch Minderausgaben an anderer Stelle ausgeglichen werden. Bereinigt um Kosten für einmalige Projekte liegen die Aufwendungen für Sachmittel in der Summe unter den Planansätzen. Die Abweichung vom Planansatz im Bereich der Personalkosten resultiert überwiegend aus dem verstärkten Einsatz von Aushilfen zur Durchführung von einmaligen Projekten und der nachträglich festgestellten Pflicht der Gesellschaft zur Entrichtung der Umlage U1 rückwirkend seit dem Jahr 2010, die zu einer Nachzahlung von Beiträgen zur Umlage U1 führte.

Im Personalbereich ergaben sich im Geschäftsjahr 2011/12 Veränderungen zum Vorjahr. Auf Grund der Elternzeit einer Mitarbeiterin seit August 2011 wurde eine Vertretungsregelung getroffen. Zur Durchführung des Projekts „Provokation der Wirklichkeit. 50 Jahre Oberhausener Manifest“. wurden im Berichtsjahr zwei befristete Anstellungsverträge geschlossen, die zum Geschäftsjahresende ausgelaufen waren. Mit Ablauf des Geschäftsjahres beschäftigt die Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH neun angestellte Mitarbeiter, inklusive des angestellten Geschäftsführers sowie Mitarbeiterin in Elternzeit. Zwei der Mitarbeiter sind auf Teilzeitbasis mit flexibler Jahresarbeitszeit eingestellt, vier auf Teilzeitbasis mit verringerter Wochenarbeitszeit. Drei weitere Mitarbeiter werden auf der Basis von Werkverträgen für das Festival aktiv. Weiterhin beschäftigt die Gesellschaft durchschnittlich zwei studentische Aushilfen und stundenweise einen freien Mitarbeiter im Bereich des Archivs und Verleihs. Für den Festivalbetrieb beschäftigt die Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH auf Basis von kurzfristigen und geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen zwischen 20 und 25 Aushilfen. Kuratoren, Künstler, Autoren, Übersetzer und Filmvorführer werden auf Basis von Werks- und Honorarverträgen beschäftigt. Ziel der Personalplanung ist eine vernünftige Balance zwischen Kostenreduktion und Kontinuität. In allen Bereichen, in denen dies möglich ist, wird entweder in Teilzeit oder sogar auf Basis von kurzfristigen und geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen gearbeitet. Bei bestimmten Tätigkeiten ist dies aber sowohl aus arbeitsrechtlicher Perspektive als auch mit Blick auf das Qualitätsmanagement kaum darstellbar.

Wie in den Vorjahren lag das Hauptaugenmerk der Gesellschaft auch im Geschäftsjahr 2011/12 in der Erfüllung des ihr vorgegebenen Satzungszwecks. Mit der Durchführung des Festivals und den Aktivitäten im Bereich Archiv/Verleih sowie den genannten Sonderprojekten wurden diese satzungsmäßigen Aufgaben wahrgenommen. In der Aufsichtsratssitzung vom 05.07.2011 wurden die inhaltlichen und finanziellen Ziele für das Geschäftsjahr 2011/12 festgelegt. Der Wirtschaftsplan wurde im Geschäftsjahresverlauf fortgeschrieben und in der Aufsichtsratssitzung vom 13.03.2012 letztmalig den aktuellen Entwicklungen angepasst. Die im angepassten Wirtschaftsplan festgelegten finanziellen und inhaltlichen Ziele für das Geschäftsjahr 2011/12 wurden weitgehend erreicht. Beantragte Zuschüsse waren in diesem Geschäftsjahr nicht von Kürzungen betroffen und wurden in voller Höhe bewilligt.

2. Darstellung der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Der Anteil der Umsatzerlöse am Gesamtbudget (ohne Sonderzuschüsse) im Berichtsjahr beträgt 9,6 v.H. Der im Vergleich zum Vorjahr geringere Erlösanteil ist jedoch ausschließlich bedingt durch die Neuzuordnung der Sponsorenerlöse von Stiftungen zu den sonstigen betrieblichen Erträgen ab diesem Berichtsjahr. Bei Zuordnung dieser Erträge zu den Umsatzerlösen läge der Erlösanteil beinahe konstant bei 12,5 v.H. Mit Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise war ein deutlicher Rückgang des Sponsorenengagements zu verzeichnen. Im Berichtsjahr sind die Sponsorenerlöse von reinen Wirtschaftsunternehmen im Vergleich zum Vorjahr gleichbleibend.

Sponsoren- und Anzeigeneinnahmen trugen weiterhin zur Finanzierung des Festivals bei. Sponsorenerlöse des Vorjahres wurden leicht unterschritten, Anzeigenerlöse lagen um knapp 7 v.H. über denen des Vorjahres. Die Erlöse aus dem Verleih konnten im Vergleich zum Vorjahr deutlich gesteigert werden. Insbesondere durch das nunmehr jährlich stattfindende Tourneeprogramm „Oberhausen on Tour“ wurde eine deutliche Umsatzsteigerung von knapp 75 v.H. erreicht. Im Vergleich mit Vorjahren scheint sich der negative Trend bei den Erlösen aus Verleih umzukehren. Die Eintrittserlöse des Vorjahres konnten nicht erreicht werden. Durch die Verschiebung des Festivaltermins verringerten sich die Besucherzahlen. Bedingt durch den Maifeiertag und einen Brückenferientag konnten insbesondere Schulveranstaltungen nicht im üblichen Umfang angeboten werden.

Die Umsatzerlöse unterschreiten den angepassten Planansatz um 2,11 v.H. Im Bereich Anzeigen wurde, unter Berücksichtigung von Gegengeschäftsanzeigen, der angepasste Planansatz um 3,5 v.H. unterschritten. Im Bereich Sponsoring wurde der angepasste Planansatz um knapp 17 v.H. überschritten. Die Umsatzerlöse im

Zweckbetrieb Archiv lagen im Geschäftsjahr 2011/12 mit rund 43 v.H. über dem angepassten Plansoll. Die Umsatzerwartungen im Bereich Eintrittsgelder wurden ebenfalls nicht erfüllt und lagen rund 25 v.H. unter dem Planansatz.
Trotz vieler Anstrengungen im Bereich der Umsatzerlöse erreichen diese nicht die Höhe der Geschäftsjahre vor Einsetzen der Wirtschaftskrise im Jahr 2008. Im Vergleich zum Vorjahr ergaben sich kaum Änderungen, insbesondere Sponsoringerlöse von Wirtschaftsunternehmen stagnierten. Es ist davon auszugehen, dass eine positive Entwicklung erst über einen längeren Zeitraum sichtbar werden wird.

In der Summe lagen die Umsatzerlöse geringfügig über denen des Vorjahres.

Die für das Festival 2012 beantragten Zuschüsse öffentlicher Geldgeber wurden vollständig gewährt. Das Festival war zu jeder Zeit finanziell abgesichert.

Auf Grund der Vorlage der Steuererklärungen erhielt die Gesellschaft am 27.07.2012 vom Finanzamt Oberhausen-Süd, vorbehaltlich der Nachprüfung, den Freistellungsbescheid für 2011 zur Körperschaftssteuer und Gewerbesteuer. Laut Freistellungsbescheid ist die Körperschaft nach § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG von der Körperschaftssteuer und nach § 3 Nr. 6 GewStG von der Gewerbesteuer befreit, weil sie ausschließlich und unmittelbar steuerbegünstigten Zwecken im Sinne der §§ 51 ff. AO dient.

Neben den gewöhnlichen Aktivitäten wurden im Geschäftsjahr 2011/12 erneut zusätzliche einmalige Projekte durchgeführt, für die sowohl von Zuschussgebern als auch Stiftungen zweckgebundene Mittel zur Verfügung gestellt wurden. Das Projekt „Provokation der Wirklichkeit. 50 Jahre Oberhausener Manifest“ mit vielen Einzelmaßnahmen prägte dabei das Geschäftsjahr 2011/12 deutlich.

Die Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft ist geordnet und kann als solide betrachtet werden. Die Bilanzsumme beträgt 248 TEUR und weist einen Anteil an liquiden Mitteln von 57,3 v.H. aus. Die Gesellschaft war im Berichtsjahr jederzeit in der Lage, ihre finanziellen Verpflichtungen zu erfüllen. Die Kapitalstruktur ist ausgewogen. Das Eigenkapital in Höhe von 104 TEUR setzt sich zusammen aus gezeichnetem Kapital und satzungsmäßiger Rücklage nach § 58 Nr. 6 AO und erreicht eine Quote von 42 v.H.

3. Bericht über die Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung kommunaler Unternehmen gemäß § 108 Abs. 2 GO NW für das Geschäftsjahr 2011/2012

Durch die Wahrnehmung der unter 1. dargestellten Aufgaben wurde der Zweck der Gesellschaft gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages nachhaltig erfüllt.

4. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres 2011/2012 haben sich nicht ereignet.

5. Voraussichtliche Entwicklung mit Hinweis auf wesentliche Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Hauptziel der Gesellschaft ist auch weiterhin die langfristige Sicherung und offensive Weiterentwicklung des Festivals. Dies bezieht sich zum einen auf die Akquise von Sponsoren und Medienpartnern, die Einbindung weiterer öffentlicher Zuschussgeber und Partner für Einzelprojekte, zum anderen auf die Erschließung von neuen Besuchergruppen sowie die Entwicklung neuer Projekte.

Das Festival hatte in der Vergangenheit im Vergleich mit der Festivallandschaft in Deutschland eine überproportionale Quote an privaten Mitteln erreicht. Eine intensive Ansprache der Privatwirtschaft bleibt auch weiterhin für das Festival unerlässlich. Mit Blick auf das wirtschaftliche Ergebnis des Festivals 2012 wird jedoch erneut deutlich, wie anfällig die Finanzierung des Festivals bei einem Rückgang der Umsatzerlöse, besonders bei den Sponsoringerlösen, ist. Sie zeigt auf, dass nur über Fördermittel eine notwendige Planungssicherheit gegeben ist. Entscheidungen von potenziellen Sponsoren fallen meist erst im Frühjahr vor dem Festival und damit lange nach Abschluss der Programmplanung. Überdies sind Sponsoren nur in Ausnahmefällen für ein Engagement im Rahmen bestehender Programmangebote zu interessieren; zumeist werden Initiativprojekte, die sich schlecht verstetigen lassen, als Darstellungsfläche bevorzugt. Mit Sponsoringerlösen können vor allem einzelne Projekte und (temporäre) Programme, die das regelmäßige Programmangebot erweitern und ergänzen, finanziert werden. Sponsoring als Finanzierungsquelle für die Kernaufgaben des Festivals ist daher keine

geeignete Perspektive. Mittlerweile sind von dieser Entwicklung selbst Veranstaltungen mit deutlich kommerziellem Profil in der Region betroffen, etwa das Klavierfestival Ruhr. Auch die diesjährige Situation bestätigt, dass nur ein Teil der Sponsorenerlöse (insbesondere die langjähriger Partner) als einigermaßen gesichert angesehen und zur Finanzierung des Festivals herangezogen werden kann. Projektgebundene Förderungen hingegen bedeuten neben direkten Projektkosten oftmals innerbetrieblichen Mehraufwand bei Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Buchhaltung usw. Aus diesem Mehraufwand resultierten eindeutig Mehrkosten für die Gesellschaft durch Mehrstunden, die zum Jahresende vergütet werden müssen und die finanziell nur knapp von den Förderungen gedeckt sind. Bei allem Renommee, das auf diesem Wege erreicht werden kann, darf daher nicht aus dem Auge verloren werden, dass die Finanzierung des Kerngeschäftes der Kurzfilmtage immer schwieriger wird.

Überdies wird deutlich, dass bei stagnierenden Zuschüssen eine dauerhafte Finanzierung des Festivals in der bisherigen Form nicht denkbar ist. Mit der Zuschussanpassung des BKM im Jahr 2009 war es möglich, einen Teil des Mehraufwands durch allgemeine Kostensteigerungen aufzufangen. Erst mit den im Vorjahr erreichten Zuschusserhöhungen bei der Stadt Oberhausen und dem Land Nordrhein-Westfalen wurde der Gesellschaft mittelfristig der finanzielle Spielraum gegeben, notwendige Anpassungen und Erweiterungen im Bereich Personal und Sachmittel zu decken und unvorhersehbare Aufwendungen aufzufangen. Der Gesellschaft ist es in den letzten Jahren mit dem Einsatz neuer Kommunikationswege und angepassten modernen Arbeitsmethoden gelungen, in vielen Bereichen Kostensenkungen zu erreichen bzw. Aufwandssteigerungen zu verhindern, ohne die Unterdeckungen nicht zu vermeiden gewesen wären. Es werden alle Anstrengungen unternommen, diesen Weg fortzusetzen. Es ist jedoch absehbar, dass dies nicht ausreichen wird, den Mehraufwand in der Zukunft aufzufangen und das Leistungsspektrum aufrechtzuerhalten. Die 5-Jahresplanung der Gesellschaft zeigt auf, dass bereits in wenigen Jahren die erreichten Zuschusserhöhungen allein bei sehr moderat angenommenen allgemeinen Kostensteigerungen aufgezehrt sein werden. Langfristig kann die Festivalfinanzierung nur durch Zuschüsse gesichert werden, die die allgemeinen Kostensteigerungen berücksichtigen.

Die Professionalität der Sponsoringakquise wurde seit dem Jubiläumsfestival 2004 noch erheblich verbessert, etwa durch aufwändig gestaltete Unterlagen mit aussagekräftigem Zahlenmaterial zur Leistungsbilanz und zu den Darstellungsmöglichkeiten. Die im Herbst 2008 einsetzende Finanz- und Wirtschaftskrise verdeutlicht jedoch die Schwierigkeit, die Erlössituation zu halten oder gar zu verbessern. Sowohl große Unternehmen als auch Stiftungen haben mit Blick auf die schlechte Konjunkturentwicklung ihr Engagement im Bereich Kultur eingeschränkt oder sogar eingestellt. Insbesondere Partner aus Vorjahren reduzierten ihr Engagement bzw. verlagerten es auf andere Kultur- bzw. Bildungsbereiche. Die Geschäftsführung geht davon aus, dass das sehr zurückhaltende Engagement zumindest auch in den kommenden zwei Jahren beibehalten wird. Es ist erkennbar, dass sich im gesamten Kulturbereich ein ähnliches Bild zeigt. Es ist vor dem Hintergrund der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen derzeit nicht absehbar, ob und ggf. wann eine positive Entwicklung wieder einsetzen wird.

Zur Sicherung des Festivals über öffentliche Zuschussgeber werden jährlich Anträge auf Projektförderung gestellt. Neben den bereits eingeführten Zuschussgebern werden je nach Projektstand auch weitere mögliche öffentliche Fördergeber angesprochen. Für das Festivaljahr 2013 werden alle Anträge auf öffentliche Förderung bis Ende des Jahres 2012 gestellt. Eine Aussage zur Wahrscheinlichkeit der Bewilligungen kann gegenwärtig noch nicht getroffen werden. Vom Land Nordrhein-Westfalen wurde bereits eine Zusicherung in Höhe der diesjährigen Förderung für 2013 ausgesprochen.

Die Stadt Oberhausen als alleinige Gesellschafterin hat im Vorjahr nach zehn Jahren mit gleicher Zuschusshöhe eine Anpassung bewilligt, da auf Grund der rückläufigen Umsatzerlöse Personalkostensteigerungen nicht mehr wie in der Vergangenheit allein von der Gesellschaft aufgefangen werden konnten. Zur Vermeidung von Unterdeckung wurde die erste Anhebung des Betriebskostenzuschusses seit 1999 für das Festivaljahr 2010 bewilligt. Das verschafft der Gesellschaft wieder etwas Luft. Überfällige Gehalts- und Honoraranpassungen konnten im Geschäftsjahr 2010/11 vollständig umgesetzt werden.

Die Geschäftsführung sieht weitere Anträge auf EU-Fördermittel als nicht aussichtsreich an, da die Kurzfilmtage die Förderkriterien nicht erfüllen können. Ein weiterer Versuch im Vorjahr scheiterte erneut.

Auf Grund der unsicheren Haushaltssituationen bei Bund, Ländern und Gemeinden und der angespannten wirtschaftlichen Situation kann die Gesellschaft kein wirklich aussagekräftiges Szenario zur möglichen Entwicklung der Zuschüsse erstellen. Zumindest wurden bisher keine weiteren Kürzungen angekündigt. Sollten Anpassungen ausbleiben oder sich sogar Kürzungen bei öffentlichen Zuschussgebern ergeben, so werden

voraussichtlich Leistungsspektrum und Leistungsbilanz des Festivals hiervon unmittelbar und deutlich betroffen sein.

Im Geschäftsjahr 2006/07 wurde der Vertrag mit dem Festivalkino Lichtburg Filmpalast für die Dauer von fünf Jahren neu verhandelt. Durch verkürzte Auf- und Abbauzeiten der Technik, konnte eine leicht verringerte Mietdauer vereinbart und damit das Niveau des Mietzinses gehalten werden. Für die Folgejahre wurde zur Deckung zu erwartender allgemeiner Kostensteigerungen eine jährliche Anpassung des Mietzinses in Höhe von 1,5 v.H. festgeschrieben. Der neue Vertrag ab dem Festivaljahr 2013 soll zu analogen Bedingungen verhandelt werden. Im Geschäftsjahr 2010/2011 wurde der Vertrag mit der OGM GmbH überarbeitet und in einem verringerten Leistungsumfang für die Dauer von fünf Jahren neu geschlossen.

Im Personalbereich sind im Geschäftsjahr 2012/13 keine Änderungen vorgesehen. Zu Beginn des Geschäftsjahres wurden befristete Anstellungen verlängert. Die Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH wird im Geschäftsjahr voraussichtlich neun angestellte Mitarbeiter, inklusive des angestellten Geschäftsführers, beschäftigen. Statt einer Ausbildungsstelle wird die Gesellschaft ein Jahrespraktikum anbieten. Die unmittelbare Festivalvorbereitung kann nach wie vor nur unter Zuhilfenahme von kurzfristigen Aushilfen, Zeitarbeits- und Honorarkräften sowie freien Mitarbeitern erfolgen. Um einen reibungslosen Festivalbetrieb mit stetig wachsenden Anforderungen zu gewährleisten und den Mehraufwand für projektbezogene Förderungen abzudecken, werden auch in diesem Bereich weitere Anpassungen notwendig werden.

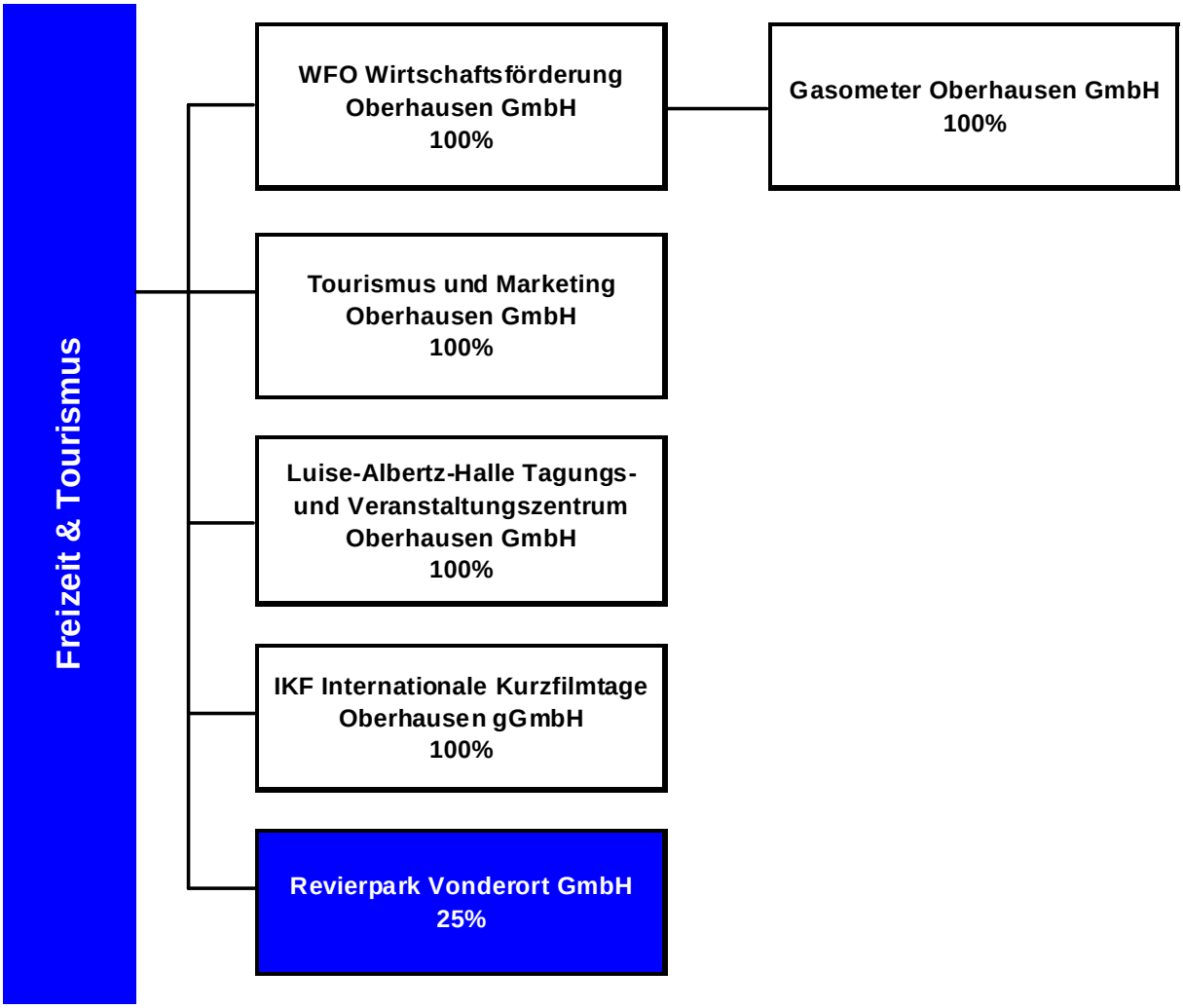
An der Aufschlüsselung der steuerbegünstigten wirtschaftlichen Betätigungsfelder der Gesellschaft in die Zweckbetriebe „Festival“ sowie „Archiv & Verleih“ wird auch künftig festgehalten.

Das Festival ist bestrebt, seine internationale Bedeutung und Anerkennung fortlaufend neu zu behaupten. Dabei steht die behutsame Weiterentwicklung der historischen Substanz des Festivals im Mittelpunkt der Bemühungen der Markenführung. In den letzten zehn Jahren wurden zahlreiche erhebliche Erfolge erzielt, etwa durch den „MuVi-Preis“, das Onlinemagazin „shortfilm.de“ oder durch „reelport“. Fortgeführt wird diese Weiterentwicklung durch die im Festivaljahr 2006 neu eingeführten und sehr gut angenommenen Programmsegmente „Podium“ und „Screenings“. In diesem Zusammenhang wurde, um noch mehr regionale Aufmerksamkeit zu erreichen, zum Festival 2009 der NRW-Wettbewerb eingeführt sowie die „Open Screenings“, in dessen Rahmen eingereichte, aber abgelehnte Arbeiten von den Filmemacherinnen und Filmemachern selber vorgestellt werden können. Mit den Vorführungen für internationale Verleiher aus dem Bereich Künstlerfilm und -video wurden allein seit 2006 rund 15 weitere Programmplätze geschaffen und vor allem international erfolgreich platziert. Für die Zukunft steht auch weiterhin eine strategische Weiterentwicklung vor allem der Bereiche Online, Filmbildung und Kunstmarkt auf der Agenda. Hier wurden insbesondere im Zeitraum 2007 bis heute sehr gute Ergebnisse erzielt. Bis Ende des Jahres wird ein großes neues Projekt bei einer Stiftung beantragt, das die Einführung einer temporären Schule für Filmemacher und Künstler auf dem Festival vorsieht in Verbindung mit einem Koproduktionsforum für Künstlerfilme und -videos. Aus diesem Projekt sollen weitere Impulse für Fachbesucher erwachsen, das Festival zu besuchen. Allein im Wirtschaftsjahr 2010/11 haben die Kurzfilmtage über 70.000 € an zusätzlichen Mitteln zusammengetragen, um Projekte der kulturellen Filmbildung in Oberhausen zu realisieren. In diese Berechnung fließen die Mittel für Lehrerfortbildungen nicht einmal ein. Es handelt sich hier ausschließlich um Mittel, die nur Sonderprojekte betreffen, nicht den üblichen Programmstandard des Festivals. Im Bereich Filmbildung arbeitet die Gesellschaft derzeit an einem gemeinsamen Antrag mit der Duisburger Filmwoche sowie dem Internationalen Frauen Filmfestival Dortmund/Köln, der die Filme und medienpädagogischen Formate der Festivals für die schulische Bildung nutzbar machen soll.

Die Fähigkeit, gesellschaftliche Veränderungen frühzeitig wahrzunehmen, auf diese zu reagieren und sie in Programme zu übertragen, hat in Oberhausen Tradition. Mit den jüngsten Neuerungen, der Erweiterung des Filmmarktes um Vorführungen internationaler Verleiher aus dem Bereich Video und Experimentalfilm, der Etablierung der Diskussionsforen „Podium“ und der verstärkten Ansprache der Kunstszene, verfolgt die Geschäftführung eine Unternehmensstrategie, die dem Festival fortlaufend neue Zielgruppen erschließen soll. Insbesondere im Bereich des Kurzfilms ist die ständige Regenerierung des Fachpublikums dringend erforderlich. Nur eine fortgesetzte strategische internationale Vernetzung mit wichtigen Partnern, ein Programmprofil, das höchsten Ansprüchen im internationalen Vergleich genügt, sowie eine anhaltend intensive und kreative Öffentlichkeitsarbeit können die Gesellschaft nachhaltig sichern.

Oberhausen, 2. Oktober 2012

gez. Dr. Lars Henrik Gass


Freizeit & Tourismus
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH 100%
Gasometer Oberhausen GmbH 100%
Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH 100%
Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH 100%
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH 100%
Revierpark Vonderort GmbH 25%

Revierpark Vonderort GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Bottroper Str. 322
46117 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/999680
Fax	0208/9996899
e-Mail	info@revierpark.com
Internet	http://www.revierpark.com/

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 41,00

Gesellschafter:

	T€	%
Regionalverband Ruhr	20,50	50,00
Stadt Bottrop	10,25	25,00
Stadt Oberhausen	10,25	25,00

Gegenstand des Unternehmens:

Die Gesellschaft hat gemäß § 3 des Gesellschaftsvertrags den Zweck, der Bevölkerung einen Park - den Revierpark Vonderort - mit seinen Einrichtungen zur Sportausübung und zur Erholung zur Verfügung zu stellen.

Mit den Anlagen und Einrichtungen bezweckt die Gesellschaft die Förderung des Sportes und die Erholung der im Umkreis der Parkanlage wohnenden gesundheitlich besonders gefährdeten Bevölkerung.

Die Gesellschaft ist selbstlos tätig. Es wird kein wirtschaftlicher Erwerb oder Gewinn angestrebt. Sie verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Abgabenordnung. Das Vermögen und alle Einrichtungen der Gesellschaft dürfen nur für gemeinützige Zwecke im Sinne des Gesellschaftsvertrages verwendet werden.

Wichtige Verträge

Diverse	Verschiedene Pachtverträge bezüglich der gastronomischen Bereiche, des Betriebs von Kiosken, einer Minigolfanlage und eines Bootsverleihs

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2012)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Frind, Reinhard
	Geschäftsführer	von der Heide, Jochem
	Geschäftsführer	Loeven, Willi
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:	Mitglied	Barkowsky, Arndt

Verwaltungsrat:	Vorsitzender	Höving, Norbert
	Mitglied gem. § 113 GO	Motschull, Frank
	Mitglied	Dr. Hubbert, Eva-Maria
	Mitglied	Kerscht, Christoph
	Mitglied	Marschan, Rainer
	Mitglied	Nakot, Werner (für RVR)
	Mitglied	Partenheimer, Gabriele
	Mitglied	Pfingsten, Jutta
	Mitglied	Pflugbeil, Karl-Heinz (+ 01.05.2013)
	Mitglied	Tönsgerlemann, Willi
	Mitglied	Vöpel, Dirk (für RVR)
	Mitglied	Wischermann, Hermann

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2010		2011		2012		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	3.228,72	92,4	2.882,87	91,9	2.526,51	88,8	-356,36	-12,36
Umlaufvermögen	263,25	7,5	253,96	8,1	317,87	11,2	63,91	25,17
Rechnungsabgrenzungsposten	3,25	0,1			0,32	0,0	0,32	
Bilanzsumme	**3.495,22**	**100,00**	**3.136,83**	**100,00**	**2.844,69**	**100,00**	**-292,14**	**-9,31**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	2.182,31	62,4	1.948,30	62,1	1.789,22	62,9	-159,08	-8,17
Sonderposten mit Rücklagenanteil	208,13	6,0	185,63	5,9	163,13	5,7	-22,50	-12,12
Rückstellungen	206,87	5,9	230,03	7,3	182,91	6,4	-47,12	-20,48
Verbindlichkeiten	895,53	25,6	770,69	24,6	707,58	24,9	-63,11	-8,19
Rechnungsabgrenzungsposten	2,39	0,1	2,19	0,1	1,86	0,1	-0,33	-15,07
Bilanzsumme	**3.495,22**	**100,00**	**3.136,83**	**100,00**	**2.844,69**	**100,00**	**-292,14**	**-9,31**

bb) GuV

	2010	2011	2012
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	1.860,82	2.097,09	2.167,13
sonstige betriebliche Erträge	839,77	798,50	925,19
Materialaufwand	1.284,67	1.176,38	1.414,28
Personalaufwand	1.381,64	1.427,11	1.422,21
Abschreibungen	354,67	373,55	366,40
sonstige betriebliche Aufwendungen	374,53	338,84	382,58
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,92	0,60	0,31
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	17,62	12,39	11,31
Ergebnis der gewöhnlichen Geschaftstätigkeit	-711,61	-432,07	-504,14
außerordentliche Aufwendungen	2,07	41,60	0,00
außerordentliches Ergebnis	-2,07	-41,60	0,00
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	12,29	0,00	0,00
sonstige Steuern	11,84	9,08	9,60
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-737,80	-482,74	-513,74
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	-737,80	-482,74	-513,74
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2012	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-39,65	-23,02	-23,71	%
Eigenkapitalrentabilität:	-33,81	-24,78	-28,71	%
Cash-Flow:	-383,14	-109,19	-147,34	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	100,02	241,30	193,27	T€
Personalaufwandsquote:	51,16	49,29	45,99	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2012	Angaben in
Sachanlagenintensität:	92,34	91,88	88,61	%
Eigenkapitalquote:	62,44	62,11	62,90	%
Fremdkapitalquote:	37,56	37,89	37,10	%

e) Lagebericht

1. Geschäft und Rahmenbedingungen der Gesellschaft

1.1 Zweck und betrieblicher Aufbau

Die Gesellschaft wurde 1971 gegründet zum Betrieb eines Freizeit- und Naherholungsparks mit großem Freizeitangebot.

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung des Sports und der öffentlichen Gesundheitspflege, der Kinder- und Jugendhilfe, der Kultur und des Landschaftsschutzes für die im regionalen Umkreis wohnende Bevölkerung. Der Gesellschaftszweck wird insbesondere verwirklicht durch den Betrieb des öffentlichen Badbereiches für das

Jedermannschwimmen, verschiedene Kursangebote, Programm- und Veranstaltungsangebote in den Einrichtungen der Gesellschaft sowie die Bereitstellung der Spiel- und Sportflächen im Revierpark Vonderort.

Zur Erfüllung ihres Zwecks betreibt die Gesellschaft folgende Anlagen bzw. hat diese verpachtet:

- Revierpark Vonderort mit 32 Hektar Grundfläche, inkl. Rundwanderweg, abwechslungsreichen Spiel-, Sport- und Erholungsflächen, regelmäßige Konzerte, Minigolfanlage, Tischtennisplatten und Ballspielfelder, Ruder- und Tretbootfahren, Rodelbahn
- Solbad mit Warmliege- und Außenschwimmbecken,
- Frei- und Wellenbad,
- Saunalandschaft mit Finnischer Sauna, Blockbohlensauna, Dampfsauna, Erdsauna, Teichsauna sowie Bio/Valo-Bädern.

1.2 Rahmenbedingungen

Das Geschäft der Gesellschaft ist im Allgemeinen von zahlreichen externen Faktoren abhängig. Neben saisonalen und witterungsbedingten Schwankungen zählen dazu insbesondere die verstärkte Konkurrenz durch verschiedene neue Freizeitangebote im Umkreis von Oberhausen, die Entwicklung der Energie- und Wasserpreise sowie die finanzielle Lage der öffentlichen Haushalte. Die grundlegende konjunkturelle Situation in 2012 in unserem Einzugsgebiet hat sich eher belebend auf die Nachfrage ausgewirkt.

Aufgabenbedingt kann die Gesellschaft – ohne Zuschüsse der Gesellschafter – kein kostendeckendes Geschäft betreiben. Aufgaben, die sich aus dem Gesellschaftsvertrag ergeben, erfordern auch zukünftig Zuschüsse zu den laufenden Betriebskosten und zu Investitionen durch die Gesellschafter.

Wir bemessen unser Geschäftsergebnis im Wesentlichen nach der Erfüllung unserer öffentlichen und gemeinnützigen Zwecksetzung und der Einhaltung der Vorgaben des Wirtschaftsplans; dabei spielen die Besucherzahlen, die Eintrittspreise, die erzielten Umsätze sowie unsere Material- und Personalaufwendungen eine wichtige Rolle.

Die PROVA Unternehmensberatung GmbH hat im Rahmen der Betriebsführung ein Zukunftskonzept für den Revierpark Vonderort erarbeitet, das dem Verwaltungsrat vorgestellt wurde. Inhaltlich wurde dabei vor allem auf nachhaltige, Entwicklungen gezielt, die die Gesellschaft künftig vor allem wirtschaftlich stärken sollen. Die Umsetzung des Zukunftskonzeptes erfolgte bereits im Jahr 2012 mit der Überarbeitung der Marketingstrategie und den Marketingmaterialien sowie der Attraktivierung des Saunabereiches. Weitere Einzelmaßnahmen folgen im Jahr 2013 (z. B. Aufsalzung des Außenbeckens mit Selen).

2. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

2.1 Ertragslage

Der Geschäftsverlauf der Revierpark Vonderort GmbH war im Vergleich zu 2011 zufriedenstellend.

Den gesamten Erlösen und Erträgen in Höhe von 3.092 T€ (Vorjahr: 2.896 T€) standen Ausgaben und Abschreibungen in Höhe von 3.597 T€ (Vorjahr 3.328 T€) gegenüber.

Die Gesellschafter haben einen Betriebskostenzuschuss in Höhe von 637 T€ (Vorjahr: 743 T€) gezahlt, der in den Erträgen enthalten ist. Ergänzend wurde ein Investitionskostenzuschuss von 355 T€ (Vorjahr: 249 T€) als Zuführung zur Kapitalrücklage geleistet.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit beläuft sich somit auf -504 T€ (Vorjahr: -432 T€). Dies entspricht einem Kostendeckungsgrad von 86,0 % (Vorjahr: 87,1 %).

Hinzu kommen Steuern in Höhe von insgesamt 10 T€ (Vorjahr: 51 T€), so dass sich insgesamt ein Jahresfehlbetrag von -514 T€ (Vorjahr: -483 T€) ergibt.

Die Abschreibungen in Höhe von 366 T€ und der übrige Jahresfehlbetrag in Höhe von 147 T€ wurden der Kapitalrücklage entnommen.

Gegenüber dem Vorjahr sind folgende Veränderungen festzustellen:

Gesamteinnahmen

Bei den Gesamteinnahmen war bei den Erlösen aus Eintritten, Mieten und Pachten ein Zuwachs um 70 T€ (3,2 %) von 2.097 T€ auf 2.167 T€ zu verzeichnen. Die Erlöse in dem Bereich Solbad haben sich leicht verbessert, während die Erlöse des Freibades im Vergleich zum Vorjahr (wetterbedingt) stark gestiegen sind. Die Erlöse des Bereichs Sauna sind im Vorjahresvergleich annähernd konstant.

Die Umsatzentwicklungen ergeben sich wie folgt:

	2012	2011	Veränderung	
	T€	T€	T€	
Solbad	1.166	1.129	37	3,3%
Freibad	64	26	38	146,2%
Sauna	743	745	-2	-0,3%
Mieten und Pachten	138	141	-3	-2,1%
Übrige	56	56	0	0,0%
	2.167	2.097	70	3,3%

Durch einen Schaden an der Fernwärmeleitung, der erst in der ersten Hälfte des Jahres behoben werden konnte, waren die Besucherzahlen insbesondere im Bereich des Solbades gesunken. Die per 01.07.2012 vorgenommene Preiserhöhung ermöglichte es, die Erlöse auf Vorjahresniveau zu halten.

Die Erlöse im Freibad sind wetterbedingt analog der Erlöse in anderen Städten und Gemeinden deutlich gestiegen.

Der starke Anstieg der sonstigen betrieblichen Erträge ist auf Schadensersatzleistungen in Höhe von T€ 243 bei einem gleichzeitig um T€ 106 geringeren Betriebskostenzuschuss zurückzuführen.

Gesamtaufwendungen

Bei den Gesamtaufwendungen war eine Erhöhung um 269 T€ (8,1 %) von 3.328 T€ auf 3.597 T€ zu verzeichnen. Die Aufwendungen teilen sich wie folgt auf:

1.414 T€ = 39,3 % Materialaufwand inkl. Energiekosten (Vorjahr: 1.176 T€ = 35,3 %)
1.422 T€ = 39,5 % auf Personalkosten (Vorjahr: 1.427 T€ = 42,9 %)
366 T€ = 10,2 % auf Abschreibungsaufwand (Vorjahr: 374 T€ = 11,2 %)
383 T€ = 10,6 % auf Sonstige betriebliche Aufwendungen (Vorjahr: 339 T€ = 10,2 %)
11 T€ = 0,3 % Zinsen und ähnliche Aufwendungen (Vorjahr: 12 T€ = 0,4 %)

Bei den Materialaufwendungen ergab sich auf Grund des Fernwärmeschadens ein Anstieg der Aufwendungen für Heizöl von insgesamt 112 T€ während die Aufwendungen für Gas um 68 T€ und für Wasser/Entwässerung um 14 T€ verringert werden konnten. Der Fernwärmeschaden führte auch zu einem Anstieg der Instandhaltungsaufwendungen um 134 T€ (bezogene Leistungen). Die Kosten des Betriebsführungsvertrages sind für das ganze Jahr berücksichtigt und führten zu einer Erhöhung der Aufwendungen für bezogenen Leistungen um 78 T€.

Gegenüber dem Vorjahr ist der Personalaufwand konstant geblieben.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen verzeichnen einen Anstieg um 44 T€. Hierbei führten zusätzliche Kosten für Werkzeuge sowie die Anmietung von mobilen Heizgeräten zu erhöhten Aufwendungen.

Der Abschreibungsaufwand reduzierte sich wegen geringer Investitionen im Vergleich zum Vorjahr um 8 T€.

2.2 Finanz- und Vermögenslage

88,8 % der Bilanzsumme von 2.845 T€ auf der Aktivseite entfallen auf das Anlagevermögen, 62,9 % der Passivseite auf das Eigenkapital.

Die bedeutende Veränderung auf der Aktivseite betrifft die abschreibungsbedingte Abnahme des Sachanlagevermögens um 361 T€. Diese wurde im Wesentlichen durch den Verzehr der Kapitalrücklage von 159 T€, die Tilgung eines Bankdarlehens von 100 T€ sowie durch einen um 47 T€ geringeren Rückstellungbedarf finanziert.

Die Investitionen des Jahres 2012 beschränkten sich mit 22 T€ (Vorjahr: 28 T€) auf das Notwendige.

Der gezahlte Gesamtzuschuss der Gesellschafter (Betriebskostenzuschuss und Investitionskostenzuschuss) ist seit dem Jahr 2007 unverändert mit Ausnahme von Sonderzuschüssen in Höhe von je 113 T€ in den Jahren 2009 und 2010 für die Saunainvestition. Letztere wurden in einen Sonderposten eingestellt, der über eine Laufzeit von 10 Jahren analog zum entsprechenden Anlagevermögen aufgelöst wird.

Da die geleisteten Betriebskostenzuschüsse nicht ausreichten, wurde der Jahresfehlbetrag von-514 T€ der Kapitalrücklage entnommen. In die Kapitalrücklage wurden 355 T€ als Investitionskostenzuschuss einbezahlt, so dass diese in Summe um 159 T€ abnahm.

Die Vermögensverhältnisse der Gesellschaft sind grundsätzlich geordnet. Das langfristig gebundene Vermögen ist zum größten Teil durch langfristiges Eigen- und Fremdkapital finanziert. Die Gesellschaft ist grundsätzlich in der Lage, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

3. Bericht über die Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung kommunaler Unternehmen gem. § 108 Abs. 2 GO NW für das Geschäftsjahr 2012

Durch die Wahrnehmung der unter 1.1 dargestellten Aufgaben wurde der Zweck der Gesellschaft gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages nachhaltig erfüllt.

4. Nachtragsbericht

Andere Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres 2012 (gemäß § 289 Abs. 2 Ziff. 1 HGB) haben sich nicht ereignet.

Das Finanzamt Oberhausen-Nord hat in Bezug auf die Klage wegen Umsatzsteuer mit Datum vom 10. Mai 2013 angezeigt, dass die angefochtenen Bescheide geändert worden sind; diese sind jedoch noch nicht wirksam zugestellt. Die für die Klage gebildeten Rückstellungen belaufen sich auf T€ 46 für Umsatzsteuer und auf T€ 18 für Zinsen.

5. Risikobericht

Die Geschäftsführung hat ein angemessenes Risikoüberwachungssystem eingerichtet und entsprechende Berichtspflichten festgelegt. Dazu wurde ein Katalog mit möglichen Risikofeldern, potenziellen Risikoausprägungen und Risiko eingrenzenden Maßnahmen entwickelt, der planmäßig fortgeschrieben wurde.

Durch die permanente Überwachung der Risiken der Gesellschaft können sowohl auf der Erlös- als auch auf der Kostenseite frühzeitig negative Entwicklungen erkannt und notwendige Maßnahmen ergriffen werden, um das Wirtschaftsergebnis möglichst im Rahmen des Wirtschaftsplans zu halten.

Ein potenzielles Risiko besteht in weiterhin stark steigenden Energiepreisen für Strom, Gas und Wasser.

Sowohl die Gebäude als auch die Anlagentechnik sind in allen Bereichen des Revierparks vergleichsweise alt. Es besteht jederzeit das Risiko eines nicht geringen Reparaturaufwandes, bei dem kurzfristig die Liquidität des Unternehmens gefährdet sein könnte. Kurz-, mittel- und langfristig werden zur Eingrenzung dieses Risikos bereits regelmäßig Unterhaltungsmaßnahmen vorgenommen.

Die Erfüllung der Aufgaben, die sich aus dem Gesellschaftsvertrag ergeben, erfordern auch zukünftig Zuschüsse durch die Gesellschafter. Eine noch weitere Reduzierung dieser Zuschüsse hätte gravierende Einschränkungen der Angebotspalette zur Folge und würde die Entwicklung der Gesellschaft in der bestehenden Form gefährden. Weitere Investitionen stehen unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit und der Unterstützung durch die Gesellschafter. In Anbetracht des fixierten Zuschussniveaus der Gesellschafter und des reduzierten Bestandes an liquiden Mitteln hängt die finanzielle Entwicklung der Gesellschaft einschließlich der Liquidität und Schuldendienstfähigkeit verstärkt vom Verlauf des operativen Geschäftes ab. Bei der Gestaltung der Rückzahlungsvereinbarungen des Investitionsbankdarlehens wurde diesem Umstand ausreichend Rechnung getragen.

Insgesamt sind derzeit keine den Bestand oder die Entwicklung gefährdenden Risiken für die Gesellschaft zu erkennen.

6. Prognosebericht

Für das Geschäftsjahr 2013 sind nach dem noch nicht genehmigten Wirtschafts- und Betriebsplan Erlöse und Erträge in Höhe von 2.382 T€, Aufwendungen von 3.532 T€, ein Betriebskostenzuschuss in Höhe von 618 T€ sowie ein Investitionszuschuss (Zuführung zur Kapitalrücklage) in Höhe des Abschreibungsaufwandes 2011 von 374 T€ vorgesehen. Dem Investitionszuschuss steht eine geplante Rücklagenentnahme für den laufenden Geschäftsbetrieb von 532 T€ gegenüber. Beachtenswerte Investitionen sind für 2013 nicht vorgesehen.

Die Erlöse in 2013 wurden auf der Grundlage des Eintrittspreiskonzeptes 2012 sowie den Erfahrungswerten der letzten drei Jahre erstellt. Für das erste Quartal 2013 liegen die Besucherzahlen für Bad und Sauna leicht unter dem Vorjahresniveau, die Erlöse allerdings aufgrund der Preiserhöhung über den Vorjahreswerten.

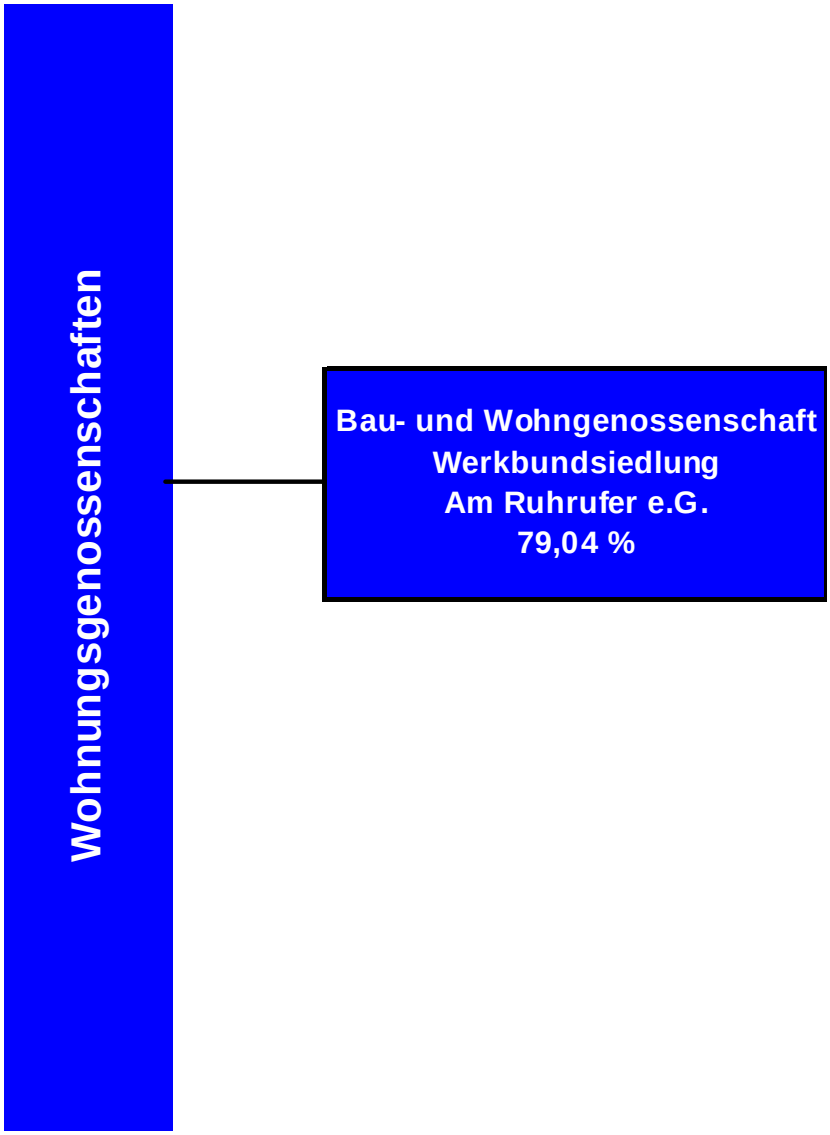
Weitere Optimierungen im Bereich der Energieeffizienz werden angestrebt, um kurzfristig, mittelfristig und langfristig Kosten zu senken. Intensiv geprüft werden verschiedene Varianten des Energiecontractings, Ergebnisse dazu sind in der zweiten Jahreshälfte zu erwarten.

Eine grundlegende Verbesserung der Rahmenbedingungen in Gestalt höherer Gesellschafterzuschüsse ist auf absehbare Zeit nicht zu erwarten. Es ist daher das Ziel der Gesellschaft, die Wirtschaftlichkeit und Effizienz bei den Einnahmen und Ausgaben weiter zu verbessern und nachhaltige Maßnahmen auf der Basis des Zukunftskonzeptes umzusetzen, um das Gleichgewicht der Liquidität mittelfristig zu erhalten.

Oberhausen, im Mai 2013

Frind von der Heide Loeven

Wohnungsgenossenschaften



Bau- und Wohnungsgenossenschaft "Werkbundsiedlung Am Ruhrufer" e.G.

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Hauerweg 16
46049 Oberhausen

Kontakt:

Rechtsform: eG
Stammkapital in T€: 212,19

Gesellschafter:

	T€	%
Sonstige Genossenschaftsmitglieder	44,48	20,96
Stadt Oberhausen	167,70	79,04

Gegenstand des Unternehmens:

Errichtung und Bewirtschaftung von Wohneinheiten und Gemeinschaftsanlagen mit verschiedenen Rechts- und Nutzungformen im Bebauungsplangebiet Nr. 137 B - Behrensstr./Fährstr.'/Am Ruhrufer Sanierungsgebiet Zechengelände Alstaden.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2012)

Vorstand:	Mitglied	Böhm, Hartmut
	Mitglied	Jörchel, Erwin
	Mitglied	Vatterot, Gerd (+ 09.05.2013)
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Mühle, Stefan
	Mitglied	Hammen, Margret
	Mitglied	van Suntum, Ute
	Mitglied	Lauderbach, Ulrich
	Mitglied	Mühle, Gerd
Generalversammlung:		Willecke, Thomas

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2010		2011		2012		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	1.324,09	88,3	1.301,27	86,0	1.278,44	84,0	-22,83	-1,75
Umlaufvermögen	174,57	11,6	209,07	13,8	242,06	15,9	32,99	15,78
Rechnungsabgrenzungsposten	1,32	0,1	1,95	0,1	1,95	0,1	0,00	0,00
Bilanzsumme	**1.499,98**	**100,00**	**1.512,29**	**100,00**	**1.522,45**	**100,00**	**10,16**	**0,67**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	467,29	31,2	493,80	32,7	519,67	34,1	25,87	5,24
Rückstellungen	9,67	0,6	7,17	0,5	4,67	0,3	-2,50	-34,87
Verbindlichkeiten	1.023,03	68,2	1.010,67	66,8	998,12	65,6	-12,55	-1,24
Rechnungsabgrenzungsposten			0,65	0,0			-0,65	-100,00
Bilanzsumme	**1.499,98**	**100,00**	**1.512,29**	**100,00**	**1.522,45**	**100,00**	**10,16**	**0,67**

bb) GuV

	2010	2011	2012
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	134,34	135,32	138,15
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0,80	1,86	-1,63
sonstige betriebliche Erträge	0,16	5,52	5,50
Materialaufwand	47,81	48,53	54,97
Abschreibungen	23,32	22,82	22,82
sonstige betriebliche Aufwendungen	4,78	8,94	4,47
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1,47	1,66	1,85
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	34,07	32,79	29,29
Ergebnis der gewöhnlichen Geschaftstätigkeit	26,79	31,29	32,32
sonstige Steuern	5,80	5,80	6,45
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	20,99	25,49	25,86
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	0,67	1,56	2,50
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	20,10	24,55	25,59
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	1,56	2,50	2,78

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2012	Angaben in
Umsatzrentabilität:	15,63	18,84	18,72	%
Eigenkapitalrentabilität:	4,51	5,19	5,00	%
Cash-Flow:	44,31	48,31	48,69	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

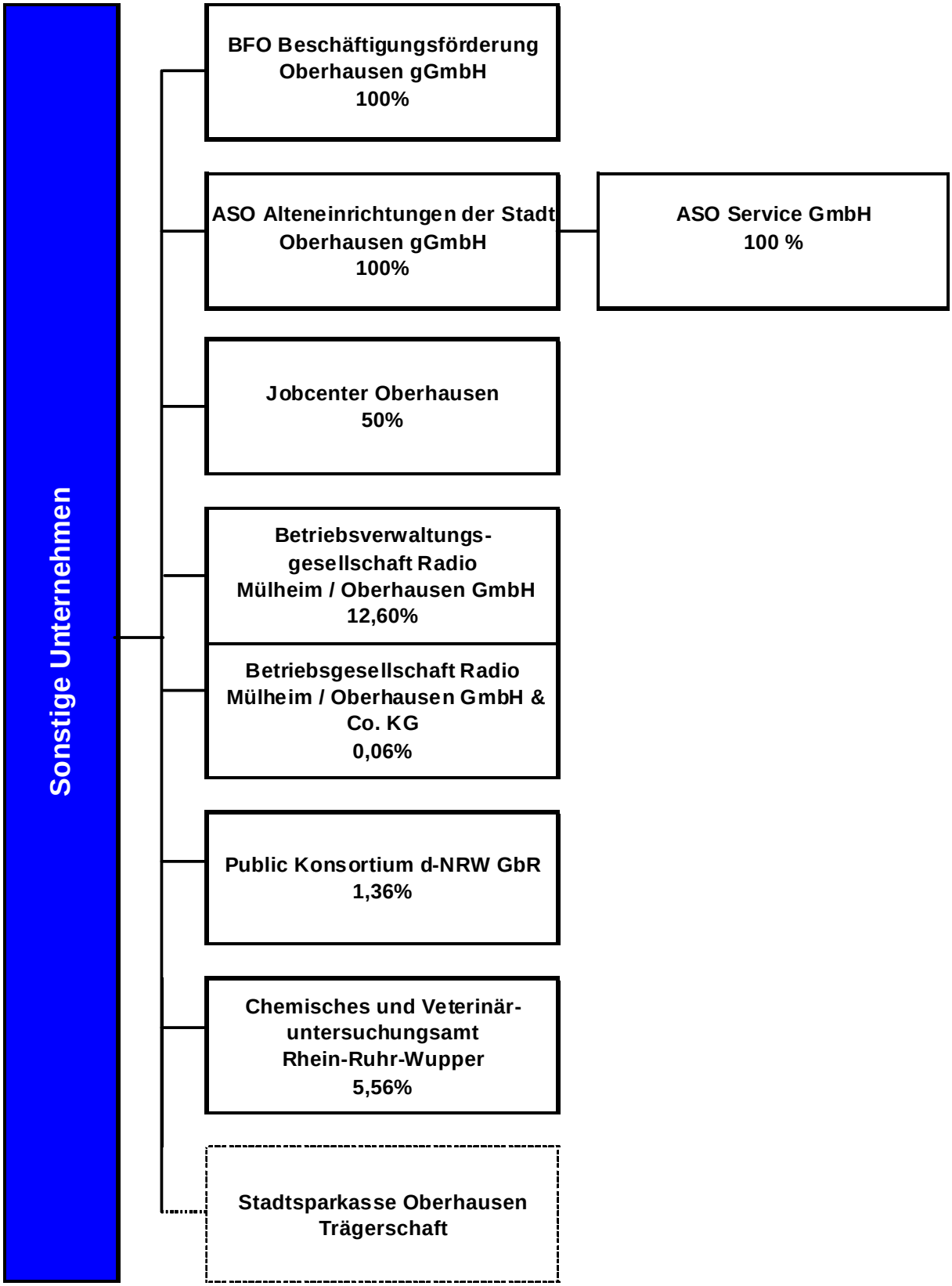
dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

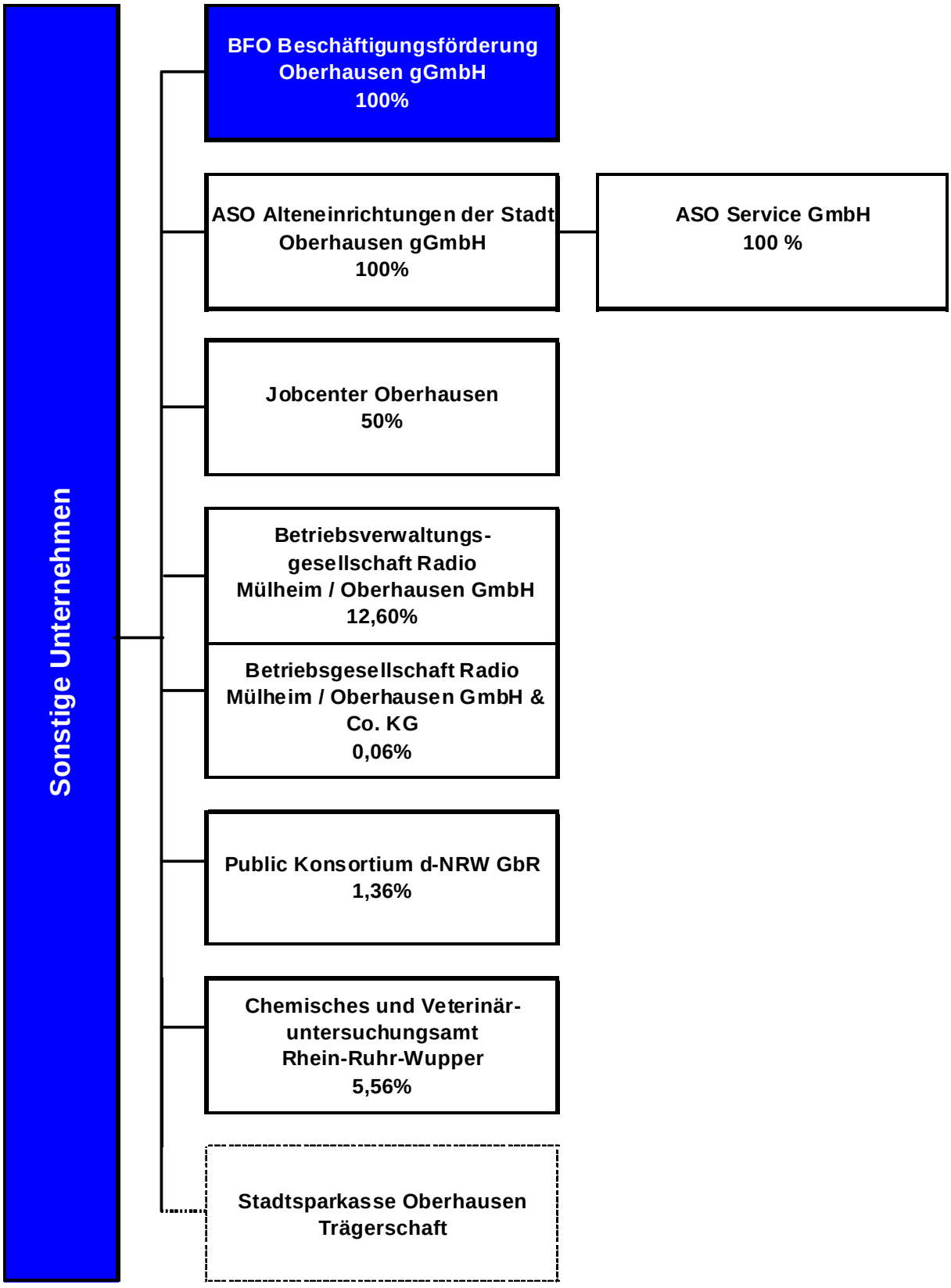
	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2012	Angaben in
Sachanlagenintensität:	88,27	86,05	83,97	%
Eigenkapitalquote:	31,15	32,65	34,13	%
Fremdkapitalquote:	68,85	67,35	65,87	%

e) Lagebericht

Ein Lagebericht wird nicht erstellt.

Sonstige Unternehmen




Sonstige Unternehmen
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH 100%
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH 100%
ASO Service GmbH 100 %
Jobcenter Oberhausen 50%
Betriebsverwaltungs-gesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH 12,60%
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH & Co. KG 0,06%
Public Konsortium d-NRW GbR 1,36%
Chemisches und Veterinär-untersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper 5,56%
Stadtsparkasse Oberhausen Trägerschaft

BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift:	Gewerkschaftsstraße 76-78 46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/46839100
Fax	0208/46839111
e-Mail	achim.kawicki@bfo.oberhausen.de
Internet	-

Rechtsform:	gGmbH
Stammkapital in T€:	25,00

Gesellschafter:		**T€**	**%**
	Stadt Oberhausen	25,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

- die aktive Beschäftigungsförderung, die sich an die am Arbeitsmarkt benachteiligten Personengruppen richtet, insbesondere an
-- Sozialhilfeempfänger/innen, die aufgrund Arbeitslosigkeit oder unzureichenden Erwerbseinkommens Sozialhilfe beziehen
-- Arbeitslose, die von Sozialhilfebedürftigkeit bedroht sind,
-- Geringqualifizierte und Jugendliche ohne Schul- und/oder Berufsabschluss
-- Berufsrückkehrer/innen nach der Familienphase

Wichtige Verträge

OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Leistungsvertrag mit der OGM GmbH vom 05.03.2001
Stadt Oberhausen	Dienstleistungsvertrag mit der Stadt Oberhausen vom 20.12.00
Stadt Oberhausen	Vereinbarung mit der Stadt Oberhausen vom 20.12.00 (Leistungsvertrag)

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2012)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Kawicki, Achim
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Frind, Reinhard

Aufsichtsrat:	Vorsitzende	Oberste-Kleinbeck, Kirsten	wird vertreten durch Vöpel, Dirk
	stellv. Vorsitzende	Willing-Spielmann, Ulrike	wird vertreten durch Wolter, Marita
	Mitglied gem. § 113 GO	Siodmak, Brigitte	wird vertreten durch Gohlke, Klaus
	Mitglied	Blanke, Andreas	wird vertreten durch Axt, Birgit
	Mitglied	Brands, Beatriks	wird vertreten durch Albrecht-Mainz, Elia
	Mitglied	Groß-Mühlenbruch, Werner	wird vertreten durch Stappert, Claudia (Bgm.)
	Mitglied	Holtz, Gerd	wird vertreten durch Fürth, Joachim (Bgm.)
	Mitglied	Kamps, Jochen	wird vertreten durch Kösling, Anja
	Mitglied	Koppers, Peter	wird vertreten durch Janßen, Anne
	Mitglied	Nagels, Hans-Jürgen	wird vertreten durch Plitt-Vogt, Marlies
	Mitglied	Opitz, Stefanie	wird vertreten durch Laß, Heike
	Mitglied	Pusch, Jörg	wird vertreten durch Sarrafi, Ramin
	Mitglied	Radtke, Dorothee	wird vertreten durch Kösling, Klaus
	Mitglied	Röder, Alfred	wird vertreten durch Pascheberg, René
	Mitglied	Runkler, Hans-Otto	wird vertreten durch Prakken, Jolanta (Bgm.)
	Mitglied	Schepers, Hermann-Josef	wird vertreten durch Rubin, Dirk
	Mitglied	Telli, Ercan	wird vertreten durch Bongers, Sonja
	Mitglied	Tscharke, Hans Josef	wird vertreten durch Stehr, Simone-Tatjana
	Mitglied	Weingärtner, Helga	wird vertreten durch Zimkeit, Stefan
	Mitglied	Breuckmann, Ludgerus	wird vertreten durch Weirich, Detlef (Bgm)
	stellv. Mitglied (gem. § 113 GO)	Gohlke, Klaus	Pers. Stellvertretung für Siodmak, Brigitte
	stellv. Mitglied	Albrecht-Mainz, Elia	Pers. Stellvertretung für Brands, Beatriks
	stellv. Mitglied	Axt, Birgit	Pers. Stellvertretung für Blanke, Andreas (Bgm.)
	stellv. Mitglied	Bongers, Sonja	Pers. Stellvertretung für Telli, Ercan
	stellv. Mitglied	Janßen, Anne	Pers. Stellvertretung für Koppers, Peter
	stellv. Mitglied	Kösling, Anja	Pers. Stellvertretung für Kamps, Jochen
	stellv. Mitglied	Kösling, Klaus	Pers. Stellvertretung für Radtke, Dorothee
	stellv. Mitglied	Laß, Heike	Pers. Stellvertretung für Opitz, Stefanie
	stellv. Mitglied	Pascheberg, René	Pers. Stellvertretung für Röder, Alfred
	stellv. Mitglied	Plitt-Vogt, Marlies	Pers. Stellvertretung für Nagels, Hans-Jürgen
	stellv. Mitglied	Rubin, Dirk	Pers. Stellvertretung für Schepers, Hermann-Josef
	stellv. Mitglied	Stappert, Claudia	Pers. Stellvertretung für Groß-Mühlenbruch, Werner (Bgm.)
	stellv. Mitglied	Stehr, Simone Tatjana	Pers. Stellvertretung für Tscharke, Hans Josef

stellv. Mitglied	Vöpel, Dirk	Pers. Stellvertretung für Oberste-Kleinbeck, Kirsten
stellv. Mitglied	Wolter, Marita	Pers. Stellvertretung für Willing-Spielmann, Ulrike
stellv. Mitglied	M.d.L. Zimkeit, Stefan	Pers. Stellvertretung für Weingärtner, Helga
stellv. Mitglied	Fürth, Joachim	Pers. Stellvertretung für Holtz, Gerd
stellv. Mitglied	Prakken, Jolanta	Pers. Stellvertretung für Runkler, Hans-Otto
stellv. Mitglied	Sarrafi, Ramin	Pers. Stellvertretung für Pusch, Jörg
stellv. Mitglied	Weirich, Detlef	Pers. Stellvertretung für Breuckmann, Ludgerus (Bgm.)

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2010		2011		2012		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	40,19	3,5	26,97	7,1	15,73	8,0	-11,24	-41,68
Umlaufvermögen	1.120,32	96,5	350,95	92,9	180,29	92,0	-170,66	-48,63
Rechnungsabgrenzungsposten	0,02	0,0	0,02	0,0			-0,02	-100,00
Bilanzsumme	**1.160,53**	**100,00**	**377,94**	**100,00**	**196,02**	**100,00**	**-181,92**	**-48,13**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	183,22	15,8	205,10	54,3	158,14	80,7	-46,96	-22,90
Rückstellungen	75,09	6,5	71,50	18,9	15,20	7,8	-56,30	-78,74
Verbindlichkeiten	902,22	77,7	101,33	26,8	22,68	11,6	-78,65	-77,62
Bilanzsumme	**1.160,53**	**100,00**	**377,94**	**100,00**	**196,02**	**100,00**	**-181,92**	**-48,13**

bb) GuV

	2010	2011	2012
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	6.431,21	1.226,44	412,24
sonstige betriebliche Erträge	1,22	6,19	48,08
Materialaufwand	622,59	136,23	6,21
Personalaufwand	5.616,76	962,22	410,51
Abschreibungen	14,37	13,83	11,81
sonstige betriebliche Aufwendungen	182,74	99,36	79,29
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2,54	0,97	0,61
Ergebnis der gewöhnlichen Geschaftstätigkeit	-1,49	21,95	-46,90
sonstige Steuern	0,07	0,07	0,07
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-1,55	21,89	-46,96
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	-1,55	21,89	-46,96
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2012	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-0,02	1,78	-11,39	%
Eigenkapitalrentabilität:	-0,85	10,67	-29,70	%
Cash-Flow:	12,82	35,71	-35,15	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	29,11	51,36	57,54	T€
Personalaufwandsquote:	87,32	78,06	89,18	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2012	Angaben in
Sachanlagenintensität:	3,35	7,07	8,02	%
Eigenkapitalquote:	15,79	54,27	80,68	%
Fremdkapitalquote:	84,21	45,73	19,32	%

e) Lagebericht

1. Ausgangslage

Durch das Inkrafttreten der Neuregelungen des Gesetzes zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt zum 01.04.2012, ergaben sich weitere zahlreiche Veränderungen in der Beschäftigungsförderung, die erhebliche Auswirkungen auf den Geschäftsbetrieb der BFO hatten. Zum 01.04.2012 wurden die Förderungsinstrumente der §§ 16d und 16e SGB II umfassend reformiert. Das Instrument der Arbeitsgelegenheiten in der Entgeltvariante wurde im SGB II-Bereich abgeschafft. Die Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung wurden als nachrangigstes Eingliederungsinstrument im SGB II verankert, die Zuweisungsdauer zeitlich begrenzt und die Anforderungen an die Arbeitsgelegenheiten (Zusätzlichkeit, Wettbewerbsneutralität, im öffentlichen Interesse liegend) wurden in der Vorschrift des § 16d SGB II festgelegt. Die Möglichkeiten der BFO, Einsatzfelder zu finden, die diesen Kriterien unter den vorgesehenen Standards standhalten, wurden dadurch erheblich verringert. Neben diesen Änderungen sah der Bundeshaushalt 2012 weitere erhebliche Mittelkürzungen im Eingliederungstitel vor. Auch für die folgenden Jahre wurden weitere Mittelkürzungen vorgesehen.

Vor diesem Hintergrund beschlossen der Rat der Stadt Oberhausen in seiner Sitzung am 19.03.2012 und nachfolgend die Gesellschafterversammlung der BFO am 26.04.2012, den operativen Geschäftsbetrieb der BFO zum 31.12.2012 einzustellen. Diese Entscheidungen wurden in der Ratssitzung am 19.11.2012 und in der Gesellschafterversammlung am 21.11.2012 insoweit geändert, dass der Geschäftsbetrieb der BFO gGmbH nicht vollständig zum 31.12.2012 eingestellt wird, sondern die Tätigkeit der Beratungsstelle Jugend und Beruf über den 31.12.2012 hinaus bei der BFO gGmbH verbleibt.

2. Maßnahmeentwicklung / Erfüllung des Gesellschaftszweckes

Auf der Grundlage der zwischen dem Jobcenter und der BFO geschlossenen Rahmenvereinbarung nach § 17 Abs. 2 SGB II vom 01.03.2011 wurde die Durchführung von Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung nach § 16 d Satz 2 SGB II wie folgt vereinbart:

a) durch Teilvereinbarung vom 25.03.2011
Im Rahmen der Änderungsvereinbarung vom 06.10.2011 erfolgte eine Verlängerung der zunächst bis zum 31.12.2011 vereinbarten 205 Stellen bis zum 31.03.2012 zur individuellen Verlängerungsmöglichkeit für jeden Teilnehmer / jede Teilnehmerin auf max. 6 Monate Maßnahmelaufzeit.

b) durch Teilvereinbarung vom 06.10.2011
Im Rahmen der Änderungsvereinbarung vom 02.01.2012 erfolgte eine Verlängerung der zunächst bis zum 31.05.2012 vereinbarten 60 Stellen bis zum 30.06.2012, gleichzeitig erfolgte ab dem 16.01.2012 eine Aufstockung auf 78 Stellen.

Insgesamt waren im Januar 2012 = 143, im Februar 2012 = 129, im März 2012 = 103, im April 2012 = 72, im Mai 2012 = 68 und im Juni 2012 = 58 Mehraufwandsstellen besetzt (jeweils zum Monatsersten). Alle auf den Stellen eingesetzten Oberhausener Bürger/innen wurden - zum Teil mehrfach - beraten und im Bedarfsfall sozialpädagogisch betreut.

Im Rahmen der OberhausenerGemeinwohlArbeit OGA wurde zusammen mit den Trägern „Die Kurbel"-Katholisches Jugendwerk Oberhausen gGmbH, RUHRWERKSTATT Kultur-Arbeit im Revier e.V. und Zentrum für Ausbildung und Qualifikation Oberhausen (ZAQ) e.V. für Teilnehmende ein gemeinsames Qualifizierungsangebot vorgehalten.

Folgende Schulungsangebote zu jeweils einer Woche mit je 30 Stunden wurden im Berichtszeitraum angeboten:

1. Tipps für Schuldnerinnen/Schuldner und Verbraucherinnen/Verbraucher von A-Z
2. Gesundheit, Prävention und Stressbewältigung
3. Arbeitsmarkt – Auftreten und Outfit, Selbstbewusstsein, Service und Dienstleistung

Jede/r Teilnehmer/in erhielt während der Beschäftigung die Möglichkeit der Teilnahme an einer begleitenden Qualifizierungsmaßnahme. Dabei wurde versucht, die Teilnehmer/innen entsprechend der mit der Zuweisung vom Jobcenter vorgenommenen Schwerpunktsetzung in die Qualifizierungen zu vermitteln. 42 Teilnehmer/innen nahmen diese Möglichkeit im Berichtszeitraum wahr.

Zum 01.07.2012 ist das Aufgabengebiet „Arbeitsgelegenheiten in der Mehraufwandsvariante" bei der BFO ausgelaufen.

Während des gesamten Jahres 2012 wurde die vom Land NRW geförderte „Beratungsstelle Jugend und Beruf" weitergeführt, die seit der Betriebsaufnahme im Jahr 2001 bei der BFO angesiedelt ist. Im Geschäftsjahr wurde die Beratungstätigkeit durch zwei Teilzeit- und zwei Vollzeitfachkräfte durchgeführt. Die Zielgruppe der zu beratenden Jugendlichen im Übergang von der Schule zum Beruf gliedert sich insbesondere in folgende Personengruppen:

- Haupt-, Förder- und Gesamtschüler/innen (überwiegend) im 9. und 10. Schulbesuchsjahr,
- Abbrecher/innen schulischer und berufliche Bildungsgänge,
- Arbeitslose oder von Arbeitslosigkeit bedrohte Jugendliche.

Das Angebot der Beratungsstelle besteht vornehmlich aus klassischer Einzel- und Gruppenberatung. Zudem wirkt die Beratungsstelle aktiv an Projektangeboten im Bereich Berufsorientierung/-beratung im Übergang Schule-Beruf mit.

Die BFO ist mit ihrer tatsächlichen Geschäftstätigkeit der Erfüllung Ihres Gesellschaftszweckes auch im Jahr 2012 erfolgreich nachgekommen.

3. Organisatorische und personelle Entwicklung

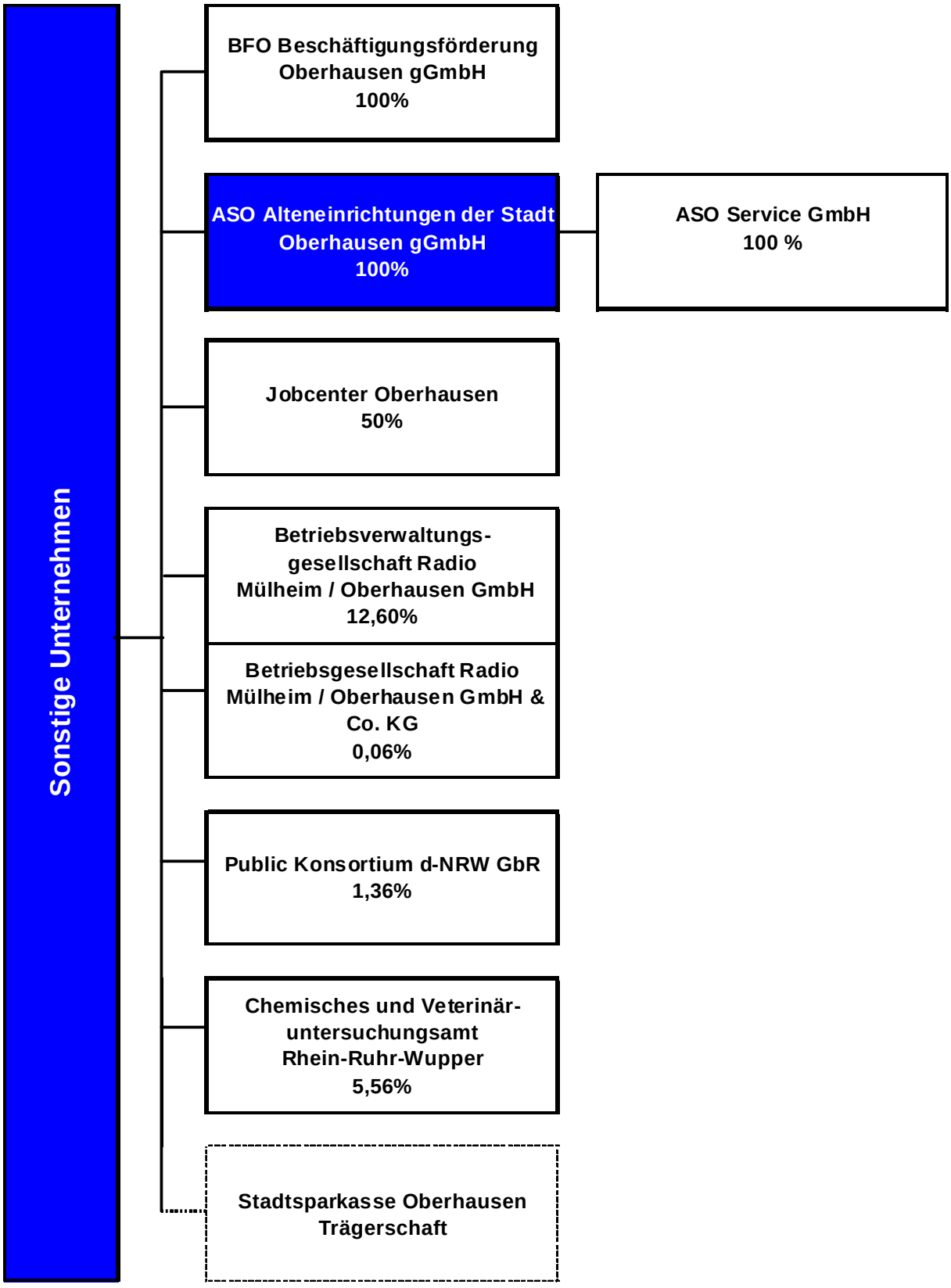
Der gegenüber dem Vorjahr deutlich reduzierte Maßnahmenumfang führte bei der BFO seit Ende 2010 zu notwendigen betriebsbedingten Personalanpassungsmaßnahmen, die schon im Jahr 2011 eine Personalreduzierung in Höhe von 10 Mitarbeitern/innen gegenüber dem Vorjahr beinhaltete. Von ursprünglich 24 Beschäftigten des Stammpersonals in 2010 musste das Personal bis zum Ende des Jahres 2012 auf 4 Beschäftigte reduziert werden.

4. Ausblick und Fazit

Bis zum 30.06.2012 ist es gelungen, die BFO auch unter den geänderten rechtlichen Rahmenbedingungen in die Umsetzung der Arbeitsgelegenheiten in der Mehraufwands-variante nach § 16 d SGB II einzubeziehen. Danach verbleibt als Aufgabe die Tätigkeit der Beratung von benachteiligten Jugendlichen, die sich im Übergang von der Schule in den Beruf befinden. Der Betrieb der BFO konnte damit in kleinerem Umfang gesichert werden. Ob und inwieweit in Zukunft wieder weitere satzungskonforme Tätigkeiten durch die BFO ausgeführt werden sollen, ist insbesondere abhängig von einer Entwicklung auf dem Gebiet der kommunalen Beschäftigungsförderungspolitik.

Oberhausen, 06.03.2013

Achim Kawicki
Geschäftsführer


Sonstige Unternehmen
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH 100%
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH 100%
ASO Service GmbH 100 %
Jobcenter Oberhausen 50%
Betriebsverwaltungs-gesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH 12,60%
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH & Co. KG 0,06%
Public Konsortium d-NRW GbR 1,36%
Chemisches und Veterinär-untersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper 5,56%
Stadtsparkasse Oberhausen Trägerschaft

ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Elly-Heuss-Knapp-Strraße 3
46145 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/6911
Fax	0208/691770
e-Mail	udo.spiecker@oberhausen.de
Internet	http://www.aso-ggmbh.de/

Rechtsform: gGmbH
Stammkapital in T€: 25,00

Gesellschafter:		**T€**	**%**
	Stadt Oberhausen	25,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Zweck der Gesellschaft ist die Unterbringung, Betreuung, Versorgung sowie die ambulante und stationäre Pflege in der Regel alter Menschen. Zu diesem Zweck betreibt die Gesellschaft Altenpflegeheime. Darüber hinaus bewirtschaftet die Gesellschaft Alten- und Betreuerwohnungen und betreibt eine Tagespflegeeinrichtung.

Wichtige Verträge

Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Pachtverträge mit der ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH
ASO Service GmbH	Dienstleistungsvertrag mit der ASO Service GmbH
Diverse	Heimverträge, Pachtverträge, Mietverträge, Betreuungsverträge
Stadt Oberhausen	Dienstleistungsvertrag mit der Stadt Oberhausen vom 27.05.2002
Stadt Oberhausen	Überleitungsvertrag vom 17.12.2001

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2012)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Spiecker, Udo
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Frind, Reinhard

Aufsichtsrat:	Vorsitzende	Oberste-Kleinbeck, Kirsten	wird vertreten durch Vöpel, Dirk
	stellv. Vorsitzende	Willing-Spielmann, Ulrike	wird vertreten durch Wolter, Maria
	Mitglied gem. § 113 GO	Kawicki, Achim	wird vertreten durch Siodmak, Brigitte
	Mitglied	Blanke, Andreas	wird vertreten durch Axt, Birgit
	Mitglied	Brands, Beatriks	wird vertreten durch Albrecht-Mainz, Elia
	Mitglied	Groß-Mühlenbruch, Werner	wird vertreten durch Stappert, Claudia (Bgm.)
	Mitglied	Holtz, Gerd	wird vertreten durch Fürth, Joachim (Bgm.)
	Mitglied	Kamps, Jochen	wird vertreten durch Kösling, Anja
	Mitglied	Koppers, Peter	wird vertreten durch Janßen, Anne
	Mitglied	Nagels, Hans-Jürgen	wird vertreten durch Plitt-Vogt, Marlies
	Mitglied	Opitz, Stefanie	wird vertreten durch Laß, Heike
	Mitglied	Pusch, Jörg	wird vertreten durch Sarrafi, Ramin
	Mitglied	Radtke, Dorothee	wird vertreten durch Kösling, Klaus (Bgm.)
	Mitglied	Röder, Alfred	wird vertreten durch Pascheberg, René
	Mitglied	Runkler, Hans-Otto	wird vertreten durch Prakken, Jolanta (Bgm.)
	Mitglied	Schepers, Hermann-Josef	wird vertreten durch Rubin, Dirk
	Mitglied	Telli, Ercan	wird vertreten durch Bongers, Sonja
	Mitglied	Tscharke, Hans Josef	wird vertreten durch Stehr, Simone-Tatjana
	Mitglied	Weingärtner, Helga	wird vertreten durch Zimkeit, Stefan
	Mitglied	Breuckmann, Ludgerus	wird vertreten durch Weirich, Detlef (Bgm)
	stellv. Mitglied (gem. § 113 GO)	Siodmak, Brigitte	Pers. Stellvertretung für Kawicki, Achim
	stellv. Mitglied	Albrecht-Mainz, Elia	Pers. Stellvertretung für Brands, Beatriks
	stellv. Mitglied	Axt, Birgit	Pers. Stellvertretung für Blanke, Andreas (Bgm.)
	stellv. Mitglied	Bongers, Sonja	Pers. Stellvertretung für Telli, Ercan
	stellv. Mitglied	Janßen, Anne	Pers. Stellvertretung für Koppers, Peter
	stellv. Mitglied	Kösling, Anja	Pers. Stellvertretung für Kamps, Jochen
	stellv. Mitglied	Kösling, Klaus	Pers. Stellvertretung für Radtke, Dorothee
	stellv. Mitglied	Laß, Heike	Pers. Stellvertretung für Opitz, Stefanie
	stellv. Mitglied	Pascheberg, René	Pers. Stellvertretung für Röder, Alfred
	stellv. Mitglied	Plitt-Vogt, Marlies	Pers. Stellvertretung für Nagels, Hans-Jürgen
	stellv. Mitglied	Rubin, Dirk	Pers. Stellvertretung für Schepers, Hermann-Josef
	stellv. Mitglied	Stappert, Claudia	Pers. Stellvertretung für Groß-Mühlenbruch, Werner (Bgm.)
	stellv. Mitglied	Stehr, Simone Tatjana	Pers. Stellvertretung für Tscharke, Hans Josef

stellv. Mitglied	Vöpel, Dirk	Pers. Stellvertretung für Oberste-Kleinbeck, Kirsten
stellv. Mitglied	Wolter, Marita	Pers. Stellvertretung für Willing-Spielmann, Ulrike
stellv. Mitglied	M.d.L. Zimkeit, Stefan	Pers. Stellvertretung für Weingärtner, Helga
stellv. Mitglied	Fürth, Joachim	Pers. Stellvertretung für Holtz, Gerd
stellv. Mitglied	Prakken, Jolanta	Pers. Stellvertretung für Runkler, Hans-Otto
stellv. Mitglied	Sarrafi, Ramin	Pers. Stellvertretung für Pusch, Jörg
stellv. Mitglied	Weirich, Detlef	Pers. Stellvertretung für Breuckmann, Ludgerus (Bgm.)

Prokura: Schmitz-Freihoff, Susanne

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
ASO Service GmbH	25,00	100,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2010		**2011**		**2012**		**Veränder-ungen**	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebes	578,76	5,4					0,00	
Anlagevermögen	998,81	9,3	2.206,71	21,5	2.845,13	29,5	638,42	28,93
Umlaufvermögen	9.156,23	85,3	8.060,50	78,5	6.787,55	70,4	-1.272,95	-15,79
Rechnungsabgrenzungsposten	1,57	0,0	1,57	0,0	3,23	0,0	1,66	105,73
Bilanzsumme	**10.735,37**	**100,00**	**10.268,78**	**100,00**	**9.635,90**	**100,00**	**-632,88**	**-6,16**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	4.327,43	40,3	4.492,04	43,7	4.581,32	47,5	89,28	1,99
Sonderposten mit Rücklagenanteil	0,18	0,0	0,15	0,0	0,12	0,0	-0,03	-20,00
Rückstellungen	4.660,00	43,4	4.186,31	40,8	3.351,06	34,8	-835,25	-19,95
Verbindlichkeiten	1.747,76	16,3	1.590,29	15,5	1.703,41	17,7	113,12	7,11
Bilanzsumme	**10.735,37**	**100,00**	**10.268,78**	**100,00**	**9.635,90**	**100,00**	**-632,88**	**-6,16**

bb) GuV

	2010	2011	2012
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	21.008,68	19.767,38	19.293,91
sonstige betriebliche Erträge	3.049,56	982,36	1.132,55
Materialaufwand	4.359,42	4.377,78	4.151,55
Personalaufwand	13.311,02	12.223,54	11.947,32
Abschreibungen	223,33	201,75	200,00
sonstige betriebliche Aufwendungen	5.807,52	3.817,63	4.093,58
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0,03		
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	33,75	54,74	72,59
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	20,07	18,63	17,26
Ergebnis der gewöhnlichen Geschaftstätigkeit	370,66	165,14	89,35
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-0,57	0,53	0,07
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	371,23	164,61	89,28
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	371,23	164,61	89,28

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2012	Angaben in
Umsatzrentabilität:	1,77	0,83	0,46	%
Eigenkapitalrentabilität:	9,38	3,80	1,99	%
Cash-Flow:	594,56	366,36	289,28	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	58,54	57,00	82,41	T€
Personalaufwandsquote:	55,33	58,91	58,49	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2012	Angaben in
Sachanlagenintensität:	9,07	15,71	23,51	%
Eigenkapitalquote:	40,31	43,74	47,54	%
Fremdkapitalquote:	59,69	56,26	52,46	%

e) Lagebericht

I. Entwicklung des operativen Geschäfts

Die ASO gGmbH betreibt 3 stationäre Pflegeeinrichtungen mit insgesamt 459 Plätzen. Davon entfallen 99 Plätze auf „Haus Bronkhorstfeld“, 60 Plätze auf die „Seniorenresidenz am OLGA-Park“ sowie 300 Plätze auf das „Louise-Schroeder-Heim“.

Jahresdurchschnittlich konnte mit einer Auslastungsquote von 94,2 Prozent (Vorjahr: 96,9 Prozent ohne Haus am Brunnen) ein insgesamt gleiches Auslastungsniveau erreicht werden.

Die Auslastungen der einzelnen Einrichtungen verteilen sich hierbei im „Haus Bronkhorstfeld“ mit 98,9 Prozent (Vorjahr: 99,5 Prozent), in der „Seniorenresidenz am OLGA-Park“ mit 99,6 Prozent (Vorjahr: 99,6 Prozent) und im „Louise-Schroeder-Heim“ mit 91,5 Prozent (Vorjahr: 95,6 Prozent).

Das „Louise-Schroeder-Tagespflegezentrum“ konnte ebenso wie das „Tagespflegezentrum am Steigerhaus“ mit einer Auslastungsquote von 97,8 Prozent (Vorjahr: 98,9 Prozent) bzw. 95,6 Prozent (Vorjahr: 98,6 Prozent) auf ein erfolgreiches Jahr zurückblicken.

Der ambulante Betriebszweig des Unternehmens hat sich mit dem „Häuslichen Pflegedienst der Elly-Heuss-Knapp-Stiftung“ ebenfalls erneut am Oberhausener Pflegemarkt behaupten und seinen Gesamtumsatz in etwa auf Vorjahresniveau halten können. Der Schwerpunkt seiner Tätigkeit liegt nach wie vor im Bereich des betreuten Wohnungsbestandes auf dem Gelände der Elly-Heuss-Knapp-Stiftung.

Der vermietete Wohnungsbestand umfasst unverändert insgesamt 180 Wohnungen. Die Auslastung lag wie im Vorjahr bei 100 Prozent. Auch im Berichtsjahr hat sich gezeigt, dass freiwerdende Wohnungen sofort erneut vermietet werden können. Dies belegt die Attraktivität des vorgehaltenen Wohnungsbestandes, die nicht allein in der Gebäudesubstanz, sondern vor allem in dem praktizierten Betreuungssystem wurzeln dürfte.

II. Wichtige Vorgänge des Berichtsjahres

1. Rechtliche Auseinandersetzung mit der jetzigen Verpächterin der Seniorenresidenz am OLGA-Park wegen nicht erbrachter Malerarbeiten

Im Lagebericht 2011 wurde bereits dargestellt, dass sich die jetzige Verpächterin geweigert hatte, die vertraglich geschuldeten Malerarbeiten zu erbringen. Deshalb musste unter dem 16.12.2011 vor dem Landgericht Duisburg Klage erhoben werden. Diese wurde am 27.07.2012 entschieden: Das Gericht folgte in allen wesentlichen Punkten der hiesigen Argumentation. Da die Gegenseite keine Berufung eingelegt hatte, steht für die Dauer des Pachtverhältnisses nunmehr rechtskräftig fest, dass die vertraglich geschuldeten Schönheitsreparaturen im Innenbereich nach Ablauf des vertraglich vereinbarten Intervalls durchgeführt werden müssen, und zwar unabhängig von einem objektiven Renovierungsbedarf.

2. Vor dem Landgericht Duisburg anhängiges Verfahren gegen Bangel & Plaßmeier GbR

Der vom Landgericht Duisburg festgesetzte Verhandlungstermin wurde im Oktober 2012 vom 11.01.2013 auf den 19.07.2013 verlegt.

3. Umbau der ASO-Zentralküche

Der im Jahre 2011 begonnene Umbau der unternehmenseigenen Zentralküche konnte im Berichtsjahr abgeschlossen werden. Technische Probleme bei der Versiegelung des Küchenbodens hatten dazu geführt, dass die Interimslösung an der Elly-Heuss-Knapp-Straße länger als ursprünglich geplant genutzt werden musste.

4. Weiterentwicklung der Gebäudestruktur der Elly-Heuss-Knapp-Stiftung

- Kauf eines Grundstücks

Im September 2011 hatte die Stadt Oberhausen an die ASO gGmbH eine ca. 7.200 m² große Teilfläche an der Elly-Heuss-Knapp-Straße 3/5 veräußert. Die Eintragung der ASO gGmbH als Eigentümerin ins Grundbuch erfolgte im Juli 2012.

- Abbruch vom „Haus am Brunnen"

Die Abbrucharbeiten wurden europaweit ausgeschrieben und im letzten Quartal des Berichtsjahres durchgeführt. Vorausgegangen waren dem Abriss umfangreiche Arbeiten zur Entrümpelung des Gebäudes und zur Abtrennung von sämtlichen Medien- und Versorgungsleitungen.

- Beginn des Neubauprojekts

Das Neubauprojekt, bestehend aus zwei Gebäuden mit insgesamt 58 Wohnungen, hatte im Februar des Berichtsjahres die abschließende Zustimmung des Aufsichtsrates gefunden. Dieser sah die angestrebte Vorbildfunktion des Projekts u.a. durch den gesicherten Passivhausstandard KfW55 und durch die zusätzliche Nutzung der Solarthermie und den damit verbundenen geringen Primärenergiebedarf der Gebäude als gewährleistet an.

Die Erdarbeiten, Rohbau- und Klinkerarbeiten wurden im Berichtsjahr europaweit ausgeschrieben und im Interesse eines zügigen Baubeginns durch Dringlichkeitsentscheidung vom 03.12.2012 vergeben. Noch im Dezember 2012 konnte mit dem Vorhaben begonnen werden.

5. Neuanlage der Außenterrasse am Louise-Schroeder-Heim

Neben dem Haupteingang des Louise-Schroeder-Heims befindet sich oberhalb der dortigen Kellerräume eine große Dachfläche, die jedoch aufgrund der fehlenden Barrierefreiheit nicht mehr als Außenterrasse genutzt werden konnte. Das plötzliche Auftreten feuchter Stellen im Wandbereich eines unter der Terrasse gelegenen Raumes machten im August des Berichtsjahres eine kurzfristige Sanierungsentscheidung erforderlich. Da die Feuchtigkeit im Kellerbereich auf Undichtigkeiten des Dach- bzw. Terrassenbelages schließen ließ, wurde der gesamte Dachbelag abgetragen und danach als Außenterrasse neu angelegt. Der neugestaltete Außenbereich ist nicht nur barrierefrei gestaltet worden, sondern bietet nun auch dementen Betagten die Möglichkeit zu einem geschützten Aufenthalt außerhalb des Hauses. Eingebunden in die Baumaßnahme wurde zugleich die Errichtung eines „Rauchunterstandes“, mit dem einer Bitte sowohl der Betagten als auch der Mitarbeitenden entsprochen werden konnte.

6. Refinanzierung Ausbildungsvergütung der Altenpflegeschüler

Zum 01. Juli 2012 wurde einheitlich in NRW die Refinanzierung der Altenpflegeschüler geregelt. Daher sind für alle Häuser neue Vereinbarungen aufgrund der Altenpflegeausbildungsausgleichsverordnung (AltPflAusglVO) in Kraft getreten. Bis zu diesem Zeitpunkt wurden die Ausbildungskosten im Pflegesatz abgebildet. Dadurch waren die Pflegesätze im Vergleich zu Einrichtungen, die keine Altenpflegeschüler ausbildeten, höher. Ab dem 1. Juli 2012 ist dieser individuelle Anteil an der Pflegevergütung entfallen. Alle Pflegeeinrichtungen zahlen Ausgleichsbeträge in einen Ausbildungsfonds ein, unabhängig davon, ob diese selbst ausbilden oder nicht. Die Höhe der Einzahlung richtet sich dabei nach der Größe der Einrichtung. Diese Einzahlungen können von allen Einrichtungen über einen Zuschlag auf die Pflegesätze refinanziert werden. Der einheitliche Umlagebetrag beträgt € 2,18 pflegetäglich je Bewohner. Die der Gesellschaft entstehenden tatsächlichen Personalkosten der Altenpflegeschüler werden aus diesem Ausbildungsfonds refinanziert.

III. Darstellung der Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage

Ertragslage

Für das Geschäftsjahr 2012 ergibt sich ein Jahresüberschuss von 89 TEUR (Vorjahr: 165 TEUR).

Die Umsatzerlöse sanken gegenüber dem Vorjahr um 473 TEUR von 19.767 TEUR auf 19.294 TEUR und entfallen dabei auf die Erträge aus Vergütungssätzen (allgemeinen Pflegeleistungen, Unterkunft und Verpflegung) sowie aus gesondert berechenbaren Investitionsaufwendungen (nach Landespflegegesetz Nordrhein-Westfalen).

Die sonstigen betrieblichen Erträge stiegen im Geschäftsjahr um 150 TEUR auf 1.133 TEUR und entfallen dabei im Wesentlichen auf die Auflösung von Rückstellungen durch Wegfall des Rückstellungsgrundes (Abriss Haus I bzw. Neubau von Wohnungen).

Der Materialaufwand sank gegenüber dem Vorjahr um 225 TEUR auf 4.152 TEUR im Bereich des eingesetzten Fremdpersonals aufgrund der rückläufigen Auslastung im LSH.

Der Personalaufwand ging um 276 TEUR auf 11.947 TEUR durch die Reduzierung des Personalbestands im Zusammenhang mit der rückläufigen Auslastung im LSH. Des Weiteren wurden keine neuen Altersteilzeitverträge abgeschlossen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen um 276 TEUR auf 4.094 TEUR. Hierbei sanken insbesondere die Aufwendungen für Mieten und Pachten aufgrund der Reduzierung des Zinsniveaus im Rahmen einer Umschuldung eines Bankdarlehens. Diese Reduzierung wurde durch Anstieg bei den übrigen Aufwendungen im Bereich der neu zu zahlenden Altenpflegeausbildungsumlage sowie notwendigen Instandhaltungen im Bereich der Terrasse sowie Zentralküche im LSH überkompensiert.

Die Verbesserung des Finanzergebnisses in Höhe von 19 TEUR ist im Wesentlichen auf die stetige Veränderung des Zinsniveaus zurückzuführen.

Vermögens- und Finanzlage

Das Anlagevermögen wird durch langfristiges Kapital am Bilanzstichtag gedeckt. In Höhe der Überdeckung von 3.365 TEUR (Vorjahr 3.963 TEUR) ist das Umlaufvermögen mit langfristigem Kapital finanziert. Der Anteil des langfristigen Kapitals an der Bilanzsumme ist auf 65 % nach 60 % am Vorbilanzstichtag gestiegen.

Die Liquidität II. Grades ist auf 3.559 TEUR (Vorjahr 4.148 TEUR) gesunken und deckt den Finanzierungsbedarf im betrieblichen Bereich 2,1 Monate (Vorjahr 2,4 Monate).

IV. Nachtragsbericht

Seit Abschluss des Geschäftsjahres zum 31.12.2012 bis zur Aufstellung dieses Lageberichtes in 2013 gab es keine signifikanten Abweichungen hinsichtlich der Entwicklung der wirtschaftlichen Situation.

V. Risikobericht

Bestandsgefährdende Risiken sind nicht erkennbar. Da der stationäre Betriebszweig den Unternehmensschwerpunkt bildet, muss das besondere Augenmerk auf die Auslastungsquoten der drei stationären Einrichtungen gerichtet werden. Während sich die Auslastungsquoten sowohl im Haus Bronkhorstfeld als auch in der Seniorenresidenz am OLGA-Park unverändert auf einem sehr hohen Niveau bewegen, ist die Auslastung des Louise-Schroeder-Heims erneut um etwa 4 % auf nunmehr 91,50 % zurückgegangen. Die Gründe dürften zunächst in der veränderten Anbieterstruktur liegen. So sind in Oberhausen im Berichtsjahr zwei neue Einrichtungen in Betrieb genommen worden. Darüber hinaus weist das Louise-Schroeder-Heim auch nach der im Vorjahr vollzogenen Reduzierung um 20 auf 300 Plätze einen relativ hohen Anteil von Doppelzimmern aus und Neueinzüge scheitern nicht selten an der notwendigen, aber fehlenden Homogenität der Betagten. Bei der Risikobewertung muss jedoch berücksichtigt werden, dass es dem Unternehmen bislang gelungen ist, insbesondere die Personalkosten der rückläufigen Auslastungsentwicklung anzupassen.

Deshalb wird das damit verbundene Risiko zur Zeit noch als kalkulierbar eingeschätzt. Um das Belegungsmanagement im Louise-Schroeder-Heim zu stärken, ist Anfang 2013 durch Neustrukturierung der ASO-Verwaltung eine Stelle der Verwaltung bis auf weiteres zum Louise-Schroeder-Heim verlagert worden.

VI. Prognosebericht

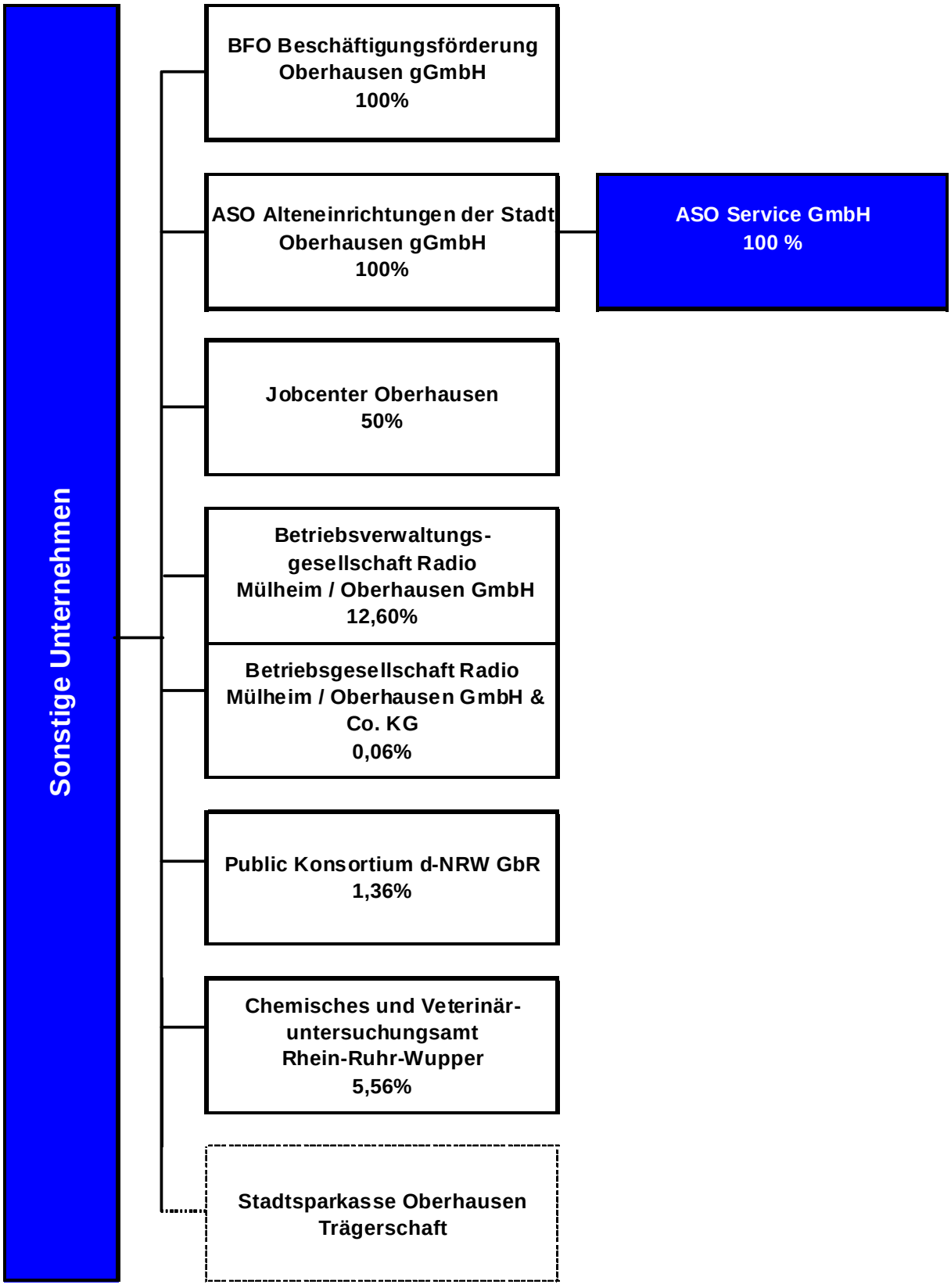
Trotz des beschriebenen Auslastungsrückgangs ist die Geschäftsführung zuversichtlich, dass sich das Unternehmen auch in Zukunft am Oberhausener Pflegemarkt behaupten kann. Dies gilt auch im Hinblick auf den stationären Betriebszweig. Im kommenden Geschäftsjahr wird es nicht zu einer Steigerung des Angebotes an stationären Pflegeplätzen in Oberhausen kommen, so dass keine Schwächung der eigenen Marktposition erwartet wird.

Im Zusammenhang mit dem oben beschriebenen Auslastungsrückgang und den damit verbundenen Erlösausfällen muss im Rahmen dieses Lageberichts auf die Schwierigkeiten hingewiesen werden, die sich aus dem vom Rat der Stadt im Juni 2012 beschlossenen Haushaltssanierungsplan ergeben: Ab 2013 wird erwartet, dass von der ASO gGmbH unter Berücksichtigung der Gemeinnützigkeit und der daraus folgenden Einschränkungen ein jährlicher Betrag in Höhe von mindestens 50.000,00 € als Gewinnausschüttung an die Stadt abgeführt wird. Diese Mittel werden dem Unternehmen für die eigene Entwicklung somit nicht mehr zur Verfügung stehen und die langfristigen Lasten (z.B. durch Rückzahlung von Darlehen für die abgerissenen Gebäude von Haus II und Haus I der Elly-Heuss-Knapp-Stiftung) weiter erhöhen.

Oberhausen, den 22. Februar 2013

ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH

gez. Udo Spiecker
Geschäftsführer


Sonstige Unternehmen
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH 100%
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH 100%
ASO Service GmbH 100 %
Jobcenter Oberhausen 50%
Betriebsverwaltungs-gesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH 12,60%
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH & Co. KG 0,06%
Public Konsortium d-NRW GbR 1,36%
Chemisches und Veterinär-untersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper 5,56%
Stadtsparkasse Oberhausen Trägerschaft

ASO Service GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Elly-Heuss-Knapp-Straße 3
46145 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/6911
Fax	0208/691770
e-Mail	udo.spiecker@oberhausen.de
Internet	-

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 25,00

Gesellschafter:	**T€**	**%**
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	25,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Zweck der Gesellschaft ist die ausschließliche Erbringung von Dienstleistungen aus den Bereichen Gebäudereinigung, Küchen-, Catering-, Wäscherei- und Stationshilfen für die ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH.

Wichtige Verträge

ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Dienstleistungsvertrag mit der ASO Service GmbH

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2012)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Spiecker, Udo
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Frind, Reinhard

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2010		2011		2012		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Umlaufvermögen	37,23	100,0	35,79	100,0	58,34	100,0	22,55	63,01
Bilanzsumme	**37,23**	**100,00**	**35,79**	**100,00**	**58,34**	**100,00**	**22,55**	**63,01**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	25,00	67,1	25,00	69,9	25,00	42,9	0,00	0,00
Rückstellungen	6,04	16,2	3,00	8,4	15,80	27,1	12,80	426,67
Verbindlichkeiten	6,20	16,6	7,79	21,8	17,54	30,1	9,75	125,16
Bilanzsumme	**37,23**	**100,00**	**35,79**	**100,00**	**58,34**	**100,00**	**22,55**	**63,01**

bb) GuV

	2010	2011	2012
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	645,13	750,02	841,18
Personalaufwand	631,89	736,51	827,52
sonstige betriebliche Aufwendungen	13,24	13,52	13,66
Ergebnis der gewöhnlichen Geschaftstätigkeit	0,00	0,00	0,00
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	0,00	0,00	0,00
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2012	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Cash-Flow:	0,00	0,00	0,00	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	33,12	34,28	17,52	T€
Personalaufwandsquote:	97,95	98,20	98,38	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2012	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	67,14	69,86	42,86	%
Fremdkapitalquote:	32,86	30,14	57,14	%

e) Lagebericht

1. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

1.1 Der ASO-Unternehmensverbund

Weiterentwicklung des ASO-Unternehmensverbundes durch Gründung der ASO Service GmbH

Die gesamten Aufgaben des ehemaligen Stadtamtes 54/Amt für Alteneinrichtungen sind zum 1. Januar 1993 auf die neu gegründete eigenbetriebsähnliche Einrichtung „Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen“ übertragen worden. Das operative Geschäft dieser Einrichtung ist entsprechend dem Ratsbeschluss vom November 2001 aus der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung herausgelöst und auf die „ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH“ übertragen worden. Diese hat ihren Geschäftsbetrieb am 1. Januar 2002 aufgenommen. Ende 2002 hat der Rat der Stadt beschlossen, den ASO-Verbund aus „Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen“ und „ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH“ um ein weiteres Unternehmen zu ergänzen, und zwar um die „ASO Service GmbH“. Diese Gesellschaft ist zum 1. Februar 2003 als 100%-ige Tochter der bereits bestehenden gGmbH gegründet worden und soll künftig ausschließlich hauswirtschaftliche Dienstleistungen für das Mutterunternehmen erbringen. Organe der ASO Service GmbH sind die Geschäftsführung sowie die Gesellschafterversammlung. Geschäftsführer ist Herr Udo Spiecker.

2. Darstellung des Geschäftsverlaufs

2.1 Umsatz- und Ertragsentwicklung

Die Gesamterträge beliefen sich im Geschäftsjahr 2012 auf € 841.175,41.

Der vorgenannte Betrag entspricht im Wesentlichen den tatsächlich entstandenen Personalkosten. Diese werden der ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH monatlich in Rechnung gestellt, und zwar aufgrund der umsatzsteuerlichen Organschaft ohne Umsatzsteuer. Gleiches gilt für den in Rechnung gestellten Betrag zur Abdeckung der entstandenen Allgemeinkosten, die ebenfalls von der ASO gGmbH getragen werden müssen.

2.2 Personalbereich

Im Jahresdurchschnitt 2012 waren in der ASO Service GmbH insgesamt 23,44 Kräfte beschäftigt. Gegenüber dem Vorjahr sind dies durchschnittlich 1,56 Vollkräfte mehr. Auf den vorgenannten „Vollkraftstellen“ wurden durchschnittlich 48,33 Mitarbeitende beschäftigt. Zum 31.12.2012 waren insgesamt 22,89 „Vollkraftstellen“ mit insgesamt 49 Mitarbeitenden besetzt.

Die veränderten Zahlenwerte sind auf die im Berichtsjahr erforderlichen betriebswirtschaftlichen Personalanpassungen zurückzuführen.

2.3 Investitionen

Investive Maßnahmen wurden und werden aufgrund der rechtlichen Konstruktion der ASO Service GmbH nicht von dieser durchgeführt oder finanziert. Investitionen werden vielmehr ausschließlich über den ASO Eigenbetrieb bzw. die ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH abgewickelt. Auf deren Jahresabschlüsse wird insoweit an dieser Stelle verwiesen.

2.4 Vermögens- und Finanzlage

Das Eigenkapital nimmt einen Anteil von 43 % der Bilanzsumme ein. Am 31.12.2012 errechnet sich eine Liquidität II. Grades von 25 T€ (Vorjahr 25 T€), der ein betriebsgewöhnlicher monatlicher Finanzbedarf von 63 T€ (Vorjahr 63 T€) gegenübersteht.

3. Nachtragsbericht

Seit Abschluss des Geschäftsjahres 2012 bis zur Aufstellung dieses Lageberichtes in 2013 hat es keine signifikanten Abweichungen hinsichtlich der wirtschaftlichen Situation gegeben.

4. Risikobericht

Bestandsgefährdende Risiken sind nicht ersichtlich.

5. Prognosebericht

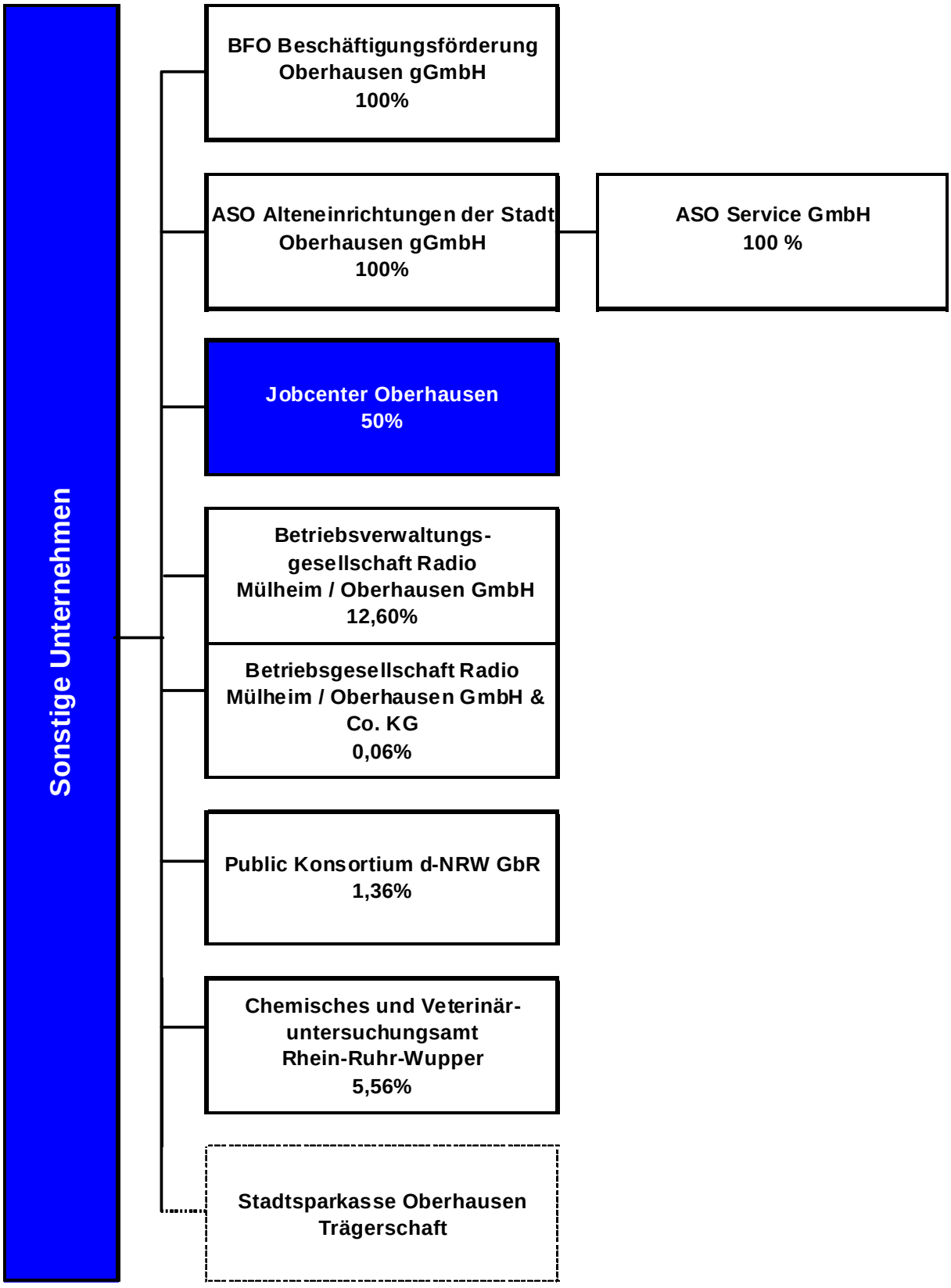
Aufgrund der umsatzsteuerlichen Organschaft und des Gesellschaftszwecks ist die Entwicklung der ASO Service GmbH untrennbar mit der Geschäftsentwicklung der ASO gGmbH als Muttergesellschaft verbunden. Diese konnte nicht zuletzt durch die Eröffnung von Haus Bronkhorstfeld und der Seniorenresidenz am OLGA-Park sowie durch die Inbetriebnahme des Tagespflegezentrums am Steigerhaus die eigene Attraktivität erheblich steigern und die eigene Marktposition sichern. Positive Auswirkungen wird auch die Stärkung des Vermietungsbereiches um weitere 58 betreute Wohnungen haben, denn erfahrungsgemäß wird die Nachfrage nach hauswirtschaftlichen Dienstleistungen mit den künftigen Mietparteien steigen. Da der überwiegende Teil der Beschäftigten der ASO Service GmbH im hauswirtschaftlichen Bereich des stationären Betriebszweiges der ASO gGmbH eingesetzt ist und dieser zugleich den Unternehmensschwerpunkt der Muttergesellschaft bildet, muss das besondere Augenmerk auf die Auslastungsquoten der drei stationären Einrichtungen gerichtet werden: Während sich die Jahresauslastungsquoten sowohl im Haus Bronkhorstfeld als auch in der Seniorenresidenz am OLGA-Park unverändert auf einem sehr hohen Niveau bewegen, ist die Auslastung des Louise-Schroeder-Heims im Berichtsjahr um weitere etwa 4 % auf nunmehr 91,50 % zurückgegangen.

Dennoch wird das damit verbundene Risiko zur Zeit noch als kalkulierbar eingeschätzt. Denn in der Vergangenheit ist es der Muttergesellschaft gelungen, insbesondere die Personalkostenentwicklung der rückläufigen Auslastungsentwicklung anzupassen.

Oberhausen, den 22. Februar 2013

ASO Service GmbH

gez. Udo Spiecker
Geschäftsführer


Sonstige Unternehmen
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH
100%
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH
100%
ASO Service GmbH
100 %
Jobcenter Oberhausen
50%
Betriebsverwaltungs-gesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH
12,60%
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH & Co. KG
0,06%
Public Konsortium d-NRW GbR
1,36%
Chemisches und Veterinär-untersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper
5,56%
Stadtsparkasse Oberhausen
Trägerschaft

Jobcenter Oberhausen

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Centroallee 261
46047 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208-8506855
e-Mail	Jobcenter-Oberhausen@jobcenter-ge.de
Internet	http://www.jobcenter-oberhausen.de/

Rechtsform: Gesellschaft öffentlichen Rechts sui generis
Stammkapital in T€: 0,00

Gesellschafter:

	T€	%
Agentur für Arbeit Oberhausen	0,00	50,00
Stadt Oberhausen	0,00	50,00

Gegenstand des Unternehmens:

Zur einheitlichen Wahrnehmung der Aufgaben der Grundsicherung für Arbeitssuchende bilden die Agentur für Arbeit und die Stadt Oberhausen als Träger der Grundsicherung für Arbeitssuchende eine gemeinsame Einrichtung gem. § 44 b Zweites Buch Sozialgesetzbuch (SGB II).

Das Jobcenter nimmt gemäß § 44 b Abs. 1 Satz 2 SGBII die Aufgaben der Träger wahr.

Wichtige Verträge

Stadt Oberhausen	Vereinbarung zur Bildung und Ausgestaltung einer gemeinsamen Einrichtung gemäß § 44 b des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II)

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2012)

Geschäftsführung: Gleibs, Annette

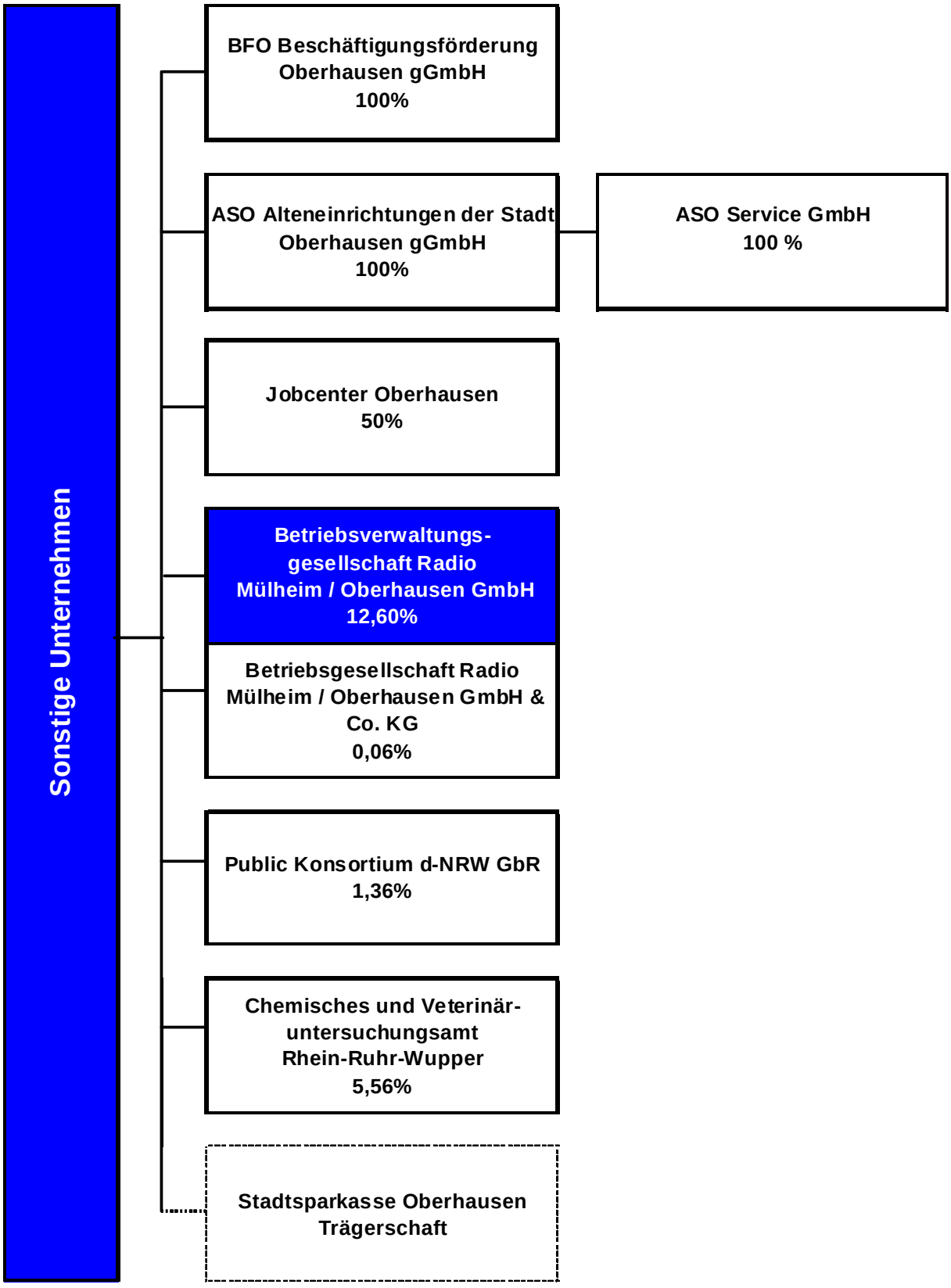
Trägerversammlung:

Vorsitzende	Fern, Christiane	
stellv. Vorsitzender	Frind, Reinhard	
Mitglied	Draeger, Wolfgang	
Mitglied	Nagels, Hans-Jürgen	
Mitglied	Oberste-Kleinbeck, Kirsten	
Mitglied	Telli, Ercan	
Mitglied	Claes, Christiane	
Mitglied	Engbroks, Wilhelm	
stellv. Mitglied	Abt-Nölle, Monika	
stellv. Mitglied	Brands, Beatriks	Stellvertretung für Herrn Telli
stellv. Mitglied	Dimmek, Ulrich	
stellv. Mitglied	Hübner, Katja	

	stellv. Mitglied	Kawicki, Achim	
	stellv. Mitglied	Muss, Ralf	
	stellv. Mitglied	Opitz, Stefanie	Stellvertretung für Frau Oberste-Kleinbeck
	stellv. Mitglied	Seibert, Judith	
	stellv. Mitglied	Willing-Spielmann, Ulrike	Stellvertretung für Herrn Nagels
Beirat:	Vorsitzende	Schulte, Elisabeth	
	Mitglied	Bischoff, Jörg	
	Mitglied	Citrich, Gerd	
	Mitglied	Cotta, Uwe	
	Mitglied	Greven, Henrike	
	Mitglied	Groß-Mühlenbruch, Werner	
	Mitglied	Herfs, Liane	
	Mitglied	Holtz, Gerd	
	Mitglied	Jakobs, Ursula	
	Mitglied	Josting, Ingeborg	
	Mitglied	Kamps, Jochen	
	Mitglied	Leischen, Claudia	
	Mitglied	Michaelsen, Hans	
	Mitglied	Nagels, Hans-Jürgen	
	Mitglied	Piontkowski, Frank	
	Mitglied	Reuschenbach, Monika	
	Mitglied	Steinhoff, Marion	
	Mitglied	Steinmann, Beate	
	Mitglied	Girullis, Sebastian	

e) Lagebericht

Ein Lagebericht wird nicht erstellt.


Sonstige Unternehmen
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH
100%
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH
100%
ASO Service GmbH
100 %
Jobcenter Oberhausen
50%
Betriebsverwaltungs-gesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH
12,60%
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH & Co. KG
0,06%
Public Konsortium d-NRW GbR
1,36%
Chemisches und Veterinär-untersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper
5,56%
Stadtsparkasse Oberhausen
Trägerschaft

Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Essener Str. 99
46047 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0201/319390
Telefon	0208/4500794
Fax	0201/3193918
Fax	0208/4500739
e-Mail	-
Internet	http://www.106.2radiooberhausen.de/
Internet	http://www.92.9radiomuelheim.de/

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 25,00

Gesellschafter:

	T€	%
Beteiligungsholding Mülheim an der Ruhr GmbH	3,15	12,60
Stadt Oberhausen	3,10	12,40
Zeitungsverlag Niederrhein GmbH & CO. Essen Kommanditgesellschaft	18,75	75,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung an der Kommanditgesellschaft "Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & Co. KG" als persönlich haftende Gesellschafterin sowie die Übernahme der Geschäftsführung und Vertretung dieser Gesellschaft.

Darüber hinaus sind Gegenstand des Unternehmens alle mit Satz 1 unmittelbar oder mittelbar zusammenhängenden Geschäfte.

Wichtige Verträge

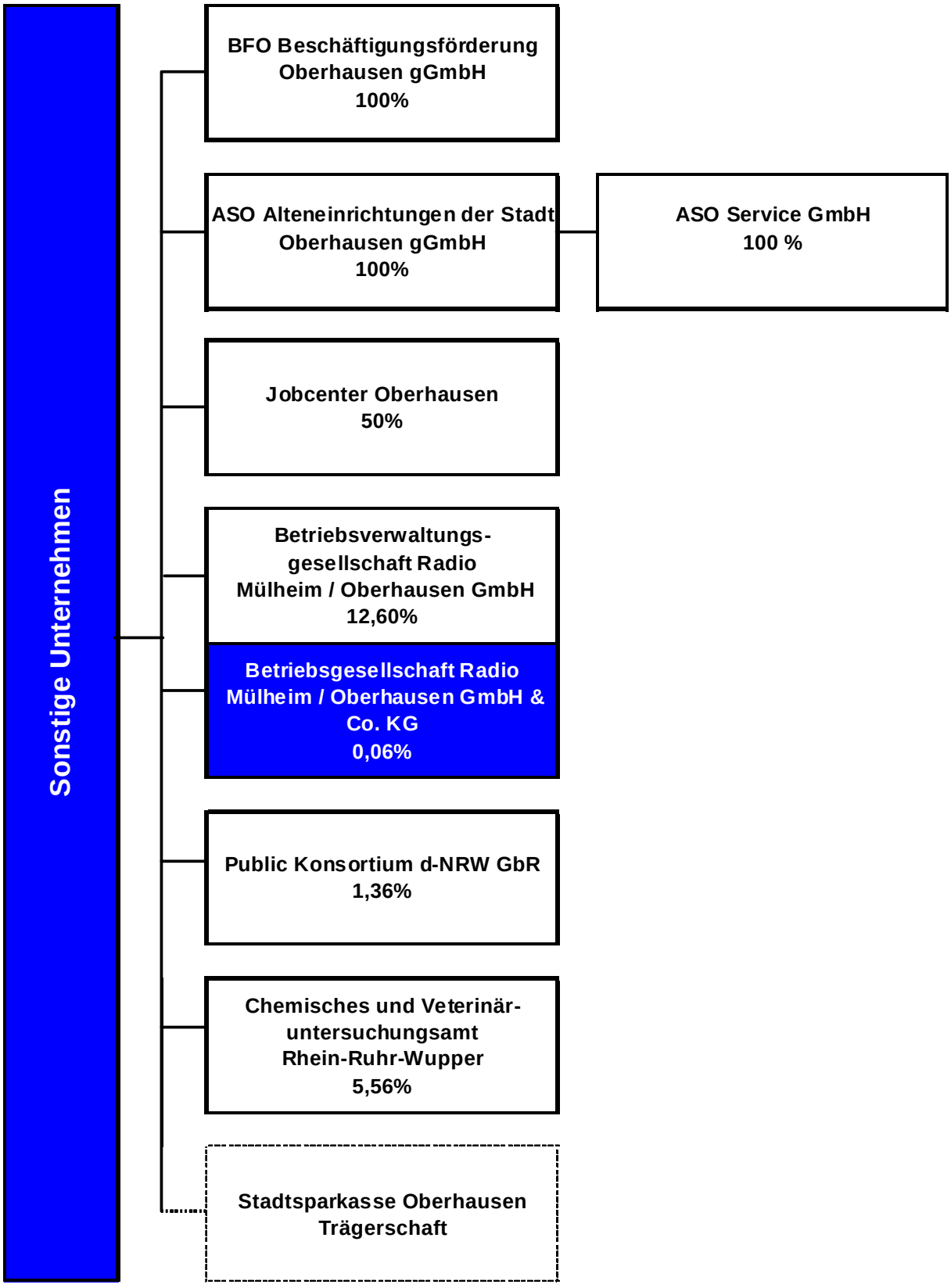
Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für das Vertretungsgebiet der Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2012)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Weske, Hans-Jürgen
	Geschäftsführer	Künzer, Stephan
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Tsalastras, Apostolos
Prokura:	Prokurist	Raußmüller, Willy

e) Lagebericht

Mit Datum vom 06.10.2009 teilte die Bezirksregierung Düsseldorf mit, dass künftig für die Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH auf die Erstellung eines Lageberichtes verzichtet werden kann. Somit wurde kein Lagebericht erstellt.


Sonstige Unternehmen
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH
100%
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH
100%
ASO Service GmbH
100 %
Jobcenter Oberhausen
50%
Betriebsverwaltungs-gesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH
12,60%
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH & Co. KG
0,06%
Public Konsortium d-NRW GbR
1,36%
Chemisches und Veterinär-untersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper
5,56%
Stadtsparkasse Oberhausen
Trägerschaft

Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & CO. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Essener Str. 99
46047 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0201/319390
Telefon	0208/4500764
Fax	0201/3193918
Fax	0208/4500739
e-Mail	-
Internet	http://www.106.2radiooberhausen.de/
Internet	http://www.92.9radiomuelheim.de/

Rechtsform: GmbH & Co. KG

Stammkapital in T€: 2.040,00

Gesellschafter:

	T€	%
Beteiligungsholding Mülheim an der Ruhr GmbH	1,24	0,06
Peter Fiele	507,52	24,88
Stadt Oberhausen	1,24	0,06
Zeitungsverlag Niederrhein GmbH & CO. Essen Kommanditgesellschaft	1.530,00	75,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Wahrnehmung folgender Aufgaben, die sich aus dem Landesrundfunkgesetz für den Betrieb lokalen Rundfunks ergeben:

Die zur Produktion und zur Verbreitung des lokalen Rundfunks erforderlichen technischen Einrichtungen zu beschaffen und dem Vertragspartner zur Verfügung zu stellen.

Dem Vertragspartner die zur Wahrnehmung seiner gesetzlichen und durch Vereinbarung bestimmten Aufgaben erforderlichen Mittel im vertraglich bestimmten Umfang zur Verfügung zu stellen.

Für den Vertragspartner Produktionshilfen zur Verfügung zu stellen.

Hörfunkwerbung zu verbreiten.

Darüber hinaus sind Gegenstand des Unternehmens alle mit Satz 1 unmittelbar oder mittelbar zusammenhängenden Geschäfte.

Zu diesem Zweck kann sich die Gesellschaft an anderen Unternehmen mit gleichem oder ähnlichem Gesellschaftszweck beteiligen, derartige Untrnehmen erwerben, Tochtergesellschaften gründen, Zweigniederlassungen errichten sowie alle sonstigen den Gesellschaftszweck fördernde Geschäfte vornehmen.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2012)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Weske, Hans-Jürgen
	Geschäftsführer	Künzer, Stephan
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Tsalastras, Apostolos

e) Lagebericht

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die Tätigkeit der Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/ Oberhausen mbH & Co. KG erstreckt sich im Wesentlichen auf die Verbreitung von Hörfunkwerbung, die Zurverfügungstellung von Sende- und Produktionstechnik für die vertraglich gebundene Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V., sowie die Erstattung der durch die Veranstaltergemeinschaft verursachten Kosten. Die Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/ Oberhausen mbH & Co. KG ist nach dem Landesmediengesetz verpflichtet, die Sende- und Produktionstechnik für die Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V. zur Verfügung zu stellen und die dort verursachten Kosten zu übernehmen.

Das Kerngeschäft der Betriebsgesellschaft ist die Vermarktung von Hörfunkwerbung im lizenzierten Sendegebiet der Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V., der Lokalfunkmarken " Radio Mülheim" und „Radio Oberhausen". Sie bedient sich hier der Dienstleistungen der Westfunk GmbH & Co. KG, die im eigenen Namen für fremde Rechnung mit qualifiziertem Verkaufs- und Marketingpersonal für die Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/ Oberhausen mbH & Co. KG im Sendegebiet tätig ist.

radio NRW produziert und liefert täglich das Rahmenprogramm, das im Anschluss an die originär im Sender produzierten Lokalstunden auf den Frequenzen von Radio Mülheim und Radio Oberhausen gesendet wird. radio NRW lässt die Werbeminuten vor der jeweils vollen Stunde von der Radio Marketing Service GmbH, Hamburg, national vermarkten und bestreitet daraus die Produktion des Rahmenprogramms. Nach Abzug der Kosten werden, neben einer Gewinnabschöpfung durch die Gesellschafter in Höhe von 15 %, die Überschüsse nach einem Umlageschlüssel der erzielten Reichweiten der Lokalfunksender in NRW verteilt.

Im Geschäftsjahr 2012 ist das wirtschaftliche Umfeld in Deutschland gegenüber dem Vorjahr negativer zu bewerten. Der ifo-Geschäftsklima-Index ging seit Jahresbeginn 2012 von 107,3 auf 102,4 im Dezember 2012 zurück (Indexwert 2005 = 100,0). Der Hauptgrund für den rückläufigen Trend ist in der europaweiten Wirtschaftskrise zu sehen. Vor allem exportorientierte Bereiche sehen die zukünftige Geschäftsentwicklung mit Sorge. Der Einzel- und Großhandel zeigt sich zufriedener, jedoch wird auch hier mit einer Verschlechterung des Geschäftsverlaufs in den nächsten 6 Monaten gerechnet. Insgesamt zeigt sich Deutschland in der Krise weiterhin relativ stabil, die europa- und weltweite Verunsicherung wirkt sich jedoch stark auf die Erwartungen der deutschen Unternehmen aus.

Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ist weiterhin positiv. Im Jahresdurchschnitt 2012 waren 2,897 Mio. Arbeitslose registriert. Damit liegt die Arbeitslosenzahl um 0,079 Mio. Personen unter dem Jahresdurchschnitt von 2011. Die Arbeitslosenquote lag im Jahresdurchschnitt 2012 bei 6,8 % (Vorjahr: durchschnittlich 7,1 %).

Die Werbeaufwendungen der Unternehmen in Deutschland erhöhten sich in den Monaten Januar bis Dezember 2012 gegenüber dem Vorjahr um 0,9 %. Der Anteil der Gattung Radio am Werbevolumen der Werbetreibenden beträgt 5,9 % und liegt damit deutlich über dem Vorjahr (Gesamt 2011: 5,7 %). Die Aufwendungen für Radiowerbung erhöhten sich im Geschäftsjahr 2012 um 5,2 %.

Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2012 konnten die Umsätze gegenüber dem Vorjahr um 162 T€ gesteigert werden und lagen bei 1.531 T€.

Auf Grund von Reichweitensteigerungen lag die Überschussbeteiligung von Radio NRW für Radio Oberhausen und Radio Mülheim im Geschäftsjahr 2012 um 87 T€ über dem Vorjahreswert. Die durchschnittliche Stundenreichweite (Mo.-So.) von „Radio Mülheim" lag mit 4,1 % (gem. E.M.A. NRW 2012 I) um 1,3 % über dem Vorjahreswert; dieser Wert blieb bei „Radio Oberhausen" mit einem Minus von 0,1 % auf Vorjahresniveau. Der Anteil bei den „Hörern gestern Montag – Freitag" bei „Radio Mülheim" verbesserte sich – gem. E.M.A. NRW 2012 I – auf 16,1 % (Vorjahr: 11,7 %). Bei „Radio Oberhausen" stieg dieser Wert um 4,3 % auf 28,1 %.

Bei den Aufwendungen erhöhte sich der Materialaufwand um 32 T€, sowie die umsatzabhängigen Kosten Lizenzen und Konzessionen (+12 T€) und Provisionen (+16 T€). Im Gegenzug verringerten sich die Reise-, Bewirtungs- und Werbekosten um 58 T€.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit verbesserte sich um 147 T€ und lag zum Jahresende bei -150 T€.

Finanzlage

Der Cashflow ist negativ und hat sich im Vergleich zum Vorjahr verschlechtert.

Kapitalflussrechnung nach DRS 2:	**2012** T€	**2011** T€
Laufende Geschäftstätigkeit:		
Periodenergebnis	-149,7	-298,9
Abschreibungen auf Gegenstände des Sachanlagevermögens und auf immaterielle Vermögensgegenstände	21,8	29,5
Zunahme / Abnahme der Rückstellungen	1,5	5,8
Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	0,0	0,0
Zunahme / Abnahme der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie andere Aktiva, die nicht der Investitions- und Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-10,9	86,9
Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie andere Passiva, die nicht der Investitions- und Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-25,6	-73,6
Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	**-162,9**	**-250,3**
Investitionstätigkeit:		
Investitionen in das Sachanlagevermögen und immaterielle Vermögensgegenstände	-15,8	0,0
Erlöse aus dem Abgang von Gegenständen des Sachanlagevermögens und von immateriellen Vermögensgegenständen	0,0	0,0
Cash Flow aus der Investitionstätigkeit	**-15,8**	**0,0**
Finanzierungstätigkeit		
Einzahlung aus Kapitalerhöhung der Gesellschafter	0,0	125,0
Haftungsrisikovergütung der Komplementärin	0,0	0,0
Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit	**0,0**	**125,0**

Entwicklung des Finanzmittelfonds		
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds		
- Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	-162,9	-250,3
- Cash Flow aus der Investitionstätigkeit	-15,8	0,0
- Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit	0,0	125,0
	-178,7	**-125,3**
Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	-127,5	-2,2
Finanzmittelbestand am Ende der Periode	-306,2	-127,5
Veränderung Finanzmittelbestand	**-178,7**	**-125,3**

Die Gesellschaft finanziert sich über Einnahmen aus der Vermarktung von Werbezeiten und Sonderwerbeformen (inklusive Onlineangebote).

Aufgrund der Einbeziehung in das inländische Cash-Pooling der WAZ Mediengruppe ist die Liquidität jederzeit gesichert, da die Gesellschaft von der allgemein bekannten Bonität der WAZ Mediengruppe profitiert.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme liegt zum Jahresabschluss 2012 bei 3.382 T€ und damit um 155 T€ über dem Vorjahr. Auf der Passivseite erhöhten sich die Verbindlichkeiten um 153 T€. Auf der Aktivseite reduzierte sich das Anlagevermögen um 6 T€. Der nicht durch Vermögenseinlagen gedeckte Fehlbetrag erhöhte sich um 150 T€ auf 3.043 T€.

Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme verringerte sich und liegt bei auf 2 %. Hierbei handelt es sich um Anlagevermögen für Produktions- und Sendetechnik, Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie Lizenzrechte im Wert von insgesamt 52 T€.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach Ablauf des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

Chancen und Risiken

Chancen

Die Entwicklung auf dem lokalen Markt war im Geschäftsjahr 2012 positiv. Die Geschäftsführung erwartet für das Geschäftsjahr 2013 Umsätze auf unverändertem Niveau.

Auch wenn sich die Stimmung bei den Werbetreibenden, aufgrund der Unsicherheiten durch die bestehende europaweite Wirtschaftskrise verschlechtert, sind Auswirkungen auf den lokalen Werbemarkt nicht direkt zu erwarten. Die operativ tätige Betriebsgesellschaft tritt dem Trend mit einem stetig weiterentwickelten Produktportfolio entgegen. Die Zielgruppen-spezifischen Verkaufsprogramme für Bestands- und Neukunden sollen weitergeführt werden. Dabei nimmt die Vernetzung von digitalen Angeboten (Mobile, Internet, etc.) mit klassischen Werbespotschaltungen sowie Sonderwerbeformen einen immer größeren Stellenwert ein. Der wachsende Anteil der Gattung Radio an den Werbeaufwendungen wird zudem zur Stabilisierung der Einnahmen beitragen.

Risiken

Die Gesellschaft wird durch folgende Risiken beeinflusst:

Markt- und Wettbewerbsrisiken

Der Wettbewerb mit den öffentlich-rechtlichen Sendern des WDR ist weiterhin intensiv. Es ist zu erwarten, dass der bestehende Marktdruck der landesweit agierenden Konkurrenz beibehalten wird. Die Betriebsgesellschaft konnte durch eine erfolgreiche Ansprache der Werbetreibenden die Umsätze zum Vorjahr steigern. Auch in den Folgejahren müssen die aktuellen Angebote fortgeführt und neue, attraktive Angebote entwickelt werden.

Rechtliche Risiken

Die befristet erteilten rundfunkrechtlichen Lizenzen sind mit bestimmten Auflagen verbunden und konzentrationsrechtlichen Meldepflichten unterworfen, deren Beachtung und Befolgung wesentlich für den Bestand der Genehmigungen sind. Diese Sendelizenzen sind in Deutschland zeitlich befristet erteilt. Die Lizenz wurde der Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V. im Geschäftsjahr 2010 um 5 Jahre bis zum 31.08.2015 verlängert. Eine Verlängerung der Fristen wird in der Regel gewährt, jedoch ohne Garantie. Die Lizenzen und Genehmigungen beinhalten zum Teil auch Auflagen, deren Nichtbefolgung die Landesmedienanstalten auch während der Laufzeit zu einem Widerruf berechtigen. Nach jetziger Einschätzung der Geschäftsführung ist ein Entzug der aktuellen Lizenz sowie die Ablehnung zukünftiger Lizenzverlängerungen nicht zu erwarten.

Gesamtrisiko

In der Gesellschaft wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr keine bestandsgefährdenden Risiken identifiziert. Risiken, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden könnten, sind nicht erkennbar. Die Geschäftsführung beobachtet das wirtschaftliche Umfeld stetig und erarbeitet Maßnahmen, die die Entwicklung der Berichtsgesellschaft im Geschäftsjahr 2013 unterstützen. Damit soll einer negativen Entwicklung vorgebeugt und falls notwendig, entgegengetreten werden. Sollte eine dauerhafte negative Geschäftsentwicklung eintreten, wäre der Fortbestand der Berichtsgesellschaft gefährdet.

Die Gesellschaft und der Sender sind wichtiger Bestandteil der Hörfunkbeteiligungen der WAZ Mediengruppe. Eine flächendeckende Verbreitung im Verbreitungsgebiet der WAZ Mediengruppe ist für die Vermarktung von Hörfunkwerbung für alle Sender ein wichtiger Faktor. Um den Fortbestand der Berichtsgesellschaft dauerhaft zu sichern, ist, neben der eigenen positiven Entwicklung, vor allem eine positive Geschäftsentwicklung samt positiver Ergebnisse der gesamten Hörfunkbeteiligungen der WAZ Mediengruppe entscheidend. Im Geschäftsjahr 2012 konnten die Hörfunkbeteiligungen der WAZ Mediengruppe ein positives Ergebnis erzielen.

Risikomanagement

Die Geschäftsführung kann durch ein implementiertes Risikomanagement Risiken rechtzeitig erkennen. Hierzu verfügt die Betriebsgesellschaft über geeignete Planungs-, Reporting- und Controllingsysteme, die eine Risikobewertung und Steuerung der Gesellschaft ermöglichen. Die Geschäftsführung hat damit die Möglichkeit, Risiken zu erkennen, abzuwenden und zu minimieren.

Prognosebericht

Das Erlöspotential des Sendegebietes ist noch nicht ausgeschöpft. Die Berichtsgesellschaft konnte im Geschäftsjahr 2012 die Umsätze stetig steigern. Die Einnahmen bilden eine solide Grundlage, so dass im Geschäftsjahr 2013 ein positives Ergebnis zu erwarten ist. Durch die Fortsetzung der erfolgreichen Verkaufsaktivitäten in einem stabilen wirtschaftlichen Umfeld in Deutschland erscheinen Umsätze auf Vorjahresniveau realistisch. Das Kostenniveau der Gesellschaft soll auf Vorjahresniveau gehalten werden. Außergewöhnliche Aufwendungen sind nicht zu erwarten.

Die Reichweite des Senders „Radio Mülheim“ ist auf trotz Steigerung auf einem niedrigen Niveau, die Reichweitenentwicklung von „Radio Oberhausen“ ist stabil auf gutem Niveau. Die Betriebsgesellschaft wird die

Veranstaltergemeinschaft in dem Bestreben nach einer Stabilisierung und weiteren Steigerung der Reichweite, vor allem für „Radio Mülheim“, soweit möglich, unterstützen.

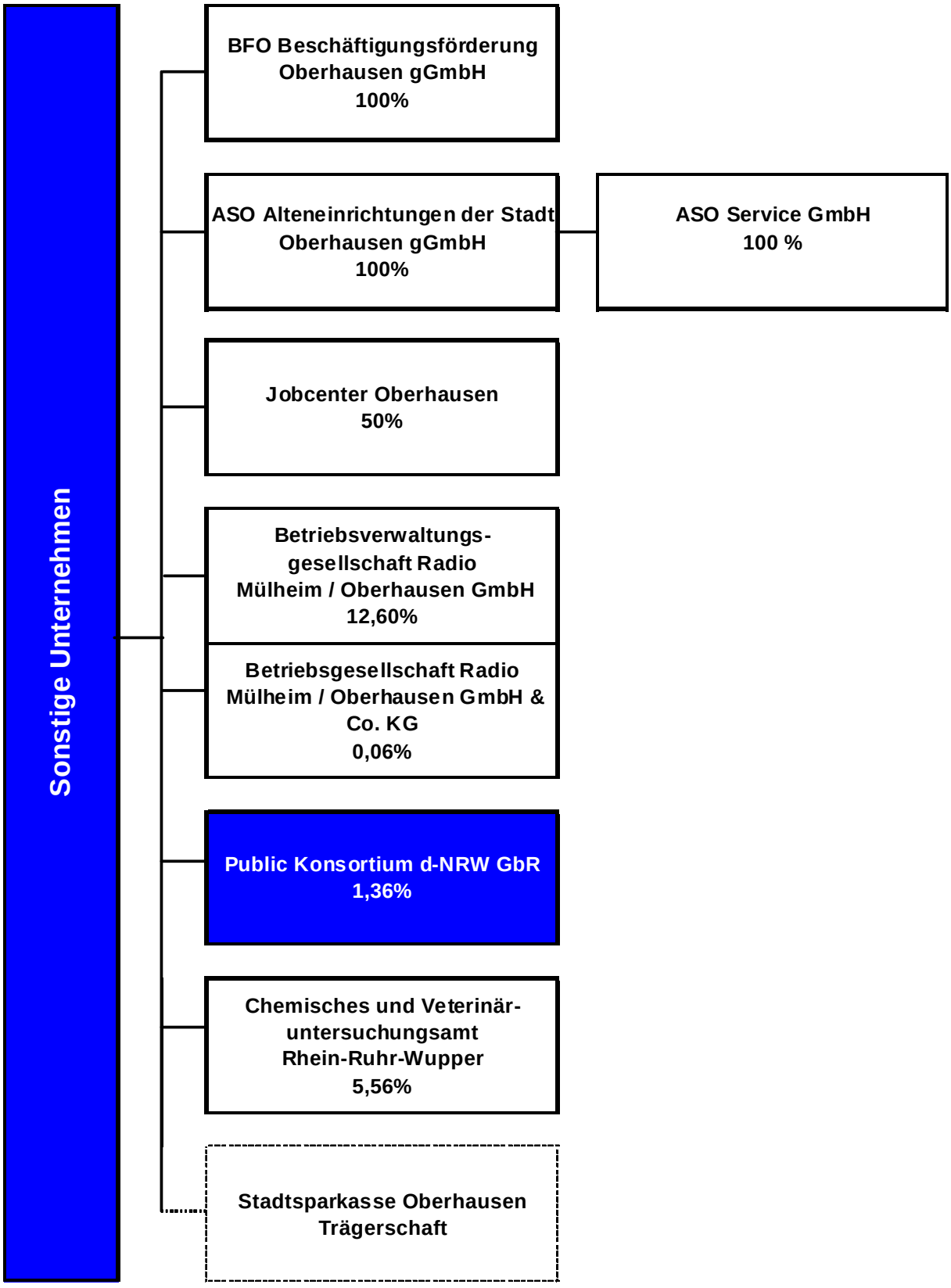
Seit dem Geschäftsjahr 2010 wird mit Unterstützung einer landesweiten Programmberatung an einer stetigen Optimierung des Gesamtprogramms gearbeitet. Hierdurch sollen sowohl die Stammhörer an die Sender des lokalen Hörfunks NRW gebunden, als auch Neuhörer gewonnen werden. Die digitalen Angebote im Internet sowie Apps und mobile Internetseiten des Senders werden stetig weiterentwickelt und bilden einen wichtigen Baustein bei der Hörer- und Kundenbindung.

Für die Folgejahre 2013 und 2014 erwartet die Geschäftsführung ausgeglichene bzw. leicht positive Ergebnisse.

Eine Inanspruchnahme durch Gläubiger der Kommanditgesellschaft aus der persönlichen Haftung für Schulden der Kommanditgesellschaft ist bis zum heutigen Tage nicht erfolgt und ist auch nicht zu erwarten. Der Verlustvortrag in Höhe von 3.042.549 Euro ist durch Darlehen in Höhe von 2.730.681 Euro gedeckt.
Für den verbleibenden Verlust in Höhe von 311.868 Euro liegt eine Patronatserklärung der Zeitungsverlag Niederrhein GmbH & Co. Essen Kommanditgesellschaft vor.

Essen, 15.03.2013

Hans-Jürgen Weske Stephan Künzer


Sonstige Unternehmen
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH
100%
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH
100%
ASO Service GmbH
100 %
Jobcenter Oberhausen
50%
Betriebsverwaltungs-gesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH
12,60%
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH & Co. KG
0,06%
Public Konsortium d-NRW GbR
1,36%
Chemisches und Veterinär-untersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper
5,56%
Stadtsparkasse Oberhausen
Trägerschaft

Public Konsortium d-NRW GbR

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Rheinische Straße 1
44137 Dortmund

Kontakt:

Telefon	0231/22243810
Fax	0231/22243811
e-Mail	info@d-nrw.de
Internet	http://www.d-nrw.de/

Rechtsform: GbR
Stammkapital in T€: 1.366,42

Gesellschafter:

	T€	%
Dortmunder Systemhaus	41,11	3,01
GKD Gemeinsame Kommunale Datenzentrale Recklinghausen	40,88	2,99
(HABIT) Hagener Betrieb für Informationstechnologie	10,70	0,78
Kreis Mettmann	11,85	0,87
krz Komm. Rechenzentrum Minden-Ravensberg/Lippe	110,20	8,06
KRZN Kamp-Lintfort	135,64	9,93
Land NRW	957,37	70,06
LVR Landschaftsverband Rheinland	1,16	0,08
regio iT Aachen Gesellschaft für Informationstechnologie mbH	11,56	0,85
Stadt Monheim	16,75	1,23
Stadt Münster	10,62	0,78
Stadt Oberhausen	18,58	1,36

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung als Kommanditistin an der d-NRW Besitz-GmbH & Co. KG

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2012)

Geschäftsführung: Both, Markus

Konsortialversammlung: Mitglied gem. § 113 GO Suhr, Rainer

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
d-NRW Besitz-GmbH & Co. KG	20,00	80,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2010		**2011**		**2012**		**Veränder-ungen**	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	1.250,00	94,6	1.280,00	95,0	1.305,00	93,8	25,00	1,95
Umlaufvermögen	71,28	5,4	68,03	5,0	86,34	6,2	18,31	26,91
Bilanzsumme	**1.321,28**	**100,00**	**1.348,03**	**100,00**	**1.391,34**	**100,00**	**43,31**	**3,21**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	1.318,30	99,8	1.343,93	99,7	1.361,08	97,8	17,15	1,28
Rückstellungen	2,98	0,2	3,57	0,3	5,27	0,4	1,70	47,62
Verbindlichkeiten			0,52	0,0	25,00	1,8	24,48	4.707,69
Bilanzsumme	**1.321,28**	**100,00**	**1.348,03**	**100,00**	**1.391,34**	**100,00**	**43,31**	**3,21**

bb) GuV

	2010	**2011**	**2012**
	T€	**T€**	**T€**
sonstige betriebliche Erträge	0,32		
sonstige betriebliche Aufwendungen	3,05	5,66	5,34
Ergebnis der gewöhnlichen Geschaftstätigkeit	-2,74	-5,66	-5,34
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-2,74	-5,66	-5,34
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-2,74	-5,66	-5,34

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2010	**31.12.2011**	**31.12.2012**	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	-0,21	-0,42	-0,39	%
Cash-Flow:	-2,74	-5,66	-5,34	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	0,32			T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2010	**31.12.2011**	**31.12.2012**	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	99,77	99,70	97,82	%
Fremdkapitalquote:	0,23	0,30	2,18	%

e) Lagebericht

I. Darstellung des Geschäftsverlaufes der Gesellschaft

a) Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

Das Geschäftsjahr 2012 war geprägt durch die Euro-Staatsschuldenkrise, die auch die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland in der Gesamtbetrachtung geschwächt hat. Demgegenüber konnte die IT-Branche in 2012 ihre Wirtschaftsleistung aufgrund einer gestiegenen Nachfrage nach innovativen und effizienten IT-Lösungen verbessern.

b) Umsatz- und Auftragsentwicklung

Einziger Gegenstand der Gesellschaft ist die Beteiligung als Kommanditistin an der d-NRW Besitz-GmbH & Co. KG mit Sitz in Dortmund. Aufgrund des Gesellschaftszwecks können als Erlöse nur Beteiligungserträge aus der d-NRW Besitz-GmbH & Co. KG erzielt werden. Die d-NRW Besitz-GmbH & Co. KG hat im Geschäftsjahr 2012 einen Gewinn von 174 T€ erwirtschaftet.

c) Investitionen

Die Gesellschaft hat im Jahr 2012 keine Investitionen durchgeführt.

d) Finanzierungsmaßnahmen bzw. -vorhaben

Die Konsortialversammlung vom 23.11.2012 hat u.a. den Jahresabschluss der Gesellschaft für das Jahr 2011 festgestellt. Gemäß § 10 (7) der Satzung ist ein Betrag in Höhe von 25 T€ als sonstige Zuzahlung in das Eigenkapital der d-NRW Besitz-GmbH & Co. KG geleistet worden.

e) Personal- und Sozialbereich

Bei der Gesellschaft ist ausschließlich der Geschäftsführer angestellt.

f) sonstige wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

Die Gruppe der Konsorten hat sich im Jahr 2012 nicht erweitert. Gespräche mit Kommunen in NRW zur Gewinnung weiterer Konsorten wurden im Jahr 2012 geführt und sollen im Jahr 2013 zu weiteren Beitritten führen.

II. Lage der Gesellschaft

Die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft ist zufriedenstellend. Anhaltspunkte für eine Veränderung dieser Situation im Jahr 2013 bestehen nicht.

a) Vermögenslage

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist geordnet.

b) Finanzlage

Die Finanzlage der Gesellschaft ist zufriedenstellend. Sie verfügt durch die Beitrittsentgelte der Konsorten und deren Jahresbeiträge über ausreichende Liquidität.

c) Ertragslage

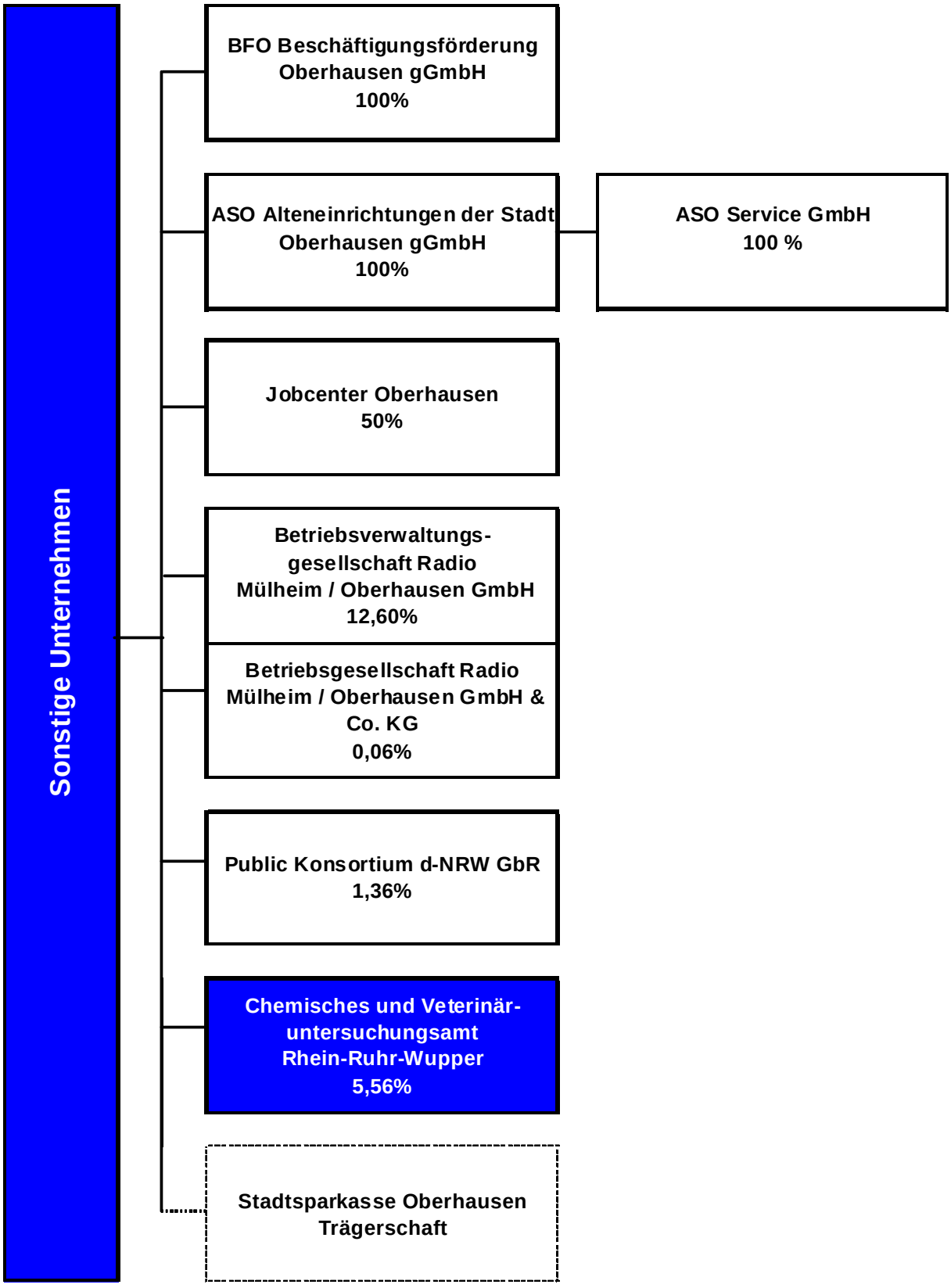
Aufgrund des Gesellschaftszwecks wird die Gesellschaft über die Beteiligungserträge der d-NRW Besitz-GmbH & Co. KG keine weiteren Erträge erwirtschaften.

III. Ausblick und Risiken der künftigen Entwicklung

Als Chance sieht die Gesellschaft den Beitritt weiterer Konsorten. Wirtschaftliche oder rechtliche bestandsgefährdende Risiken sind für die Gesellschaft unter Berücksichtigung des besonderen Gesellschafterhintergrundes und der positiven Geschäftsentwicklung der Tochtergesellschaft nicht erkennbar.

Dortmund, den 31. Mai 2013

Markus Both
(Geschäftsführer)


Sonstige Unternehmen
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH 100%
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH 100%
ASO Service GmbH 100 %
Jobcenter Oberhausen 50%
Betriebsverwaltungs-gesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH 12,60%
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH & Co. KG 0,06%
Public Konsortium d-NRW GbR 1,36%
Chemisches und Veterinär-untersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper 5,56%
Stadtsparkasse Oberhausen Trägerschaft

Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW)

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Deutscher Ring 100
47798 Krefeld

Kontakt:

Telefon	02151-849-0
Fax	02151-849110
e-Mail	poststelle@cvua-rrw.de
Internet	http://www.cvua-rrw.de/

Rechtsform: Anstalt des öffentlichen Rechts
Stammkapital in T€: 270,00

Gesellschafter:

	T€	%
Kreis Wesel	15,00	5,56
Land NRW	135,00	50,00
Stadt Duisburg	15,00	5,56
Stadt Essen	15,00	5,56
Stadt Krefeld	15,00	5,56
Stadt Mülheim	15,00	5,56
Stadt Oberhausen	15,00	5,56
Stadt Remscheid	15,00	5,56
Stadt Solingen	15,00	5,56
Stadt Wuppertal	15,00	5,56

Gegenstand des Unternehmens:

Die Untersuchungsanstalt führt für das Land und für die Kommunen nach Maßgabe der gesetzlichen Regelungen Probenahmen mit Ausnahme der Probenahmen, die von den Kreisordnungsbehörden durchgeführt werden, Untersuchungen und Kontrollen auf dem Gebiet des Lebensmittel- und Futtermittelrechts, der Tierseuchenbekämpfung, der Tiergesundheit und des Tierschutzes durch.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2012)

Vorstand:	Vorsitzender	Dr. Horn, Detlef
		Pöll, Reiner

Verwaltungsrat:	Vorsitzender	Dr. Bottermann, Heinrich
	stellv. Vorsitzende	Raskob, Simone
	Mitglied gem. § 113 GO	Ohletz, Horst
	Mitglied	Dr. Greulich, Peter
	Mitglied	Bayer, Harald
	Mitglied	Becker, Juliane
	Mitglied	Beckmann, Jürgen
	Mitglied	Dr. Steinfort, Frank
	Mitglied	Krumbein, Robert
	Mitglied	Zielke, Beate
	Mitglied	Berensmeier, Ralf

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2010		2011		Veränder-ungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%
Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebes			101,21	0,4		
Anlagevermögen	4.317,34	21,4	6.260,51	27,0		
Umlaufvermögen	15.766,96	78,0	16.700,98	72,0		
Rechnungsabgrenzungsposten	123,10	0,6	139,88	0,6		
Bilanzsumme	**20.207,40**	**100,00**	**23.202,59**	**100,00**		

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	8.417,87	41,7	9.791,42	42,2		
Rückstellungen	10.329,66	51,1	11.524,34	49,7		
Verbindlichkeiten	1.459,87	7,2	1.787,89	7,7		
Rechnungsabgrenzungsposten			98,93	0,4		
Bilanzsumme	**20.207,40**	**100,00**	**23.202,59**	**100,00**		

bb) GuV

	2010	2011
	T€	T€
Umsatzerlöse	18.074,68	17.728,36
sonstige betriebliche Erträge	76,02	311,59
Materialaufwand	7.717,45	7.453,42
Personalaufwand	2.686,64	3.784,47
Abschreibungen	1.009,75	1.137,48
sonstige betriebliche Aufwendungen	3.948,02	4.450,70
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	68,85	108,69
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	
Ergebnis der gewöhnlichen Geschaftstätigkeit	2.857,69	1.322,58
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	2.857,69	1.322,58
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	432,22	
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	2.425,46	1.322,58

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

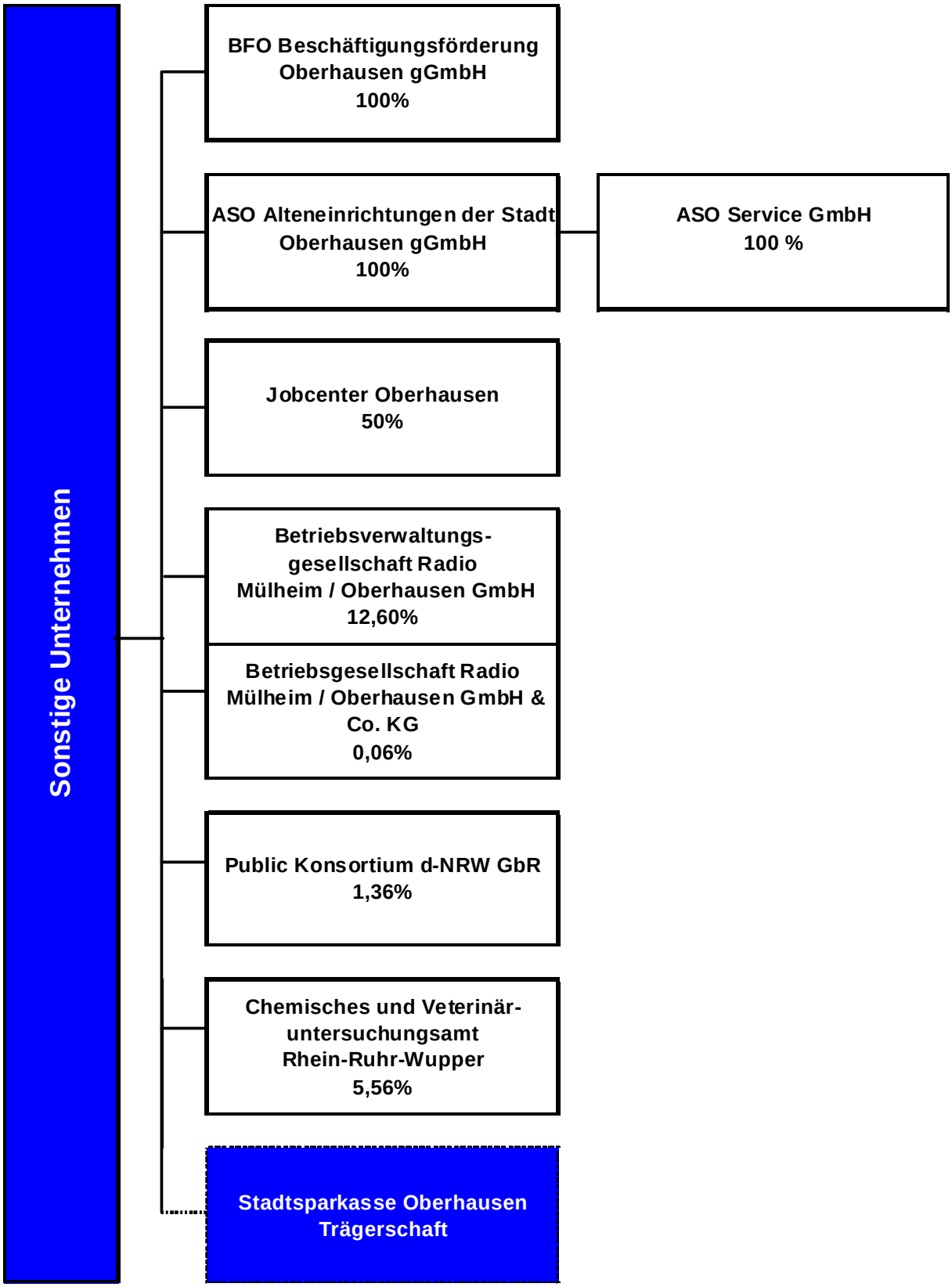
	31.12.2010	31.12.2011	Angaben in
Umsatzrentabilität:	15,81	7,46	%
Eigenkapitalrentabilität:	47,69	15,62	%
Cash-Flow:	3.867,44	2.460,06	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	302,51	79,12	T€
Personalaufwandsquote:	14,80	20,98	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2010	31.12.2011	Angaben in
Sachanlagenintensität:	20,93	26,98	%
Eigenkapitalquote:	41,66	42,20	%
Fremdkapitalquote:	58,34	57,80	%

e) Lagebericht

Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichtes lag der Jahresabschluss 2012 der Gesellschaft noch nicht vor.


Sonstige Unternehmen
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH
100%
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH
100%
ASO Service GmbH
100 %
Jobcenter Oberhausen
50%
Betriebsverwaltungs-gesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH
12,60%
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH & Co. KG
0,06%
Public Konsortium d-NRW GbR
1,36%
Chemisches und Veterinär-untersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper
5,56%
Stadtsparkasse Oberhausen
Trägerschaft

Stadtsparkasse Oberhausen

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Wörthstraße 12
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/8340
Fax	0208/8343231
e-Mail	info@stadtsparkasse-oberhausen.de
Internet	http://www.stadtsparkasse-oberhausen.de/

Rechtsform: Anstalt des öffentlichen Rechts
Stammkapital in T€: 0,00

Träger:	**T€**	**%**
Stadt Oberhausen	0,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Die Stadtsparkasse Oberhausen mit dem Sitz in Oberhausen ist eine mündelsichere dem gemeinsamen Nutzen dienende rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie führt ihre Geschäfte nach kaufmännischen Grundsätzen. Die Erzielung von Gewinn ist nicht Hauptzweck des Geschäftsbetriebs.

b) Besetzung der Organe (Stand: 31.12.2012)

Vorstand:	stellv. Vorsitzender	Salhofen, Ulrich
	stellv. Mitglied	Mebus, Oliver
Verwaltungsrat:	Vorsitzender	M.d.L. Große Brömer, Wolfgang
	stellv. Vorsitzender	Schranz, Daniel
	stellv. Vorsitzender	Wilke, Volker
	Mitglied	Benter, Christian
	Mitglied	Brands, Beatriks
	Mitglied	Ehrlich, Dietmar
	Mitglied	Janßen, Anne
	Mitglied	Nockmann, Thomas
	Mitglied	Runkler, Hans-Otto
	Mitglied	Schepers, Hermann-Josef
	Mitglied	Steinke, Holger
	Mitglied	Wingens, Ursula
	Mitglied	Wolter, Horst
	Mitglied	Zimmermann, Thomas
	Mitglied	Zorn, Klaus

stellv. Mitglied	Barkowsky, Arndt
stellv. Mitglied	Beermann, Claus
stellv. Mitglied	Broß, Klaus Dieter
stellv. Mitglied	Cordes, Hubert
stellv. Mitglied	Flore, Manfred
stellv. Mitglied	Gödderz, Sandra
stellv. Mitglied	Jäntsch, Angelika
stellv. Mitglied	Klima, Michael
stellv. Mitglied	Müthing, Christa
stellv. Mitglied	Nakot, Werner
stellv. Mitglied	Neumann, Britta
stellv. Mitglied	Schawohl, Holger
stellv. Mitglied	Schuler, Immanuel
stellv. Mitglied	Zwingmann, Nina
Mitglied gem. § 11 (3) SpkG NW	Wehling, Klaus

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
Castra Grundstückverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG	0,40	0,40
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	56,39	18,59
Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe GmbH & Co. KG	10.570,00	0,28
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	23,01	9,00
Projektentwicklungsgesellschaft Hansapark Oberhausen mbH	25,00	100,00
Rheinischer Sparkassen und Giroverband	30.614,64	1,75
RSL Rheinische Sparkassen-Leasingsbeteiligungsgesellschaft mbH & CO. KG	1.539,48	1,65
RSOB Rheinischer Sparkassen-Online-Broker Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG	744,34	1,57
S Bargeldlogistik GmbH	300,00	30,00
S-Direkt-Verwaltungs GmbH & Co. KG	314,30	0,70
SfZ Sparkassen-Servicegesellschaft für Zahlungssysteme im Rheinland mbH & CO. KG	52,61	2,94
S-International Rhein-Ruhr Beteiligungsgesellschaft mbH	8,29	6,63
S-Internatonal Rhein-Ruhr GmbH	65,00	10,40
S-Logistik Rhein-Ruhr GmbH	122,50	49,00
Sparkassen Dienstleistung Rheinland Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	0,00	0,00
Sparkassen Dienstleistung Rheinland GmbH & Co. KG	314,98	2,18
S-Service-Rhein-Ruhr GmbH	127,50	51,00
S-Versicherungs- und Immobilienvermittlungs GmbH	100,00	100,00
VKA Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH	0,51	0,40
mittelbar	**T€**	**%**
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH	2,25	9,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2010		2011		2012		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Barreserve	70.173,23	2,9	53.151,27	2,3	81.692,66	3,3	28.541,39	53,70
Forderungen an Kreditinstitute	317.352,70	13,2	289.033,75	12,2	184.739,70	7,5	-104.294,05	-36,08
Forderungen an Kunden	1.470.983,65	61,3	1.441.349,32	61,0	1.543.551,99	62,6	102.202,67	7,09
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	330.338,22	13,8	358.602,29	15,2	430.837,23	17,5	72.234,94	20,14
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	95.598,66	4,0	88.921,30	3,8	93.183,87	3,8	4.262,57	4,79
Beteiligungen	43.018,15	1,8	39.550,33	1,7	38.044,84	1,5	-1.505,49	-3,81
Anteile an verbundenen Unternehmen	252,50	0,0	252,50	0,0	252,50	0,0	0,00	0,00
Treuhandvermögen	220,01	0,0	191,75	0,0	5.452,26	0,2	5.260,51	2.743,42
Immaterielle Anlagewerte	20,44	0,0	14,40	0,0	11,75	0,0	-2,65	-18,40
Sachanlagen	68.746,83	2,9	64.337,90	2,7	61.511,14	2,5	-2.826,76	-4,39
Sonstige Vermögensgegenstände	3.386,85	0,1	5.096,54	0,2	6.335,38	0,3	1.238,84	24,31
Rechnungsabgrenzungsposten	246,08	0,0	257,21	0,0	212,77	0,0	-44,44	-17,28
Aktive latente Steuern			21.180,00	0,9	18.851,90	0,8	-2.328,10	-10,99
Bilanzsumme	**2.400.337,33**	**100,00**	**2.361.938,53**	**100,00**	**2.464.677,98**	**100,00**	**102.739,45**	**4,35**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	711.460,21	29,6	677.323,17	28,7	728.725,34	29,6	51.402,17	7,59
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.518.359,03	63,3	1.502.422,78	63,6	1.548.636,38	62,8	46.213,60	3,08
Verbriefte Verbindlichkeiten	15.573,75	0,6	3.691,52	0,2	3.721,40	0,2	29,88	0,81
Treuhandverbindlichkeiten	220,01	0,0	191,75	0,0	5.452,26	0,2	5.260,51	2.743,42
Sonstige Verbindlichkeiten	2.889,27	0,1	2.689,58	0,1	3.644,20	0,1	954,62	35,49
Rechnungsabgrenzungsposten	598,52	0,0	575,47	0,0	452,57	0,0	-122,90	-21,36
Rückstellungen	27.286,19	1,1	38.671,69	1,6	35.025,20	1,4	-3.646,49	-9,43
Nachrangige Verbindlichkeiten	13.167,77	0,5	13.167,52	0,6	13.167,77	0,5	0,25	0,00
Genußrechtskapital	2.271,24	0,1	2.220,84	0,1	2.163,86	0,1	-56,98	-2,57
Fonds für allgemeine Bankrisiken	2.715,58	0,1	14.185,05	0,6	15.806,53	0,6	1.621,48	11,43
Eigenkapital	105.795,75	4,4	106.799,17	4,5	107.882,48	4,4	1.083,31	1,01
Bilanzsumme	**2.400.337,33**	**100,00**	**2.361.938,53**	**100,00**	**2.464.677,98**	**100,00**	**102.739,45**	**4,35**

bb) GuV

	2010	2011	2012
	T€	**T€**	**T€**
Zinserträge	99.092,46	96.191,72	83.810,99
Zinsaufwendungen	48.195,07	43.830,90	39.026,78
Laufende Erträge	5.637,27	4.616,97	4.976,30
Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen	1.293,79	1.030,00	896,81

Provisionserträge	17.767,51	18.399,76	17.523,85
Provisionsaufwendungen	831,60	585,49	591,32
Nettoertrag/-aufwand aus Finanzgeschäften	0,00	0,00	0,00
Sonstige betriebliche Erträge	2.396,06	2.163,52	3.599,34
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	47.526,33	53.321,08	50.433,81
hiervon Personalaufwand	25.430,46	26.592,99	28.532,11
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	4.667,96	4.925,86	4.159,73
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.319,48	2.659,63	3.002,97
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	21.852,55	13.286,48	12.498,52
Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	0,00	0,00	0,00
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		7.773,44	0,00
Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren	315,86	0,00	3.055,69
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	0,00	0,00	0,00
Zuführung / Entnahme Fond Bankenrisiken	1.210,58	11.469,47	1.621,48
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	899,38	-15.450,38	2.528,38
Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00
Außerordentliche Aufwendungen	482,04	1.703,72	0,00
Außerordentliches Ergebnis	-482,04	-1.703,72	0,00
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-590,15	-18.359,51	2.214,14
Sonstige Steuern	-63,64	201,99	-769,08
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	1.071,13	1.003,41	1.083,32
Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr		0,00	0,00
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	1.071,13	1.003,41	1.083,32

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2010	**31.12.2011**	**31.12.2012**	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,87	0,83	1,01	%
Eigenkapitalrentabilität:	1,02	0,95	1,01	%
Cash-Flow:	1.071,13	1.003,41	1.083,32	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	239.441,07	230.341,86	208.575,77	T€
Personalaufwandsquote:	20,54	22,12	26,61	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2010	**31.12.2011**	**31.12.2012**	Angaben in
Sachanlagenintensität:	2,86	2,72	2,50	%
Eigenkapitalquote:	4,41	4,52	4,38	%
Fremdkapitalquote:	95,59	95,48	95,62	%

e) Lagebericht

Quellenangabe:
Die verwendeten volkswirtschaftlichen Daten wurden dem Herbst-Gutachten der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, dem Wirtschaftsausblick der OECD und dem Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung entnommen. Als weitere Quellen dienten Prognosen der Helaba, der 89. IHK Konjunkturbericht und Bundesbankberichte.

A. Darstellung und Analyse des Geschäftsverlaufs einschließlich des Geschäftsergebnisses und der Lage

1. Geschäft und Rahmenbedingungen

1.1 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Nach den zwei stärkeren Jahren zuvor verlor das Wachstum im Jahr 2012 wieder an Tempo. Auch die im letzten Jahr konjunkturell starken Schwellenländer verloren an wirtschaftlicher Dynamik. Die Vereinigten Staaten konnten, kraft einer weiterhin starken wirtschaftlichen Stimulanz durch ihre Geld- und Finanzpolitik, ein Wachstum von über zwei Prozent erzielen. Auf Grund der in Folge der Naturkatastrophen im Frühjahr 2011 schwachen Ausgangslage und den notwendigen Wiederaufbauinvestitionen konnte Japan noch gut in das Jahr 2012 starten, fiel nach Beenden der Wiederaufbaueffekte aber wieder zurück.
Der weltweite Anstieg des Bruttoinlandsprodukts beläuft sich auf 2,4 Prozent. Verantwortlich für die lahmende Erholung der Wirtschaft sind die anhaltende Unsicherheit und Zukunftsängste, bedingt durch die Eurokrise, den Sparzwang der öffentlichen Haushalte sowie das nach wie vor anfällige Bankensystem. Der Welthandel nahm um 2,1% zu.

Europa

Weite Teile Europas gerieten in eine neuerliche Rezession. Verantwortlich dafür sind vor allem die kriselnden südlichen Staaten wie Italien, Spanien, Portugal und Griechenland, wohingegen Frankreich die Wirtschaft auf gleichbleibendem Niveau halten konnte. Insgesamt ging das Bruttoinlandsprodukt im Euroraum um 0,5% zurück. Hier macht sich vor allem ein schwaches letztes Quartal bemerkbar. Zwischen den einzelnen Staaten im Euroraum liegen jedoch große Wachstumsunterschiede vor. Während Griechenland einen Rückgang des Bruttoinlandsproduktes von -6,5% zu verzeichnen hatte, konnte die Slowakei ein Wachstum von 2,5 % erzielen. Im Jahresverlauf stieg die Arbeitslosenquote von 10,2% auf 11,3% an, wobei auch hier größere regionale Unterschiede festzustellen sind. Die Inflation lag 2012 bei 2,2%.

Deutschland

Nach einem kraftvollen Start in das Jahr 2012 und der Überwindung des schwachen letzten Quartals 2011 flachte das Wachstum im Sommer 2012 ab. Die Schwäche bedeutender Partnerländer und krisenbedingte Verunsicherung blieben nicht ohne Folgen.

Insgesamt konnte Deutschland das Jahr mit einem realen Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 0,8 Prozent abschließen. Dies ist zwar deutlich weniger, als noch in den vorangegangen Jahren, dennoch steht Deutschland im europäischen Vergleich sehr positiv dar. Damit blieb Deutschland zwar leicht hinter dem geschätzten Potential von einem Prozent zurück, was aber keine signifikant qualitative Lageänderung nach sich zog. Kalenderbereinigt fiel das Jahreswachstum mit 0,9% zwei Promillepunkte höher aus. Die Entwicklungen im Schlussquartal deuteten anders als die Gesamtjahreszahlen auf einen Rückgang von rund 0,5 Prozentpunkten hin. Die schwache Industrieproduktion in den letzten Monaten wies bereits darauf hin.

Die Exporte stiegen im Jahr 2012 um 4,1% auf ein neues Allzeithoch. War es im ersten Halbjahr noch gelungen, Nachfrageschwächen bei europäischen Partnern durch Exporte in Märkte außerhalb Europas zu kompensieren, ließen die Absätze zum Jahresende jedoch nach. Auch die Importe stiegen. Mit einem Wert von 2,3% allerdings deutlich geringer als die Exporte, sodass wieder einmal der Außenhandelsüberschuss einen entscheidenden Beitrag zum Wachstum leistete.

Die deutsche Binnennachfrage sank im Jahresverlauf real sogar um 0,3%, wobei sich jedoch die Teilbereiche unterschiedlich entwickelten. So wurde die Nachfrage hauptsächlich von dem privaten Konsum (real +0,8%) und dem Wohnungsbau getragen. Grund dafür waren die anziehenden Einkommensentwicklung und beim Wohnungsbau die günstigen Finanzierungsmöglichkeiten durch die anhaltende Niedrigzinsphase.

Der öffentliche Bau und der Wirtschaftsbau waren eher schwach und schrumpften zusammen mit den sehr enttäuschenden Ausrüstungsinvestitionen. Letztere waren um 4,4% rückläufig. In Summe gingen die Anlageinvestitionen um 2,1% zurück.
Es ist anzunehmen, dass die Unternehmen noch nicht von den günstigen Finanzierungsbedingungen profitieren konnten. Die anhaltende Verunsicherung gegenüber Absatzmärkten bedingt durch den Krisenverlauf führte dazu, dass viele Projekte und Investitionen erst einmal aufgeschoben wurden.

Entgegen den zurückhaltenden Investitionsvorhaben wurden die Belegschaften im vergangenen Jahr in den meisten Unternehmen gehalten. Im Hinblick auf das bereits knappe Angebot auf dem Arbeitsmarkt bei vielen Qualifikationen und den demographischen Perspektiven bauen die Unternehmen, wie aus den Jahren 2008 und 2009 bereits bekannt, für wirtschaftlich stärkere Zeiten vor. Gerade die kurze Dauer und der flache Verlauf der Schwächephase waren ausschlaggebend dafür.
Trotz mehrerer größerer Insolvenzfälle im Jahr 2012 konnte ein neuer Beschäftigungsrekord aufgestellt werden. Mit 41,6 Mio. Erwerbstätigen waren dies noch einmal 422 Tausend mehr als im Vorjahr. Im Jahresverlauf pendelte sich die Entwicklung des Arbeitsmarktes in eine Seitwärtsbewegung ein und zum Ende des Jahres stieg die Anzahl der Arbeitslosen saisonbedingt sogar leicht an. Im langfristigen Vergleich und mit Blick auf die dramatische Lage in anderen europäischen Ländern ist die Entwicklung allerdings als gut zu bezeichnen. Ertragslage und preisliche Wettbewerbstätigkeit deutscher Unternehmen sind weiterhin auf gutem Niveau.

Der Verbraucherpreisindex stieg im vergangenen Jahr um 2,0% an. Energie und Rohstoffpreise bewegten sich weiterhin auf hohem Niveau, jedoch konnten keine neuen Spitzenwerte festgestellt werden, welche Einfluss auf die Gesamtentwicklung hätten nehmen können.
Der zwischenzeitliche Preisverfall der Rohstoffseite ist auf die schwache Nachfrage bedingt durch die lahmende Weltkonjunktur zurückzuführen.

Auch im Jahr 2012 drehte sich die Wirtschaftspolitik um die Krisenbekämpfung. Erstmals seit fünf Jahren gelang der Bundesregierung ein Haushaltsüberschuss in Höhe von 2,2 Mrd. Euro, was 0,1% des BIP entspricht. Verantwortlich dafür zeichnen sich vor allem die gestiegenen Löhne und die gute Beschäftigungslage, welche vor allem die Sozialkassen füllten.
Die Bruttoverschuldung stieg dennoch auf 81,7% nach zuvor 80,5% des BIP an. Aktuelle Stützpakete für Griechenland und weitere Verpflichtungen gegenüber dem Europäischen Stabilitätsmechanismus trieben die Verschuldung nach oben.

Instrumente der Geldpolitik gegen die Krise, vor allem von der EZB, liefen auch im letzten Jahr weiter. So wurden weiterhin Tenderoperationen ohne Repartierung durchgeführt, weitergehende Sicherheiten akzeptiert, längere Wertpapierpensionslaufzeiten und gesenkte Mindestreserveanforderungen gewährt. Dies stellte zunächst die Liquidität sicher und beruhigte die Geld- und Kapitalmärkte bis im Frühjahr die Renditen für ausstehende Staatsanleihen Italiens und Spaniens erneut einen signifikanten Anstieg verzeichneten. Auf die sich abzeichnende Rezession in den betroffenen Ländern reagierte die EZB mit einer erneuten Leitzinssenkung auf nunmehr 0,75% und einer Verzinsung der Einlagefazilitäten von gänzlich Null.

Eine weitere Beruhigung der Märkte erzielte die EZB durch eine im Herbst geäußerte Ankündigung, in einem neuen Programm (Outright Monetary Operations) neue Staatsanleihen zu kaufen – prinzipiell sogar unbegrenzt – sollten die Renditen wegen steigendem Risiko weiterhin anziehen, sofern die entsprechenden Länder sich den Konditionen des ESM unterziehen.
Dieses Projekt warf und wirft allerdings Fragen auf, ob ein solches Vorgehen noch von dem Mandat der EZB gedeckt sei und ihre Unabhängigkeit von politischen Interessen gewahrt bleibt. Tatsächlich kaufte die EZB im Gegensatz zu Programmen der vergangenen Jahre in diesem Zuge keine weiteren Staatsanleihen.

Regional

Das wirtschaftliche Wachstum im Ruhrgebiet ist 2012 ins stocken geraten. Die Konjunktur kann sich zwar nach IHK-Umfragen auf hohem Niveau halten, Schwächetendenzen machen sich allerdings stärker bemerkbar. So agieren Konsumenten und Investoren zunehmend vorsichtiger. Der Konjunkturklimaindex ist indes leicht von 114 auf 103 Punkte gefallen. Trotz fallender Tendenzen seit Jahresbeginn wird die Geschäftslage in Summe weiterhin als positiv beurteilt. Risiken rücken stärker in den Fokus, gerade die Entwicklung der Inlandsnachfrage sorgt bei 58% der Unternehmer für Skepsis. Auch der Verlauf der Energie und Rohstoffpreise wird zunehmend mit Sorge betrachtet.

Weiterhin bleibt die Binnennachfrage ein wichtiger Wachstumsträger und sorgt gerade bei der Industrie für eine hohe Auslastung der Produktionskapazitäten von 82%. Doch auch hier ist die Entwicklung im Jahresverlauf rückläufig gewesen und führte zu fallenden Umsätzen im Handel.
Der private Konsum konnte auf Grund der stabilen Beschäftigungssituation leicht ansteigen, verlor aber auch den Schwung, der noch zu Jahresbeginn vorlag. Die Umsatzentwicklung im Dienstleistungsgewerbe war ebenfalls leicht positiv.
Die anhaltende Krise in Europa sorgte bei exportorientierten Unternehmen für einen Umsatzrückgang.

Die Einwohnerzahl von Oberhausen ist wie in den vergangenen Jahren weiterhin rückläufig und liegt nach 211.585 Einwohnern am 31.12.2011 nun bei 211.173. Die Arbeitslosenquote ist mit 0,1% leicht zurückgegangen und lag im Dezember 2012 bei 9,8%.

1.2 Branchensituation

Die Geschäfts- und Ertragsentwicklung der international tätigen Banken hat sich im Jahr 2012 aufgrund der erneuten Eskalation der EU-Schuldenkrise, des anhaltend niedrigen Zinsniveaus sowie einer höheren Risikovorsorge im Kreditgeschäft deutlich abgeschwächt. Kleinere sowie nur regional verankerte Institute konnten sich hingegen weitgehend von den Unsicherheiten an den Finanzmärkten abkoppeln. Allerdings hat die EZB den Leitzins Mitte 2012 auf das historisch niedrigste Niveau von 0,75 % gesenkt, um der konjunkturellen Talfahrt entgegenzuwirken und die Zinslast der Krisenstaaten zu begrenzen. Für die Banken bietet das niedrige Zinsniveau die Möglichkeit weiterhin Ergebnisse aus der Fristentransformation zu erzielen. Vor dem Hintergrund kaum nachlassender Mittelzuflüsse wurden die Kondition bei den Einlageprodukten deutlich gesenkt, womit aber dennoch das Absinken der Margen und auch der Zinsspanne nicht verhindert werden konnte. Im Hinblick auf die Sicherstellung der zukünftig geforderten höheren Kernkapitalquoten dürfte sich der Trend zur Umschichtung der Aktivitäten in risiko-und margenarme Geschäftsfelder ebenfalls fortsetzen. In Folge der nur mäßigen konjunkturellen Entwicklung in Deutschland und aufgrund der aktuellen Krise am Schiffsmarkt bewegt sich der Abschreibungsbedarf im Kreditgeschäft insbesondere für Groß- und Hypothekenbanken auf einem deutlich gestiegenem Niveau.

Die Lage der Banken im Privatkundengeschäft hat sich zunehmend verschlechtert. Die Rentabilität im Retailbanking ist zum Ende des vergangenen Jahres deutlich eingebrochen, da die Erträge zurückgehen und die operativen Kosten eine steigende Tendenz aufweisen. Aus Mangel an Alternativanlagen haben die Bestände an kurzfristigen Einlagenprodukten stetig zugenommen, doch infolge einer niedrigen und flachen Zinskurve in der Refinanzierung sind die Margen weiterhin rückläufig. Zudem wird insbesondere das Neugeschäft zunehmend im Online- und Mobile-Banking generiert, weshalb eine entsprechende strategische Neuausrichtung bei Präsenzbanken zu beobachten ist. Die Konzentration auf Kerngeschäftsfelder und die Refokussierung auf den Heimatmarkt sowie die Rückführung von personellen Überkapazitäten sind weit verbreitete Reaktionen im Rahmen der Überprüfung der Geschäftsmodelle.

Die rheinischen Sparkassen konnten im Jahr 2012 eine insgesamt zufriedenstellende Geschäfts- und Ergebnisentwicklung erreichen. Sowohl im Kreditgeschäft als auch im Einlagengeschäft konnten Zuwächse verzeichnet werden. Auch die Geldvermögensbildung lag auf dem Niveau des Vorjahres. Hingegen musste ein deutlicher Rückgang bei den Umsätzen im Wertpapiergeschäft hingenommen werden. Treiber für das Wachstum im Kreditgeschäft waren das Firmenkundengeschäft und Kredite für den privaten Wohnungsbau. Die Kredite an öffentliche Haushalte haben sich dagegen reduziert und konnten somit das Rekordniveau aus dem Vorjahr nicht halten. Das Einlagengeschäft mit Kunden konnte im Jahr 2012 trotz eines extrem niedrigen Zinsniveaus sowie der anhaltend aggressiven Konditionenpolitik einiger Wettbewerber weiter ausgebaut werden. Diese Entwicklung ist allerdings ausschließlich auf die erheblichen Mittelzuflüsse bei täglich fälligen Einlagen zurückzuführen. Die seit einigen Jahren zu beobachtenden Verschiebungen in der Einlagenstruktur zu Gunsten liquider Einlagenformen setzten sich auch im Berichtsjahr fort. Bei allen übrigen Einlagenformen mussten Rückgänge hingenommen werden. Auch der Bestand der zur Deckung des langfristigen Refinanzierungsbedarfs von einigen Sparkassen emittierten Pfandbriefe konnte lediglich leicht ausgebaut werden.
Das bilanzunwirksame Kundenwertpapiergeschäft hat sich im Vergleich zum Vorjahr deutlich schwächer entwickelt. Sowohl der Gesamtumsatz als auch der Nettoabsatz waren stark rückläufig. Während die Umsätze bei festverzinslichen Wertpapieren sowie bei Aktien zurückgingen konnte eine Steigerung bei den Fondsumsätzen erzielt werden. Jedoch war der Nettoabsatz in allen Wertpapiergattungen negativ.
Allerdings konnte bei der Geldvermögensbildung inländischer Privatpersonen auch im Jahr 2012 insgesamt wieder eine positive Entwicklung verzeichnet werden.

Die Zahl der Kreditinstitute in Deutschland hat sich im Jahr 2012 weiter um 36 Institute reduziert. Die Zahl der Sparkassen ging um 4 Institute zurück. Die langfristige Konsolidierung manifestiert sich auch auf der Filialebene aller Kreditinstitute, wo schon seit Anfang der 90er Jahre eine kontinuierlich sinkende Anzahl von über 70.000 auf zuletzt unter 38.000 zu beobachten ist.

Auf europäischer Ebene wurde der Europäische Ausschuss für Systemrisiken (European Systemic Risk Board, ESRB) bei der EZB in Frankfurt gegründet, der gesamtwirtschaftliche Entwicklungen auf europäischer Ebene überwachen soll. Als entsprechendes nationales Gremium wurde der Ausschuss für Finanzstabilität eingerichtet. Die Notwendigkeit, die makroprudenzielle (gesamtwirtschaftliche) Aufsicht zu stärken und enger mit der

mikroprudenziellen (institutsspezifischen) Aufsicht zu verzahnen, ist eine der wesentlichen Konsequenzen aus der Finanzkrise. Der Ausschuss wird auf der Grundlage von Analysen der Deutschen Bundesbank für die Finanzstabilität maßgebliche Sachverhalte erörtern. Bei Gefahren hat der Ausschuss die Möglichkeit zu warnen und öffentliche oder nicht-öffentliche Empfehlungen abzugeben. Adressaten können die Bundesregierung, die BaFin oder andere öffentliche Stellen sein. Der Ausschuss stärkt die Zusammenarbeit der im Ausschuss vertretenen Institutionen und berät auch über den Umgang mit Warnungen und Empfehlungen des Europäischen Ausschusses für Systemrisiken.

Zu den wesentlichen Herausforderungen der Bankenregulierung gehört die Umsetzung der zukünftigen Eigenkapital- und Liquiditätsanforderungen (Basel III). Inhaltlich verschärfen sich die Anforderungen an die zukünftige Eigenmittelausstattung deutlich. Neben einer stufenweise Einführung der neuen Eigenmittelquoten bis zum Jahr 2019 sieht die neue EU-Verordnung eine Übergangsfrist bis Ende 2022 für Kapitalinstrumente vor, die bisher als aufsichtsrechtliches Kernkapital anerkannt sind, die zukünftigen Anforderungen an „hartes“ Kernkapital (Common-Equity-One-Kapital) aber nicht mehr erfüllen. Hinsichtlich der Liquiditätskennziffern ist die kurzfristige Zahlungsfähigkeit (LCR) nun erst im Jahr 2018 und nicht bereits im Jahr 2015 zu 100 % zu erfüllen. Die Einführung der Net Stable Funding Ratio (NSFR) ist ebenfalls für das Jahr 2018 vorgesehen. Beide Kennziffern werden dabei grundsätzlich zu einer Erhöhung der Kosten für das Liquiditätsmanagement und damit zu Rentabilitätsbelastungen führen.

1.3 Rechtliche Rahmenbedingungen der Sparkasse

Die Stadtsparkasse Oberhausen ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Wesentliche Grundlage neben dem Kreditwesengesetz (KWG) ist das Sparkassengesetz Nordrhein-Westfalen (SpkG NW).
Zentraler Inhalt des Sparkassengesetzes NW ist der öffentliche Auftrag und das Regionalprinzip.
Hiernach hat die Stadtsparkasse Oberhausen die Aufgaben:

- Der geld- und kreditwirtschaftlichen Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft insbesondere des Geschäftsgebietes und ihres Trägers zu dienen.
- Die Stärkung des Wettbewerbs im Kreditgewerbe.
- Die Förderung der finanziellen Eigenvorsorge und Selbstverantwortung vornehmlich bei der Jugend, aber auch in allen sonstigen Altersgruppen und Strukturen der Bevölkerung.
- Die Versorgung im Kreditgeschäft vornehmlich des Mittelstandes sowie der wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungskreise.
- Zur Finanzierung der Schuldnerberatung in Verbraucher- und Schuldnerberatungsstellen beizutragen.

Die Sparkasse ist Mitglied des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes in Düsseldorf. Hierüber ist sie dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V. mit Sitz in Berlin angeschlossen. Träger der Stadtsparkasse Oberhausen ist die Stadt Oberhausen.

Alle Sparkassen, Landesbanken und Landesbausparkassen sind dem leistungsfähigen Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe angeschlossen. Es besteht aus drei Elementen, die in einer Haftungsgemeinschaft verbunden sind:

- dem Sparkassenstützungsfonds der regionalen Sparkassen- und Giroverbände,
- der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen,
- dem Sicherungsfonds der Landesbausparkassen.

Das System schützt die angeschlossenen Institute und gewährleistet ihre Liquidität und Solvenz. Die Ansprüche unserer Kunden können somit bei Fälligkeit in voller Höhe ohne betragsmäßige Begrenzung erfüllt werden.

Im Jahr 2012 ist die Girozentralenfunktion von der ehemaligen WestLB AG auf die Hessische Landesbank (Helaba) übergegangen.

1.4 Geschäftsentwicklung der Stadtsparkasse Oberhausen

Das Geschäftsvolumen der Stadtsparkasse Oberhausen konnte im Jahr 2012 weiter ausgebaut werden und damit die Position als größtes örtliches Kreditinstitut behauptet werden. Mit dem erzielten Jahresergebnis sind wir vor dem Hintergrund der schwierigen Bedingungen am Standort Oberhausen, den Folgewirkungen der Belastungen aus den Vorjahren und der allgemeinen kreditwirtschaftlichen Entwicklung zufrieden.

Die nachfolgende Übersicht zeigt einige wesentliche Zahlen zur Entwicklung:

	31.12.2012 Mio. €	31.12.2011 Mio. €	Veränderung in Mio. €	Veränderung in %
Bilanzsumme	2.464,7	2.361,9	102,8	4,4
Geschäftsvolumen	2.540,0	2.443,9	96,1	3,9
Jahresüberschuss nach Steuern	1,1	1,0	0,1	10,0
Forderungen an Kreditinstitute	184,7	289,0	-104,3	-36,1
Forderungen an Kunden	1.543,6	1.441,3	102,3	7,1
Eigene Wertpapierbestände	524,0	447,5	76,5	17,1
Sachanlagen	61,5	64,3	-2,8	-4,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	728,7	677,3	51,4	7,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.548,6	1.502,4	46,2	3,1
Verbriefte Verbindlichkeiten	3,7	3,7	0,0	0,0
• **Nachrangige Verbindlichkeiten**	13,2	13,2	0,0	0,0
• **Sicherheitsrücklage**	106,8	105,8	1,0	0,9
Eventualverbindlichkeiten	75,3	82,0	-6,7	-8,2
• **Nettoabsatz Wertpapiere**	-42,8	8,3	-51,1	-615,7
• **Vermittlungssumme Lebensversicherungen (Wertungssumme)**	20,7	23,4	-2,7	-11,5
• **Abschlusssumme Bausparverträge**	55,2	56,0	-0,8	-1,4
Vermittlung Konsumentenkredite	14,5	17,8	-3,3	-18,5

Bilanzsumme

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Bilanzsumme um 102,8 Mio. € (= 4,4 %) erhöht. Ursächlich für diese Veränderung sind gestiegene Kundenforderungen und -einlagen. Deutlich rückläufig entwickelten sich die Forderungen an Kreditinstitute, während der Bestand an eigenen Wertpapieren anstieg. Korrespondierend zum Anstieg der Kundenforderungen sind die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ebenfalls gewachsen.

Kreditgeschäft

Unser bilanzielles Kundenkreditgeschäft hat sich im Jahr 2012 mit einem Bestandswachstum von 102,3 Mio. € deutlich gesteigert. Ursächlich für diesen starken Anstieg ist die Nutzung des erstmalig durch die NRW.Bank aufgelegten Globaldarlehns für Stärkungspaktkommunen und die damit verbundene Ausweitung im Bereich des Kommunalkreditgeschäfts. Im sonstigen Kundenkreditgeschäft kam es in Folge der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen am Standort Oberhausen und den Konsolidierungsbemühungen zu einem Bestandsrückgang. Bei der Beurteilung des Kreditgeschäfts ist zu berücksichtigen, dass in 2012 14,5 Mio. € Konsumentenkredite an den S-Kreditpartner vermittelt wurden.

Eigene Wertpapierbestände und Interbankengeschäft
Die eigenen Wertpapierbestände und Forderungen an Kreditinstitute haben sich saldiert um 27,8 Mio. € reduziert. Innerhalb der Bilanzposition Forderungen an Kunden kam es aufgrund von Termingeldfälligkeiten zu einem starken Anstieg der täglich fälligen Forderungen. Die Wiederanlage fälliger Wertpapiere sowie die im Jahr 2012 erfolgte Ausweitung der eigenen Wertpapierbestände erfolgte in risikoarmen Titeln.
Das Engagement der Sparkasse in Anleihen aus wirtschaftsschwachen Euro-Staaten (Portugal, Italien, Irland, Griechenland und Spanien) gegenüber privaten und staatlichen Schuldnern beläuft sich auf insgesamt 4,8 Mio. € (Zeitwert), wobei Anleihen mit einem Zeitwert von 1 T€ auf Griechenland entfallen. In Folge der Nutzung des Globaldarlehns der NRW.Bank stiegen die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten insgesamt um 51,4 Mio. €.

Einlagengeschäft
Im Jahr 2012 konnten wir trotz der deutlich gesunkenen Kundenkonditionen einen Anstieg der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden verzeichnen. Unter Berücksichtigung der nachrangigen Verbindlichkeiten und der verbrieften Verbindlichkeiten beträgt das Wachstum bei den bilanziellen Kundeneinlagen insgesamt 46,2 Mio. € oder 3,1 %.
Neuanlagen tätigten unsere Kunden wie in den Vorjahren hauptsächlich in flexiblen Anlageformen wie dem S SparPlus oder den Geldmarktkonten. Anlagen mit fester Laufzeit konnten nur im Rahmen von Sonderaktionen erreicht werden.

Bilanzneutrales Geschäft
Das bilanzunwirksame, provisionstragende Kundengeschäft hat sich im Jahr 2012 rückläufig entwickelt. Insbesondere im Bereich des Kundenwertpapiergeschäftes kam es zu einem deutlichen Rückgang sowohl der Brutto- als auch Nettoumsätze. Die Abschlusszahlen von Bausparverträgen konnten auf Höhe des Vorjahresniveau gehalten werden (-1,4%), wohingegen der Absatz von Lebensversicherungsprodukten deutlich um 2,7 Mio. € oder 11,5 % gesunken ist. Auch im Bereich der Vermittlung von Konsumentenkrediten musste ein Rückgang des Vermittlungsvolumens verzeichnet werden.

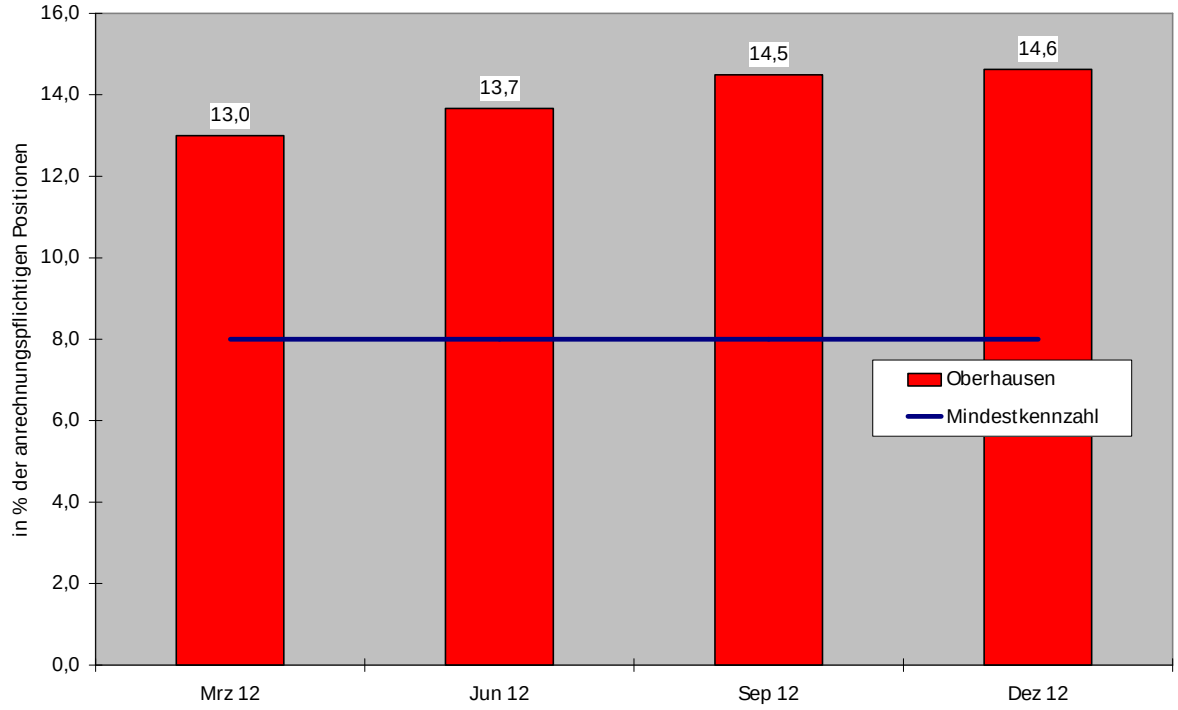
Die Stellung der Stadtsparkasse Oberhausen im Bereich Auslandsgeschäft und der Vermittlung innovativer Finanzprodukte wie Zinsswaps konnte mit der Beratungs- und Produktqualität der S International Rhein-Ruhr in den letzten Jahren kontinuierlich gesteigert werden.

2. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

2.1 Vermögenslage

Nach der Zuführung des Bilanzgewinns 2011 beträgt die Sicherheitsrücklage 106,8 Mio. €. Auf Basis des SpkG NW wird der Rat der Stadt Oberhausen über die Verwendung des gesamten Bilanzgewinnes 2012 in Höhe von 1,1 Mio. € entscheiden. Neben der Sicherheitsrücklage verfügen wir über umfangreiche weitere Eigenkapitalbestandteile im Sinne des KWG. So wurde der Fonds für allgemeine Bankrisiken um 1,6 Mio. € auf insgesamt 15,8 Mio. € aufgestockt. Hiervon sind 5,3 Mio. € für mögliche zukünftige Risiken aus der mittelbaren Verlustübernahme für die Erste Abwicklungsanstalt der WestLB reserviert. Die erstmalig im Jahr 2009 aufgenommenen nachrangigen Verbindlichkeiten wurden auch in 2012 nicht weiter aufgestockt und betragen weiterhin nominal 13,0 Mio. €.

Die geforderte Mindest-Eigenkapitalquote gemäß Solvabilitätsverordnung wird von der Stadtsparkasse Oberhausen deutlich übertroffen. Das Verhältnis der anrechenbaren Eigenmittel bezogen auf die Summe der Adressrisiken, operationellen Risiken und Marktrisikopositionen überschreitet gemäß der Berechnung per 31.12.2012 mit einer Gesamtkennziffer von 14,6 % deutlich den von der Bankenaufsicht geforderten Mindestwert von 8 %.



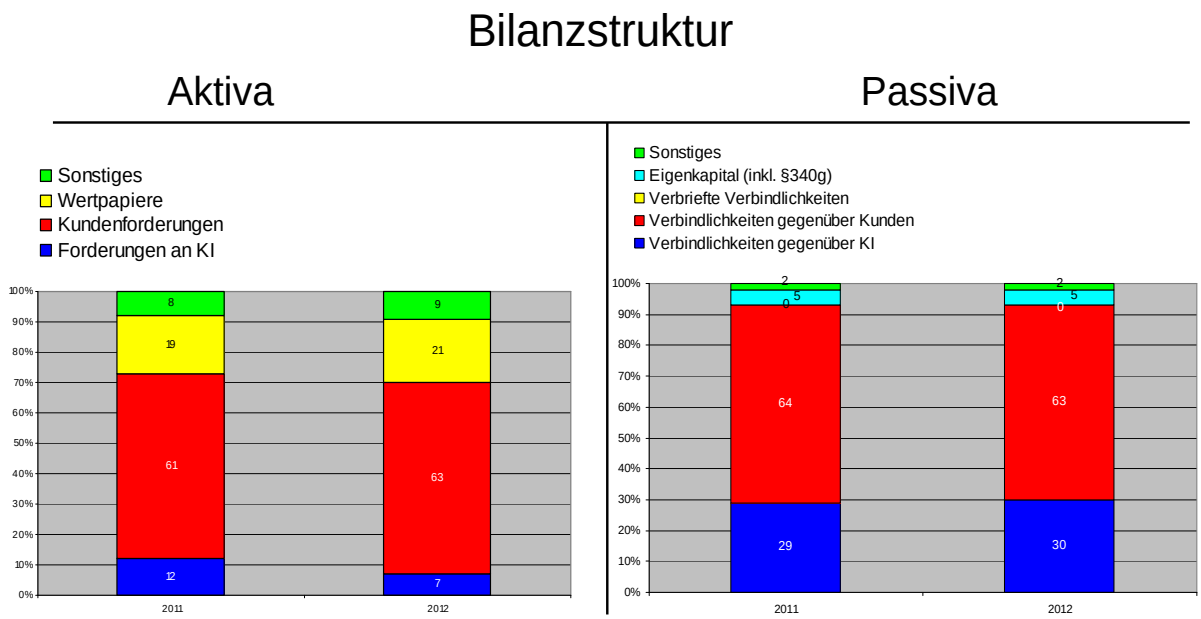
Kennziffer gemäß Solvabilitätsverordnung 2012

Die Bilanzstruktur der Stadtsparkasse Oberhausen ist geprägt durch das Kundengeschäft. Dieses stellt auf der Aktivseite mit 63 % den herausragenden Bilanzposten dar. Gegenüber dem Vorjahr ist der Anteil der Forderungen an Kunden bei gesteigerter Bilanzsumme um 2,0 %-Punkte angestiegen. Der Abstand zum Verbandswert (71%) hat sich auf 8%-Punkte erhöht. Ursächlich ist hierfür der Anstieg der Kommunalkredite

Der Anteil der Wertpapierbestände und der Forderungen an Kreditinstitute hat sich relativ betrachtet um 3,0 %-Punkte reduziert.

Die dominierende Position auf der Passivseite stellen die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit 63 % dar. Trotz der absolut gestiegenen Bestände hat sich der Anteil relativ um 1,0 %-Punkte reduziert. Dagegen ist der Anteil der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Folge der Refinanzierung der Kommunalkredite um 1%-Punkt angestiegen. Der Abstand der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden inklusive der verbrieften Verbindlichkeiten zum Durchschnitt aller rheinischen Sparkassen beträgt 7 %-Punkte (+ 1,0%-Punkte).

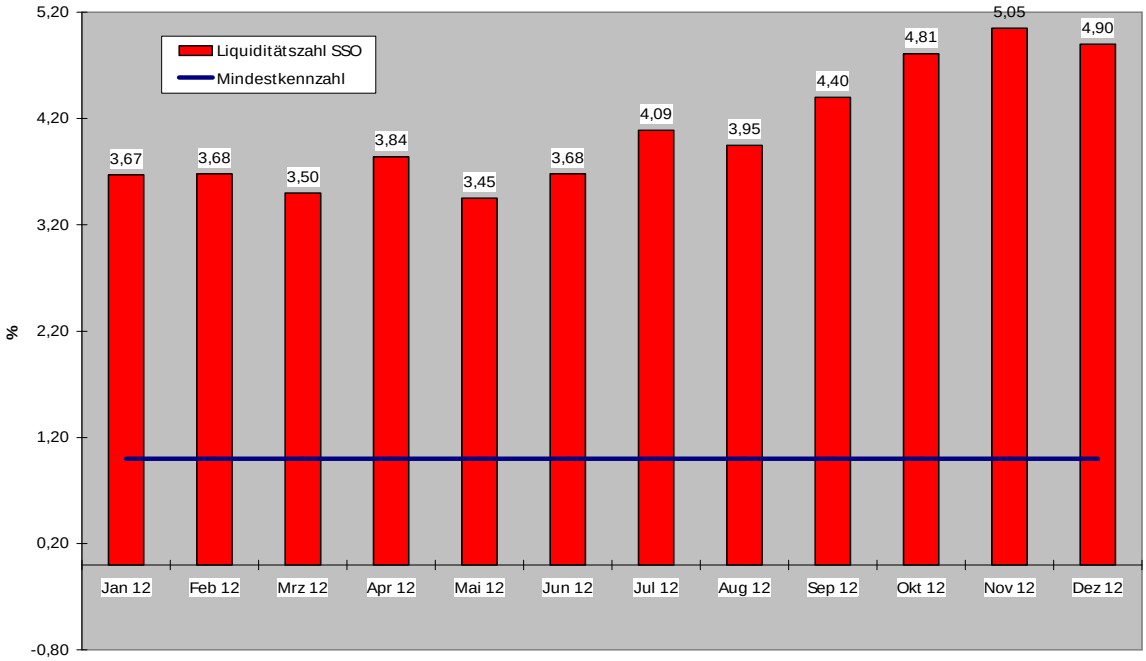
Relativ betrachtet ist der Umfang des Kundengeschäftes am gesamten Geschäftsvolumen (Aktiv- und Passivgeschäft) bei gestiegener Bilanzsumme leicht rückläufig.



Die Bewertung des Wertpapierbestandes erfolgte unter Anwendung des strengen Niederstwertprinzips. Mit den gebildeten Wertberichtigungen und Rückstellungen ist den Risiken im Kreditgeschäft und den sonstigen Verpflichtungen entsprechend den strengen Bewertungsmaßstäben unseres Hauses ausreichend Rechnung getragen worden. Für die besonderen Risiken des Geschäftszweiges der Kreditinstitute besteht zusätzliche Vorsorge. Die übrigen Vermögensgegenstände wurden vorsichtig bewertet. Zur Sicherung gegen allgemeine Bankrisiken wurde ein Sonderposten gemäß § 340g HGB gebildet. Dieser steht teilweise im Zusammenhang mit den Maßnahmen zur Abschirmung potenzieller Risiken der WestLB AG.

2.2 Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit der Stadtsparkasse Oberhausen war im Geschäftsjahr aufgrund einer planvollen und ausgewogenen Liquiditätsvorsorge jederzeit gegeben. Die bankaufsichtsrechtlich geforderte Liquiditätsquote wurde von uns deutlich übertroffen. Sie lag in 2012 in einer Bandbreite zwischen 3,45 und 5,05.



Kennziffer gemäß Liquiditätsverordnung 2012

Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften wurden Guthaben bei der Deutschen Bundesbank in der erforderlichen Höhe unterhalten.

Die bis zur Abwicklung der Westdeutschen Landesbank AG bei dieser eingeräumten Kreditlinie wurde dispositionsbedingt vereinzelt in Anspruch genommen. Die inoffizielle Kreditlinie bei der Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba) wurde an einem Tag in Anspruch genommen. Die Möglichkeit, bei der Deutschen Bundesbank Refinanzierungsgeschäfte in Form von Offenmarktgeschäften abzuschließen, wurde im abgeschlossenen Geschäftsjahr genutzt.

2.3 Ertragslage

Die nachfolgenden Ausführungen zur Ertragslage stützen sich neben der Betrachtung der Gewinn- und Verlustrechnung auch auf den bundeseinheitlichen Betriebsvergleich der Sparkassenorganisation. Im Rahmen des Betriebsvergleiches erfolgt eine detaillierte Darstellung der Erfolgspositionen im Verhältnis zur Durchschnittsbilanzsumme und eine Trennung zwischen ordentlichen und außerordentlichen Ergebnispositionen.

Mit einem Bilanzgewinn im Geschäftsjahr 2012 von 1,1 Mio. € wurde das Vorjahresergebnis (1,0 Mio. €) leicht überschritten. Trotz des rückläufigen ordentlichen Ergebnisses und der hohen außerordentlichen Belastungen sind wir vor dem Hintergrund der Belastungen der Vergangenheit und dem allgemeinen kreditwirtschaftlichen Umfeld mit dem erzielten Ergebnis noch zufrieden.

Die nachfolgende Übersicht zeigt wesentliche Zahlen zur Ertragslage:

	31.12.2012 Mio. €	31.12.2011 Mio. €	Veränderung in Mio. €	Veränderung in %
Zinsüberschuss	44,8	52,4	-7,6	-14,5
Lfd. Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren und Beteiligungen	5,0	4,6	0,4	8,7
Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinn-abführungsverträgen	0,9	1,0	-0,1	-10,0
Provisionsüberschuss	16,9	17,8	-0,9	-5,1
Sonstige betriebliche Erträge	3,6	2,2	1,4	63,6
Summe Erträge	**71,2**	**78,0**	**-6,8**	**-8,7**
Personalaufwand	28,6	26,6	2,0	7,5
Sachaufwand	21,9	26,7	-4,8	-18,0
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Sachanlagen	4,2	4,9	-0,7	-14,3
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und Wertpapiere	9,4	17,8	-8,4	-47,2
Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB	1,6	11,5	-9,9	-86,1
Überschuss aller sonstigen und a. o. Aufwendungen über die übrigen Erträge	3,0	7,7	-4,7	-61,0
Jahresüberschuss vor Steuern	**2,5**	**-17,2**	**19,7**	**-114,5**
Steuern vom Einkommen und Ertrag („+“ = Erstattung)	2,2	+18,4	-20,6	-112,0
Sonstige Steuern („+“ = Erstattung)	+0,8	0,2	1,0	-500,0
Jahresüberschuss nach Steuern	**1,1**	**1,0**	**0,1**	**10,0**
Rücklagendotierung	0,0	0,0	0,0	0,0
Bilanzgewinn	**1,1**	**1,0**	**0,1**	**10,0**

Insgesamt sind die Erträge laut Gewinn- und Verlustrechnung deutlich um 6,8 Mio. € oder 8,7 % auf 71,2 Mio. € gesunken. Der gesamte Aufwand vor Bewertung und Steuern konnte dagegen um 3,3 Mio. € = 5,4 % gesenkt werden. Das Verhältnis der Aufwendungen zu den Erträgen (Cost-Income-Ratio) verschlechterte sich auf 81,0 % (Vorjahr 78,1 %). Wesentliche Ursache für den Rückgang der Erträge ist das in Folge des anhaltenden Niedrigzinsniveaus rückläufige Zinsergebnis.

Positiv wirkt sich der ebenfalls rückläufige Überschuss aller sonstigen a. o. Aufwendungen über die übrigen Erträge in der Gewinn- und Verlustrechnung aus. Hier machen sich das positive Ergebnis aus Zuschreibungen bei den eigenen Wertpapieren und reduzierte sonstige außerordentliche Aufwendungen positiv bemerkbar.

Auf Basis des einheitlichen Betriebsvergleiches der Sparkassen, der eine Trennung zwischen ordentlichen und außerordentlichen Ergebnissen (z. B. aperiodische Erträge und Aufwendungen, Sonderabschreibungen) vorsieht, ergibt sich eine gegenüber dem Vorjahr verschlechterte CIR von 78,7 % (75,4 % Vorjahr).

Das zinstragende Geschäft stellt weiterhin die bedeutendste Ertragsquelle dar. Im Jahr 2012 hat sich der Zinsüberschuss insgesamt aufgrund eines überproportional gesunkenen Zinsertrages massiv verschlechtert. Sowohl Zinsertrag als auch Zinsaufwand sind infolge des im Jahresverlauf 2012 vorherrschenden niedrigeren Zinsniveaus weiter gesunken. Die vorhandene Steilheit der Zinskurve ermöglichte im Rahmen der zur Verfügung gestellten Limite die Erzielung von Erträgen aus der Fristentransformation. Im Kundengeschäft konnte das Zinsergebnis gesteigert werden. Auf Basis der durchschnittlichen Bilanzsumme ergibt sich bei fast konstanter Durchschnittsbilanzsumme für die Stadtsparkasse Oberhausen ein weiterer Rückgang der Zinsspanne von 2,05 % in 2011 auf 1,91 % im Jahr 2012 (ermittelt nach den Regeln des Betriebsvergleiches der Sparkassen).

Auch beim Provisionsüberschuss musste gegenüber dem Vorjahr ein Rückgang verzeichnet werden. Nach einem Anstieg von 5,3 % im Jahr 2011 betrug der Rückgang in 2012 5,1 % oder 0,9 Mio. €. Ursächlich sind die in Folge rückläufiger Umsatzzahlen reduzierten Provisionseinnahmen im Kundenwertpapiergeschäft
Bei der Beurteilung der Entwicklung der Erträge aus Provisionen ist zu berücksichtigen, dass ein Großteil der Provisionserträge aus dem Verbundgeschäft in der S-Versicherungs- und Immobilien-Vermittlungsgesellschaft mbH anfällt, der als „Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen“ in die Gewinn- und Verlustrechnung einfließt. Hier musste gegenüber dem Vorjahr abermals ein Rückgang verzeichnet werden (s. G.u.V.-Position 4).

Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen (Personal- und Sachaufwand) konnten gegenüber dem Vorjahreswert um 2,9 Mio. € oder 5,4 % gesenkt werden. Ursächlich sind die im Vorjahreswert enthaltenen und nunmehr entfallenen Einmalbelastungen.

Die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Sachanlagen haben sich gegenüber dem Vorjahr um 0,7 Mio. € reduziert. Ursächlich ist hierfür ein um außerplanmäßige Abschreibungen erhöhter Ausgangswert 2011. Größere Investitionen sind in 2012 nicht getätigt worden.

Der Rheinische Sparkassen- und Giroverband hat zur Deckung der Verbandskosten eine Sonderumlage gemäß § 20 Abs. 1 der Satzung des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes erhoben. Auf die Sparkasse entfällt anteilig ein Betrag in Höhe von 1,4 Mio. €, den wir in der Gewinn- und Verlustrechnung unter Posten 12 – sonstige betriebliche Aufwendungen – ausgewiesen haben.

Aufgrund der Zuschreibungen bei den Wertpapieren des Anlagevermögens konnten die gesamten Aufwendungen im Rahmen der Risikovorsorge im Kreditbereich und den erforderlichen Abschreibungen im Wertpapier- und Beteiligungsbereich von 17,8 Mio. € auf 9,4 Mio. € gesenkt werden (G.u.V.-Positionen 13 - 16).

Nach dem in Folge des erstmaligen Ansatzes einer Steuerabgrenzung nach §274 HGB (latente Steuern) positivem Steuerergebnis in Höhe von 18,2 Mio. € im Jahr 2011, beträgt der gesamte Steueraufwand insgesamt 1,4 Mio. €. Hierin sind Belastungen aus latenten Steuern in Höhe von 2,3 Mio. € enthalten.

Den Fonds für allgemeine Bankrisiken haben wir mit weiteren 1,6 Mio. € dotiert.

Die Vertretung des Trägers entscheidet nach der Feststellung des Jahresabschlusses über die Verwendung des Jahresüberschusses. Eine Ausschüttung ist aufgrund der bestehenden Ausschüttungssperre nicht möglich. Das Gesamtergebnis ermöglicht eine Aufstockung des Eigenkapitals um 1,1 Mio. €.

Abweichend von unserer Einschätzung der voraussichtlichen Entwicklung im Jahr 2012 mussten wir beim Bewertungsergebnis aus dem Kreditgeschäft eine Seitwärtsentwicklung verzeichnen. Auch unsere Erwartung hinsichtlich der Entwicklung der Verwaltungskosten hat sich nicht bestätigt. Anstelle der erwarteten Seitwärtsentwicklung konnte hier eine Reduktion erreicht werden. Dies gilt gleichermaßen für das Provisionsergebnis, wo ebenfalls entgegen der angenommenen Seitwärtsentwicklung ein Rückgang zu verzeichnen war. Die übrigen Ergebniskomponenten entwickelten sich entsprechend unserer Einschätzung. Mit dem erzielten Ergebnis sind wir noch zufrieden.

Die wirtschaftliche Entwicklung der Stadtsparkasse Oberhausen im Jahr 2012 war vor dem Hintergrund der Vorjahresergebnisse und dem kreditwirtschaftlichen Umfeld noch zufriedenstellend. Das vorhandene Kundenpotenzial und die Eigenkapitalausstattung bilden eine gute Basis für eine wieder verbesserte Geschäftsentwicklung. Allerdings belastet das anhaltende Niedrigzinsniveau die Ertragslage weiter.

3. Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

3.1 Unsere Mitarbeiter

Unsere Mitarbeiterzahl hat sich im Jahr 2012 um 10 Personen vermindert. Insgesamt wurden zum 31.12.2012 600 Personen (mit Mitarbeitern/-innen in der Freizeitphase der Altersteilzeit und mit ruhenden Beschäftigungsverhältnissen) beschäftigt. Allein 42 Auszubildende in insgesamt 3 Ausbildungsjahrgängen gehörten zum Stichtag 31.12.2012 zu unseren Mitarbeitern.
Die Stadtsparkasse Oberhausen unterstreicht damit ihre Bereitschaft zur Übernahme gesamtgesellschaftlicher Verantwortung, insbesondere für die Stadt Oberhausen, und die Bedeutung, die unser Haus der Ausbildung junger Menschen beimisst. Die Ausbildung zur Bankkauffrau bzw. zum Bankkaufmann bildet die Basis für einen erfolgreichen Weg in der Sparkassenorganisation und eine gesicherte Zukunft. Im Januar 2012 haben 13 Auszubildende die Abschlussprüfung zum Bankkaufmann /-frau vor der Industrie- und Handelskammer absolviert. 9 Auszubildende übernahmen wir in ein unbefristetes und 4 weitere in ein befristetes Angestelltenverhältnis.
Einer Teilzeitbeschäftigung sind 167 Mitarbeiter/-innen nachgegangen (inklusive Altersteilzeitkräfte).
Als Folge der Verlagerung von Abteilungen unseres Hauses in die gemeinsamen Tochterunternehmen mit der Sparkasse Mülheim an der Ruhr arbeiten nunmehr 78 Mitarbeiter/-innen im Rahmen einer Entsendung bei den Tochterunternehmen.

3.2 Gesellschaftliches Engagement

Mit ihrem gemeinnützigen Engagement ist die Stadtsparkasse Oberhausen ein wichtiger Pfeiler des gesellschaftlichen Lebens in der Stadt. In 2012 beträgt das Fördervolumen aus Spenden, Stiftungen und Sponsoring rund 1,5 Mio. Euro.

Zu der Stiftungsinitiative der Stadtsparkasse Oberhausen gehören neun Stiftungen. Dazu zählen die Sparkassen-Bürgerstiftung sowie die Stiftung Oberhausener Bürger. Letztere ist auch als Treuhänder tätig und verwaltet weitere sieben nicht rechtsfähige Stiftungen: Kultur und Bildung, Kinder- und Jugendförderung, Helft helfen, Förderung des Spitzensports in Oberhausen, Gemeinsam bewegen und die Irmgard und Heinrich Grünewald-Stiftung. Neu hinzugekommen ist die am 3. Mai 2012 errichtete Fred-Arthecker-Stiftung – die erste testamentarische Stiftung der Stiftungsinitiative, deren Stiftungskapital per 31.12.2012 355.000,- € beträgt. Jede Stiftung verfolgt eigene Förderschwerpunkte, allen gemeinsam ist das Ziel, Oberhausen noch attraktiver und lebenswerter zu machen.

Die Stiftung Oberhausener Bürger (Stiftungskapital: 100.000,- €) setzt hierbei auf die langfristige Förderung von Projekten aus den verschiedensten Bereichen wie Soziales, Bildung, Kultur, Umweltschutz, Völkerverständigung, Gesundheit und Sport. Das treuhänderisch verwaltete Stiftungskapital beträgt zum 31.12.2012 3,3 Mio. €. Von Testaments wegen sind der Stiftung Oberhausener Bürger perspektivisch weitere 12 Stiftungen zugesichert.

Die Sparkassen-Bürgerstiftung ist die älteste Stiftung der Stiftungsinitiative der Stadtsparkasse Oberhausen. Sie wurde bereits 1983 gegründet. Die Förderschwerpunkte der Sparkassen-Bürgerstiftung liegen in den Bereichen Kultur, Wohlfahrtswesen, Bildung, Kinder- und Jugendförderung sowie dem Heimatgedanken. Seit ihrer Errichtung hat die Sparkassen-Bürgerstiftung gemeinnützige Vereine, karitative und wohlfahrtspflegerische Organisationen sowie vielfältige kulturelle und heimatpflegerische Projekte in Oberhausen mit einem Gesamtvolumen von rund 14 Mio. € gefördert.

Das Stiftungskapital der Sparkassen-Bürgerstiftung liegt zum 31.12.2012 bei 4,1 Mio. €. Im vergangenen Jahr wurden 55 Förderanträge im Gesamtvolumen von rund 290.000,- € bewilligt.

B. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung für die Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der Stadtsparkasse Oberhausen sind nach dem Schluss des Geschäftsjahres nicht eingetreten.
Mit Wirkung vom 01.04.2013 hat der Verwaltungsrat beschlossen, Herrn Bernhard Uppenkamp zum neuen Vorstandsvorsitzenden zu berufen.

C. Risikoberichterstattung

1. Rahmenbedingungen des Risikomanagements

1.1 Aufsichtsrechtliche Vorgaben für das Risikomanagement

Die aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen für die Bemessung, Kontrolle und Steuerung der wesentlichen Risiken eines Kreditinstitutes sind durch die Ende 2005 veröffentlichten Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) in einer einheitlichen Form zusammengefasst worden. Nachdem mit der Integration der Outsourcing-Regelungen im Oktober 2007 die erste MaRisk-Novellierung erfolgte, wurde im August 2009 – auch als Reaktion auf die Erkenntnisse der Finanzkrise – die zweite Novelle der MaRisk in Kraft gesetzt. Nachdem die Stadtsparkasse Oberhausen die Ende 2010 veröffentlichte dritte Novelle anforderungsgemäß zum 31.12.2011 vollständig umgesetzt hatte, wurde am 14.12.2012 die vierte MaRisk-Novelle veröffentlicht. Diese tritt zwar formell zum 01.01.2013 in Kraft, die Institute haben allerdings bis Ende 2013 Zeit, die neuen Anforderungen der Novelle umzusetzen.

1.2 Risikomanagementziele und -methoden

Die zentralen strategischen Ziele der Stadtsparkasse Oberhausen sind es, das betriebsnotwendige Mindestergebnis zu erreichen sowie mittel- bis langfristig den Unternehmenswert über die Verbesserung der Rentabilität zu steigern. Einen Teilaspekt dieses Zieles stellt die rentable Nutzung des Eigenkapitals durch das bewusste Eingehen von Risiken, deren aktive Steuerung sowie die gezielte Transformation von Risiken dar. Hierbei verfolgt die Stadtsparkasse Oberhausen das Konzept der „einfachen und sicheren Sparkasse“. Für eine erfolgreiche Durchführung dieser Aufgaben ist es für die Sparkasse unabdingbar, dass sie die mit der Geschäftstätigkeit untrennbar verbundenen Risiken zeitnah erkennt, bewertet, umfassend steuert und die Steuerungsmaßnahmen laufend überwacht.
Wesentlicher Bestandteil unserer Risikomanagementsysteme ist die Beachtung der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen.

Risiken werden bewusst eingegangen, wenn sie zur Erzielung von Erträgen notwendig und im Verhältnis zu den Chancen vertretbar sind. Die Übernahme von Risiken ist in der Stadtsparkasse Oberhausen in eine G.u.V.- und wertorientierte Gesamtbanksteuerung eingebunden, die das Erreichen der mittel- bis langfristigen Finanzziele sicherstellen soll. Beide Steuerungsmethoden stehen gleichwertig nebeneinander. Als Fundament unserer Risikosteuerung dienen perioden- und wertorientierte Risikotragfähigkeitskonzepte, welche die dauerhafte Bestandssicherung des Unternehmens zur Aufgabe haben.

Für alle risikorelevanten Geschäfte ist bis in die Ebene des Vorstands eine funktionelle Trennung zwischen Markt und Marktfolge festgelegt. Zwischen der Risikosteuerung und der Risikokontrolle besteht mindestens eine personelle Funktionstrennung. Durch die Ausgestaltung der Aufbau- (und Ablauf-)Organisation wird sichergestellt, dass miteinander unvereinbare Tätigkeiten durch unterschiedliche Mitarbeiter durchgeführt werden. Im Rahmen des Risikomanagements sind die Abteilungen Unternehmenssteuerung, KreditService sowie die Revisionsabteilung beteiligt.

Der Abteilung Unternehmenssteuerung obliegt die risikoüberwachende Funktion. Sie ist verantwortlich für die Entwicklung der Gesamtbanksteuerungssysteme sowie das Risikocontrolling der einzelnen Risikokategorien. Dies beinhaltet auch die regelmäßige Durchführung angemessener Stresstests für die wesentlichen Risiken. Die Erfüllung der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen ist eine weitere Kernaufgabe. Im Rahmen des Portfoliomanagements, insbesondere bei der Steuerung der Marktpreis- und Adressenausfallrisiken auf Gesamtbankebene, ist sie zudem beratend für die Geschäftsleitung tätig, ohne eine Positionsverantwortung zu besitzen. Die Beratung des Vorstandes umfasst auch die Erarbeitung von Handlungsalternativen. Die Ausführung der Beschlüsse erfolgt durch die von der Unternehmenssteuerung organisatorisch getrennten Händler. Die Abteilung Unternehmenssteuerung ist organisatorisch von den Marktbereichen getrennt.

Die Betreuung der im Kreditbereich eingesetzten Rating- und Scoring-Systeme sowie des Frühwarnsystems zur frühzeitigen Identifizierung wesentlicher Risiken obliegt der Abteilung KreditService. Sie ist organisatorisch ebenfalls vom Marktbereich getrennt.

Die Revisionsabteilung prüft die Einhaltung der festgelegten internen Regeln sowie der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen. Sie überprüft die Angemessenheit und Wirksamkeit des Managements der einzelnen Risikoarten und begleitet als unabhängige Instanz die Weiterentwicklung der Gesamtbanksteuerungssysteme.

Eine Darstellung der Aufbauorganisation im Risikomanagement sowie der Ausgestaltung der Risikomanagement- und -controllingprozesse findet sich in dem Risikohandbuch der Stadtsparkasse Oberhausen. In der vom Vorstand festgelegten Risikostrategie sind ferner die Ziele und Leitlinien verankert, die die Stadtsparkasse mit der Risikoübernahme und -steuerung verfolgt.

Die Beurteilung der Risiken erfolgt hinsichtlich ihrer G.u.V.-Wirkungen und, soweit möglich, zusätzlich im Rahmen eines vermögenswertorientierten Value-at-Risk-Ansatzes. Zur Quantifizierung der einzelnen Risiken werden Szenarioanalysen durchgeführt, die auf historischen bzw. erwarteten Veränderungen von risikobeeinflussenden Parametern beruhen. Soweit eine explizite Quantifizierung der Risiken aufgrund des Entwicklungstandes der Systeme noch nicht möglich ist, tragen wir dem durch die Festlegung eines plausibilisierten Risikobetrages im Rahmen unserer Risikotragfähigkeitskonzepte Rechnung. Diese Art der Limitfestlegung kommt derzeit beim Operationellen Risiko zum Tragen. Darüber hinaus führen wir auf Basis der für die jeweiligen Risiken identifizierten wesentlichen Risikofaktoren ergänzende Stressszenarien durch, die die Auswirkungen außergewöhnlicher, aber plausibel möglicher Ereignisse abbilden. Die Stresstests erstrecken sich dabei auch auf die angenommenen Risikokonzentrationen und Diversifikationseffekte innerhalb und zwischen den einzelnen Risikoarten.

Im Rahmen der Steuerung der Risiken setzen wir zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken Finanzderivate ein. Darüber hinaus ist die Sparkasse per 31.12.2012 an einer Kreditbasket-Transaktion innerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe beteiligt. Daraus resultieren zwei Credit Default Swaps, bei denen die Sparkasse aufgrund der vorgegebenen Symmetrie der Transaktion einerseits Sicherungsgeber, andererseits aber auch Sicherungsnehmer ist. Die per 31.12.2012 bestehenden Finanzderivate können der Übersicht im Anhang zum Jahresabschluss entnommen werden. Daneben hat die Sparkasse innerhalb ihres Spezialfonds in 2012 Finanzderivate zur Absicherung von Zinsänderungs-, Aktienkurs- sowie Währungsrisiken eingesetzt.

1.3 Risikotragfähigkeitskonzeption

Zentrales Element unserer Risikosteuerung sind die implementierten Risikotragfähigkeitskonzepte. Die Stadtsparkasse Oberhausen setzt gleichberechtigt sowohl ein perioden- als auch ein wertorientiertes System ein. Beiden Ansätzen liegt dabei der Fortführungsansatz (Going-Concern-Sicht) zugrunde, nach dem die Fortführung des Geschäftsbetriebes auch im Belastungsfall sichergestellt sein muss. Darüber hinaus erfolgt eine Begrenzung der Risikoübernahme durch die aufsichtsrechtlichen Kennzahlen (Zinsrisiko-Koeffizient, Solvabilitätskoeffizient und Liquiditätskennzahl).

In der periodenorientierten Sichtweise werden die Risiken danach gemessen, ob und in welcher Höhe ihr Eintritt Auswirkungen auf den handelsrechtlichen Jahresüberschuss der Sparkasse hat. Der Going-Concern-Sichtweise folgend zielt das Risikotragfähigkeitssystem dabei auf die Sicherung einer Mindesteigenkapitalquote und eines Mindestjahresüberschusses. Demzufolge bilden im Rahmen der periodenorientierten Risikotragfähigkeit das über die intern festgelegte Mindest-Solvabilitätsquote hinausgehende freie haftende Eigenkapital und das geplante Betriebsergebnis vor Bewertung abzüglich eines definierten Mindestergebnisses die Risikodeckungsmasse. Existierende nachrangige Verbindlichkeiten werden entsprechend dem Fortführungsansatz nicht in die Risikodeckungsmasse einbezogen. Die so ermittelte Deckungsmasse wird anschließend auf die unterschiedlichen Risikokategorien Zinsüberschussrisiko (inkl. Modellrisiko), Marktpreisrisiko Eigenanlagen, Provisionsüberschussrisiko, Risiko Verwaltungsaufwand/ Operationelle Risiken, Adressenrisiko aus dem Kundengeschäft, Beteiligungsrisiko, Adressenrisiko Eigenanlagen sowie Liquiditätsrisiko verteilt.

Im Rahmen der wertorientierten Betrachtung bestimmt sich das Risiko als Vermögensminderung, die innerhalb eines festgelegten Zeitraums (1 Jahr) mit einer Wahrscheinlichkeit von 99 % nicht überschritten wird. Für die Risikotragfähigkeitskonzeption erfolgt zunächst die Ermittlung des Reinvermögens nach Erträgen und Kosten. Hiervon wird der strategische Eigenkapitalbedarf zur Einhaltung der internen Mindest-Solvabilitätsquote in Abzug gebracht. Die verbleibende Risikodeckungsmasse wird auf die Risikokategorien Adressenausfallrisiken im Eigen- sowie im Kundenkreditgeschäft (unerwartete Kreditrisiken), Beteiligungsrisiken, Marktpreisrisiken (Zinsbuch, Aktien/Fonds und Immobilien), Modellrisiko und Operationelle Risiken verteilt.

Über die Limiteinhaltung wird monatlich mit Hilfe eines Ampelsystems berichtet, wobei die gelbe Ampelstufe bei einer 80-prozentigen Limitauslastung erreicht wird.

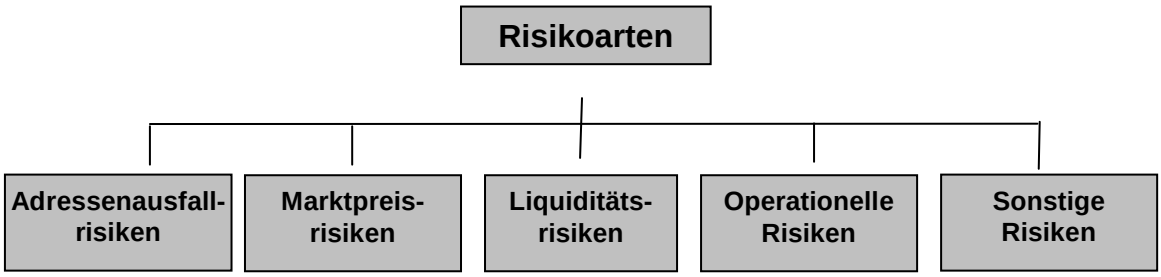
1.4 Risikoreporting

Über die eingegangenen Risiken, die existierenden Risikokonzentrationen sowie die Auslastung der verschiedenen Limite wird dem Gesamtvorstand monatlich im Rahmen eines umfassenden Gesamtrisikoreports schriftlich berichtet. Die Ausführungen enthalten neben einer zusammenfassenden Beurteilung der Risikosituation und der Limitauslastungen auch Handlungsempfehlungen zur Risikosteuerung, über die der Vorstand entscheidet. Der Risikoreport wird vierteljährlich um einen ausführlichen Kreditrisikoteil sowie Ausführungen zu den Operationellen Risiken ergänzt. Darüber hinaus werden in dem Risikoreport halbjährlich die Ergebnisse der durchgeführten Stresstests dargestellt. Ergänzend erhält der Vorstand mindestens wöchentlich, in der Regel täglich, einen Report über die Marktpreis- und Adressenausfallrisiken der Eigenhandelsgeschäfte. Eine Ad-hoc-Berichterstattung erfolgt bei Risikoereignissen von wesentlicher Bedeutung.

Der Verwaltungsrat, als Aufsichtsorgan der Stadtsparkasse Oberhausen, hat einen Risikoausschuss gebildet, der die Grundsätze der Risikopolitik und Risikosteuerung der Sparkasse mit dem Vorstand berät. Der Risikoausschuss wird vierteljährlich ausführlich über die von der Sparkasse eingegangenen Risiken und die aktuellen Auslastungen sämtlicher Risikolimite informiert. Die zentralen Aspekte aus dem Risikoreport werden dem gesamten Verwaltungsrat ebenfalls quartalsweise vorgestellt.

2. Darstellung der wesentlichen Risikoarten

Die Risiken, die wir im Rahmen unseres Risikomanagement- und -controllingsystems steuern, haben unterschiedliche Ursachen und bedürfen speziell abgestimmter Instrumente und Methoden zu deren Erfassung und Begrenzung. Die zentralen Risiken stellen für uns dabei folgende Risikoarten dar:



2.1 Adressenausfallrisiken

Unter Adressenausfallrisiken verstehen wir die Gefahr des Ausfalls vertraglich zugesicherter Leistungen, so dass die Definition des Adressenausfallrisikos zum einen den Ausfall, zum anderen aber auch bereits eine mögliche Bonitätsverschlechterung einer Person oder eines Unternehmens beinhaltet.

Zu den Adressenausfallrisiken zählt die Stadtsparkasse Oberhausen folgende Risikokategorien:

1. Kreditrisiko
   Das Kreditrisiko bezeichnet die Gefahr einer Bonitätsverschlechterung (Bonitätsrisiko) und/oder des Ausfalls (Ausfallrisiko) einer Person oder einer Unternehmung, zu der eine Kreditbeziehung besteht.
2. Kontrahentenrisiko
   Unter Kontrahentenrisiko verstehen wir das Risiko, dass eine Gegenpartei – vornehmlich im Bereich der Eigenhandelsgeschäfte – ausfällt und die entsprechende Position zum aktuellen, für die Sparkasse ungünstigeren Marktkurs abgewickelt werden muss. Das Kontrahentenrisiko zielt damit auf den Schwebezustand von Geschäften ab.
3. Emittentenrisiko
   Das Emittentenrisiko bezeichnet die Gefahr des vollständigen oder teilweisen Ausfalls eines Emittenten von Wertpapieren oder sonstigen Finanzinstrumenten.

4. Länderrisiko
   Das Länderrisiko im grenzüberschreitenden Kreditgeschäft besteht in der Gefahr, dass Zins- und Tilgungsleistungen ausländischer Kreditnehmer nicht termingerecht, nicht vollständig oder gar nicht geleistet werden, wobei die Zahlungsunfähigkeit oder die fehlende Zahlungsbereitschaft durch das Land verursacht wird, in dem der Schuldner ansässig ist, und nicht durch den Schuldner oder durch dessen Bonität.
5. Beteiligungsrisiko
   Das Beteiligungsrisiko wird als die Gefahr verstanden, dass aus der Eigenkapitalbeteiligung an Dritten Verluste entstehen.

Insgesamt lässt sich das Adressenausfallrisiko der Sparkasse in drei große Bereiche gliedern: das Risiko aus dem Kundenkreditgeschäft, das Beteiligungsrisiko sowie das Adressenausfallrisiko aus Eigenhandelsgeschäften.

Die Basis für die Steuerung der Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft bildet die Risikostrategie der Stadtsparkasse Oberhausen. Sie enthält neben den Rahmenbedingungen für das Kreditgeschäft auch die unter Berücksichtigung der Gesamtbankrisikotragfähigkeit geplanten Aktivitäten im Kreditgeschäft. Dazu gehören neben risikobegrenzenden Maßnahmen auch Aktivitäten zur Weiterentwicklung des Instrumentariums der Kreditrisikosteuerung. In der Risikostrategie hat die Sparkasse Leitlinien bezüglich Kreditarten, Einzelkreditvolumen, Rating sowie Branchen der Kreditnehmer festgelegt. Hierdurch werden Bonitätsrisiken sowie Risikokonzentrationen eingeschränkt.

Zur Beurteilung der Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft auf Kundenebene setzt die Sparkasse die Rating- und Scoringverfahren des DSGV ein. Derzeit werden im gewerblichen Kreditgeschäft das DSGV-Standard-Rating, das ImmobiliengeschäftsRating bzw. das ImmobilienKompaktRating sowie das KundenKompaktRating bzw. das KundenKompaktRating ohne Girokonto eingesetzt. Im privaten Kreditgeschäft wird neben den anlassbezogenen Antragsscorecards für Private Baufinanzierungen sowie für Konsumentenkredite die Bestandsbewertung KundenScoring eingesetzt, die eine fortlaufende Risikobetrachtung aller Privatgirokonten und Konsumentenkredite durchführt und monatlich automatisch eine Note erstellt. Im kommerziellen Immobiliengeschäft wird das dafür vorgesehene Ratingverfahren verwendet. Die Rating- und Scoringergebnisse bilden die Basis für die Festlegung risikoadjustierter Kreditkonditionen. Die Bonität einzelner Kreditnehmer wird zudem jährlich durch die Innenrevision der Sparkasse in umfangreichen Stichproben geprüft.

Der überwiegende Teil des gewerblichen Kreditgeschäftes entfällt auf Kreditnehmer in Risikoklassen mit moderaten Ausfallwahrscheinlichkeiten. Bezogen auf das zugrunde liegende Kreditvolumen weisen 33,9 % (Vorjahr 33,1 %) eine Ratingnote zwischen 1 und 5 auf. Der Volumensanteil in den Ratingklassen 1 bis 9, auf die sich die kreditgeschäftlichen Aktivitäten im gewerblichen Kundengeschäft gemäß der Risikostrategie konzentrieren sollen, liegt bei 72,1 % (Vorjahr 73,7 %). Unter zusätzlicher Einbeziehung der Ergebnisse des im Privatkundensegment eingesetzten KundenScorings beträgt der Volumensanteil in den Rating- bzw. Scoringklassen 1 bis 9 sogar 80,3 % (Vorjahr 80,5 %).

Zur Früherkennung von Kreditrisiken auf Kundenebene wird ein automatisiertes System eingesetzt, das hinsichtlich definierter Frühwarnindikatoren auffällig gewordene Kreditnehmer identifiziert. Die durch das Frühwarnsystem identifizierten Problemkredite werden seitens eines hierfür eingerichteten Gremiums den Segmenten Normalbetreuung, Intensivbetreuung I und II, der Sanierungs- oder der Abwicklungsbetreuung zugeordnet.

Für den Eintritt von Adressensausfallrisiken hat die Sparkasse durch die Bildung von Wertberich-tigungen und Vorsorgereserven angemessene Vorkehrungen getroffen. Wertberichtigungen sind für alle Engagements vorgesehen, bei denen nach umfassender Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse und des Zahlungsverhaltens der Kreditnehmer davon ausgegangen werden kann, dass es voraussichtlich nicht mehr möglich sein wird, alle fälligen Zins- und Tilgungszahlungen nach den vertraglich vereinbarten Kreditbedingungen zu vereinnahmen. Darüber hinaus erfolgt eine Bewertung der existierenden Sicherheiten mit ihrem wahrscheinlichen Realisationswert, um einschätzen zu können, welche Zahlungen nach Eintritt von Leistungsstörungen noch zu erwarten sind. Die Angemessenheit der vorgesehenen Wertberichtigungen ist Prüfungsgegenstand der Innenrevision. Latente Ausfallrisiken werden darüber hinaus durch die Bildung von Pauschalwertberichtigungen berücksichtigt.

Das Kreditvolumen (inklusive Avale und Bürgschaften) nach Kundensegmenten verteilt sich per Ende 2012 wie folgt:

	31.12.2012 %-Anteil	31.12.2011 %-Anteil
Firmenkunden	**28,5**	**33,2**
Gewerbekunden	**8,5**	**9,6**
Geschäftskunden	**2,7**	**3,1**
Bauträger	**1,6**	**1,9**
Existenzgründer	**1,1**	**1,2**
Kommunale Kunden	**22,1**	**14,2**
Großkunden	**0,9**	**1,0**
Privatkunden	**34,6**	**35,8**
Summe	100,0	100,0

Die Beurteilung der Kreditrisiken auf Portfolioebene erfolgt insbesondere durch das Kreditportfoliomanagement-Tool CPV (CreditPortfolioView). Mit Hilfe dieses Programms wird eine Analyse des Kreditportfolios hinsichtlich der Darstellung der erwarteten Verluste und des ökonomischen Eigenkapitalbedarfs (CreditValue-at-Risk) sowie der Berechnung von Größenkonzentrationen (Klumpenrisiken) und deren Wirkung auf den CreditValue-at-Risk des Gesamtportfolios vorgenommen. Darüber hinaus erfolgt eine Risikobeurteilung durch die Analyse des gesamten Kreditportfolios hinsichtlich unterschiedlicher Kriterien wie z. B. der Branchen-, Größenklassen-, Sicherheiten- oder Ratingverteilung.

Hinsichtlich der Verteilung der hereingenommenen Sicherheiten ergibt sich aufgrund des Geschäftsmodells in der Sparkasse eine deutliche Konzentration auf grundpfandrechtliche Sicherheiten. Die wohnwirtschaftlichen und gewerblichen Grundpfandrechte machen dabei – bezogen auf die verrechneten Sicherheitenbeträge – ca. 87,8 % (Vorjahr: 87,8 %) des Gesamtvolumens aus.

Die Branchenverteilung im gewerblichen Kundenkreditportfolio bestimmt sich im Wesentlichen aus dem Geschäftsgebiet der Sparkasse und gestaltet sich per 31.12.2012 wie folgt:

	31.12.2012 %-Anteil	31.12.2011 %-Anteil
Land- u. Forstwirtschaft, Fischerei	**0,3**	**0,4**
Energie, Wasser, Bergbau	**1,6**	**1,3**
Verarbeitendes Gewerbe	**10,4**	**10,4**
Baugewerbe	**8,1**	**7,7**
Kraftfahrzeughandel	**4,8**	**5,6**
Großhandel	**5,2**	**5,5**
Einzelhandel	**5,5**	**5,4**
Verkehr, Nachrichten	**7,6**	**7,5**
Kredit- u. Versicherungswesen	**6,1**	**5,8**
Gastgewerbe	**4,0**	**1,9**
Grundstücks- und Wohnungswesen	**26,5**	**26,8**
Dienstleistungen für Unternehmen	**8,0**	**8,5**
Öffentliche und private Dienstleistungen	**11,3**	**12,5**
Bauträger	**0,6**	**0,7**
Summe	100,0	100,0

Die Anteile der einzelnen Branchen sind im Vergleich zum Vorjahr relativ konstant. Der Anstieg des Anteils der Branche „Gastgewerbe“ ist u. a. auf die Finanzierung einer Modernisierung- und Erweiterungsmaßnahme eines Hotelbetriebes zurück zu führen.

Die mit einem Anteil von 26,5 % mit Abstand größte (Ober-)Branche „Grundstücks- und Wohnungswesen“ setzt sich aus verschiedenen Teilbranchen zusammen, die wiederum den beiden Bereichen Gewerbe- oder Wohnungsbau zugeordnet werden können. Aufgrund der insgesamt hohen Volumina in der Branche „Grundstücks- und Wohnungswesen“ sowie der zuvor dargestellten Konzentration auf grundpfandrechtliche Sicherheiten werden in der Risikostrategie der Sparkasse spezielle Regelungen zur Risikoüberwachung und -begrenzung festgelegt. Darüber hinaus berücksichtigt die Sparkasse das gesamtgeschäftsbezogene Risiko sinkender Immobilien- und Grundstückspreise im Rahmen der simulierten Stresstests.

Die Großkredite gemäß § 13 Abs. 1 KWG machten am 31.12.2012 das 1,03-fache des am Bilanzstichtag geltenden haftenden Eigenkapitals aus (31.12.2011: das 1,15-fache). Dem Grundsatz einer angemessenen Kredit- und Risikosteuerung wird die vorhandene größenmäßige Schichtung somit gerecht.

Aufgrund einer deutlichen Ausweitung des vergleichsweise risikoarmen Geschäftes mit kommunalen Kreditnehmern hat sich der Anteil der inländischen öffentlichen Haushalte am Kreditportfolio der Stadtsparkasse Oberhausen mehr als verdoppelt. Im Zuge dieser Entwicklung haben sich die Anteile der Privat- und insbesondere der Unternehmenskunden spürbar reduziert. Die in den letzten Jahren zu beobachtende Verschiebung innerhalb der Kundengruppenstruktur hin zu den gewerblichen Kreditengagements hat sich im Jahr 2012 somit nicht fortgesetzt. Per Ende 2012 weist die Stadtsparkasse Oberhausen auch im Vergleich zum Verbandsdurchschnitt einen überproportionalen Anteil an öffentlichen und korrespondierend dazu einen unterdurchschnittlichen Anteil an privaten und gewerblichen Kreditnehmern auf.

	31.12.2012 %-Anteil	31.12.2011 %-Anteil
Öffentliche Haushalte	**15,2**	**7,0**
Unselbstständige Privatpersonen	**38,6**	**42,0**
Unternehmen	**45,2**	**50,2**
Sonstige	**1,0**	**0,8**
Summe	100,0	100,0

Nachdem in den letzten Jahren in dem gewerblichen Kundensegment wirtschaftliche Schwierigkeiten bei einzelnen größeren Kreditnehmern zu einer deutlichen Ergebnisbelastung für die Stadtsparkasse Oberhausen geführt haben, mussten im Jahr 2012 Wertberichtigungen im Zusammenhang mit einem immobilienbesicherten Darlehensportfolio vorgenommen werden. Dies hat dazu geführt, dass das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft in 2012 wie im Vorjahr spürbar über dem Verbandsdurchschnitt liegt. Die absolute Höhe der neu gebildeten Risikovorsorgeaufwendungen für Kreditrisiken im Kundengeschäft hat sich gegenüber dem Vorjahr leicht reduziert, so dass die für diese Risikoart vorgegebene interne Grenze – analog zum Vorjahr – auch im Jahr 2012 eingehalten wurde.

Im Rahmen der Kreditportfoliosteuerung hat die Sparkasse bereits im Jahr 2011 an einer Kreditbasket-Transaktion innerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe teilgenommen. Daraus resultieren Credit Default Swaps, bei denen die Sparkasse aufgrund der Symmetrie der Transaktion sowohl Sicherungsgeber als auch Sicherungsnehmer ist.

Bei den von der Stadtsparkasse Oberhausen gehaltenen Beteiligungen handelt es sich insgesamt um strategische Positionen, die langfristig gehalten werden. Im Vordergrund stehen hierbei die Grundsätze des Verbundgedankens (bankbezogene Beteiligungen) und der öffentliche Auftrag (standortfördernde Beteiligungen zur Förderung des Geschäftsgebietes). Renditeorientierte Beteiligungen werden derzeit nicht gehalten. Das Beteiligungsportfolio der Stadtsparkasse Oberhausen wird dominiert von den beiden größten Einzelbeteiligungen der Sparkasse am Rheinischen Sparkassen- und Giroverband, der wiederum an diversen Unternehmen innerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe beteiligt ist, sowie an der Erwerbsgesellschaft der Sparkassen-Finanzgruppe zum Erwerb der Landesbank Berlin (LBB). Sowohl für die Verbands- als auch für die LBB-Beteiligung hat die Sparkasse in 2012 eine Sonderumlage entrichtet bzw. eine Wertberichtigung vorgenommen. Dies führte dazu, dass das interne Risikolimit für das Beteiligungsrisiko zum 31.12.2012 zum zweiten Mal in Folge nicht eingehalten werden konnte.

Für die Eigenhandelsgeschäfte im Sinne der Mindestanforderungen an das Risikomanagement hat die Sparkasse detaillierte Regelungen bezüglich des zulässigen Kontrahenten- und Emittentenkreises sowie - bezogen auf die unterschiedlichen Geschäftsarten - hinsichtlich der zulässigen Volumina je Kontrahent / Emittent eingesetzt. Zur Beurteilung des Adressenausfallrisikos werden externe Ratings und weitere öffentlich zugängliche Informationen herangezogen.

Bei der Einschätzung der verschiedenen Marktsegmente hinsichtlich einer vorhandenen Aktivität bzw. Inaktivität ergeben sich keine Veränderungen zum Vorjahr. Mit Ausnahme der Märkte für Kreditstrukturen werden sämtliche Marktsegmente als aktiv eingeschätzt, so dass bei der Ermittlung der beizulegenden (Zeit-)Werte grundsätzlich nicht auf Bewertungsmodelle zurückgegriffen werden muss. Aufgrund der insgesamt freundlichen Entwicklung der Wertpapiermärkte in 2012 konnte die Sparkasse zum 31.12.2012 ein positives Bewertungsergebnis aus dem Wertpapierbereich erzielen. Aufgrund der größtenteils guten Bonität der zum Jahresende im Depot A enthaltenen Emittenten – sämtliche geratete Direktanlagen der Stadtsparkasse Oberhausen verfügen per Jahresende über ein Rating im Investment Grade-Bereich – wird zudem erwartet, dass es in den nächsten Jahren zu keinen nennenswerten tatsächlichen Ausfällen im Bereich der Eigenanlagen kommen wird.

Das in dem Spezialfonds der Sparkasse gehaltene Engagement in Anleihen aus wirtschaftsschwachen Euro-Staaten (Portugal, Italien, Irland, Griechenland und Spanien) beläuft sich per Ende 2012 auf insgesamt 4,0 Mio. € (Zeitwert). Davon entfallen 0,4 Mio. EUR auf eine irische Staatsanleihe, die im Jahr 2013 fällig ist. Darüber hinaus befindet sich eine Griechenlandanleihe über nominell 0,1 Mio. EUR im Bestand, die allerdings keinen relevanten Zeitwert mehr aufweist. Die restlichen Anleihen gegenüber privaten Schuldnern verteilen sich auf Unternehmensanleihen (1,1 Mio. EUR Italien sowie 1,5 Mio. EUR Spanien) sowie besicherten Anleihen (1,0 Mio. EUR Spanien) mit unterschiedlichen Laufzeiten.

Nachdem im Vorjahr das barwertige Risikolimit zur Begrenzung der Adressenausfallrisiken im Eigenhandelsbereich marginal überschritten wurde, werden per Ende 2012 sowohl das barwertige als auch das periodische Risikolimit für die entsprechende Risikoart eingehalten.

Der Anteil von Kreditstrukturen am gesamten Depot A der Stadtsparkasse Oberhausen hat sich gegenüber dem Vorjahr aufgrund einer im Jahr 2012 fälligen Kreditbasket-Transaktion reduziert und beträgt 1,7 % per 31.12.2012 (Vorjahr 2,5 %).

2.2 Marktpreisrisiken

Unter Marktpreisrisiken sind mögliche Ertrags- und Vermögenseinbußen zu verstehen, die sich aus der Veränderung von Marktpreisen ergeben. Bei den Marktpreisrisiken werden die folgenden Risikoarten unterschieden: Zinsänderungsrisiko (im Zusammenhang mit Eigenhandelsgeschäften und auf Gesamtbankebene), Spread-Risiko, Währungsrisiko, Aktienkursrisiko, Immobilienrisiko, Optionsrisiko und Rohwarenrisiko. Für die Sparkasse weisen insbesondere das Zinsänderungs-, das Spread- und das Aktienkursrisiko eine zentrale Bedeutung auf.

Als Folge der Anlagerestriktionen der Sparkasse ist die Struktur ihrer Eigenanlagen geprägt durch inländische öffentliche Anleihen sowie Pfandbriefe und Inhaberschuldverschreibungen von inländischen Kreditinstituten. Der Anteil der Termingeldanlagen bei anderen Instituten der Sparkassen-Finanzgruppe hat sich in Folge von Umschichtungen in öffentliche Anleihen sowie durch das Auslaufen von Gegengeschäften zu dem Ende 2011 abgeschlossenen 3-Jahres-Tender der Europäischen Zentralbank drastisch reduziert.

	31.12.2012 %-Anteil	31.12.2011 %-Anteil
Termingelder	**1,8**	**30,3**
Pfandbriefe	**24,7**	**21,1**
Inländische öffentliche Anleihen	**34,1**	**13,6**
IHS inländischer Kreditinstitute	**26,2**	**20,2**
Unternehmensanleihen	**5,0**	**7,1**
Aktien	**2,1**	**2,6**
Sonstige	**6,1**	**5,1**
Summe	100,0	100,0

Bei komplexeren Instrumenten greift die Sparkasse auf das Fremdmanagement in Form eines Spezialfonds zurück. Die größten Anlageklassen innerhalb des Spezialfonds stellen europäische Staatsanleihen sowie Unternehmensanleihen im Investment-Grade-Bereich dar. Die ebenfalls in dem Spezialfonds gehaltenen Aktienbestände werden in der Tabelle de facto zu hoch ausgewiesen, da die per Ende 2012 existierende Teilabsicherung der Aktienpositionen nicht berücksichtigt ist.

Die Steuerung der Marktpreisrisiken aus Eigenhandelsgeschäften erfolgt zum einen anhand einer G.u.V.-orientierten Ermittlung des Abschreibungsrisikos, zum anderen anhand von Value-at-Risk-Szenarien mit einer Haltedauer von 10 Tagen, bei denen das Risiko auf Basis der täglichen Kurs- bzw. Renditeveränderungen der letzten 250 Handelstage ermittelt wird. Dieser Ermittlung liegt eine Vergangenheitsbetrachtung zugrunde, die es erlaubt, den Risikokurs anzugeben, der mit einer 95 %-igen Wahrscheinlichkeit nicht unterschritten wird. Im Rahmen des wertorientierten Risikotragfähigkeitskonzeptes werden die o. g. Parameter aufgrund der einheitlichen Abbildung der verschiedenen Risikoarten auf eine Haltedauer von 250 Tagen sowie ein 99 %-iges Konfidenzniveau angepasst. Sämtliche Marktpreisrisiken des Eigenanlagegeschäftes werden mindestens wöchentlich, in der Regel aber täglich durch die Abteilung Unternehmenssteuerung nach Art und Höhe bewertet und an die Geschäftsleitung kommuniziert.

Als langfristiger, strategischer Investor geht die Stadtsparkasse Oberhausen keine Investments in Spread-Risiken zur Erzielung kurzfristiger Kursgewinne ein. Der Erwerb von Creditspread-behafteten Wertpapieren erfolgt unter Berücksichtigung der angestrebten Granularität des Depot A auf Basis einer positiven Einschätzung des Kreditrisikos im Rahmen der Risikostrategie. Die sich im Zeitablauf ggf. ergebenen Schwankungen des Spreadniveaus müssen dabei im Rahmen der Risikotragfähigkeit ausgehalten werden können. Sowohl im wertorientierten als auch im periodischen Risikotragfähigkeitskonzept hat die Stadtsparkasse Oberhausen für das Spread-Risiko entsprechende Risikolimite eingerichtet.

Neben den Berechnungen für die Eigenhandelsgeschäfte wird auch eine Beurteilung des Zinsänderungsrisikos auf Gesamtbankebene vorgenommen. Das Risiko wird sowohl hinsichtlich der Auswirkungen auf die Gewinn- und Verlustrechnung als auch im Hinblick auf mögliche Wertveränderungen der verzinslichen Vermögens- und Schuldpositionen untersucht. Die Ergebnisse der Risikobetrachtung werden der Geschäftsleitung im Rahmen des Gesamtrisikoberichtes monatlich vorgelegt.

Im Rahmen der G.u.V.-orientierten Steuerung des Zinsänderungsrisikos erfolgt die Messung auf der Grundlage von Simulationsberechnungen, die alle Bilanzpositionen und deren voraussichtliche Entwicklung einbeziehen.

Bei der wertorientierten Risikobetrachtung werden alle zinstragenden Geschäfte in einer einheitlichen Cash-Flow-Übersicht abgebildet. Für Geschäfte ohne feste Zins- und/ oder Kapitalbindungen werden dabei produktspezifische Annahmen zugrunde gelegt. Für den aus dem Gesamt-Cash-Flow der Sparkasse errechneten Barwert wird anschließend das Verlustrisiko (Value-at-Risk) ermittelt. Dieses errechnet sich auf Basis einer historischen Simulation von Renditeveränderungen über den Planungshorizont von 12 Monaten mit einem Konfidenzniveau von 99 %. Bei der Steuerung des Zinsänderungsrisikos verfolgt die Stadtsparkasse Oberhausen grundsätzlich eine passive Steuerung. Dabei orientiert sich die Sparkasse an einer als effizient eingeschätzten Benchmark (gleitender 10-Jahres-Durchschnitt), wobei die Höhe des maximalen Risikos durch das absolut zur Verfügung gestellte Risikokapital determiniert wird. Abweichungen von dieser Benchmark zeigen ggf. Bedarf von Steuerungsmaßnahmen an und dienen als zusätzliche Information für zu tätigende Geschäfte.

Im Rahmen der Steuerung des gesamten Zinsbuches setzt die Sparkasse Zinsswaps ein. Nähere Informationen können der Übersicht im Anhang zum Jahresabschluss entnommen werden. Zur Absicherung der in einem Spezialfonds gehaltenen Aktienpositionen sowie eines in US-Dollar notierten Publikumsfonds wurden während des Jahres 2012 ebenfalls Finanzderivate eingesetzt. Die Absicherungen erfolgten dabei über Future- bzw. Devisentermingeschäfte. Darüber hinaus wurden in dem Spezialfonds der Stadtsparkasse Oberhausen auch Bund-Future-Geschäfte zur Umsetzung des aktiven Durationskonzeptes eingesetzt.

Zur Begrenzung der Risiken aus Marktpreisrisiken hat die Sparkasse auf Basis der eingesetzten Risikotragfähigkeitskonzepte Limite definiert, die die Übernahme von Marktpreisrisiken auf ein für die Stadtsparkasse Oberhausen tragbares Niveau begrenzen. Bedingt durch unterjährig durchgeführte Maßnahmen zur Angleichung des Zinsbuch-Cash-Flows an die festgelegte Benchmark unterlag das wertorientierte Zinsänderungsrisiko in 2012 erhöhten Schwankungen. Als Konsequenz dieser Maßnahmen wurde das entsprechende Risikolimit per Ende 2012 bewusst überschritten. Die Stadtsparkasse Oberhausen war allerdings zu keinem Zeitpunkt in 2012 ein „Institut mit erhöhtem Zinsänderungsrisiko“ im Sinne des BaFin-Rundschreibens

Nr. 11/2011. Die weiteren periodischen sowie wertorientierten Marktpreisrisikolimite werden per 31.12.2012 eingehalten, nachdem es per Ende 2011 zu einer Überschreitung des Limits für das periodische Zinsspannenrisiko kam. Aufgrund der positiven Entwicklungen an den Kapitalmärkten wird das periodische Risikolimit für die Wertpapierkursrisiken per Jahresende 2012 nicht in Anspruch genommen.

2.3 Liquiditätsrisiken

Die Liquiditätsrisiken werden in das Liquiditätsrisiko im engeren Sinne, das Refinanzierungsrisiko sowie das Marktliquiditätsrisiko unterteilt. Unter dem Liquiditätsrisiko im engeren Sinne wird die Gefahr verstanden, dass die Sparkasse ihren Zahlungsverpflichtungen nicht mehr uneingeschränkt nachkommen kann. Beim Refinanzierungsrisiko handelt es sich um das Risiko, dass Liquidität bei Bedarf nicht zu den erwarteten Konditionen beschafft werden kann. Als Marktliquiditätsrisiko bezeichnet man schließlich die unterschiedliche Leichtigkeit und Schnelligkeit, mit der Finanzmarktprodukte zu einem fairen Preis wieder veräußert werden können.

Als eine zentrale Basis für die Beurteilung der Zahlungsfähigkeit der Sparkasse dient die aufsichtsrechtlich vorgegebene Kennzahl gemäß Liquiditätsverordnung (Quotient aus den liquiden Aktiva und den Liquiditätsabflüssen für den folgenden Monat), die im abgelaufenen Jahr – wie bereits in 2011 – stets deutlich über dem erforderlichen Mindestwert von 1,0 lag und am Jahresende einen Wert von 4,90 % aufweist. Darüber hinaus wird das Liquiditätsrisiko mittels fünf standardisierter Szenariorechnungen sowie einer Liquiditätsübersicht beurteilt. Letztgenannte stellt eine Liquiditätsablaufbilanz mit kumulierter Cash-Flow-Betrachtung dar und umfasst einen Betrachtungshorizont von 10 Jahren. Durch eine ausreichende Liquiditätsvorsorge versucht die Sparkasse Liquiditätsrisiken zu vermeiden. Zur Steuerung der Liquidität bestehen Kreditlinien bei der Deutschen Bundesbank sowie inoffizielle Kreditlinien bei mehreren Landesbanken. Als weiteres Instrument nutzt die Sparkasse Offenmarktgeschäfte der Europäischen Zentralbank. Zur Sicherstellung eines ausreichenden Liquiditätspuffers unterhält die Sparkasse einen entsprechenden Bestand an refinanzierungsfähigen Titeln, die als Sicherheit zur Durchführung von Offenmarktgeschäften bei der EZB hinterlegt sind.

Zur Beurteilung des Refinanzierungsrisikos werden die benötigten institutionellen Geldaufnahmen sowie die am Geldmarkt zu zahlenden Refinanzierungsaufschläge von der Sparkasse fortlaufend überwacht. Darüber hinaus werden die potenziellen Auswirkungen eines schlagend werdenden Refinanzierungsrisikos in entsprechenden Szenariobetrachtungen beleuchtet. Aufgrund der stabilen Entwicklung der Kundeneinlagen sowie aufgrund von fälligen Wertpapieren im Depot A war – analog zum Vorjahr – auch in 2012 kein Erfordernis zur Aufnahme längerfristiger Refinanzierungsmittel gegeben. Dies ist zum einen vor dem Hintergrund erfreulich, dass sich die Aufschläge für institutionelle Refinanzierungsmittel immer noch auf einem deutlich höheren Niveau als vor dem Ausbruch der Finanzmarktkrise befinden und das Refinanzierungsrisiko somit gestiegen ist. Zum anderen ist das Refinanzierungsrisiko in den letzten Jahren durch die Veränderung der Kundeneinlagenstruktur hin zu variabel verzinslichen und kurzfristig verfügbaren Einlageprodukten gestiegen.

Zur Begrenzung des Refinanzierungsrisikos treibt die Stadtsparkasse Oberhausen die Erschließung alternativer Refinanzierungsquellen voran. Im Vordergrund steht dabei die Teilnahme an einer Pfandbrief-Pooling-Transaktion. Dazu wurden im Jahr 2012 vorbereitende prozessuale und technische Tätigkeiten durchgeführt.

Das Marktliquiditätsrisiko wird generell durch die Auswahl der zulässigen Vermögensklassen im Rahmen der Vermögensallokation sowie bei Investitionsentscheidungen hinsichtlich der konkreten Anlagealternative berücksichtigt. Zur Begrenzung des Marktliquiditätsrisikos hat die Sparkasse dabei in ihren Organisationsrichtlinien qualitative und quantitative Mindestanforderungen für die Eigenhandelsaktivitäten definiert. Neben der Festlegung eines benötigten Mindestratings der Emission/des Emittenten sind z. B. auch höhere Volumenslimite für öffentliche Anleihen und Pfandbriefe, die über eine vergleichsweise hohe Marktliquidität verfügen, definiert.

Die Stadtsparkasse Oberhausen hat auch in 2012 Eigenhandelsaktivitäten betrieben. Die in 2012 getätigten Wertpapierkäufe im Eigenbestand beschränkten sich, neben dem Erwerb einer staatsgarantierten Schuldverschreibung eines ausländischen Kreditinstitutes, auf Wertpapiere inländischer öffentlicher Stellen sowie Inhaberschuldverschreibungen von deutschen Kreditinstituten. Diese beiden Vermögensklassen dominieren zusammen mit Pfandbriefen deutscher Emittenten – wie bereits bei der Darstellung der Marktpreisrisiken aufgezeigt – auch den Gesamtbestand der Wertpapierdirektanlagen der Stadtsparkasse Oberhausen zum 31.12.2012. Das Limit für die G.u.V.-orientierten Liquiditätsrisiken ist per Jahresende – analog zum Vorjahr – nicht in Anspruch genommen.

2.4 Operationelle Risiken

Unter Operationellen Risiken sind die Risiken zusammengefasst, die zu Schäden für die Sparkasse infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder infolge von externen Einflüssen führen können. In dieser Definition ist auch das Rechtsrisiko enthalten, d. h. die Gefahr von Schäden durch Rechtsprozesse, Klagen etc.

Zur Identifizierung zukünftiger wesentlicher Schadenspotenziale werden jährlich Szenarien über mögliche Schadensereignisse aus den risikorelevanten Bereichen der Sparkasse und der Tochtergesellschaften erhoben und anschließend in Form einer Risikolandkarte dargestellt. Zur Schaffung einer einheitlichen Datenbasis und als Grundlage für die Ableitung von entsprechenden Maßnahmen werden des Weiteren die bereits eingetretenen Schäden aus Operationellen Risiken laufend in einer zentralen Schadensfalldatenbank erfasst.

Zur Begrenzung und Steuerung von Operationellen Risiken existieren aufgrund der vielschichtigen Ursachen diverse Regelungen und Verfahren in der Stadtsparkasse Oberhausen. Potenziellen Schäden durch Betrug, Irrtum oder Fahrlässigkeit von Mitarbeitern oder Dritten begegnet die Sparkasse mit entsprechenden Kontrollsystemen, deren Funktionsfähigkeit regelmäßig von der Innenrevision überwacht wird. Die fachliche Kompetenz der Mitarbeiter wird durch bedarfsgerechte Aus- und Fortbildungsmaßnahmen gestärkt und im Rahmen eines periodischen Beurteilungssystems überprüft. Für technische Risiken wie den Ausfall technischer Geräte und der erforderlichen EDV-Programme existieren entsprechende Notfallkonzepte, die die Funktionsfähigkeit des Betriebsablaufes auch bei unvorhersehbaren Ereignissen sicherstellen. Ferner sollen Operationelle Risiken durch die Auswahl zuverlässiger Dienstleister vermindert werden. Darüber hinaus wurden Versicherungen abgeschlossen, die gegebenenfalls eintretende Vermögensschäden weitgehend abfangen sollen. Zur Umsetzung der Anforderungen des § 25c Abs. 1 KWG ist in der Sparkasse darüber hinaus eine Stelle zur Verhinderung sonstiger strafbarer Handlungen angesiedelt.

Die Abwendung von Rechtsrisiken wird durch die Nutzung aktueller Vertragsvordrucke des Deutschen Sparkassen Verlages und bei außerhalb des Standards liegenden Verträgen durch die Einbindung unserer in die S Service Rhein-Ruhr GmbH ausgelagerten Rechtsabteilung erreicht. Im Bedarfsfall bedienen wir uns zusätzlicher externer Rechtsberatung.

Der nach Berücksichtigung von Zahlungen aus Versicherungen, Haftungsfonds o. ä. verbleibende Nettoschaden aus originären Operationellen Risiken weist in der Stadtsparkasse Oberhausen wie in den Vorjahren auch im Jahr 2012 keine nennenswerte Höhe auf. Dennoch werden die festgelegten Limite für operationelle Risiken zum 31.12.2012 – analog zum Vorjahr – überschritten. Nachdem die Überschreitung im Vorjahr aus der Anrechnung der gebildeten Rückstellung aus der damals noch laufenden Betriebsprüfung auf die Risikolimite für Operationelle Risiken resultierte, ist die Überschreitung per Ende 2012 auf die Bildung von Rückstellungen im Rahmen eines laufenden Rechtsstreites zurückzuführen.

2.5 Sonstige Risiken

Im Rahmen unseres periodischen Risikotragfähigkeitskonzeptes haben wir auch für das Provisionsüberschussrisiko und das Aufwandsrisiko im Verwaltungskostenbereich durch die Reservierung von Risikodeckungsmasse Vorsorge getroffen. Analog zum Vorjahr wurden die eingeräumten Risikolimite auch per 31.12.2012 eingehalten. Darüber hinaus berücksichtigt die Stadtsparkasse Oberhausen auch Modellrisiken in ihren periodischen und wertorientierten Risikotragfähigkeitskonzepten. Damit trägt die Sparkasse dem Risiko Rechnung, dass die hinter den zum Teil komplexen, im Rahmen der Banksteuerung verwendeten, Modellen stehenden Annahmen in der Praxis nicht oder nur teilweise eintreten. Da eine belastbare Quantifizierung dieses Risikos in der Vergangenheit noch nicht möglich war, wurde in 2012 ein Puffer als Risikolimit eingeräumt, wobei das Modellrisiko im periodischen Risikotragfähigkeitskonzept in das Zinsspannenrisiko mit einbezogen wurde.

In den letzten Jahren ist darüber hinaus das Reputationsrisiko verstärkt in den Fokus der Risikobetrachtung gerückt. Das Reputationsrisiko stellt für die Sparkasse ein Folgerisiko dar, da es i. d. R. dann (zusätzlich) entsteht, wenn andere wesentliche Risiken (z. B. operationelle oder Adressenausfallrisiken) schlagend werden. Negative Effekte bei Eintritt des Reputationsrisikos dürften sich insbesondere in Form eines Abzugs von Kundeneinlagen ergeben. Dieses Risiko wird implizit über das periodische Limit für Liquiditätsrisiken abgedeckt, welches per Ende 2012 allerdings nicht in Anspruch genommen wurde. Der im Jahr 2012 zu verzeichnende Einlagenzuwachs und steigende Privatgirokontenzahlen sind Beleg dafür, dass die regelmäßige, in weiten Teilen negative Presseberichterstattung im Zusammenhang mit den Problemen bei einem Unternehmenskunden der

Sparkasse im Jahr 2011 zu keinem nachhaltigen Vertrauensverlust der Kunden geführt hat. Darüber hinaus bestehen im Zusammenhang mit diesem Kreditnehmer aufgrund laufender Verfahren Rechtsrisiken. Die Sparkasse geht weiterhin davon aus, dass diese Risiken nicht schlagend werden und die Klagen abgewiesen werden.

Zur Stabilisierung der Westdeutschen Landesbank AG (WestLB) wurde im Dezember 2009 die Errichtung einer Abwicklungsanstalt beschlossen. Der Rheinische Sparkassen- und Giroverband, Düsseldorf (RSGV) ist entsprechend seines Beteiligungsanteils verpflichtet, tatsächliche liquiditätswirksame Verluste der Abwicklungsanstalt, die nicht durch das Eigenkapital der Abwicklungsanstalt und deren erzielte Erträge ausgeglichen werden können, bis zu einem festgelegten Höchstbetrag zu übernehmen. Auf die Stadtsparkasse Oberhausen entfällt als Mitglied des RSGV damit eine anteilige indirekte Verpflichtung entsprechend ihrer Beteiligung am RSGV. Somit besteht das Risiko, dass die Sparkasse während der voraussichtlich langfristigen Abwicklungsdauer aus ihrer indirekten Verpflichtung in Anspruch genommen wird. Für dieses Risiko wird die Sparkasse für einen Zeitraum von 25 Jahren aus den Gewinnen des jeweiligen Geschäftsjahres eine jahresanteilige bilanzielle Vorsorge bilden. Unter Berücksichtigung der Erkenntnisse nach Ablauf von 10 Jahren findet dann unter Einbeziehung aller Beteiligten eine Überprüfung des Vorsorgebedarfs statt. Analog zum Vorjahr wurde auch für das Geschäftsjahr 2012 eine entsprechende Vorsorge durch Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB getroffen.

3. Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Das Jahr 2012 war im Kundenkreditgeschäft insbesondere geprägt durch Probleme im Zusammenhang mit einem Darlehensportfolio gleichgelagerter Immobilienfinanzierungen. Trotz des damit verbundenen Wertberichtigungsbedarfs wird das definierte Risikolimit für das periodische Adressenausfallrisiko im Kundenkreditgeschäft zum 31.12.2012 – wie im Vorjahr – eingehalten. Darüber hinaus führte das vorherrschende Niedrigzinsniveau zu einer Belastung des Zinsergebnisses und damit zu einer Inanspruchnahme des entsprechenden periodischen Risikolimits. Entgegen der Situation im Vorjahr wird das Risikolimit per Jahresende 2012 jedoch nicht überschritten. Limitüberschreitungen zum 31.12.2012 sind hingegen im periodischen Risikotragfähigkeitskonzept beim Beteiligungsrisiko sowie im wertorientierten System beim Zinsänderungsrisiko zu verzeichnen. Beim erstgenannten belasten die erneut notwendige Wertberichtigung der Beteiligung an der Erwerbsgesellschaft der Sparkassen-Finanzgruppe zum Erwerb der Landesbank Berlin und die Sonderumlage im Zusammenhang mit dem durch die Beteiligung an der WestLB AG entstandenen Verlustvortrag in der Bilanz des RSGV das Ergebnis. Die Überschreitung beim wertorientierten Zinsänderungsrisiko ist auf Maßnahmen zur Annäherung an die definierte Benchmark zurückzuführen, die im Dezember 2012 getätigt wurden. Vor dem Hintergrund bestehender Freiräume bei anderen wertorientierten Risikolimiten wurde diese Überschreitung bewusst in Kauf genommen. Die Stadtsparkasse Oberhausen war zu keinem Zeitpunkt in 2012 ein „Institut mit erhöhtem Zinsänderungsrisiko“ im Sinne des BaFin-Rundschreibens Nr. 11/2011. Darüber hinaus kommt es per Ende 2012 zu Überschreitungen der festgelegten Limite für Operationelle Risiken, die auf die Bildung von Rückstellungen im Rahmen eines laufenden Rechtsstreites zurückzuführen sind. Da die übrigen Risikolimite eingehalten oder gar nicht beansprucht werden, steht zur Abdeckung der genannten Überschreitungen bei den übrigen Risikoarten noch ein ausreichender Freiraum zur Verfügung. Analog zum Vorjahr waren auch in 2012 auf Gesamthausebene sowohl die periodische als auch die wertorientierte Risikotragfähigkeit jederzeit gegeben. Die Gesamtlimitauslastungen lagen am 31.12.2012 periodisch bei 59,6 % bzw. wertorientiert bei 90,8 %. Insgesamt ist das Verhältnis der eingegangenen Risiken der Sparkasse zur Vermögens- und Ertragslage als angemessen zu bezeichnen; das Gesamtbankrisiko wird durch das vorhandene Risikodeckungspotenzial abgedeckt.

Im Rahmen des Risikocontrollings legt die Stadtsparkasse Oberhausen aufgrund der in den letzten Jahren eingetretenen Belastungen ein besonderes Augenmerk auf die Adressenausfallrisiken im Kundenkreditgeschäft. Aus diesem Grund fungiert die Stadtsparkasse Oberhausen seit Mitte 2012 auch als Pilotinstitut im Rahmen des DSGV-Projektes „Effizientes Kreditrisikomanagement“. Vor dem Hintergrund der Erkenntnisse aus der Finanzmarktkrise bilden die Adressenrisiko tragenden Wertpapiere im Depot A einen weiteren Schwerpunkt im Risikocontrolling. Diese Anlagen erfolgten im Rahmen der strategischen Vermögensallokation und dienen der langfristigen Anlage. Aufgrund der größtenteils guten Bonität der zum Jahresende im Depot A enthaltenen Emittenten wird erwartet, dass es in den nächsten Jahren zu keinen nennenswerten tatsächlichen Ausfällen kommen wird. Darüber hinaus wurde die Struktur der Eigenanlagen im Jahr 2012 weiter risikoreduzierend verändert. Zum einen wurde der Anteil der öffentlichen Anleihen inländischer Emittenten nochmals deutlich ausgeweitet, zum anderen wurden die in der Sparkasse definierten Volumenlimite für Emittenten und Kontrahenten zur Generierung einer verbesserten Granularität bei den Eigenanlagen spürbar reduziert.

Allen erkennbaren Risiken wurde durch Einzelwertberichtigungen oder Rückstellungen Rechnung getragen.

D. Prognosebericht

1. Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Laut der deutschen Bundesbank mehren sich die Indikatoren für eine anziehende Wirtschaftsdynamik. So soll der Welthandel 2013 wieder an Fahrt aufnehmen und schneller wachsen, als im Jahr zuvor. Der Internationale Währungsfond geht von einem Plus von 4,5% aus (OECD + 4,7%), während das Wachstum 2012 noch bei 3,2% lag. Ebenso soll auch die Weltproduktion einen leichten Anstieg von 3,6% bzw. 3,4% verzeichnen.
Dennoch bleiben die aktuellen Schätzungen weit hinter dem zurück, was in früheren, durch die Globalisierung angetriebenen Jahren erreicht wurde. Die weiterhin ungelösten Krisen dämpfen die konjunkturelle Entwicklung und bergen die Gefahr von nicht projizierten Rückschlägen.

Aktuelle Prognosen für die Vereinigten Staaten gehen von einem Wachstum von zwei Prozent aus, sofern das Haushaltsdefizit nicht noch zu unvorhergesehenen Schwierigkeiten führt. Auch Japan soll nach einem schwachen letzten Quartal 2012 in diesem Jahr wieder ein größeres Wachstum von 2% erreichen können.

Der Euroraum hingegen bleibt auch 2013 in einer Rezession stecken. Zwar zeigen die Maßnahmen zur Bekämpfung der Staatsschuldenkrise Resultate durch geminderte Risiken und eine bessere finanzielle Lage, sorgen zunächst aber für eine restriktive Wirkung. Der IWF geht für den gesamten Euroraum von einem Rückgang der Wirtschaft um -0,2% aus.

Deutschland kann sich indessen von dem vorliegenden Trend in Europa lösen. Zwar wird hierzulande kein enormes Wachstum erwartet, dennoch gehen die meisten Prognosen von neuen Impulsen ab dem Frühjahr 2013 aus. Der IWF erwartet einen Anstieg in Höhe von 0,6%. Dieser soll hauptsächlich von einem noch stärkeren privaten Konsum (+1,4% nach OECD) getragen werden, als es 2012 schon der Fall war.

Entscheidend für den konjunkturellen Aufwind können auch die im letzten Jahr schwachen Investitionsausgaben sein. Sollten sich die Unsicherheiten über den Krisenverlauf legen und neue Nachrichten über eine Krisenverschärfung ausbleiben, so könnten die im letzten Jahr oft nur verschobenen, nicht aber gestrichenen Anlageinvestitionen in diesem Jahr für positive Nachholeffekte sorgen. Inwiefern sich die Investitionstätigkeiten aber noch 2013 in den BIP-Jahreszahlen widerspiegeln hängt davon ab, wann diese eintreten. Der ifo-Geschäftsklimaindex, welcher sich schon gegen Ende des letzten Jahres verbesserte und zu Beginn diesen Jahres weiter anstieg, deutet jedenfalls auf eine Wende und einen frühen Zeitpunkt der wieder einsetzenden Investitionen hin. Die OECD geht von einem Plus von 0,9% bei den Anlageinvestitionen aus, während das gesamte BIP um 0,6% steigen soll. Die Bundesregierung prognostiziert ein Wachstum in Höhe von 0,4%.

Die Zinsen werden in diesem Jahr auf niedrigem Niveau verbleiben. Sowohl im privaten als auch im öffentlichen Sektor wird mehr gespart als noch vor der Krise. Dazu kommen noch hohe Ersparnisse aus asiatischen Ländern. Demgegenüber steht jedoch nur eine verhaltene Nachfrage nach Krediten und Investitionsvorhaben, weshalb schon realwirtschaftlich allerorts niedrige Zinsen herrschen. Bestätigt wird dieses Zinsniveau durch den Kurs der Geldpolitik, auch weiterhin, mit Blick auf kriselnde Industrieländer, die Leitzinsen nicht signifikant zu erhöhen.

Eine Gefahr der Inflation entsteht hierdurch aber noch nicht. So wird der Verbraucherpreisanstieg für Deutschland im Jahr 2013 auf das angepeilte Niveau von +2% geschätzt. Der Sachverständigenrat prognostizierte im November einen leichten Anstieg der Arbeitslosenquote im Jahr 2013 um 0,1% auf 6,9%.

Nordrhein-Westfalen weist in etwa die gleiche Wirtschaftsstruktur wie Deutschland auf. So dürfte der zu Beginn eines wirtschaftlichen Aufschwungs einsetzende Lagerzyklus der in NRW starken Branchen Chemie und Metall für gute Impulse sorgen. Ob diese dann aber auf Grund der Probleme in mehreren Abnehmerländern wie gewohnt stark ausfallen, bleibt abzuwarten.
Mit einem stärkeren staatlichen Antrieb ist mit Blick auf die hohe Verschuldung und die knappen Finanzen der Kommunen nicht zu rechnen.

2. Branchenentwicklung

Auf Basis der von uns für das Jahr 2013 erwarteten Zinsstrukturkurve wird die Generierung von Zinserträgen aus der Fristentransformation weiterhin möglich sein. Dabei gehen wir von einem gleichmäßigen Zinsanstieg bei allen Laufzeitbändern aus. Da allerdings nur mit einem sehr moderaten Renditeanstieg gerechnet wird, erwarten wir

keine nennenswerten Bewertungsrisiken. Weiter belastend für die Ertragsentwicklung der Kreditinstitute wird sich das bereits seit längerem vorherrschende und sich tendenziell fortsetzende Niedrigzinsniveau auswirken. Neben der negativen Auswirkung auf die Rendite der Vermögensanlage der Kreditinstitute werden die Margen im Einlagenbereich weiter zurückgehen.

Nach der Wachstumsschwäche Ende 2012 wird für das laufende Jahr wieder von einer konjunkturellen Belebung ausgegangen, wodurch die erforderliche Kreditrisikovorsorge für notleidende Kredite eine rückläufige Entwicklung vollziehen dürfte. Negative Auswirkungen auf die Risikovorsorge könnten sich dagegen aus einer Eskalation der Schuldenkrise ergeben. Die Aktienmärkte werden sich nach unserer Einschätzung volatil, in der Tendenz allerdings eher leicht steigend entwickeln, so dass auch hieraus keine größeren Belastungen zu erwarten sind.

Der harte Wettbewerb in der privaten Baufinanzierung wird sich weiter fortsetzen, da nunmehr auch Versicherungsgesellschaften sowie Hypothekenbanken mangels Anlagealternativen mit der Erschließung dieses Geschäftsfeldes begonnen haben.

Die Verschärfung der aufsichtsrechtlichen Regelungen wird deutliche Auswirkungen auf die weitere Entwicklung der Kreditinstitute hinsichtlich ihrer Ertragssituation und der Geschäftsstrukturen haben. Durch die stufenweise Einführung der neuen Eigenmittelquoten sowie die vorgesehene Übergangsphase für die vollständige Einhaltung der Liquiditätskennziffern wird den Kreditinstituten die Möglichkeit eingeräumt, die Geschäftsmodelle entsprechend anzupassen. Auch die Einführung der Höchstverschuldungsgrenze (Leverage Ratio) ist frühestens für das Jahr 2018 vorgesehen. Die möglichen negativen Auswirkungen dieses Instruments, insbesondere auf das mittel- und langfristige Kreditgeschäft, sind allerdings am deutlichsten, da hierbei voraussichtlich nicht nach dem Risikogehalt der zugrunde liegenden Geschäfte unterschieden wird. Eine Reaktion der Kreditinstitute auf die angekündigten aufsichtsrechtlichen Anforderungen wie zum Beispiel die Reduktion bzw. Optimierung der risikogewichteten Aktiva kann bei verschiedenen Banken bereits seit einigen Monaten beobachtet werden.

Weiterhin sind die Kreditinstitute seit 2011 zur Finanzierung eines Restrukturierungsfonds von Kreditinstituten in wirtschaftlichen Schwierigkeiten (Bankenabgabe) verpflichtet. Im Wettbewerb mit der übrigen europäischen Kreditwirtschaft belastet die Bankenabgabe die inländischen Kreditinstitute vor allem im Hinblick auf die direkten Rentabilitätsauswirkungen.

Die durch das Niedrigzinsniveau deutlich zurückgehenden Erträge sowie die steigenden aufsichtsrechtlichen Anforderungen können zunehmend zu einer Konsolidierung im Bankensektor mit dem Ziel der Kostenreduktion führen.

3. Entwicklung der Stadtsparkasse Oberhausen

Die Verbesserung der Rentabilität über die Erhöhung der Erträge bei gleichzeitiger Reduktion der Verwaltungs- und Risikokosten sowie die Steigerung des Kundengeschäftsvolumens und in Folge die Sicherung der Erfüllung der steigenden aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen (Basel III) stellen die zentralen Ziele unseres mittel- und langfristigen Handelns dar. Vor dem Hintergrund des beschriebenen kreditwirtschaftlichen Umfeldes (Stichwort Niedrigzinsniveau und den damit verbundene Ertragsbelastungen) steht in den nächsten Jahren die Reduktion der Verwaltungs- und Risikokosten im Fokus unserer Anstrengungen.

Die dauerhafte Bindung unserer Kunden an unser Haus steht im Zentrum unserer Bemühungen zur Steigerung bzw. Sicherung der Erträge. Die umfassende, ganzheitliche Beratung unserer Kunden mit dem S-Finanzkonzept durch gut ausgebildete und motivierte Mitarbeiter ist Mittelpunkt unserer Vertriebsstrategie. Zentrales Merkmal hierfür ist eine enge Kunde/Berater-Verbindung. Unterstützt wird diese Strategie durch eine kundenorientierte und effiziente Vertriebsorganisation, attraktive und am Kundenbedürfnis ausgerichtete Produkte sowie ansprechende und moderne Geschäftsräume.

Die konsequente Senkung der Verwaltungskosten stellt neben der Reduktion der Risikovorsorge im Kreditgeschäft die wesentliche Komponente zur Erreichung unserer mittel- und langfristigen Ziele dar. Hierzu haben wir ein Zukunftsprogramm erarbeitet, mit dem wir unter anderem in den nächsten drei Jahren eine deutliche Reduktion der Verwaltungskosten erreichen wollen. Neben einem weiteren Mitarbeiterabbau ist die Anpassung des Filialnetzes ein zentraler Ansatzpunkt.

Die Reduktion der Kreditrisikokosten wollen wir über eine risikoorientierte Kreditpolitik, verbesserte Kreditprozesse, kontinuierliche Mitarbeiterfortbildung und ein effizientes Kreditrisikomanagement mit klaren regelbasierten Verfahren erreichen.

Ausgehend von diesen übergeordneten Handlungsschwerpunkten erwarten wir die nachfolgend beschriebene Entwicklung.

Im Privatkundenkreditgeschäft wird sich der starke Wettbewerb im Baufinanzierungsgeschäft mit anderen Anbietern fortsetzen. Hinzu kommt ein begrenztes Angebot an Baugebieten in unserem Geschäftsgebiet. Über eine Stärkung des BaufinanzierungsCenters, verbunden mit einer aktiven Kundenansprache im Neugeschäft und bei Prolongationen, einer verbesserten Kundenüberleitung aus dem Filialvertrieb, die Intensivierung des Kreditgeschäftes im Renovierungs- und Modernisierungsbereich und einer verbesserten und intensivierten Zusammenarbeit mit Vermittlern und Vermittlerplattformen wollen wir den Bestand an Wohnungsbaufinanzierungen ausbauen. Bei der Vermittlung von Konsumentenkrediten erwarten wir eine Seitwärtsentwicklung.

Im gewerblichen Kreditgeschäft gehen wir aufgrund unserer risikoorientierten Kreditpolitik und den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Trägergebiet maximal von einer Seitwärtsentwicklung aus. Positive Impulse erwarten wir im Bereich der Kommunalkredite.

Trotz des niedrigen Zinsniveaus und des nach wie vor bestehenden Wettbewerbs um Kundeneinlagen mit einzelnen Bankengruppen erwarten wir einen leichten Anstieg der Bestände. Allerdings wird sich der Rückgang der Margen massiv fortsetzen. Beim in den letzten Jahren vorherrschenden Trend hin zu den variablen Einlagen erwarten wir auch im Jahr 2013 keine Änderung.

Insgesamt erwarten wir eine Steigerung des Kundengeschäftsvolumens. Bei der Entwicklung der Bilanzsumme gehen wir dagegen eher von einer Seitwärtsentwicklung aus.

Auf Basis unserer Zinseinschätzung werden wir auch im Jahr 2013 im Rahmen unserer Risikotragfähigkeit die Möglichkeit zur Generierung von Erträgen aus der Fristentransformation nutzen.

Im provisionstragenden Vermittlungsgeschäft gehen wir insgesamt von einer Seitwärtsentwicklung aus. Im Wertpapiergeschäft erwarten wir keine wesentliche Belebung gegenüber dem im Vorjahr deutlich rückläufigen Geschäftsfeld. Schwerpunkte im Bereich des provisionstragenden Vermittlungsgeschäft bilden die Versorgung unserer Kunden mit Altersvorsorgeprodukten, Lebensversicherungen und Bausparprodukten, das Vermittlungsgeschäft mit Konsumentenkrediten sowie das Kundenwertpapiergeschäft. Im Unternehmenskundenbereich bildet die Vermittlung von derivaten Produkten und Lösungen im Auslandsgeschäft ein weiteres wichtiges Standbein. Eine wesentliche Stütze des Provisionsergebnisses bleiben auch im Jahr 2013 die Erträge aus dem Giroverkehr.

Auf Basis unserer Planungsrechnungen und unter Berücksichtigung der oben gemachten Erläuterungen gehen wir derzeit für die Jahre 2013 und 2014 von einem deutlich rückläufigen ordentlichen Zinsergebnis aus. Das Zinsergebnis bleibt dennoch weiterhin die wichtigste Ertragsposition.

Für das Provisionsergebnis erwarten wir eine Seitwärtsentwicklung. Unter Berücksichtigung der Vertriebsziele im Geschäftbereich der S-Versicherungs- und Immobilien- Vermittlungsgesellschaft mbH gehen wir auf Basis unserer Planungen ebenfalls von einer Seitwärtsentwicklung der Ergebnisse aus.

Bei den Verwaltungskosten führen Preis- und Tarifsteigerungen sowie Sonderbelastungen zu einem Anstieg gegenüber dem Vorjahr. Ab 2014 erwarten wir aufgrund des laufenden Kostensenkungsprogramms mit einem Rückgang.

Im Kreditgeschäft gehen wir aufgrund der in der Vergangenheit konsequent vorgenommenen Vorsorge für latente Kreditrisiken und der risikoaversen Kreditpolitik von einem spürbaren Rückgang der Belastung des Jahresergebnisses aus. Beim Bewertungsergebnis aus dem Wertpapiergeschäft erwarten wir unter Berücksichtigung unserer Kapitalmarktprognose keine wesentlichen Belastungen.

Aus den Maßnahmen zur Stabilisierung der WestLB AG heraus wird die Sparkasse, wie in der Risikoberichterstattung unter dem Punkt „Sonstige Risiken“ dargestellt, in den nächsten Jahren einen Teil ihres Gewinnes als bilanzielle Vorsorge in den Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB einstellen. Nach den getroffenen Vereinbarungen ist der Fonds in den Jahren 2013 und 2014 jeweils mit rund 1,3 Mio. € zu dotieren.

Zusammenfassend gehen wir für die Jahre 2013 und 2014 von rückläufigen Erträgen aus. Durch die oben beschriebene Prognose einer deutlich reduzierten Belastung aus dem Bewertungsergebnis Kreditgeschäft erwarten wir jedoch insgesamt Bilanzgewinne in Höhe des Ergebnisses des Jahres 2012.

Risiken für den erwarteten Unternehmenserfolg stellen weiter rückläufige Margen bei einem fortgesetzten Rückgang des Zinsniveaus, ein verstärkter Wettbewerb im Bereich der privaten Baufinanzierung, ein starker Abfluss von Kundengeldern, eine mögliche negative konjunkturelle Entwicklung verbunden mit steigenden Kreditrisiken, ein massiver schneller Zinsanstieg, eine deutliche Verflachung der Zinskurve sowie neue Belastungen an den Kapitalmärkten durch eine weitere Eskalation der Staatsschuldenkrise dar.

Unter Würdigung aller genannten Risiko- und Belastungsfaktoren, der erwarteten Geschäftsentwicklung und der Umsetzung unseres Kostensenkungs- und Optimierungsprogrammes gehen wir für das Jahr 2013 von einem Jahresüberschuss aus, der eine Stärkung des Eigenkapitals zulässt. Für die weiteren Jahre nach dem Jahr 2013 erwarten wir leicht steigende Jahresüberschüsse, die eine weitere Stärkung des Eigenkapitals der Stadtsparkasse Oberhausen ermöglichen. Die angekündigten neuen Eigenkapitalanforderungen werden wir auf Basis unserer aktuellen Vermögenssituation und den Ergebnissen der Planungsrechnungen einhalten.

Der Prognosebericht gibt die Erwartung der Stadtsparkasse Oberhausen zur zukünftigen Entwicklung der Finanz-, Vermögens- und Ertragslage der Sparkasse zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichtes wieder.

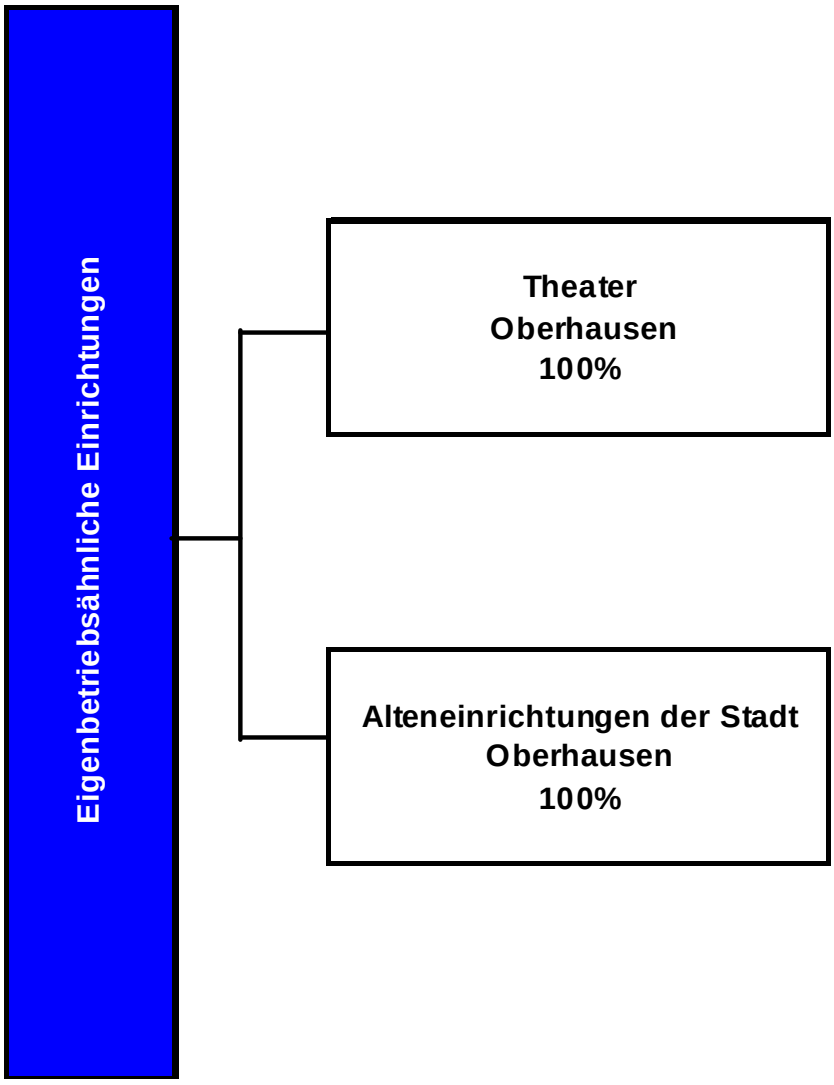
Trotz der vorhandenen Steuerungsinstrumente können die tatsächlichen Ergebnisse von der Prognose abweichen.

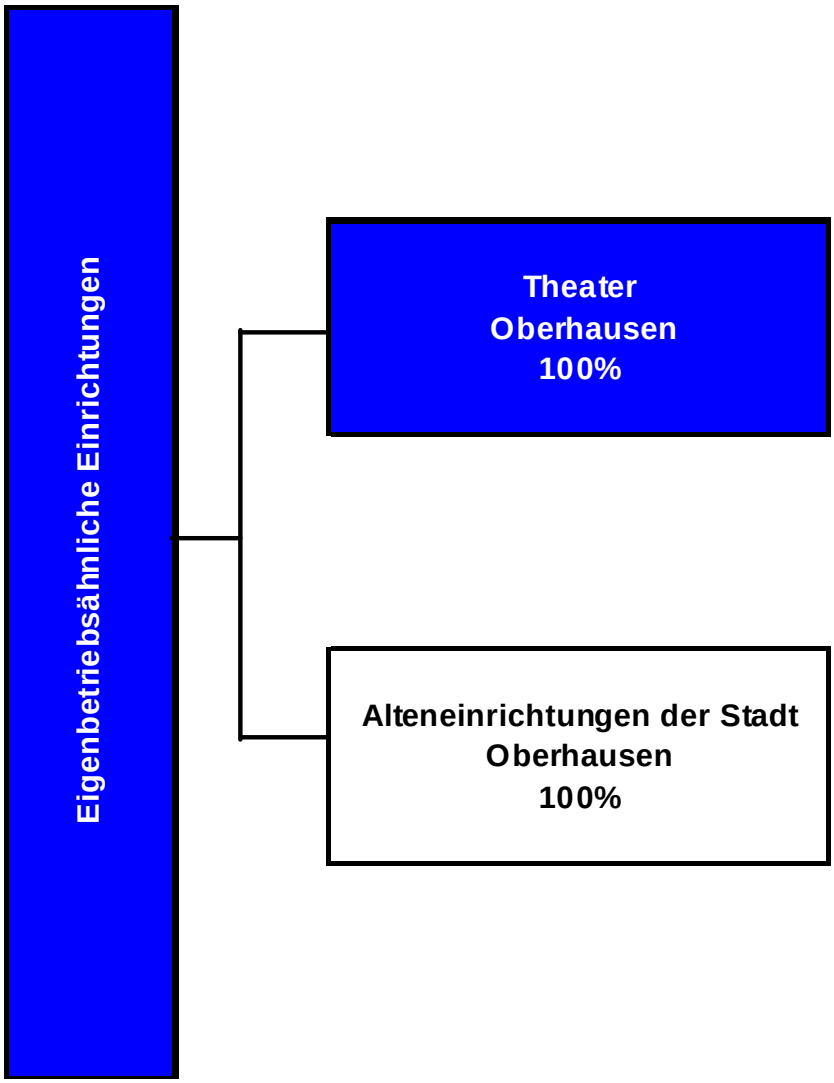
STADTSPARKASSE OBERHAUSEN

Oberhausen, im April 2013

Uppenkamp **Salhofen**

Eigenbetriebsähnliche Einrichtungen




Eigenbetriebsähnliche Einrichtungen
Theater Oberhausen 100%
Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen 100%

Theater Oberhausen

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Ebertstr. 82
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/85780
Fax	0208/8578325
e-Mail	info@theater-oberhausen.de
Internet	http://www.theater-oberhausen.de/

Rechtsform: Eigenbetriebsähnlicher Betrieb
Stammkapital in TDM: 100,00

Gesellschafter:	**TDM**	**%**
Stadt Oberhausen	100,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Das Theater der Stadt Oberhausen bildet eine eigenbetriebsähnliche Einrichtung und wird auf der Grundlage der gsetzlichen Vorschriften und den Bestimmungen der Betreibssatzung geführt.

Wichtige Verträge

Stadt Oberhausen	Treuhandüberlassungsvertrag vom 01.12.1998 zur Nutzung des Grundstücks (inkl. Gebäude) Ebertstraße 82 einschließlich fest verbundener Einbauten sowie der Betriebs- und Geschäftsausstattung des Theaters
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	Vertrag über die Anmietung der Probebühne vom 01.10.1998

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2012)

Geschäftsführung:	Betriebsleiter	Hennemann, Jürgen	
	Betriebsleiter	Carp, Peter	
Betriebsausschuss:	Vorsitzender	Schranz, Daniel	wird vertreten durch Plitt-Vogt, Marlies
	stellv. Vorsitzende	Jäntsch, Angelika	wird vertreten durch Wolter, Horst
	Mitglied	Arlt, Gerd	wird vertreten durch Hoff, Marc (Bgm.)
	Mitglied	Barwanietz, Thomas	wird vertreten durch Lenz, Eugen (Bgm.)
	Mitglied	Bongers, Sonja	wird vertreten durch Radtke, Dorothee
	Mitglied	Broß, Klaus Dieter	wird vertreten durch Nakot, Werner
	Mitglied	Cordes, Hubert	wird vertreten durch Emmerich, Karl-Heinz
	Mitglied	Flötgen, Michaela	wird vertreten durch Laß, Heike (Bgm.)

Mitglied	Flore, Manfred	wird vertreten durch Albrecht-Mainz, Elia
Mitglied	Gödderz, Sandra	wird vertreten durch Ilhan, Nuran
Mitglied	Grefermann, Jürgen	wird vertreten durch Janßen, Anne
Mitglied	Imlau, Hartmut	wird vertreten durch Helvali, Raci (Bgm.)
Mitglied	Köhler, Hans-Jürgen	wird vertreten durch Wischermann, Hermann
Mitglied	Lepges, Gerd	wird vertreten durch Heckhoff, Christian (Bgm.)
Mitglied	Mertens, Ursula	wird vertreten durch Paß, Eugen (Bgm.)
Mitglied	Stroh, Uly	wird vertreten durch Jansen, Dieter
Mitglied	Telli, Ercan	wird vertreten durch Weingärtner, Helga
Mitglied	Wingens, Ursula	wird vertreten durch Pflugbeil, Karl-Heinz (+ 01.05.2013)
Mitglied	Wolter, Marita	wird vertreten durch Stehr, Simone-Tatjana
stellv. Mitglied	Albrecht-Mainz, Elia	Pers. Stellvertretung für Flore, Manfred
stellv. Mitglied	Emmerich, Karl-Heinz	Pers. Stellvertretung für Cordes, Hubert
stellv. Mitglied	Heckhoff, Christian	Pers. Stellvertretung für Lepges, Gerd (Bgm.)
stellv. Mitglied	Helvali, Raci	Pers. Stellvertretung für Imlau, Hartmut (Bgm.)
stellv. Mitglied	Hoff, Marc	Pers. Stellvertretung für Arlt, Gerd
stellv. Mitglied	Janßen, Anne	Pers. Stellvertretung für Grefermann, Jürgen
stellv. Mitglied	Janßen, Dieter	Pers. Stellvertretung für Stroh, Uly
stellv. Mitglied	Laß, Heike	Pers. Stellvertretung für Flötgen, Michaela (Bgm.)
stellv. Mitglied	Lenz, Eugen	Pers. Stellvertretung für Barwanietz, Thomas (Bgm.)
stellv. Mitglied	Nakot, Werner	Pers. Stellvertretung für Broß, Klaus-Dieter
stellv. Mitglied	Paß, Eugen	Pers. Stellvertretung für Mertens, Ursula (Bgm.)
stellv. Mitglied	Pflugbeil, Karl-Heinz (+ 01.05.2013)	Pers. Stellvertretung für Wingens, Ursula
stellv. Mitglied	Plitt-Vogt, Marlies	Pers. Stellvertretung für Schranz, Daniel
stellv. Mitglied	Radtke, Dorothee	Pers. Stellvertretung für Bongers, Sonja
stellv. Mitglied	Stehr, Simone Tatjana	Pers. Stellvertretung für Wolter, Maria
stellv. Mitglied	Weingärtner, Helga	Pers. Stellvertretung für Telli, Ercan
stellv. Mitglied	Wischermann, Hermann	Pers. Stellvertretung für Köhler, Hans-Jürgen
stellv. Mitglied	Wolter, Horst	Pers. Stellvertretung für Jäntsch, Angelika
stellv. Mitglied	Ilhan, Nuran	Pers. Stellvertretung für Gödderz, Sandra

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2010		2011		2012		Veränder-ungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Umlaufvermögen	1.037,42	87,6	816,74	83,9	893,26	88,7	76,52	9,37
Rechnungsabgrenzungsposten	147,10	12,4	156,64	16,1	114,03	11,3	-42,61	-27,20
Bilanzsumme	**1.184,52**	**100,00**	**973,38**	**100,00**	**1.007,29**	**100,00**	**33,91**	**3,48**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	169,69	14,3	103,41	10,6	98,88	9,8	-4,53	-4,38
Rückstellungen	551,15	46,5	433,33	44,5	473,86	47,0	40,53	9,35
Verbindlichkeiten	273,73	23,1	315,80	32,4	434,55	43,1	118,75	37,60
Rechnungsabgrenzungsposten	189,95	16,0	120,83	12,4			-120,83	-100,00
Bilanzsumme	**1.184,52**	**100,00**	**973,38**	**100,00**	**1.007,29**	**100,00**	**33,91**	**3,48**

bb) GuV

	2010	2011	2012
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	466,45	550,18	629,48
sonstige betriebliche Erträge	8.843,45	8.697,99	9.437,12
Materialaufwand	1.232,82	527,44	1.279,72
Personalaufwand	6.261,74	6.751,50	6.593,52
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.789,88	1.958,92	2.187,49
Zinsen und ähnliche Aufwendungen			0,09
Ergebnis der gewöhnlichen Geschaftstätigkeit	25,46	10,31	5,77
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	25,46	10,31	5,77
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	25,46	10,31	5,77

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.07.2010	31.07.2011	31.07.2012	Angaben in
Umsatzrentabilität:	5,46	1,87	0,92	%
Eigenkapitalrentabilität:	17,65	11,07	6,20	%
Cash-Flow:	25,46	10,31	5,77	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	76,94	79,04	81,51	T€
Personalaufwandsquote:	67,26	73,00	65,50	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.7.2010	31.7.2011	31.7.2012	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	14,33	10,62	9,82	%
Fremdkapitalquote:	85,67	89,38	90,18	%

e) Lagebericht

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Das Theater Oberhausen wird als Öffentliche Einrichtung in der Rechtsform einer eigenbetriebsähnlichen Einrichtung betrieben und hat aufgrund seiner Satzung vom 19. Juni 2006 den Auftrag , die Darstellende Kunst mit Durchführung von Theateraufführungen und mit der Öffnung zu anderen Kunstgattungen zu fördern. Es betreibt dabei auch ein Kinder- und Jugendtheater. Das Theater Oberhausen wird nach den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung des Landes Nordrhein-Westfalen (EigVO NRW) und nach den Bestimmungen der Betriebssatzung geführt. Das Theater Oberhausen wird überwiegend öffentlich finanziert und verfolgt ausschließlich gemeinnützige Zwecke im Sinne der Abgabenordnung (AO).
Die Stadt Oberhausen ist eine im Strukturwandel befindliche Stadt im westlichen Ruhrgebiet mit ca. 215.000 Einwohnern. Weitere theatertragende Städte im Umfeld sind Duisburg, Moers, Essen und Gelsenkirchen.

Ertragslage

In Klammern : jeweils der Vorjahreswert
In der Spielzeit 2011/12 wurden in Oberhausen 348 (373) Veranstaltungen mit 60.102 (60.530) Besuchern durchgeführt. Die Platzausnutzung der eigenen Produktionen betrug 68,0 % (62,4%) der angebotenen Plätze. Der Spielplan umfasste im Großen Haus 15 (14), im Malersaal 12 (10) und in Außenspielstätten und Rauchbar 3 (5) Produktionen bzw. Veranstaltungsreihen. Ferner fanden 40 (42) Gastspiel- und Sonderveranstaltungen statt.

Das Theater Oberhausen gastierte bei 10 (6) eigenen Abstechern mit 20 Vorstellungen und erreichte auswärts ca. weitere 10.000 Besucher.

Entwicklung der **Umsatzerlöse:**

	31.07.11 EUR	31.07.12 EUR
Eintrittseinnahmen und Abstecher	550.175,00	629.476,72
Betriebl. Nebenerlöse	-,--	-,--
	550.175,00	629.476,72

Das wirtschaftliche Ergebnis schloss mit einem Jahresüberschuss von EUR 5.770,87 (Vorjahr EUR 10.308,44) ab.

Die **Erträge** lagen um TEUR 1.081 über dem Planansatz. Die Mehreinnahmen betreffen mit TEUR 387 Sonderzuschüsse für 10 Projekte, davon TEUR 191 für das NRW Theatertreffen in Oberhausen. Weitere 460 TEUR der Mehreinnahmen betreffen erhöhte Landeszuschüsse für 17 Monate.

Auf der Kostenseite haben sich im Bereich der **Personalkosten** Mehrausgaben in Höhe von TEUR 265 ergeben. Diese betreffen neben tariflichen Erhöhungen Kosten für Projekte, denen entsprechende Einnahmen durch Sonderzuschüsse gegenüberstehen.

Mehraufwendungen bei den **Sachkosten** (TEUR 810) resultieren im Wesentlichen aus der Sanierung der Obermaschinerie (TEUR 270), dem NRW-Theatertreffen (TEUR 200) und der Vielzahl von Sonderprojekten, denen ebenfalls Sonderzuschüsse gegenüberstehen.

Die Entwicklung im Bereich Personal stellt sich wie folgt dar:

Zahl der Beschäftigten	**1.8.11**	**31.7.12**	**Veränderung**
Künstler u. Künstl.-techn-Pers.	55,8	59,5	3,7
Verwaltungspersonal	9,6	9,8	0,2
Arbeiter	49,7	50,5	0,8
	115,1	119,8	4,7

Der Aufwand betrug TEUR 3.137 für Künstler und BTT –Kräfte und TEUR 2.728 für Beschäftigte nach TVöD. Gesetzliche und tarifvertragliche Sozialaufwendungen beliefen sich auf TEUR 1.330. Im Aufwand für das Künstl. Pers. sind auch Kosten für Gastschauspieler, -Regisseure und –Ausstatter enthalten.

Vermögens- und Finanzlage

Die vermögens- und Finanzlage stellt sich wie folgt dar:

	31. Juli 2011		**31. Juli 2012**		Verän-
	TEUR	%	TEUR	%	derung
Unfertige Ausstattungen	22	2,3	29	2,9	7
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	6	0,6	6	0,6	0
Forderungen an die Stadt Oberhausen	696	71,5	94	9,3	-602
Übrige Vermögensgegenstände und Rechnungsabgrenzungsposten	222	22,8	648	64,4	426
Kasse / Bank	27	2,8	230	22,8	203
Gesamtvermögen	973	100,0	1.007	100,0	34
Rücklagen	75	7,7	72	7,1	-3
Gewinn	28	2,9	26	2,6	-2
Eigenkapital	103	10,6	98	9,7	-5
Sonstige Rückstellungen	433	44,5	474	47,1	41
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	238	24,4	373	37,0	135
Übrige Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungsposten	199	20,5	62	6,2	-137
Kurzfristiges Fremdkapital	870	89,4	909	90,3	39
Gesamtkapital	973	100,0	1.007	100,0	34

Das **Eigenkapital** entwickelte sich wie folgt:

	01.08.2011	Zuführung	Auflösung	31.07.2012
Eingefordertes Gezeichnetes Kapital	0,00	0,00	0,00	0,00
Allg.Rücklage	14.366,02	0,00	0,00	14.366,02
Zweckgebundene Rücklage Rücklage	60.843,77	0,00	3.579,04	57.264,73
Gewinn	28.203,64			
Aufl. zweckgeb.Rücklage		3.579,04	0,00	
Gewinnausschüttung			10.308,44	
Jahresüberschuss		5.770,87	0,00	
Gewinn				27.245,11
	103.413,43	9.349,91	13.887,48	98.875,86

Entwicklung der Rückstellungen:

	01.08.2011	Verbrauch	Auflösung	Zuführung	31.07.2012
Instandhaltung	91.600,00	0,00	0,00	0,00	91.600,00
Zuwendung 13. Gehalt	87.500,00	87.500,00	0,00	87.500,00	87.500,00
Jahresabschlußprüfung	21.500,00	20.944,00	556,00	21.500,00	21.500,00
Sanierung Lüftungsanlage	131.494,87	0,00	106.494,87	0,00	25.000,00
Übrige	101.233,32	78.701,97	284,51	226.016,44	248.263,28
	433.328,19	187.145,97	107.335,38	335.016,44	473.863,28

Risikobericht

Die bestandsgefährdenden Risiken werden regelmäßig im Rahmen des Risikomanagements überprüft. Durch fachlich begleitete Betriebsbegehungen sowie die regelmäßige Wartung und Instandsetzung der Anlagen kann die Wahrscheinlichkeit eines Ausfalls der Anlagen verringert werden. Erst 2012 wurden rd. TEUR 270 zur Sicherstellung der Betriebs- und Arbeitssicherheit der technischen Anlagen aufgewendet. Auch den Folgen Höherer Gewalt (z.B. die Vernichtung eines Teil oder des gesamten Theatergebäudes, der Werkstätten und Probebühnen) wird durch regelmäßige Maßnahmen des Brandschutzes, turnusmäßige TÜV- bzw. Sachverständigenprüfungen und Wartungspläne für die maschinellen Anlagen begegnet.

Den entsprechenden Maßnahmen wird durch ausreichende Vorsorge im Wirtschaftsplan Rechnung getragen. Der Versicherungsschutz wird durch den Rechtsbereich der Stadt Oberhausen sichergestellt. Auch weniger gravierenden Risiken wird durch angemessene organisatorische Maßnahmen begegnet.

Das Besucherverhalten wird in regelmäßigen Sitzungen analysiert.

Veränderungen des Kommunalen- und des Landeszuschusses unterliegen nicht den Handlungsmöglichkeiten der Theaterleitung.

Prognosebericht

Zur künftigen Entwicklung ist unverändert festzustellen, dass die Lebensfähigkeit des Theaters von der Bezuschussung durch die Stadt Oberhausen abhängig ist. Hinsichtlich der voraussichtlichen Entwicklung muss weiterhin auf die dramatisch angespannte Haushaltslage der Stadt Oberhausen verwiesen werden. Für das Wirtschaftsjahr 2012/13 liegt ein mit Datum vom 07.05.2012 durch den Rat der Stadt Oberhausen beschlossener Wirtschaftsplan vor, welcher einen städtischen Zuschuss in Höhe von TEUR 7.785 ausweist. Vor diesem Hintergrund gehen wir von einem ausgeglichenen Ergebnis für 2012/13 aus.

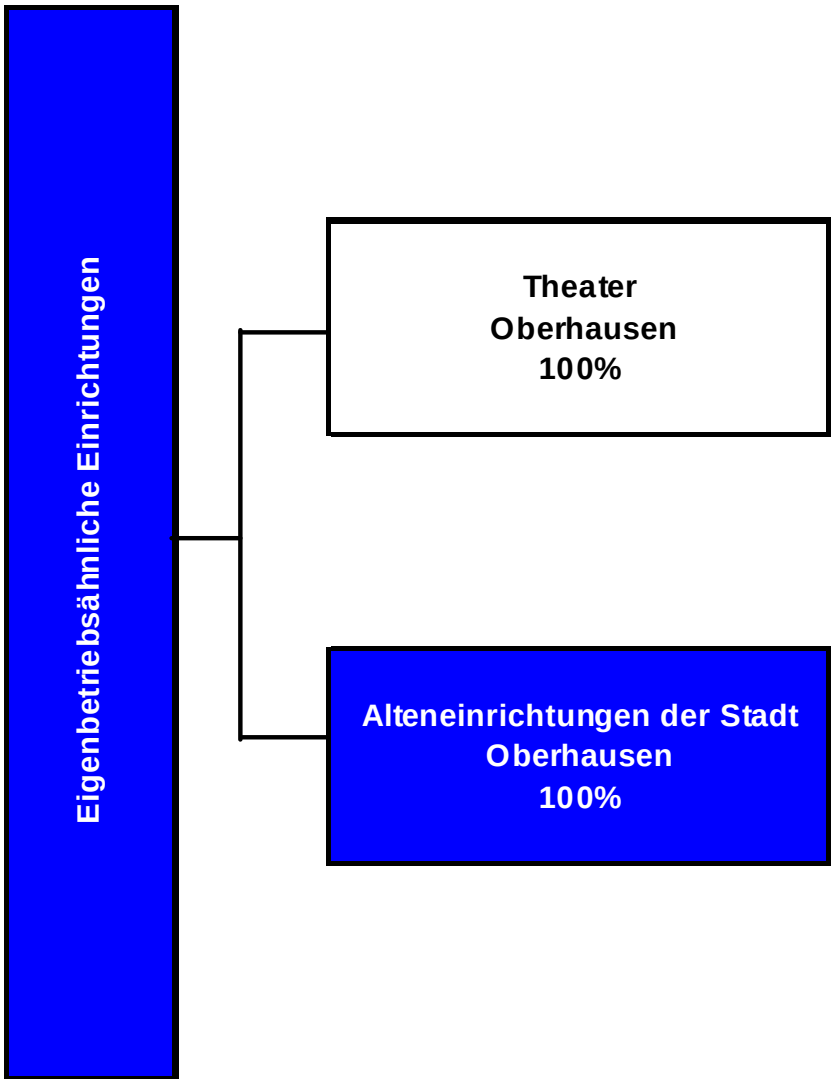
Die Bezirksregierung Düsseldorf hat mit Datum vom 8.9.2008 die Stadt Oberhausen mit Bezug auf § 82 GO unter vorläufige Haushaltsführung gestellt. Aufgrund des Stärkungspaktes für überschuldete Kommunen (§ 76 GO NRW) ist die Stadt Oberhausen verpflichtet, ab 2012 für zehn Jahre durchschnittlich mindestens 40 Mio. EUR p.a. einzusparen. Nach dem Haushaltssicherungsplan (HSP) 2012 soll durch massive Einsparungen und Einnahmeverbesserungen bereits 2016 der Haushaltsausgleich erfolgen und der Gesamthaushalt der Stadt bis 2021 ausgeglichen sein.
Das Theater Oberhausen soll im Rahmen des HSP ab 2015 jährlich durch „Zusammenarbeit mit einem anderen Theater (Fusion, Kooperation, Neugründung einer gemeinsamen Gesellschaft)“ 2 Mio. EUR einsparen. Gemäß HSP 2013 ff „ hält der Rat der Stadt weiterhin die Existenz der städtischen Bühnen für unverzichtbar. Die angestrebten Einsparbeträge dürfen nur durch Synergieeffekte aus einer Kooperation/Fusion mit anderen kommunalen Theatern erwirtschaftet werden.“
Das Theater hat in der Zeit von 2008 bis heute rd. 900 TEUR eingespart und wird im Geschäftsjahr 2012/13 mit weiteren rd. TEUR 200 zur Konsolidierung beitragen. Diese Vorgaben waren ohne eine grundsätzliche Gefährdung des Theaterbetriebes umsetzbar. Darüber hinausgehende Einsparmaßnahmen würden allerdings die Fortführung des Theaters in seiner jetzigen Form infrage stellen.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres haben sich nicht ergeben.

Oberhausen, den 28.Oktober 2012 Theater Oberhausen, Betriebsleitung

Peter Carp Jürgen Hennemann


Eigenbetriebsähnliche Einrichtungen
Theater Oberhausen 100%
Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen 100%

Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Elly-Heuss-Knapp Str. 3
46145 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/6911
Fax	0208/691770
e-Mail	udo.spiecker@oberhausen.de
Internet	http://www.aso-ggmbh.de/

Rechtsform: Eigenbetriebsähnlicher Betrieb
Stammkapital in TDM: 3.500,00

Gesellschafter:	**TDM**	**%**
Stadt Oberhausen	3.500,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Die "Ellly-Heuss-KnappStiftung" und das Louise-Schroeder-Heim" bilden einen Eigenbetrieb und werden auf der Grundlage der entsprechenden Regelungen der Eigenbetriebsverordnung und der Betriebssatzung geführt.

Zweck des Eigenbetriebs ist die Unterbringung, Betreuung, Versorgung sowie die ambulante und stationäre Pflege alter Menschen (Personenkreis im Sinne des § 53 der Abgabenordnung).

Der Eigenbetrieb führt den Namen "Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen".

Der Eigenbetrieb verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung. Der Satzungszweck wird verwirklicht insbesondere durch den Betrieb und die Unterhaltung der in Absatz 1 genannten Einrichtung.

Der Eigenbetrieb ist selbstlos tätig, er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

Mittel des Eigenbetriebes dürfen nur für die satzungsgemäßen Zwecke verwendet werden. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Eigenbetriebs fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Die Stadt Oberhausen erhält bei der Auflösung des Eigenbetriebs oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke nicht mehr als ihre eingezahlten Kapitaleinlagen und den gemeinen Wert ihrer geleisteten Sacheinlagen zurück.

Der Geschäftsbetrieb der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung liegt jedoch seit der erfolgten Ausgründung der ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH seit dem 01.01.2002 ausschließlich in der reinen Vermögensverwaltung, d. h. in der Verwaltung der Grundstücks- und Gebäudekomplexe Elly-Heuss-Knapp-Stiftung und Louise-Schroeder-Heim. Aufgrund der zwischen der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung und ASO gGmbH abgeschlossenen Pachtverträge obliegen Instandhaltungen sowie eventuelle Pächtereinbauten allein der ASO gGmbH, während gebäudebezogene Investitionen im handels- und steuerrechtlichen Sinne über die eigenbetriebsähnliche Einrichtung abzuwickeln sind.

Wichtige Verträge

ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Pachtverträge mit der ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH
Diverse	Mietverträge

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2012)

Geschäftsführung:	Betriebsleiter	Spiecker, Udo	
Betriebsausschuss:	Vorsitzende	Oberste-Kleinbeck, Kirsten	wird vertreten durch Vöpel, Dirk
	stellv. Vorsitzende	Willing-Spielmann, Ulrike	wird vertreten durch Wolter, Marita
	Mitglied	Blanke, Andreas	wird vertreten durch Axt, Birgit
	Mitglied	Brands, Beatriks	wird vertreten durch Albrecht-Mainz, Elia
	Mitglied	Groß-Mühlenbruch, Werner	wird vertreten durch Stappert, Claudia (Bgm.)
	Mitglied	Holtz, Gerd	wird vertreten durch Fürth, Joachim (Bgm.)
	Mitglied	Kamps, Jochen	wird vertreten durch Kösling, Anja
	Mitglied	Koppers, Peter	wird vertreten durch Janßen, Anne
	Mitglied	Nagels, Hans-Jürgen	wird vertreten durch Plitt-Vogt, Marlies
	Mitglied	Opitz, Stefanie	wird vertreten durch Laß, Heike
	Mitglied	Pusch, Jörg	wird vertreten durch Sarrafi, Ramin
	Mitglied	Radtke, Dorothee	wird vertreten durch Kösling, Klaus
	Mitglied	Röder, Alfred	wird vertreten dürch Pascheberg, René
	Mitglied	Runkler, Hans-Otto	wird vertreten durch Prakken, Jolanta (Bgm.)
	Mitglied	Schepers, Hermann-Josef	wird vertreten durch Rubin, Dirk
	Mitglied	Telli, Ercan	wird vertreten durch Bongers, Sonja
	Mitglied	Tscharke, Hans Josef	wird vertreten durch Stehr, Simone-Tatjana
	Mitglied	Weingärtner, Helga	wird vertreten durch Zimkeit, Stefan
	Mitglied	Breuckmann, Ludgerus	wird vertreten durch Weirich, Detlef (Bgm.)
	stellv. Mitglied	Albrecht-Mainz, Elia	Pers. Stellvertretung für Brands, Beatriks
	stellv. Mitglied	Axt, Birgit	Pers. Sellvertretung für Blanke, Andreas
	stellv. Mitglied	Bongers, Sonja	Pers. Stellvertretung für Telli, Ercan
	stellv. Mitglied	Janßen, Anne	Pers. Stellvertretung für Koppers, Peter
	stellv. Mitglied	Kösling, Anja	Pers. Stellvertretung für Kamps, Jochen
	stellv. Mitglied	Kösling, Klaus	Pers. Stellvertretung für Radtke, Dorothee
	stellv. Mitglied	Laß, Heike	Pers. Stellvertretung für Opitz, Stefanie
	stellv. Mitglied	Pascheberg, René	Pers. Stellvertretung für Röder, Alfred
	stellv. Mitglied	Plitt-Vogt, Marlies	Pers. Stellvertretung für Nagels, Hans-Jürgen
	stellv. Mitglied	Rubin, Dirk	Pers. Stellvertretung für Schepers, Hermann-Josef
	stellv. Mitglied	Stappert, Claudia	Pers. Stellvertretung für Groß-Mühlenbruch, Werner (Bgm.)

stellv. Mitglied	Stehr, Simone Tatjana	Pers. Stellvertretung für Tscharke, Hans Josef
stellv. Mitglied	Vöpel, Dirk	Pers. Stellvertretung für Oberste-Kleinbeck, Kirsten
stellv. Mitglied	Wolter, Marita	Pers. Stellvertretung für Willing-Spielmann, Ulrike
stellv. Mitglied	M.d.L. Zimkeit, Stefan	Pers. Stellvertretung für Weingärtner, Helga
stellv. Mitglied	Fürth, Joachim	Pers. Stellvertretung für Holtz, Gerd
stellv. Mitglied	Prakken, Jolanta	Pers. Stellvertretung für Runkler, Hans-Otto
stellv. Mitglied	Sarrafi, Ramin	Pers. Stellvertretung für Pusch, Jörg
stellv. Mitglied	Weirich, Detlef	Pers. Stellvertretung für Breuckmann, Ludgerus (Bgm.)

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2010		2011		2012		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebes	28.031,98	93,2					0,00	
Anlagevermögen	148,89	0,5	26.730,27	90,6	25.837,06	89,7	-893,21	-3,34
Umlaufvermögen	1.884,74	6,3	2.776,06	9,4	2.980,72	10,3	204,66	7,37
Bilanzsumme	**30.065,61**	**100,00**	**29.506,33**	**100,00**	**28.817,78**	**100,00**	**-688,55**	**-2,33**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	4.488,90	14,9	4.796,79	16,3	5.023,47	17,4	226,68	4,73
Sonderposten mit Rücklagenanteil	589,01	2,0	570,60	1,9	552,20	1,9	-18,40	-3,22
Rückstellungen	306,00	1,0	306,00	1,0	304,57	1,1	-1,43	-0,47
Verbindlichkeiten	24.681,71	82,1	23.832,94	80,8	22.937,54	79,6	-895,40	-3,76
Bilanzsumme	**30.065,61**	**100,00**	**29.506,33**	**100,00**	**28.817,78**	**100,00**	**-688,55**	**-2,33**

bb) GuV

	2010	2011	2012
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	2.606,42	2.436,48	2.352,12
sonstige betriebliche Erträge	45,01	89,64	22,41
Abschreibungen	3.818,52	920,02	958,59
sonstige betriebliche Aufwendungen	402,79	408,76	382,33
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	11,79	13,38	28,08
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	986,94	885,62	815,86
Ergebnis der gewöhnlichen Geschaftstätigkeit	-2.545,03	325,10	245,84
sonstige Steuern	17,21	17,21	19,16
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-2.562,24	307,89	226,68
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-2.562,24	307,89	226,68

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2012	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-98,30	12,64	9,64	%
Eigenkapitalrentabilität:	-36,34	6,86	4,73	%
Cash-Flow:	1.256,28	1.227,91	1.185,27	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2012	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,50	90,59	89,66	%
Eigenkapitalquote:	14,93	16,26	17,43	%
Fremdkapitalquote:	85,07	83,74	82,57	%

e) Lagebericht

I. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Der ASO-Verbund

Der ASO-Verbund besteht aus den beiden privatrechtlichen Gesellschaften „ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH“ und „ASO Service GmbH“ sowie aus der öffentlich-rechtlichen eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen“.

Dieser Lagebericht bezieht sich ausschließlich auf die eigenbetriebsähnliche Einrichtung.

Entsprechend der aktuellen Betriebssatzung vom Mai 2006 liegt der Geschäftsbetrieb der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung in der vermögensrechtlichen Erhaltung, Verwaltung und Weiterentwicklung der Grundstücks- und Gebäudekomplexe zur Ermöglichung der Unterbringung, Betreuung, Versorgung sowie der ambulanten und der stationären Pflege in der Regel alter Menschen. Der Zweck der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung liegt somit nicht im operativen Bereich der pflegerischen Dienstleistungspalette, sondern in der reinen Vermögensverwaltung.

Organe der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung sind gemäß Eigenbetriebsverordnung und Betriebssatzung der Betriebsausschuss und der Betriebsleiter. Die Aufgaben des Betriebsausschusses werden von den Mitgliedern des Sozialausschusses wahrgenommen. Betriebsleiter ist Herr Udo Spiecker.

Abgrenzung der Verantwortlichkeiten zwischen der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung und der ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH

Die Nutzung der sich über die eigenbetriebsähnliche Einrichtung im Eigentum der Stadt Oberhausen befindlichen Grundstücks- und Gebäudekomplexe richtet sich zunächst nach den beiden Pachtverträgen, die am 20. Juni 2002 zwischen der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung und der ASO gGmbH abgeschlossen worden sind. Danach ist die ASO gGmbH als Pächterin verpflichtet, die Substanz des gepachteten Anlagevermögens zu erhalten und zu erneuern. Dazu führt die Pächterin eigenverantwortlich Unterhaltungs- und Instandhaltungsarbeiten im Bereich der Einrichtungen für eigene Rechnung durch und übernimmt somit sämtliche mit der Abwicklung dieser Baumaßnahmen verbundenen Aufwendungen. Die Bausubstanz betreffende Investitionen (Erweiterung, Neubau), soweit es sich nicht um sogenannte Pächtereinbauten handelt, sind alleinige Sache der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung als Verpächterin, die sich zur Umsetzung ihrer Projekte der Pächterin bedient. Pächtereinbauten sind vor Beginn der jeweiligen Maßnahme mit der Verpächterin abzustimmen.

Gebäudebezogene Investitionen im handels- und steuerrechtlichen Sinne sind wie bereits vor Gründung der ASO gGmbH im Jahre 2001 über die vermögensverwaltende eigenbetriebsähnliche Einrichtung abzuwickeln, da die ASO gGmbH die hierfür entstehenden Kosten nicht bilanziell aktivieren kann (Investition in fremdes Eigentum).

Der sich auf die Elly-Heuss-Knapp-Stiftung beziehende Pachtvertrag vom 20. Juni 2002 wurde am 22.12.2006 dahingehend redaktionell verändert, dass eindeutig klargestellt wurde, dass Sonderabschreibungen von der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung getragen werden müssen und nicht in den von der ASO gGmbH zu tragenden Pachtzins einbezogen werden können.

Durch eine weitere Änderung des Pachtvertrages vom 22.12.2006 wurden die zum „Haus Bronkhorstfeld“ gehörende Grundstücksfläche und die zu ihm gehörende Gebäudesubstanz aus der Pachtzinsberechnung vom 20.06.2002 herausgelöst und insoweit auf die besonderen Regelungen des Pachtvertrages vom 22.12.2006 zwischen der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung und der ASO gGmbH für das neuerrichtete „Haus Bronkhorstfeld“ verwiesen.

Nach vorangegangener Beschlussfassung durch den Betriebsausschuss wurde hinsichtlich der Elly-Heuss-Knapp-Stiftung im Juli 2009 die dritte Änderung des Pachtvertrages vom 20.06.2002 vertraglich vereinbart. Danach wurde die bislang im Wesentlichen mit Haus II bebaute Grundstücksfläche ausparzelliert und besonderen vertraglichen Regelungen unterworfen.

Diese sehen für diese Teilfläche eine Pachtdauer von 50 Jahren vor, verpflichten den ASO-Eigenbetrieb als Verpächterin zum Abriss der auf der Teilfläche befindlichen Gebäudesubstanz und berechtigen die ASO gGmbH als Pächterin, die überlassene Fläche zu satzungsgemäßen Zwecken zu nutzen, insbesondere zu bebauen und an Dritte weiter zu verpachten. Der Pachtzins setzt sich zusammen aus einem einmaligen Zuschuss für den vom ASO-Eigenbetrieb zu tragenden Abriss von Haus II (in 2010) und dauerhaft jährlichen Zuschüssen in Höhe der noch auf Haus II liegenden jährlichen Darlehensverpflichtungen.

Weiterentwicklung der Gebäudestruktur der Elly-Heuss-Knapp-Stiftung

Mit dem Abriss von Haus II der Elly-Heuss-Knapp-Stiftung und der im Juli 2009 vereinbarten dritten Änderung des Pachtvertrages vom 20.06.2002 sollten die Voraussetzungen für die Errichtung eines Ersatzneubaus geschaffen werden. Dieser sollte entsprechend der Ratsentscheidung aus Februar 2009 auf der Abrissfläche errichtet werden, und zwar über die ASO gGmbH.

Aufgrund veränderter Rahmenbedingungen wurden jedoch von dieser die mit dem Bau gegebenenfalls verbundenen Risiken als zu hoch eingeschätzt, so dass der Aufsichtsrat der ASO gGmbH sich im Dezember 2009 für die Alternative des Wirtschaftsplans 2010 entschieden hatte, die den ursprünglich geplanten Neubau nicht mehr vorsah. Die abschließende Entscheidung durch die politischen Gremien wurde im Frühjahr 2010 getroffen. Der Rat der Stadt beschloss am 03.05.2010, von dem ursprünglich geplanten Ersatzneubau abzusehen und den Heimbetrieb im „Haus am Brunnen“ (Haus I) spätestens bis zum Ablauf der von Feuerwehr und

Bauordnung akzeptierten Übergangsfrist (30.06.2011) einzustellen.

Zugleich wurde vom Rat beschlossen, nach Einstellung des Heimbetriebs das „Haus am Brunnen“ abzureißen und die mit dem Abriss verbundenen Kosten von der ASO gGmbH tragen zu lassen. Ferner wurde diese verpflichtet, auch die auf dem Haus noch liegenden Darlehensverpflichtungen ebenfalls dauerhaft auch nach dem Abriss zu tragen.

Der Rat der Stadt und der ASO-Aufsichtsrat hatten sich nicht nur gegen den Ersatzneubau, sondern auch dafür ausgesprochen, für die durch den Abriss von „Haus am Brunnen“ frei werdende Fläche Nutzungsalternativen unter der Prämisse Wohnen, Betreuen und Versorgen älterer Menschen zu erarbeiten. Zugleich wurde der Geschäftsführer der ASO gGmbH von deren Aufsichtsrat beauftragt, mit der Stadt Oberhausen als Grundstückseigentümerin Kaufverhandlungen hinsichtlich der für die Bebauung notwendigen Fläche aufzunehmen. Darüber hinaus sollte die Frage des Erhalts des Saales der Elly-Heuss-Knapp-Stiftung bzw. der damit verbundene Kostenaufwand über das Architekturbüro Dr. Schramm-Frohnemann Partner, Gelsenkirchen, geklärt werden.

Auf der Grundlage der abgearbeiteten Prüfaufträge wurden von der Stadt als Eigentümerin und der ASO gGmbH folgende Entscheidungen in 2011 getroffen:

- Der Saal der Elly-Heuss-Knapp-Stiftung soll nicht abgerissen, sondern neu gestaltet werden.
- Auf der durch den Abriss vom „Haus am Brunnen“ frei werdenden Fläche sollen zwei sich gegenüberliegende Gebäude mit 30 bzw. 28 Wohnungen errichtet werden. Die Wohnungen verteilen sich auf jeweils 3 Geschosse zuzüglich Staffelgeschoss. In den beiden Staffelgeschossen sollen pro Gebäude 4 frei finanzierte Wohnungen ent-stehen, während die übrigen 50 Wohnungseinheiten mit öffentlichen Fördergeldern errichtet werden sollen.
- Die für den Neubau benötigte Grundstücksfläche wird ebenso wie die auf den Saal entfallende Fläche an die ASO gGmbH veräußert.
- Die mit dem Abriss von „Haus am Brunnen“ verbundenen Kosten sind von der ASO gGmbH zu tragen.

Am Ende des Jahres 2011 stand fest, dass das von der ASO gGmbH geplante Projekt auch die beantragte öffentliche Förderung erfahren würde, so dass die Realisierung des Bauvorhabens und eine dauerhafte adäquate Folgenutzung der fraglichen Grundstücksfläche
gewährleistet sein würden.

II. Wichtige Vorgänge des Berichtsjahres

Pächtereinbauten im Bereich des Louise-Schroeder-Heims

Seitens der ASO gGmbH als Pächterin wurden im Berichtsjahr umfangreiche Pächtereinbauten im Bereich der dortigen Zentralküche vorgenommen. Die Arbeiten wurden im Berichtsjahr abgeschlossen. Die oberhalb einiger Kellerräume gelegene Dachfläche neben dem Haupteingang des Louise-Schroeder-Heims wurde zu einer neuen Außenterrasse mit integriertem Raucherunterstand umgestaltet.

Instandhaltungs-/Instandsetzungsvertrag für Haus Bronkhorstfeld mit der OGM GmbH

Mit Schreiben vom 20.12.2012 wird von der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH im Hinblick auf den zwischen ihr und dem ASO Eigenbetrieb bestehenden Instandhaltungs- und Instandsetzungsvertrag auf eine ihres Erachtens bestehende Äquivalenzstörung hingewiesen, die eine Anpassung des Vertrages erforderlich mache.

Diese könne nach dem Verständnis der OGM auf Seiten der Leistungsbeschreibung und / oder auf Seiten der Vergütung erfolgen.

Der Anpassungswunsch der OGM wird zur Zeit geprüft und soll nach Abschluss dem Betriebsausschuss zur Entscheidung vorgelegt werden. Sollte es zu Mehrkosten zu Lasten des Eigenbetriebes kommen, müssten diese ausschließlich von diesem getragen werden. Die ASO gGmbH als Pächterein von „Haus Bronkhorstfeld“ ist insoweit nicht Vertragspartner der OGM und schon deshalb nicht zur Übernahme von Mehrkosten verpflichtet.

Verwaltungskostenerstattung an die Stadt Oberhausen

Seitens der Finanzverwaltung der Stadt wurde Anfang Juli 2012 mitgeteilt, dass dort eine Neuermittlung der Verwaltungskostenerstattungen vorgenommen würde. Der ursprünglich von dort angedachte Betrag von 27.230,00 Euro wurde nach verschiedenen Hinweisen der Betriebsleitung auf 24.580,00 Euro reduziert; an dem für die Verwaltung der ASO-Darlehen geforderten Betrag von 24.440,00 Euro wurde jedoch festgehalten.

III. Darstellung der Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage

Ertragslage

Für das Geschäftsjahr 2012 ergibt sich ein Jahresüberschuss von 227 T€ (Vorjahr 308 T€).

Die Umsatzerlöse sanken gegenüber dem Vorjahr um 85 T€ von 2.437 T€ auf 2.352 T€ und entfallen dabei auf die Mieterlöse von der ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH mit 2.342 T€ sowie Mieterlösen von Dritten mit 10 T€.

Die sonstigen betrieblichen Erträge verringerten sich im Geschäftsjahr um 67 T€ auf 4 T€ und entfallen dabei im Wesentlichen auf Versicherungs- sowie Nebenkostenerstattungen.

Die Abschreibungen stiegen investitionsbedingt um 39 T€ auf 959 T€.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind um 27 T€ auf 382 T€ zurückgegangen (Vorjahr 409 T€). Hierbei konnten im Wesentlichen die periodenfremden Aufwendungen reduziert werden (im Vorjahr erfolgte eine Zahlung von 30 T€ an die OGM GmbH im Zusammenhang mit der Aufrechnung gegenseitiger Ansprüche im Rahmen der Schlussrechnung Generalübernehmervertrag Abriss Haus II).

Das Finanzergebnis verbesserte sich schließlich zinssatz- sowie tilgungsbedingt um 84 T€ auf -788 T€.

Vermögens- und Finanzlage

Das Anlagevermögen wird durch langfristiges Kapital am Bilanzstichtag nicht gedeckt. Die Unterdeckung hat sich um 228 T€ von 2.082 T€ auf 2.310 T€ verschlechtert. Der Anteil des langfristigen Kapitals an der Bilanzsumme ist zum Vorbilanzstichtag mit 82 % gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen (Vorjahr 84 %).

Die Liquidität II. Grades ist auf 1.720 T€ (Vorjahr 1.607 T€) gestiegen und deckt den Finanzierungsbedarf im betrieblichen Bereich 9,5 Monate (Vorjahr 8,6 Monate).

IV. Nachtragsbericht

Seit Abschluss des Geschäftsjahres zum 31.12.2012 bis zur Aufstellung dieses Lageberichtes in 2013 gab es keine signifikanten Abweichungen hinsichtlich der Entwicklung der wirtschaftlichen Situation des Eigenbetriebes.

V. Risikobericht

Die gesamte Gebäudesubstanz ist langfristig an die ASO gGmbH verpachtet. Der vereinbarte Pachtzins stellt sicher, dass die gesamten Erstellungskosten in vollem Umfange refinanziert werden. Da die Absicherung der Pachterlöse jedoch unmittelbar mit der finanziellen Entwicklung der ASO gGmbH als Betreiberin des operativen Geschäfts verbunden ist, muss der ASO Eigenbetrieb sein besonderes Augenmerk auf die Auslastungsquoten des stationären Betriebszweiges der ASO gGmbH richten. Insoweit muss im Rahmen dieses Risikoberichtes auf die weiter rückläufige Auslastung des Louise-Schroeder-Heims hingewiesen werden. Diese ist erneut um etwa 4 % auf nunmehr 91,50 % im Jahresdurchschnitt zurückgegangen. Bei der Risikobewertung muss jedoch berücksichtigt werden, dass es der ASO gGmbH als Betreiberin der Einrichtung bislang gelungen ist, insbesondere die Personal-kosten der rückläufigen Auslastungsentwicklung anzupassen. Insoweit wird auch zur Zeit das damit verbundene Risiko noch als kalkulierbar eingeschätzt.

Bestandsgefährdende Risiken sind nicht zu erkennen.

VI. Prognosebericht

Für 2013 wird seitens der Betriebsleitung mit einem Geschäftsjahr gerechnet, das sich im Rahmen des beschlossenen Wirtschaftsplanes und somit ohne besondere Probleme entwickeln wird. Diese Einschätzung müsste korrigiert werden, sollten sich z.B. durch die von OGM gewünschte Vertragsanpassung unvorhergesehene finanzielle Mehrbelastungen ergeben oder bislang vergebene Instandhaltungsmaßnahmen vom Eigenbetrieb in eigener Regie erledigt werden müssten.

Oberhausen, den 22. Februar 2013

ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen

gez. Udo Spiecker
Betriebsleiter

Besetzung der Gesellschaftsorgane (Stand 20.08.2013)

Vertreter/innen der Stadt Oberhausen in Hauptversammlungen, Gesellschafterversammlungen

	Frind, Reinhard	Janßen, Anne	Klunk, Peter	Overkamp, Werner	Suhr, Rainer	Tsalastras, Apostolos	Wehling, Klaus	Weingärtner, Helga	Vorstand der evo AG	Vorstand der STOAG	Geschäftsführung der FSO Verwaltungs- GmbH	Geschäftsführung der Biostrom Oberhausen Management GmbH	Bevollmächtigte/r der STOAG	Bevollmächtigte/r der STOAG	Bevollmächtige/r der Gesellschafter	Geschäftsführung der KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft GmbH
ASO gGmbH	X															
ASO Service	X															
BFO	X															
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG												X				
Biostrom Oberhausen Management GmbH									X							
d-NRW					X											
ENO						X										
evo										X						
evo Energie-Netz GmbH									X							
FSO GmbH & Co.KG											X		X			
FSO Verwaltungs- GmbH													X			
Gasometer						X										
GMVA							X									
IKF						X										
KSBG																X
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH															X	
LAH						X										
Lokalfunk						X										
Lokalfunk Verw. mbH						X										
OGM							X									
OVP				X												
PBO				X												
Quantum									X							
Revierpark								X								
RWE Aktiengesellschaft														X		
RW Holding														X		
RWW		X														
STOAG		X														
strasserauf GmbH									X							
TMO							X									
TZU							X									
VKA							X									
VZS			X													
WBO							X									
WFO						X										

Vertreter/innen der Stadt Oberhausen in Aufsichtsräten u. ä.

	ASO gGmbH	BFO	CVUA-RRW	ENO	evo	GMVA	IKF	KSBG mbH	LAH	OGM	PBO	Revierpark	SSO	STOAG	TMO	WBO	WFO
Albrecht-Mainz, Elia	(X)	(X)		X			(X)				X				X		
Antwerpen, Christina															X		
Arlt, Gerd							X										
Axt, Birgit	(X)	(X)															
Axt, Norbert										X							
Bandel, Frank						X											
Barkowsky, Arndt													(X)				
Barwanietz, Thomas							X										
Benter, Christian													X				
Blanke, Andreas	X	X															
Bongers, Sonja	(X)	(X)					X		X								
Boos, Regina															X		
Brands, Beatriks	X	X											X				
Breuckmann, Ludgerus	X	X															
Broß, Klaus Dieter					X		X		X				(X)				
Carstensen, Jens														X			
Cordes, Hubert							X			X			(X)				
Czichy, Helmut						(X)											
Dellwig, Magnus											X						
Emmerich, Karl-Heinz							(X)							X		X	
Flore, Manfred							X			X			(X)				
Flötgen, Michaela							X										X
Fürth, Joachim	(X)	(X)															
Gäng, Thomas				X													
Gödderz, Sandra							X		X				(X)		X		
Gohlke, Klaus		(X)															
Grefermann, Jürgen							X									X	
Große Brömer, Wolfgang				X		X					X		X				X
Hake, Michael																	X
Hansen, Heike	(X)	(X)															
Heckhoff, Christian							(X)										
Helvali, Raci							(X)										
Hoff, Marc							(X)										
Holtz, Gerd	X	X															
Hüttemann, Claudia							X										
Ilhan, Nuran							(X)										
Imlau, Hartmut							X										
Janßen, Anne	(X)	(X)					(X)						X				X
Janßen, Dieter				X			(X)							X			
Jäntsch, Angelika							X		X	X			(X)		X		

	ASO gGmbH	BFO	CVUA-RRW	ENO	evo	GMVA	IKF	KSBG mbH	LAH	OGM	PBO	Revierpark	SSO	STOAG	TMO	WBO	WFO
Kamps, Jochen	X	X															
Kawicki, Achim	X																
Klunk, Peter										X					X		
Kocks, Sandra							(X)										
Köhler, Hans-Jürgen							X		X								
Koppers, Peter	X	X															
Kösling, Anja	(X)	(X)															
Kösling, Klaus	(X)	(X)															
Laß, Heike	(X)	(X)					(X)										
Lenz, Eugen							(X)										
Lepges, Gerd							X										
Marx, Petra															X		
Matzat, André	(X)	(X)															
Mertens, Ursula							X										
Motschull, Frank												X				X	
Müthing, Christa						(X)							(X)	X			
Nagels, Hans-Jürgen	X	X														X	
Nakot, Werner							(X)			X			(X)				
Oberste-Kleinbeck, Kirsten	X	X												X			
Ohletz, Horst			X														
Opitz, Stefanie	X	X															
Osmann, Denis										X							
Paasch, Dirk										X							
Pascheberg, René	(X)	(X)							X					X			
Paß, Eugen							(X)										
Plew, Peter					X											X	
Plitt-Vogt, Marlies	(X)	(X)					(X)								X		
Prakken, Jolanta	(X)	(X)															
Pusch, Jörg	X	X															
Radtke, Dorothee	X	X					(X)										
Real, Ulrich															X		
Röder, Alfred	X	X					(X)										
Rubin, Dirk	(X)	(X)													X		
Runkler, Hans-Otto	X	X											X	X			
Schepers, Hermann-Josef	X	X											X				
Schmidt, Georgis															X		
Schmidt, Jürgen						X											
Schranz, Daniel					X		X				X		X				X
Schucker, Rainer																X	
Schuler, Immanuel													(X)				
Siodmak, Brigitte	(X)	X															

	ASO gGmbH	BFO	CVUA-RRW	ENO	evo	GMVA	IKF	KSBG mbH	LAH	OGM	PBO	Revierpark	SSO	STOAG	TMO	WBO	WFO
Stappert, Claudia	(X)	(X)															
Stehr, Simone Tatjana	(X)	(X)					(X)			X							
Stroh, Uly							X								X		
Telli, Ercan	X	X					X									X	
Tsalastras, Apostolos											X						
Tscharke, Hans Josef	X	X		X													X
Vöpel, Dirk	(X)	(X)			X	(X)											X
Wehling, Klaus				X	X			X			X			X			X
Weingärtner, Helga	X	X					(X)					X					
Weirich, Detlef	X	X															
Wilke, Volker													X				
Willecke, Thomas									X								
Willing-Spielmann, Ulrike	X	X														X	
Wingens, Ursula							X						X				X
Wischermann, Hermann							(X)					X					
Wittmann, Regina				X							X			X			
Wolter, Horst							(X)						X				
Wolter, Marita	(X)	(X)					X							X			
Zimkeit, Stefan	(X)	(X)								X							

X Mitglied

(X) stellvertretendes Mitglied

☐ Vertreter/in gem. § 113 (2) GO NRW

Besetzung der Betriebsausschüsse

	ASO Eigenbetrieb	Theater Oberhausen
Albrecht-Mainz, Elia	(X)	(X)
Arlt, Gerd		X
Axt, Birgit	(X)	
Barwanietz, Thomas		X
Blanke, Andreas	X	
Bongers, Sonja	(X)	X
Brands, Beatriks	X	
Breuckmann, Ludgerus	X	
Broß, Klaus Dieter		X
Cordes, Hubert		X
Emmerich, Karl-Heinz		(X)
Flore, Manfred		X
Flötgen, Michaela		X
Fürth, Joachim	(X)	
Gödderz, Sandra		X
Grefermann, Jürgen		X
Hansen, Heike	(X)	
Heckhoff, Christian		(X)
Helvali, Raci		(X)
Hoff, Marc		(X)
Holtz, Gerd	X	
Ilhan, Nuran		(X)
Imlau, Hartmut		X
Janßen, Anne	(X)	(X)
Janßen, Dieter		(X)
Jäntsch, Angelika		X
Kamps, Jochen	X	
Köhler, Hans-Jürgen		X
Koppers, Peter	X	
Kösling, Anja	(X)	
Kösling, Klaus	(X)	
Laß, Heike	(X)	(X)
Lenz, Eugen		(X)

	ASO Eigenbetrieb	Theater Oberhausen
Lepges, Gerd		X
Matzat, André	(X)	
Mertens, Ursula		X
Nagels, Hans-Jürgen	X	
Nakot, Werner		(X)
Oberste-Kleinbeck, Kirsten	X	
Opitz, Stefanie	X	
Pascheberg, René	(X)	
Paß, Eugen		(X)
Plitt-Vogt, Marlies	(X)	(X)
Prakken, Jolanta	(X)	
Pusch, Jörg	X	
Radtke, Dorothee	X	(X)
Röder, Alfred	X	(X)
Rubin, Dirk	(X)	
Runkler, Hans-Otto	X	
Schepers, Hermann-Josef	X	
Schranz, Daniel		X
Stappert, Claudia	(X)	
Stehr, Simone Tatjana	(X)	(X)
Stroh, Uly		X
Telli, Ercan	X	X
Tscharke, Hans Josef	X	
Vöpel, Dirk	(X)	
Weingärtner, Helga	X	(X)
Weirich, Detlef	X	
Willing-Spielmann, Ulrike	X	
Wingens, Ursula		X
Wischermann, Hermann		(X)
Wolter, Horst		(X)
Wolter, Marita	(X)	X
Zimkeit, Stefan	(X)	

Vergütungsbericht 2012
(tlw. gerundet)

Mandatsträger	Funktion	Vergütung in EUR
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH		
Geschäftsführung		
Spiecker, Udo	Geschäftsführer	134.000,00
ASO Service GmbH		
Geschäftsführung		
Spiecker, Udo	Geschäftsführer	3.000,00
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH		
Geschäftsführung		
Kawicki, Achim	Geschäftsführer	51.000,00
evo Energieversorgung Oberhausen AG		
Aufsichtsrat		
Wehling, Klaus	Vorsitzender (Mitglied gem. § 113 GO)	9.519,23
Böddeling, Bernd	1. stellv. Vorsitzender	8.855,77
Püttmann, Uwe	2. stellv. Vorsitzender (AN)	4.932,69
Broß, Klaus Dieter	Mitglied	3.288,46
Dr. Glimpel, Thomas	Mitglied	3.288,46
Dr. Schröder, Achim	Mitglied	5.250,00
Dr. Schulte, Franz-Josef	Mitglied	5.250,00
Plém, Peter	Mitglied	556,39
Reichardt, Jürgen	Mitglied	5.250,00
Schranz, Daniel	Mitglied	5.250,00
Vöpel, Dirk	Mitglied	5.250,00
Michel, Ralf	Mitglied (AN)	5.250,00
Neuhaus, Jürgen	Mitglied (AN)	3.288,46
Tirbs, Markus	Mitglied (AN)	3.288,46
Gasometer Oberhausen GmbH		
Geschäftsführung		
Schmitz, Jeanette	Geschäftsführerin	79.328,08

Mandatsträger	Funktion	Vergütung in EUR
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH		
Geschäftsführung		
Dr. Gass, Lars Henrik	Geschäftsführer	86.123,78
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH		
Aufsichtsrat		
Dr. Scholz, Ottilie	Vorsitzende	12.000,00
Sikorski, Ralf	1. stellv. Vorsitzender	9.000,00
Britz, Franz-Josef	Mitglied	7.000,00
Dr. Bartels, Ralf	Mitglied	6.500,00
Dreckmann, Johannes	Mitglied	6.167,00
Dr. Heidinger, Michael	Mitglied	5.000,00
Dr. Janning, Hermann	Mitglied	6.500,00
Dr. Nies, Susanne	Mitglied	7.000,00
Jung, Andreas	Mitglied	7.000,00
Loick, Wilhelm	Mitglied	6.500,00
Melis, Ralf	Mitglied	6.500,00
Monegel, Ulrich	Mitglied	7.000,00
Muth, Heiner	Mitglied	7.000,00
Prasch, Axel	Mitglied	6.500,00
Rohde, Horst	Mitglied	7.000,00
Sierau, Ulrich	Mitglied	6.500,00
Süpke, Sabine	Mitglied	6.500,00
Woll, Klaus Dieter	Mitglied	7.000,00
Wehling, Klaus	Mitglied gem. § 113 GO	7.000,00
Prof. Dr. Knorre, Susanne	2. stellv. Vorsitzende	9.500,00
Geschäftsführung		
Bückemeyer, Dietmar (i.R.)	Geschäftsführer	12.000,00
Pehlke, Guntram	Geschäftsführer	12.000,00
Wilmert, Bernhard	Geschäftsführer	12.000,00

Mandatsträger	Funktion	Vergütung in EUR
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH		
Aufsichtsrat		
M.d.L. Zimkeit, Stefan	Vorsitzender	5.120,00
Broll, Marianne	stellv. Vorsitzende (AN)	3.840,00
Nakot, Werner	stellv. Vorsitzender	3.840,00
Axt, Norbert	Mitglied	1.493,33
Cordes, Hubert	Mitglied	2.560,00
Flore, Manfred	Mitglied	2.560,00
Gäng, Thomas	Mitglied	2.560,00
Jäntsch, Angelika	Mitglied	2.560,00
Paasch, Dirk	Mitglied	2.560,00
Stehr, Simone Tatjana	Mitglied	2.560,00
Hansmeier, Udo	Mitglied (AN)	2.560,00
Heweling, Detlef	Mitglied (AN)	2.560,00
Zander, Jutta	Mitglied (AN)	2.560,00
Zwick, Andrea	Mitglied (AN)	2.560,00
Klunk, Peter	Mitglied gem. § 113 GO	2.560,00
Geschäftsführung		
Kalthoff, Horst	Geschäftsführer	103.639,35
Schmidt, Hartmut	Geschäftsführer	188.913,82
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH		
Geschäftsführung		
Klunk, Peter	Geschäftsführer	2.500,00
Revierpark Vonderort GmbH		
Geschäftsführung		
Frind, Reinhard	Geschäftsführer	4.807,44
Loeven, Willi	Geschäftsführer	4.807,44
von der Heide, Jochem	Geschäftsführer	4.807,44

Mandatsträger	Funktion	Vergütung in EUR
Verwaltungsrat		
Höving, Norbert	Vorsitzender	400,00
Dr. Hubbert, Eva-Maria	Mitglied	400,00
Kerscht, Christoph	Mitglied	400,00
Marschan, Rainer	Mitglied	400,00
Nakot, Werner (für RVR)	Mitglied	400,00
Partenheimer, Gabriele	Mitglied	400,00
Pfingsten, Jutta	Mitglied	400,00
Pflugbeil, Karl-Heinz (+ 01.05.2013)	Mitglied	400,00
Tönsgerlemann, Willi	Mitglied	300,00
Vöpel, Dirk (für RVR)	Mitglied	400,00
Wischermann, Hermann	Mitglied	100,00
Motschull, Frank	Mitglied gem. § 113 GO	200,00

Stadtsparkasse Oberhausen

Verwaltungsrat		
M.d.L. Große Brömer, Wolfgang	Vorsitzender	16.060,00
Schranz, Daniel	stellv. Vorsitzender	13.589,80
Wilke, Volker	stellv. Vorsitzender	10.860,00
Benter, Christian	Mitglied	9.120,00
Brands, Beatriks	Mitglied	3.750,00
Ehrlich, Dietmar	Mitglied	4.220,00
Janßen, Anne	Mitglied	13.340,00
Nockmann, Thomas	Mitglied	6.606,67
Runkler, Hans-Otto	Mitglied	4.220,00
Schepers, Hermann-Josef	Mitglied	4.650,00
Steinke, Holger	Mitglied	5.200,00
Wingens, Ursula	Mitglied	3.920,00
Wolter, Horst	Mitglied	4.650,00
Zimmermann, Thomas	Mitglied	12.268,90
Zorn, Klaus	Mitglied	1.706,67
Wehling, Klaus	berat. Mitglied	9.120,00
Barkowsky, Arndt	stellv. Mitglied	
Beermann, Claus	stellv. Mitglied	
Broß, Klaus Dieter	stellv. Mitglied	600,00
Cordes, Hubert	stellv. Mitglied	1.071,00
Flore, Manfred	stellv. Mitglied	357,00
Gödderz, Sandra	stellv. Mitglied	
Jäntsch, Angelika	stellv. Mitglied	
Klima, Michael	stellv. Mitglied	
Müthing, Christa	stellv. Mitglied	
Nakot, Werner	stellv. Mitglied	

Mandatsträger	Funktion	Vergütung in EUR
Neumann, Britta	stellv. Mitglied	300,00
Schawohl, Holger	stellv. Mitglied	
Schuler, Immanuel	stellv. Mitglied	
Zwingmann, Nina	stellv. Mitglied	
Vorstand		
Salhofen, Ulrich	stellv. Vorsitzender	320.999,35
Mebus, Oliver	stellv. Mitglied	186.693,47

STOAG Stadtwerke Oberhausen AG

Aufsichtsrat		
Wehling, Klaus	Vorsitzender (Mitglied gem. § 113 GO)	5.250,00
Michalik, Herbert	2. stellv. Vorsitzender (AN)	3.940,00
Carstensen, Jens	Mitglied	2.625,00
Emmerich, Karl-Heinz	Mitglied	2.625,00
Janßen, Dieter	Mitglied	2.625,00
Müthing, Christa	Mitglied	2.625,00
Oberste-Kleinbeck, Kirsten	Mitglied	2.625,00
Osmann, Denis	Mitglied	
Pflugbeil, Karl-Heinz (+ 01.05.2013)	Mitglied	2.625,00
Wittmann, Regina	Mitglied	2.625,00
Wolter, Marita	Mitglied	2.625,00
Buhren, Werner	Mitglied (AN)	2.625,00
Kamps, Thorsten	Mitglied (AN)	2.625,00
Stemmer, Michael	Mitglied (AN)	2.625,00
Uschmann, Guido	Mitglied (AN)	2.625,00
Geschäftsführung		
Klunk, Peter	Mitglied	43.544,00
Overkamp, Werner	Mitglied	169.851,00

Theater Oberhausen

Geschäftsführung		
Carp, Peter	Betriebsleiter	146.000,00
Hennemann, Jürgen	Betriebsleiter	104.000,00

Mandatsträger	Funktion	Vergütung in EUR
TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH		
Aufsichtsrat		
Albrecht-Mainz, Elia	Vorsitzende	45,00
Schmidt, Georgis	stellv. Vorsitzende	45,00
Antwerpen, Christina	Mitglied	0,00
Boos, Regina	Mitglied	45,00
Gödderz, Sandra	Mitglied	45,00
Jäntsch, Angelika	Mitglied	45,00
Marx, Petra	Mitglied	30,00
Plitt-Vogt, Marlies	Mitglied	0,00
Real, Ulrich	Mitglied	45,00
Rubin, Dirk	Mitglied	45,00
Schlagböhmer, Robert	Mitglied	45,00
Stroh, Uly	Mitglied	45,00
Klunk, Peter	Mitglied gem. § 113 GO	45,00
Geschäftsführung		
Koch, Burkhard		117.000,00
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH		
Geschäftsführung		
Lerch, Klaus	Geschäftsführer	102.000,00
VZS Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH		
Geschäftsführung		
Kalthoff, Horst	Geschäftsführer	2.829,16
Schmidt, Hartmut	Geschäftsführer	0,00

Anlagen

Wesentliche gesetzliche Grundlagen der wirtschaftlichen Betätigung **(Rechtsstand: 31.12.2012)**

Art. 28 Abs. 2 Satz 1 Grundgesetz

Den Gemeinden muss das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln.

§ 107 GO NRW - Zulässigkeit wirtschaftlicher Betätigung

(1) Die Gemeinde darf sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben wirtschaftlich betätigen, wenn

1. ein öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert,

2. die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht und

3. bei einem Tätigwerden außerhalb der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsleitungsnetzen einschließlich der Telekommunikationsdienstleistungen der öffentliche Zweck durch andere Unternehmen nicht besser und wirtschaftlicher erfüllt werden kann.

Das Betreiben eines Telekommunikationsnetzes umfasst nicht den Vertrieb und/oder die Installation von Endgeräten von Telekommunikationsanlagen. Als wirtschaftliche Betätigung ist der Betrieb von Unternehmen zu verstehen, die als Hersteller, Anbieter oder Verteiler von Gütern oder Dienstleistungen am Markt tätig werden, sofern die Leistung ihrer Art nach auch von einem Privaten mit der Absicht der Gewinnerzielung erbracht werden könnte.

(2) Als wirtschaftliche Betätigung im Sinne dieses Abschnitts gilt nicht der Betrieb von

1. Einrichtungen, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist,

2. öffentlichen Einrichtungen, die für die soziale und kulturelle Betreuung der Einwohner erforderlich sind, insbesondere Einrichtungen auf den Gebieten

- Erziehung, Bildung oder Kultur (Schulen, Volkshochschulen, Tageseinrichtungen für Kinder und sonstige Einrichtungen der Jugendhilfe, Bibliotheken, Museen, Ausstellungen, Opern, Theater, Kinos, Bühnen, Orchester, Stadthallen, Begegnungsstätten),

- Sport oder Erholung (Sportanlagen, zoologische und botanische Gärten, Wald-, Park- und Gartenanlagen, Herbergen, Erholungsheime, Bäder, Einrichtungen zur Veranstaltung von Volksfesten),

- Gesundheits- oder Sozialwesen (Krankenhäuser, Bestattungseinrichtungen, Sanatorien, Kurparks, Senioren- und Behindertenheime, Frauenhäuser, soziale und medizinische Beratungsstellen),

3. Einrichtungen, die der Straßenreinigung, der Wirtschaftsförderung, der Fremdenverkehrsförderung oder der Wohnraumversorgung dienen,

4. Einrichtungen des Umweltschutzes, insbesondere der Abfallentsorgung oder Abwasserbeseitigung sowie des Messe- und Ausstellungswesens,

5. Einrichtungen, die ausschließlich der Deckung des Eigenbedarfs von Gemeinden und Gemeindeverbänden dienen.

Auch diese Einrichtungen sind, soweit es mit ihrem öffentlichen Zweck vereinbar ist, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verwalten und können entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe geführt werden. Das für Inneres zuständige Ministerium kann durch Rechtsverordnung bestimmen, dass Einrichtungen, die nach Art und Umfang eine selbständige Betriebsführung erfordern, ganz oder teilweise nach den für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften zu führen sind; hierbei können auch Regelungen getroffen werden, die von einzelnen der für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften abweichen.

(3) Die wirtschaftliche Betätigung außerhalb des Gemeindegebiets ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 vorliegen und die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Die Aufnahme einer wirtschaftlichen Betätigung auf ausländischen Märkten ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 vorliegen. Die Aufnahme einer solchen Betätigung bedarf der Genehmigung.

(4) Die nichtwirtschaftliche Betätigung außerhalb des Gemeindegebiets ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 vorliegen und die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Diese Voraussetzungen gelten bei in den Krankenhausplan des Landes aufgenommenen Krankenhäusern als erfüllt. Die Aufnahme einer nichtwirtschaftlichen Betätigung auf ausländischen Märkten ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 vorliegen. Die Aufnahme einer solchen Betätigung bedarf der Genehmigung.

(5) Vor der Entscheidung über die Gründung von bzw. die unmittelbare oder mittelbare Beteiligung an Unternehmen im Sinne des Absatzes 1 ist der Rat auf der Grundlage einer Marktanalyse über die Chancen und Risiken des beabsichtigten wirtschaftlichen Engagements und über die Auswirkungen auf das Handwerk und die mittelständische Wirtschaft zu unterrichten. Den örtlichen Selbstverwaltungsorganisationen von Handwerk, Industrie und Handel und der für die Beschäftigten der jeweiligen Branche handelnden Gewerkschaften ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu den Marktanalysen zu geben.

(6) Bankunternehmen darf die Gemeinde nicht errichten, übernehmen oder betreiben.

(7) Für das öffentliche Sparkassenwesen gelten die dafür erlassenen besonderen Vorschriften.

§ 107a GO NRW - Zulässigkeit energiewirtschaftlicher Betätigung

(1) Die wirtschaftliche Betätigung in den Bereichen der Strom-, Gas- und Wärmeversorgung dient einem öffentlichen Zweck und ist zulässig, wenn sie nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht.

(2) Mit den Bereichen Strom-, Gas- und Wärmeversorgung unmittelbar verbundene Dienstleistungen sind zulässig, wenn sie den Hauptzweck fördern. Die Gemeinde stellt sicher, dass bei der Erbringung dieser Dienstleistungen die Belange kleinerer Unternehmen, insbesondere des Handwerks, berücksichtigt werden.

(3) Die Aufnahme einer überörtlichen energiewirtschaftlichen Betätigung ist zulässig, wenn die Voraussetzung des Absatzes 1 vorliegt und die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Bei der Versorgung mit Strom und Gas gelten nur die Interessen als berechtigt, die nach den Vorschriften des Energiewirtschaftsgesetzes eine Einschränkung des Wettbewerbs zulassen. Die Aufnahme einer energiewirtschaftlichen Betätigung auf ausländischen Märkten ist zulässig, wenn die Voraussetzung des Absatzes 1 vorliegt. Die Aufnahme einer solchen Betätigung bedarf der Genehmigung.

(4) Vor der Entscheidung über die Gründung von bzw. die unmittelbare Beteiligung an Unternehmen im Sinne des Absatzes 1 ist der Rat über die Chancen und Risiken des beabsichtigten wirtschaftlichen Engagements zu unterrichten. Den örtlichen Selbstverwaltungsorganisationen von Handwerk, Industrie und Handel und der für die Beschäftigten der jeweiligen Branche handelnden Gewerkschaften ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, sofern die Entscheidung die Erbringung verbundener Dienstleistungen betrifft.

§ 108 GO NRW - Unternehmen und Einrichtungen des privaten Rechts

(1) Die Gemeinde darf Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts nur gründen oder sich daran beteiligen, wenn

1. bei Unternehmen (§ 107 Abs. 1) die Voraussetzungen des § 107 Abs. 1 Satz 1 gegeben sind und bei Unternehmen im Bereich der energiewirtschaftlichen Betätigung die Voraussetzung des § 107 a Abs. 1 gegeben ist,

2. bei Einrichtungen (§ 107 Abs. 2) ein wichtiges Interesse der Gemeinde an der Gründung oder der Beteiligung vorliegt,

3. eine Rechtsform gewählt wird, welche die Haftung der Gemeinde auf einen bestimmten Betrag begrenzt,

4. die Einzahlungsverpflichtung der Gemeinde in einem angemessenen Verhältnis zu ihrer Leistungsfähigkeit steht,

5. die Gemeinde sich nicht zur Übernahme von Verlusten in unbestimmter oder unangemessener Höhe verpflichtet,

6. die Gemeinde einen angemessenen Einfluß, insbesondere in einem Überwachungsorgan, erhält und dieser durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder in anderer Weise gesichert wird,

7. das Unternehmen oder die Einrichtung durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder sonstiges Organisationsstatut auf den öffentlichen Zweck ausgerichtet wird,

8. bei Unternehmen und Einrichtungen in Gesellschaftsform gewährleistet ist, daß der Jahresabschluß und der Lagebericht, soweit nicht weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, aufgrund des Gesellschaftsvertrages oder der Satzung in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften aufgestellt und ebenso oder in entsprechender Anwendung der für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften geprüft werden,

9. bei Unternehmen und Einrichtungen in Gesellschaftsform, vorbehaltlich weitergehender oder entgegenstehender gesetzlicher Vorschriften, durch Gesellschaftsvertrag oder Satzung gewährleistet ist, dass die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Gesamtbezüge im Sinne des § 285 Nummer 9 des Handelsgesetzbuches der Mitglieder der Geschäftsführung, des Aufsichtsrates, des Beirates oder einer ähnlichen Einrichtung im Anhang zum Jahresabschluss jeweils für jede Personengruppe sowie zusätzlich unter Namensnennung die Bezüge jedes einzelnen Mitglieds dieser Personengruppen unter Aufgliederung nach Komponenten im Sinne des § 285 Nummer 9 Buchstabe a des Handelsgesetzbuches angegeben werden. Die individualisierte Ausweisungspflicht gilt auch für:

   a) Leistungen, die den genannten Mitgliedern für den Fall einer vorzeitigen Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind,

   b) Leistungen, die den genannten Mitgliedern für den Fall der regulären Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind, mit ihrem Barwert sowie den von der Gesellschaft während des Geschäftsjahres hierfür aufgewandten oder zurückgestellten Betrag,

   c) während des Geschäftsjahres vereinbarte Änderungen dieser Zusagen und

   d) Leistungen, die einem früheren Mitglied, das seine Tätigkeit im Laufe des Geschäftsjahres beendet hat, in diesem Zusammenhang zugesagt und im Laufe des Geschäftsjahres gewährt worden sind.

Eine Gewährleistung für die individualisierte Ausweisung von Bezügen und Leistungszusagen ist im Falle der Beteiligung an einer bestehenden Gesellschaft auch dann gegeben, wenn in Gesellschaftsvertrag oder Satzung die erstmalige individualisierte Ausweisung spätestens für das zweite Geschäftsjahr nach Erwerb der Beteiligung festgelegt ist.

10. bei Unternehmen der Telekommunikation einschließlich von Telefondienstleistungen nach § 107 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 im Gesellschaftsvertrag die unmittelbare oder im Rahmen einer Schachtelbeteiligung die mittelbare Haftung der Gemeinde auf den Anteil der Gemeinde bzw. des kommunalen Unternehmens am Stammkapital beschränkt ist. Zur Wahrnehmung gleicher Wettbewerbschancen darf die Gemeinde für diese Unternehmen weder Kredite nach Maßgabe

kommunalwirtschaftlicher Vorzugskonditionen in Anspruch nehmen noch Bürgschaften und Sicherheiten i.S. von § 87 leisten.

Die Aufsichtsbehörde kann von den Vorschriften der Nummern 3, 5 und 8 in begründeten Fällen Ausnahmen zulassen. Wird von Satz 1 Nummer 8 eine Ausnahme zugelassen, kann auch von Satz 1 Nummer 9 eine Ausnahme zugelassen werden.

(2) Absatz 1 Satz 1 Nummer 9 gilt für die erstmalige unmittelbare oder mittelbare Beteiligung an einer Gesellschaft einschließlich der Gründung einer Gesellschaft, wenn den beteiligten Gemeinden oder Gemeindeverbänden alleine oder zusammen oder zusammen mit einer Beteiligung des Landes mehr als 50 vom Hundert der Anteile gehören. Bei bestehenden Gesellschaften, an denen Gemeinden oder Gemeindeverbände unmittelbar oder mittelbar alleine oder zusammen oder zusammen mit dem Land mit mehr als 50 vom Hundert beteiligt sind, trifft die Gemeinden und Gemeindeverbände eine Hinwirkungspflicht zur Anpassung an die Vorgaben des Absatzes 1 Satz 1 Nummer 9. Die Hinwirkungspflicht nach Satz 2 bezieht sich sowohl auf die Anpassung von Gesellschaftsvertrag oder Satzung als auch auf die mit Absatz 1 Satz 1 Nummer 9 verfolgte Zielsetzung der individualisierten Ausweisung der dort genannten Bezüge und Leistungszusagen.

(3) Gehören einer Gemeinde mehr als 50 vom Hundert der Anteile an einem Unternehmen oder einer Einrichtung in Gesellschaftsform, muß sie darauf hinwirken, dass

1. in sinngemäßer Anwendung der für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften

   a) für jedes Wirtschaftsjahr ein Wirtschaftsplan aufgestellt wird,

   b) der Wirtschaftsführung eine fünfjährige Finanzplanung zugrunde gelegt und der Gemeinde zur Kenntnis gebracht wird,

   c) die Feststellung des Jahresabschlusses, die Verwendung des Ergebnisses sowie das Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts unbeschadet der bestehenden gesetzlichen Offenlegungspflichten öffentlich bekannt gemacht werden und der Jahresabschluss und der Lagebericht bis zur Feststellung des folgenden Jahresabschlusses zur Einsichtnahme verfügbar gehalten werden,

2. in dem Lagebericht oder in Zusammenhang damit zur Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung Stellung genommen wird,

3. nach den Wirtschaftsgrundsätzen (§ 109) verfahren wird, wenn die Gesellschaft ein Unternehmen betreibt.

Gehört der Gemeinde zusammen mit anderen Gemeinden oder Gemeindeverbänden die Mehrheit der Anteile an einem Unternehmen oder an einer Einrichtung, soll sie auf eine Wirtschaftsführung nach Maßgabe des Satzes 1 Nr. 1 a) und b) sowie Nr. 2 und Nr. 3 hinwirken.

(4) Die Gemeinde darf unbeschadet des Absatzes 1 Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft nur gründen, übernehmen, wesentlich erweitern oder sich daran beteiligen, wenn der öffentliche Zweck nicht ebenso gut in einer anderen Rechtsform erfüllt wird oder erfüllt werden kann.

(5) Die Gemeinde darf unbeschadet des Absatzes 1 Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung nur gründen oder sich daran beteiligen, wenn durch die Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrags sichergestellt ist, dass

1. die Gesellschafterversammlung auch beschließt über

   a) den Abschluss und die Änderungen von Unternehmensverträgen im Sinne der §§ 291 und 292 Abs. 1 des Aktiengesetzes,

   b) den Erwerb und die Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen,

   c) den Wirtschaftsplan, die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Ergebnisses sowie

   d) die Bestellung und die Abberufung der Geschäftsführer, soweit dies nicht der Gemeinde vorbehalten ist, und

2. der Rat den von der Gemeinde bestellten oder auf Vorschlag der Gemeinde gewählten Mitgliedern des Aufsichtsrats Weisungen erteilen kann, soweit die Bestellung eines Aufsichtsrates gesetzlich nicht vorgeschrieben ist.

(6) Vertreter der Gemeinde in einer Gesellschaft, an der Gemeinden, Gemeindeverbände oder Zweckverbände unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 25 vom Hundert beteiligt sind, dürfen

a) der Gründung einer anderen Gesellschaft oder einer anderen Vereinigung in einer Rechtsform des privaten Rechts, einer Beteiligung sowie der Erhöhung einer Beteiligung der Gesellschaft an einer anderen Gesellschaft oder einer anderen Vereinigung in einer Rechtsform des privaten Rechts nur zustimmen, wenn

- die vorherige Entscheidung des Rates vorliegt,

- für die Gemeinde selbst die Gründungs- bzw. Beteiligungsvoraussetzungen vorliegen und

- sowohl die Haftung der gründenden Gesellschaft als auch die Haftung der zu gründenden Gesellschaft oder Vereinigung durch ihre Rechtsform auf einen bestimmten Betrag begrenzt sind oder

- sowohl die Haftung der sich beteiligenden Gesellschaft als auch die Haftung der Gesellschaft oder Vereinigung, an der eine Beteiligung erfolgt, durch ihre Rechtsform auf einen bestimmten Betrag begrenzt sind;

b) einem Beschluss der Gesellschaft zu einer wesentlichen Änderung des Gesellschaftszwecks oder sonstiger wesentlicher Änderungen des Gesellschaftsvertrages nur nach vorheriger Entscheidung des Rates zustimmen.

In den Fällen von Satz 1 Buchstabe a) gilt Absatz 1 Satz 2 und 3 entsprechend. Als Vertreter der Gemeinde im Sinne von Satz 1 gelten auch Geschäftsführer, Vorstandsmitglieder und Mitglieder von sonstigen Organen und ähnlichen Gremien der Gesellschaft, die von der Gemeinde oder auf ihre Veranlassung oder ihren Vorschlag in das Organ oder Gremium entsandt oder gewählt worden sind. Beruht die Entsendung oder Wahl auf der Veranlassung oder dem Vorschlag mehrerer Gemeinden, Gemeindeverbände oder Zweckverbände, so bedarf es der Entscheidung nur des Organs, auf das sich die beteiligten Gemeinden und Gemeindeverbände oder Zweckverbände geeinigt haben. Die Sätze 1 bis 4 gelten nicht, soweit ihnen zwingende Vorschriften des Gesellschaftsrechts entgegenstehen.

(7) Die Gemeinde kann einen einzelnen Geschäftsanteil an einer eingetragenen Kreditgenossenschaft erwerben, wenn eine Nachschußpflicht ausgeschlossen oder die Haftungssumme auf einen bestimmten Betrag beschränkt ist.

§ 108 a GO NRW - Arbeitnehmermitbestimmung in fakultativen Aufsichtsräten

(1) Soweit im Gesellschaftsvertrag eines Unternehmens (§ 107 Abs. 1, § 107 a Abs. 1) oder einer Einrichtung (§ 107 Abs. 2) in Privatrechtsform, an der die Gemeinde unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 50 vom Hundert der Anteile beteiligt ist, ein fakultativer Aufsichtsrat vorgesehen ist, können dem fakultativen Aufsichtsrat Arbeitnehmervertreter des Unternehmens oder der Einrichtung angehören. In diesem Fall ist ein angemessener Einfluss der Gemeinde im Sinne des § 108 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 gegeben, wenn bei mehr als 2 von der Gemeinde in den Aufsichtsrat zu entsendenden Vertretern nicht mehr als ein Drittel der Gesamtzahl der Aufsichtsratsmandate durch Arbeitnehmervertreter des Unternehmens oder der Einrichtung nach Maßgabe der folgenden Absätze besetzt werden.

(2) Der Rat der Gemeinde bestellt aus einer von der Betriebsversammlung des Unternehmens oder der Einrichtung zu erstellenden Vorschlagsliste die in den fakultativen Aufsichtsrat zu entsendenden Arbeitnehmervertreter. Die Bestellung bedarf eines Beschlusses der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Rates. Die Vorschlagsliste muss mindestens die doppelte Zahl der zu entsendenden Arbeitnehmervertreter enthalten. Der Rat hat das Recht, mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl seiner Mitglieder sämtliche Vorschläge der Liste zurückzuweisen und eine Ergänzung zu verlangen. In diesem Fall kann eine Betriebsversammlung eine neue Vorschlagsliste erstellen; Sätze 1 bis 4 gelten entsprechend. Im Falle einer erneuten Zurückweisung der Vorschläge durch den Rat bleiben die für die Arbeitnehmervertreter vorgesehenen Aufsichtsratsmandate unbesetzt.

(3) § 113 Abs. 1 Sätze 2 und 3 gelten für die nach Absatz 2 für den fakultativen Aufsichtsrat vom Rat bestellten Arbeitnehmervertreter entsprechend. Verliert ein vom Rat bestellter Arbeitnehmervertreter die

Beschäftigteneigenschaft in dem Unternehmen oder der Einrichtung, muss der Rat ihn entsprechend § 113 Abs. 1 Satz 3 aus seinem Amt im fakultativen Aufsichtsrat abberufen.

(4) In der Betriebsversammlung nach Absatz 2 sind alle Beschäftigten des Unternehmens bzw. der Einrichtung wahlberechtigt, die am Tage der Betriebsversammlung das 18. Lebensjahr vollendet haben. Nicht wahlberechtigt sind Geschäftsführer und Vorstände des Unternehmens bzw. der Einrichtung. In die Vorschlagsliste können nur Wahlberechtigte aufgenommen werden. Die Einzelheiten für die Wahl der Arbeitnehmervertreter sind im Gesellschaftsvertrag, der Satzung oder einem sonstigen Organisationsstatut des Unternehmens bzw. der Einrichtung zu regeln. Im Gesellschaftsvertrag, der Satzung oder dem Organisationsstatut des Unternehmens bzw. der Einrichtung ist auch die Amtsdauer der Arbeitnehmervertreter zu regeln. Sie soll die regelmäßige Amtsdauer der nach § 113 Abs. 2 Satz 2 neben dem Bürgermeister oder dem von ihm benannten Bediensteten der Gemeinde in den fakultativen Aufsichtsrat bestellten weiteren Vertreter nicht überschreiten.

(5) Wird ein Arbeitnehmervertreter von seinem Amt gemäß § 113 Abs. 1 Satz 3 abberufen oder scheidet er aus anderen Gründen aus dem Aufsichtsrat aus, bestellt der Rat mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl seiner Mitglieder aus dem noch nicht in Anspruch genommenen Teil der Vorschlagsliste nach Absatz 2 einen Nachfolger. Kommt eine solche Mehrheit nicht zustande, kann eine Betriebsversammlung den noch nicht in Anspruch genommenen Teil der Vorschlagsliste um neue Vorschläge ergänzen. Kommt auch dann keine Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Rates für die Bestellung eines Nachfolgers zustande, bleibt das Aufsichtsratsmandat unbesetzt.

(6) Die Absätze 1 bis 5 gelten mit folgenden Maßgaben entsprechend in den Fällen, in denen an einem Unternehmen oder einer Einrichtung in Privatrechtsform zwei oder mehr Gemeinden beteiligt sind.

Die Bestellung der in den fakultativen Aufsichtsrat zu entsendenden Arbeitnehmervertreter bedarf übereinstimmender, mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder zustande gekommener Beschlüsse der Räte mindestens so vieler beteiligter Kommunen, dass hierdurch insgesamt mehr als die Hälfte der kommunalen Beteiligung an dem Unternehmen oder der Einrichtung repräsentiert wird. Kommen solche übereinstimmenden Beschlüsse nicht oder nicht im erforderlichen Umfang zustande, kann eine Betriebsversammlung eine neue Vorschlagsliste erstellen. Kommen auch hierzu entsprechende übereinstimmende Beschlüsse der beteiligten Räte nicht oder nicht im erforderlichen Umfang zustande, bleiben die für die Arbeitnehmervertreter vorgesehenen Aufsichtsratsmandate unbesetzt.

Für die Bestellung eines Nachfolgers im Sinne des Absatzes 5 gilt Satz 2 entsprechend. Kommen danach übereinstimmende Beschlüsse der beteiligten Räte nicht oder nicht im erforderlichen Umfang zustande, kann eine Betriebsversammlung den noch nicht in Anspruch genommenen Teil der Vorschlagsliste um neue Vorschläge ergänzen. Kommen auch dann übereinstimmende Beschlüsse der beteiligten Räte nicht oder nicht im erforderlichen Umfang zustande, bleibt das Aufsichtsratsmandat unbesetzt.

Für die nach § 113 Abs. 1 Sätze 2 und 3 zu treffenden Entscheidungen bedarf es übereinstimmender Beschlüsse der Räte mindestens so vieler beteiligter Kommunen, dass hierdurch insgesamt mehr als die Hälfte der kommunalen Beteiligung an dem Unternehmen oder der Einrichtung repräsentiert wird.

§ 109 GO NRW - Wirtschaftsgrundsätze

(1) Die Unternehmen und Einrichtungen sind so zu führen, zu steuern und zu kontrollieren, daß der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Unternehmen sollen einen Ertrag für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dadurch die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird.

(2) Der Jahresgewinn der wirtschaftlichen Unternehmen als Unterschied der Erträge und Aufwendungen soll so hoch sein, daß außer den für die technische und wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens notwendigen Rücklagen mindestens eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erwirtschaftet wird.

§ 111 GO NRW - Veräußerung von Unternehmen, Einrichtungen und Beteiligungen

(1) Die teilweise oder vollständige Veräußerung eines Unternehmens oder einer Einrichtung oder einer Beteiligung an einer Gesellschaft sowie andere Rechtsgeschäfte, durch welche die Gemeinde ihren Einfluß auf das Unternehmen, die Einrichtung oder die Gesellschaft verliert oder vermindert, sind nur zulässig, wenn die für die Betreuung der Einwohner erforderliche Erfüllung der Aufgaben der Gemeinde nicht beeinträchtigt wird.

(2) Vertreter der Gemeinde in einer Gesellschaft, an der Gemeinden, Gemeindeverbände oder Zweckverbände unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 50 v.H. beteiligt sind, dürfen Veräußerungen oder anderen Rechtsgeschäften i.S. des Absatzes 1 nur nach vorheriger Entscheidung des Rates und nur dann zustimmen, wenn für die Gemeinde die Zulässigkeitsvoraussetzung des Absatzes 1 vorliegt.

§ 112 - Informations- und Prüfungsrechte

(1) Gehören einer Gemeinde unmittelbar oder mittelbar Anteile an einem Unternehmen oder einer Einrichtung in einer Rechtsform des privaten Rechts in dem in § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes bezeichneten Umfang, so soll sie

1. die Rechte nach § 53 Abs. 1 des Haushaltsgrundsätzegesetzes ausüben,

2. darauf hinwirken, daß ihr die in § 54 des Haushaltsgrundsätzegesetzes vorgesehenen Befugnisse eingeräumt werden.

(2) Ist eine Beteiligung der Gemeinde an einer Gesellschaft keine Mehrheitsbeteiligung im Sinne des § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes, so soll die Gemeinde, so weit ihr Interesse dies erfordert, darauf hinwirken, daß ihr im Gesellschaftsvertrag oder in der Satzung die Befugnisse nach § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes eingeräumt werden. Bei mittelbaren Minderheitsbeteiligungen gilt dies nur, wenn die Beteiligung den vierten Teil der Anteile übersteigt und einer Gesellschaft zusteht, an der die Gemeinde allein oder zusammen mit anderen Gebietskörperschaften mit Mehrheit im Sinne des § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes beteiligt ist.

§ 113 GO NRW - Vertretung der Gemeinde in Unternehmen oder Einrichtungen

(1) Die Vertreter der Gemeinde in Beiräten, Ausschüssen, Gesellschafterversammlungen, Aufsichtsräten oder entsprechenden Organen von juristischen Personen oder Personenvereinigungen, an denen die Gemeinde unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist, haben die Interessen der Gemeinde zu verfolgen. Sie sind an die Beschlüsse des Rates und seiner Ausschüsse gebunden. Die vom Rat bestellten Vertreter haben ihr Amt auf Beschluß des Rates jederzeit niederzulegen. Die Sätze 1 bis 3 gelten nur, soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist.

(2) Bei unmittelbaren Beteiligungen vertritt ein vom Rat bestellter Vertreter die Gemeinde in den in Absatz 1 genannten Gremien. Sofern weitere Vertreter zu benennen sind, muss der Bürgermeister oder der von ihm vorgeschlagene Bedienstete der Gemeinde dazuzählen. Die Sätze 1 und 2 gelten für mittelbare Beteiligungen entsprechend, sofern nicht ähnlich wirksame Vorkehrungen zur Sicherung hinreichender gemeindlicher Einfluss- und Steuerungsmöglichkeiten getroffen werden.

(3) Die Gemeinde ist verpflichtet, bei der Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrages einer Kapitalgesellschaft darauf hinzuwirken, daß ihr das Recht eingeräumt wird, Mitglieder in den Aufsichtsrat zu entsenden. Über die Entsendung entscheidet der Rat. Zu den entsandten Aufsichtsratsmitgliedern muß der Bürgermeister oder der von ihm vorgeschlagene Bedienstete der Gemeinde zählen, wenn diese mit mehr als einem Mitglied im Aufsichtsrat vertreten ist. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen.

(4) Ist der Gemeinde das Recht eingeräumt worden, Mitglieder des Vorstandes oder eines gleichartigen Organs zu bestellen oder vorzuschlagen, entscheidet der Rat.

(5) Die Vertreter der Gemeinde haben den Rat über alle Angelegenheiten von besonderer Bedeutung frühzeitig zu unterrichten. Die Unterrichtungspflicht besteht nur, soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist.

(6) Wird ein Vertreter der Gemeinde aus seiner Tätigkeit in einem Organ haftbar gemacht, so hat ihm die Gemeinde den Schaden zu ersetzen, es sei denn, daß er ihn vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt hat. Auch in diesem Falle ist die Gemeinde schadensersatzpflichtig, wenn ihr Vertreter nach Weisung des Rates oder eines Ausschusses gehandelt hat.

§ 116 GO NRW – Gesamtabschluss

(1) Die Gemeinde hat in jedem Haushaltsjahr für den Abschlussstichtag 31. Dezember einen Gesamtabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung aufzustellen. Er besteht aus der Gesamtergebnisrechnung, der Gesamtbilanz und dem Gesamtanhang und ist um einen Gesamtlagebericht zu ergänzen. Der Rat bestätigt den geprüften Gesamtabschluss durch Beschluss. § 96 findet entsprechende Anwendung.

(2) Zu dem Gesamtabschluss hat die Gemeinde ihren Jahresabschluss nach § 95 und die Jahresabschlüsse des gleichen Geschäftsjahres aller verselbstständigten Aufgabenbereiche in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form zu konsolidieren. Auf den Gesamtabschluss sind, soweit seine Eigenart keine Abweichung erfordert, § 88 und § 91 Abs. 2 entsprechend anzuwenden.

(3) In den Gesamtabschluss müssen verselbstständigte Aufgabenbereiche nach Absatz 2 nicht einbezogen werden, wenn sie für die Verpflichtung, ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Gemeinde zu vermitteln, von untergeordneter Bedeutung sind. Dies ist im Gesamtanhang darzustellen.

(4) Am Schluss des Gesamtlageberichtes sind für die Mitglieder des Verwaltungsvorstands nach § 70, soweit dieser nicht zu bilden ist für den Bürgermeister und den Kämmerer, sowie für die Ratsmitglieder, auch wenn die Personen im Haushaltsjahr ausgeschieden sind, anzugeben:

1. der Familienname mit mindestens einem ausgeschriebenen Vornamen,

2. der ausgeübte Beruf,

3. die Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i.S.d. § 125 Abs. 1 Satz 3 des Aktiengesetzes,

4. die Mitgliedschaft in Organen von verselbstständigten Aufgabenbereichen der Gemeinde in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form,

5. die Mitgliedschaft in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen.

(5) Der Gesamtabschluss ist innerhalb der ersten neun Monate nach dem Abschlussstichtag aufzustellen. § 95 Abs. 3 findet für die Aufstellung des Gesamtabschlusses entsprechende Anwendung.

(6) Der Gesamtabschluss ist vom Rechnungsprüfungsausschuss dahingehend zu prüfen, ob er ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Gemeinde unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ergibt. Die Prüfung des Gesamtabschlusses erstreckt sich darauf, ob die gesetzlichen Vorschriften und die sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen beachtet worden sind. Der Gesamtlagebericht ist darauf zu prüfen, ob er mit dem Gesamtabschluss in Einklang steht und ob seine sonstigen Angaben nicht eine falsche Vorstellung von der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Gemeinde erwecken. § 101 Abs. 2 bis 8 gilt entsprechend.

(7) In die Prüfung nach Absatz 6 müssen die Jahresabschlüsse der verselbstständigten Aufgabenbereiche nicht einbezogen werden, wenn diese nach gesetzlichen Vorschriften geprüft worden sind.

§ 117 GO NRW - Beteiligungsbericht

(1) Die Gemeinde hat einen Beteiligungsbericht zu erstellen, in dem ihre wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Betätigung, unabhängig davon, ob verselbstständigte Aufgabenbereiche dem Konsolidierungskreis des Gesamtabschlusses angehören, zu erläutern ist. Dieser Bericht ist jährlich bezogen auf den Abschlussstichtag des Gesamtabschlusses fortzuschreiben und dem Gesamtabschluss beizufügen. Der Beteiligungsbericht ist dem Jahresabschluss nach § 95 beizufügen, wenn kein Gesamtabschluss nach § 116 aufzustellen ist.

(2) Der Beteiligungsbericht ist dem Rat und den Einwohnern zur Kenntnis zu bringen. Die Gemeinde hat zu diesem Zweck den Bericht zur Einsichtnahme verfügbar zu halten. Auf die Möglichkeit zur Einsichtnahme ist in geeigneter Weise öffentlich hinzuweisen.

§ 394 AktG

Aufsichtsratsmitglieder, die auf Veranlassung einer Gebietskörperschaft in den Aufsichtsrat gewählt oder entsandt worden sind, unterliegen hinsichtlich der Berichte, die sie der Gebietskörperschaft zu erstatten haben, keiner Verschwiegenheitspflicht. Für vertrauliche Angaben und Geheimnisse der Gesellschaft, namentlich Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse, gilt dies nicht, wenn ihre Kenntnis für die Zwecke der Berichte nicht von Bedeutung ist.

§ 395 AktG

(1) Personen, die damit betraut sind, die Beteiligungen einer Gebietskörperschaft zu verwalten oder für eine Gebietskörperschaft die Gesellschaft, die Betätigung der Gebietskörperschaft als Aktionär oder die Tätigkeit der auf Veranlassung der Gebietskörperschaft gewählten oder entsandten Aufsichtsratsmitglieder zu prüfen, haben über vertrauliche Angaben und Geheimnisse der Gesellschaft, namentlich Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, die ihnen aus Berichten nach § 394 bekanntgeworden sind, Stillschweigen zu bewahren; dies gilt nicht für Mitteilungen im dienstlichen Verkehr.

(2) Bei der Veröffentlichung von Prüfungsergebnissen dürfen vertrauliche Angaben und Geheimnisse der Gesellschaft, namentlich Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse, nicht veröffentlicht werden.

Rechtsformen wirtschaftlicher Betätigung

Für die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinde stehen unterschiedliche öffentlich-rechtliche und privatrechtliche Formen zu Verfügung.

Im Wesentlichen sind dies:

in öffentlich-rechtlicher Form:

- Regiebetrieb,
- eigenbetriebsähnliche Einrichtung,
- Eigenbetrieb,
- Anstalt des öffentlichen Rechts,

in privatrechtlicher Form:

- GmbH,
- Aktiengesellschaft,
- eingetragene Genossenschaft.

Nachfolgend werden die Besonderheiten der einzelnen Rechtsformen und die Einflussmöglichkeiten der Stadt kurz erläutert.

Regiebetrieb

Der Regiebetrieb ist ein rechtlich und wirtschaftlich unselbstständiger Betriebszweig der Stadt, der rechnungsmäßig gemäß der kameralistischen Einnahmen- und Ausgabenrechnung ausschließlich im Haushaltsplan der Stadt erfasst wird. Soweit es sich um kostenrechnende Einrichtungen (Gebührenhaushalte) handelt, wird eine Betriebsabrechnung im Rahmen der erweiterten Kameralistik durchgeführt.

Der Regiebetrieb ist organisatorisch uneingeschränkt in die Gemeinde eingebunden.

Steuerrechtlich kann ein Regiebetrieb zum Betrieb gewerblicher Art (BgA) werden, wenn er nicht überwiegend der Ausübung der „öffentlichen Gewalt“ (Hoheitsbetrieb) dient.

Eigenbetrieb / eigenbetriebsähnliche Einrichtung

Eigenbetriebe sind verselbstständigte gemeindliche wirtschaftliche Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit. Sie werden gemäß Eigenbetriebsverordnung NW (EigVO NW) mit eigener Betriebssatzung und eigenem (kaufmännischem) Rechnungswesen geführt; ihr Vermögen ist als Sondervermögen vom übrigen Gemeindevermögen getrennt.

Der Eigenbetrieb verfügt zwar über eigene Leitungs- und Kontrollorgane (Werkleiter, Werksausschuss); die Kompetenzen dieser Organe werden jedoch vom Rat der Stadt in der Betriebssatzung festgelegt. Insgesamt untersteht der Eigenbetrieb dem Rat und dem Oberbürgermeister.

Eigenbetriebsähnliche Einrichtungen sind solche Betriebe, die nach der Definition des § 107 GO NW nicht als wirtschaftliche Betätigung gelten, die aber dennoch nach den Vorschriften der EigVO NW betrieben werden.

Anstalt des öffentlichen Rechts

Rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts nach § 114a GO NW (AöR)

Die AöR ist eine Mischform zwischen Eigenbetrieb und GmbH. Ihre Rechtsverhältnisse werden nach der GO NW durch eine Satzung geregelt, welche die Gemeinde aufstellt.

Die Organe der AöR sind der Vorstand und der Verwaltungsrat. Die Leitung der AöR obliegt dem Vorstand in eigener Zuständigkeit, soweit nicht gesetzlich oder durch die Satzung etwas anderes bestimmt ist. Der Verwaltungsrat ist für Entscheidungen des Aufgabenkataloges aus § 114a Abs. 7 GO NW zuständig, unterliegt jedoch bei bestimmten Entscheidungen (Erlass von Satzungen, Beteiligungen) den Weisungen des Rates der Stadt. Die Weisungsverpflichtung kann durch die Satzung ausgeweitet werden.

Die Gemeinde haftet als Gewährträgerin für die Verbindlichkeiten der AöR unbeschränkt, soweit nicht Befriedigung aus deren Vermögen zu erlangen ist.

Die Einflussmöglichkeiten des Rates der Stadt sind insbesondere durch die Satzungsaufstellung definiert.

Sparkassen

Auch Sparkassen sind gemäß § 2 SpkG rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts. Gemäß § 1 SpkG können Gemeinden und Gemeindeverbände Sparkassen errichten. Für deren Verbindlichkeiten haftet die Gemeinde als Gewährträgerin uneingeschränkt. Durch das SpkG werden zahlreiche Verbindungen zwischen der Gemeinde und der Sparkasse festgeschrieben, die der Gemeinde Einflussmöglichkeiten eröffnen, die dem Gewährträgerverhältnis Rechnung tragen (Besetzung des Verwaltungsrates und des Kreditausschusses, Beanstandungsrecht des Hauptverwaltungsbeamten, Beschluss des Rates über die Ergebnisverwendung sowie die Entlastung der Sparkassenorgane etc.).

Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) ist eine juristische Person des Privatrechts mit eigener Rechtspersönlichkeit. Die innere Struktur der Gesellschaft wird im Gesellschaftsvertrag festgeschrieben und kann von den Gesellschaftern unter Beachtung der Vorschriften des GmbH-Gesetzes (GmbHG) relativ frei und flexibel geregelt werden, so dass die Eigenheiten und Erfordernisse der jeweiligen Gesellschaft optimal berücksichtigt werden können.

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung. Ein Aufsichtsrat kann gebildet werden; grundsätzlich besteht hierzu (mit Ausnahme der mitbestimmten Gesellschaften mbH) jedoch keine Pflicht.

Einflussmöglichkeiten des Rates bestehen ausschließlich im Rahmen des Gründungsbeschlusses (Gestaltung des Gesellschaftsvertrages etc.) sowie über Weisungen an die jeweiligen Vertreter/innen der Stadt in der Gesellschafterversammlung und Empfehlungen an die städtischen Vertreter/innen im Aufsichtsrat.

Aktiengesellschaft

Wie die GmbH ist auch die Aktiengesellschaft (AG) eine privatrechtliche Gesellschaft mit eigener Rechtspersönlichkeit. Auch hier wird die innere Struktur der Gesellschaft in der Satzung festgeschrieben. Allerdings enthält das Aktiengesetz (AktG) eine Vielzahl von verbindlichen Regelungen und Formvorschriften, so dass den Aktionären für eine flexible Gestaltung unter Berücksichtigung der Erfordernisse der einzelnen Gesellschaft nur wenig Spielraum verbleibt.

Organe der Gesellschaft sind die Hauptversammlung, der Vorstand und der Aufsichtsrat, der hier, im Gegensatz zur GmbH, zwingend vorgeschrieben ist.

Die Einflussmöglichkeiten des Rates sind im Prinzip die gleichen wie bei der GmbH. Da allerdings zum einen die Satzung den restriktiven Anforderungen des AktG genügen muss und zum anderen die Entscheidungskompetenzen der Hauptversammlung durch das AktG vorgegeben und nicht frei gestaltbar sind, sind die Einflussmöglichkeiten letztlich geringer als bei der GmbH.

eingetragene Genossenschaft

Wie die GmbH und die AG hat auch die e. G. eine eigene Rechtspersönlichkeit. Die innere Struktur richtet sich nach der Satzung, die den Vorschriften des Genossenschaftsgesetzes (GenG) Rechnung tragen muss.

Organe der e.G. sind der Vorstand, der Aufsichtsrat und die Generalversammlung bzw. bei Genossenschaften mit mehr als dreitausend Mitgliedern die Vertreterversammlung.

Anders als bei der GmbH oder der AG, bei der die Höhe des gehaltenen Kapitals über die Anzahl der Stimmen in der Gesellschafterversammlung bzw. Hauptversammlung entscheidet, hat hier jeder Genosse, unabhängig von der Anzahl seiner Genossenschaftsanteile, nur eine Stimme. Damit sind die Einflussmöglichkeiten der Stadt äußerst gering.

Im Übrigen kann im Rahmen der Vertreterversammlung nur eine natürliche, unbeschränkt geschäftsfähige Person, die auch Mitglied der Genossenschaft ist, zum Vertreter bestellt werden. In den Fällen, in denen aufgrund der Anzahl der Mitglieder die Vertreterversammlung das Organ der Genossen ist, hat die Stadt als juristische Person des öffentlichen Rechts keine Möglichkeit, ein Mitglied zu entsenden.

stadt
oberhausen

Beteiligungsrichtlinien der Stadt Oberhausen

Stand:

Ratsbeschluss 16.12.2002

Richtlinien über die
wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche
Betätigung der Stadt Oberhausen

(Beteiligungsrichtlinien)

P r ä a m b e l

Die Stadt Oberhausen hat in den vergangenen Jahren in weitreichendem Maße Gesellschaften zur Wahrnehmung kommunaler Aufgaben gegründet. Die Argumente dafür waren unterschiedlich. Neben erwarteten Effektivitätssteigerungen und der Notwendigkeit zur Haushaltskonsolidierung waren auch Strukturwandelaspekte für die Entscheidung maßgebend, Aufgaben in privaten Rechtsformen wahrzunehmen.

Unabhängig von der Frage in welcher Rechtsform städtische Aufgaben erledigt werden, muss der Rat der Stadt die ihm von den Bürgerinnen und Bürgern übertragene Verantwortung sowie die in der Gemeindeordnung festgeschriebenen Rechte wahrnehmen können. Hierzu müssen die Steuerungsmöglichkeiten des Rates und der einzelnen Ratsmitglieder weiter gestärkt werden.

Durch die Ausweitung der städtischen Beteiligungen stellen sich neue Anforderungen an die Arbeit der politischen Gremien und an die Verwaltung. Insbesondere die Sicherung der politischen Steuerung des Rates und die umfassende Information der Ratsmitglieder muss gewährleistet sein.

Dazu sind konzernpolitische Vorgaben notwendig. Hierdurch werden politische Wertungen mit städtischem Gesamtbetrachtungsansatz möglich. Die Grundlagen dafür werden durch die nachfolgenden Beteiligungsrichtlinien geschaffen.

1. Wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Betätigung

Die wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Betätigung der Stadt Oberhausen richtet sich nach den in der Gemeindeordnung NW (GO NW) festgelegten Grundsätzen.

2. Geltungsbereich

„Beteiligungen“ im Sinne dieser Richtlinien sind alle nach den Vorschriften des Gemeindewirtschaftsrechts des Landes Nordrhein- Westfalen zulässigen Formen der wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Betätigung der Gemeinden, derer die Stadt Oberhausen sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben bedient.
Diese Richtlinien gelten grundsätzlich in allen Fällen, in denen die Stadt Oberhausen an juristischen Personen des privaten oder öffentlichen Rechts unmittelbar oder mittelbar zu mindestens 20 % beteiligt ist, für alle im Oberhausener Stadtgebiet tätigen Beteiligungen der Sparte Ver- und Entsorgung, sowie sinngemäß für eigenbetriebsähnliche Einrichtungen, Eigenbetriebe und Anstalten des öffentlichen Rechts, soweit keine übergeordneten

Regelungen entgegenstehen. Sie binden Rat und Verwaltung sowie die entsprechenden Vertreterinnen und Vertreter in den Organen und Gremien der Beteiligungen.

3. Steuerung der Beteiligungen

3.1. Die Steuerung der Beteiligungen im Sinne dieser Richtlinien vollzieht sich durch

- den Rat der Stadt Oberhausen,
- den Hauptausschuss,
- den Finanzausschuss,
- die Fachausschüsse,
- den Verwaltungsvorstand,
- die jeweils zuständige Verwaltungseinheit für Beteiligungsangelegenheiten.

3.2. Die jeweils zuständige Verwaltungseinheit für Beteiligungsangelegenheiten (Beteiligungsverwaltung) sichert die Wahrung der kommunalen Rechte und Pflichten in den Beteiligungen.

4. Zuständigkeiten im Rahmen der Beteiligungsverwaltung

4.1 Rat der Stadt Oberhausen

Der Rat der Stadt beschließt

- Grundsätze und Ziele der wirtschaftlichen Betätigung der Stadt Oberhausen,
- über Gründung, Erweiterung, Auflösung, Veräußerung sowie Änderung der Rechtsform einer Beteiligung,
- über Rechtsgeschäfte, die den Einfluss der Stadt Oberhausen auf Beteiligungen verändern,
- die Bestellung und Abberufung der Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Oberhausen in Gesellschaftsversammlungen, Aufsichtsräten und vergleichbaren Organen und Gremien,
- Änderungen der Gesellschaftsverträge,
- den Beteiligungsbericht,
- in für die Stadt besonders wichtigen Angelegenheiten über Weisungen an die Vertreterinnen und Vertreter der Stadt in Gesellschafterversammlungen und vergleichbaren Organen sowie Empfehlungen und -soweit rechtlich zulässig- Weisungen an die Vertreterinnen und Vertreter der Stadt in Aufsichtsorganen und -gremien.

Der Rat ist für die Gesamtsteuerung der städtischen Beteiligungen zuständig.

4.2 Hauptausschuss

4.2.1 Der Hauptausschuss berät alle Angelegenheiten vor, die vom Rat der Stadt zu beschließen sind und erteilt entsprechende Beschlussempfehlungen.

4.2.2 Der Hauptausschuss erhält im Rahmen der Gesamtsteuerung der Beteiligungen regelmäßig Berichte über von ihm ausgewählte Beteiligungen . Über Berichtsintervalle entscheidet er im Einzelfall.

Berichtet wird u.a.

- über die Tätigkeiten, Zielvereinbarungen und Ergebnisverläufe der Beteiligungsgesellschaften, insbesondere über wirtschaftliche, personelle und finanzielle Entwicklungen,
- außerhalb der regelmäßigen Berichterstattung über erhebliche Veränderungen der prognostizierten Entwicklungen.

Der Hauptausschuss stellt die Beachtung des gesamtstädtischen Interesses gegenüber den Beteiligungen sicher.

In für die Stadt besonders wichtigen Angelegenheiten kann er Weisungen an die Vertreterinnen und Vertreter der Stadt in Gesellschafterversammlungen und vergleichbaren Organen und Empfehlungen an die Vertreterinnen und Vertreter in den Aufsichtsorganen und -gremien beschließen, sofern dies dem Rat nicht möglich ist.

4.2.3 Der Hauptausschuss ist als Fachausschuss zuständig für die Beschlüsse über Zielvereinbarungen für die Gesellschaften des Strukturwandels und die Kontrolle ihrer Einhaltung.

4.2.4 Der Hauptausschuss beschließt Rahmenbedingungen über die grundsätzliche Struktur der Verträge und Anstellungsbedingungen der Werkleitungen, Vorstände, Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer sowie Prokuristinnen und Prokuristen, soweit vorhanden. Die Entscheidung über Auswahl und Anstellung trifft das jeweilige Aufsichtsorgan oder -gremium. Der/ die Vertreter/in der Stadt in der Gesellschafterversammlung oder dem ihr entsprechenden Organ nimmt die Bestellung vor, soweit nicht gesetzlich etwas anderes vorgeschrieben ist. Einzelheiten der Verträge, Entlohnung und Prämienzahlungen sind jeweils durch einen im Gesellschaftsvertrag oder der Satzung festzulegenden Personalausschuss des Aufsichtsrates zu bestimmen.

4.3 Finanzausschuss

4.2.5 Der Finanzausschuss berät alle Angelegenheiten der Beteiligungen, die finanzwirtschaftliche Auswirkungen auf den Haushalt und das Vermögen der Stadt Oberhausen haben, insbesondere Zuschüsse, Verlustabdeckungsverträge, und Bürgschaften.

4.4 Fachausschüsse

Die Fachausschüsse beschließen die strategischen Zielvereinbarungen und kontrollieren ihre Einhaltung durch die Beteiligungen, die inhaltlich in ihren Zuständigkeitsbereich fallen.

Hierzu erhalten sie regelmäßige Berichte über Abarbeitung dieser Zielvereinbarungen. Über Berichtsintervalle und Gestaltung des Berichtswesens entscheiden sie im Einzelfall.

Die Fachausschüsse werden über Abweichungen von den Zielvereinbarungen außerhalb der regelmäßigen Berichterstattung informiert.

Sie erhalten auf Wunsch Berichte über die Kontrolle der Aufgabenerledigung der Gesellschaften in ihrem Aufgabenbereich und, im Rahmen der Budgetierung, über die Verwendung der entsprechenden Haushaltsmittel.

4.5. Verwaltungsvorstand

Der Verwaltungsvorstand ist zuständig für die Koordination der Arbeit der städtischen Beteiligungen, die Durchsetzung der städtischen Gesamtinteressen und die Gesamtkontrolle der Aufgabenerledigung der Beteiligungen durch die Stadt. Grundsätzlich sollen Dezernentinnen und Dezernenten die Aufgaben der Vertreterinnen und Vertreter in Gesellschafterversammlungen und diesen vergleichbaren Organen wahrnehmen. Die Zuordnung erfolgt analog zur Zuordnung der Beteiligungen zu den Fachausschüssen.

4.6 Verwaltungseinheit für Beteiligungsangelegenheiten

4.6.1 Die zuständige Verwaltungseinheit für Beteiligungsangelegenheiten hat folgende Aufgaben:

A. Unabhängige Beratung und Information bei allen die Beteiligungen betreffenden Angelegenheiten

- Abstimmung der Beschlüsse des Rates der Stadt und seiner Ausschüsse mit den Zielen und Planungen der Beteiligungen,
- Überwachung der sich aus den Gesellschaftsverträgen, Geschäftsordnungen und vergleichbaren Regelungswerken für die Gesellschaften und ihre Organe ergebenden Pflichten,
- Erstellung des Beteiligungsberichtes,
- haushaltsmäßige Abwicklung der beteiligungsrelevanten Angelegenheiten.

B. Beschluss- und Vertragsvorbereitung

- Vorbereitung von beteiligungsrelevanten Gremienbeschlüssen ggfls. in Kooperation mit zuständigen Verwaltungseinheiten,
- Vorbereitung von Gesellschaftsverträgen, Satzungen sowie Geschäftsordnungen,
- Prüfung der Vereinheitlichung von bestehenden Gesellschaftsverträgen und Satzungen (dabei soll den Aufsichtsräten ein umfassender Zuständigkeitskatalog übertragen werden),
- Vorbereitung von Prokuristinnen- und Prokuristen-, Vorstands- und Geschäftsführer/innen-Verträgen,
- Vorbereitung von Rats- und Ausschussbeschlüssen.

C. Beschluss- und Verfahrenskontrolle

- Überprüfung der mit der Beteiligung angestrebten Ziele anhand der politischen Beschlüsse,
- Überwachung der Einhaltung der gesetzlichen Grundlagen.

D. Beratung und Information bei allen die Beteiligung betreffenden Angelegenheiten

- insbesondere der Ratsmitglieder
- der Vertreterinnen und Vertreter in Gesellschafts- und Aufsichtsgremien
- der Verwaltung
- der Geschäftsführungsorgane in Beteiligungsangelegenheiten.

E. Rechtliche Prüfungen

- Zulässigkeit von Beteiligungen und Maßnahmen, die die Beteiligungen betreffen
- Notwendigkeit und Zulässigkeit von Unterbeteiligungen.

F. Strategie- und Finanzcontrolling

- Wahrnehmung des Informationsrechtes der Stadt als Gesellschafterin
- Vorbereitung von Zielvereinbarungen
- Erarbeitung eines Controllingkonzeptes
- Einführung einer einheitlichen und konsolidierungsfähigen Rechnungslegung
- Organisation eines Erfahrungsaustausches über betriebliche Controllingmaßnahmen der Gesellschaften
- Entwicklung und Wahrnehmung eines an kommunalpolitischen Zielen orientierten Finanz- und Zielcontrollings
- Entwicklung und Wahrnehmung eines Risikomanagements für die Stadt

G. Aktenführung

- Aufbewahrung der Beteiligungsakten
- Aufbewahrung der Anstellungsverträge der Werkleitungen, Vorstände, Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer sowie Prokuristinnen und Prokuristen.

4.6.2 Zur Steigerung der Effektivität der Aufgabenwahrnehmung nimmt die zuständige Verwaltungseinheit an den Sitzungen der Aufsichtsräte und der Gesellschafterversammlungen der Beteiligungsgesellschaften mit Gaststatus teil soweit höherrangiges Recht dem nicht entgegensteht.

5. Beteiligungscontrolling

5.1 Durch das Beteiligungscontrolling wird die zentrale Planung, Steuerung und Kontrolle der Beteiligungen durch die Stadt Oberhausen sichergestellt. Dazu ist es erforderlich, Zielvereinbarungen zu definieren, die als Grundlage für das Beteiligungscontrolling dienen.

5.2 Die Zielvorgaben und Rahmenbedingungen werden durch die Gremien des Rates der Stadt beschlossen. Sie sollen Festlegungen in folgenden Bereichen enthalten:

- Strategie

  Strategische Zielvereinbarungen berücksichtigen

  - stadtentwicklungspolitische Anforderungen,
  - finanzwirtschaftliche Aspekte,
  - Angebot an Bürgerinnen und Bürger.

- Operatives Geschäft

  Zielvorgaben im operativen Bereich können u. a. umfassen:

  - innerorganisatorische Angelegenheiten,
  - Umfang der Anforderungen aus gesetzlichen Bestimmungen (Berichte im Rahmen des KonTraG).

- Finanzwirtschaft

  Zielvereinbarungen können folgendes Spektrum umfassen:

  - Haushalt der Stadt (Zuschusshöhe/Gewinne),
  - städtisches Vermögen,
  - Anforderungen aus dem KonTraG,
  - Wirtschaftsplan (z. B. Umsätze der Gesellschaft).

5.3 Die Einhaltung der Zielvereinbarungen wird durch ein Berichtswesen dokumentiert. Bei außergewöhnlichen Abweichungen werden Gegensteuerungsmaßnahmen aufgezeigt und den städtischen Gremien zur Beschlussfassung vorgelegt.

5.4 Das regelmäßige Berichtswesen für die Einzelgesellschaften erfolgt gestaffelt nach der Bedeutung der Beteiligungen für die Stadt. Eine entsprechende Staffelung, sowie Einzelheiten zur Gestaltung des Berichtswesen beschließt der Hauptausschuss. Im Rahmen des Berichtswesens wird ein betriebswirtschaftliches Kennzahlensystem für die Gesellschaften der Sparte Ver- und Entsorgung eingeführt. Eine Gesamtübersicht über die über die Entwicklung der Beteiligungen erfolgt zweimal jährlich.

6. Rechte und Pflichten der Vertreterinnen und Vertreter in Organen und Gremien der Beteiligungen

6.1.1 Die Vertreterinnen und Vertreter in Organen und Gremien der Beteiligungen wahren die Interessen der Stadt Oberhausen und sind an die Beschlüsse des Rates und seiner Ausschüsse gebunden, soweit nicht höherrangiges Recht entgegensteht.

Die Verwaltung bereitet auf der Grundlage der Sitzungsunterlagen Stellungnahmen für die Vertreterinnen und Vertreter in Organen und Gremien der Beteiligungen vor und gibt Beschlussempfehlungen.

6.1.2 Die Vertreterinnen und Vertreter der Stadt in

- Gesellschafterversammlungen und vergleichbaren Organen unterrichten den Rat und die Ausschüsse im Rahmen deren Zuständigkeit,

- Aufsichtsräten sowie vergleichbaren Organen und Gremien (bestellt nach § 113 GO) unterrichten den Oberbürgermeister und in Absprache mit diesem die zuständigen Ausschüsse, der Oberbürgermeister den Rat und den Hauptausschuss

über alle wesentlichen Angelegenheiten der Beteiligungen frühzeitig und umfassend.

6.1.3 Die Vertreterinnen und Vertreter in Organen und Gremien der Beteiligungen setzen sich aktiv für die Umsetzung dieser Beteiligungsrichtlinien ein und tragen dafür Sorge, dass entsprechende Anweisungen an die jeweils Verantwortlichen in den Beteiligungen ergehen. Zudem arbeiten sie in ihren Organen und Gremien darauf hin, dass die in diesen Beteiligungsrichtlinien genannten Punkte, soweit sie nicht Inhalt des jeweiligen Gesellschaftsvertrages oder der jeweiligen Satzung sind, in Geschäftsordnungen für die Geschäftsführungen und Aufsichtsorgane und -gremien manifestiert werden.

7. Inkrafttreten

7.1 Diese Beteiligungsrichtlinien treten am *01.01.2003* in Kraft.

stadt oberhausen

Beteiligungsrichtlinien

Beteiligungsrichtlinien

Geltungsbereich: alle un-/mittelbaren Beteiligungen ab 20% sowie alle im Oberhausener Stadtgebiet tätigen Beteiligungen der Sparte Ver- und Entsorgung

Zuständigkeiten:

Rat	Hauptausschuss	Finanzausschuss	Fachausschuss	Verwaltung
▪ Grundsätze / Ziele ▪ Gründungsbeschlüsse, Einflussänderungen, Aufgabe von Beteiligungen u.a. ▪ Gremienbesetzung ▪ Gesellschaftsverträge ▪ Beteiligungsbericht ▪ Weisungen / Empfehlungen an Vertreter/-innen in wichtigen Angelegenheiten	▪ Vorberatung Ratsvorlagen ▪ Berichte für ausgewählte Beteiligungen - Tätigkeiten, Zielvereinbarungen, Ergebnisse - besondere Entwicklungen ▪ Beschluss über Zielvereinbarungen und Kontrolle für Gesellschaften des Strukturwandels ▪ Mitspracherecht Struktur Verträge und Anstellungsbedingungen Geschäftsführungen ▪ Weisungen / Empfehlungen an Vertreter/-innen in wichtigen Angelegenheiten	▪ Vorberatung über alle haushalts- und vermögensrelevanten Angelegenheiten der Beteiligungen, insbesondere - Zuschüsse - Verlustabdeckungen - Bürgschaften	▪ Beschlüsse über strategische Zielvereinbarungen, die inhaltlich in die Zuständigkeit fallen ▪ Berichte (auf Wunsch) zur Aufgabenerledigung der Beteiligungen ▪ Information über Abweichungen von Zielvereinbarungen außerhalb der regelmäßigen Berichterstattung	▪ Koordination ▪ Beschluss- und Vertragsvorbereitung ▪ Beschluss- und Verfahrenskontrolle ▪ Beratung ▪ rechtliche Prüfung ▪ Strategie- und Finanzcontrolling ▪ Aktenführung ▪ Teilnahme an Sitzungen des Aufsichtsrats/der Gesellschafterversammlung

Anlage 1

stadt oberhausen

Beteiligungsrichtlinien

Zuordnung der Gesellschaften zu städtischen Ausschüssen

(Gesellschaften, an denen die Stadt mit min. 20% beteiligt ist, sowie alle Gesellschaften der Sparte Ver- und Entsorgung)

Schulausschuss	WBO (Schulangelegenheiten)	OGM (Haustechn. Dienst, Schulbausanierung)		
Umweltausschuss	WBO (Grün/Gebühren)	OGM (Beschaffung, Facility Management)	GMVA	EVO Energieversorgung
Sportausschuss	WBO (Sportanlagen)	OGM (sportspez. Angelegenheiten)	Revierpark Vonderort	
Sozialausschuss	BFO	ASO		
Planungsausschuss	STOAG (Verkehrsplanung)	TMO Zentrenmanagement	Bau- und Wohngenossenschaft Am Ruhrufer e.G.	
Kulturausschuss	IKF	Theater		
Hauptausschuss	GEG, TZU, OBauFö, PBO, OVZ, OVP, ENO, VZS, Schloss, Gasometer, CPO, TMO (Tourismus), LAH			

Anlage 2

Verzeichnis der verwendeten Abkürzungen

a. F.	alte Fassung
AG	Aktiengesellschaft
AktG	Aktiengesetz
AO	Abgabenordnung
ARGE	Arbeitsgemeinschaft
ASO	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen
BFO	Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH
BgA	Betrieb gewerblicher Art
BVR	Busverkehr Rheinland
ca.	circa
CPO	Circus Park Oberhausen Betriebs GmbH
CVUA-RRW	Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper
DM	Deutsche Mark
DSD	Duales System Deutschland
e. G.	eingetragene Genossenschaft
EEG	Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien
EigVO NW	Eigenbetriebsverordnung NW
ekz	Einkaufszentrale für Bibliotheken GmbH
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EUR	EURO
ENO	Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH
e. V.	eingetragener Verein
evo	Energieversorgung Oberhausen
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
GEG	Grundstücksentwicklungsgesellschaft Oberhausen mbH
GenG	Genossenschaftsgesetz
GE-WO	Gemeinnützige Wohnungsbau e. G. Oberhausen-Osterfeld
gGmbH	gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GKDO	Gesellschaft für kommunale Dienste Oberhausen
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GMVA	Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein
GO NW	Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen
ha	Hektar
HGrG	Haushaltsgrundsätzegesetz
HSt	Haushaltsstelle
IKF	Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH
i. L.	in Liquidation
inkl.	inklusive

KG	Kommanditgesellschaft
KOSTAT-DST	Kommunalstatistik-Deutscher Städtetag GmbH
LAH	Luise-Albertz-Halle
LEG	Landesentwicklungsgesellschaft NW
LGO	Landesgartenschau Oberhausen GmbH
Mio.	Millionen
MVA	Müll-Verbrennungsanlage
Nr.	Nummer
NW	Nordrhein-Westfalen
OBG	Oberhausener Bauförderungsgesellschaft mbH
o. g.	oben genannte
OGM	Oberhausener Gebäudemanagement GmbH
OLGA	Oberhausener Landesgartenschau 1999
ÖPNV	öffentlicher Personennahverkehr
OVP	O.Vision Projektgesellschaft mbH
OVZ	O.Vision Zukunftspark GmbH
PBO	Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH
PPP	Public-Private-Partnership
rd.	rund
RVR	Regionalverband Ruhr
RW	Rheinisch-Westfälisch
RWE	RWE AG
RWW	Rheinisch-Westfälische-Wasserwerksgesellschaft
RZO	Recycling-Zentrum Oberhausen
SODA	Soziale Dienstleistungen am Arbeitsmarkt
SpkG	Sparkassengesetz
SPNV	Schienenpersonennahverkehr
STOAG	Stadtwerke Oberhausen
TASi	Technische Anleitung Siedlungsabfall
TCO	TheatrO CentrO GmbH
TDM	Tausend Deutsche Mark
TEUR	Tausend EURO
TMO	Tourismus & Marketing Oberhausen GmbH
TZU	Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH
UA	Unterabschnitt
u. a. m.	und anderes mehr
UMSICHT	Institut für Umwelt- und Sicherheitstechnik

VkA	Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH
vorl. Ist	vorläufiges Ist
VRR	Verkehrsverbund Rhein-Ruhr
VU	Verkehrsunternehmen
VZS	Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH
WBO	Wirtschaftsbetriebe Oberhausen
WDR	Westdeutscher Rundfunk
WFO	Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH
WE	Wohneinheiten
ZV	Zweckverband

Alphabetisches Inhaltsverzeichnis

Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen 358
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH 276
ASO Service GmbH 284

Bau- und Wohnungsgenossenschaft "Werkbundsiedlung Am Ruhrufer" e.G. 264
Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH 294
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & CO. KG 298
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG 98
Biostrom Oberhausen Management GmbH 106

Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW) 312

Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO 212
evo Energieversorgung Oberhausen AG 66
evo Energie-Netz GmbH 86

FSO GmbH & Co.KG 158
FSO Verwaltungs- GmbH 162

Gasometer Oberhausen GmbH 228
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH 170

IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH 246

Jobcenter Oberhausen 290

KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG 128
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH 152

LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH 242

OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH 22
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH 62

PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH 56
Public Konsortium d-NRW GbR 306

Quantum GmbH 110

Revierpark Vonderort GmbH 256
RWE Aktiengesellschaft 164
RW Holding Aktiengesellschaft 168
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH 184
Stadtsparkasse Oberhausen 316

STOAG Stadtwerke Oberhausen AG 32
strasserauf GmbH 124

Theater Oberhausen 350
TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH.....234
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH 206

VKA Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH.....182
VZS Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH 220

WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH.....48
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH.....198